



*Materialband zum  
3. Thüringer Sozialbericht*

# **Wissenschaftliche Dokumentation zur sozialen Lage der Bevölkerung in Thüringen**

**Auftraggeber:**

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

**Autoren:**

Dr. Reiner Braun und Lucas Porsch

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>2–4</b>
<b>I. Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>II. Zusammenfassung</b>	<b>7</b>
1. Demographische Entwicklung	7
2. Migrationsströme	7
3. Arbeitsmarkt	7
4. Einkommen, Vermögen und Schulden	8
5. Sozialhilfe	10
6. Haushalte in unterschiedlichen Lebensphasen	11
7. Bildung und Humankapital	12
8. Wohnverhältnisse	12
9. Gesundheit	13
<b>III. Bericht</b>	<b>14</b>
<b>1. Demographische Entwicklung</b>	<b>14</b>
1.1 Bevölkerung	14
1.1.1 Bevölkerungsentwicklung	14
1.1.2 Bevölkerungsprognose	16
1.1.3 Regionale Differenzierung	18
1.2 Haushalte	20
1.2.1 Entwicklung der Haushaltszahlen	20
1.2.2 Rückgang der Familienhaushalte	22
<b>2. Migrationsströme</b>	<b>24</b>
2.1 Außenwanderung	24
2.2 Binnenwanderung und regionalisierte Wanderungsbilanz	27
2.3 Abwanderung kein Dauerphänomen	28
<b>3. Arbeitsmarkt</b>	<b>30</b>
3.1 Erwerbspersonen	30
3.2 Qualitative Erwerbspersonenprognose	34
3.3 Erwerbstätige Erwerbspersonen	35
3.4 Nicht-Erwerbstätige Erwerbspersonen	38

---

3.4.1	Struktur der Erwerbs- und Arbeitslosen	38
3.4.2	Langzeitarbeitslosigkeit	41
3.4.3	Jugendarbeitslosigkeit	43
3.5	Regionale Differenzierung	44
<b>4.</b>	<b>Einkommen, Vermögen und Schulden</b>	<b>46</b>
4.1	Einkommen	46
4.1.1	Verschiedene Einkommensaggregate und ihre Verteilung	47
4.1.2	Zusammensetzung des Haushaltseinkommens	49
4.1.3	Einkommensentwicklung	55
4.1.4	Bilanzierung von Steuerzahlungen und steuerfinanzierten Transfers	59
4.1.5	Charakteristika der Einkommensstrukturen einer Übergangsgesellschaft	64
4.1.6	Einkommensarmut und -reichtum	66
4.1.7	Regionale Differenzierung	72
4.2	Vermögen	73
4.2.1	Vorbemerkungen zur Vermögensbildung im Lebenszyklus privater Haushalte	73
4.2.2	Streuung der Vermögensbestände	76
4.2.3	Entwicklung der Geldvermögensbestände und -strukturen	80
4.2.4	Vermögensarmut und -reichtum	82
4.2.5	Schulden und Überschuldung	86
4.3	Regionale Differenzierung	88
<b>5.</b>	<b>Sozialhilfe</b>	<b>89</b>
5.1	Anteil der Sozialhilfebezieher an der Gesamtbevölkerung	90
5.2	Entwicklung der Anzahl Sozialhilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen	91
5.3	Einkommensquellen und Haushaltstypus der HLU-Empfänger	93
5.4	Regionale Differenzierung	94
<b>6.</b>	<b>Haushalte in unterschiedlichen Lebensphasen</b>	<b>95</b>
6.1	Entwicklung der finanziellen Lage im Altersquerschnitt der Bevölkerung	95
6.2	Die finanzielle Lage von Familien und Alleinerziehenden	99
6.2.1	Unterschiede zwischen den Haushaltstypen	100
6.2.2	Entwicklung der Kinderarmut	102
6.3	Die finanzielle Lage der Seniorenhaushalte	103
6.4	Konsumgewohnheiten und Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern	108
6.5	Regionale Differenzierung	109
<b>7.</b>	<b>Bildung und Humankapital</b>	<b>110</b>
7.1	Qualifikationsstrukturen heutiger Erwerbspersonen	110

---

7.2	Qualifikationsstrukturen künftiger Erwerbspersonen	113
7.3	Regionale Differenzierung	115
<b>8.</b>	<b>Wohnverhältnisse</b>	<b>116</b>
8.1	Wohnungsbestand und Wohnungsqualität	116
8.2	Mietbelastung der Mieterhaushalte	120
8.3	Mietschulden und Obdachlosigkeit	122
8.4	Wohneigentümer	123
8.5	Regionale Differenzierung	126
<b>9.</b>	<b>Gesundheit</b>	<b>128</b>
9.1	Behinderte und Pflegebedürftige	128
9.2	Gesundheitsschädliche Verhaltensweisen	130
<b>10.</b>	<b>Ranking der neuen Länder untereinander und mit dem früheren Bundesgebiet</b>	<b>131</b>
<b>IV.</b>	<b>Schlussfolgerungen und Empfehlungen</b>	<b>136</b>
<b>V.</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>141</b>
<b>VI.</b>	<b>Anhänge</b>	<b>146</b>
1.	Glossar	146
2.	Haushaltsprognosemodell PROFAMY	149
3.	Datensatzbeschreibungen	150
3.1	Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	150
3.2	Der Mikrozensus	152
3.3	Der Bundesgesundheitsurvey	153
4.	Tabellenanhang	155
4.1	Haushaltsstrukturen	155
4.2	Arbeitsmarkt	161

## I. EINLEITUNG

Die Wirtschaftsstruktur Thüringens ist traditionell mittelständisch geprägt und diversifiziert. Infolgedessen konnte der Strukturwandel nach der Wiedervereinigung teilweise erfolgreicher bewältigt werden als in anderen neuen Ländern. Auch die neu entstandene Wirtschaftsstruktur ist breit gefächert sowie durch eine starke Stellung des Mittelstandes geprägt. Die an Leistungsfähigkeit zunehmende Infrastruktur, das wachsende verarbeitende Gewerbe, an Wettbewerbsfähigkeit gewinnende Unternehmen, qualifizierte Arbeitskräfte, hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung, eine vielfältige Forschungs- und Hochschullandschaft sowie eine günstige Schüler-Lehrer-Relation in den allgemein bildenden Schulen bieten eine solide Grundlage für die künftige Entwicklung. Gleichwohl ist der Strukturwandel auch in Thüringen noch nicht abgeschlossen. Er muss weiter intensiv beobachtet, begleitet und vorangetrieben werden.

### Forschungsansatz: Lebenslagenkonzept

Die Untersuchung basiert auf einem Lebenslagenkonzept. Dieser Forschungsansatz versucht die Lebenssituation verschiedener Personengruppen in ihrer Gesamtheit zu beschreiben. Die Situation der Haushalte wird nicht nur in rein finanziellen Kategorien dargestellt und bewertet. Es werden die Versorgungslagen in einer Vielzahl von Lebensbereichen des Alltags untersucht, die jeweils eng miteinander verflochten sind. Dazu gehören z.B. die Bereiche Bildung und Ausbildung, Gesundheit, Erwerbsbeteiligung oder auch die Wohnverhältnisse. Eine Beschränkung auf einzelne ökonomische Merkmale wie etwa das Einkommen würde der Multidimensionalität nicht gerecht. Die zur Verfügung stehenden Geldmittel sagen nur etwas über die Versorgungsmöglichkeiten, nichts aber über die tatsächliche Versorgung aus. Auch wenn das Einkommen – neben allen anderen Dimensionen der Lebenslage – als zentrale Kategorie über die wirtschaftliche Situation der Haushalte entscheidet, lässt sich z.B. Armut auch nicht auf Einkommensarmut reduzieren. Gleichwohl existiert kein verbindliches oder endgültiges Wertesystem zur umfassenden Beschreibung von Lebenslagen. Die meisten Methoden und Konzepte haben ihren Nutzen und lassen sich rechtfertigen – auch wenn sie jeweils ihre eigenen Grenzen haben. Die Auswahl entsprechender Indikatoren musste an der Verfügbarkeit bzw. an den Beschaffungsmöglichkeiten entsprechender Informationen ausgerichtet werden. Dabei erfolgte weitgehend eine Orientierung am inhaltlichen Aufbau des letzten Sozialberichtes.

### Datenquellen und statistische Messprobleme

Der Bericht beruht auf der Auswertung sekundärstatistischer Datenquellen. Neben dem Mikrozensus (MZ) und dem Bundesgesundheitsurvey (BGS) stützen sich vor allem die Einkommens- und Vermögensanalysen vorwiegend auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Deren Variablenkatalog umfasst in sehr differenzierter Form eine Vielzahl von Einkommens- und Ausgabenarten sowie die wichtigsten Vermögensarten und Schulden. Darüber hinaus stellt sie auch wegen ihres großen Stichprobenumfangs eine geeignete Basis für die vorliegende Fragestellung dar.

**Tabelle 1: Stichprobenumfang der EVS 1998**

	erfasste Haushalte	hochgerechnete Anzahl
Deutschland	49.720	36.780.273
früheres Bundesgebiet	39.393	29.954.079
neue Bundesländer	10.327	6.826.194
<b>Thüringen</b>	<b>1.502</b>	<b>1.064.509</b>

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

Die EVS unterliegt jedoch mehreren Restriktionen hinsichtlich ihrer Repräsentativität. Bei bundeslandbezogenen Auswertungen für spezielle Untergruppen von Haushalten können – trotz des großen Stichprobenumfangs von bundesweit rund 50 Tausend Haushalten – im Einzelfall zu geringe Beobachtungszahlen die Repräsentativität einschränken. In diesen Fällen können die Ergebnisse einzelner Teilgruppen nicht gesondert ausgewiesen werden; Hilfsweise sind immer dann die entsprechenden Werte für die neuen Länder insgesamt vorgestellt. Neben diesen spezifischen Problemen gibt es weitere, allgemeine Einschränkungen. So werden die in Einrichtungen lebenden Personen und die Wohnungslosen grundsätzlich nicht erfasst. Darüber hinaus wird die Aussagekraft der Ergebnisse durch den unzureichenden Erfassungsgrad der unteren und insbesondere der oberen Randbereiche der Einkommensverteilung vermindert – ein Problem aller Haushaltsbefragungen mit freiwilliger Beteiligung. Es zeigt sich, dass im Vergleich zu Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wesentlich stärker untererfasst sind als die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit. Da Unternehmereinkommen vorwiegend im oberen Einkommensbereich anfallen, können Ergebnisse der EVS für eine Reichtumsanalyse nur eingeschränkt verwendet werden – dieser Mangel wurde jedoch kompensiert, indem die Reichtumsanalyse durch ergänzende Sonderauswertungen der Einkommensteuerstatistik abgerundet wird. Aber auch relative Einkommensarmut wird mit dem vorliegenden Datenmaterial wahrscheinlich nur unvollständig erfasst; beispielsweise sind Sozialhilfeempfängerhaushalte unterrepräsentiert. Folglich ist davon auszugehen, dass die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung tendenziell unterschätzt wird. Darüber hinaus sind insbesondere methodische Veränderungen<sup>1</sup> im Erhebungskonzept der EVS 1998 gegenüber der Stichprobe von 1993 zu beachten, die eine vorsichtige Interpretation der ausgewiesenen Entwicklung im Laufe der 90er Jahre nahe legen.

Im Unterschied zum Mikrozensus wird die EVS nicht personen- sondern haushaltsbezogen erhoben. Deswegen können die Einkommens- und Vermögensanalysen nur im Haushaltkontext durchgeführt werden. Die meisten Bestimmungsgrößen für das Erwerbs-, Konsum- oder Wohnverhalten sind aber ohnehin vom Familien- und Haushaltzusammenhang abhängig. Deswegen stellt diese Einschränkung keinen echten Informationsverlust dar. Unterschiedliche Haushaltsgrößen und -zusammensetzungen werden darüber hinaus durch die Verwendung von Äquivalenzskalen berücksichtigt. Dazu findet die neue OECD-Skala Anwendung (vgl. Glossar).

---

<sup>1</sup> Insbesondere der Übergang von Jahres- zu Quartalsanschiebungen.

## II. ZUSAMMENFASSUNG

### 1. Demographische Entwicklung

Zum Jahresende 1950 lebten im heutigen Thüringen 2,9 Mio. Bürger, 50 Jahre später, zum Jahresende 2000, waren es nur noch 2,4 Mio. In jüngster Zeit ist für diesen Bevölkerungsrückgang vor allem das hohe Geburtendefizit seit 1991 verantwortlich. Von 1989 bis 1992 und vor allem wieder seit 1998 verliert Thüringen auch Bevölkerung durch Abwanderung, während der Wanderungssaldo zwischenzeitlich leicht positiv war. Insgesamt entfallen rund drei Viertel des Bevölkerungsverlustes im Zeitraum 1991 bis 2000 in Höhe von insgesamt 180.000 Einwohnern auf das Geburtendefizit, nur ein Viertel auf Abwanderungen. Die Bevölkerungsentwicklung von Thüringen war damit bisher nur zu einem geringen Teil durch Abwanderungen beeinflusst.

Trotz der rückläufigen Einwohnerzahl steigt die Zahl der Haushalte in Thüringen. Die gegenläufige Entwicklung der Bevölkerungs- und Haushaltszahlen findet ihre Ursache zum einen im Haushaltsbildungsverhalten der geburtenstarken Jahrgänge Ende der 70er Jahre und der 80er Jahre. So stieg der Anteil unter 25-jähriger, allein lebender Personen zwischen 1991 und 2001 um gut 30 Prozentpunkte an. Zusätzlich spalten sich mehr Haushalte z.B. durch Scheidungen wieder auf, so dass auch der Anteil Alleinlebender bei Haushalten mittleren Alters ansteigt. Prognosen vom empirica ergeben, dass sich dieser altersschichtungs- und verhaltensbedingte Anstieg der Haushaltszahlen bis zum Jahr 2010 fortsetzen wird. Erst nach 2015 sinkt die Zahl der Haushalte.

Im Jahr 2001 gab es in Thüringen insgesamt 1.104 Tsd. Haushalte. Ein knappes Drittel waren Alleinlebende (33%), in fast einem weiteren Drittel aller Haushalte lebten zwei Erwachsene (28%), gut jeder dritte Haushalt (36%) war ein Familienhaushalt. In gut vier von fünf Familienhaushalten gab es zwei Elternteile, jedem fünften Familienhaushalt stand ein alleinerziehender Haushaltsvorstand vor – das sind 7% aller Haushalte. In den nächsten Jahren wird sich die Besetzung der verschiedenen Haushaltstypen deutlich verändern: Bis 2020 werden nur noch in jedem vierten Haushalt Kinder leben. Zudem wird sich der Anteil Alleinerziehender unter den Familienhaushalten – bei Fortsetzung der bisherigen Trends – bis 2020 deutlich erhöhen.

### 2. Migrationsströme

Die Abwanderung ist in Thüringen ein geringeres Problem als in anderen neuen Ländern. Ein Vergleich der Wanderungssalden von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt macht deutlich, dass Sachsen-Anhalt bei ähnlicher Größe mehr als doppelt so viele Einwohner verliert wie Thüringen. Gleichwohl nimmt die Abwanderung seit 1997 Jahr für Jahr zu.

Die Abwanderung junger Thüringer geht nicht nur auf den derzeitigen Strukturwandel der Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit zurück. Die Wanderungsbewegungen in allen neuen Ländern sind derzeit durch den hohen Anteil jüngerer, besonders wanderungswilliger Menschen beeinflusst. Die hohen Geburtenraten aus den 70er Jahren führen gegenwärtig zu einer hohen Zahl neu gegründeter Haushalte und zu einer hohen Mobilität. Nach 2005 werden demgegenüber die schwach besetzten Geburtsjahrgänge der 90er Jahre zur Gruppe der wanderungsfreudigen 15- bis 30-Jährigen gehören. Dann wird als rein demographischer Effekt ein spürbarer Rückgang der Abwanderung einsetzen. Allerdings könnten bis dahin die Sogwirkungen attraktiver Arbeitsmärkte im früheren Bundesgebiet deutlich stärker sein. Unter den derzeitigen Angebotsbedingungen für Ausbildungsplätze kann man dann zudem davon ausgehen, dass bei künftig schrumpfender Zahl der Schulabgänger praktisch alle einen Ausbildungsplatz finden werden. Nach Ausbildungsabschluss werden zudem die Chancen einer Weiterbeschäftigung gut stehen, denn die geburtenschwachen Jahrgänge werden im Zusammenspiel mit der Alterung der Erwerbsfähigen einen Fachkräftemangel verursachen.

### 3. Arbeitsmarkt

Im Jahr 2001 waren von den 2,4 Mio. Thüringern 1,7 Mio. im erwerbsfähigen Alter von mindestens 15 und höchstens 65 Jahren. Davon waren rund 400 Tsd. weder erwerbstätig noch auf der Suche nach einer Erwerbstätigkeit. Weitere 200 Tsd. – so genannte Erwerbslose – waren auf der Suche nach Arbeit, 1,1 Mio.

waren erwerbstätig. Insgesamt standen damit 76% aller Erwerbsfähigen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung (Erwerbsquote), wobei 16% dieser Erwerbspersonen keine Arbeit fanden (Erwerbslosenquote), 15% der Erwerbspersonen hatten sich deswegen arbeitslos gemeldet (Arbeitslosenquote).

Die Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen ist von 1991 bis 2001 um 14% oder knapp 180.000 gefallen. Im Vergleich zu anderen neuen Ländern entwickelte sich dieser Indikator in Thüringen zunächst leicht unterdurchschnittlich, seit 1997 aber leicht überdurchschnittlich. Im Gegenzug zur gesunkenen Zahl der Erwerbstätigen stieg die Zahl der Erwerbslosen nahezu spiegelbildlich von 170 auf 202 Tsd. an. Denn insgesamt ist die Zahl der Erwerbspersonen nach dem anfänglichen Einbruch Anfang der 90er Jahre seit 1993 nahezu unverändert geblieben.

### **Arbeitslosigkeit**

In ganz Deutschland waren im Jahr 2001 fast vier Millionen Menschen arbeitslos gemeldet; damit ist die Anzahl der Arbeitslosen innerhalb eines Jahrzehnts um fast die Hälfte angestiegen. Mit 36% lebt ein gutes Drittel aller Arbeitslosen in den neuen Ländern, 5% oder jeder 20. in Thüringen. Da nur rund 20% oder jede fünfte Erwerbsperson in den neuen Ländern wohnt und nur 3% in Thüringen, ergibt sich damit für die neuen Ländern eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote. In Thüringen lag sie allerdings im Jahresdurchschnitt 2001 mit gut 15% deutlich niedriger als in allen anderen neuen Ländern. Die hohe Erwerbsorientierung der Frauen in den neuen Ländern führt allerdings auch in Thüringen dazu, dass viele Frauen Arbeit suchen, aber keine finden. In der Folge ist der Anteil der Frauen unter den Arbeitslosen größer als im früheren Bundesgebiet.

Sowohl in den neuen Ländern wie auch im früheren Bundesgebiet ist etwa jeder dritte Arbeitslose bereits länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Vor allem in den neuen Ländern zeigt zudem der Trend nach oben. Dies gilt auch für Thüringen. Gleichwohl gibt es hier anteilmäßig weniger Langzeitarbeitslose als in den anderen neuen Ländern. Trotzdem waren in Thüringen im Jahr 2001 rund 60 Tsd. Arbeitslose länger als ein Jahr und knapp 30 Tsd. sogar länger als zwei Jahre als arbeitslos registriert. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist von 347 Tagen im Jahr 1999 auf 381 Tage im Jahr 2001 angestiegen.

## **4. Einkommen, Vermögen und Schulden**

### **Einkommen**

Vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung haben die Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte in Thüringen einen erheblichen Anstieg erlebt. Allein im Zeitraum 1991 bis 1993 hat sich deren Median laut Mikrozensus um ein Drittel erhöht. Erst Mitte der 90er Jahre verlangsamten sich die Einkommenssteigerungen: zwischen 1999 und 2001 sank der Zuwachs auf etwa ein Prozent p.a. Selbst inflationsbereinigt liegen die Haushaltsnettoeinkommen in Thüringen aber im Jahr 2001 etwa 20% höher als ein Jahrzehnt zuvor im Jahr 1991. Im Vergleich mit den anderen neuen Ländern konnten die Haushalte in Thüringen im Laufe der 90er Jahre damit die höchsten Einkommenszuwächse erwirtschaften.

Ende der 90er Jahre lag das monatliche Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte in Thüringen laut Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bei knapp unter 2.000 € im Monat; die Hälfte aller Haushalte muss mit weniger als 1.749 € auskommen, ein Viertel der Haushalte mit weniger als 1.153 €. Dem einkommensstärksten Viertel aller Haushalte stehen dagegen mehr als 2.512 € monatlich zur Verfügung, den obersten 10% mehr als 3.460 € und den Top 5 Prozent sogar über 4.218 €. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet liegt das mittlere Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte in Thüringen 16% niedriger. Bei unteren Einkommenschichten fällt dieser Unterschied jedoch geringer aus. Offensichtlich resultiert das niedrigere Einkommensniveau in den neuen Ländern zu einem Großteil aus einem Mangel an „Spitzenverdienern“. Einkommensunterschiede zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet stehen aber auch unter dem Einfluss ganz unterschiedlicher Erwerbsquoten. Betrachtet man alleine die Einkommen der Haushalte mit vollzeiterwerbstätigem Haushaltsvorstand, dann fällt die Einkommenslücke zu den Haushalten im früheren Bundesgebiet geringer aus. Das ist möglich, weil in Thüringen neben dem Haushaltsvorstand öfter weitere Haushaltsmitglieder erwerbstätig sind. Die geringen Einkommensunterschiede gehen also ganz erheblich auf höhere Arbeitsleistungen zurück. Die Unterschiede in den Stundenlöhnen sind größer.

Haushalte, die ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Erwerbstätigkeit bestreiten, erzielen 80% ihres Haushaltseinkommens durch Erwerbstätigkeit. Soweit existieren in Thüringen auch keine nennenswerten Unterschiede zum früheren Bundesgebiet. Dies gilt jedoch nicht mehr für die Aufteilung der restlichen 20%: Weit über die Hälfte der Nichterwerbseinkommen stammt in Thüringen aus öffentlichen Transfers und nur ein Drittel aus Vermögenseinnahmen. Damit sind diese Größenverhältnisse ziemlich genau umgekehrt wie im früheren Bundesgebiet. Die Ursache liegt überwiegend in der noch niedrigeren Wohneigentumsquote. Die Haushalte in Thüringen erwirtschaften seltener Vermögenseinnahmen in Form der ersparten Miete als Haushalte aus dem früheren Bundesgebiet. Gleichzeitig übersteigt – selbst in Erwerbstätigenhaushalten – die Quote der Transferempfänger das westdeutsche Niveau.

Rentnerhaushalte können in Thüringen auf deutlich mehr Rentenversicherungsjahre verweisen als Haushalte im früheren Bundesgebiet: vor allem Frauen waren länger bzw. öfter erwerbstätig. In der Folge erhalten die Rentnerhaushalte in Thüringen mit rund 1.400 € monatlich im Mittel knapp 40€ höhere Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung als die Rentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet. Allerdings sind die Rentner in Thüringen auch stärker auf diese Leistungen angewiesen. Gegenüber den Rentnern im früheren Bundesgebiet erhalten sie neben den gesetzlichen Renten viel seltener weitere Zahlungen von privaten Lebens- oder Rentenversicherungen und wohnen seltener zu niedrigen Kosten in entschuldetem Wohneigentum. Zusammen mit anderen Vermögenseinnahmen erhöhen diese fiktiven Mieteinnahmen das verfügbare Einkommen der Rentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet um durchschnittlich 394 €/Monat, aber nur um 132 €/Monat in Thüringen.

Armut und Reichtum liegen in Thüringen näher beieinander als im früheren Bundesgebiet. Wird Einkommensarmut als Unterschreitung von 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen definiert, dann liegt die Armutsquote unter Berücksichtigung einer **gesamtdutschen Armutsschwelle** (788 €/Monat) im Jahr 1998 zwar etwa 1,6 Mal höher als im früheren Bundesgebiet, weil bei dieser Abgrenzung die geringeren Einkommen der Haushalte in Thüringen sehr deutlich zu Buche schlagen. Bei Bezug auf **regional unterschiedliche, ost-west-spezifische Armutsschwellen** (646 €/Monat in Thüringen bzw. 856 €/Monat im früheren Bundesgebiet) ergeben sich dagegen wegen der weniger ungleichen Einkommensverteilung in Thüringen weit niedrigere Armutsquoten. Innerhalb Thüringens ist also Einkommensarmut im Sinne einer Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsschichten ein geringeres Problem als für Haushalte im früheren Bundesgebiet. Im Laufe der 90er Jahre haben zudem viele Haushalte die Einkommensarmut überwunden: unter Berücksichtigung gesamtdeutscher Armutsschwellen ist diese Armutsquote um drei Punkte von 21 % auf 18 % gefallen, unter Berücksichtigung ost-west-spezifischer Armutsschwellen von niedrigerem Niveau aus um einen Punkt auf nur 6% aller Haushalte.<sup>2</sup>

## Vermögen

Die Vermögensbestände der Haushalte im früheren Bundesgebiet folgen seit Generationen einem typischen Lebenszyklusprofil, dem sich die Haushalte der neuen Länder in den letzten Jahren allmählich immer weiter anpassen. Gleichwohl wird es vielen Haushalten mit älteren Bezugspersonen nicht mehr gelingen, Absicherungsniveaus wie im früheren Bundesgebiet zu erreichen. Ihre Vermögensbildungspfade werden weitgehend von denen sonst vergleichbarer Haushalte im früheren Bundesgebiet abweichen. Erst im Ablauf der Jahrzehnte werden sich deswegen die Vermögensstrukturen in beiden Teilen Deutschlands vollständig angleichen. Bis dahin werden zunächst nur die Haushalte mit jüngeren Bezugspersonen, die bereits im frühen Erwerbsleben unter vergleichbaren ökonomischen Rahmenbedingungen aufgewachsen sind wie im früheren Bundesgebiet, dieselben Pfade der Vermögensbildung beschreiten.

Die mittleren Bestände der Geldvermögen der Haushalte in Thüringen sind nach Abzug ausstehender Konsumentenkredite zwischen 1993 und 1998 von 11 auf 15 Tsd. € um 40% angestiegen – damit liegen diese Haushalte im Vergleich mit den anderen neuen Ländern auf Platz zwei nach Sachsen. Demgegenüber konnten die Geldvermögen der Haushalte im früheren Bundesgebiet im selben Zeitraum nur um 8%

<sup>2</sup> Im Zusammenhang mit der Einkommensarmut ist eine methodische Feinheit zu beachten: nicht alle Haushalte, denen weniger als 60% des Median-Äquivalenzeinkommens zur Verfügung stehen und die deswegen als einkommensarm bezeichnet werden, sind Bedarfsgemeinschaften mit Sozialhilfeanspruch. Insofern schließt sich auch nicht aus, dass die hier berechnete Quote der Einkommensarmut fällt und die Quote der Bedarfsgemeinschaften in der Sozialhilfe gleichzeitig ansteigt.

auf knapp 35 Tsd. € zulegen. An Gewicht gewonnen haben im Portfolio der Haushalte in Thüringen insbesondere Lebensversicherungen und auch Wertpapiere. Bauspar- und Sparguthaben sind dagegen weniger stark angestiegen. Weil Lebensversicherungen und Bausparguthaben sehr langfristig angespart werden, sind Anpassungen an das Niveau im früheren Bundesgebiet hier erst nach einer langen Übergangsphase zu erwarten. Im Gegensatz dazu werden andere Geldvermögen wie Sparguthaben eher kurzfristig akkumuliert, so dass sich die Unterschiede auch aufgrund des geringeren Anteils an einkommensstarken Haushalten in den neuen Ländern und nicht nur historisch bedingt erklären lassen.

So unterschiedlich die Vermögensverteilungen in Thüringen und dem früheren Bundesgebiet auch sein mögen, sind diese Ungleichheiten nicht gleichermaßen in allen Altersklassen anzutreffen. Insbesondere Haushalte, deren Bezugsperson jünger als 35 Jahre ist, unterscheiden sich nur marginal. Erst bei den älteren Haushalten mit 35- bis 64-jähriger Bezugsperson zeigen sich größerer Unterschiede in der Vermögensverteilung. Analog zur Einkommensverteilung kann also bei den jungen Haushalten eine deutliche Annäherung an das Niveau im früheren Bundesgebiet beobachtet werden, während die Vermögensbildung der älteren Erwerbsfähigen häufig unter deren hohen Arbeitslosigkeit leiden muss. Insbesondere die im Jahr 1998 50- bis 64-Jährigen konnten ihre „veralteten“ Qualifikationen nach der Wiedervereinigung oft nicht mehr aufwerten.

### Schulden und Überschuldung

Haushalte in Thüringen waren Ende der 90er Jahre etwas häufiger zu Konsumzwecken verschuldet als Haushalte aus dem früheren Bundesgebiet. Absolut betrachtet – wie auch gemessen an ihrem niedrigeren Einkommen – sind die verschuldeten Haushalte in den neuen Ländern mit durchschnittlich 2,4 Monatseinkommen aber weniger stark verschuldet als Haushalte im früheren Bundesgebiet. Dort liegen die Restschulden der verschuldeten Haushalte bei rund 3 Monatseinkommen. Haushalte in Thüringen liegen mit 2,2 Monatseinkommen sogar noch unter dem Mittelwert der neuen Länder. Die hohe Quote von Haushalten mit Restschulden muss im Zusammenhang mit dem Nachholbedarf an langlebigen Konsumgütern gesehen werden, deren Anschaffung oftmals nur auf Kredit möglich war. Neben den konsumptiven Krediten beansprucht aber auch die große Anzahl neu erworbener Eigenheime das Budget vieler Haushalte in den neuen Ländern.

Bezeichnet man diejenigen Haushalte als vermögensarm, die nach Abzug von Krediten aller Art (Konsumenten- und Baukredite) ein negatives Gesamtvermögen aus Geldanlagen und Immobilien aufweisen, dann sind im früheren Bundesgebiet 5% und in Thüringen 7% aller Haushalte vermögensarm.<sup>3</sup> Beschränkt man diese Betrachtung allein auf die Geldvermögen, dann erhöht sich die Vermögensarmut im früheren Bundesgebiet auf 13% und in Thüringen auf 15% aller Haushalte. Die höchste Armutsquote ist in beiden Landesteilen mit rund 20% bei den jungen Haushalten zu finden. Junge Haushalte haben eben erst kleine Vermögen aufgebaut und kaufen öfter als ältere Haushalte langlebige Konsumgüter auf Kredit.

## 5. Sozialhilfe

Das Bundessozialhilfegesetz unterscheidet Leistungen der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (HLU) und der „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (HbL). Die HLU soll vorrangig durch Geldleistungen die Einkommensarmut beheben, während die HbL vorwiegend auf Eingliederungshilfe für Behinderte und Suchtabhängige sowie auf die Kranken- und Pflegehilfe zielt. In und außerhalb von Einrichtungen haben am 31. 12. 2001 insgesamt 50.514 Thüringer „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ und 20.551 „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ empfangen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung von 2,4 Millionen entspricht dies einem Anteil von nur 2% reinen HLU-Empfängern und 0,6% reinen HbL-Empfängern; rund dreieinhalb Tausend oder 0,1% der Bevölkerung haben sowohl HLU als auch HbL bezogen.

Insgesamt gibt es in Thüringen pro Einwohner weniger Sozialhilfeempfänger als im früheren Bundesgebiet. Dies muss im Zusammenhang mit der höheren Erwerbsbeteiligung und damit zusammen mit der höheren

<sup>3</sup> Soweit mit diesen Krediten langlebige Konsumgüter finanziert wurden, stehen den negativen Vermögen natürlich die entsprechenden Sachwerte gegenüber. Gleichwohl besitzt der betroffene Haushalt kein liquides „Finanzpolster“ mehr, auf das er im Falle unerwarteter Ausgaben oder im Falle von Verdienstausschüben zurückgreifen könnte.

Anzahl an Personen gesehen werden, die Arbeitslosengeld- oder -hilfe beziehen und deswegen nicht auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind. Schließlich leben anteilmäßig vor allem in Thüringen weitaus weniger Senioren von der HLU als im früheren Bundesgebiet, weil die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen in der ehemaligen DDR vielen Haushalten zwei vollwertige Rentenansprüche garantiert. Aber selbst innerhalb der neuen Länder hat Thüringen den geringsten Anteil an Sozialhilfeempfängern.

## 6. Haushalte in unterschiedlichen Lebensphasen

### Familien und Alleinerziehende

Die Haushalte mit 35- bis 49-jähriger Bezugsperson verfügen über die höchsten Haushaltseinkommen, Haushalte mit über 64-jähriger Bezugsperson über die niedrigsten, gefolgt von den unter 35-Jährigen. Diese Strukturen im Altersquerschnitt sind so auch im früheren Bundesgebiet zu finden. Allerdings bleiben die Einkommen der Haushalte mit 50- bis 64-jähriger Bezugsperson in Thüringen – im Unterschied zum früheren Bundesgebiet – viel deutlicher hinter den Einkommen der 35- bis 49-Jährigen zurück. Dieser Effekt steht im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosenquote der 50- bis 64-Jährigen. Haushalte, deren Bezugsperson jetzt kurz vor dem Ruhestand steht, haben von der Wiedervereinigung insofern weniger profitiert als heutige Rentner und jüngere Haushalte. Während die Einkommen der Haushalte in Thüringen mit unter 35-jähriger Bezugsperson bereits über 90% des Niveaus im früheren Bundesgebiet erreichen, liegen die 50- bis 64-Jährigen mit einer Anpassungsquote von weniger als 70% weit zurück.

Vor allem weibliche Alleinlebende sind in Thüringen und anderswo häufig einkommensschwach. Mit durchschnittlich weniger als 1.000 € im Monat verfügen sie über die niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen. Mit 2.644 €/Monat sind die höchsten Einkommen bei Familien mit zwei Elternteilen zu finden. Berücksichtigt man dagegen die unterschiedlichen Haushaltsgrößen in Form der Äquivalenzeinkommen, dann zeigt sich, dass die kinderlosen Paare einen höheren Lebensstandard erreichen als die Familien.

### Kinderarmut

Gemessen am Einkommensniveau im früheren Bundesgebiet lebte Anfang der 90er Jahre fast die Hälfte aller Kinder in den neuen Ländern in relativer Einkommensarmut.<sup>4</sup> Inzwischen ist diese relative Einkommensarmut von Kindern in den neuen Ländern um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Nach wie vor leben aber Kinder überall häufiger in einkommensarmen Haushalten als die Bevölkerung insgesamt. Kinderarmut in Thüringen ist zwar etwas seltener verbreitet als im Durchschnitt aller neuen Länder. Dennoch leben hier Ende der 90er Jahre 58 Tausend Kinder in Haushalten, denen ein Einkommen unterhalb der gesamtdeutschen Armutsschwelle von 788 €/Monat zur Verfügung steht, den Familien von 17 Tausend Kindern steht sogar nur ein Einkommen unterhalb der (niedrigeren) ostdeutschen Armutsschwelle von 646 €/Monat zur Verfügung.

Dabei zeigt sich, dass das Armutrisiko von Alleinerziehenden und deren Kindern nicht nur überdurchschnittlich hoch ausfällt, es gelingt ihnen auch seltener, der Armut zu entfliehen als Kindern verheirateter und zusammenlebender Eltern. Etwa die Hälfte der Kinder entkommt der Armut dadurch, dass der alleinerziehende Elternteil einen Partner findet. Darüber hinaus existiert auch ein enger Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit. Würden die arbeitslosen Haushaltsbezugspersonen eine ihren Qualifikationen entsprechende Erwerbstätigkeit aufnehmen, wäre die Anzahl in Einkommensarmut lebender Kinder in Thüringen deutlich geringer. Gleichwohl könnte die Kinderarmut auch dadurch allenfalls halbiert werden.

### Seniorenhaushalte

Die Haushaltseinkommen der Senioren in Thüringen sind in den 90er Jahren stärker gestiegen als bei anderen Haushalten in Thüringen bzw. als bei Seniorenhaushalten im früheren Bundesgebiet. Dennoch ist in den neuen Ländern – gemessen an einer Unterschreitung von 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen –

<sup>4</sup> Die Armutsschwelle ist jeweils definiert als Unterschreitung von 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen; diese Feststellung zeigt aber auch die Problematik relativer Einkommensvergleiche.

einkommen<sup>5</sup> – fast jeder dreizehnte Seniorenhaushalt einkommensarm, in Thüringen sogar jeder zehnte. Davon betroffen sind fast ausschließlich weibliche, alleinlebende Senioren, deren Haushaltsnettoeinkommen mit durchschnittlich 943 €/Monat gut 30% unter dem Mittelwert aller Seniorenhaushalte liegt. Für die Zukunft ist tendenziell mit einer steigenden Einkommensarmut unter den Senioren zu rechnen. Zwar können vor allem die männlichen „Neurentner“ der letzten Jahre in den neuen Ländern auf mehr Rentenbeitragsjahre verweisen, dieser Trend ist jedoch im Zeichen von Frühverrentung und Arbeitslosigkeit deutlich rückläufig. Außerdem haben viele Rentner, vor allem Frauen, durch das Abschmelzen der Auffüllbeiträge seit Jahren keine oder nur noch vernachlässigbare Rentenerhöhungen erhalten. Darüber hinaus kann man davon ausgehen, dass das Niveau der gesetzlichen Rente aufgrund der schrumpfenden Anzahl Beitragszahler und steigender Lebenserwartung der Rentenempfänger künftig eher niedriger ausfallen wird als heute.

## 7. Bildung und Humankapital

Insgesamt waren im Jahr 2001 16% aller Erwerbspersonen in Thüringen erwerbslos. Je nach Art des beruflichen Ausbildungsabschlusses zeigen sich jedoch enorme Unterschiede. So liegt die Erwerbslosenquote bei angelernten Erwerbspersonen mit 36% mehr als doppelt so hoch. Demgegenüber sind Meister und Techniker nur halb so oft erwerbslos; bei Hochschulabsolventen ist die Erwerbslosenquote sogar nahezu vernachlässigbar gering. Derzeit können zwei Drittel der Erwerbspersonen in Thüringen eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen, jede achte Erwerbsperson oder 13% haben sogar eine akademische Prüfung absolviert. Gleichwohl kann jede sechzehnte Erwerbsperson keinen Abschluss vorweisen bzw. wurde durch eine Anlernausbildung qualifiziert. Unter den weiblichen Erwerbspersonen liegt der Anteil mit abgeschlossener Berufsausbildung mit 62% etwas niedriger als bei den Erwerbspersonen insgesamt.

Das Qualifikationsniveau nachwachsender Erwerbspersonen stimmt zum Teil bedenklich: in Thüringen verließ im Schuljahr 2000/01 jeder zehnte der Absolventen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Damit liegt die Quote des Landes geringfügig über dem Durchschnitt des Bundesgebietes. Auf der anderen Seite weist Thüringen – nach Brandenburg – den zweithöchsten Anteil Hochschulzugangsberechtigter an der gleichaltrigen Bevölkerung auf und liegt mit 35% nur drei Prozentpunkte unter der Quote im früheren Bundesgebiet. Trotz dieser hohen Abiturientenquoten von 35% liegt die Studierendenquote in Thüringen bei 16 Studierenden pro Tausend Einwohner. Grund für diese zwar unter dem Mittelwert im früheren Bundesgebiet (23 pro Tausend Einwohner), aber über der Quote der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegende Studierendenquote, sind in der Regel wesentlich kürzere Studienzeiten, die wiederum auf gute Studienbedingungen an den Thüringer Hochschulen zurückzuführen sind. Zwar hat die Zahl der Professoren gemessen an der Bevölkerung in den neuen Ländern noch nicht das Niveau des früheren Bundesgebietes erreicht. Allerdings wird dieser Indikator relativiert, wenn man die geringen Studierendenzahlen berücksichtigt. Dann weist Thüringen ziemlich genau die gleiche Betreuungsrelation auf wie der Durchschnitt der neuen Länder. Damit liegt auch die Betreuungsquote in Thüringen erheblich über dem Niveau im früheren Bundesgebiet. Dass dieser Vorteil auch weiter ausgeschöpft wird, zeigen einerseits die steigenden Studierendenzahlen insgesamt. Andererseits gelingt es den Thüringer Hochschulen in den letzten Jahren vermehrt, ihre Attraktivität auch gegenüber den eigenen Abiturienten zu erhöhen. Dies zeigt die deutlich positive Tendenz im Wanderungsverhalten der Studierenden mit Thüringer Hochschulzugangsberechtigung.

## 8. Wohnverhältnisse

Der Qualitätsstandard der Wohnungen in Thüringen wurde in den letzten Jahren deutlich erhöht. Dies macht sich sowohl in einer verbesserten Wohnungsausstattung als auch in einer Zunahme der Wohnungen und Wohnräume pro Einwohner bemerkbar. Mit einem Zuwachs um 11% hat sich der Wohnflächenkonsum von Familien weit überdurchschnittlich erhöht. Eine altersbezogene Auswertung zeigt, dass vor-

<sup>5</sup> Bei Zugrundelegung ost-west-spezifischer Armutsschwellen.

wiegend die jüngeren Haushalte mit unter 50-jähriger Bezugsperson in größere Wohnungen gezogen sind. Während hier Zuwächse von 4 qm pro Person zu beobachten sind, blieben die Pro-Kopf-Wohnflächen der älteren Haushalte im betrachteten Zeitraum von 1993 bis 1998 nahezu konstant. Ältere Haushalte sind meist in ihren bisherigen Wohnungen geblieben, weil ein Umzug nicht mehr in Frage kam. Gleichwohl profitieren auch diese weniger mobilen Haushalte vom verbesserten Ausstattungsniveau ihrer Wohnung.

Die Verbesserungen der Wohnungsqualität (Ausstattung und Wohnfläche) blieben nicht ohne Folgen für die Mietbelastung der Haushalte. Anfang der 90er Jahre mussten die Mieter in Thüringen nur etwa ein Achtel ihres Einkommens für die Miete ausgeben, Ende der 90er Jahre bereits fast ein Viertel. Trotzdem sind die resultierenden Mietbelastungen insbesondere bei Haushalten mit über 50-jähriger Bezugsperson immer noch niedriger als im früheren Bundesgebiet. Insgesamt müssen 19% oder fast jeder fünfte Mieterhaushalt in Thüringen eine Mietbelastung von mehr als 30% ihres Einkommens tragen.

Es gibt jedoch immer weniger Mieterhaushalte. Seit der Wiedervereinigung ist der Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum stetig gestiegen. Im Jahr 1993 lebten noch 65% aller Haushalte in Thüringen zur Miete; bereits fünf Jahre später wohnten bereits fast vier von zehn Haushalten in den eigenen vier Wänden. Damit nimmt Thüringen innerhalb der neuen Länder seit Jahren einen Spitzenplatz ein. In der Folge unterscheiden sich die Wohneigentumsquoten bei den Haushalten mit 30- bis 39-jähriger Bezugsperson nur noch marginal von denen im früheren Bundesgebiet. Dagegen sind in Thüringen mehr als doppelt so viele Haushalte mit über 50-jähriger Bezugsperson als im früheren Bundesgebiet auf eine Mietwohnung angewiesen. Der Erwerb von Wohneigentum stellt eine wichtige Weichenstellungen im Leben dar und steht häufig auch in einem engen Zusammenhang mit der Familiengründung: Wohneigentümer sind nicht nur kinderreicher, ihre Wohnsituation ist auch familienfreundlicher, weil deren Kindern eine größere Wohnfläche zur Verfügung steht. Der Unterschied zwischen Mietern und Wohnungseigentümern beträgt in Thüringen bei Haushalten mit 30- bis 39-jähriger Bezugsperson immerhin 6 qm pro Kind.

## 9. Gesundheit

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung in Thüringen hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Die durchschnittliche Lebenserwartung für neugeborene Jungen ist im Zeitraum 1991/93 bis 1998/00 von 69,5 auf 73,5 um 4 Jahre angestiegen, für neugeborene Mädchen beträgt der Zuwachs 3,3 Jahre auf nunmehr 80,1 Jahre. Somit hat sich der Unterschied zum früheren Bundesgebiet deutlich verkleinert und beträgt bei der Geburt jetzt nur noch ein statt zweieinhalb Jahre bei Männern und ein halbes statt gut 2 Jahre bei Frauen.

Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung älterer Menschen gibt es aber auch immer mehr Pflegebedürftige. In Thüringen waren im Jahr 1999 rund vier Prozent der Bevölkerung pflegebedürftig – 6% der Frauen und 3% der Männer. Ältere Personen sind zudem öfter schwerbehindert. Im Jahr 2001 waren insgesamt 183 Tausend oder 7% aller Einwohner zu mindestens 50% behindert. Darunter betrug der Grad der Behinderung bei 10 Tausend Einwohnern sogar 90% und mehr.

### III. BERICHT

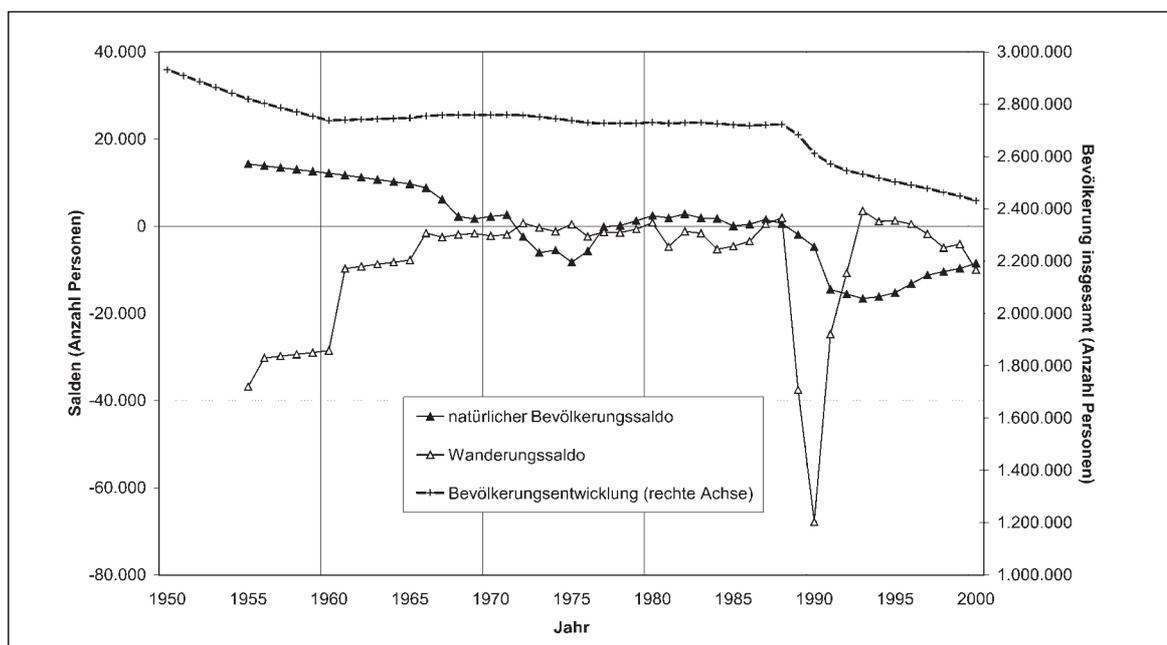
#### 1. Demographische Entwicklung

##### 1.1 Bevölkerung

##### 1.1.1 Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerung von Thüringen altert, weil es an Nachwuchs fehlt. Zum Jahresende 1950 lebten im heutigen Thüringen 2,9 Mio. Bürger, 50 Jahre später, zum Jahresende 2000, waren es nur noch 2,4 Mio. (vgl. Abbildung 1). In jüngster Zeit ist für diesen Bevölkerungsrückgang vor allem das enorme Geburtendefizit seit 1991 verantwortlich.<sup>6</sup> In den letzten drei Jahren verliert Thüringen außerdem auch Bevölkerung durch Abwanderung, während der Wanderungssaldo bis dato seit 1993 leicht positiv war.

Abbildung 1: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung 1950–2000



**Anmerkung:** die Wanderungsangaben 1962–1990 sind mittlere Jahreswerte und wurden auf Basis der Veränderung des Bevölkerungsstandes abzgl. der natürlichen Bevölkerungsbewegung ermittelt.

Quelle: TLS

empirica

*Geburtenrückgang ist hauptverantwortlich für Bevölkerungsschrumpfung.* In den 90er Jahren stürzten die Geburtenzahlen von fast 32.000 im Jahr 1989 bis auf ein Minimum von knapp 13.000 im Jahr 1994 ab.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Demgegenüber konnten Abwanderungen in den 60er Jahren noch eher durch eine hohe Geburtenrate kompensiert werden.

<sup>7</sup> Dieser Rückgang ist nur zu einem geringen Teil auf den Rückgang der Zahl der Kinder pro Frau und damit auf einen Wiedervereinigungseffekt zurückzuführen. Vielmehr stellt er ein lange Jahre vorprogrammiertes Ergebnis dreier Effekte dar, die ihren Ursprung in den 60er bis 80er Jahren hatten.

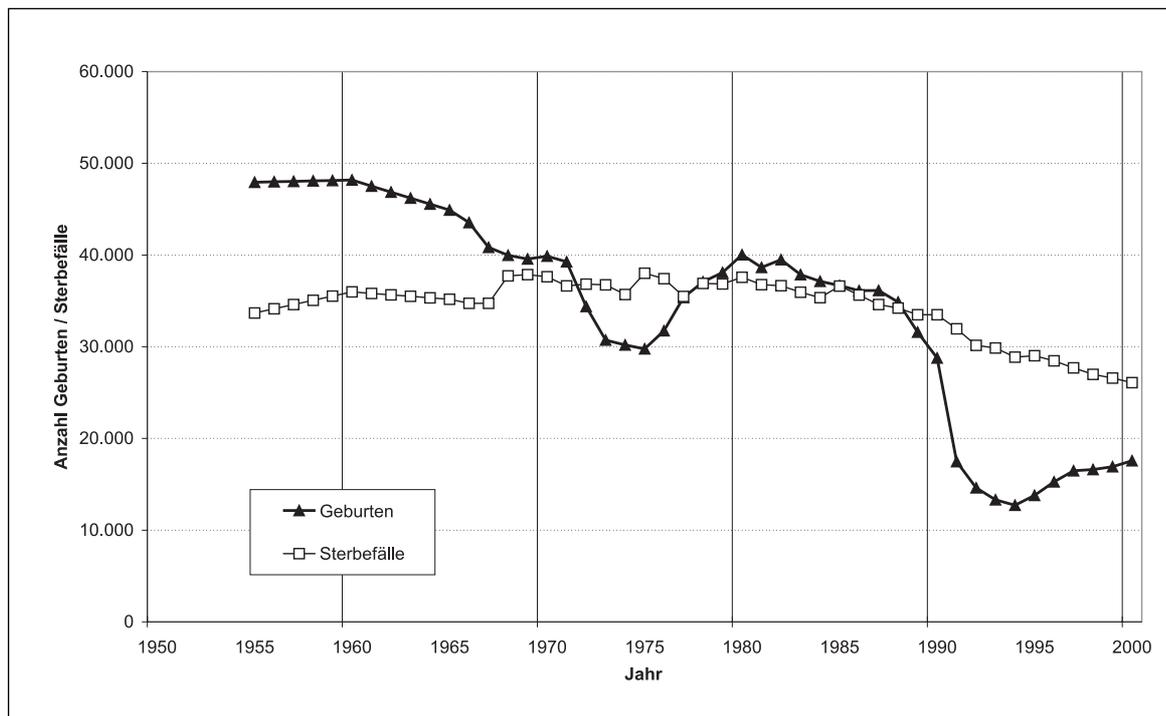
- Echo-Effekt zum Geburtenanstieg Ende der 70er Jahre: Dieser Anstieg wurde im Wesentlichen durch ein Vorziehen der Geburten und nicht durch einen Anstieg der Kinder pro Frau verursacht. Im Übergang stieg daher die Zahl der Geburten; anschließend musste die Zahl der Geburten fast zwangsweise wieder sinken (vgl. Schwarz, 2000). Deswegen ging bereits in den 80er Jahren die Zahl der Geburten um 15% zurück und wäre auch ohne Wiedervereinigung weiter gefallen (Entsprechende Effekte lassen sich auch für Westdeutschland zwischen 1951 und 1974 zeigen).

- Der Geburteneinbruch Ende der 60er Jahre ließ Anfang der 90er Jahre die Zahl der potentiellen Mütter drastisch sinken. Entsprechend musste auch die Zahl der Geburten Anfang der 90er Jahre sinken.

- Das sehr niedrige Erstgebäralter stieg in den 90er Jahren steil an und passte sich zunehmend an das westdeutsche Niveau an. Entsprechend kommt es im Übergang zu einem Rückgang der Geburten.

Erst in etwa zehn Jahren – wenn abgeschätzt werden kann wie viele der in den 60er und 70er geborenen Mütter dauerhaft keine Kinder gebären oder die Geburt nur zeitlich verschoben haben – wird der reine "Wiedervereinigungseffekt" bezifferbar sein. Wahrscheinlich ist er aber nur für einen Teil des Geburtenrückgangs verantwortlich.

Abbildung 2: Geborene und Gestorbene in Thüringen 1950–2000



Quelle: TLS

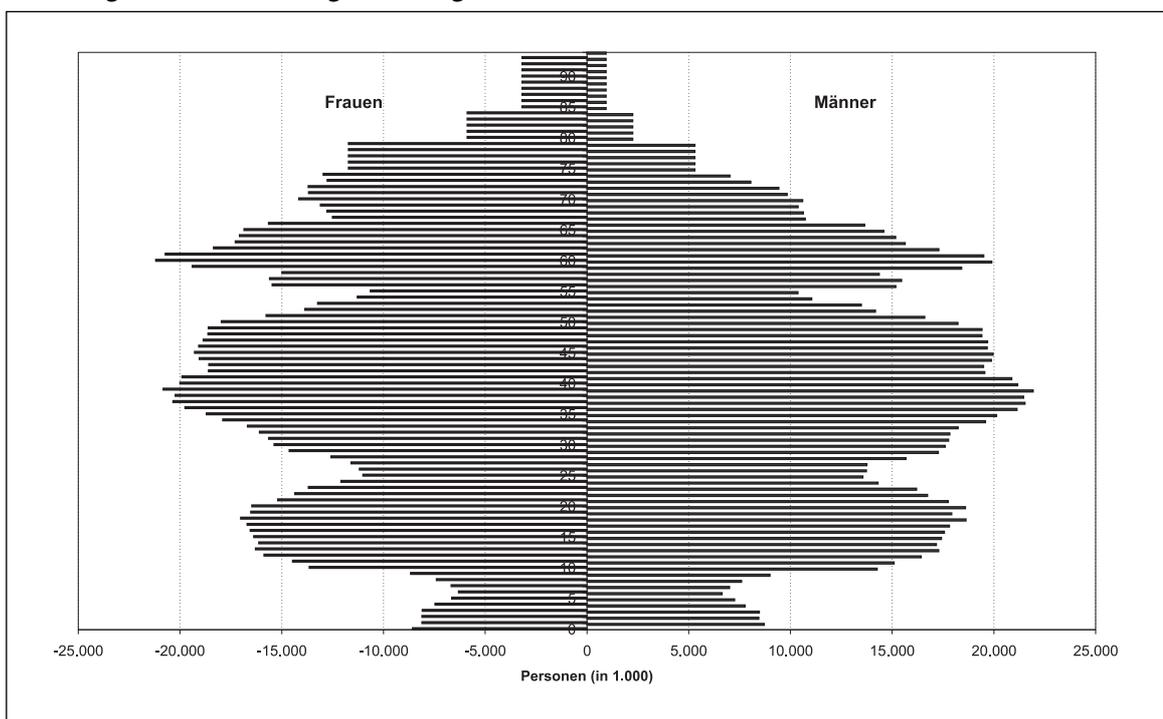
empirica

Dieser Effekt schlägt sich nicht vollständig in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung nieder, weil gleichzeitig die Zahl der Gestorbenen leicht gesunken ist (vgl. Abbildung 2). Gleichwohl ist seit 1991 die natürliche Bevölkerungsentwicklung stark negativ. Rund drei Viertel des Bevölkerungsverlustes im Zeitraum 1991 bis 2000 in Höhe von insgesamt 180.000 Einwohnern entfällt auf das Geburtendefizit, nur ein Viertel auf Abwanderungen. Die Bevölkerungsentwicklung von Thüringen weist damit noch eine vergleichsweise moderate Abwanderungsbewegung auf.

*Abwanderung dezimierte bereits in den 50er und 60er Jahren die Bevölkerung von Thüringen.* Abgesehen vom Geburtenanstieg Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre, unterschied sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung in beiden Teilen Deutschlands bis Mitte der 70er Jahre in der Struktur nicht voneinander. Ganz anders verhält es sich mit den Wanderungssalden: bis Mitte der 60er Jahre verlor Thüringen kontinuierlich Einwohner durch Abwanderung (vgl. Abbildung 14). Westdeutschland wurde dagegen zum ausgesprochenen Wanderungsgewinner. In Ostdeutschland dagegen sank seit 1961 die Einwohnerzahl um rund 510.000, die Verluste konzentrierten sich dabei auf Sachsen (–460.000) und Sachsen-Anhalt (–300.000), während Berlin-Ost deutlich und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie Thüringen leicht gewannen.

*Haushaltsgründungen und Arbeitsangebot sind vorhersehbare Echoeffekte der Geburtenzahlen.* Die historische Bevölkerungsentwicklung bestimmt die heutige Altersschichtung des Landes (vgl. Abbildung 3). Deutlich zu erkennen ist der Einschnitt durch die Geburtenausfälle des 2. Weltkriegs bei den heute etwa 55- bis 60-Jährigen. Der Rückgang der Zahl der Geburten Anfang der 70er Jahre hinterlässt einen Einschnitt bei den heute 25- bis 30-Jährigen. Die jüngsten zehn Altersklassen sind wegen des Geburteneinbruchs Anfang der 90er Jahre extrem schwach besetzt. Die Berg- und Talfahrt in der Geburtenentwicklung wird die Bevölkerungs-, Haushalts- und Erwerbspersonenentwicklung der nächsten Jahrzehnte determinieren. So werden derzeit sehr viele Haushalte gegründet, weil sich die geburtenstarken Jahrgänge der späten 70er und frühen 80er Jahre in der Haushaltsgründungsphase befinden. Aus dem gleichen Grund steigt die Zahl der Erwerbspersonen – das Arbeitsangebot – derzeit an. In etwa zehn Jahren wird sich diese Entwicklung wieder umkehren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 90er Jahre in die Haushaltsgründungsphase kommen. Um das Jahr 2020 schließlich werden die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre in Rente gehen.

Abbildung 3: Altersschichtung in Thüringen 2000



Quelle: TLS

empirica

### 1.1.2 Bevölkerungsprognose

*Künftig leicht steigende Geburtenziffern und steigende Lebenserwartung.* Die Geburtenziffern sind in Thüringen von 772 im Jahre 1994 auf 1.067 im Jahre 1997 und 1.102 im Jahre 1998 gestiegen. Das heißt, unter der Geburtenhäufigkeit des Jahres 1998 bringen in Thüringen 1.000 Frauen im Laufe ihres Lebens 1.102 Kinder zu Welt. Zur einfachen Reproduktion der Bevölkerung sind jedoch 2.100 Kinder erforderlich. Die Reproduktionsquote lag damit 1998 etwa bei 52%. Das Niveau im früheren Bundesgebiet liegt seit Jahren relativ konstant bei 1.400 Kindern je 1.000 Frauen. Das Statistische Landesamt geht davon aus, dass sich in Thüringen das Niveau weiter erhöhen wird und im Jahre 2005 das jetzige Niveau im früheren Bundesgebiet erreicht. Das entspricht für den Zeitraum bis 2005 einer durchschnittlichen jährlichen Erhöhung der Fertilität um 3,5 Prozent.

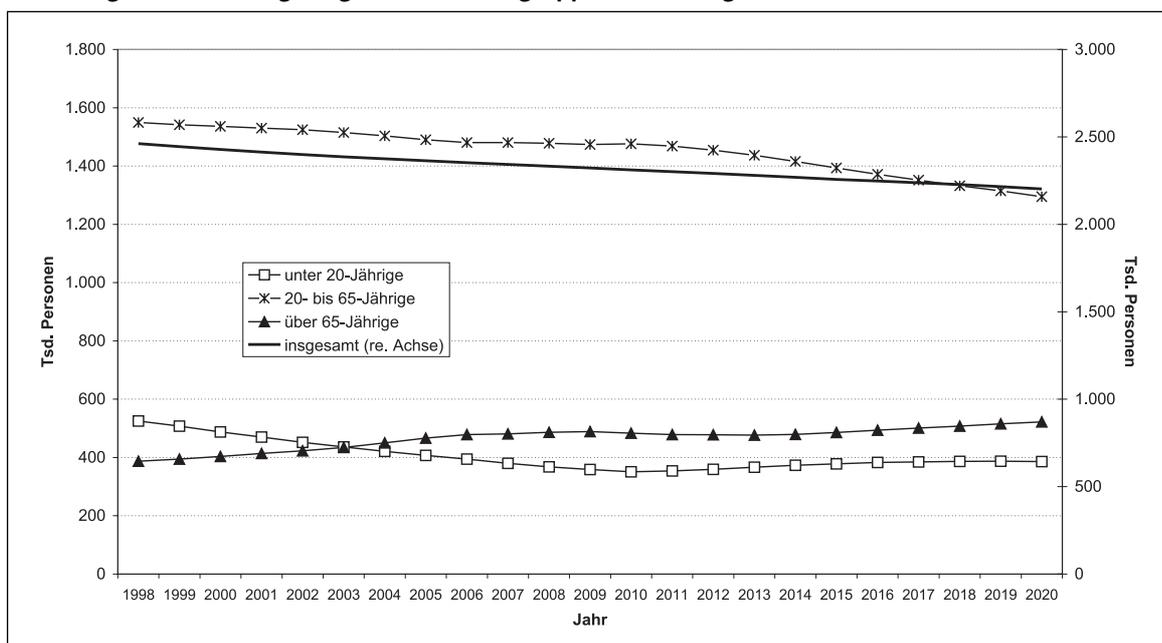
*Weniger Erwerbsfähige und mehr Senioren.* Trotz Wiederanstieg der Geburtenziffern und ansteigender Lebenserwartung wird die Bevölkerung von Thüringen durch Geburtendefizite und Wanderungen bis zum Jahr 2015 kontinuierlich von heute 2,4 Mio. auf knapp 2,3 Mio. schrumpfen (vgl. Abbildung 4). Die Altersklasse der unter 20-Jährigen wird bis 2010 um mehr als ein Viertel gegenüber dem Ausgangsjahr schrumpfen. Nach 2010 stabilisiert sich die Zahl der unter 20-Jährigen auf knapp unter 400 Tausend.<sup>8</sup> Starke Veränderung wird auch die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen erfahren. Die Zahl dieser Erwerbsfähigen<sup>9</sup> sinkt über den gesamten Prognosezeitraum, wobei sich dieser Prozess nach 2015 sogar etwas beschleunigt. Umgekehrt steigt die Zahl der nicht mehr erwerbsfähigen, über 65-Jährigen bis zum Jahr 2010 um ein Fünftel an.

*Altenquotient wird sich in den nächsten dreißig Jahren fast verdoppeln.* Die gegenläufige Entwicklung der 20- bis 65-Jährigen und der über 65-Jährigen wird den so genannten Altenquotienten deutlich ansteigen lassen. Dieser Quotient misst das Verhältnis der beiden Altersgruppen zueinander und stellt z.B. ein Maß für die Belastung der Rentenbeitragszahler dar. Der Jugendquotient sinkt zunächst wegen der rückläufigen

<sup>8</sup> Dieser Teil der Bevölkerungsprognose ist der unsicherste, da alle Mitglieder dieser Altersgruppen noch nicht geboren wurden.

<sup>9</sup> Definition: alle Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren.

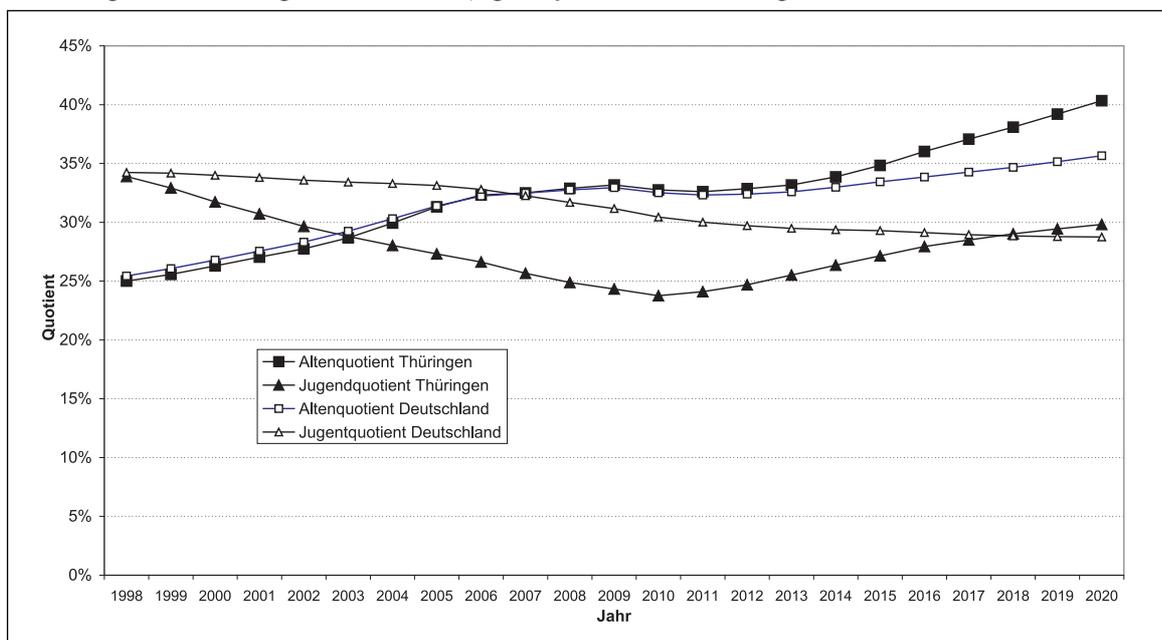
Abbildung 4: Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in Thüringen bis 2020



Quelle: regionalisierte 9. koordinierte Bevölkerungsprognose

empirica

Abbildung 5: Entwicklung des Alten- und Jugendquotienten in Thüringen bis 2020



Definition: Altenquotient = Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen; Jugendquotient = Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen.

Quelle: regionalisierte 9. koordinierte Bevölkerungsprognose

empirica

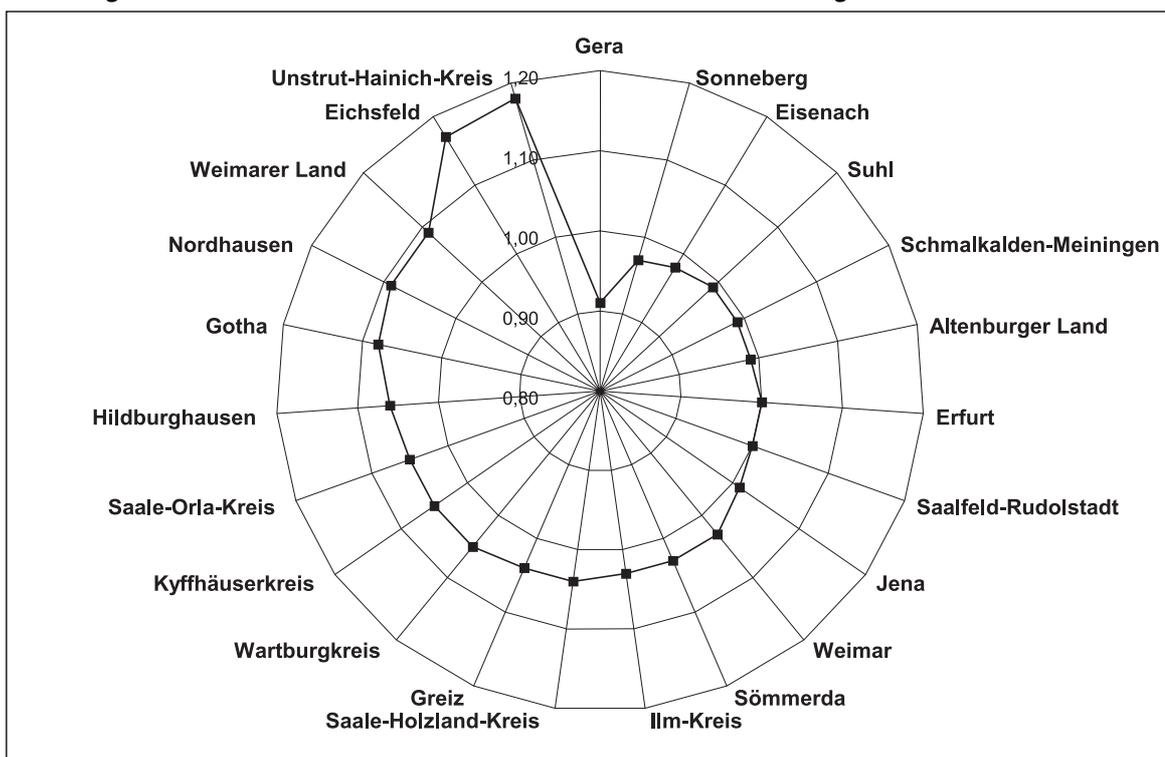
Geburten; dieser Effekt wird aber durch eine Stabilisierung der Anzahl junger Personen nach 2010 zusammen mit der schrumpfenden Bezugsbasis der 20- bis 65-Jährigen zumindest bis 2020 kurzfristig wieder umgedreht (vgl. Abbildung 5).<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Derzeit wird in der öffentlichen Diskussion häufig auf den Altenquotienten hingewiesen. Wissenschaftler, die mahndend einen Umstieg auf ein Kapitaldeckungsverfahren fordern, verwenden in der Regel die Altersgrenze 60 Jahre – der Altersquotient steigt dann stärker. Dies ist insofern gerechtfertigt, als das faktische Renteneintrittsalter heute bei rund 60 Jahren liegt. Andererseits wird häufig die Altersgrenze bei 65 Jahren gezogen, mit der Begründung 65 Jahre ist das gesetzliche Renteneintrittsalter. Der Anstieg des Altersquotienten fällt dadurch „optisch“ geringer aus. In dieser Untersuchung wird eine Altersgrenze von 65 Jahren gewählt, weil unterstellt wird, dass die Notwendigkeit für einen späteren Rentenbeginn steigen wird.

### 1.1.3 Regionale Differenzierung

*Große regionale Abweichungen im Geburtenverhalten.* Die Fertilitätsraten streuen in den einzelnen Kreisen Thüringens erheblich. Im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1997 wurden Unterschiede von bis zu 30% registriert (vgl. Abbildung 6). So wurden in den katholischen Enklaven Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis von 100 Frauen fast 120 Kinder geboren, während in der kreisfreien Stadt Gera die gleiche Anzahl Frauen nur etwa 90 Kinder zur Welt gebracht hat.

**Abbildung 6: Fertilitätsraten in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens**



**Anmerkung:** Thüringen insg. 1,04 – neue Länder 1,05 – früheres Bundesgebiet 1,43

**Definition:** zusammengefasste Geburtenziffer = Anzahl Kinder pro Frau (betrachtet werden Frauen eines fiktivern Geburtenjahrganges im Laufe ihrer gesamten reproduktiven Lebensphase).

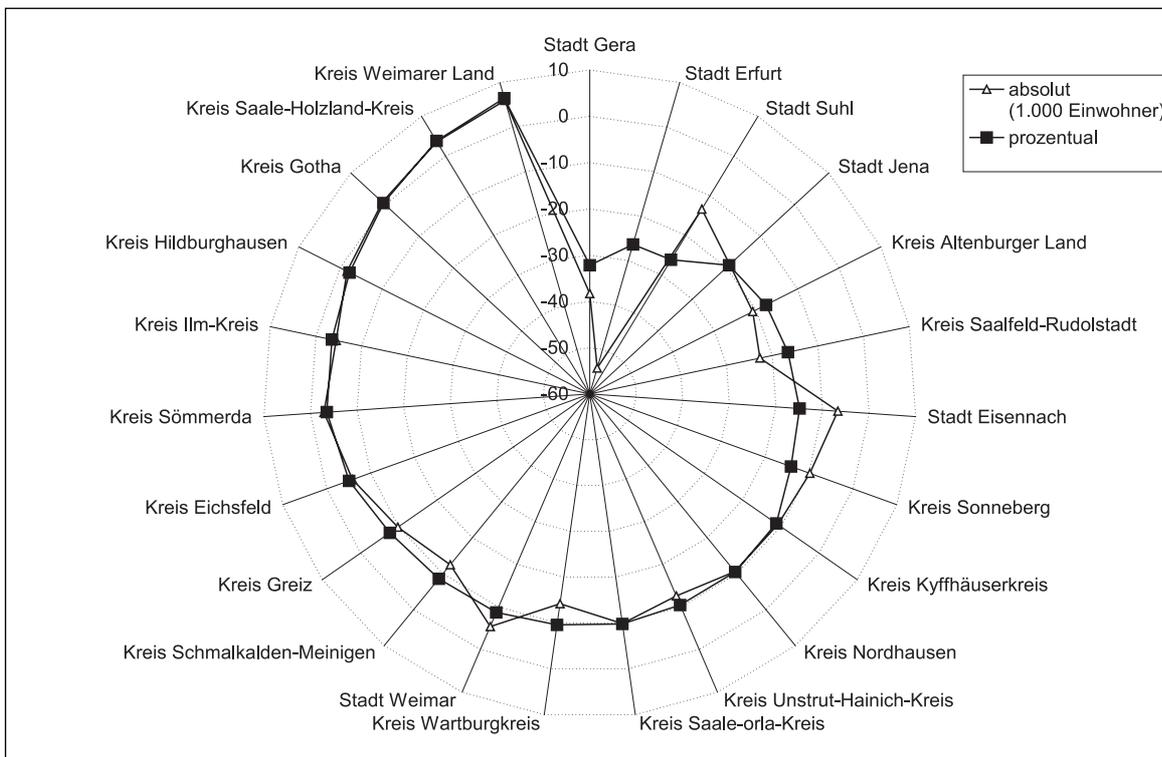
**Quelle:** INKAR 2000

empirica

*Vom Bevölkerungsrückgang besonders betroffen sind die Städte sowie die strukturschwächeren Kreise.* Durch die Suburbanisierung verlieren die Städte mehr Bevölkerung als die Landkreise. Allerdings zeichnen sich Landkreise mit großen wirtschaftlichen Strukturproblemen und überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit (Altenburger Land, Nordhausen, Kyffhäuserkreis) ebenfalls durch hohe Bevölkerungsverluste aus. In der Stadt Gera kulminieren beide Faktoren in einem besonders eklatanten Rückgang (vgl. Abbildung 7). Lediglich für die Kreise Gotha, Saale-Holzland und Weimarer Land erwartet das Statistische Landesamt bis 2020 ein Bevölkerungswachstum.

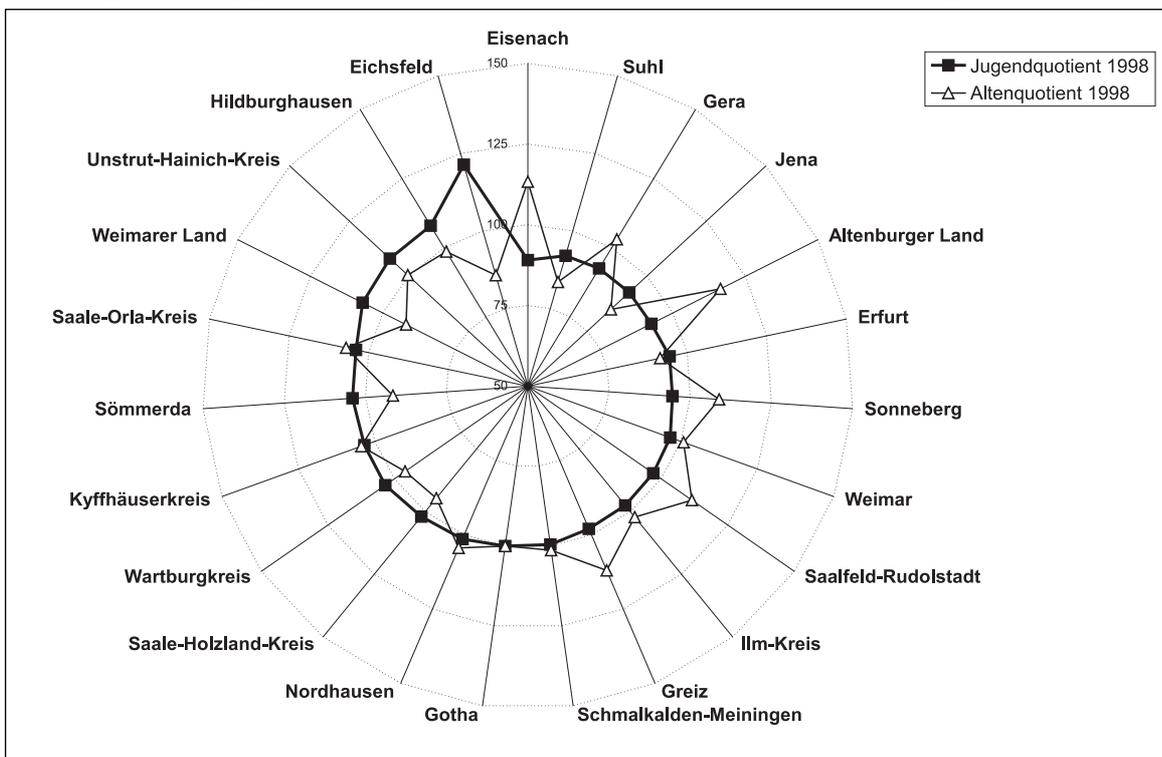
*Neben den Bevölkerungsrückgängen ist die zunehmende Überalterung charakteristisch für die Entwicklung in den nächsten Jahren.* Die Überalterung drückt sich u.a. darin aus, dass der Anteil der Personen unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung bis 2020 in allen Kreisen zurückgeht. Die Verringerung unterliegt jedoch erheblichen regionalen Schwankungen. Das Statistische Landesamt erwartet eine geringfügige Verminderung von 0,2 Prozentpunkten in Gotha, 0,3 in Greiz und 0,4 im Unstrut-Hainich-Kreis, größere Veränderungen von 2,6 Punkten in der Stadt Jena, 2,7 in der Stadt Erfurt und 3,0 in der Stadt Gera. Das unterschiedliche Ausgangsniveau und die darauf aufsetzenden Veränderungen verstärken die Abweichungen in der Entwicklung bis zum Jahr 2020. Besonders in den Kreisen mit niedrigem Anteil an Kindern und Jugendlichen sind die Voraussetzungen für die über das Jahr 2020 hinausgehende Entwicklung negativ. Dies betrifft ganz besonders die Städte Gera, Erfurt, Suhl und Jena. Im Zuge der Überalterung steigt der Anteil der Senioren (65 Jahre und älter) in allen Kreisen stark an. Auch hier sind regionale Unterschiede zu erwarten. Besonders negativ ist die Entwicklung voraussichtlich in der Stadt Gera. Bis zum Jahr 2020 werden dort rund dreimal

**Abbildung 7: Prognose der Bevölkerungsverluste in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens 1997–2020**



**Anmerkung:** Thüringen insg. Verliert bis 2020 275 Tsd. Einwohner oder 11,1% verglichen mit dem Stand 1997.  
**Lesebeispiel:** Die Stadt Erfurt wird bis zum Jahr 2020 rund 54 Tsd. Einwohner verlieren, das sind 26% der Bevölkerung im Jahr 1997.  
**Quelle:** TLS empirica

**Abbildung 8: Abhängigkeitsstrukturen in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens**

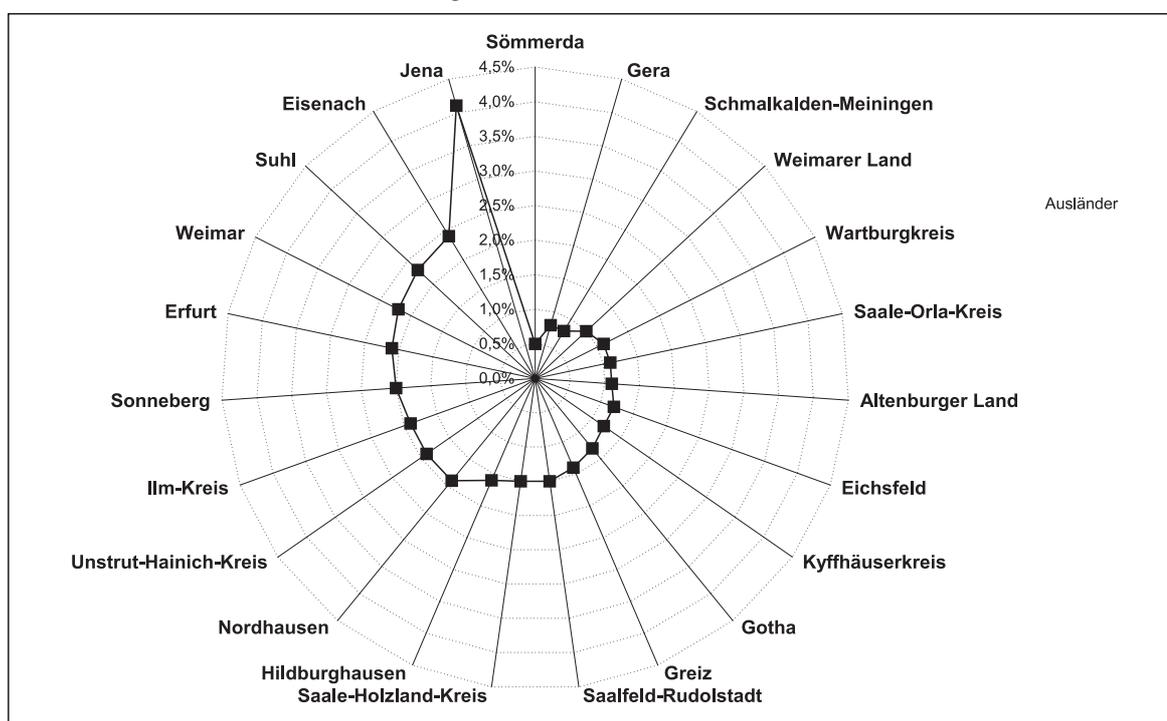


**Anmerkung:** Mittelwert Thüringen normiert auf 100  
**Definition hier:** Altenquotient = Verhältnis der >65-Jährigen zu den 15- bis 65-Jährigen; Jugendquotient = Verhältnis der <15-Jährigen zu den 15- bis 65-Jährigen.  
**Quelle:** INKAR 2000 empirica

so viele Senioren wie Personen unter 15 Jahren leben. Im Gegensatz dazu wird im Landkreis Hildburghausen der Anteil der Senioren nur um 5,8 Prozentpunkte steigen. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) geht bis 2020 in allen Kreisen zurück. In 20 der 23 Kreise liegt die Reduzierung zwischen 4,8 und 7,5 Prozentpunkten. Lediglich für die kreisfreien Städte Suhl (13,5%), Gera (10,2%), Erfurt (10,0%) und Jena (9,0%) erwartet das Statistische Landesamt höhere Werte.

*Die wenigen ausländischen Mitbürger konzentrieren sich in den Großstädten.* Mit 1,5% Anteil an der Gesamtbevölkerung leben in Thüringen anteilmäßig fast siebenmal weniger Ausländer als in den alten Ländern. Selbst für die Verhältnisse in den neuen Ländern ist diese Quote noch unterdurchschnittlich. Analog zum früheren Bundesgebiet konzentrieren sich die Ausländer in den größeren Städten (vgl. Abbildung 9). Aber lediglich Jena erreicht mit gut 4% Ausländeranteil das Durchschnittsniveau der neuen Länder (incl. Berlin-Ost).

**Abbildung 9: Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens**



**Anmerkung:** Thüringen insg. 1,5% – neue Länder 4,0% – früheres Bundesgebiet 10,2%  
**Quelle:** INKAR 2000

empirica

## 1.2 Haushalte

### 1.2.1 Entwicklung der Haushaltzahlen

*Haushalte sind die relevanten Entscheidungsträger.* Die meisten Bestimmungsgrößen für das Erwerbs-, Konsum- oder Wohnverhalten dürfen nicht rein personenorientiert gesehen werden, sondern stehen in engem Zusammenhang mit der Zusammensetzung und der Größe von Haushalten. Deswegen ist die Entwicklung der Haushaltzahlen zur Darstellung der Lebensverhältnisse bedeutender als die Bevölkerungsentwicklung.

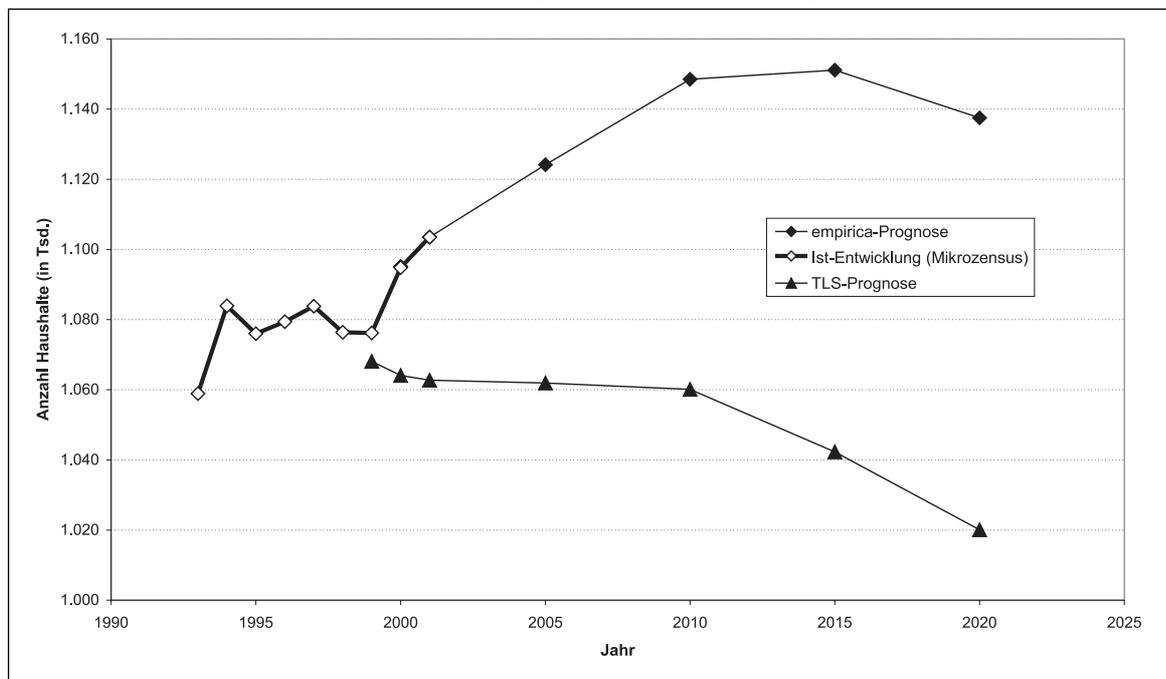
*Steigende Haushaltzahlen trotz rückläufiger Bevölkerung.* Trotz einer rückläufigen Einwohnerzahl ist die Zahl der Haushalte Anfang bis Mitte der 90er Jahre in Thüringen leicht gestiegen (vgl. Abbildung 10). Die gegenläufige Entwicklung der Bevölkerungs- und Haushaltzahlen findet ihre Ursache in der Singularisierung. Zum einen unterscheidet sich das Haushaltsbildungsverhalten der geburtenstarken Jahrgänge Ende der 70er Jahre und der 80er Jahre von früheren Jahrgängen. So stieg der Anteil unter 25-jähriger Einpersonenhaushalten zwischen 1991 und 2001 um rund 31 Prozentpunkte an (vgl. gestrichelt umrandete Zahlen

Tabelle 2: Veränderung der Haushaltsstrukturen in Thüringen zwischen 1991 und 2001

Jahr	1991				1996				2001			
	1	2	3	4+	1	2	3	4+	1	2	3	4+
<b>Alter Haushaltsvorstand</b>												
15–24 Jahre	35%	32%	25%	7%	52%	28%	15%	5%	66%	25%	7%	2%
25–34 Jahre	13%	15%	32%	40%	25%	20%	31%	24%	35%	22%	25%	17%
35–44 Jahre	8%	12%	28%	52%	12%	12%	31%	45%	18%	15%	30%	37%
45–54 Jahre	13%	40%	29%	18%	17%	34%	30%	19%	18%	29%	27%	26%
55–64 Jahre	23%	55%	17%	5%	23%	60%	13%	4%	23%	58%	15%	4%
65–74 Jahre	47%	47%	5%	1%	43%	51%	5%	2%	41%	51%	7%	1%
>74 Jahre	65%	33%	1%	0%	69%	29%	1%	0%	70%	28%	2%	1%
<b>Gesamt</b>	<b>25%</b>	<b>33%</b>	<b>21%</b>	<b>22%</b>	<b>29%</b>	<b>35%</b>	<b>20%</b>	<b>17%</b>	<b>33%</b>	<b>34%</b>	<b>18%</b>	<b>15%</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen aus Mikrozensus 1991 und 96

Abbildung 10: Anzahl der Haushalte in Thüringen 1993–2001 und Prognose bis 2020



**Anmerkung:** die Haushaltsprognose von empirica basiert auf Variante 2 der regionalisierten 9. koordinierten Bevölkerungsprognose, die TLS-Prognose auf Variante 1 der 9. koordinierten Bevölkerungsprognose.

Quelle: TLS, eigene Berechnungen mit PROFAMY

empirica

in Tabelle 2). Insgesamt lebten im Jahr 2001 mehr als neun von zehn Haushalten dieser Altersklasse in Ein- und Zweipersonenhaushalten, im Gegensatz zu knapp sieben von zehn im Jahr 1991. Zusätzlich spalten sich mehr Haushalte z.B. durch Scheidungen wieder auf, so dass auch der Anteil Alleinlebender bei Haushalten mittleren Alters ansteigt. Auch ältere Personen wohnen im Zeitablauf immer öfter alleine (vgl. fett umrandete Zahlen in Tabelle 2); hier ist die Ursache im Tod eines Lebenspartners zu finden.

Bis zum Jahr 2015 dürfte in Thüringen die Zahl der Haushalte noch ansteigen. Prognosen vom empirica ergeben, dass sich der altersschichtungs- und verhaltensbedingte deutliche Anstieg der Haushaltszahlen bis zum Jahr 2010 fortsetzen wird (vgl. Abbildung 10).<sup>11</sup> Insgesamt wird die Anzahl der Haushalte zwischen

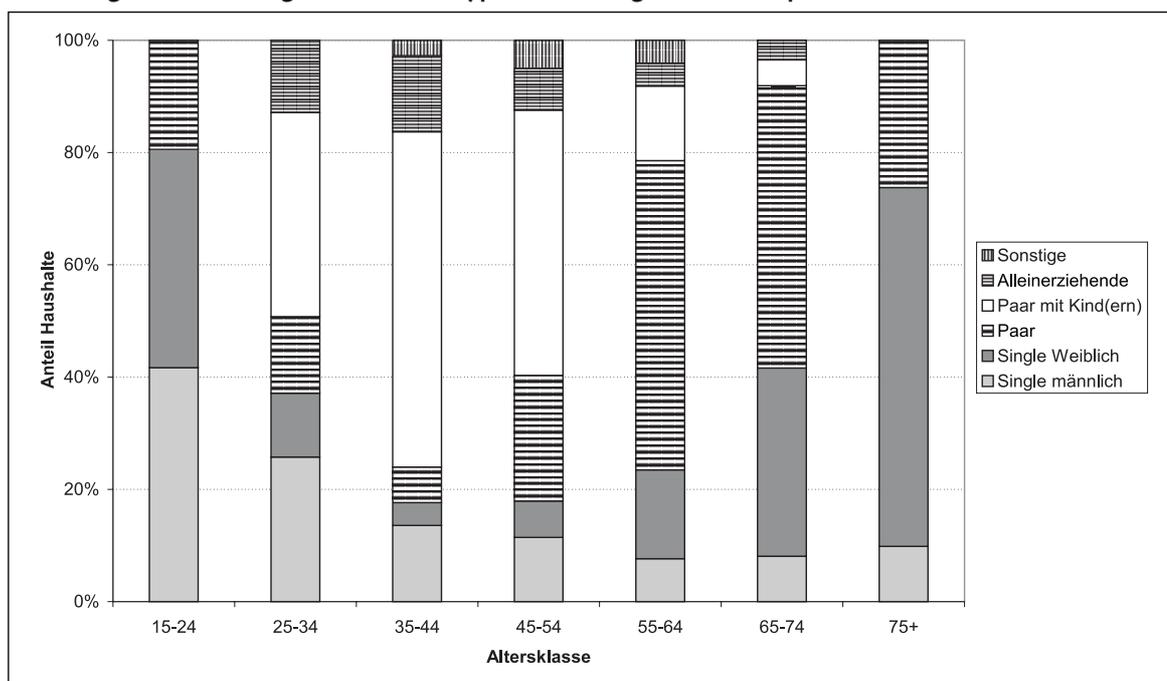
<sup>11</sup> Haushaltsprognosen von empirica werden mit Hilfe des Makrosimulationsmodells PROFAMY erstellt (vgl. Abschnitt II.2) und basieren auf der regionalisierten 9. koordinierten Bevölkerungsprognose. Im Unterschied zu PROFAMY prognostiziert das TLS bis zum Jahr 2010 konstante Haushaltszahlen.

2000 und 2015 dann um rund 56.000 Haushalte oder 5% angestiegen sein. Danach sinkt die Zahl der Haushalte leicht ab – dieser Prozess dürfte sich nach 2015 noch beschleunigen. Demgegenüber prognostiziert das Statistische Landesamt lediglich eine Konstanz der Haushaltszahlen bis um Jahr 2010 und bereits bis zum Jahr 2015 einen Rückgang. Dieses Ergebnis resultiert insbesondere aus einer pessimistischeren Bevölkerungsprognose, die zugrunde gelegt wird. Gleichwohl zeigt die Entwicklung bis zum Jahr 2001, dass die Haushaltszahlen zuletzt deutlich angestiegen sind.

### 1.2.2 Rückgang der Familienhaushalte

*Noch leben in mehr als einem Drittel aller Haushalte Kinder.* Im Jahr 2001 gab es in Thüringen insgesamt 1.104 Tsd. Haushalte (vgl. Tabelle 71 bis Tabelle 75 im Anhang). Ein Drittel waren Alleinlebende (33%), in fast einem weiteren Drittel aller Haushalte lebten zwei Erwachsene (28%), gut jeder dritte Haushalt (36%) war ein Familienhaushalt (vgl. Abbildung 11). In gut vier von fünf Familienhaushalten gab es zwei Elternteile, in jedem fünften Familienhaushalt lebten Alleinerziehende – das sind 7% aller Haushalte. In einzelnen Altersklassen zeigen sich jedoch ganz unterschiedliche Haushaltsstrukturen: bei den unter 25-Jährigen dominieren die Alleinlebenden, bei den 25- bis 54-Jährigen die Familien, bei den 55- bis 64-Jährigen die Haushalte mit zwei Erwachsenen und bei den ältesten Haushalten, mit über 64-jähriger Bezugsperson, die weiblichen Alleinlebenden.

**Abbildung 11: Verteilung der Haushaltstypen in Thüringen im Altersquerschnitt 2001**



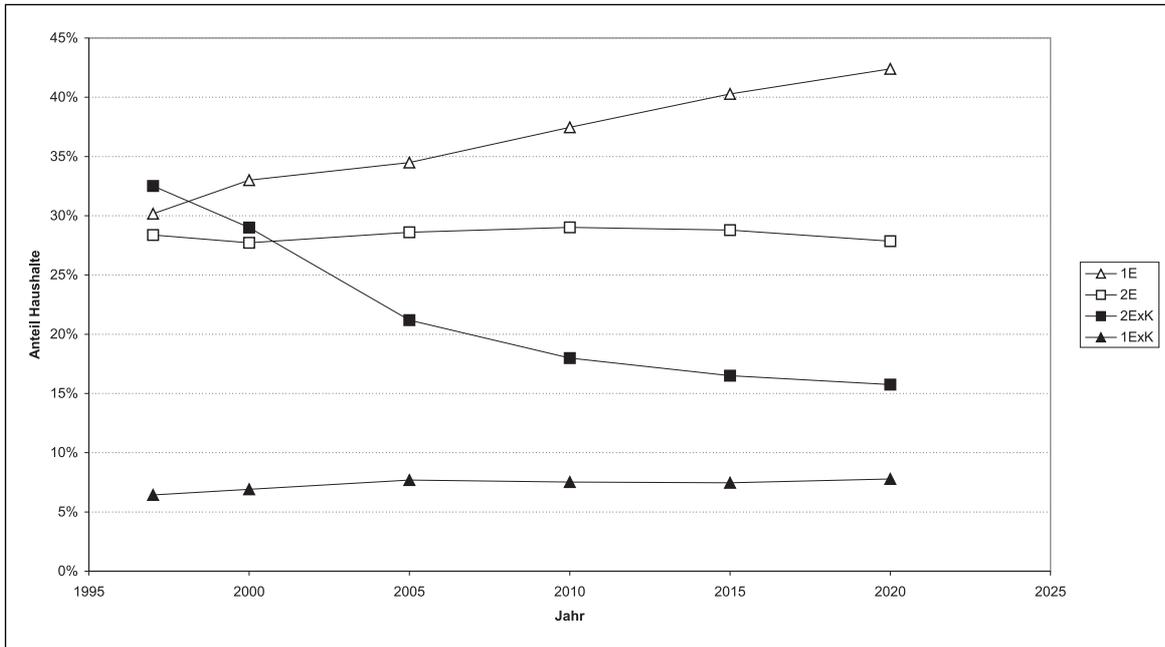
Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

*Bis 2020 werden nur noch in jedem vierten Haushalt Kinder leben.* In den nächsten Jahren wird sich die Besetzung der verschiedenen Haushaltstypen deutlich verändern (vgl. Abbildung 12). Zukünftig werden in Thüringen mehr Alleinlebende wohnen, während der Anteil der Familien drastisch von 36% auf 24% zurückgeht. Zudem wird der Anteil Alleinerziehender unter den Familienhaushalten immer größer: heute ist jede fünfte Familie alleinerziehend, bis 2020 wird es mehr als jede vierte sein.

*Vor allem in der „klassischen“ Familienphase mehr Alleinlebende und Alleinerziehende.* Auch innerhalb der einzelnen Altersklassen ergeben sich Veränderungen. So wird sich die Anzahl der 45- bis 64-jährigen Alleinlebenden mehr als verdoppeln (ihr Anteil steigt damit um fast 20 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 13). Bedingt durch die hohe Geburtenrate Ende der 70er Jahre steigt die Anzahl der unter 25-jährigen Alleinlebenden vor allem bis zum Jahr 2005 an, um danach wieder abzusinken. Im Gegensatz dazu steigt die Zahl der Paare im Rentenalter kontinuierlich an, weil die Generation der Kriegswitwen ausstirbt.

Abbildung 12: Entwicklung der Haushaltsstrukturen in Thüringen bis 2020

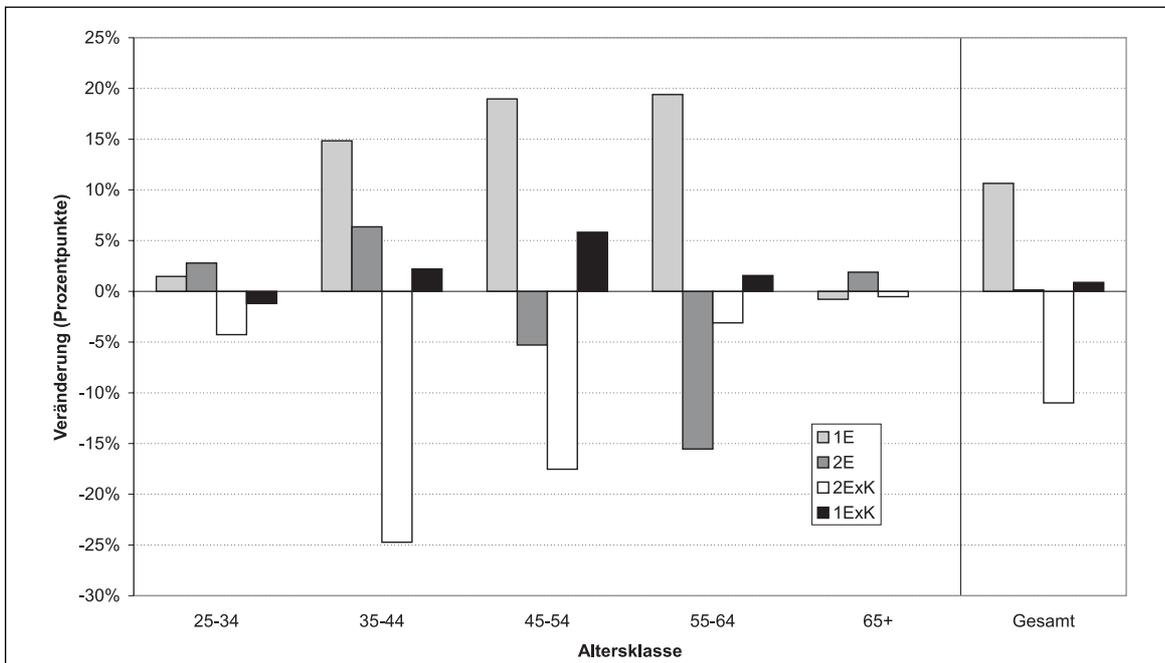


**Anmerkung:** die Haushaltsprognose basiert auf der regionalisierten 9. koordinierten Bevölkerungsprognose; 1E = Alleinlebende, 2E = 2 Erwachsene, 2ExK = 2 Erwachsene mit Kind(ern), 1ExK = 1 Erwachsener mit Kind(ern), Differenz zu 100% durch Mehrgenerationenhaushalte.

**Quelle:** eigene Berechnungen mit PROFAMY (Trendvariante)

empirica

Abbildung 13: Veränderung der Verteilung der Haushaltstypen im Altersquerschnitt 1996–2020



**Anmerkung:** die Haushaltsprognose basiert auf der regionalisierten 9. koordinierten Bevölkerungsprognose; 1E = Alleinlebende, 2E = 2 Erwachsene, 2ExK = 2 Erwachsene mit Kind(ern), 1ExK = 1 Erwachsener mit Kind(ern).

**Quelle:** eigene Berechnungen mit PROFAMY (Trendvariante) sowie Mikrozensus 1996

empirica

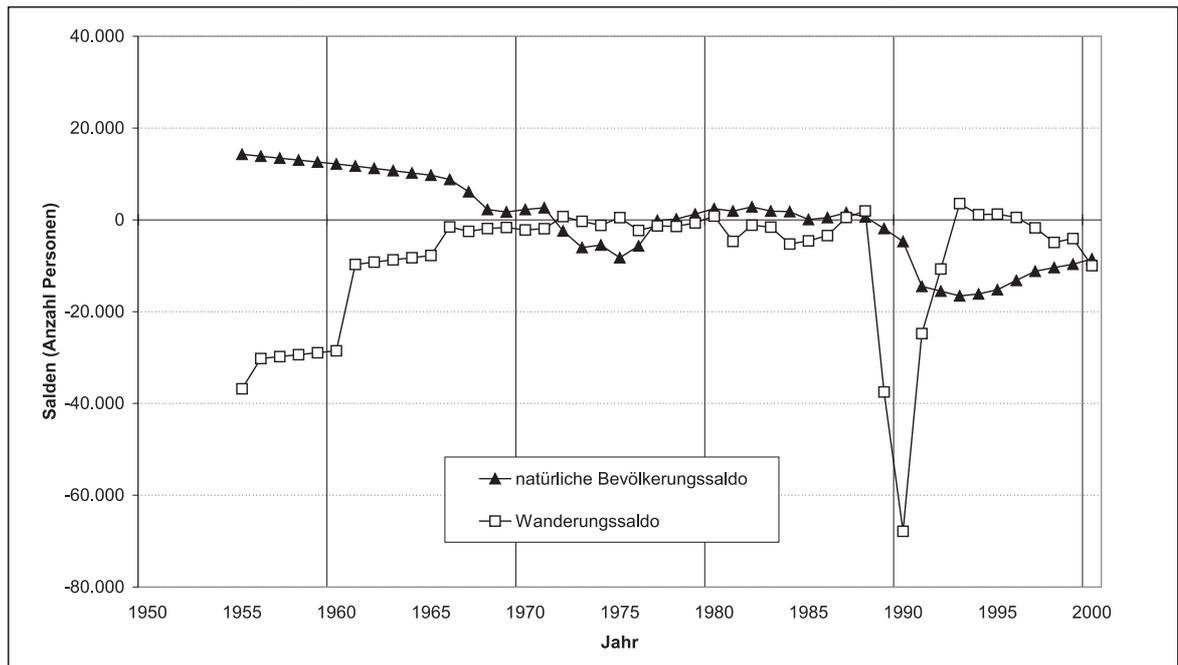
Nach dem Aussterben der Kriegsgeneration mehr Paare und männliche Alleinlebende im Rentenalter. Das Geschlechterverhältnis unter den Einpersonenhaushalten gleicht sich bis 2020 immer mehr an. Frauen dominieren zwar im Alter aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung, dieser Effekt kommt jedoch infolge der aussterbenden Generation von Kriegswitwen mittlerweile weniger zum tragen. In der Folge steigt unter den älteren Haushalten der Anteil zusammenlebender Paare an.

## 2. Migrationsströme

### 2.1 Außenwanderung

Die Bevölkerung von Thüringen schrumpft seit über 40 Jahren. Thüringen hatte besonders in den 50er Jahren einen negativen Wanderungssaldo – vermutlich vorwiegend mit Westdeutschland. Insgesamt verlor Thüringen durch Abwanderung von 1955 bis 2000 knapp 420.000 Einwohner, davon 180.000 im Zeitraum 1955 bis 1960 (rd. 30 Tsd. p.a.) und weitere 130.000 von 1989 bis 1992 (rd. 35 Tsd. p.a.). Von 1993 bis 1996 war ein Gewinn von insgesamt 6.500 Personen zu verzeichnen, seither sind bis zum Jahr 2000 und mit zunehmender Tendenz wieder rund 21.000 Personen abgewandert (rd. 5 Tsd. p.a.). Seit 1991 verliert Thüringen

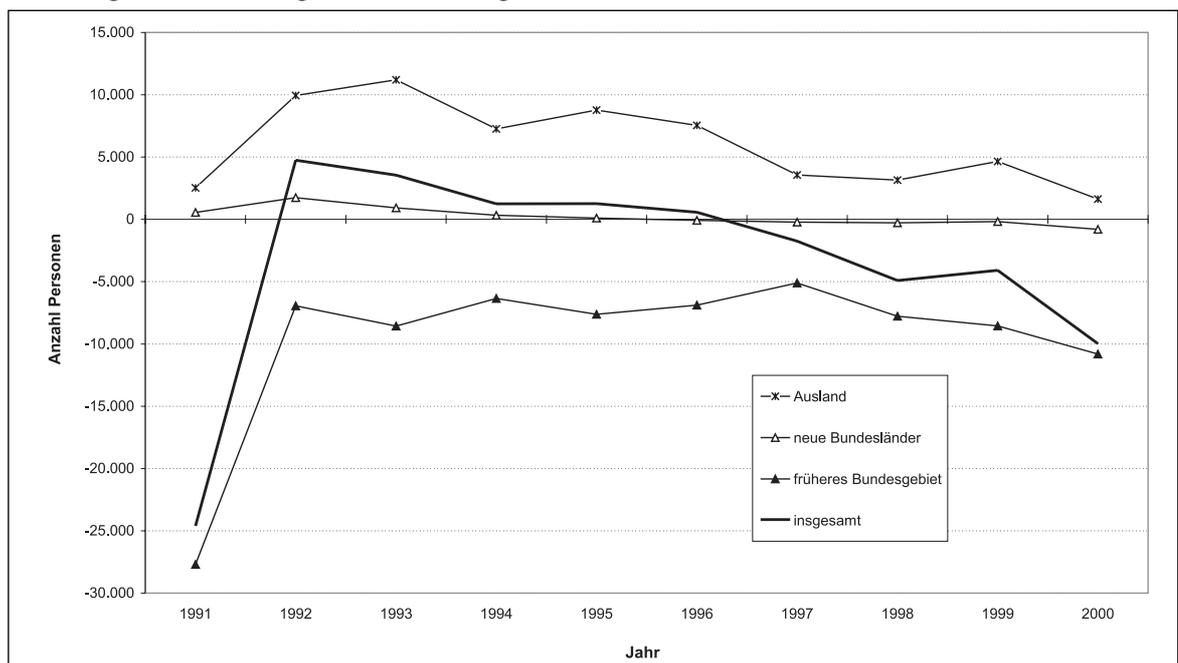
Abbildung 14: Wanderungssaldo und natürlicher Bevölkerungssaldo in Thüringen 1955–2000



Quelle: TLS

empirica

Abbildung 15: Wanderungsbilanz in Thüringen 1991 bis 2000



Quelle: TLS

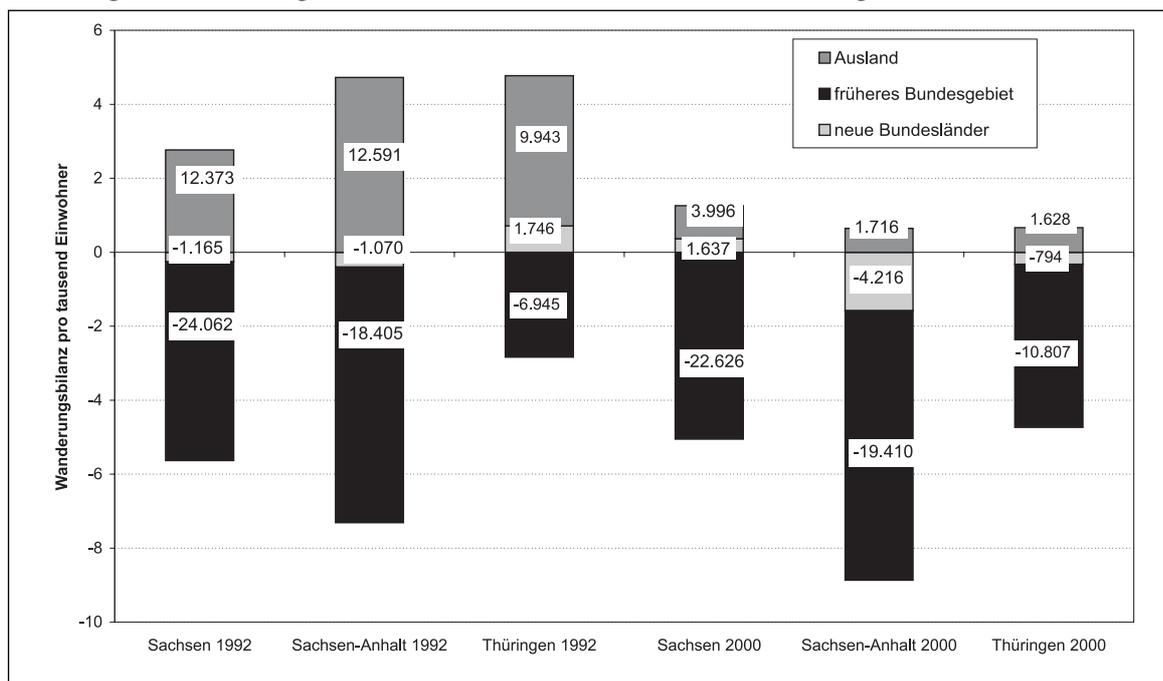
empirica

auch Bevölkerung durch einen deutlich negativen natürlichen Bevölkerungssaldo. Die Geburtenzahlen steigen zwar seit 1994 allmählich wieder an, die Gestorbenen übertreffen sie jedoch im Jahr 2000 immer noch um rd. 8.500.

Die Wanderungsbilanz mit dem früheren Bundesgebiet ist seit 1991 durchgehend negativ. Trotz der ausgeglichenen Wanderungsbilanz Thüringens Mitte der 90er Jahre war der Wanderungssaldo mit dem früheren Bundesgebiet im gesamten Zeitraum 1992 bis 1999 negativ. Der jährliche Verlust an das frühere Bundesgebiet lag jeweils zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern<sup>12</sup> und hat sich im Jahr 2000 auf knapp 11.000 Einwohner erhöht. Zwei Effekte beeinflussen diesen Prozess maßgeblich: zum einen werden junge Haushalte von der besseren Arbeitsmarktsituation im früheren Bundesgebiet angezogen. Zum anderen begünstigt die schiere Masse der geburtenstarken Geburtsjahrgänge zwischen 1977 und 1990 die absolute Anzahl der Migranten, weil sich diese Jahrgänge derzeit in den „wanderungsfreudigsten“ Altersklassen befinden (vgl. Abbildung 17).

Der hohe Abwanderungssaldo im Jahr 2000 geht vor allem auf eine sinkende Zuwanderung aus dem Ausland zurück. Die nahezu ausgeglichene Wanderungsbilanz Thüringens Mitte der 90er Jahre war bei gleichzeitiger Nettoabwanderung in das frühere Bundesgebiet nur durch einen entsprechend hohen Zuzug aus dem Ausland möglich. Während aber im Jahr 1999 noch 5.000 Menschen aus dem Ausland hinzugewonnen werden konnten, verringerte sich dieser Zufluss im Jahr 2000 auf nur noch weniger als 2.000 Personen. Die Auslandszuwanderung ist jedoch nicht trendbildend, da sie stark von der administrierten Wanderung abhängt (Aussiedler und Flüchtlinge). Es kann deshalb nur spekuliert werden, ob sich dieser Rückgang in Zukunft fortsetzt.

Abbildung 16: Wanderungsbilanz von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 1992 und 2000



Anmerkung: absolute Anzahl Wanderungen in den Kästen

Quelle: TLS

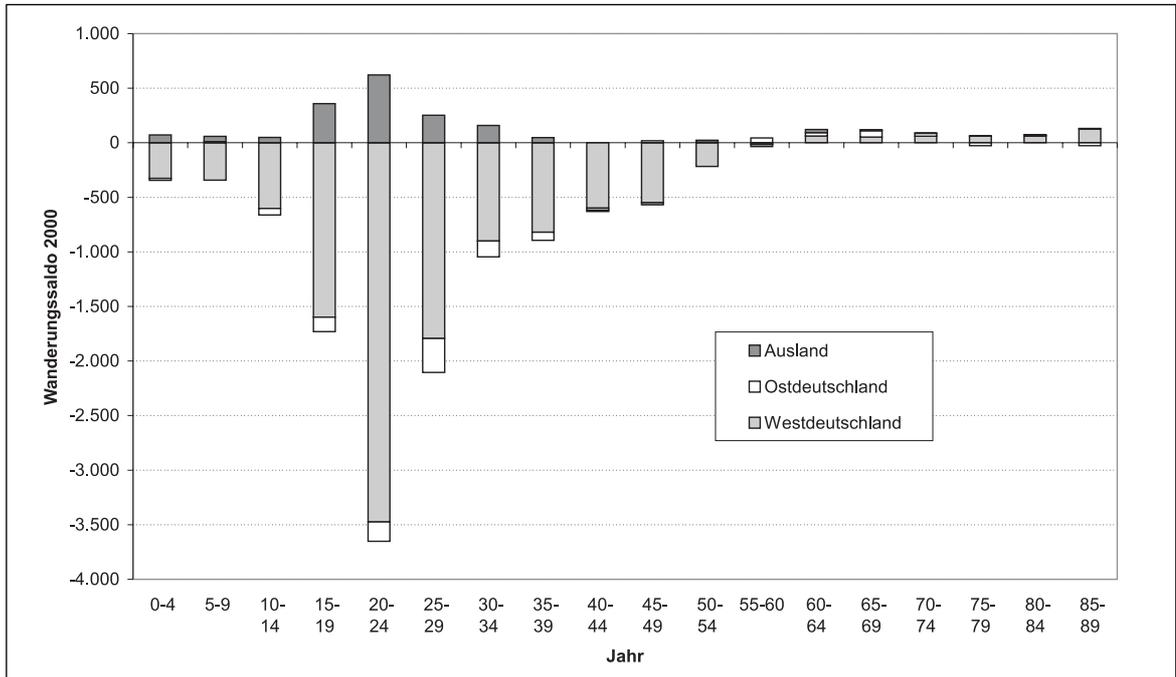
empirica

Abwanderung ist in Thüringen ein geringeres Problem als in anderen neuen Ländern. Ein Vergleich der Wanderungssalden von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt macht deutlich, dass die Abwanderung in Thüringen besonders im Vergleich zu Sachsen-Anhalt deutlich geringer ist. Schon im Jahr 1992 war der Gesamtwanderungssaldo in Thüringen positiv während er in Sachsen und Sachsen-Anhalt noch negativ war (vgl. Abbildung 16). Im Jahr 2000 haben sich die Verhältnisse weiter ausdifferenziert. Sachsen-Anhalt verliert bei ähnlicher Größe mehr als doppelt so viele Einwohner wie Thüringen.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Das sind zwei bis drei Personen pro Tausend Einwohner.

<sup>13</sup> Pro 1.000 Einwohner verliert Thüringen „nur“ so viele Einwohner wie Sachsen (Sachsen – 3,8 und Thüringen – 4,1 pro 1.000 Einwohner).

Abbildung 17: Wanderungsbilanz in Thüringen nach Altersklassen im Jahr 2000

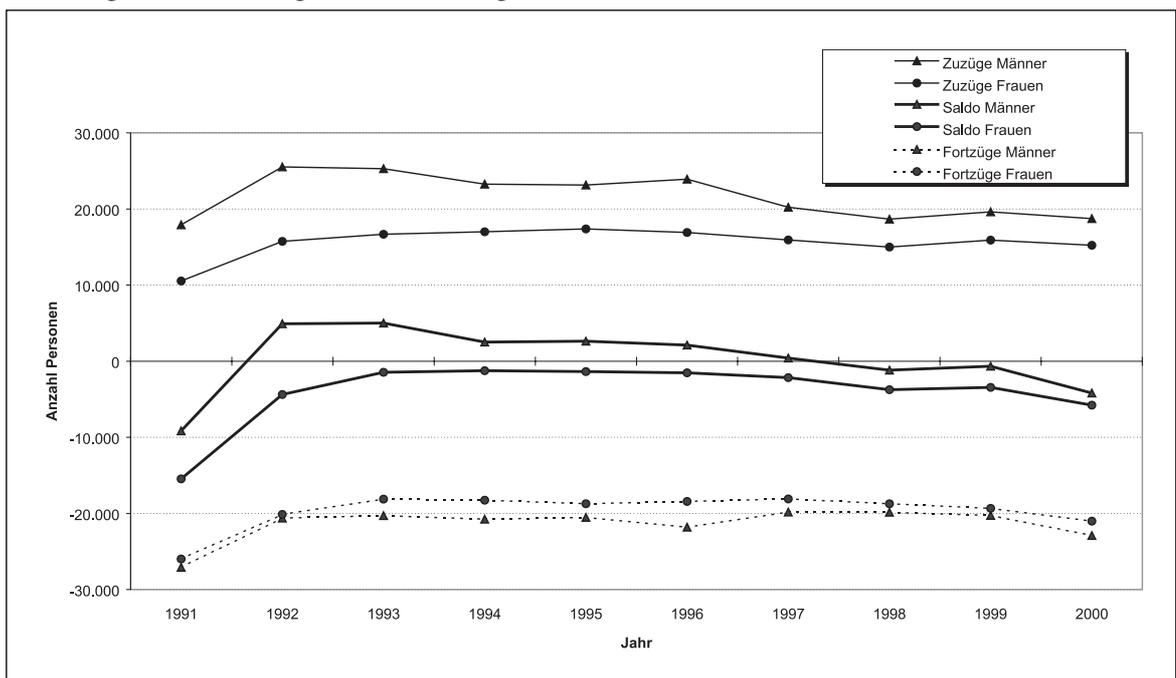


Quelle: TLS

empirica

Der Wanderungsverlust konzentriert sich auf die Altersklassen zwischen 15 und 39. Wie überall sind es auch in Thüringen vor allem die mobilen, jungen Altersklassen, die abwandern (und auch zuwandern). Personen zwischen 15 und 39 Jahren müssen auf Grund von Arbeitsplatzwechsel und Ausbildung häufiger umziehen als andere und sind familiär noch nicht so gebunden wie etwa ältere Personen. Der Anteil dieser Altersklassen am Wanderungsverlust Thüringens beträgt demnach auch 80%. Weitere 12% der Abwanderer sind unter 15 Jahre alt; dabei handelt es sich um Kinder, die mit ihren Eltern umziehen. Damit bestehen 92% des Wanderungsverlustes aus den jungen Erwerbstätigen und ihren Kindern, an denen es langfristig wegen der demografischen Veränderungen in allen Ländern mangeln wird (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 18: Wanderungsbilanz in Thüringen nach Geschlecht 1991–2000

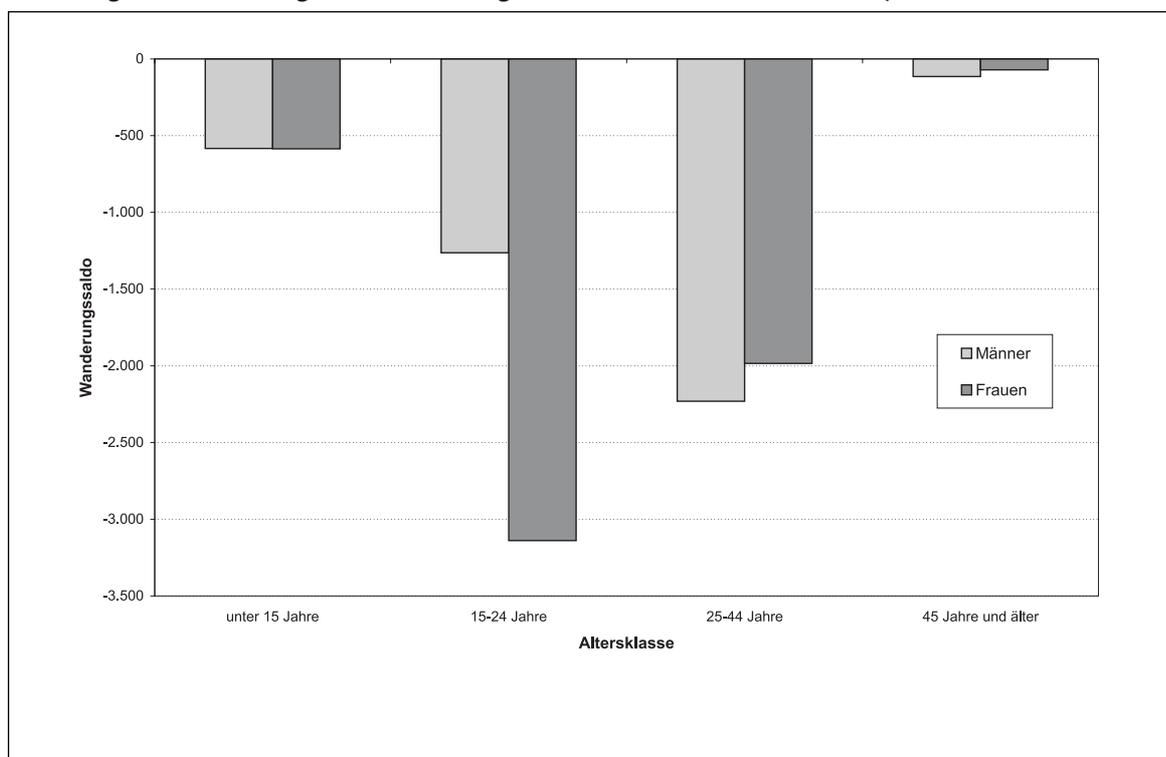


Quelle: TLS

empirica

*Durchgängig negative Wanderungssalden bei Frauen.* Seit 1992 wandern immer etwas mehr Männer als Frauen aus Thüringen fort, während die Zuzüge vor allem 1992/1993 von Männern dominiert waren. Im Jahr 1992 betrug die Differenz der Wanderungssalden von Männern und Frauen fast 10.000 Personen.<sup>14</sup> Ab Mitte der 90er Jahre ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied jedoch deutlich kleiner geworden. Der Rückgang der Männerzuwanderung, wahrscheinlich verursacht durch den Beschäftigungsabbau in der Bauwirtschaft,<sup>15</sup> führte seit Mitte der 90er Jahre zu einer weitgehend konstanten Differenz zwischen den Wanderungssalden von Männern und Frauen von etwa 2.000-3.000 Personen im Jahr. Die geschlechtsspezifischen Wanderungssalden sind fast ausschließlich in der Altersklasse zwischen 25 und 45 Jahren zu beobachten. Die verstärkte Abwanderung der Frauen aus Thüringen dürfte deswegen in erster Linie auf Bildungswanderer zurückzuführen sein.

**Abbildung 19: Wanderungsbilanz in Thüringen nach Geschlecht und Alter im Jahr 2000**



Quelle: TLS

empirica

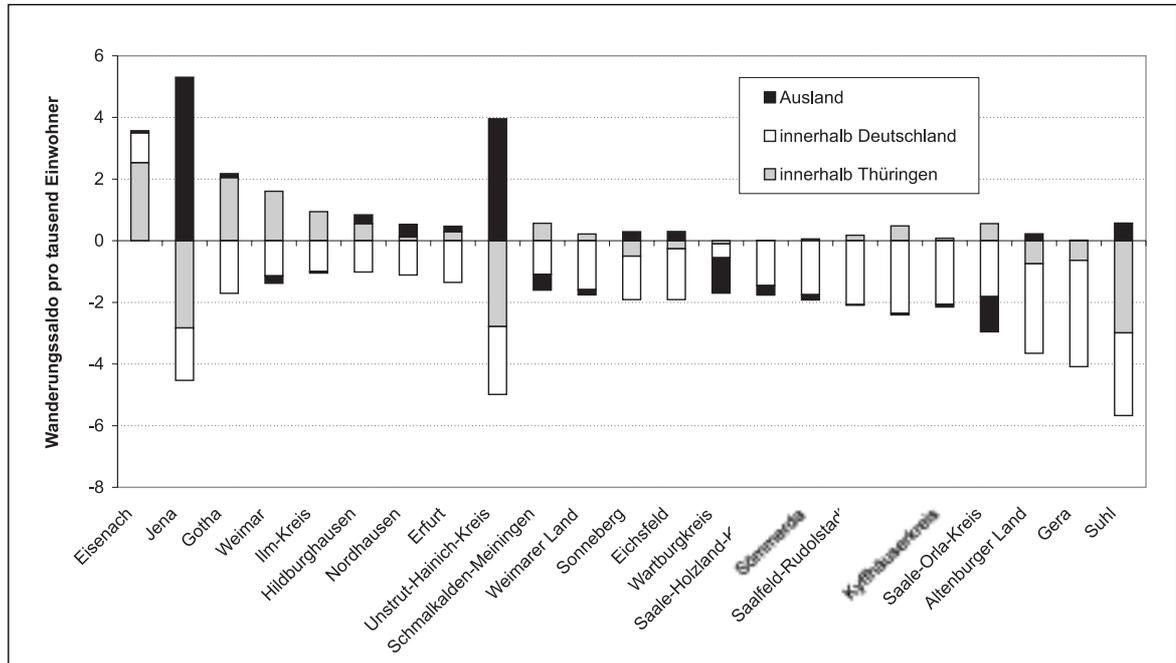
## 2.2 Binnenwanderung und regionalisierte Wanderungsbilanz

Die regionalen Wanderungssalden werden von Suburbanisierung und der Wirtschaftsstruktur bestimmt. Stark negative Wanderungssalden weisen vor allem die kreisfreien Städte Suhl und Jena aufgrund ihrer Suburbanisierung auf. Erfurt, Weimar und Gera haben dagegen genug ländliche Gemeinden eingemeindet, um die Suburbanisierung innerhalb der eigenen Stadtgrenzen vollziehen zu können. Die Wanderungssalden mit anderen Bundesländern und dem Ausland werden eher von der Wirtschaftsstruktur bestimmt. Dabei schneiden die Boomregionen Jena und Eisenach besonders gut ab, während altindustrielle Kreise mit hoher Arbeitslosigkeit wie Gera (19%), Suhl (17%), Altenburger Land (22%), Kyffhäuserkreis (22%) und Saale-Orla-Kreis (15%) deutlich negative Wanderungssalden aufweisen. Eine nicht aussagekräftige Ausnahme bildet der Unstrut-Hainich-Kreis, in dem ein Aufnahmелager für Auslandszuwanderer liegt; dadurch werden die Zahlen für diese Region erheblich verfälscht.

<sup>14</sup> Thüringen gewann 5.000 Männer und verlor 5.000 Frauen.

<sup>15</sup> Die Beschäftigten in der Bauwirtschaft sind zu 90 % Männer.

Abbildung 20: Wanderungsbilanz der Kreise und kreisfreien Städte im ersten Halbjahr 2000



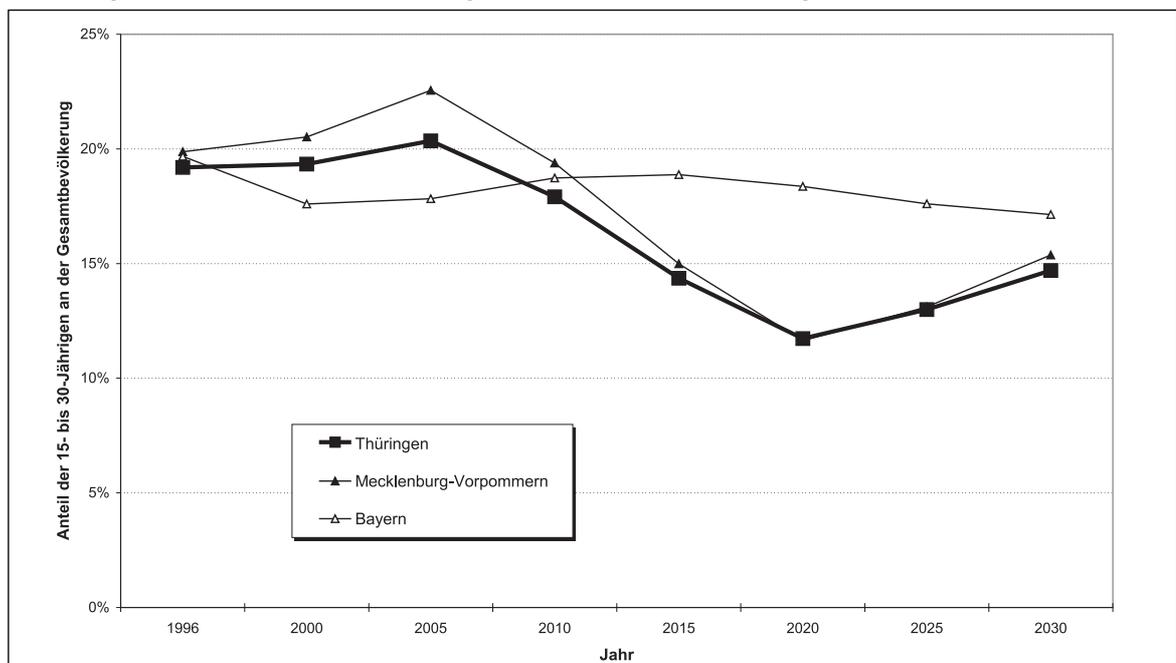
Quelle: TLS

empirica

### 2.3 Abwanderung kein Dauerphänomen

Die Abwanderung junger Thüringer spiegelt den derzeitigen Strukturwandel der Wirtschaft wider. Derzeit bildet Thüringen viele Akademiker aus, die anschließend eine Arbeitsstelle in Bayern oder Baden-Württemberg antreten. Nach einer Absolventenbefragung des Hochschul-Informations-Systems von 1998/1999 verloren die neuen Länder insgesamt etwa ein Viertel ihrer Fachhochschulabsolventen an das frühere Bundesgebiet.<sup>16</sup>

Abbildung 21: Anteil der 15- bis 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung



Quelle: TLS und 9. koordinierte Bevölkerungsprognose

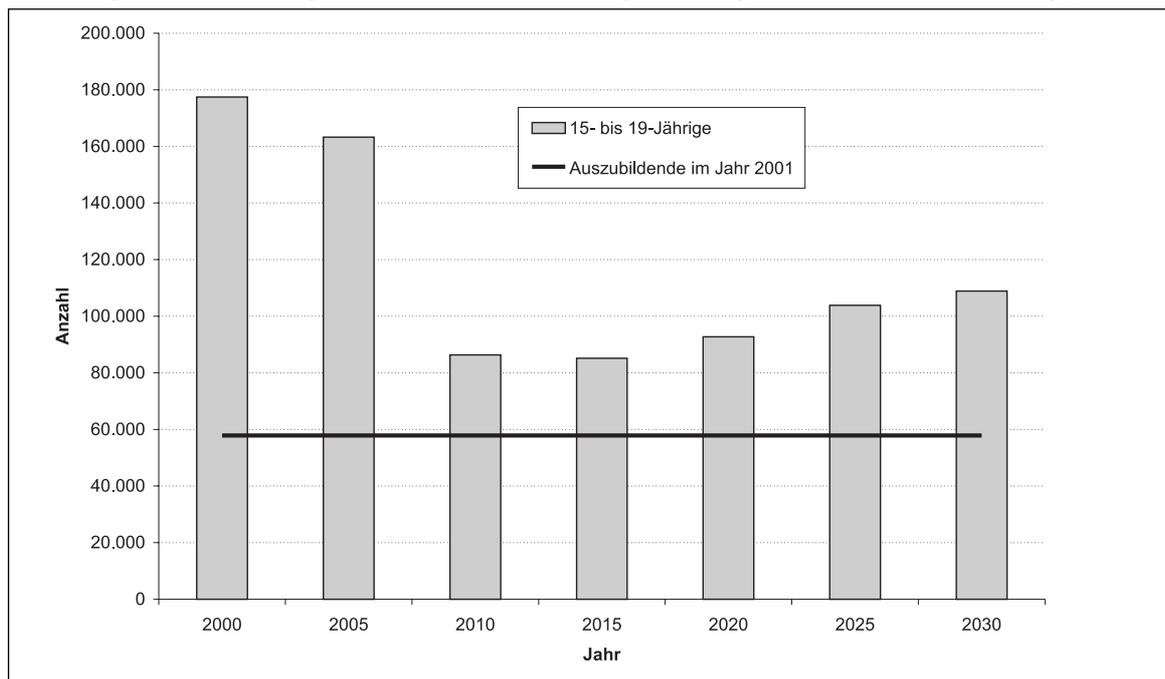
empirica

<sup>16</sup> Bis 1997 gewann Ostdeutschland im Saldo Hochqualifizierte aus dem früheren Bundesgebiet hinzu. Seither hat sich dieser Trend jedoch umgekehrt (vgl. IWH, 2001). Im Zeitraum 1997 bis 1999 verlor Ostdeutschland im Saldo 17.000 Personen mit FH- oder Uni-Abschluss.

Unter den Universitätsabsolventen gab es nur geringfügige Verluste, die jedoch nach Studienfächern stark differierten: die neuen Länder gewannen Juristen und Bauingenieure und verloren Ingenieure. Auch nach dem Abschluss betrieblicher Ausbildungsgänge wanderten in Thüringen z.B. im Jahr 1997 per Saldo 3% der frisch ausgebildeten Facharbeiter ab – vor allem nach Bayern, Hessen und Sachsen<sup>17</sup>. Die Unterschiede in den verschiedenen Branchen oder Ausbildungsberufen sind jedoch auch hier erheblich: die neuen Länder verlieren vor allem Industriearbeiter und gewinnen in erster Linie Bauarbeiter.

*Die hohe Abwanderung spiegelt aber auch wider, dass geburtenstarke Jahrgänge im wanderungsfreudigen Alter sind.* Ein wichtiger Faktor, der oft außer Acht gelassen wird, ist die unterschiedliche Generationenstärke der Geburtsjahrgänge im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern. Zurzeit sind die neuen Länder zwar im Vergleich zum früheren Bundesgebiet überaltert. Aufgrund der starken Geburtsjahrgänge zwischen 1977 und 1989 wohnen in den neuen Ländern aber trotz der Abwanderungen anteilig deutlich mehr 15- bis 30-Jährige als im früheren Bundesgebiet. Selbst in Bayern, dem jüngsten Bundesland im früheren Bundesgebiet, sind nur 17% der Bevölkerung zwischen 15 und 30 Jahre alt. In Thüringen sind es dagegen 19% und in Mecklenburg-Vorpommern sogar 22%. Dieser Unterschied wird in den nächsten Jahren trotz der Abwanderung noch ansteigen, da die Geburtsjahrgänge der 80er Jahre in Thüringen sehr stark und im früheren Bundesgebiet sehr schwach besetzt sind. Erst nach 2005 ist eine Trendumkehr zu erwarten, weil dann die schwach besetzten Geburtsjahrgänge der 90er Jahre die Gruppe der wanderungsfreudigen 15- bis 30-Jährigen bilden. Der aktuelle Arbeits- und Ausbildungsplatzmangel in Thüringen ist deswegen nicht nur auf einen Angebotsmangel an Arbeits- und Lehrstellen im Vergleich zum früheren Bundesgebiet zurückzuführen, sondern auch auf ein temporäres „Überangebot“ an jungen Arbeitskräften.

**Abbildung 22: Entwicklung der Anzahl 15- bis 19-Jähriger im Vergleich zur Anzahl Ausbildungsplätze**



Quelle: TLS und 9. koordinierte Bevölkerungsprognose

empirica

*Demografisch bedingter Rückgang der Abwanderung ab 2005 zu erwarten.* Sobald die geburtenschwachen Jahrgänge der 90er Jahre in die wanderungsfreudigen Altersklassen nachwachsen, wird ein spürbarer Rückgang der Abwanderung einsetzen. Unter den derzeitigen Angebotsbedingungen für Ausbildungsplätze werden dann alle Schulabgänger einen Ausbildungsplatz finden. Nach Ausbildungsabschluss steigen zudem die Chancen einer Weiterbeschäftigung, weil die geburtenschwachen Jahrgänge im Zusammenspiel mit der Alterung der Erwerbsfähigen einen Fachkräftemangel verursachen werden. Dieser Wechsel

<sup>17</sup> Vgl. IAB Werkstattbericht (3/2002).

der Rahmenbedingungen könnte auf Grund des abrupten Rückgangs der Geburtenzahlen Anfang der 90er Jahre sehr plötzlich eintreten (vgl. Abbildung 22). Während zurzeit nur auf jeden dritten 15- bis 19-Jährigen eine Ausbildungsstelle kommt, so wird sich diese Relation bei konstanter Anzahl Ausbildungsstellen bis 2005 auf fast 40% verbessern und bis 2015 auf fast 80%. Unterstellt man gleichzeitig eine steigende Studierendenquote, dann könnte sich die Relation von Lehrstellenangebot und -nachfrage noch schneller verbessern.

### 3. Arbeitsmarkt

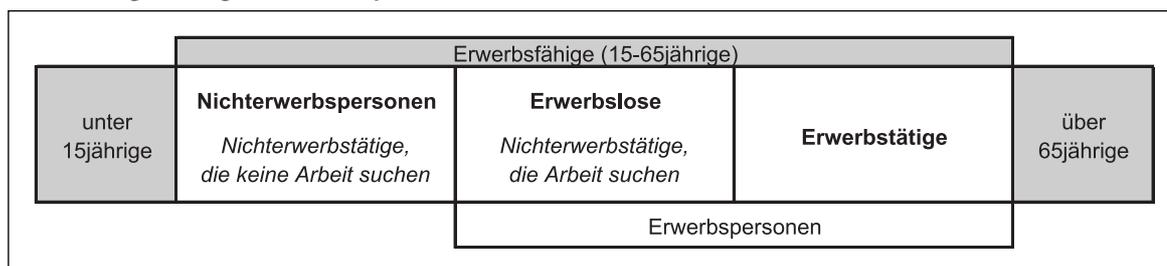
Im Jahr 2001 waren von den 2,4 Mio. Thüringern 1,7 Mio. im erwerbsfähigen Alter von mindestens 15 und höchstens 65 Jahren. Davon waren rund 400 Tsd. weder erwerbstätig noch auf der Suche nach einer Erwerbstätigkeit. Weitere 200 Tsd. – so genannte Erwerbslose – waren auf der Suche nach Arbeit, 1,1 Mio. waren erwerbstätig.<sup>18</sup> Insgesamt standen damit 76% aller Erwerbsfähigen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung (Erwerbsquote), wobei 16% dieser Erwerbspersonen keine Arbeit fanden (Erwerbslosenquote), 15% der Erwerbspersonen hatten sich deswegen arbeitslos gemeldet (Arbeitslosenquote).

Knapp neun von zehn Erwerbstätigen sind in Thüringen in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis beschäftigt, 4% sind verbeamtet und 9% selbständig tätig. Die Anzahl der Selbständigen hat sich seit 1991 verdoppelt und signalisiert damit mittlerweile wieder einen sehr positiven Trend, der nur Mitte der 90er Jahre für einige Zeit unterbrochen war. Denn die Anzahl der Selbständigen und insbesondere die Entwicklung der Selbständigenquote gibt Auskunft über das Potential, über das ein Land verfügt, um eine Unternehmenslücke durch Neugründungen zu schließen. Sie lässt darüber hinaus Rückschlüsse auf die endogene Innovationskraft zu, weil die Gründung selbständiger Existenzen vielfach mit Produkt- oder Prozessinnovationen verbunden ist.

#### 3.1 Erwerbspersonen

Die Gesamtheit aller 15- bis 65-jährigen Personen, die Arbeit haben oder Arbeit suchen, bilden zusammen das Arbeitsangebot. Diese Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen nennt man auch Erwerbspersonen (vgl. Box 1). Demgegenüber werden alle 15- bis 65-jährigen Personen, die weder Arbeit haben noch Arbeit suchen, als Nichterwerbspersonen bezeichnet.

#### Box 1: Abgrenzung der Erwerbspersonen



**Anmerkung:** Arbeitslose sind diejenige Teilmenge der Erwerbslosen, die beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sind. **empirica**

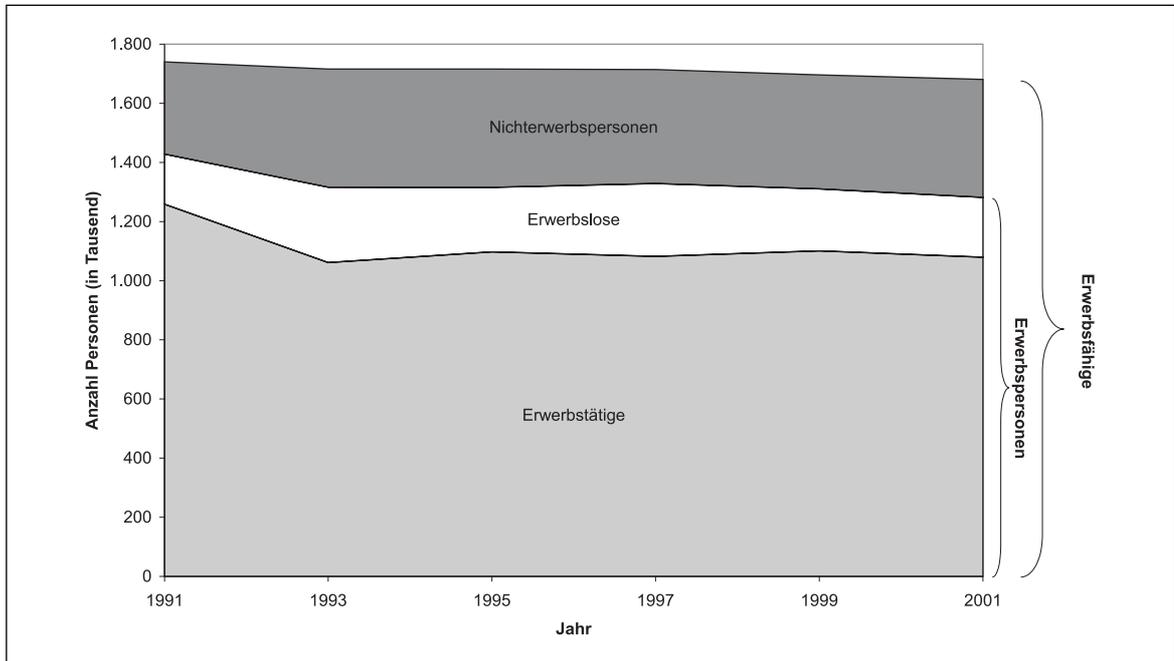
*Konstantes Erwerbspersonenpotential trotz rückläufiger Erwerbstätigkeit.* Die Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen ist von 1991 bis 2001 um 14% oder knapp 180.000 gefallen. Im Vergleich zu den anderen neuen Ländern (ohne Brandenburg) entwickelte sich dieser Indikator in Thüringen zunächst unterdurchschnittlich, seit 1997 leicht überdurchschnittlich (vgl. Tabelle 3). Im Gegenzug zur gesunkenen Zahl der Erwerbs-

<sup>18</sup> Bei diesen Angaben handelt es sich um stichtagsbezogene Informationen aus dem Mikrozensus. Demgegenüber ergeben sich bei der Betrachtung von Jahresmittelwerten leicht abweichende Werte, die sich in ihrer zeitlichen Entwicklung jedoch nur unwesentlich unterscheiden. In der vorliegenden Studie werden die stichtagsbezogenen Informationen aus dem Mikrozensus jedoch aus Konsistenzgründen vorgezogen. Denn die Datenbasis des Mikrozensus bietet zum einen tiefergehende Auswertungsmöglichkeiten als die Datenbasis der verfügbaren Jahresmittelwerte und können zudem auch bei der Analyse anderer Themenbereiche (Einkommen, Bildung, Gesundheit) herangezogen werden. Die Lesbarkeit der Studie wäre jedoch eingeschränkt, wenn sich in jedem Teilkapitel anderer Grundgesamtheiten ergäben.



tätigen stieg die Zahl der Erwerbslosen nahezu spiegelbildlich von 170 auf 202 Tsd. an. Denn insgesamt ist die Zahl der Erwerbspersonen nach dem anfänglichen Einbruch Anfang der 90er Jahre seit 1993 nahezu unverändert geblieben (vgl. Abbildung 23).

**Abbildung 23: Zusammensetzung der Erwerbsfähigen in Thüringen 1991 bis 2001**

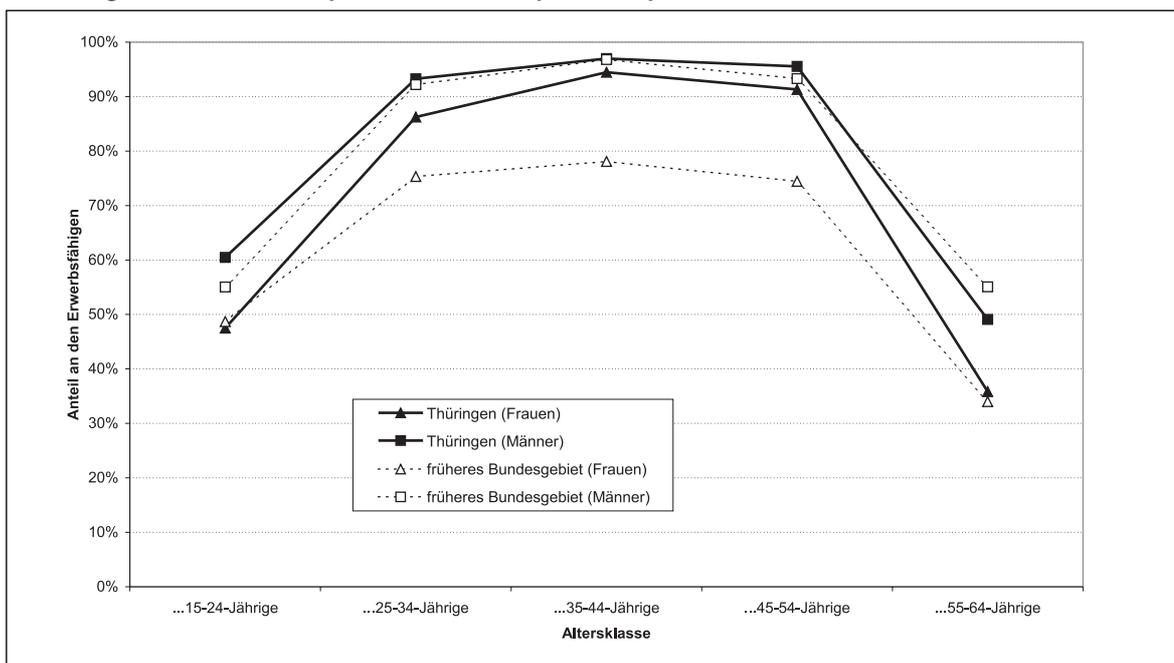


Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen aus Mikrozensus

empirica

*Frauen in den neuen Ländern haben eine höhere Erwerbsorientierung.* Die Konstanz des Erwerbspersonenpotentials ist auf eine Erwerbsorientierung zurückzuführen, die in den neuen Ländern generell höher ist als im früheren Bundesgebiet. Von 100 Erwerbsfähigen (15- bis 65-Jährige) sind in Thüringen 76 erwerbstätig oder suchen eine Erwerbstätigkeit, im früheren Bundesgebiet sind dies nur 72. Diese Unterschiede lassen sich vorwiegend auf eine höhere Erwerbsorientierung der Frauen zurückführen (vgl. Abbildung 24).

**Abbildung 24: Geschlechtsspezifische Erwerbspersonenquoten 2001**



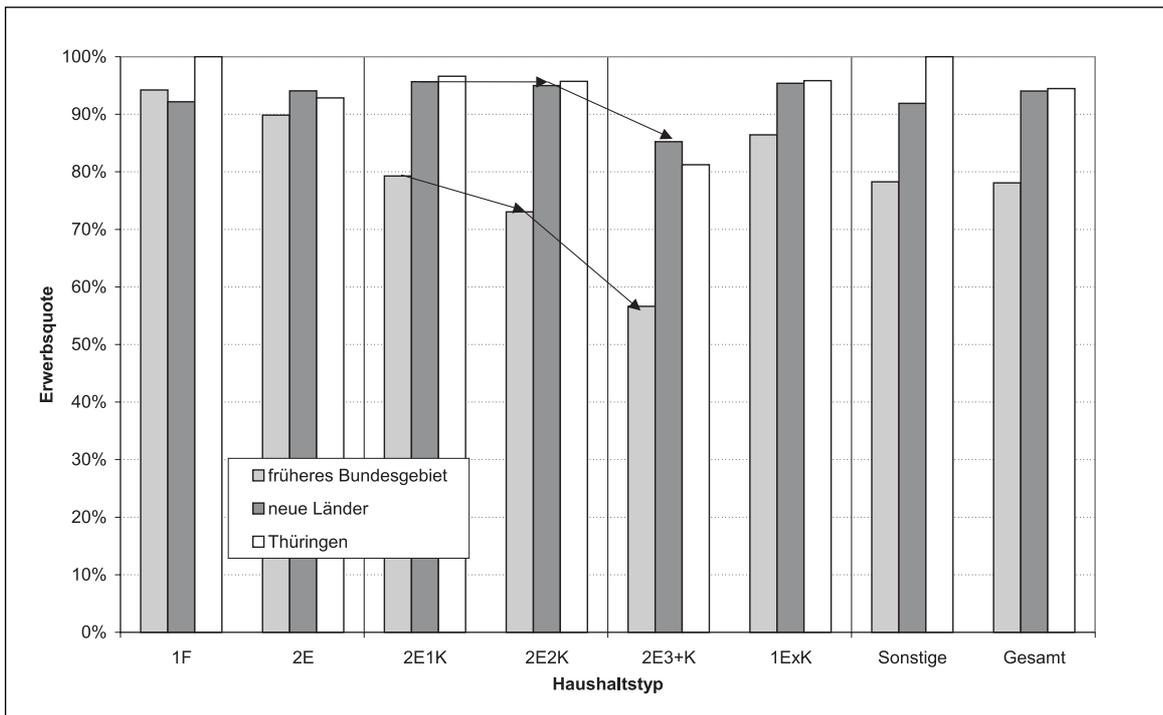
Definition: Anteil der Erwerbspersonen an den Erwerbsfähigen

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

Die Höhere Erwerbsorientierung der Frauen in den neuen Ländern konzentriert sich auf Familien. Auch zehn Jahre nach der Vereinigung erweist sich die höhere Erwerbsquote der Frauen in den neuen Ländern als stabil. Allerdings äußern sich diese Unterschiede fast ausschließlich in der „Familienphase“ und damit bei 35- bis 44-jährigen Frauen.<sup>19</sup> Kaum West-Ost-Unterschiede bestehen dagegen in der Erwerbsorientierung allein lebender Frauen. Auch die Erwerbsorientierung der Frauen in kinderlosen Paaren ist im früheren Bundesgebiet nicht viel geringer als in den neuen Ländern. Frauen im früheren Bundesgebiet bleiben also vor allem dann häufiger dem Arbeitsmarkt fern, wenn Kinder im Haushalt wohnen bzw. solange diese noch klein sind (vgl. Pfeile in Abbildung 25). Dieser Effekt wird mit zunehmender Kinderzahl deutlicher. Leben keine Kinder im Haushalt, dann lassen sich nur geringe Ost-West-Unterschiede feststellen.

**Abbildung 25: Erwerbsquoten 35- bis 44-jähriger Frauen nach Haushaltstyp 2001**



**Definition:** Anteil der Erwerbspersonen an den Erwerbsfähigen

**Anmerkung:** Die Werte in den Kästen geben die Verteilung der Frauen auf die verschiedenen Haushaltstypen an.

**Erläuterung:** 1F = alleinlebende Frau, xE = x Erwachsene, xK = x Kinder, sonst. = sonstige Haushalte, Kind = erwerbstätiges Kind, noch bei mind. einem Elternteil wohnend.

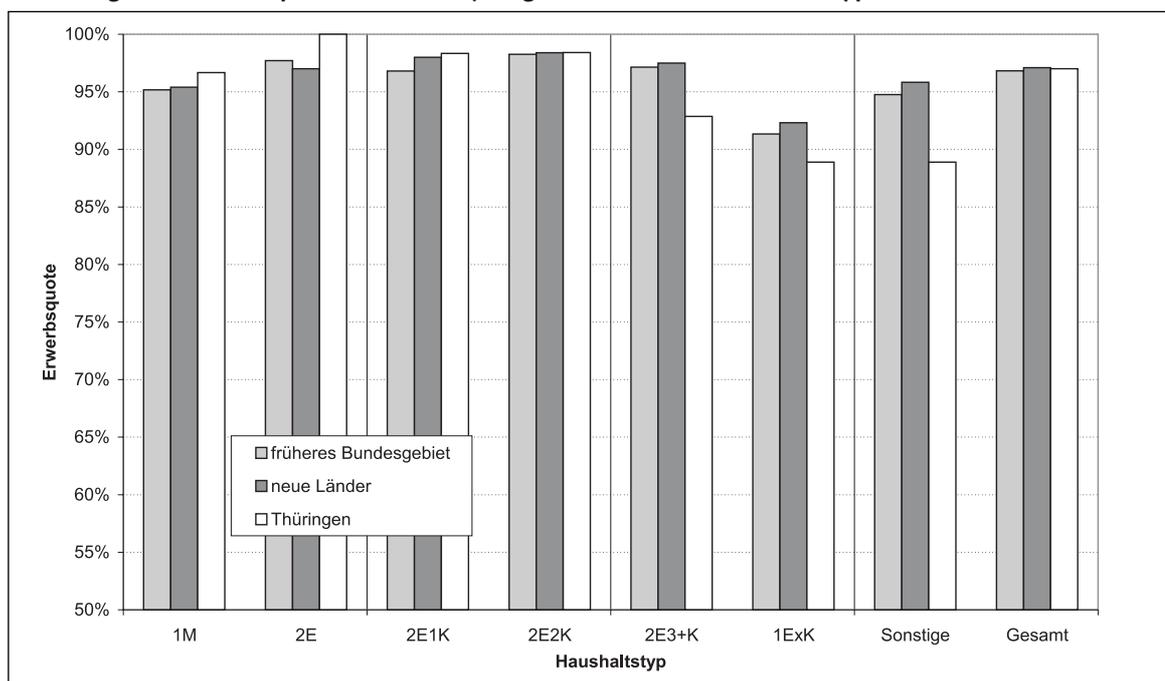
**Quelle:** Statistisches Bundesamt

empirica

Das Erwerbsverhalten der Männer offenbart kaum Ost-West-Unterschiede. In allen Haushaltstypen ist die Erwerbsorientierung 35- bis 44-jähriger Männer in den alten und den neuen Ländern nahezu identisch. Zwischen den verschiedenen Haushaltstypen variiert die Erwerbsorientierung hingegen etwas. Alleinlebende 35- bis 44-jährige Männer haben jeweils in Ost- wie in Westdeutschland mit Erwerbsquoten um 95% eine geringere Erwerbsorientierung als Männer in klassischen Familienhaushalten. Am höchsten ist die Erwerbsorientierung der Männer in Familien mit zwei Kindern.

<sup>19</sup> Das DIW stellt fest (DIW 42/01), dass Mutterschutz/Elternzeit in den neuen Ländern nicht so oft wie in Westdeutschland in Anspruch genommen wird. Wer dies allerdings tut, bleibt im Vergleich zu Westdeutschland häufiger ganz zu Hause (Ost: 52%, West: 43%). Offenbar wird die Elternzeit des Öfteren zur Überbrückung der Probleme am Arbeitsmarkt genutzt. Die Wiedereingliederung nach der Erwerbsunterbrechung ist aber – trotz des besonderen Kündigungsschutzes von Müttern während der Schwangerschaft und nach der Entbindung – häufig schwierig: Der Anteil arbeitslos gemeldeter Mütter mit älteren Kindern ist in Ostdeutschland besonders hoch (z. B. 23% in der Gruppe der Mütter mit Kindern von 4 bis 11 Jahren).

Abbildung 26: Erwerbsquoten 35- bis 44-jähriger Männer nach Haushaltstyp 2001



**Definition:** Anteil der Erwerbspersonen an den Erwerbsfähigen

**Anmerkung:** Die Werte in den Kästen geben die Verteilung der Männer auf die verschiedenen Haushaltstypen an.

**Erläuterung:** 1M = alleinlebender Mann, xE = x Erwachsene, xK = x Kinder, sonst. = sonstige Haushalte, Kind = erwerbstätiges Kind, noch bei mind. einem Elternteil wohnend.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt

empirica

### 3.2 Qualitative Erwerbspersonenprognose

*Kann die demographische Entwicklung zu einer Bedrohung des Wachstums werden?* In den nächsten Jahrzehnten wird die Anzahl der 15- bis 65-Jährigen demographisch bedingt deutlich zurückgehen. Dadurch schrumpft unmittelbar die Anzahl der Erwerbsfähigen. Deswegen drängt sich die Frage auf, ob durch diesen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt zukünftig Engpässe entstehen können, die dann sogar geeignet wären, die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen. Zur exakten Beantwortung dieser Frage müsste die zukünftige Entwicklung der Erwerbspersonen quantitativ prognostiziert werden. Das würde den Rahmen der vorliegenden Studie jedoch sprengen. Deswegen werden die zukünftige Entwicklungsrichtungen lediglich qualitativ beschrieben.

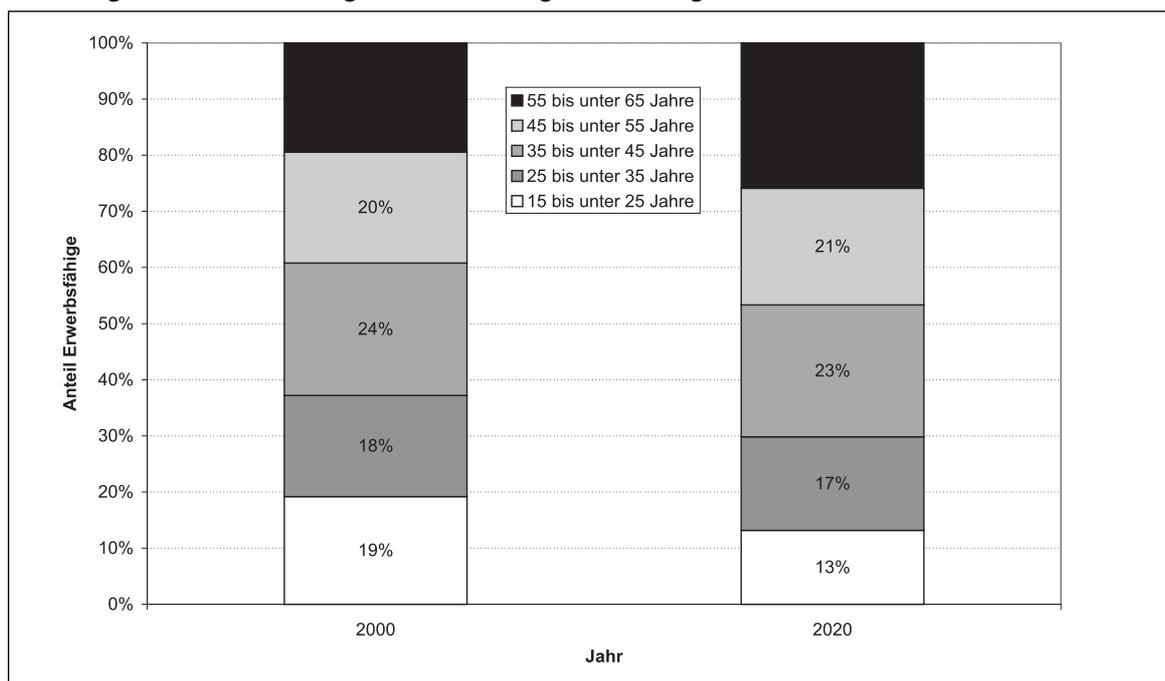
*Erwerbsorientierung wird zukünftig eher steigen als fallen.* Es gibt verschiedene Ursachen, die eine Veränderung der typenspezifischen Erwerbsorientierung erwarten lassen. Deswegen kann man die folgenden Annahmen an die Veränderung der Erwerbsorientierung gegenüber heute unterstellen:

- *Keine Fortführung der Frühverrentungen der 90er Jahre.* Folge: Wiederanstieg der Erwerbsquoten der über 55-jährigen **Männer**.
- *Absenkung des Rentenniveaus.* Folge: Anstieg der Erwerbsquoten der 60- bis 64-jährigen **Männer** und **Frauen**.
- *Kürzere Ausbildungszeiten nachwachsender Geburtskohorten.* Folge: Anstieg der Erwerbsquoten unter 30-jähriger, kinderloser Männer und Frauen.

Insgesamt implizieren die angenommenen Veränderungen der Erwerbsorientierung im Vergleich zu heute eher eine noch höhere Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials. Lediglich die Erwerbsorientierung der Frauen mit Kindern und Partnern werden geringer ausfallen. Demgegenüber wird die Erwerbsorientierung der über 60-Jährigen deutlich steigen. Hinzu kommt der implizite Effekt der veränderten Haushaltsstrukturen: der höhere Anteil Alleinlebender bei den unter 50-Jährigen erhöht die aggregierte Erwerbsorientierung.

*Hohe Erwerbsorientierung als Standortvorteil in einer alternden Gesellschaft.* Aus heutiger Sicht mit einer Arbeitslosenquote von 16,5% (aktueller Wert von 2001) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, mag die Befürchtung einer Arbeitskräfteknappheit abwegig erscheinen. Hier soll aber vielmehr gezeigt werden, dass die hohe Erwerbsorientierung der Bevölkerung in Thüringen – insbesondere gegenüber dem früheren Bundesgebiet und dem westeuropäischen Ausland – ein langfristiger Standortvorteil des Freistaats Thüringen darstellt. Unabhängig davon stellt sich jedoch die Frage, ob die Qualifikation der Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, richtig und ausreichend ist. Dabei spielt die Altersschichtung der Erwerbstätigen eine nicht unerhebliche Rolle.

**Abbildung 27: Altersverteilung der Erwerbsfähigen in Thüringen 2000 und 2020**



Quelle: TLS

empirica

Anteil der unter 35-jährigen Erwerbspersonen schrumpft bis zum Jahr 2020 von heute 37% auf 30%. Das Medianalter der Erwerbspersonen in Thüringen wird bis zum Jahr 2020 von heute 39,5 Jahren auf 43,1 Jahre ansteigen. Insbesondere die Anzahl der unter 25-jährigen Erwerbspersonen wird deutlich zurückgehen (vgl. Abbildung 27). Aufgrund der stark besetzten Geburtsjahrgänge Ende der 70er Jahre wird die Anzahl der unter 30-jährigen Erwerbspersonen zunächst bis 2005 noch ansteigen, danach wird jedoch auch diese Altersklasse geringer besetzt sein – wenn auch der unterstellte Wiederanstieg der Geburtenzahlen zusammen mit der angenommenen Verkürzung der Studienzeiten langfristig eine gewisse Erholung ermöglichen könnte. Insgesamt wird sich die Zusammensetzung des Arbeitsangebotes deutlich verändern. Stellten die unter 35-jährigen im Jahr 1997 noch rund 37% der Erwerbsfähigen, werden es im Jahre 2030 noch 30% sein.

### 3.3 Erwerbstätige Erwerbspersonen

*Erwerbsfähige sind in den neuen und alten Ländern fast gleich oft erwerbstätig.* In Deutschland gehen mit 67% Zweidrittel aller Erwerbsfähigen einer Erwerbstätigkeit nach. Diese Quote liegt in Thüringen mit 64% etwa 3 Prozentpunkte niedriger als in den alten Ländern – im Unterschied dazu liegt die Quote der Erwerbspersonen in Thüringen drei Prozentpunkte höher (vgl. Tabelle 4). Frauen sind in Thüringen mit einer Quote von 59% gleich häufig erwerbstätig wie im früheren Bundesgebiet. Dasselbe gilt unabhängig vom Geschlecht für alle unter 45-jährigen. Die in Thüringen niedrigere Erwerbstätigkeit unter den Erwerbsfähigen resultiert demnach aus der niedrigeren Quote der Männer, insbesondere bei den über 55-jährigen.

Tabelle 4: Erwerbstätigenquoten 2001

Definition hier: Anteil an den Erwerbsfähigen

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Thüringen
Erwerbsfähige	100%	100%	100%	100%
darunter:				
Erwerbspersonen	73%	73%	77%	76%
Erwerbslose	7%	5%	14%	12%
<b>Erwerbstätige</b>	<b>67%</b>	<b>68%</b>	<b>62%</b>	<b>64%</b>
... Männer	73%	75%	66%	69%
... Frauen	59%	59%	58%	59%
... 15–24-Jährige	48%	48%	47%	47%
... 25–34-Jährige	78%	79%	75%	77%
... 35–44-Jährige	82%	83%	80%	82%
... 45–54-Jährige	78%	78%	76%	80%
... 55–64-Jährige	38%	39%	32%	31%

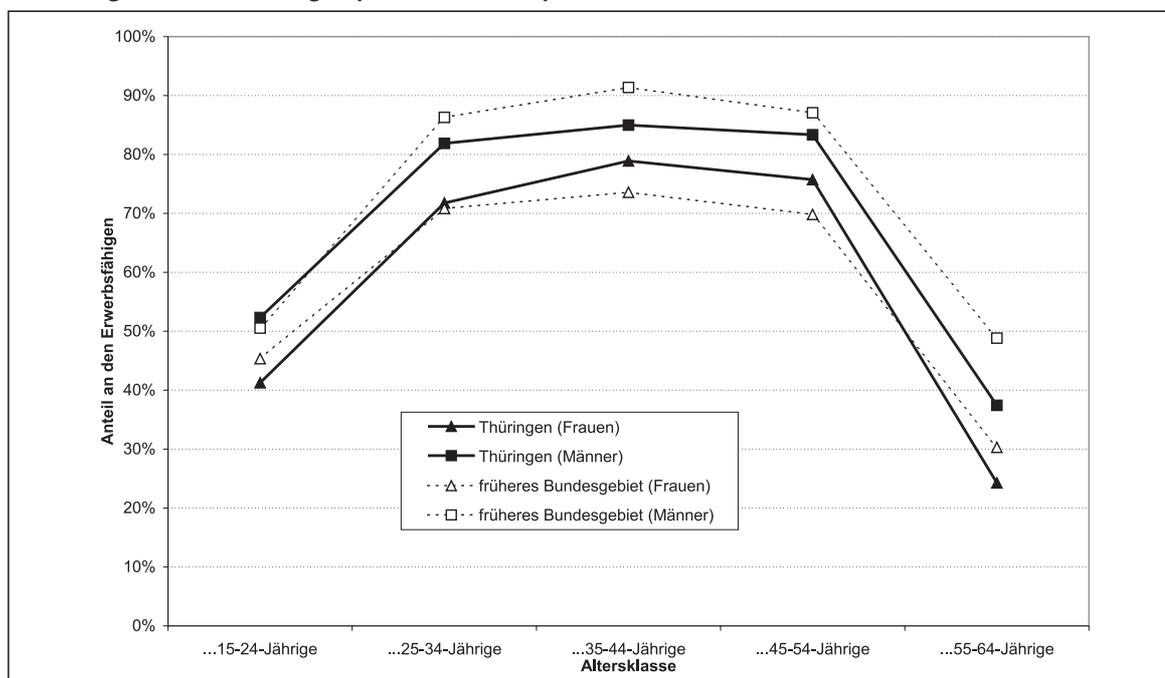
weitere Definitionen: s. Box 1.

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

Erwerbsfähige sind in Thüringen öfter erwerbstätig als in den neuen Ländern insgesamt. Thüringen liegt mit 64 Erwerbstätigen pro 100 Erwerbsfähigen über dem Mittelwert der neuen Länder. Dieser Befund gilt für die Erwerbstätigkeit der Männer genauso wie für die der Frauen. Die unter 25-jährigen Männer sind in Thüringen sogar öfter erwerbstätig als im früheren Bundesgebiet (vgl. Abbildung 28).

Abbildung 28: Erwerbstätigenquoten im Altersquerschnitt 2001



Definition hier: Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbsfähigen

weitere Definitionen: s. Box 1.

Quelle: Statistisches Bundesamt

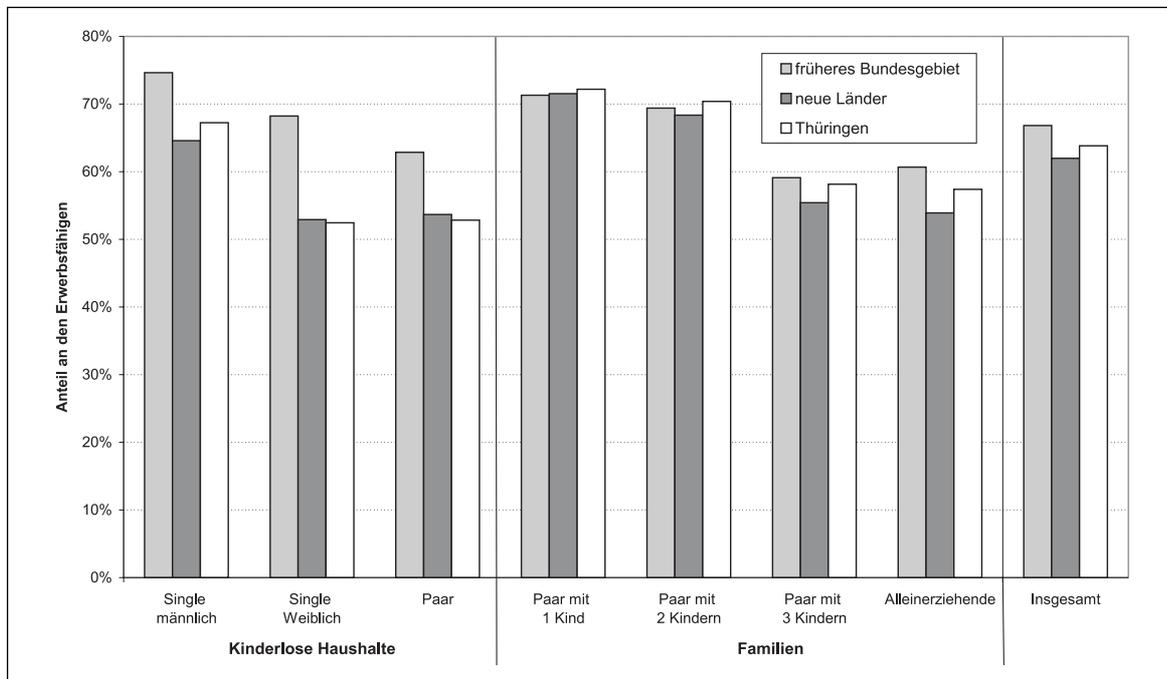
empirica

Erwerbsfähige in kinderlosen Haushalten sind in Thüringen seltener erwerbstätig als im früheren Bundesgebiet. Insbesondere erwerbsfähige weibliche Alleinlebende sind in den neuen Ländern seltener erwerbstätig als im früheren Bundesgebiet. Die entsprechende Quote liegt sechzehn Prozentpunkte niedriger (vgl. Abbil-

dung 29), wobei diese Differenz in Thüringen mit dem Alter der Betroffenen ansteigt (vgl. Tabelle 79 im Anhang) – offensichtlich fallen die Erwerbschancen bzw. die Erwerbsneigung der Frauen in Thüringen mit zunehmendem Alter deutlicher ab als im früheren Bundesgebiet. Ganz anders verhält es sich mit den erwerbsfähigen Personen in Familienhaushalten in den neuen Ländern: lediglich Alleinerziehende weisen eine leicht geringere Quote auf als im früheren Bundesgebiet. Die Erwerbstätigkeit der erwerbsfähigen Thüringer ist wiederum höher als bei allen Haushalten der neuen Länder insgesamt.

*Kurze Ausbildungszeiten und hohe Erwerbstätigkeit bei Müttern wirken kompensierend.* Im Unterschied zur Gesamtheit aller Alleinlebenden sind die unter 25-jährigen erwerbsfähigen Alleinlebenden etwa genauso häufig erwerbstätig wie im früheren Bundesgebiet (vgl. Tabelle 79 im Anhang); dies muss im Zusammenhang mit den kürzeren Ausbildungszeiten gesehen werden.<sup>20</sup> Die Erwerbstätigkeit unter den Erwerbsfähigen in Familienhaushalten ist in Thüringen trotz geringerer Quoten bei den Männern nur deswegen ähnlich hoch wie im früheren Bundesgebiet, weil Mütter in Thüringen öfter erwerbstätig sind (vgl. Tabelle 81 im Anhang).

**Abbildung 29: Erwerbstätigenquoten nach Haushaltstyp 2001**



**Definition hier:** Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbsfähigen  
**weitere Definitionen:** s. Box 1.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt

**empirica**

**Tabelle 5: Teilzeitquoten der abhängig Beschäftigten 2001**

	Männer			Frauen		
	abhängig Beschäftigte	... darunter in Teilzeit	Teilzeitquote	abhängig Beschäftigte	... darunter in Teilzeit	Teilzeitquote
Deutschland	17.938	1.082	6%	14.809	6.356	43%
Früheres Bundesgebiet	14.784	929	6%	12.044	5.654	47%
Neue Länder	3.154	153	5%	2.766	702	25%
Thüringen	532	16	3%	448	110	25%

**Definition Teilzeit:** Die Personen werden im Mikrozensus gefragt, ob sie Teilzeit oder Vollzeit arbeiten.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt

**empirica**

<sup>20</sup> Nur acht statt neun Gymnasialschuljahre und geringere Studierendenquoten.

*In Thüringen arbeiten auch die Frauen meist Vollzeit.* Man könnte vermuten, dass die höhere Erwerbstätigkeit der Frauen in den neuen Ländern mit einer höheren Teilzeitquote einhergeht. Vorausgesetzt eine Vollzeitstelle ist erwünscht, würde dies den vermeintlichen „Vorsprung“ im Beschäftigungsvolumen der Frauen in den neuen Ländern wieder zunichte machen. Tatsächlich arbeitet in den neuen Ländern aber nur jede vierte Erwerbstätige Teilzeit, während dies im früheren Bundesgebiet für fast fünf von zehn Frauen zutrifft (vgl. Tabelle 5). Bei den männlichen Erwerbstätigen sind diese Unterschiede weniger stark ausgeprägt. Die Teilzeitquote in Thüringen liegt bei den Männern etwas unterhalb den niedrigen Werte in den neuen Ländern.

### 3.4 Nicht-Erwerbstätige Erwerbspersonen

#### 3.4.1 Struktur der Erwerbs- und Arbeitslosen

*Anzahl der Arbeitslosen in Thüringen seit 1998 von hohem Niveau aus leicht rückläufig.* In ganz Deutschland waren im Jahr 2001 fast vier Millionen Menschen arbeitslos gemeldet; damit ist die Anzahl der Arbeitslosen innerhalb eines Jahrzehnts um fast die Hälfte angestiegen, wobei der größte Anstieg Anfang der 90er Jahre stattfand (vgl. Tabelle 3). Mit 36% lebt ein gutes Drittel aller Arbeitslosen in den neuen Ländern, 5% oder jeder 20. in Thüringen. Da mit 20% nur jede fünfte Erwerbsperson in den neuen Ländern wohnt und nur 3% in Thüringen, ergibt sich damit für die neuen Ländern eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote. In Thüringen lag sie im Jahresdurchschnitt 2001 bei gut 15%. Die höhere Erwerbsorientierung der Frauen in den neuen Ländern führt dazu, dass ihr Anteil unter den Arbeitslosen ebenfalls größer ist als im früheren Bundesgebiet (vgl. Tabelle 6 und Tabelle 85 im Anhang).

**Tabelle 6: Arbeitslos Gemeldete im Jahr 2001**

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Thüringen
Arbeitslosenquote*	9%	7%	18%	15%
Anzahl Arbeitslose (Tsd.)	3.851	2.478	1.373	194
<i>Verteilung der Arbeitslosen nach dem Geschlecht</i>				
Männer	54%	56%	50%	47%
Frauen	46%	44%	50%	53%

\*Arbeitslose Gemeldete als Anteil an der Summe der abhängig und unabhängig Beschäftigten und der arbeitslos Gemeldeten

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

*Anzahl der Erwerbslosen beschreibt die soziale Situation besser als die Arbeitslosenstatistik.* Weitergehende Informationen über sozioökonomische Charakteristika der Arbeitslosen werden vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kaum zur Verfügung gestellt; deswegen werden die folgenden Auswertungen anhand der Daten des Mikrozensus vorgenommen. Dazu ist es zweckmäßig, die Erwerbslosen<sup>21</sup> anstelle der Arbeitslosen zu betrachten, weil unter den Arbeitslosen einerseits Viele zu finden sind, die aus nahe liegenden Gründen gar keine Arbeit suchen<sup>22</sup> und andererseits Personen überhaupt nicht erfasst wer-

<sup>21</sup> Personen, die im Mikrozensus die Frage „Suchen Sie Beschäftigung“ bejahten und keine Beschäftigung hatten, werden als erwerbslos eingestuft.

<sup>22</sup> In Thüringen bezeichneten sich z.B. 1997 rund 10% der arbeitslos Gemeldeten nicht als erwerbslos. Unter den nicht arbeitslos Gemeldeten dagegen bezeichneten sich rund 1% als erwerbslos.

Selbst das IAB (2002) stellte im Januar 2002 fest:

- nur 35% der Arbeitslosen sind „vermittlungsorientiert“ (diese Personen hoffen auf eine Vermittlungsleistung der Arbeitsämter; dieser Anteil ist in Ostdeutschland sogar höher als in Westdeutschland, wobei die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt eher skeptisch eingeschätzt werden).
- 21% sind vor allem „überbrückungsorientiert“ (für diese Personen stellt die Arbeitslosigkeit nur eine relativ kurze Phase im Erwerbsleben dar, deren Ende oft schon abzusehen ist; es handelt sich um gut qualifizierte junge Menschen, so dass nicht überrascht, dass sie ihre persönlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt in der Regel positiv einschätzen).
- 18% sind nur „sozialrechtlich bedingt“ (hier führten vorwiegend sozialrechtliche Motive zur Arbeitslosigkeitsmeldung, weswegen ein hoher Anteil auf Transfereinkommen angewiesen ist; der Anteil gering Qualifizierter ist hoch, die kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit ebenfalls). Ein Beispiel dafür sind Personen, die sich arbeitslos melden müssen, um den Anspruch auf eine Hilfe zum Lebensunterhalt zu begründen.

den, obwohl sie eine Arbeit suchen.<sup>23</sup> Darüber hinaus wird die Erwerbslosenquote abweichend zur üblichen Berechnung der Arbeitslosenquote auf die Gesamtheit aller Erwerbspersonen bezogen und nicht nur auf die Summe aus abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen. Insgesamt ergeben sich durch die unterschiedlichen Definitionen Veränderung in den aggregierten Quoten (vgl. Tabelle 7).

**Tabelle 7: Vergleich der arbeitslos Gemeldeten und der Erwerbslosen im Jahr 2001**

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Thüringen
Arbeitslose (Tsd.)	3.852	2.478	1.374	194
Erwerbslose (Tsd.)	3.734	2.241	1.493	202
Erwerbspersonen (Tsd.)	40.550	32.549	8.001	202
Arbeitslosenquote (Tsd.)	9,4%	7,4%	17,5%	15,3%
Arbeitslose als Anteil an den Erwerbspersonen	9,5%	7,6%	17,2%	15,1%
Erwerbslose als Anteil an den Erwerbspersonen	9,2%	6,9%	18,7%	15,8%

**Modellrechnung: Erwerbsquote wie im früheren Bundesgebiet**

tatsächliche Erwerbsquote	73%	73%	77%	76%
angenommene Erwerbsquote	–	–	73%	73%
Erwerbslose als Anteil an den Erwerbspersonen	–	–	14,2%	11,5%

**Definition:** Arbeitslosenquote = Arbeitslose Gemeldete als Anteil an der Summe der abhängig und unabhängig Beschäftigten und der arbeitslos Gemeldeten.

**Quelle:** Arbeitslosenstatistik und Statistisches Bundesamt

empirica

Ein Drittel der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern resultiert aus der höheren Erwerbsorientierung. (vgl. Tabelle 7). Der Vergleich der Erwerbs- oder Arbeitslosenquoten zwischen den alten und den neuen Ländern ist verzerrt, weil die Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern – und damit die Basis der Quotenberechnung – viel höher ist als im früheren Bundesgebiet. Im Rahmen einer Modellrechnung kann abgeschätzt werden, welcher Teil der Erwerbslosigkeit auf diese Besonderheit in den neuen Ländern zurückgeführt werden kann: Angenommen in Thüringen würden – wie im früheren Bundesgebiet – „nur“ 73% statt 76% aller Erwerbsfähigen einer Erwerbstätigkeit nachgehen (wollen), dann fiel die Erwerbslosenquote von 15,8 auf 11,5%. Ein gutes Viertel der Erwerbslosigkeit in Thüringen kann somit auf die höhere Erwerbsorientierung zurückgeführt werden.<sup>24</sup> In den neuen Ländern insgesamt wäre die Erwerbslosenquote immerhin noch ein knappes Viertel niedriger, wenn die Erwerbsorientierung gleich hoch wäre wie im früheren Bundesgebiet. Zwar verbliebe die Erwerbslosenquote in den neuen Ländern auch nach dieser rechnerischen „Korrektur“ noch auf einem Niveau, das deutlich oberhalb des Vergleichswertes für das frühere Bundesgebiet liegt. Dennoch offenbart diese Modellrechnung, dass eine herkömmliche Arbeitslosenstatistik mit Vorsicht zu interpretieren ist, zumal ein unbekannter Anteil der arbeitslos Gemeldeten unter Umständen gar keine Erwerbstätigkeit aufnehmen will (vgl. Fußnote 22).

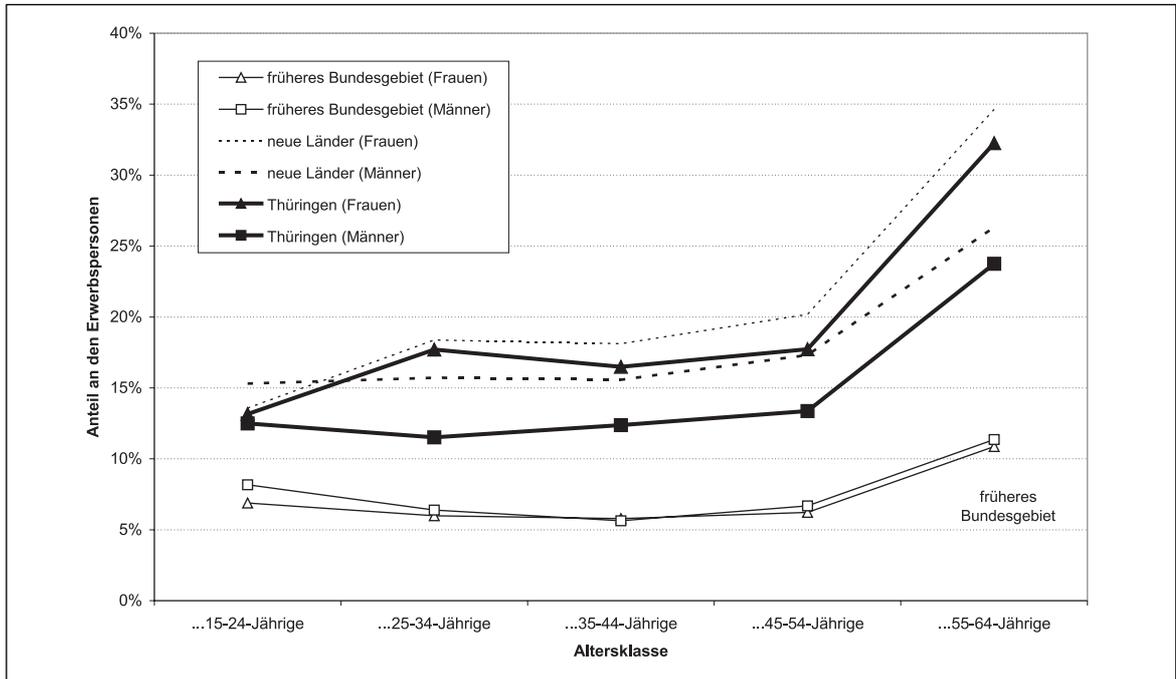
<sup>22</sup> • 15% sind „übergangsorientiert“ (Gemeint ist der Übergang aus dem Erwerbsleben in Rente; hier überwiegen die westdeutschen Männer, die Mehrheit ist zum ersten mal arbeitslos, viele sind auch über Sozialpläne finanziell abgesichert, die Leistungen des Arbeitsamts sind aber fest eingeplant).

• 11% sind nicht klar zuzuordnen (überdurchschnittlich viele ältere westdeutsche Frauen, mehrheitlich finanziell gut abgesichert und deswegen mit geringer Anpassungs- und Kompromissbereitschaft bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung).

<sup>23</sup> Man kann davon ausgehen, dass sich nicht alle Arbeitssuchende beim Arbeitsamt melden, vor allem solche, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben – darunter z.B. Hochschulabsolventen, die bis dato keine sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nachgegangen sind.

<sup>24</sup> Vorausgesetzt, die Nachfrage nach Arbeit ist unabhängig vom Angebot; die vielen erwerbstätigen Frauen könnten aber das Lohnniveau gedrückt und dadurch die Beschäftigung erhöht haben.

Abbildung 30: Erwerbslosenquoten im Altersquerschnitt 2001



**Definition hier:** Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige)

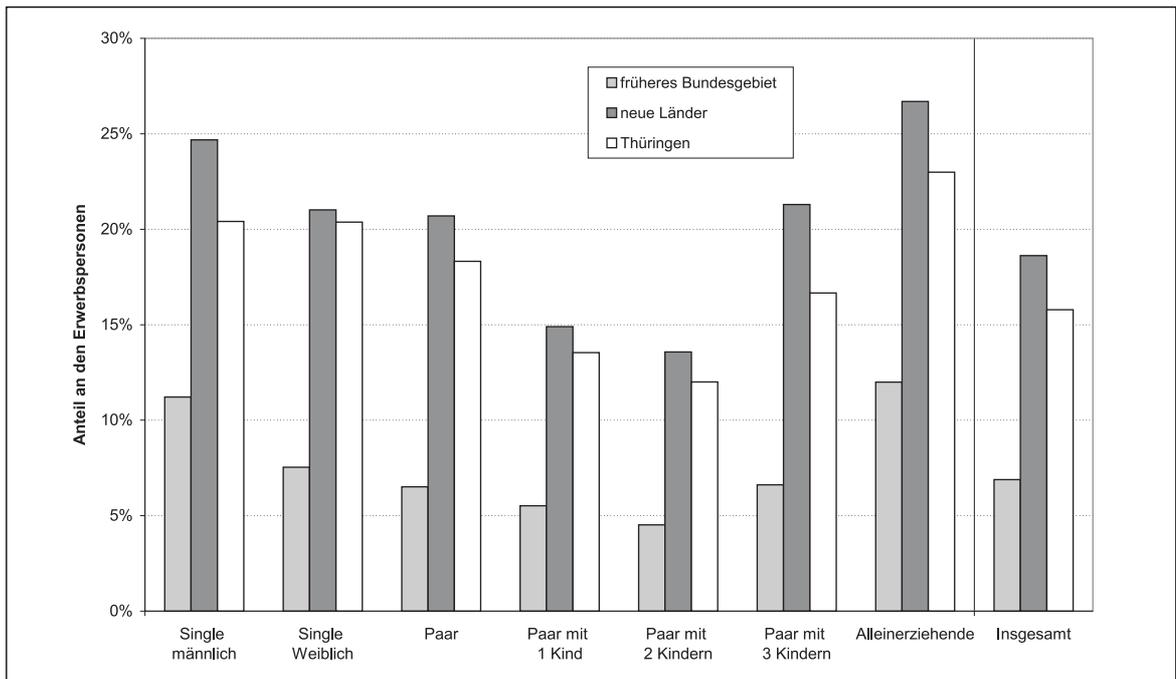
**Definition:** Erwerbslose = Personen, die keine Beschäftigung haben und im Mikrozensus die Frage „Suchen Sie Beschäftigung“ bejahten.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt

**empirica**

*Einsatz spezifischer Förderinstrumente senkt die ausgewiesene Jugendarbeitslosigkeit.* Die Altersstruktur der Erwerbslosen unterscheidet sich im Ost-West-Vergleich. Zwar ist die Erwerbslosenquote bei den über 55-Jährigen jeweils am höchsten, im Unterschied zum früheren Bundesgebiet sind aber die unter 25-Jährigen in Thüringen und den anderen neuen Ländern seltener arbeitslos als der Durchschnitt. Da die Erwerbslosigkeitsquoten in den neuen Ländern generell ein höheres Niveau aufweisen ist dieser Zustand

Abbildung 31: Erwerbslosenquoten nach Haushaltstyp 2001



**Definition hier:** Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige)

**Definition:** Erwerbslose = Personen, die keine Beschäftigung haben und im Mikrozensus die Frage „Suchen Sie Beschäftigung“ bejahten.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt

**empirica**

dennoch bedenklich. Außerdem läge die Erwerbslosenquote bei den Jugendlichen weitaus höher, wenn nicht gerade die Altersgruppe der unter 25-Jährigen gezielt durch Förderinstrumente des Bundesanstalt für Arbeit und des Landes Thüringen in einer Größenordnung zur Verfügung gestellt würden, die auf andere Altersgruppen nicht übertragbar sind.

*Spiegelbildlich zur geringeren Erwerbstätigkeit der Erwerbsfähigen in kinderlosen Haushalten sind diese in den neuen Ländern öfter erwerbslos.* Die Struktur der Erwerbslosen zeigt im Ost-West-Vergleich keine Unterschiede zwischen einzelnen Haushaltstypen. Am häufigsten sind Alleinerziehende erwerbslos, gefolgt von den kinderlosen Haushalten. Erwerbspersonen, die mit einem Lebenspartner in Familienhaushalten wohnen, sind dagegen in den neuen Ländern wie im früheren Bundesgebiet am seltensten erwerbslos (dies gilt für beiderlei Geschlechter; vgl. Tabelle 82, Tabelle 83 und Tabelle 84 im Anhang). Diese Aussagen treffen auch für Thüringen zu, wobei das niedrigere Niveau der Erwerbslosigkeit sich hier bei allen Haushaltstypen in geringeren Erwerbslosenquoten niederschlägt.

### 3.4.2 Langzeitarbeitslosigkeit

*Langzeitarbeitslose stehen dem Arbeitsmarkt oft nicht mehr zur Verfügung.* Konjunkturelle und friktionelle Arbeitslosigkeit sind in einer Marktwirtschaft kaum zu vermeiden. Im Wirtschaftsabschwung wird die Zahl der Arbeitslosen immer steigen, Absolventen und Jobwechsler werden immer für eine Übergangszeit erwerbslos sein. Im Unterschied dazu stellt (strukturelle) Langzeitarbeitslosigkeit ein beträchtliches Problem dar. So können z.B. Ersparnisse nur vorübergehend in Anspruch genommen und größere Anschaffungen im Haushalt nicht dauerhaft zurückgestellt werden. Langzeitarbeitslosigkeit ist auch deswegen ein sehr ernstzunehmendes Problem, weil die Betroffenen irgendwann nicht mehr den Arbeitslosen/-suchenden (Arbeitskräftepotential) zugeordnet werden können, wenn sie zu lange nicht mehr „an Arbeit gewohnt“ waren. Es droht den Betroffenen die Gefahr, den Anschluss an das „normale“ (Arbeits-) Leben zu verlieren – dies gilt insbesondere, wenn es zur Konzentration von Langzeitarbeitslosen in einzelnen Gebieten kommt.

**Tabelle 8: Langzeitarbeitslose in Deutschland 1995 und 2000**

	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Thüringen
<b>Anteil Langzeitarbeitslose an allen arbeitslos Gemeldeten</b>			
1995	33%	29%	–
2000	36%	34%	29%
2001	33%	35%	32%
<b>Anzahl Langzeitarbeitslose (in Tsd.)</b>			
1995	838	305	–
2000	919	456	56
2001	810	467	60

**Definition:** länger als ein Jahr beim Arbeitsamt als arbeitslos registriert.

**Quelle:** Arbeitslosenstatistik

**empirica**

*Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in Thüringen unter dem Bundesdurchschnitt.* Sowohl in den neuen Ländern wie auch im früheren Bundesgebiet ist jeder dritte Arbeitslose bereits länger als 1 Jahr arbeitslos gemeldet, der Trend zeigt vor allem in den neuen Ländern nach oben (vgl. Tabelle 8). Dies gilt auch für Thüringen, gleichwohl gibt es hier anteilmäßig weniger Langzeitarbeitslose als im Mittel der anderen neuen Länder. Im Jahr 2001 waren in Thüringen 60 Tsd. Arbeitslose länger als ein Jahr und knapp 30 Tsd. sogar länger als zwei Jahre arbeitslos registriert. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist von 347 Tagen im Jahr 1999 auf 381 Tage im Jahr 2001 angestiegen (vgl. Tabellen im Anhang).

*Ältere Langzeitarbeitslose stehen dem Arbeitsmarkt oftmals nicht mehr zur Verfügung.* Der Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt gelingt vor allem in den ersten drei Monaten, mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit sinkt dagegen die Chance auf eine nicht-geförderte Beschäftigung rasch (vgl. Abbildung 32). Neben der Dauer der Arbeitslosigkeit erweist sich laut IAB das Alter, das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit

Tabelle 9: Was kommt nach der Arbeitslosigkeit?

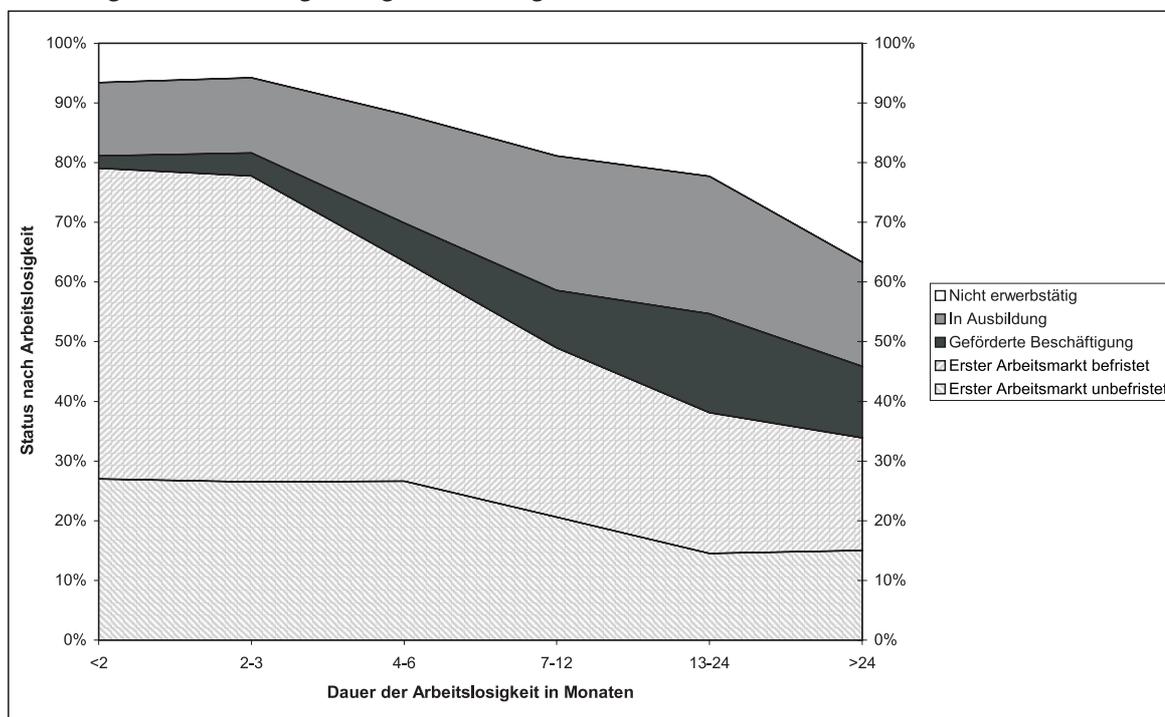
	früheres Bundesgebiet	neue Länder
Erster Arbeitsmarkt	66%	53%
unbefristet	25%	20%
befristet	41%	33%
Geförderte Beschäftigung	3%	15%
In Ausbildung	16%	19%
Nicht erwerbstätig	16%	13%
<b>Insgesamt</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

Quelle: IAB (2002), bundesweite Ergebnisse

empirica

als sehr signifikant. Ein Altersunterschied von einem Jahr führt im früheren Bundesgebiet zu einer Reduktion der Wahrscheinlichkeit der Aufnahme einer unbefristeten Tätigkeit um 5%. Insbesondere über 50-Jährige, die arbeitslos werden, lassen sich „alsbald auf den so genannten Vorruhestand ein und lösen sich auch innerlich vom Arbeitsmarkt“ (vgl. IAB, 2002). Eine günstigere Arbeitsmarktlage bzw. ein flexiblerer Arbeitsmarkt würde wegen des Strukturwandels zwar oft auch keine Arbeitslosigkeit verhindern, die Wiedereingliederung wäre aber gerade hier besser. Ost-West-Unterschiede in den Determinanten der Langzeitarbeitslosigkeit gibt es laut IAB vor allem beim Geschlecht. Während Frauen im früheren Bundesgebiet gegenüber Männern eine um ein Drittel geringere Chance haben, einen Arbeitsplatz zu erhalten, besitzen sie in den neuen Ländern eine nicht einmal halb so hohe Übergangswahrscheinlichkeit.

Abbildung 32: Vermittlungshäufigkeit von Langzeitarbeitslosen



Quelle: IAB (2002), bundesweite Ergebnisse

empirica

Eine Berufsausbildung vergrößert die Vermittlungswahrscheinlichkeit erheblich. Arbeitslose mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung haben gegenüber Personen ohne Berufsausbildung im früheren Bundesgebiet eine doppelt so hohe Vermittlungschance, in den neuen Ländern sogar eine zweieinhalbmal höhere Chance (vgl. IAB, 2002). Die Übergangswahrscheinlichkeit von Hochschulabsolventen liegen überraschenderweise in beiden Teilen unter denen mit betrieblicher Lehre und über denen ohne Berufsausbildung.

dung.<sup>25</sup> Gleichwohl haben sie die höchste Wahrscheinlichkeit für einen Übergang in ein befristetes Arbeitsverhältnis. „Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen findet eben vielfach im Vorfeld des beruflichen Einstiegs statt“, der wiederum „gerade bei Hochschulabsolventen oft über ein befristetes Arbeitsverhältnis gelingt“ (vgl. IAB, 2002). Die Effekte einer Berufsausbildung spiegeln sich dagegen sehr deutlich in der Dauer der Erwerbslosigkeit wider: je besser die schulische bzw. berufliche Ausbildung, desto seltener ist eine mehr als sechsmonatige Erwerbslosigkeit.

### 3.4.3 Jugendarbeitslosigkeit

Opfer des Ausgrenzungsprozesses aus dem regulären Arbeitsmarkt sind neben älteren, schlecht qualifizierten Arbeitnehmer/-innen vor allem nicht ausreichend qualifizierte junge Menschen, und solche die über keine nennenswerte Berufserfahrung verfügen.

So setzte sich die im Jahr 2000 beobachtete Zunahme von jugendlichen Arbeitslosen auch im Folgejahr fort. Die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in Freistaat Thüringen lag 2001 mit 23.000 Betroffenen um 4% höher als im Vorjahr (22.000). Der Anstieg resultiert vor allem aus den verstärkten Arbeitslosmeldungen männlicher Jugendlicher in der Altersgruppe der 20 bis 25-Jährigen. Frauen dieser Altersgruppe stellen zwar „nur“ 37,7% der jugendlichen Arbeitslosen, sind jedoch, oft bedingt durch ihre familiäre Situation und der daraus resultierenden „Nichtverfügbarkeit“ für den Arbeitsmarkt, im Sozialhilfebezug deutlich überrepräsentiert. Thüringen hatte zwar auch im Dezember 2001 mit 12,4% (Jahresdurchschnitt: 13,9%) die geringste Quote Arbeitsloser unter 25 Jahren im Vergleich der neuen Länder. Sachsen-Anhalt und Brandenburg verzeichneten jeweils über 15%. Dennoch liegt die Quote für Thüringen um 3,4 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Abzüglich der Teilnehmer in Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsmaßnahmen (9.600 Jugendliche) wurde der Arbeitsmarkt durch die Bundesanstalt für Arbeit faktisch mit 15.800 Teilnehmer/-innen an diversen Trainings-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen entlastet. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit wäre also im Dezember 2001 ohne die vorbezeichneten Maßnahmen deutlich höher gewesen. Gleichwohl kann auch diese Förderung nichts an der hohen Quote der Jugendlichen ohne Berufsabschluss ändern.

#### Maßnahmen im Einzelnen

In nahezu allen Thüringer Arbeitsamtsbezirken wurden im Dezember 2001 mehr Jugendliche über Arbeitsmarktinstrumente der Bundesanstalt für Arbeit gefördert als sich in Arbeitslosigkeit befanden (vgl. Tabelle 10).

**Tabelle 10: Arbeitsmarktinstrumente der Bundesanstalt für Arbeit**

Arbeitsamtsbezirk	Jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren	geförderte Jugendliche im BA Sofortprogramm	Sofortprogramm und Regelförderung SGB VIII Arbeitsförderung
Altenburg	945	506	1.341
Erfurt	4.890	2.317	6.273
Gera	2.768	949	2.685
Gotha	3.041	1.459	3.935
Jena	2.824	1.186	3.844
Nordhausen	3.076	634	2.922
Suhl	3.654	1.499	4.400
<b>Summe</b>	<b>21.198</b>	<b>8.550</b>	<b>25.400</b>

Quelle: Arbeitsmarktdaten, Berichtsmonat Dezember 2001, Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt-Thüringen

empirica

<sup>25</sup> Unterscheidungen nach verschiedenen Fachrichtungen wurden hierbei nicht vorgenommen. Insofern bleibt unbekannt, ob diese Eigenschaft für alle Akademiker oder nur für bestimmte Fakultäten zutrifft. Insbesondere in der ehemaligen DDR wurden mehr Berufe unter dem Begriff Akademiker zusammengefasst als dies mittlerweile der Fall ist.

Der um 5.900 Jugendliche angestiegenen Jugendarbeitslosigkeit konnte mit dem Jobeinstieg-Programm (JET) des Landes Thüringen wesentlich gegengesteuert werden. Dieses wurde in 2001 auf nahezu 2.000 Förderfälle aufgestockt, so dass im Ergebnis 947 Jugendliche eine Arbeitsstelle finden konnten.

Zudem wurde das Fördervolumen des Sofortprogramms seit Juni 2001 monatlich um mehr als 300 Plätze erweitert und erreichte im Dezember mit 8.550 geförderten Jugendlichen seinen Höchststand. Letztlich führte dies auch dazu, dass sich die Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit und fehlender Berufsausbildung unter arbeitslosen Jugendlichen nicht verstärkten. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen ohne Berufsabschluss betrug 2001 am Jahresende 34,8%. Länger als ein Jahr waren 5,7% dieser Gruppe arbeitslos.

### 3.5 Regionale Differenzierung

*Die regionale Arbeitslosigkeit hängt auch von der Siedlungsstruktur und der Standortstruktur der DDR-Kombinate ab.* In Landkreisen mit hohen Industriekonzentrationen (Kyffhäuserkreis, Altenburger Land, Nordhausen, Gera) wurden nach der Wiedervereinigung mehr Arbeitsplätze abgebaut und in Folge dessen wohnen dort heute auch mehr Arbeitslose. Für die Höhe der regionalen Arbeitslosenquote spielen aber auch andere Faktoren eine Rolle:

- Insbesondere Landkreise an der Grenze Thüringens zu Hessen und Bayern (Wartburgkreis, Hildburghausen Sonneberg, Schmalkalden-Meiningen) haben eine geringere Arbeitslosenquote, weil viele Erwerbstätige nach Bayern und Hessen pendeln.
- Die Umlandwanderung senkt die Arbeitslosenquote in den Umlandkreisen (z.B. Weimarer Land, Saale-Holzland-Kreis), da überwiegend Erwerbstätige für die Suburbanisierung verantwortlich sind. Typischerweise wird im Umland der größeren Städte ein Eigenheim errichtet, dessen Finanzierung nur Erwerbstätige leisten können.

Die Landkreise in Thüringen weisen demnach eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf, wenn sie in der Nähe einer Großstadt (im früheren Bundesgebiet) liegen und eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote, wenn sich dort im Jahr 1990 mehrere Kombinate befunden haben. Aus diesen Effekten heraus dürfte sich auch erklären lassen, warum in den neuen Ländern die Arbeitslosigkeit im Unterschied zum früheren Bundesgebiet ihre Spitzenwerte nicht in den Großstädten erreicht (vgl. Tabelle 11).

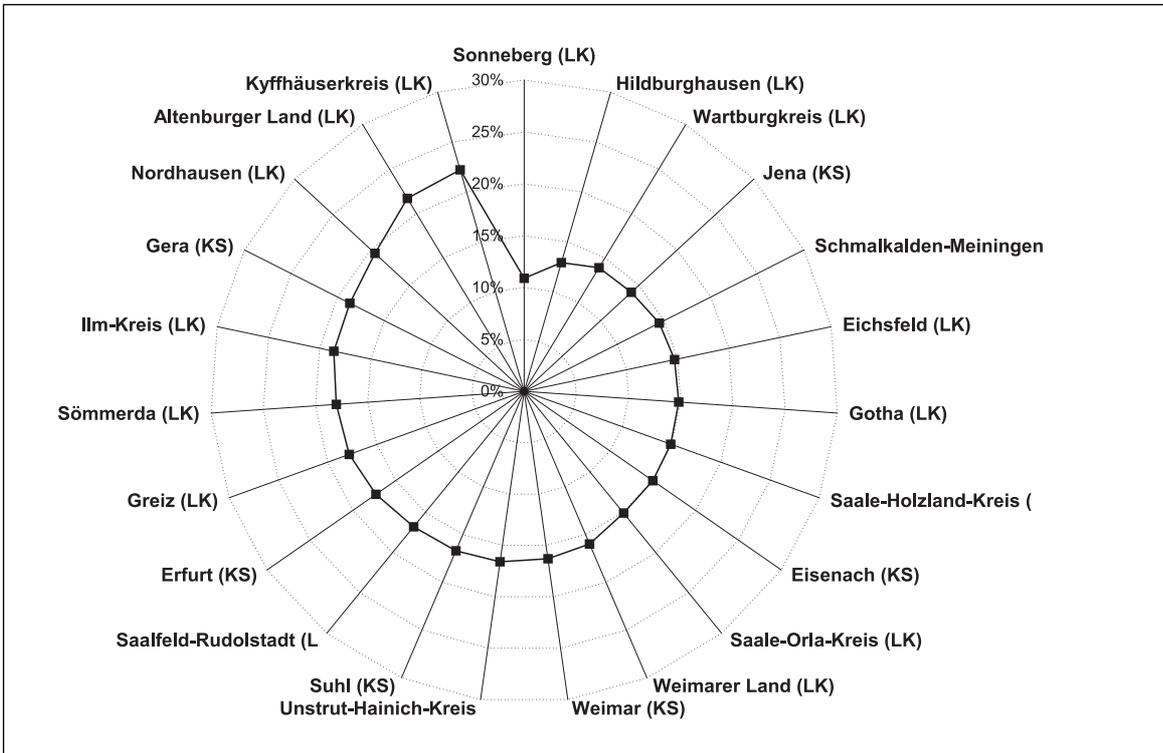
**Tabelle 11: Anteil Haushalte mit mindestens einem Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe 1998**

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Thüringen
unter 5.000	13%	8%	25%	24%
5.000 bis unter 20.000	11%	9%	25%	28%
20.000 bis unter 100.000	12%	8%	25%	24%
100.000 bis unter 500.000	12%	9%	19%	22%
500.000 und mehr	11%	10%	19%	–
<b>Insgesamt</b>	<b>12%</b>	<b>9%</b>	<b>23%</b>	<b>24%</b>

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

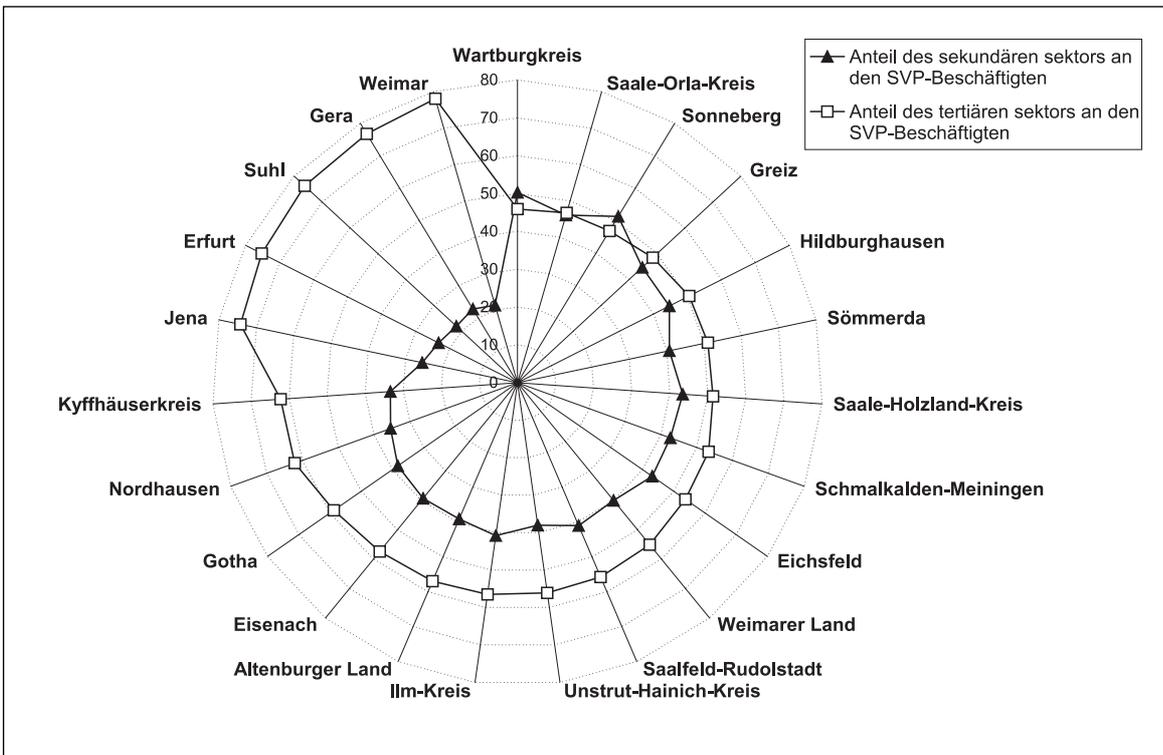
Abbildung 33: Arbeitslosenquoten in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens 2000



Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

Abbildung 34: Beschäftigungsstrukturen in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens



**Definition:** Sekundärer Sektor = Wirtschaftsbereiche, in denen Naturerzeugnisse und Rohstoffe bearbeitet werden (Industrie, Handwerk und Baugewerbe); tertiärer Sektor = Wirtschaftsbereiche, die sich mit Dienstleistungen befassen (Handel, Banken, Versicherungen, Verwaltung, Gastgewerbe, Reisebüros, usw.).

Quelle: INKAR 2000

empirica

## 4. Einkommen, Vermögen und Schulden

Vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung sind die Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte in Thüringen erheblich angestiegen (vgl. Tabelle 12). Allein im Zeitraum 1991 bis 1993 hat sich deren Medianeinkommen laut Mikrozensus um ein Drittel erhöht. Erst Mitte der 90er Jahre verlangsamten sich die Einkommenssteigerungen: zwischen 1999 und 2001 war lediglich noch ein Zuwachs von einem knappen Prozent p.a. zu verzeichnen. Selbst inflationsbereinigt liegen die Haushaltsnettoeinkommen in Thüringen aber im Jahr 2001 20% höher als ein Jahrzehnt zuvor im Jahr 1991.

**Tabelle 12: Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Thüringen 1991-2001**

Monatseinkommen von ... bis ...	1991	1993	1995	1997	1999	2001
Unter 511 €	22%	9%	5%	5%	4%	4%
511 b.u. 920 €	31%	24%	21%	19%	16%	15%
920 b.u. 1278 €	24%	21%	20%	21%	20%	20%
1278 b.u. 1534 €	11%	13%	13%	13%	12%	12%
1534 b.u. 2045 €	8%	19%	21%	21%	22%	21%
2045 € und mehr	3%	15%	20%	22%	26%	29%
insg.	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Median in €	869	1.176	1.329	1.432	1.491	1.513
... inflationsbereinigt (2001er Preise)	1.250	1.380	1.476	1.525	1.565	1.513

**Anmerkung:** Haushaltsnettoeinkommen beruhen im Mikrozensus auf Selbsteinschätzung

**Quelle:** TLS und eigene Berechnungen aus Mikrozensus

empirica

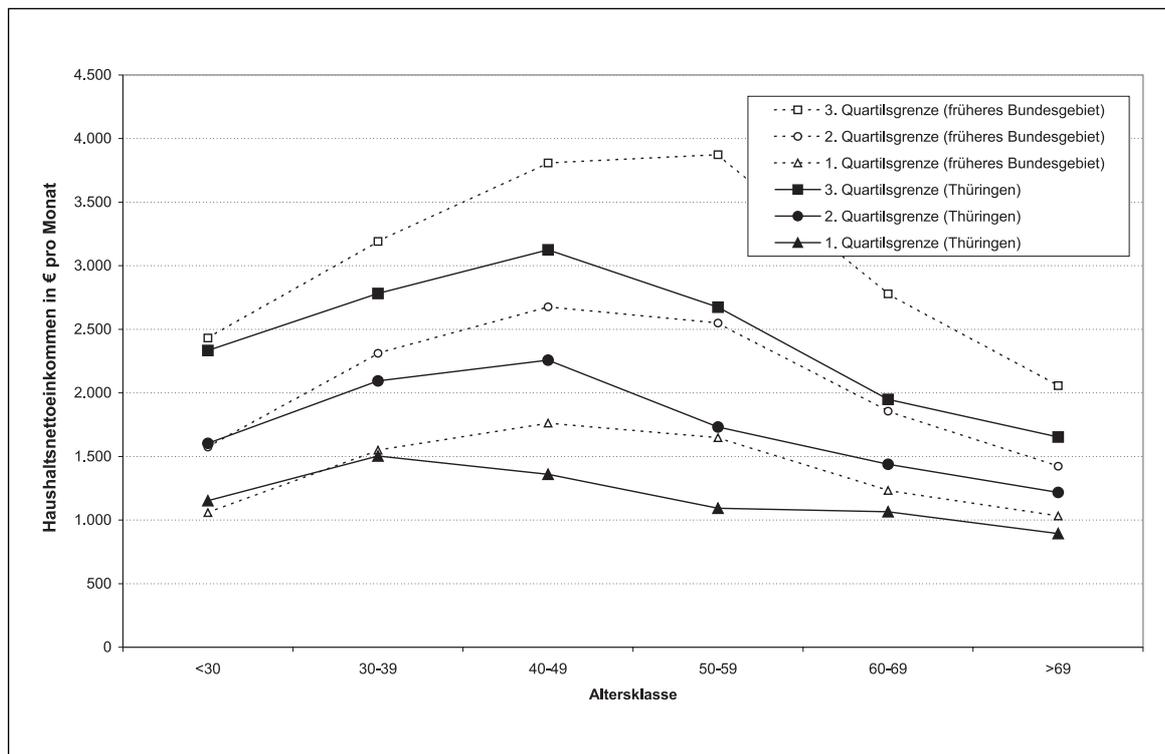
Die Einkommensentwicklung – wie sie sich in den Auswertungen des Mikrozensus darstellt – ist jedoch wenig aussagekräftig. Zum einen basieren die Angaben dort auf Selbsteinschätzungen der Befragten; solche Angaben unterschätzen bekanntlich die wahren Einkommen.<sup>26</sup> Zum anderen werden die Einkommen nur klassiert – also in Form vorgegebener Bandbreiten – und ohne Unterscheidung nach der Einkommensquelle erhoben. Dadurch sind in den Analysen sehr enge Grenzen gesetzt; beispielsweise können keine Pro-Kopf- oder Äquivalenzeinkommen ermittelt und keine Wirkungsanalysen von Sozialtransfers auf die Einkommensarmut durchgeführt werden. Aus diesem Grund wird in den folgenden Untersuchungen auf die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zurückgegriffen. Der Nachteil dabei besteht jedoch in einem geringeren Stichprobenumfang; zudem liegen diese Informationen nur für die Zeitpunkte 1993 und 1998 vor. Erst im Jahr 2003 wird eine neue EVS-Erhebung durchgeführt, die dann aktuellere Zahlen liefern kann.

### 4.1 Einkommen

*Die Einkommenshöhe unterliegt typischen Lebenszyklusstrukturen.* Das Einkommen ist neben dem Vermögen die zentrale Bestimmungsgröße für die wirtschaftliche Situation eines Haushaltes. Allerdings stellt das Einkommen als absolute Größe keinen aussagekräftigen Maßstab dar. Der Vergleich eines jungen Haushaltes mit relativ niedrigem aktuellem Einkommen, aber hohen zukünftigen Einkommenssteigerungen, mit einem älteren Haushalt, der auf dem Höhepunkt der Karriereleiter angekommen ist, aber bald in den Ruhestand wechseln wird und eine vergleichsweise niedrige Rente erwartet, oder mit einem Studenten ohne aktuelles Arbeitseinkommen macht dies deutlich.

<sup>26</sup> Insbesondere unregelmäßige Einnahmen wie Weihnachtsgeld, Steuererstattungen etc. werden bei Selbsteinschätzungen meist vernachlässigt.

Abbildung 35: Streuung der Haushaltsnettoeinkommen im Altersquerschnitt 1998



**Lesebeispiel (Kategorie Altersklasse 30–39 Jahre, Thüringen):** Ein Viertel der 30- bis 39-jährigen thüringischen Haushalte verfügt über ein Haushaltsnettoeinkommen von höchstens 1.500 €/Monat (Linie mit schwarzen Dreiecken), einem anderen Viertel dieser Altersklasse stehen mehr als 2.800 €/Monat zur Verfügung (Linie mit schwarzen Quadraten).

**Anmerkung:** Quartile zerlegen die Stichprobe in vier Teilmengen mit gleich vielen Beobachtungen, wobei in der ersten Teilmenge die 25% niedrigsten, in der zweiten Teilmenge die 25% nächsthöheren, in der dritten die wiederum nächsthöheren 25% und in der vierten Teilmenge die 25% höchsten Merkmalsausprägungen zu finden sind (75% aller Beobachtungen liegen oberhalb der 1. Quartilsgrenze, 25% darunter; die 2. Quartilsgrenze ist gleich dem Median; 25% aller Beobachtungen liegen oberhalb der 3. Quartilsgrenze, 75% unterhalb).

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

*Einkommen müssen immer im Kontext der Lebensphase beurteilt werden, in der sich ein Haushalt gerade befindet.* Ein Haushalt in Thüringen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von beispielsweise 1.500 € gehört zu den untersten 25% der Einkommenspyramide seiner Altersklasse, wenn er 30–39 Jahre alt ist (vgl. Abbildung 35). Dagegen muss ein Haushalt zwischen 60 und 69 Jahren mit demselben Einkommen eher den obersten 50% aller Haushalte dieser Altersklasse zugerechnet werden. Zugunsten überschaubarer Darstellungen können nicht alle Auswertungen für verschiedene Altersklassen dargestellt werden. Trotzdem sollte der Leser die typischen Lebenszyklusstrukturen der Einkommen stets parat halten.

#### 4.1.1 Verschiedene Einkommensaggregate und ihre Verteilung

*Der Hälfte aller Haushalte in Thüringen stehen netto mindestens 1.700 € monatlich zur Verfügung.* Das monatliche Bruttoeinkommen der Haushalte in Thüringen betrug im Jahr 1998 knapp 2.700 € (vgl. Tabelle 13). Bei mehr als der Hälfte aller Haushalte lag dieser Wert jedoch unter 2.224 € (Median), bei einem Viertel aller Haushalte sogar unter 1.368 € (vgl. Tabelle 14). Netto verblieben den Haushalten im Durchschnitt knapp 2.200 €. Darin enthalten sind jedoch auch die impliziten Einnahmen aus der fiktiven Mietzahlung<sup>27</sup> bei Haushalten mit selbstgenutztem Wohneigentum. Rechnet man diese Beträge heraus, sinkt

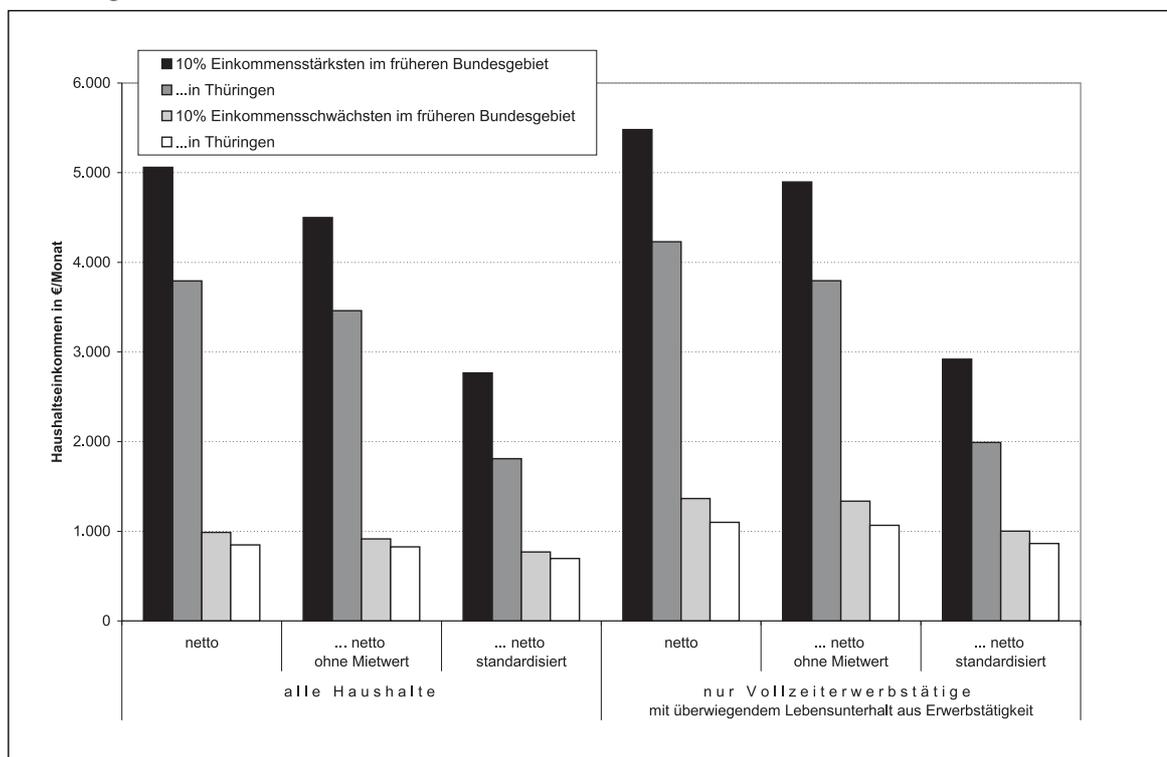
<sup>27</sup> Die ersparten Mietzahlungen von Haushalten mit selbstgenutztem Wohneigentum stellen ökonomisch betrachtet Vermögenseinnahmen dar. Alternativ kann man diese impliziten Einnahmen auch als gesparte Ausgaben und damit als Erhöhung des verfügbaren Einkommens betrachten. In jedem Fall erhöhen sie die Leistungsfähigkeit des betreffenden Haushalts.

das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen auf knapp unter 2.000 € im Monat; die Hälfte aller Haushalte muss dann mit weniger als 1.749 € auskommen, ein Viertel der Haushalte mit weniger als 1.153 €. Einem Viertel aller Haushalte stehen dagegen mehr als 2.512 € monatlich zur Verfügung, 10% mehr als 3.460 € und 5% über 4.218 €.

*Haushaltseinkommen in Thüringen sind ein Sechstel niedriger als im früheren Bundesgebiet.* Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet liegt das mittlere Bruttoeinkommen (Median) der Haushalte in Thüringen 23% niedriger. Demgegenüber wird der Abstand auf 20% verkleinert, wenn man die Nettoeinkommen vergleicht – hier macht sich die Steuerprogression zugunsten niedrigerer Einkommen bemerkbar. In Thüringen wohnen die Haushalte öfter zur Miete als im früheren Bundesgebiet (vgl. Kapitel 8). Deswegen würde sich der Abstand bei Vernachlässigung der fiktiven Mieteinnahmen von Selbstnutzern weiter auf nur noch 16% verringern.

*Bei unteren Einkommenschichten fällt die Ost-West-Kluft geringer aus.* Grundsätzlich ist die Einkommenskluft (Haushaltsnettoeinkommen ohne Mietwert) zwischen Haushalten in Thüringen und dem früheren Bundesgebiet umso kleiner, je weiter man an den unteren Rand der Verteilung geht: während die oberen 5 Prozent der Einkommensverteilung 23% weniger verdienen, müssen die unteren 10 Prozent aller Haushalte in den neuen Ländern „nur“ mit 10% weniger Einkommen auskommen und die unteren 5 Prozent „nur“ mit 8% geringeren Einkommen wirtschaften. Offensichtlich resultieren die Einkommensunterschiede im Ost-West-Vergleich zu einem Großteil an einem Mangel an Spitzenverdienern (vgl. Kapitel III.4.1.5.2).

**Abbildung 36: Einkommenskluft zwischen Einkommensstärksten und Einkommenschwächsten 1998**



**Lesebeispiel (Kategorie netto, alle Haushalte):** Den 10% einkommensstärksten Haushalten im früheren Bundesgebiet stehen monatlich gut 5.000 € zur Verfügung, den 10% einkommensstärksten Haushalten in Thüringen nur etwa 3.800 €. Den 10% einkommenschwächsten Haushalten im früheren Bundesgebiet stehen monatlich knapp 1.000 € zur Verfügung, den 10% einkommenschwächsten Haushalten in Thüringen etwa 850 €.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

*Bereinigt um Haushaltsgrößen verschwinden bei den Einkommensärmsten die Ost-West-Unterschiede.* Die Einkommenskluft zwischen Thüringen und dem früheren Bundesgebiet fällt am unteren Rand der Einkommensverteilung noch geringer aus, wenn man die unterschiedlichen Haushaltsgrößen berücksichtigt.

Dazu werden die nominalen Einkommen mithilfe einer gewichteten Personenzahl im Haushalt standardisiert (zur Methodik vgl. Glossar in Kapitel II). Der Median der resultierenden Äquivalenzeinkommen liegt in Thüringen mit 1.133 € im Mittel um 18% unter den Werten im früheren Bundesgebiet. Demgegenüber ergibt sich bei den einkommensärmsten 10 Prozent aller Haushalte nur noch eine Differenz von 9% zum Vergleichswert im früheren Bundesgebiet, bei den ärmsten 5 Prozent schrumpft der Einkommensunterschied sogar auf 6%.

*Höhere Erwerbsbeteiligung mindert Einkommenskluft bei den Erwerbstätigenhaushalten.* Einkommensunterschiede zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet stehen auch unter dem Einfluss ganz unterschiedlicher Erwerbsquoten und Erwerbslosenquoten (vgl. Kapitel 3). Betrachtet man alleine die Haushaltsbruttoeinkommen der Haushalte mit vollzeiterwerbstätigem Haushaltsvorstand (Erwerbstätigenhaushalte), dann liegen diese im Mittel mit rund 3.204 € monatlich fast um die Hälfte höher als bei allen Haushalten. Auch die Einkommenslücke zu den Haushalten im früheren Bundesgebiet fällt jetzt geringer aus. Gleichwohl relativiert sich diese Annäherung, wenn man nur die Lohneinkommen der Haushaltsvorstände vergleicht. Während die Median Nettoeinkommen der Erwerbstätigenhaushalte in Thüringen 85% und die Bruttoeinkommen 79% des West-Niveaus erreichen, liegt die Relation bei den Lohneinkommen zwar noch bei 75%, die Relation der Lohneinkommen der Haushaltsvorstände aber nur noch bei 69%. Offensichtlich ist die Einkommenskluft der Erwerbstätigenhaushalte im Vergleich zum früheren Bundesgebiet also nur deswegen kleiner, weil in Thüringen neben dem Haushaltsvorstand öfter weitere Haushaltsmitglieder erwerbstätig sind und dadurch zusätzliche Lohn- oder Transfereinkommen beziehen.

*Niedrige Einkommenskluft bei Transferempfängern.* Auffällig ist auch, dass bei Betrachtung der Erwerbstätigenhaushalte die Einkommenskluft zum früheren Bundesgebiet am unteren Rand der Einkommensverteilung größer und am oberen Rand kleiner ist als beim Vergleich aller Haushalte. Offenbar gibt es eine Gruppe außerhalb der Haushalte mit vollzeiterwerbstätigem Haushaltsvorstand, deren Einkommensverhältnisse eher der Einkommensverteilung im früheren Bundesgebiet entsprechen: die Transferempfänger (vgl. Abschnitt 4.1.2).

#### **4.1.2 Zusammensetzung des Haushaltseinkommens**

*Neben dem Erwerbseinkommen überwiegen in Thüringen die Transfereinkommen und im früheren Bundesgebiet die Vermögenseinnahmen.* Den größten Anteil am Haushaltseinkommen bestreiten mit rund 60% die Erwerbseinkommen (vgl. Spalten G und H in Zeile 10 von Tabelle 15). Betrachtet man alleine die Haushalte, die ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Erwerbstätigkeit bestreiten (Spalten A und B), dann steigt dieser Anteil sogar auf fast 80%. Soweit existieren in Thüringen auch keine nennenswerten Unterschiede zum früheren Bundesgebiet. Dies gilt jedoch nicht mehr für die Aufteilung der restlichen 20%: Weit über die Hälfte der Nichterwerbseinkommen stammt in Thüringen aus öffentlichen Transfers und nur ein Drittel aus Vermögenseinnahmen (Zeilen 15–18). Damit sind diese Größenverhältnisse ziemlich genau umgekehrt wie im früheren Bundesgebiet. Die Ursache liegt in der niedrigeren Wohneigentumsquote, wodurch die Haushalte in Thüringen seltener Vermögenseinnahmen in Form der ersparten Miete vorweisen können und in dem – selbst bei Erwerbstätigenhaushalten – größeren Anteil an Transferempfängern (vgl. Abschnitt 4.1.4). Insgesamt fällt das Bruttoeinkommen der Erwerbstätigenhaushalte in Thüringen damit monatlich rund 900 € geringer aus als im früheren Bundesgebiet.

Tabelle 13: Streuung der Haushaltseinkommen 1998

	alle Haushalte				nur Vollzeitwerbstätige mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit					
	brutto € pro Monat	netto € pro Monat	... netto ohne Mietwert € pro Monat	... netto stan- dardisiert € pro Monat	brutto € pro Monat	... aus un- selbst. Arbeit € pro Monat	... aus unselbst. Arbeit des HHV € pro Monat	netto € pro Monat	... netto ohne Mietwert € pro Monat	... netto stan- dardisiert € pro Monat
<b>A) Früheres Bundesgebiet</b>										
Mittelwert	3.494	2.773	2.483	1.640	4.489	3.540	2.924	3.260	2.952	1.821
Median	2.879	2.314	2.075	1.388	4.045	3.125	2.617	2.926	2.607	1.574
Variationskoeffizient	0,71	0,68	0,69	0,62	0,53	0,52	0,48	0,56	0,56	0,53
Interquartilsbereich	2.879	2.108	1.803	928	2.797	2.137	1.352	2.112	1.772	895
<b>B) Neue Länder u. Berlin-Ost</b>										
Mittelwert	2.618	2.095	1.965	1.265	3.509	2.746	2.045	2.576	2.408	1.416
Median	2.168	1.833	1.739	1.146	3.204	2.395	1.858	2.376	2.213	1.275
Variationskoeffizient	0,67	0,61	0,61	0,52	0,50	0,55	0,45	0,50	0,50	0,48
Interquartilsbereich	2.055	1.448	1.298	553	2.121	1.901	989	1.523	1.332	598
-> <b>Vergleich B zu A</b>										
Mittelwert	75%	76%	79%	77%	78%	78%	70%	79%	82%	78%
Median	75%	79%	84%	83%	79%	77%	71%	81%	85%	81%
Variationskoeffizient	94%	90%	88%	84%	95%	105%	95%	90%	90%	90%
Interquartilsbereich	71%	69%	72%	60%	76%	89%	73%	72%	75%	67%
<b>C) Thüringen</b>										
Mittelwert	2.674	2.153	1.992	1.248	3.536	2.733	2.024	2.617	2.405	1.390
Median	2.224	1.854	1.749	1.133	3.204	2.343	1.814	2.487	2.209	1.260
Variationskoeffizient	0,66	0,61	0,60	0,48	0,50	0,55	0,45	0,50	0,49	0,43
Interquartilsbereich	2.135	1.528	1.359	562	2.251	1.929	876	1.630	1.334	587
-> <b>Vergleich C zu B</b>										
Mittelwert	102%	103%	101%	99%	101%	100%	99%	102%	100%	98%
Median	103%	101%	101%	99%	100%	98%	98%	105%	100%	99%
Variationskoeffizient	99%	100%	99%	92%	100%	100%	100%	99%	98%	89%
Interquartilsbereich	104%	106%	105%	102%	106%	101%	89%	107%	100%	98%
-> <b>Vergleich C zu A</b>										
Mittelwert	77%	78%	80%	76%	79%	77%	69%	80%	81%	76%
Median	77%	80%	84%	82%	79%	75%	69%	85%	85%	80%
Variationskoeffizient	93%	90%	87%	77%	95%	105%	95%	89%	89%	80%
Interquartilsbereich	86%	81%	79%	55%	95%	105%	63%	89%	81%	61%

**Lesebeispiel (Kategorie alle Haushalte, brutto):** Der arithmetische Mittelwert des Bruttoeinkommens aller Haushalte im früheren Bundesgebiet beträgt 3.494 €/Monat. Die Hälfte dieser Haushalte verfügt jedoch über mehr bzw. weniger als 2.879 €/Monat (Median). Der Variationskoeffizient (Verhältnis von Standardabweichung zu Mittelwert) ist ein Maß für die Streuung; mit 0,71 ist die Streuung im früheren Bundesgebiet größer als in Thüringen (0,66). Der Interquartilsbereich ist ebenfalls ein Maß für die Streuung der Daten, er misst den Abstand zwischen den Werten des dritten Quartils und des ersten Quartils, also die Spannweite zwischen den mittleren 50% aller Beobachtungen, die im vorliegenden Falle 2.879 € beträgt. Die Zeilen unterhalb der Überschrift „Vergleich A zu B“ stellen die die entsprechenden Werte für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder ins Verhältnis usw.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

Tabelle 14: Perzentile der Haushaltseinkommen 1998

Perzentile	alle Haushalte				nur Vollzeitwerbstätige mit Überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit					
	brutto € pro Monat	netto € pro Monat	... netto ohne Mietwert € pro Monat	... netto stan- dardisiert € pro Monat	brutto € pro Monat	... aus un- selbst. Arbeit € pro Monat	... aus unselbst. Arbeit des HHV € pro Monat	netto € pro Monat	... netto ohne Mietwert € pro Monat	... netto stan- dardisiert € pro Monat
<b>A) Früheres Bundesgebiet</b>										
5%	828	769	728	653	1.690	1.372	1.297	1.160	1.143	875
10%	1.077	988	915	768	2.063	1.747	1.658	1.366	1.337	1.001
25%	1.737	1.456	1.325	1.023	2.804	2.281	2.111	1.974	1.842	1.224
50%	2.879	2.314	2.075	1.388	4.045	3.125	2.617	2.926	2.607	1.574
75%	4.616	3.564	3.128	1.950	5.602	4.418	3.464	4.086	3.613	2.119
90%	6.596	5.060	4.500	2.766	7.410	5.879	4.562	5.480	4.897	2.919
95%	8.064	6.275	5.616	3.443	8.824	6.909	5.391	6.594	5.951	3.555
<b>B) Neue Länder u. Berlin-Ost</b>										
5%	720	684	672	628	1.335	982	921	980	956	756
10%	910	830	806	710	1.645	1.237	1.126	1.162	1.123	854
25%	1.368	1.200	1.158	899	2.264	1.647	1.463	1.679	1.602	1.017
50%	2.168	1.833	1.739	1.146	3.204	2.395	1.858	2.376	2.213	1.275
75%	3.424	2.647	2.456	1.451	4.385	3.548	2.452	3.202	2.934	1.616
90%	4.884	3.650	3.330	1.885	5.718	4.756	3.203	4.127	3.811	2.134
95%	5.872	4.357	4.054	2.304	6.673	5.522	3.752	4.877	4.490	2.563
-> Vergleich B zu A										
5%	87%	89%	92%	96%	79%	72%	71%	84%	84%	86%
10%	85%	84%	88%	92%	80%	71%	68%	85%	84%	85%
25%	79%	82%	87%	88%	81%	72%	69%	85%	87%	83%
50%	75%	79%	84%	83%	79%	77%	71%	81%	85%	81%
75%	74%	74%	79%	74%	78%	80%	71%	78%	81%	76%
90%	74%	72%	74%	68%	77%	81%	70%	75%	78%	73%
95%	73%	69%	72%	67%	76%	80%	70%	74%	75%	72%
<b>C) Thüringen</b>										
5%	709	668	667	613	1.290	1.033	1.008	967	950	774
10%	940	849	827	697	1.609	1.283	1.201	1.099	1.066	865
25%	1.368	1.208	1.153	886	2.241	1.614	1.463	1.656	1.603	1.014
50%	2.224	1.854	1.749	1.133	3.204	2.343	1.814	2.487	2.209	1.260
75%	3.504	2.736	2.512	1.448	4.492	3.543	2.339	3.287	2.937	1.601
90%	5.045	3.793	3.460	1.810	5.706	4.783	3.133	4.230	3.794	1.991
95%	6.129	4.635	4.218	2.274	6.838	5.439	3.788	4.928	4.439	2.481
-> Vergleich C zu A										
5%	86%	87%	92%	94%	76%	75%	78%	83%	83%	88%
10%	87%	86%	90%	91%	78%	73%	72%	80%	80%	86%
25%	79%	83%	87%	87%	80%	71%	69%	84%	87%	83%
50%	77%	80%	84%	82%	79%	75%	69%	85%	85%	80%
75%	76%	77%	80%	74%	80%	80%	68%	80%	81%	76%
90%	76%	75%	77%	65%	77%	81%	69%	77%	77%	68%
95%	76%	74%	75%	66%	77%	79%	70%	75%	75%	70%

**Lesebeispiel (Kategorie alle Haushalte, brutto):** Das Bruttoeinkommen der einkommensschwächsten 5% aller Haushalte im früheren Bundesgebiet beträgt 828 €/Monat, das Bruttoeinkommen der einkommensschwächsten 95% (=die einkommensstärksten 5%) beträgt 8.064 €/Monat. Die Zeilen unterhalb der Überschrift „Vergleich B zu A“ stellen die die entsprechenden Werte für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder ins Verhältnis usw.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

**Tabelle 15: Einkommenszusammensetzung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt 1998**  
Überwiegender Lebensunterhalt

	Erwerbstätigkeit			Rente aus gRV			ALG/ALHi			Insgesamt		
	Früheres Bundesgebiet €/Monat A	Neue Länder €/Monat B1	Thüringen €/Monat B2	Früheres Bundesgebiet €/Monat C	Neue Länder €/Monat D1	Thüringen €/Monat D2	Früheres Bundesgebiet €/Monat E	Neue Länder €/Monat F	Früheres Bundesgebiet €/Monat G	Neue Länder €/Monat H1	Thüringen €/Monat H2	
<b>Bruttoerwerbseinkommen aus...</b>												
abh. Besch. 1. Person im HH	1	2.471	1.828	22	15	13	88	50	1.499	1.034	1.064	
abh. Besch. 2. Person im HH	2	488	571	29	22	29	83	63	311	341	333	
weitere Pers. und selbst. Arbeit	3	488	-/-	26	15	-/-	44	33	307	157	-/-	
<b>Summe Erwerbseinkommen</b>	<b>4</b>	<b>3.448</b>	<b>2.730</b>	<b>77</b>	<b>53</b>	<b>53</b>	<b>214</b>	<b>147</b>	<b>2.117</b>	<b>1.532</b>	<b>1.576</b>	
<b>Nicht-Erwerbseinkommen aus...</b>												
Vermögen (incl. Mietwert)	5	466	260	394	120	132	229	122	437	176	207	
Öffentl. Transferzahlungen	6	317	426	1.323	1.404	1.361	1.011	1.039	747	820	805	
priv. Transferzahlungen	7	135	93	145	26	28	116	81	193	90	92	
<b>Summe Nicht-Erwerbseink.</b>	<b>8</b>	<b>918</b>	<b>779</b>	<b>1.863</b>	<b>1.550</b>	<b>1.522</b>	<b>1.357</b>	<b>1.242</b>	<b>1.377</b>	<b>1.086</b>	<b>1.104</b>	
<b>Haushaltsbruttoeinkommen</b>	<b>9</b>	<b>4.366</b>	<b>3.538</b>	<b>1.940</b>	<b>1.603</b>	<b>1.599</b>	<b>1.571</b>	<b>1.388</b>	<b>3.494</b>	<b>2.618</b>	<b>2.679</b>	
<i>nachrichtl.: Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens</i>												
Anteil Erwerbseinkommen	10	79%	77%	4%	3%	3%	14%	11%	61%	59%	59%	
Anteil Vermögenseinnahmen	11	11%	7%	20%	7%	8%	15%	9%	13%	7%	8%	
Anteil öff. Transfers	12	7%	12%	68%	88%	85%	64%	75%	21%	31%	30%	
Anteil priv. Transfers	13	3%	3%	7%	2%	2%	7%	6%	6%	3%	3%	
<b>Summe</b>	<b>14</b>	<b>100%</b>	<b>99%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>99%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	
<i>nachrichtl.: Zusammensetzung des Nicht-Erwerbseinkommens</i>												
Anteil Vermögenseinnahmen	15	51%	33%	21%	8%	9%	17%	10%	32%	16%	19%	
Anteil öff. Transfers	16	35%	55%	71%	91%	89%	75%	84%	54%	76%	73%	
Anteil priv. Transfers	17	15%	12%	8%	2%	2%	9%	6%	14%	8%	8%	
<b>Summe</b>	<b>18</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	
<i>nachrichtl.</i>												
Anteil Haushalte	19	60%	56%	26%	34%	32%	4%	8%	100%	100%	100%	

**Anmerkung:** -/- bedeutet Fallzahlen zu gering; Fallzahlen für gesonderte Analyse ALG/ALHi in Thüringen zu gering.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

**empirica**

**Tabelle 16: Perzentile der standardisierten Haushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) nach dem überwiegenden Lebensunterhalt 1998**

Perzentile	Erwerbstätigkeit		Rente aus gRV		Arbeitslosengeld, -hilfe		SH/WoG-Empfänger	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
	€ pro Monat	€ pro Monat	€ pro Monat	€ pro Monat	€ pro Monat	€ pro Monat	€ pro Monat	€ pro Monat
5%	810	747	622	620	514	518	486	496
10%	953	836	708	677	554	581	536	559
25%	1.191	1.012	877	853	660	670	639	656
50%	1.564	1.268	1.143	1.075	810	808	783	755
75%	2.162	1.629	1.474	1.301	1.089	1.029	976	926
90%	3.051	2.169	1.961	1.521	1.494	1.270	1.209	1.165
95%	3.816	2.641	2.356	1.723	1.848	1.518	1.444	1.393

**Vergleich neue Länder zu früherem Bundesgebiet**

5%	92%	100%	101%	102%
10%	88%	96%	105%	104%
25%	85%	97%	102%	103%
50%	81%	94%	100%	96%
75%	75%	88%	94%	95%
90%	71%	78%	85%	96%
95%	69%	73%	82%	96%

**Lesebeispiel (Kategorie überwiegender Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern):** 5% der Haushalte in den neuen Ländern, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit finanzieren, verfügen über ein standardisiertes Haushaltsnettoeinkommen von höchstens 747 €/Monat (Zeile 1), 95% der Haushalte in den neuen Ländern, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit finanzieren, verfügen über ein standardisiertes Haushaltsnettoeinkommen von höchstens 2.641 €/Monat bzw. verfügen die 5% einkommensstärksten Haushalte über ein standardisiertes Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 2.641 €/Monat (Zeile 7). Im Vergleich zum früherem Bundesgebiet verfügen die 5% ärmsten Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern über 92% des standardisierten Haushaltsnettoeinkommens der entsprechenden Haushalte im früheren Bundesgebiet (Zeile 8), die 5% reichsten Haushalte über 69% des standardisierten Haushaltsnettoeinkommens der entsprechenden Haushalte im früheren Bundesgebiet

**Anmerkung:** Fallzahlen für Thüringen zu gering.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

**empirica**

*Seniorenhaushalte haben in Thüringen höhere Rentenansprüche.* Die durchschnittliche Anzahl Versicherungsjahre liegt in den neuen Ländern deutlich höher als im früheren Bundesgebiet: bei Männern macht dies etwa +10% aus, bei Frauen sogar +50% (vgl. Abschnitt III.6.3).<sup>28</sup> In der Folge liegen die öffentlichen Transfers der Rentnerhaushalte in Thüringen mit rund 1.400 € monatlich knapp 40 € über dem Mittelwert im früheren Bundesgebiet. Allerdings sind diese Rentnerhaushalte auch stärker auf diese öffentlichen Transfers angewiesen, die im Mittel 89% des gesamten Bruttoeinkommens bestreiten. Demgegenüber liegt die Quote öffentlicher Transfers im früheren Bundesgebiet 17 Prozentpunkte niedriger: dort erhalten die Rentnerhaushalte neben den GRV-Renten viel öfter weitere Zahlungen von privaten Rentenversicherungen (priv. Transfers) und weil sie öfter Wohneigentümer sind sparen sich viele auch die Mietzahlungen. Zusammen mit anderen Vermögenseinnahmen erhöhen diese fiktiven Mieteinnahmen das verfügbare Einkommen um durchschnittlich 394 €/Monat, aber nur um 132 €/Monat in Thüringen. Zukünftig dürften sich diese Relationen allerdings verändern. Diese Veränderungen wirken sich teils zugunsten der Haushalte in Thüringen aus, weil sie immer öfter bis zur Rente Wohneigentümer sind, teils aber auch zuungunsten der Thüringer, weil zukünftige Rentnergenerationen hier durch Arbeitslosigkeit und Frührente weniger anrechenbare Versicherungsjahre aufweisen werden.

<sup>28</sup> Im Einzelnen betragen die mittleren monatlichen Zahlbeträge der gesetzlichen Rentenversicherung laut Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger zum 1. Juli 2001 in Thüringen bei Rente wegen Alters 789,77 € (darunter: Männer 1.043,49 €, Frauen 628,58 €). Neben den 532.685 Beziehern von Renten wegen Alters (darunter: 206.949 Männer, 325.736 Frauen) beziehen 195.518 Personen in Thüringen eine Rente wegen Todes (Witwen-, Witwer-, Waisen-, Erziehungsrente), deren durchschnittlicher Zahlbetrag bei Witwen monatlich 532,41 € beträgt und bei Witwern 203,39 €.

*Kaum Unterschiede in der Höhe öffentlicher Transferzahlungen an Arbeitslosenhaushalte.* Verwirrend scheint auf den ersten Blick zu sein, dass Arbeitslosenhaushalte in den neuen Ländern trotz niedrigerem Lohnniveau in etwa dieselben öffentlichen Transferzahlungen erhalten wie im früheren Bundesgebiet.<sup>29</sup> In diesen Zahlen spiegeln sich strukturelle Unterschiede wider: in 20% aller Arbeitslosenhaushalte der neuen Länder gegenüber 6% aller Arbeitslosenhaushalte im früheren Bundesgebiet bezieht mehr als eine Person Arbeitslosengeld oder -hilfe und außerdem beziehen Arbeitslosenhaushalte in den neuen Ländern neben den Zahlungen der Arbeitsförderung auch sonst mehr öffentliche Transfers. Trotz vergleichbarer Beträge bestreiten die öffentlichen Transfers bei Arbeitslosenhaushalten im früheren Bundesgebiet mit 75% gegenüber 84% in den neuen Ländern aber einen deutlich geringeren Anteil am Bruttoeinkommen. Dies wiederum resultiert insbesondere aus den höheren Vermögenseinnahmen.

*Sozialhilfeempfänger unterscheiden sich im Ost-West-Vergleich von allen Transferempfängern am wenigsten.* Mit knapp 1.500 € monatlich liegt der Mittelwert des Haushaltsbruttoeinkommens der Sozialhilfeempfänger in den neuen Ländern etwas höher als im früheren Bundesgebiet. Die Repräsentativität der Sozialhilfeempfänger wird in den EVS-Daten allerdings nur eingeschränkt gewährleistet. Deswegen wird in Tabelle 15 auch die größere Gruppe der Haushalte mit Sozialhilfe- oder Wohngeldbezug betrachtet.<sup>30</sup> Gleichwohl zeigen sich auch dann kaum Unterschiede im Haushaltsbruttoeinkommen. Die öffentlichen Transfers sind in den neuen Ländern jeweils etwas kleiner als im früheren Bundesgebiet. Diese Lücke wird jedoch weitgehend durch etwas höhere Erwerbseinkommen kompensiert, die zusätzlich erwirtschaftet werden. Im Unterschied zu den Arbeitslosen- und Rentenerhaushalten ergibt sich damit für die Sozialhilfeempfänger im früheren Bundesgebiet kein signifikanter Einkommensvorsprung.

**Tabelle 17: Einkommenszusammensetzung bei Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern 1998**

	Sozialhilfeempfänger		SH/WoG-Empfänger		alle Haushalte	
	Früheres Bundesgebiet €/Monat	Neue Länder €/Monat	Früheres Bundesgebiet €/Monat	Neue Länder €/Monat	Früheres Bundesgebiet €/Monat	Neue Länder €/Monat
<b>Bruttoerwerbseinkommen aus...</b>						
abh. Besch. 1. Person im HH	298	451	399	432	1.499	1.034
abh. Besch. 2. Person im HH	24	68	48	60	311	341
weitere Pers. und selbst. Arbeit	34	25	69	49	307	157
<b>Summe Erwerbseinkommen</b>	<b>357</b>	<b>544</b>	<b>515</b>	<b>541</b>	<b>2.117</b>	<b>1.532</b>
<b>Nicht-Erwerbseinkommen aus...</b>						
Vermögen (incl. Mietwert)	40	39	84	72	437	176
öffentl. Transferzahlungen	847	807	768	743	747	820
priv. Transferzahlungen	75	74	103	73	193	90
<b>Summe Nicht-Erwerbseink.</b>	<b>963</b>	<b>920</b>	<b>955</b>	<b>888</b>	<b>1.377</b>	<b>1.086</b>
<b>Haushaltsbruttoeinkommen</b>	<b>1.319</b>	<b>1.464</b>	<b>1.470</b>	<b>1.429</b>	<b>3.494</b>	<b>2.618</b>
<i>nachrichtl.: Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen</i>						
Anteil Erwerbseinkommen	27%	37%	35%	38%	61%	59%
Anteil Vermögenseinnahmen	3%	3%	6%	5%	13%	7%
Anteil öff. Transfers	64%	55%	52%	52%	21%	31%
Anteil priv. Transfers	6%	5%	7%	5%	6%	3%
<b>Summe</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<i>nachrichtl.: Anteile am Nicht-Erwerbseinkommen</i>						
Anteil Vermögenseinnahmen	4%	4%	9%	8%	32%	16%
Anteil öff. Transfers	88%	88%	80%	84%	54%	76%
Anteil priv. Transfers	8%	8%	11%	8%	14%	8%
<b>Summe</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<i>nachrichtl.</i>						
Anteil Haushalte	3%	3%	7%	14%	100%	100%

**Definition:** Sozialhilfeempfänger = Haushalte, die mindestens einmal im Jahr Sozialhilfe bezogen haben; SH-/WoG-Empfänger = Haushalte, die mindestens einmal im Jahr Sozialhilfe oder Wohngeld bezogen haben.

**Anmerkung:** Fallzahlen für Thüringen zu gering.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

<sup>29</sup> Eine Analyse speziell für Haushalte in Thüringen ist aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich.

<sup>30</sup> Aufgrund der geringen Fallzahlen ist aber auch dann eine Analyse speziell für Haushalte in Thüringen noch nicht möglich.

### 4.1.3 Einkommensentwicklung

*Einkommenssteigerungen in Thüringen höher als im früheren Bundesgebiet.* Nominal sind die Haushaltsnettoeinkommen in Thüringen zwischen 1993 und 1998 um durchschnittlich 25% oder knapp 400 €/Monat auf 1.992 €/Monat gestiegen (vgl. Tabelle 18, Spalte 7). Rechnet man die Inflation heraus, ergibt sich immer noch eine reale Steigerung von 12%; zum Vergleich: mit -2% sind die Realeinkommen im früheren Bundesgebiet im selben Zeitraum sogar geschrumpft. Bereinigt um Haushaltsgrößeneffekte (vgl. Spalte 8) ergibt sich für das frühere Bundesgebiet immerhin noch ein realer Anstieg um 1% in fünf Jahren, in Thüringen 10%.

**Tabelle 18: Zeitliche Entwicklung einzelner Einkommensaggregate 1993–98**

	Komponenten des Haushaltsbruttoeinkommens						Haushaltsnettoeinkommen	
	abhängiger Beschäftigung €/Monat 1	selbständiger Arbeit €/Monat 2	Vermögens- einnahmen €/Monat 3	öffentliche Transfers €/Monat 4	private Transfers €/Monat 5	Summe €/Monat 6=1+2+3+4+5	nominal €/Monat 7	Äquivalenz- einkommen €/Monat 8
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
<b>alle Haushalte</b>								
1993	1.767	318	369	585	68	3.107	2.325	1.497
1998	1.865	252	437	747	154	3.455	2.483	1.640
Veränderung								
nominal	6%	-21%	18%	28%	125%	11%	7%	10%
real*	-3%	-27%	9%	17%	107%	2%	-2%	1%
<b>Erwerbstätige</b>								
1993	2.869	509	400	151	30	3.959	2.824	1.725
1998	3.039	409	466	317	135	4.366	2.981	1.848
Veränderung								
nominal	6%	-20%	17%	110%	356%	10%	6%	7%
real*	-3%	-26%	7%	93%	319%	1%	-3%	-1%
<b>Rentner</b>								
1993	177	39	331	1.175	84	1.806	1.520	1.155
1998	64	14	394	1.323	145	1.940	1.604	1.270
Veränderung								
nominal	-64%	-64%	19%	13%	73%	7%	6%	10%
real*	-67%	-67%	9%	4%	59%	-1%	-3%	1%
<b>Arbeitslose</b>								
1993	294	43	205	899	34	1.474	1.293	845
1998	197	18	229	1.011	116	1.571	1.384	959
Veränderung								
nominal	-33%	-59%	12%	13%	246%	7%	7%	13%
real*	-38%	-62%	3%	4%	219%	-2%	-2%	4%
<b>Thüringen</b>								
<b>alle Haushalte</b>								
1993	1.111	115	105	635	19	1.985	1.599	1.017
1998	1.437	122	211	803	74	2.648	1.992	1.248
Veränderung								
nominal	29%	6%	101%	27%	293%	33%	25%	23%
real*	16%	-4%	80%	14%	254%	20%	12%	10%
<b>Erwerbstätige</b>								
1993	2.026	209	124	281	14	2.655	2.007	1.178
1998	2.518	212	260	426	93	3.510	2.460	1.422
Veränderung								
nominal	24%	1%	110%	51%	570%	32%	23%	21%
real*	12%	-9%	89%	36%	503%	19%	10%	9%
<b>Rentner</b>								
1993	35	9	90	1.071	12	1.218	1.108	871
1998	48	5	132	1.361	28	1.575	1.400	1.058
Veränderung								
nominal	38%	-48%	46%	27%	131%	29%	26%	21%
real*	24%	-54%	31%	14%	108%	16%	14%	9%
<b>Arbeitslose</b>								
1993	315	31	68	818	59	1.291	1.186	764
1998	92	17	233	1.049	89	1.480	1.349	914
Veränderung								
nominal	-71%	-44%	244%	28%	51%	15%	14%	20%
real*	-74%	-50%	209%	15%	36%	3%	2%	7%

\*reale Veränderung = inflationsbereinigte Veränderung; die Inflationsrate im Zeitraum 1993 bis 1998 betrug im früheren Bundesgebiet 8,7% und in den neuen Ländern 11,2%.

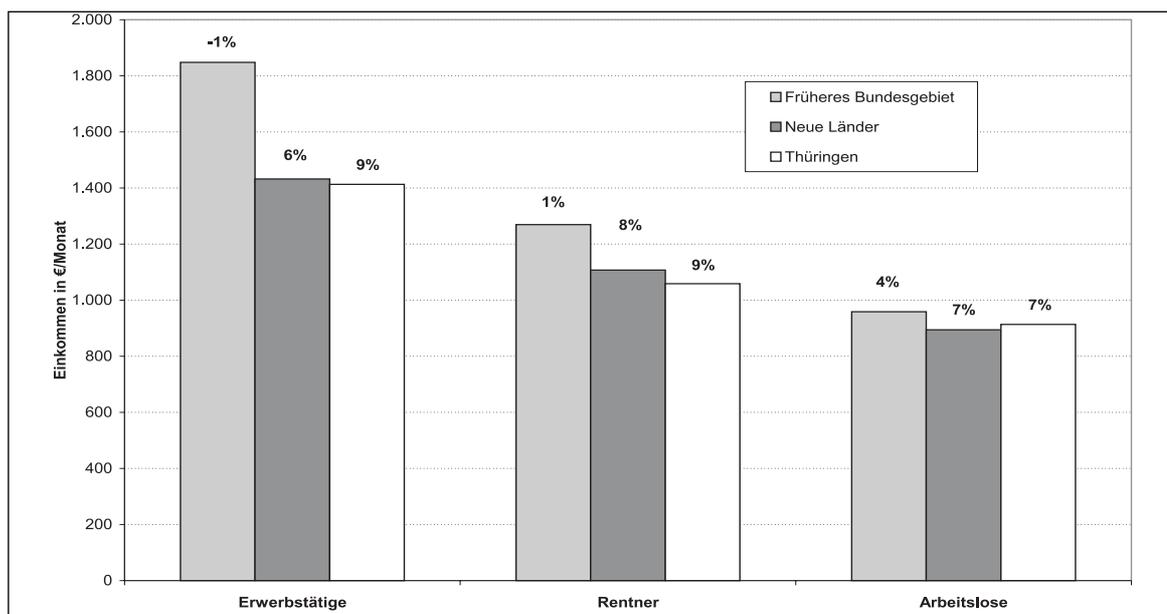
**Lesebeispiel (Kategorie Einkommen aus abhängiger Beschäftigung, früheres Bundesgebiet, alle Haushalte):** im Jahr 1993 haben die Haushalte im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 1.767 €/Monat brutto durch abhängige Beschäftigung erwirtschaftet; im Jahr 1998 ist diese Einkommenskomponente auf 1.865 €/Monat angestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 6% in 5 Jahren. Nach Abzug der Inflation haben die Haushalte real aber 3% weniger erwirtschaftet.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

Insbesondere die Sozialtransfers trugen zur Einkommenserhöhung bei. Die größten Beiträge zur Erhöhung der Haushaltseinkommen lieferten in Thüringen die Erwerbseinkommen aus abhängiger Beschäftigung mit einem Anstieg um 325 €/Monat, gefolgt vom Anstieg der öffentlichen Transfers in Höhe von 169 €/Monat. Hinter den höheren Transfereinkommen verbergen sich verschiedene Effekte: einmal die mit höherer Arbeitslosigkeit einhergehenden Leistungen der Arbeitsförderung, aber auch die steigenden Leistungen der Rentenversicherung durch Frühverrentung und durch eine Zunahme der Rentnerhaushalte.

Abbildung 37: Entwicklung der Äquivalenzeinkommen 1993–1998

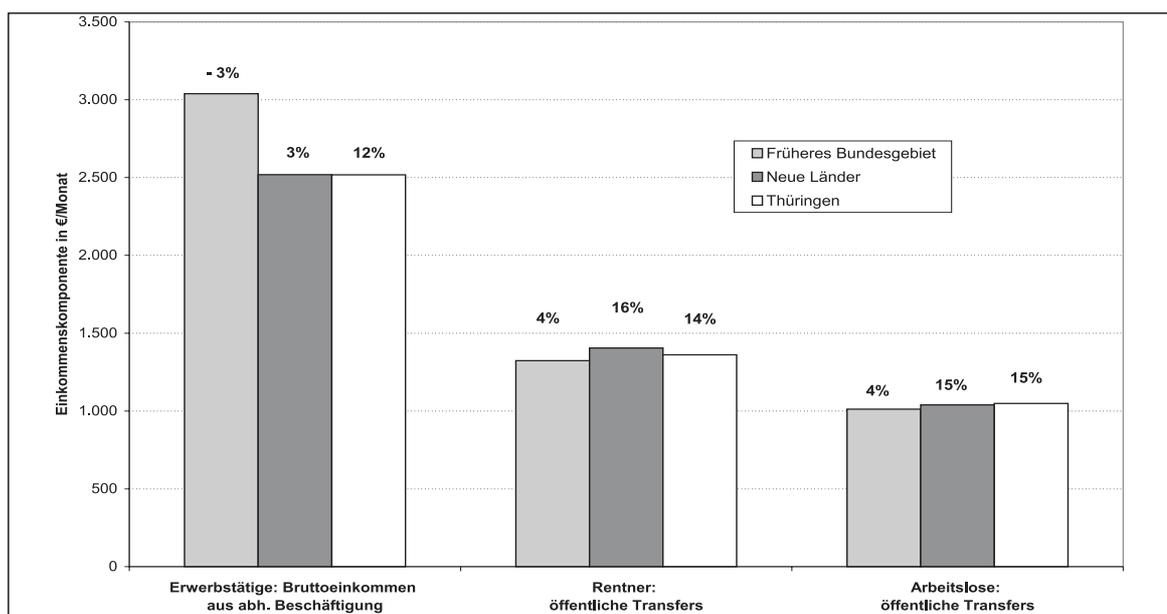


**Anmerkung:** Prozentangaben = reale Veränderung 1993-98; reale Veränderung = inflationsbereinigte Veränderung; die Inflationsrate im Zeitraum 1993 bis 1998 betrug im früheren Bundesgebiet 8,7% und in den neuen Ländern 11,2%.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

Abbildung 38: Entwicklung der Haupteinkommenskomponenten 1993–1998 Hier: nominales Bruttoeinkommen



**Anmerkung:** Prozentangaben = reale Veränderung 1993-98; reale Veränderung = inflationsbereinigte Veränderung; die Inflationsrate im Zeitraum 1993 bis 1998 betrug im früheren Bundesgebiet 8,7% und in den neuen Ländern 11,2%.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

*Deutlich steigende Erwerbseinkommen und Vermögenseinnahmen bei den Erwerbstätigen.* Konzentriert man sich allein auf die Erwerbstätigenhaushalte<sup>31</sup>, dann werden transferbedingte Einkommenssteigerungen in den neuen Ländern weitgehend herausgefiltert. Demzufolge fällt bei dieser Gruppe der Anstieg der Erwerbseinkommen mit fast 500 €/Monat sehr hoch aus und beeinflusst damit ganz erheblich die Entwicklung des gesamten Haushaltseinkommens (vgl. Tabelle 18, Spalte 1). Die Vermögenseinnahmen der Haushalte in Thüringen haben sich innerhalb des betrachteten Fünfjahreszeitraums mehr als verdoppelt (vgl. Spalte 3). Dies spiegelt insbesondere die höhere Wohneigentumsquote unter den jungen Erwerbstätigen wieder. Die enorme Erhöhung der privaten Transfers ergeben sich vorwiegend aus Versicherungsleistungen (Haftpflicht-, Lebensversicherungen etc.).

*Vergleichbare GRV-Bezüge der Rentner in Thüringen und im früheren Bundesgebiet.* Im Unterschied zu den Erwerbstätigenhaushalten können die Rentnerhaushalte in Thüringen<sup>32</sup> überdurchschnittliche prozentuale Steigerungen ihres Nettoeinkommens verbuchen. Mit einem mittleren Zuwachs von rund 300 €/Monat ergibt sich nur absolut betrachtet ein geringerer Anstieg als bei den Erwerbstätigenhaushalten. Damit beziehen Rentnerhaushalte in Thüringen mittlerweile eher höhere öffentliche Transfers als im früheren Bundesgebiet (vgl. Abbildung 38).

*Reale Einkommenseinbußen bei Arbeitslosenhaushalten durch steigende Langzeitarbeitslosigkeit.* Die prozentuale Entwicklung der Äquivalenzeinkommen von Arbeitslosenhaushalten liegt nur unwesentlich unterhalb dem landesweiten Durchschnitt von 23% (vgl. Tabelle 18). Allerdings sind die Haushaltsnettoeinkommen mit 14% nominal deutlich weniger gestiegen, inflationsbereinigt sogar nur um 2%. Während die Erwerbseinkommen der Arbeitslosenhaushalte im Jahr 1993 noch knapp ein Viertel ausmachten, ist der Beitrag dieser Komponente mittlerweile auf deutlich unter zehn Prozent geschrumpft. Da die EVS Jahreseinkommen erfasst, die an dieser Stelle nachträglich in Monateinkommen umgerechnet wurden, lässt dies den Schluss zu, dass 1993 weniger Haushalte das ganze Jahr arbeitslos waren. Der absolute Rückgang des Erwerbseinkommens entspricht im Mittel ziemlich genau dem absoluten Anstieg der öffentlichen Transfers.

### **Einkommensentwicklung verschiedener Geburtsjahrgänge**

*Kräftige Einkommenssteigerungen insbesondere bei jungen Haushalten.* Die Bruttoerwerbseinkommen aus abhängiger Beschäftigung sind bei den Haushalten in den neuen Ländern zwischen 1993 und 1998 um nominal 12% gestiegen. Davon profitierten jedoch nicht alle Altersklassen gleichmäßig. Während die Haushalte mit jüngerer Bezugsperson sehr hohe Zuwächse verzeichnen konnten (z.B. 26% beim Geburtsjahrgang 1964-68), lagen die in den 50er Jahren Geborenen eher im Mittelfeld (vgl. Abbildung 39: je steiler die Linien, desto höher die Einkommenssteigerungen). Ältere Haushaltsvorstände mussten sogar Rückgänge hinnehmen, wobei dies auf eine geringere Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist.<sup>33</sup> Im früheren Bundesgebiet liegt das Einkommen nachfolgender Geburtsjahrgänge in denselben Altersklassen meist niedriger als bei den Vorgängern (vgl. Abbildung 39). Das liegt daran, dass nachfolgende Geburtsjahrgänge öfter Alleinlebende sind bzw. seltener Kinder im Haushalt haben. In kleineren Haushalten sind aber die Chancen geringer, dass mehrere Haushaltsmitglieder erwerbstätig sind; deswegen beziehen sie meist geringere Erwerbseinkommen.<sup>34</sup> Diese demographischen Entwicklungen finden auch in den neuen Ländern statt. Wenn die Einkommen nachfolgender Geburtskohorten dort trotzdem höher liegen, dann reflektiert dies in erster Linie den steigenden Wohlstand der ostdeutschen Erwerbstätigen.

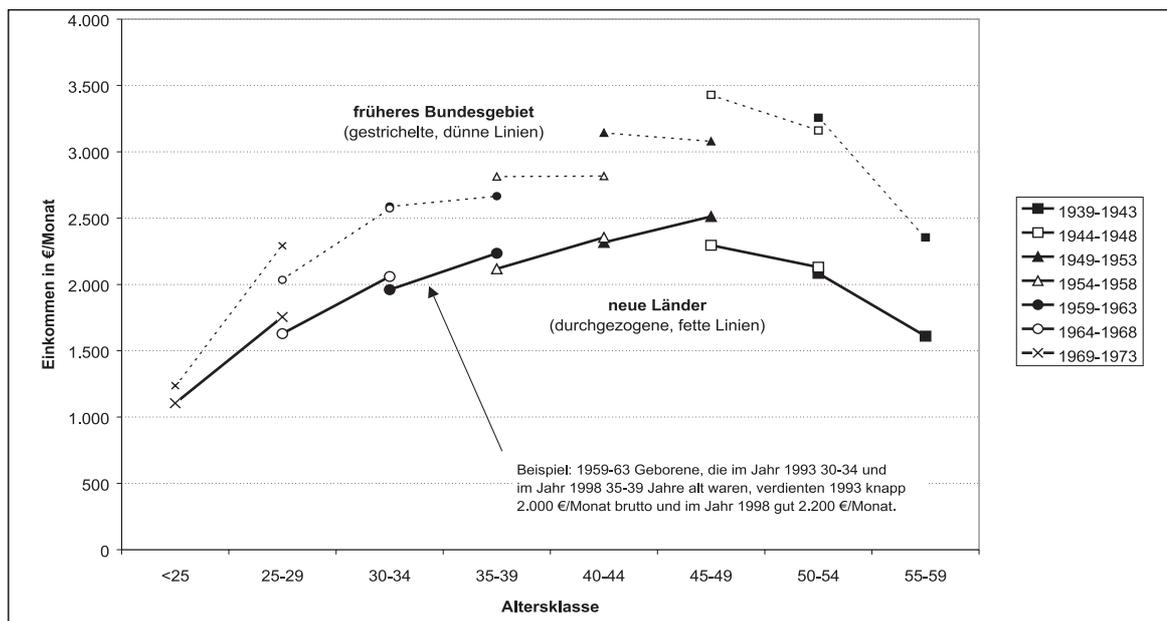
<sup>31</sup> Def.: Haushaltsvorstand bestreitet seinen Lebensunterhalt nach eigenen Angaben überwiegend aus Einkommen durch Erwerbstätigkeit.

<sup>32</sup> Def.: Haushaltsvorstand bestreitet seinen Lebensunterhalt nach eigenen Angaben überwiegend aus GRV-Renten.

<sup>33</sup> Insbesondere auf das Ausscheiden von Lebenspartnern des Haushaltsvorstandes aus dem Erwerbsleben, denn es werden Erwerbseinkommen von Haushalten und nicht Lohneinkommen einzelner Personen betrachtet.

<sup>34</sup> Hier macht sich wieder bemerkbar, dass in Abbildung 39 Haushalte und nicht Personen betrachtet werden.

**Abbildung 39: Entwicklung der Bruttoerwerbseinkommen aus abhängiger Beschäftigung im Haushalt verschiedener Geburtsjahrgänge zwischen 1993 und 1998**



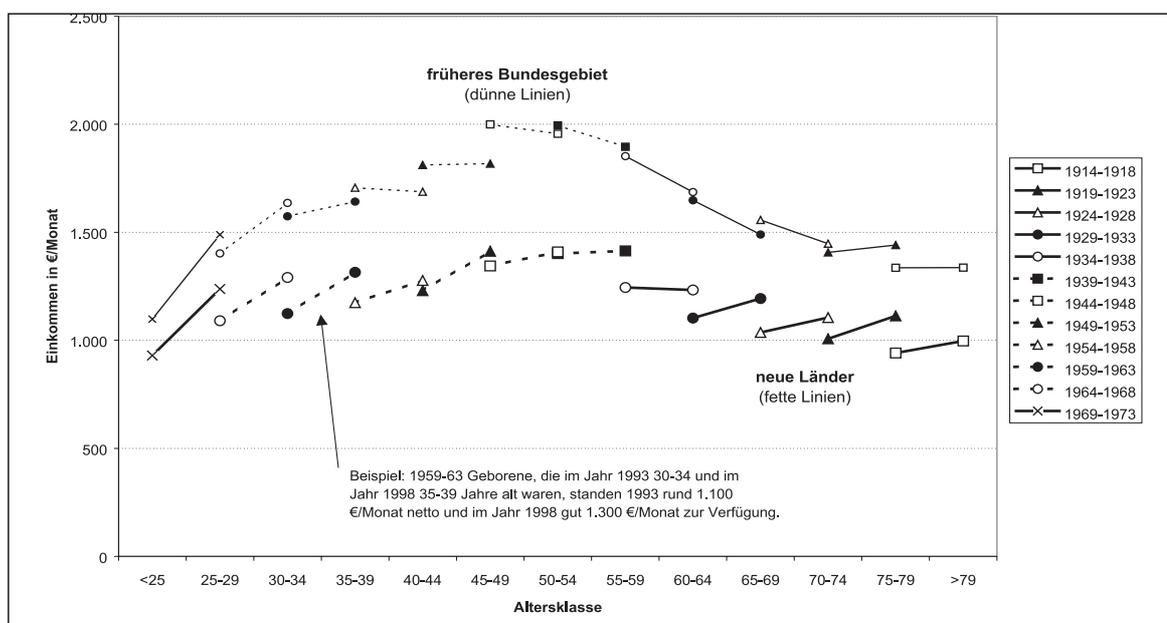
**Anmerkung:** Jeder Geburtsjahrgang (s. Legende) wird zweimal beobachtet: 1993 und 1998. Im Jahr 1998 sind dann alle Jahrgänge 5 Jahre älter als im Jahr 1993.

**Lesebeispiel (Geburtsjahrgang 1954-58, neue Länder):** Haushalte in den neuen Ländern, deren Bezugsperson zwischen 1954 und 1958 geboren wurde (fette Linie mit weißen Dreiecken), waren im Jahr 1993 35 bis 39 Jahre alt und haben im Durchschnitt ein Bruttoerwerbseinkommen von rund 2.100 €/Monat erwirtschaftet. Fünf Jahre später, im Jahr 1998, waren diese Personen 40 bis 44 Jahre alt und erwirtschafteten ein Bruttoerwerbseinkommen von knapp 2.400 €/Monat.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

**Abbildung 40: Entwicklung der Äquivalenzeinkommen im Haushalt verschiedener Geburtsjahrgänge zwischen 1993 und 1998**



**Anmerkung:** Jeder Geburtsjahrgang (s. Legende) wird zweimal beobachtet: 1993 und 1998. Im Jahr 1998 sind dann alle Jahrgänge 5 Jahre älter als im Jahr 1993.

**Lesebeispiel (Geburtsjahrgang 1954-58, neue Länder):** Haushalte in den neuen Ländern, deren Bezugsperson zwischen 1954 und 1958 geboren wurde (fette Linie mit weißen Dreiecken), waren im Jahr 1993 35 bis 39 Jahre alt; ihnen stand im Durchschnitt ein Äquivalenzeinkommen von knapp 1.200 €/Monat zur Verfügung. Fünf Jahre später, im Jahr 1998, waren diese Personen 40 bis 44 Jahre alt und konnten über ein Äquivalenzeinkommen von fast 1.300 €/Monat verfügen.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

*Insbesondere junge Familien und Rentner profitierten in den 90er Jahren von überdurchschnittlichen Einkommenssteigerungen.* Im früheren Bundesgebiet steigen die Äquivalenzeinkommen der jungen Haushalte zunächst deutlich an, erreichen um ein Alter von Mitte 40 Jahren ein Maximum und flachen danach wieder ab (vgl. Abbildung 40). Der Anstieg bei den Haushalten mit junger, unter 30-jähriger Bezugsperson steht dabei ganz im Zeichen von Beförderungen und dem Eintritt gut verdienender Hochschulabsolventen in den Arbeitsmarkt. Bei den 30- bis 45-Jährigen stehen eventuellen Einkommenssteigerungen jedoch Haushaltszuwächse entgegen, so dass das hier betrachtete Äquivalenzeinkommen trotz Lohnerhöhungen nicht mehr signifikant ansteigt. Durch das Ausscheiden einzelner Haushaltsmitglieder aus dem Haushalt (Auszug der Kinder) oder aus dem Erwerbsleben fallen schließlich die Äquivalenzeinkommen bei den Haushalten mit über 55-jähriger Bezugsperson sogar. Die Einkommen noch älterer Haushalte sinken mit zunehmendem Alter weiter ab, weil sich durch den Tod des Lebenspartners die verbleibenden Renten-/Pensionsansprüche vermindern. Bei der Betrachtung von Äquivalenzeinkommen wird dieser Effekt aber durch die Haushaltsverkleinerungen und damit durch die geringere standardisierte Personenzahl im Haushalt teilweise kompensiert.<sup>35</sup> In den neuen Ländern herrschen grundsätzlich dieselben Lebenszyklusstrukturen wie im früheren Bundesgebiet, die Strukturen werden jedoch durch spezifische Übergangseffekte, so genannte Zeitpunkteffekte, verzerrt. Beispiele für solche Effekte sind die schnellen Renten- und Tariflohnanpassungen. In der Folge sind im Vergleich zum früheren Bundesgebiet zwischen 1993 und 1998 höhere Zuwächse der Äquivalenzeinkommen zu beobachten – in Abbildung 40 sind die Linien für Haushalte in den neuen Ländern steiler. Vor allem die 30- bis 45-Jährigen (jungen Familien) und die Rentner konnten sich deswegen in den 90er Jahren einer überdurchschnittlichen Verbesserung ihres Lebensstandards erfreuen.

#### 4.1.4 Bilanzierung von Steuerzahlungen und steuerfinanzierten Transfers

Die Einkommenszusammensetzung der deutschen Haushalte hat sich in den letzten Jahren verändert. Insbesondere die älteren Haushalte beziehen immer mehr Vermögenseinnahmen (vgl. Abschnitt III.4.1.2), für eine zunehmende Anzahl Langzeitarbeitsloser schwinden die Chancen für ein auskömmliches Erwerbseinkommen. Junge Familien schließlich müssen erhebliche Doppelbelastungen tragen, wenn beide Lebenspartner neben der Kindererziehung einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen. Der Staat versucht den betroffenen zu helfen und drohende Armut durch Sozialtransfers zu beseitigen. Die Vielzahl der Transferprogramme führt jedoch immer mehr dazu, dass dieselben Haushalte gleichzeitig Steuerzahler und Transferempfänger sind. Eine empirische Analyse der Transfereinkommen verschiedener Haushaltstypen kann zeigen, wer tatsächlich die „Gewinner“ und „Verlierer“ dieser vertikalen Umverteilung sind. Dazu werden nur die steuerfinanzierten Transfers betrachtet, da diese Leistungen aus der Gesamtheit der Steuerzahlungen zwangsweise finanziert werden und primär der Armutsbekämpfung im Sinne einer vertikalen Umverteilung dienen. Im Unterschied dazu dienen beitragsfinanzierte Transfers (Arbeitslosengeld sowie Leistungen der Kranken-, Renten-, Pflege- und Unfallversicherungen) nicht primär der vertikalen Umverteilung, sondern streben als Sozialversicherungen in erster Linie einen interpersonellen Risikoausgleich zwischen „Glücklichen“ und „Unglücklichen“<sup>36</sup> sowie eine intergenerationale Umverteilung zwischen Jungen und Alten an.

*Kaum steuerfinanzierte Sozialtransfers für Senioren.* Die gesetzliche Rentenversicherung garantiert den allermeisten Senioren (noch) einen angemessenen Lebensstandard. In der Folge spielen steuerfinanzierte Transfers bei den über 65-Jährigen nur eine vernachlässigbare Rolle. Ganz im Gegenteil zahlen im früheren Bundesgebiet einige Haushalte im Rentenalter sogar noch Steuern – im Mittel rund 50 € im Monat bei den über 70-Jährigen (vgl. Abbildung 41).

<sup>35</sup> Die Haushaltseinkommen einzelner Haushaltstypen sind im *Altersquerschnitt* deswegen nahezu konstant und steigen bei einer Betrachtung einzelner Pseudokohorten im *Alterslängsschnitt* sogar an (vgl. Braun, 2000). Dieses Phänomen lässt sich hauptsächlich mit dem Überleben der Spitzenverdiener erklären. Der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang ist dabei nicht eindeutig. Einerseits verdienen kranke Haushalte zunächst weniger. Wenn diese aufgrund ihrer Krankheit dann früher sterben, steigt das mittlere Einkommen der übrigen Haushalte an. Andererseits kann die These aufgestellt werden, dass Haushalte mit höheren, ehemaligen Erwerbseinkommen eine körperlich und gesundheitlich weniger anstrengende Arbeit verrichtet haben und deswegen länger leben und den Mittelwert des Einkommens der 'alten' Alten nach oben ziehen.

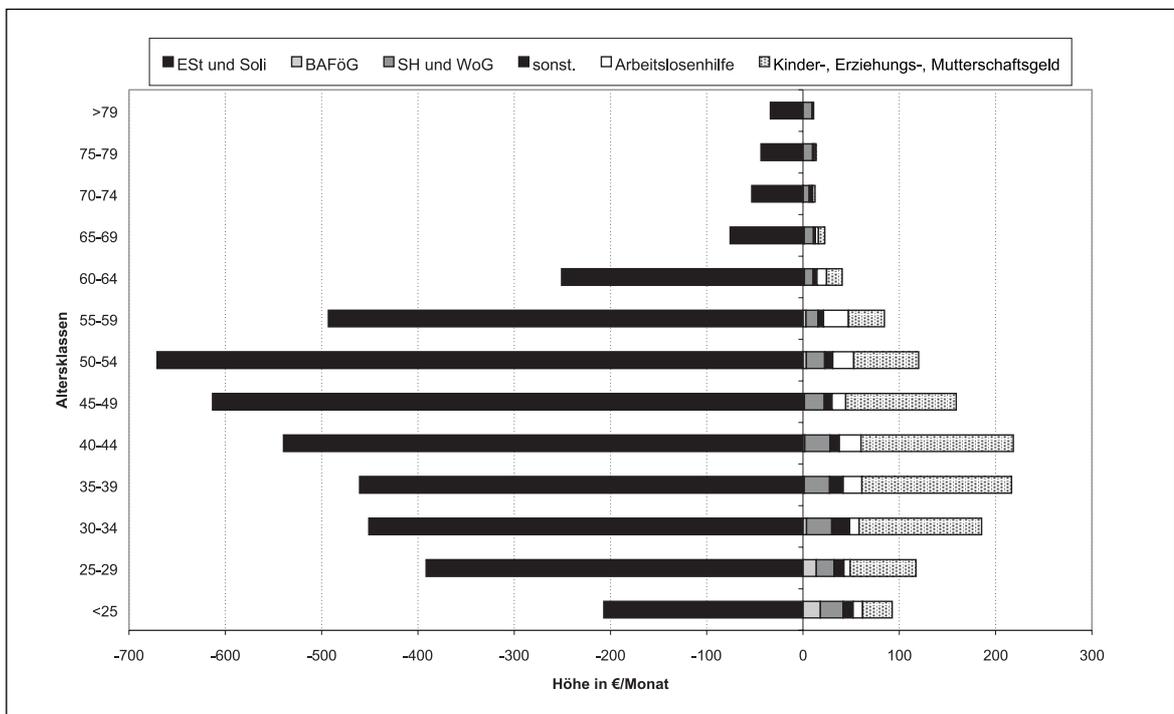
<sup>36</sup> Die „Unglücklichen“ sind dabei die Arbeitslosen sowie die Kranken, die Pflegebedürftigen und die Unfallopfer.

„Klassische“ Umverteilungsinstrumente verlieren wegen steigenden Verdienstmöglichkeiten mit zunehmendem Alter an Bedeutung. BAFöG,<sup>37</sup> Sozialhilfe und Wohngeld stellen die klassischen Transfers an Geringverdiener dar. Folglich scheint es sehr plausibel, dass die mittlere Summe dieser Transfers – parallel mit der Zunahme der Erwerbseinkommen bzw. der Einkommensteuerzahlungen – im Lebenszyklus mit zunehmendem Alter schrumpft. Während ein Haushalt mit unter 25-jähriger Bezugsperson aus den neuen Ländern aus diesen Töpfen im Mittel noch 80 € erhält, summieren sich diese Zahlungen bei einem Haushalt mit 40- bis 44-jähriger Bezugsperson mit 42 € nur noch auf etwa die Hälfte und bei einem 50-bis 54-jährigen mit 29 € auf ein gutes Drittel.<sup>38</sup> Im früheren Bundesgebiet sind dieselben Strukturen auf niedrigerem Niveau zu beobachten, für Thüringen können aufgrund der geringen Fallzahlen nur grobe Altersklassen analysiert werden.

Arbeitslosenhilfe gewinnt wegen steigender Langzeitarbeitslosigkeit mit zunehmendem Alter an Bedeutung. Im Unterschied zu BAFöG, Sozialhilfe und Wohngeld stellen langfristige Zahlungen im Rahmen der Arbeitslosenhilfe eine weniger „klassische“ Form der vertikalen Umverteilung dar. Vielmehr ist deren Bedeutung erst durch die aufkommende Langzeitarbeitslosigkeit der vergangenen beiden Jahrzehnte im früheren Bundesgebiet und speziell infolge der Wiedervereinigung in den neuen Ländern dramatisch angestiegen. Da der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger im Altersquerschnitt ansteigt – und vor allem im früheren Bundesgebiet die Arbeitslosenhilfeansprüche der älteren Arbeitslosen höher sind –, steigt der mittlere Arbeitslosenhilfetransfer bis zu den Mittfünfzigern deutlich an. In der Folge kompensieren die im Altersquerschnitt ansteigenden Transfers im Rahmen der Arbeitslosenhilfe vor allem in den neuen Ländern ziemlich genau die rückläufigen „klassischen“ Umverteilungstransfers. Im Ergebnis beträgt die mittlere Summe der Zahlungen aus den Kassen von BAFöG, Sozialhilfe, Wohngeld und Arbeitslosenhilfe bei allen Haushalten mit unter 60-jähriger Bezugsperson in Thüringen bzw. in den neuen Ländern rund 100 €/Monat, im früheren Bundesgebiet gut 50 €/Monat.

**Abbildung 41: Bilanzierung von Steuerzahlungen und steuerfinanzierten Transfers (ohne Sozialversicherungen) im Altersquerschnitt 1998**

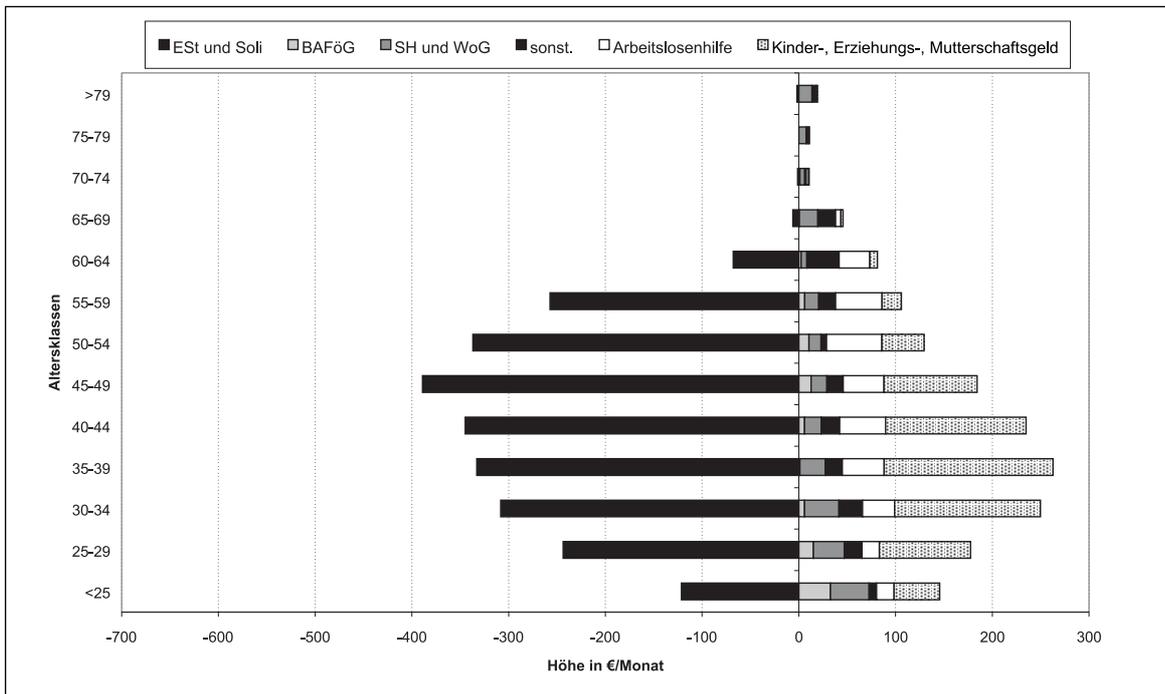
**Auswahl: Früheres Bundesgebiet**



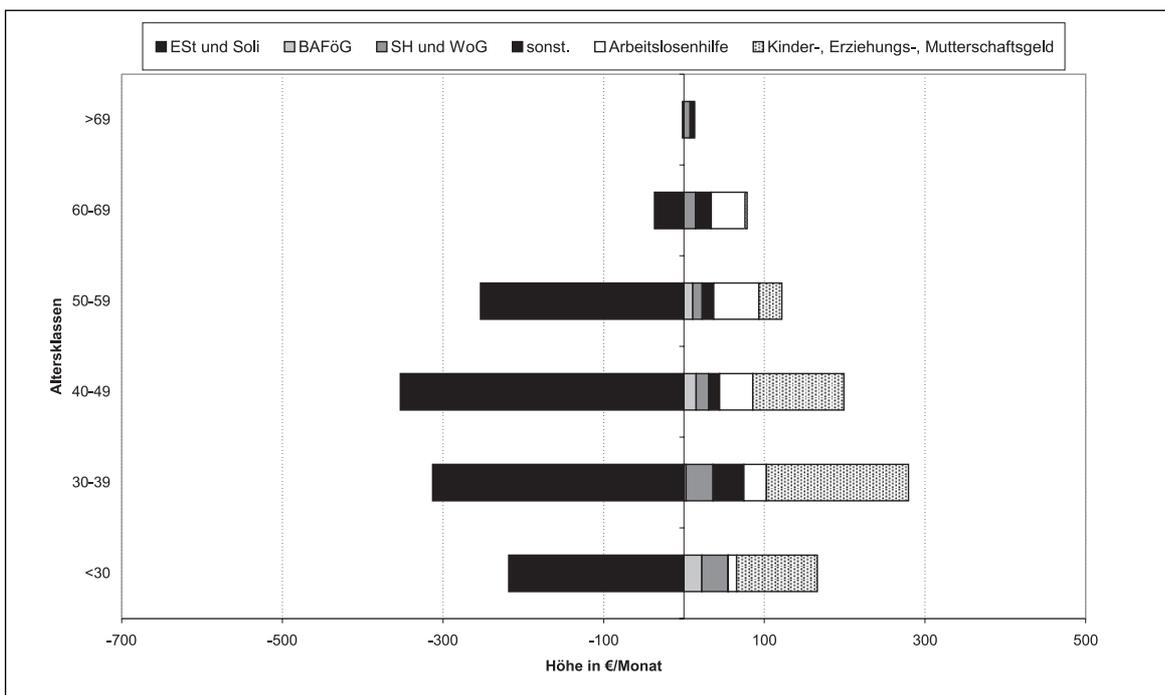
<sup>37</sup> Auch Haushalte mit über 30-jähriger Bezugsperson gehören zu den BAFöG-Beziehern, wenn z.B. studierende Kinder noch zuhause wohnen.

<sup>38</sup> Jeweils incl. sonstiger Übertragungen der Gebietskörperschaften.

**Auswahl: Neue Länder**



**Auswahl: Thüringen**



**Anmerkung:** aufgrund kleiner Fallzahlen können für Thüringen nur grobe Altersklassen betrachtet werden.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

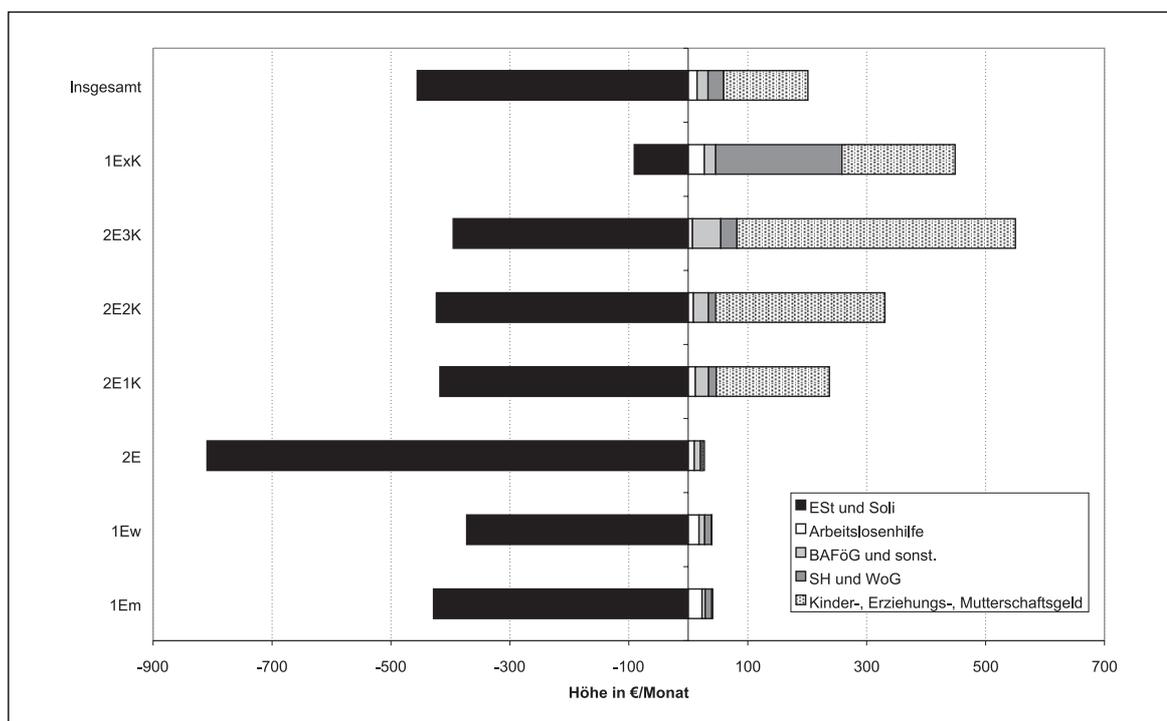
empirica

*Familientransfers konzentrieren sich bei den Erwerbstätigen mittleren Alters.* Neben den bis hierher betrachteten, vorwiegend bedarfsorientierten Zahlungen, wird die Liste der steuerfinanzierten Transfers durch die Familienförderung ergänzt. Dazu gehören Kinder-, Erziehungs- und Mutterschaftsgeld.<sup>39</sup> Die Familienförderung konzentriert sich per definitionem in den jüngeren Altersklassen der 30- bis 44-Jährigen. Im früheren

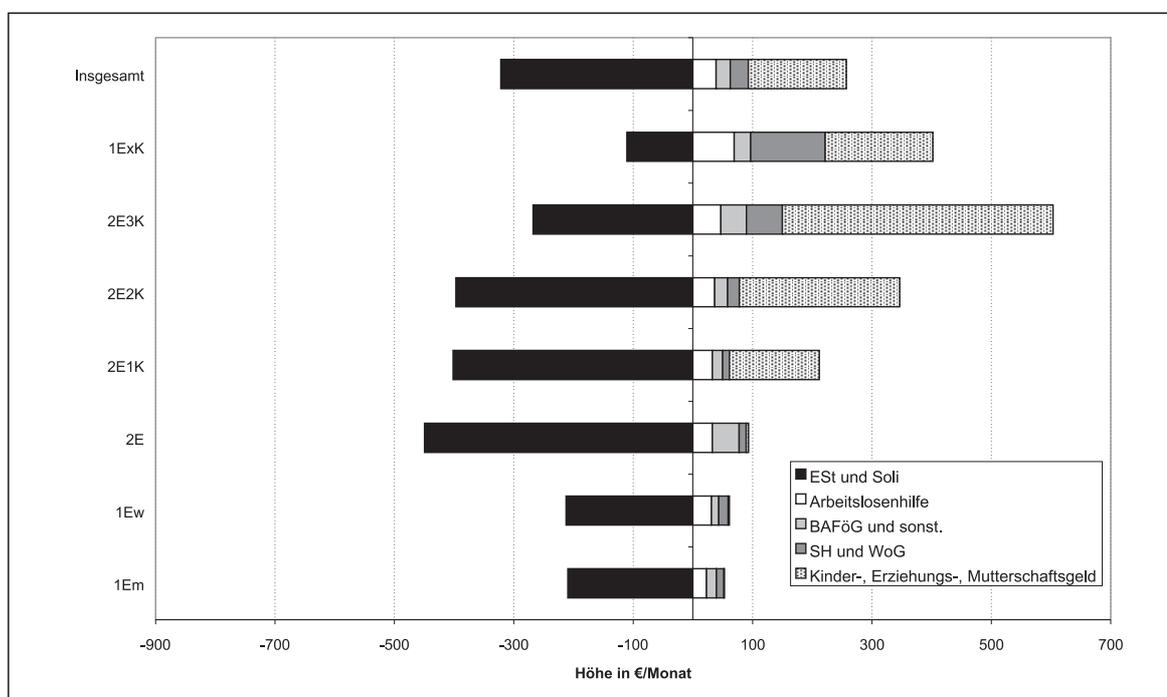
<sup>39</sup> Steuervorteile durch Kinderfreibeträge, Baukindergeld/Kinderzulage und das weniger treffsichere Ehegattensplitting können an dieser Stelle nicht betrachtet werden, da die notwendigen Informationen nicht zur Verfügung stehen.

**Abbildung 42: Bilanzierung von Steuerzahlungen und steuerfinanzierten Transfers (ohne Sozialversicherungen) bei 30- bis 39-jährigen Hausalten 1998**

**Auswahl: Früheres Bundesgebiet**



**Auswahl: neue Länder**



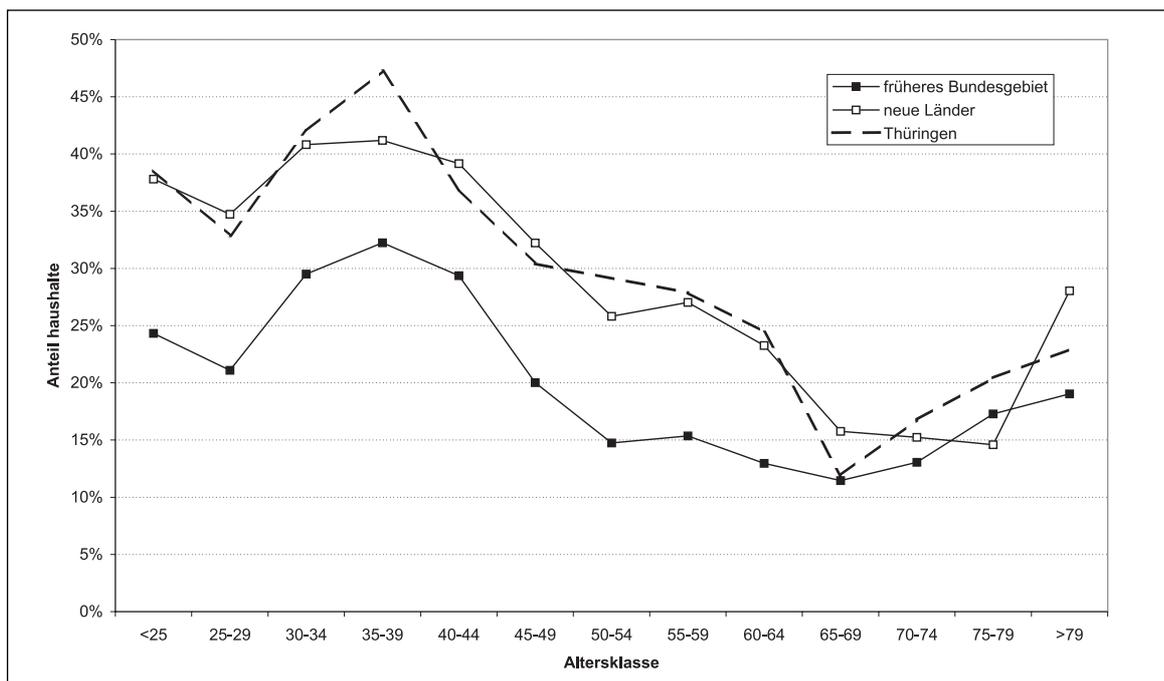
Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

Bundesgebiet übersteigen Familientransfers in dieser Lebensphase alle anderen steuerfinanzierten Transfers um mehr als das Doppelte. In den neuen Ländern dagegen sind die anderen Transferzahlungen so hoch, dass lediglich in der Altersklasse der 35- bis 39-jährigen die Familientransfers doppelt so hoch sind wie andere steuerfinanzierte Umverteilungen.

Alleinerziehende erzielen trotz überdurchschnittlicher Erwerbsbeteiligung offenbar kein ausreichendes Erwerbseinkommen. Eine spezielle Analyse der Haushalte mit jungen, 30- bis 39-jährigen Bezugspersonen belegt, dass Familien am stärksten von staatlichen Transferleistungen profitieren (vgl. Abbildung 42). Während Alleinlebende im Mittel die geringsten Sozialtransfers beziehen, steigen die Beträge bei den Familien in den neuen Ländern mit zunehmender Kinderzahl an.<sup>40</sup> Im Unterschied zu den Paaren mit Kindern erhalten Alleinerziehende überdurchschnittlich hohe Transfers, insbesondere Sozialhilfe bzw. Wohngeld und Arbeitslosenhilfe. Offensichtlich sind Alleinerziehende trotz überdurchschnittlicher Erwerbsbeteiligung nicht in der Lage, ein Einkommen zu erzielen, das sie unabhängig macht von bedarfsorientierten Unterstützungen des Staates.

**Abbildung 43: Anteil der Nettotransferempfänger im Altersquerschnitt 1998**



**Definition:** Nettotransferempfänger = Haushalt, dessen Steuerzahlungen (Einkommensteuer incl. Solidaritätszuschlag) geringer sind als die steuerfinanzierten Transfers, die er erhält.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

In Thüringen gibt es gut 40% mehr Nettotransferempfänger als im früheren Bundesgebiet. In ganz Deutschland sind bei 22% aller Haushalte die steuerfinanzierten Transfers höher als die persönlichen Steuerzahlungen.<sup>41</sup> Diese Haushalte werden als Nettotransferempfänger bezeichnet. Dabei fällt im früheren Bundesgebiet mit 21% etwa jeder fünfte Haushalt in diese Kategorie, in Thüringen mit 29% dagegen fast jeder Dritte bzw. 42% mehr als im früheren Bundesgebiet. Die höchsten Quoten der Nettotransferempfänger sind bei den Haushalten mit 30- bis 39-jähriger Bezugsperson und damit bei den Familien zu finden (vgl. Abbildung 43). Haushalte mit über 50-jähriger Bezugsperson gehören dagegen sehr selten zu den Nettotransferempfängern.

<sup>40</sup> Die höheren Arbeitslosenhilfezahlungen an kinderreiche Familien in den neuen Ländern müssen im Zusammenhang mit der historisch bedingt höheren Erwerbsorientierung ostdeutscher Mütter gesehen werden (vgl. Kapitel III.3).

<sup>41</sup> Betrachtet werden Einkommensteuer inkl. Solidaritätszuschlag.

#### 4.1.5 Charakteristika der Einkommensstrukturen einer Übergangsgesellschaft

##### 4.1.5.1 Höhere Einkommensmobilität als im früheren Bundesgebiet – Armut geht vorüber

*Im Übergang zur Marktwirtschaft hohe Einkommensmobilität in der unteren Einkommensschicht.* Eine Analyse der Einkommensmobilität deutscher Haushalte ist im Rahmen der vorliegenden Daten leider nicht möglich. Dazu sind Paneldaten notwendig wie sie in Deutschland ausschließlich im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) in halbwegs ausreichender Form zur Verfügung stehen. Hanesch et al. (2000) haben die im SOEP erfassten Haushalte untersucht und stellten eine recht hohe Einkommensmobilität selbst bei den unteren Einkommensschichten fest (vgl. Tabelle 19). Dazu wurden alle Haushalte in fünf Klassen eingeteilt, wobei in der ersten Klasse die 20% einkommensschwächsten, in der zweiten Klasse die weniger einkommensschwachen usw. und in der obersten Klasse die 20% einkommensstärksten Haushalte eingeordnet wurden. Innerhalb von nur 12 Monaten hat dann mit 35% immerhin ein gutes Drittel der Haushalte aus der untersten Einkommensklasse – die einkommensärmsten 20% aller Haushalte – seine Position verbessert: die meisten davon (21%) sind zwar nur eine Klasse höher gestiegen, aber mehr als jeder zehnte aus der untersten Klasse hat einen Sprung um mindestens zwei Klassen in das dritte Quintil oder höher geschafft.

**Tabelle 19: Einkommensmobilität in Deutschland**

##### Einkommensschichtung... ...im Jahr 1998

	Oberstes Quintil	4. Quintil	3. Quintil	2. Quintil	Unterstes Quintil	Summe
<b>...im Jahr 1997</b>						
Oberstes Quintil	77%	15%	6%	1%	1%	100%
4. Quintil	16%	59%	17%	5%	3%	100%
3. Quintil	4%	20%	53%	17%	6%	100%
2. Quintil	2%	6%	22%	53%	18%	100%
Unterstes Quintil	1%	4%	9%	21%	65%	100%

**Lesebeispiel (erste Zeile):** 77% der Personen, die 1997 im obersten Quartil waren, befanden sich auch 1998 noch dort, die restlichen 23% aber in einem unteren Quartil (z.B. 15% nur noch im 4. Quartil).

**Quelle:** Hanesch et al. (2000)

**empirica**

*Am Ende der Umbruchphase rückläufige Einkommensmobilität.* Insbesondere für die neuen Länder stellen Hanesch et al. (2000) eine sehr ausgeprägte Einkommensdynamik fest. Zwar hat sich diese „bis Mitte der 90er Jahre erwartungsgemäß verringert, und der dauerhafte Verbleib im jeweiligen Quintil nimmt zu“, dennoch wird eine erstaunlich hohe Mobilität für das unterste Quintil konstatiert, „wo der dauerhafte Verbleib in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sogar zurückgeht“ (vgl. Tabelle 20). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Wagner und Krause (2001), wobei hier stärker die „Zunahme der Stabilität im unteren und mittleren Einkommensbereich“ und das gestiegene Risiko „aus einer höheren Einkommensposition permanent zurückzufallen“ betont wird.

*Auf- und Abstieg in der Einkommenshierarchie werden durch den Erwerbsstatus bestimmt.* Die größte Bedeutung für die Einkommensmobilität haben Änderungen der Erwerbskarrieren einzelner Haushaltsmitglieder, Änderungen beim Bezug von Transfers und Änderungen des haushaltsspezifischen Bedarfs. Analysen auf Basis des Niedrigeinkommenspanels (NIEP) zeigen, dass für eine verbesserte Einkommenssituation in erster Linie die „Ausweitung oder die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit relevant ist.“<sup>42</sup> Umgekehrt werden im Zeitablauf fallende Einkommen durch Wegfall von Bezügen aus einer Erwerbstätigkeit verursacht, die dann durch Sozialleistungen nicht vollständig kompensiert werden können.

<sup>42</sup> Vgl. Kortmann und Sopp (2001).

Tabelle 20: Einkommensdynamik in Deutschland

in den Jahren von ... – ... im x.ten Quintil	von der Bevölkerung waren...							
	...in den alten Bundesländern...				...in den neuen Ländern...			
	nie	1-2 mal	3-4 mal	insgesamt	nie	1-2 mal	3-4 mal	insgesamt
<b>1991–1994</b>								
Oberstes Quintil	69%	15%	17%	100%	66%	19%	15%	100%
4. Quintil	59%	28%	13%	100%	54%	38%	9%	100%
3. Quintil	56%	32%	11%	100%	49%	42%	9%	100%
2. Quintil	59%	30%	11%	100%	52%	40%	8%	100%
Unterstes Quintil	68%	18%	14%	100%	62%	25%	13%	100%
<b>1994–1997</b>								
Oberstes Quintil	69%	14%	17%	100%	66%	19%	16%	100%
4. Quintil	60%	27%	13%	100%	55%	34%	11%	100%
3. Quintil	57%	31%	12%	100%	55%	36%	9%	100%
2. Quintil	60%	29%	11%	100%	56%	34%	10%	100%
Unterstes Quintil	69%	18%	13%	100%	63%	25%	11%	100%

**Lesebeispiel (neue Länder; erste, fünfte und zehnte Zeile):** 66% aller Haushalte in den neuen Ländern waren in den Jahren 1991–1994 nie im obersten Quartil, 19% waren in einem oder zwei Jahre dort und 15% in drei oder in allen vier betrachteten Jahren. Nur 13% aller Haushalte aus den neuen Ländern waren Anfang der 90er die allermeiste Zeit (3 oder 4 Jahre) im untersten Quartil, Ende der 90er Jahre sogar nur noch 11%; d.h., die meisten haben es geschafft, zumindest zeitweise in eine höhere Einkommensschicht vorzudringen.

Quelle: Hanesch et al. (2000)

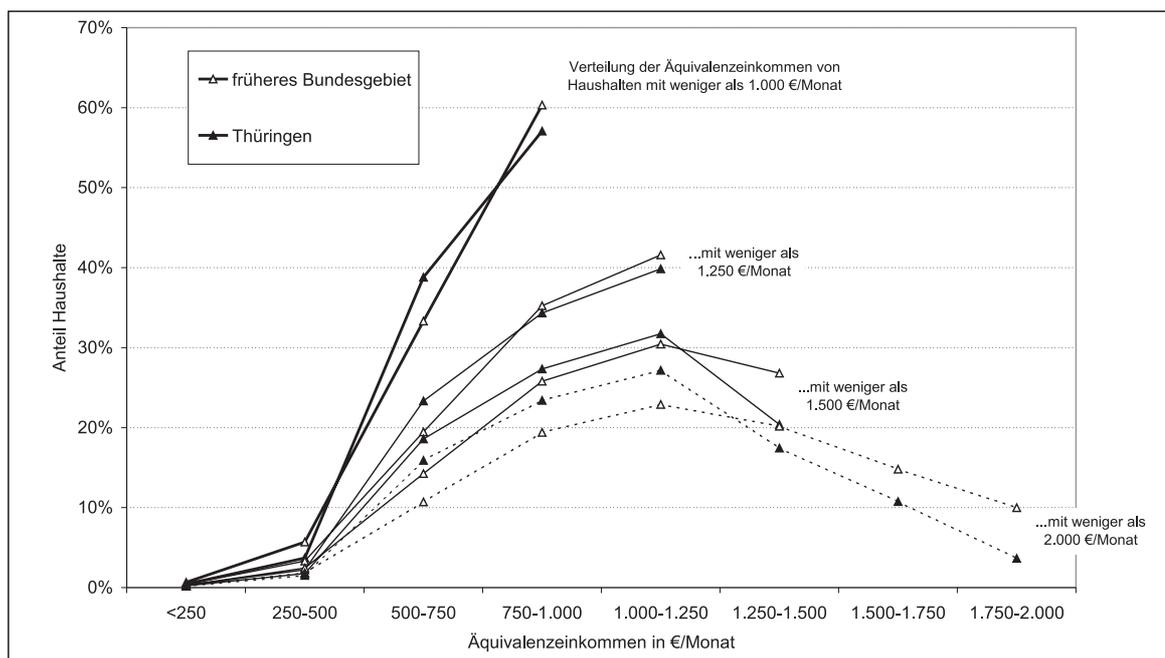
empirica

#### 4.1.5.2 Geringere Lohnspreizung im früheren Bundesgebiet – es fehlen die Reichen

*Mangel an „höherwertigen“ Arbeitsplätzen belastet das Einkommensniveau in Thüringen.* In den neuen Ländern – und damit auch in Thüringen – streuen die Einkommen weniger stark als im früheren Bundesgebiet (vgl. Abschnitt 4.1.1). Eine nahe liegende Erklärung für diese Beobachtung stützt sich auf die hohe Arbeitslosigkeit und damit auf das reichlich vorhandenen Potential an Fachkräften. Das DIW stellte bei der Auswertung der Verdienststatistik aber einen weiteren erstaunlichen Befund fest. Demnach ist der Grad der Anpassung an das westdeutsche Gehaltsniveau zumindest innerhalb der Leistungsgruppen der Angestellten einiger Branchen höher als bei der Gesamtheit der Angestellten.<sup>43</sup> Diese Beobachtung wird darauf zurückgeführt, dass „die Beschäftigungsstruktur in den neuen Ländern stark von der im früheren Bundesgebiet abweicht – und zwar in der Weise, dass einfache Tätigkeiten weitaus stärker vertreten sind und dispositive Tätigkeiten in den neuen Ländern eine vergleichsweise geringe Bedeutung haben“. Die Muttergesellschaften haben ihren Hauptsitz dagegen meist im früheren Bundesgebiet oder im Ausland. „Den Betrieben in den neuen Ländern sind zu einem großen Teil nur ausführende, nachgelagerte Funktionen zugefallen; die Headquarter-Funktionen (Management, Marketing, Forschung und Entwicklung) der Unternehmen werden größtenteils im früheren Bundesgebiet ausgeübt“. Damit ist der Lohnrückstand in den neuen Ländern nicht (nur) auf ein niedrigeres Lohnniveau, sondern (auch) auf einen Rückstand bei den „höherwertigen“ und gut bezahlten Arbeitsplätzen zurückzuführen.

*Geringere Einkommen in Thüringen hauptsächlich wegen fehlender Spitzenverdiener.* Das Statistische Bundesamt weist nach einer Analyse des Sozioökonomischen Panels (SOEP) darauf hin, dass die Einkommen im unteren Einkommensbereich in den neuen Ländern und im früheren Bundesgebiet etwa gleichauf liegen und die im Mittel geringeren Einkommen in den neuen Ländern vor allem auf einer schwächeren Besetzung der höheren Einkommenspositionen beruhen (Datenreport 1999). Diesen Zusammenhang kann man auch auf eine andere Weise darstellen (vgl. Abbildung 44). Dazu werden sukzessive nur diejenigen Haushalte betrachtet, die ein bestimmtes monatliches Nettoeinkommen nicht überschreiten. Die jeweils resultierenden (abgeschnittenen) Einkommensverteilungen werden dann für Thüringen und für das frühere Bundesgebiet miteinander verglichen. Dabei wird jedoch deutlich, dass auch die abgeschnittenen Verteilungen in Thüringen weiterhin im Vergleich

<sup>43</sup> Vgl. Wochenbericht (24/2001).

**Abbildung 44: Vergleich der abgeschnittenen Einkommensverteilungen 1998**

**Lesebeispiel:** Wenn man nur die Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen von maximal 1.000 €/Monat betrachtet, dann müssen in Thüringen knapp 40% der betrachteten Haushalte mit 500-750 €/Monat auskommen und etwa 55% mit 750-1.000 €/Monat (dicke, durchgezogene Linie); Verglichen mit dem früheren Bundesgebiet liegen die Verteilungen sehr nahe beieinander. Wenn man dagegen die Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen von bis zu 2.000 €/Monat betrachtet, dann müssen in Thüringen z. B. 10% der betrachteten Haushalte mit 1.500-1.750 €/Monat auskommen; Verglichen mit dem früheren Bundesgebiet sind die Verteilungen aber sehr unterschiedlich.

**Anmerkung:** Die Summe der Haushalte auf jeder Linie addieren sich zu 100%, weil jeweils nur die Haushalte mit Äquivalenzeinkommen von weniger als x €/Monat betrachtet werden.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

zum früheren Bundesgebiet leicht nach links gestaucht sind. Daraus lässt sich folgern, dass nicht nur die höheren Einkommen fehlen, sondern auch der „mittlere“ Einkommensbereich in den neuen Ländern etwas weniger verdient. Man sollte sich daher der etwas vorsichtigeren Formulierung in Hanesch et al. (2000) anschließen, die darauf hinweisen, dass „die Hauptursache der bestehenden Unterschiede bei den Einkommensmittelwerten allen voran in einer geringen Präsenz höherer Einkommen in den neuen Ländern und erst in zweiter Linie in entsprechenden Unterschieden im unteren Einkommensbereich zu suchen ist“. Einen deutlichen Hinweis darauf lässt sich auch in einer anderen Datenquelle finden: der Anteil der Sozialhilfeempfänger war Ende des Jahres 2000 in Thüringen mit 2,7% der Bevölkerung geringer als im früheren Bundesgebiet mit 4,8%.

#### 4.1.6 Einkommensarmut und -reichtum

##### 4.1.6.1 Armutskonzepte und ihre methodische Umsetzung

Zur Messung von Armut oder Reichtum müssen jeweils Schwellenwerte festgelegt werden. Die Wahl dieser Schwellenwerte kann jedoch nur mehr oder weniger willkürlich erfolgen und beruht immer auf subjektiven Werturteilen. Angesichts des breiten öffentlichen und politischen Interesses kann man sich mit jeder Grenzziehung dem Vorwurf der Verharmlosung oder Dramatisierung aussetzen. Deswegen werden verschiedene Maße dargestellt, um die einzelnen Definitionen transparent zu machen. Zumindest für die Messung von Einkommens- und Vermögensarmut bzw. -reichtum werden einmalig die aggregierten Ergebnisse verschiedener Definitionen dargestellt, zur Wahrung der Übersichtlichkeit bei weitergehenden Auswertungen aber jeweils nur eine oder zwei Definitionen weitergeführt.

Es gibt eine Vielzahl von Konzepten zur Armutsmessung. Die bekanntesten Gegensätze werden nach dem absolutem und dem relativem Ansatz unterschieden. *Absolute Armutskonzepte* definieren normativ eine Grenze, ab der Bedürftigkeit unterstellt wird. *Relative Ansätze* hingegen setzen Armut ins Verhältnis zum durchschnittlichen Lebensstandard der Bevölkerung.

**Box 2: Armutskonzepte****Das relative Armutskonzept**

Das **relative Armutskonzept** bezeichnet diejenigen als einkommensarm, die mit weniger als der Durchschnittshaushalt auskommen müssen (z.B. weniger als 50% oder weniger als 60% im Vergleich zum Median oder im Vergleich zum arithmetischen Mittelwert aller Haushalte). Der Nachteil dieses relativen Armutskonzeptes liegt darin, dass es solange Armut gäbe, wie nicht alle Haushalte gleich hohe Einkommen beziehen – selbst in einem Volk von Millionären. Insbesondere bei Zeitvergleichen der Armutquoten wird deswegen mehr die Änderung der Einkommensverteilung und weniger die Änderung des absoluten Wohlstandes gemessen. Begründet wird das Konzept damit, dass ein Abweichen vom typischen Lebensstandard immer zu Ausgrenzungen führt – unabhängig vom Niveau des absoluten Lebensstandards.

**Das absolute Armutskonzept**

Die Kritik am relativen Armutskonzept wird im **absoluten Armutskonzept** aufgenommen, indem ein absolutes Maß (normativ) gesetzt wird. Beispielsweise wird dann derjenige als einkommensarm bezeichnet, der mit weniger als dem doppelten der Sozialhilferegelsätze auskommen muss.<sup>44</sup> Für Zeitvergleiche können diese Sätze inflationiert werden, so dass sich ein konsistentes Maß für eine absolute Armutsschwelle ergibt. In der Folge würde z.B. die Armutquote bei steigendem absoluten Wohlstand der unteren Einkommensschichten fallen, insbesondere auch dann, wenn die Einkommensungleichheit sich nicht vermindern würde.

Im Folgenden kommt ein modifiziertes Armutskonzept zur Anwendung und wird als Armutsschwelle die inflationierte Schwelle nach dem relativem Armutskonzept aus einem Basisjahr herangezogen. In der Regel werden zur Berechnung der Armutsschwellen zudem die Äquivalenzeinkommen zugrunde gelegt, um die unterschiedlichen Bedarfe einzelner Haushaltstypen bzw. -größen zu berücksichtigen. Außerdem werden sowohl gesamtdeutsche Armutsschwellen als auch getrennte Armutsschwellen für die neuen Länder und das frühere Bundesgebiet (ost-west-spezifische Schwellen) betrachtet.

Oft wird kritisiert, dass Armut nur anhand materieller Ressourcen gemessen wird. Diesem Einwand wird mit dem so genannten *Lebenslagenansatz* begegnet, indem auf multiple Dimensionen von Armut abgestellt wird: Neben dem Einkommen, dem Vermögen und der Überschuldung werden deswegen auch die Wohnsituation (vgl. Kapitel III.8) sowie die Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern und „luxuriöse“ Konsumgewohnheiten dargestellt (vgl. Kapitel III.6.4).

**Statistische Messprobleme**

Die Messung der Einkommen von Geringstverdienern ist sehr schwierig. Das statistisch erfasste Einkommen ist irreführend, weil z.B. Sachleistungen wie Gesundheitsfürsorge oder Mietsubventionen nicht berücksichtigt werden. Außerdem sind manche nur vorübergehend arm und können deswegen nicht ohne weiteres als arm klassifiziert werden (z.B. Studenten). Ähnliche Probleme ergeben sich bei der Messung von Reichtum, weil die betreffenden Personen in den statistischen Erhebungen immer unterrepräsentiert sind. In der Folge sind etwa Untersuchungen von Einkommensverteilungen dann am erfolgreichsten, wenn man sich auf die mittleren Einkommen konzentriert. Leider wären aber gerade Untersuchungen der Einkommen von armen bzw. reichen Haushalten interessanter. Eine Ausnahme bildet die Einkommensteuerstatistik, wobei hier nur wenige soziodemographische Informationen bekannt sind. Trotzdem wurde diese Statistik berücksichtigt.

**4.1.6.2 Einkommensreichtum**

*Einkommensteuerstatistik und EVS-Daten nicht vergleichbar.* Einkommensreichtum kann mit Datensätzen wie der EVS oder dem Mikrozensus, die auf Stichprobenverfahren beruhen, nicht repräsentativ dargestellt werden. Deswegen wird im Folgenden die Einkommensteuerstatistik 1995 ausgewertet.<sup>45</sup> Der Nachteil dieser Statistik besteht jedoch darin, dass nur Personen und nicht der Haushaltszusammenhang bekannt ist.<sup>46</sup> Darüber hinaus ist die Einkommensabgrenzung der Einkommensteuerstatistik nicht vergleichbar mit

<sup>44</sup> Weniger als der einfache Sozialhilfesatz hat de iure kein Haushalt, weil jedem zumindest ein Anspruch auf Sozialhilfe zusteht.

<sup>45</sup> Aktueller Steuerstatistiken liegen leider nicht zur Auswertung bereit.

<sup>46</sup> Insbesondere ist die Einkommenshöhe weiterer Haushaltsmitglieder unbekannt. Denkbar ist demnach, dass in einem Mehrpersonenhaushalt jeder einzelne ein Einkommen bezieht, das unterhalb einer Reichtumsschwelle liegt, in der Summe aller Haushaltsmitglieder diese Schwelle aber überschritten wird.

den Abgrenzungen aus der EVS.<sup>47</sup> Folglich ist die Analyse der Einkommensreichen isoliert von den anderen Analysen in dieser Studie zu betrachten und liefert „lediglich“ eine sehr spezielle quantitative Darstellung von Einkommensreichtum.

**Tabelle 21: Einkommensreiche Personen in Deutschland 1995**

Gesamtbetrag der Einkünfte

von ... bis DM	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Thüringen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Mecklenb.-Vorp.	Brandenburg
	<b>Anzahl Steuerpflichtige</b>							
<100.000 DM	27.006.101	23.245.467	3.760.634	683.135	1.222.862	702.795	466.546	685.296
100.000 - 250.000 DM	3.377.384	3.126.897	250.487	39.342	78.644	45.236	33.872	53.393
250.000 - 500.000 DM	1.175.314	1.165.472	9.842	1.421	3.127	1.847	1.429	2.018
500.000 - 1 Mio. DM	111.015	109.411	1.604	237	543	257	238	329
1 Mio. DM und mehr *	36.113	35.832	281	25	98	45	46	67
<b>Summe</b>	<b>31.705.927</b>	<b>27.683.079</b>	<b>4.022.848</b>	<b>724.160</b>	<b>1.305.274</b>	<b>750.180</b>	<b>502.131</b>	<b>741.103</b>
nachrichtl.:								
* pro 100.000 Einwohner	44	53	2	1	2	2	3	3

	<b>Verteilung der Steuerpflichtigen</b>							
<100.000 DM	85,18%	83,97%	93,48%	94,33%	93,69%	93,68%	92,91%	92,47%
100.000 - 250.000 DM	10,65%	11,30%	6,23%	5,43%	6,03%	6,03%	6,75%	7,20%
250.000 - 500.000 DM	3,71%	4,21%	0,24%	0,20%	0,24%	0,25%	0,28%	0,27%
500.000 - 1 Mio. DM	0,35%	0,40%	0,04%	0,03%	0,04%	0,03%	0,05%	0,04%
1 Mio. DM und mehr	0,11%	0,13%	0,01%	0,00%	0,01%	0,01%	0,01%	0,01%
<b>Summe</b>	<b>100,00%</b>	<b>100,00%</b>	<b>100,00%</b>	<b>100,00%</b>	<b>100,00%</b>	<b>100,00%</b>	<b>100,00%</b>	<b>100,00%</b>

**Anmerkung:** Gesamtbetrag der Einkünfte hier als Summe der positiven Einkünfte

**Quelle:** Einkommensteuerstatistik 1995

empirica

*Inbesondere die „supereinkommensreichen“ sind in Thüringen und in den neuen Ländern seltener vertreten als im früheren Bundesgebiet.* In ganz Deutschland gab es 1995 rund 36 Tsd. DM-Einkommensmillionäre, davon lebten aber nur 281 in den neuen Ländern und 25 in Thüringen (vgl. Tabelle 21). Auch wenn man die unterschiedlichen Einwohnerzahlen berücksichtigt ergibt sich ein eindeutiges Ost-West-Gefälle: mehr als 50 von hunderttausend westdeutschen, aber nur einer von hunderttausend Steuerpflichtigen in Thüringen war 1995 DM-Einkommensmillionär. Damit ist der Anteil dieser „superreichen“ Personen in Thüringen mehr als fünfzigmal kleiner als im früheren Bundesgebiet. Dasselbe gilt für die Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 500 Tsd. bis ein Mio. DM: die absolute Anzahl ist zwar mit 237 Personen fast zehnmals größer als die Anzahl der DM-Einkommensmillionäre, der Anteil an allen Steuerpflichtigen ist aber auch zehnmals kleiner als im früheren Bundesgebiet. Definiert man Einkommensreichtum sehr großzügig ab einer Schwelle von 100 Tsd. DM, dann ergibt sich eine Reichtumsquote von rund 6% in Thüringen und den neuen Ländern; demgegenüber sind im früheren Bundesgebiet mit über 11% immer noch fast doppelt so viele Einkommensreiche zu finden.

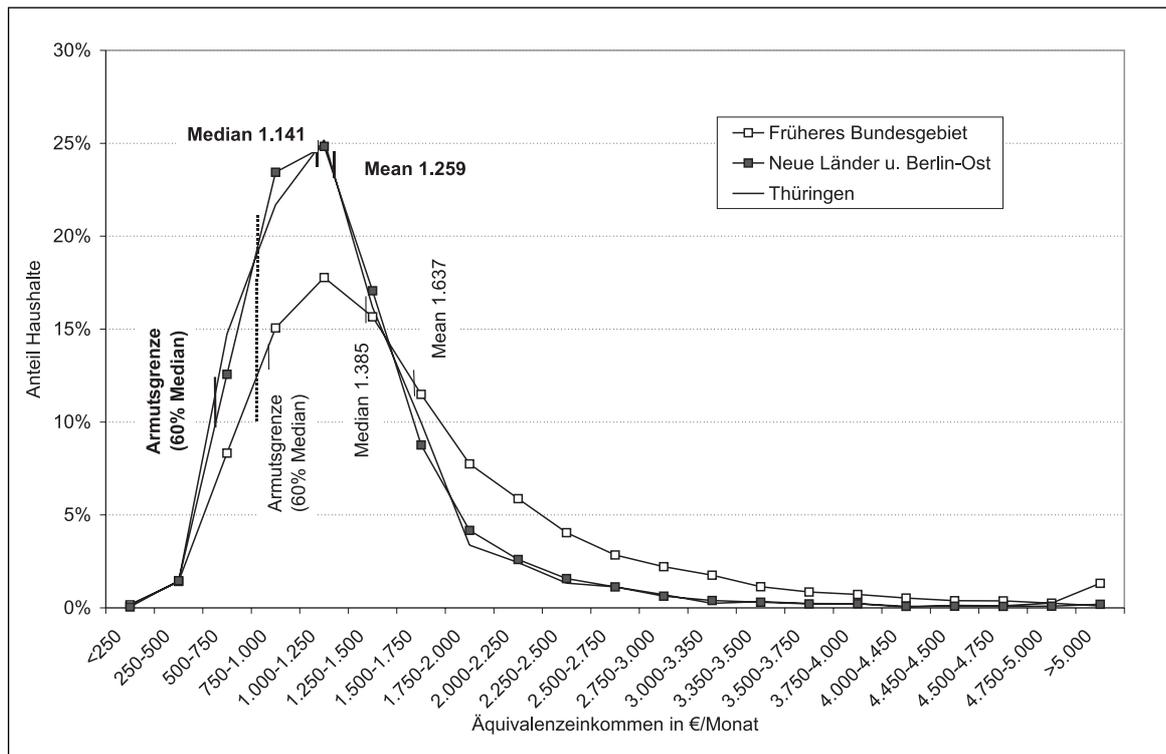
#### 4.1.6.3 Einkommensarmut

Neben den Armutsquoten nach dem relativen Armutskonzept werden für Zeitvergleich im Folgenden auch Armutsquoten nach einem modifizierten Armutskonzept berechnet. Dabei wurde als Armutsschwelle für 1998 die preisbereinigte Armutsschwelle nach dem relativen Armutskonzept aus dem Jahr 1993 herangezogen. Diese modifizierte Größe gibt also an, welche Haushalte nach Maßstäben des Jahres 1993 heute noch einkommensarm sind, wenn lediglich die zwischenzeitliche Preisentwicklung berücksichtigt wird. Vor allem in Analysen einer Übergangsgesellschaft spielen solche Verbesserungen des Lebensstandards eine wichtige Rolle. Im Unterschied dazu wird im relativen Armutskonzept für jedes Jahr eine völlig neue Armutsschwelle ermittelt, die jeweils in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Einkommensun-

<sup>47</sup> Der betrachtete „Gesamtbetrag der Einkünfte“ ist zwar in etwa vergleichbar mit dem Bruttoeinkommen, zum Vergleich der relevanten Nettoeinkünfte fehlen in der Einkommensteuerstatistik aber Informationen über Sozialversicherungsbeiträge.

gleichheit steht. Dadurch wird ein Haushalt u.U. auch dann noch als einkommensarm bezeichnet, wenn sich sein Lebensstandard erheblich verbessert hat, gleichwohl aber der Entwicklung einer höheren Einkommensschicht hinterherhinkt. Beiden Armutsdefinitionen haftet allerdings der Makel an, dass Aussagen lediglich über die Strukturen der „ärmeren Haushalte“ getroffen werden können. Eine Aussage über das Niveau, namentlich die Anzahl armer Haushalte, ist jedoch immer noch von der Definition der Armutsschwelle abhängig und damit mehr oder weniger willkürlich. Deswegen werden im Folgenden verschiedene Schwellendefinitionen betrachtet.<sup>48</sup>

**Abbildung 45: Einkommensarmutsgrenzen und Verteilung der Äquivalenzeinkommen 1998**

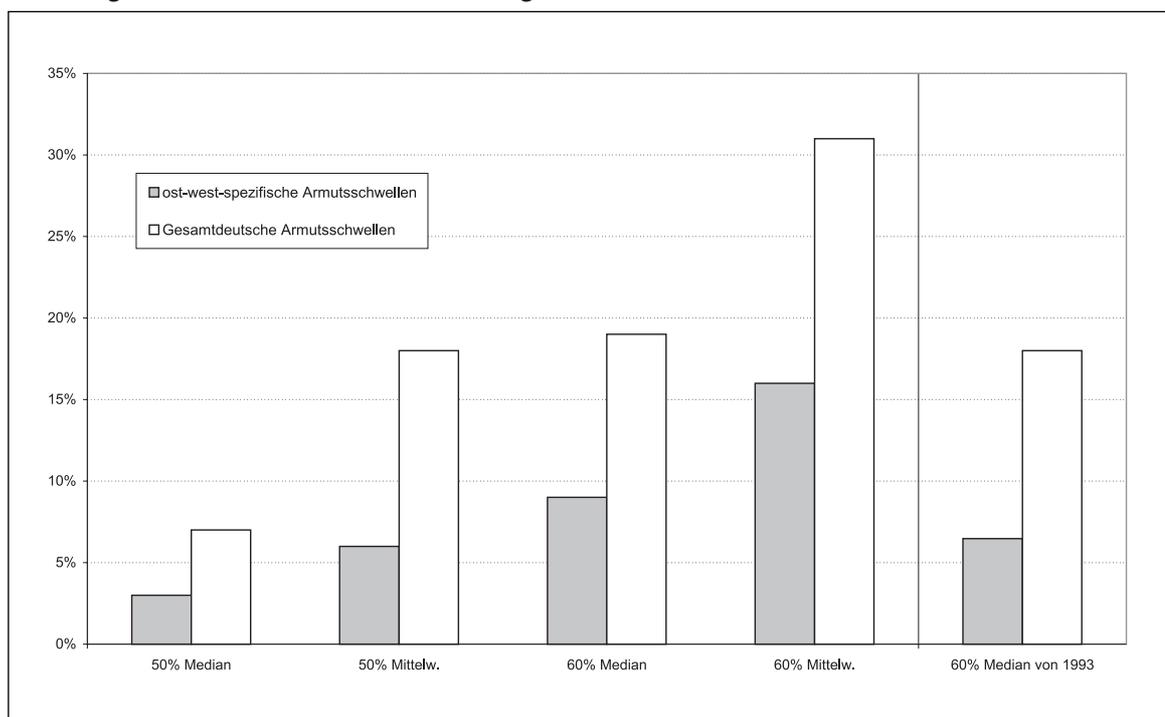


Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

*Armut und Reichtum liegen in Thüringen näher beieinander als im früheren Bundesgebiet.* Die Äquivalenzeinkommen streuen in Thüringen und den neuen Ländern deutlich weniger als im früheren Bundesgebiet (vgl. Abbildung 45). Diese Besonderheit hat zur Folge, dass die Armutsquote in den neuen Ländern sehr viel stärker auf kleinere Verschiebungen der gewählten Armutsgrenze reagieren. Denn je höhere die Verteilungskurve liegt, desto mehr Haushalte fallen zusätzlich unter bzw. über die Schwelle, wenn man den Schwellenwert geringfügig verändert. Die sehr unterschiedliche Lage der Mittelwerte und Mediane in den neuen Ländern und im früheren Bundesgebiet veranschaulichen zudem, welche große Veränderungen zu erwarten sind, wenn man anstelle von gesamtdeutschen Armutsschwellen ost-west-spezifische Schwellen definiert. Insgesamt zeigen diese Vorbemerkungen, dass die Höhe einer Armutsquote relativ beliebig ist und je nach Messmethode und Definition fast jede denkbare Quote „konstruiert“ werden kann. Deswegen sind bei der Analyse von Armut weniger das Ausmaß als die Strukturen der Armut von Bedeutung (vgl. Kapitel III.6). Die Frage darf nicht in erster Linie lauten „wie viele sind arm“, sondern vielmehr „wer ist arm, woran macht sich Armut fest und wie verändern sich diese Strukturen im Zeitablauf“.

<sup>48</sup> Unterschreitung von 50% des arithmetischen Mittelwertes, Unterschreitung von 60% des arithmetischen Mittelwertes, Unterschreitung von 50% des Medians, Unterschreitung von 60% des Medians.

**Abbildung 46: Einkommensarmut in Thüringen nach verschiedenen Definitionen 1998**

**Lesebeispiel (linkes Säulenpaar):** Definiert man eine Armutsschwelle als Unterschreitung des mittleren Äquivalenzeinkommen um mehr als 50%, dann sind unter Berücksichtigung ost-west-spezifischer Armutsgrenzen in Thüringen 3% aller Haushalte als einkommensarm zu bezeichnen und unter Berücksichtigung gesamtdeutscher Armutsgrenzen 7% aller Haushalte. Bei ost-west-spezifischen Armutsgrenzen werden für Ost- und Westdeutschland die Armutsgrenzen getrennt ermittelt, bei gesamtdeutscher Armutsgrenzen wird für alle Haushalte aus dem gesamten Bundesgebiet eine einheitliche Armutsgrenze bestimmt. Setzt man die „Meßlatte“ für eine Armutsgrenze höher (z.B. 60% vom Mittelwert statt 50% vom Mittelwert des Äquivalenzeinkommens), dann werden auch mehr Haushalte als einkommensarm eingestuft. Da das Medianeinkommen in aller Regel kleiner ist als der Mittelwert der Einkommen, liegt die Armutsquote höher, wenn zur Berechnung einer Armutsschwelle der Mittelwert herangezogen wird.

**Anmerkung:** Die Werte finden sich auch in den Zeilen 16 und 20 in Tabelle 22.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

*Armutstrukturen sind aussagekräftiger als Armutsquoten.* Konzentriert man sich nun auf die von uns präferierte absolute Armutsdefinition, dann liegt die Armutsquote im Jahr 1998 bei Berücksichtigung einer **gesamtdeutschen Armutsschwelle** in Thüringen etwa 1,6 Mal höher als im früheren Bundesgebiet (vgl. Tabelle 22, Zeilen 18 und 20). Hier schlagen sich die geringeren Einkommen der Haushalte in Thüringen sehr deutlich nieder. Bei Bezug auf **regional unterschiedliche (ost-west-spezifische) Armutsschwellen** ergeben sich dagegen wegen der geringeren Einkommensstreuungen in Thüringen niedrigere Armutsquoten als im früheren Bundesgebiet (Zeilen 14 und 16). Innerhalb Thüringens ist also Einkommensarmut im Sinne einer Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsschichten ein geringeres Problem als für Haushalte im früheren Bundesgebiet. Man könnte auch überspitzt formulieren: weil mehr Haushalte arm sind, ist die Armut weniger ungleich verteilt.

*Rückläufige Einkommensarmut in den 90er Jahren.* Thüringen befand sich im Laufe der 90er Jahre in einer Zeit der Umbrüche und Veränderungen. Dies wird an der positiven Entwicklung der Einkommensarmut deutlich. Bei Anwendung des relativen Armutskonzeptes mit **regionalen Mittelwerten** ist die auf Thüringen bezogene Armutsquote im **Zeitvergleich** der Jahre 1993 bis 1998 zwar um 2 Prozentpunkte gestiegen (Zeilen 5 und 16 in Spalte C). Die Ursache liegt jedoch vor allem in der gestiegenen Einkommensstreuung und damit in der Verbesserung der ökonomischen Situation vieler Haushalte. Der im Zeitablauf höhere Lebensstandard wird durch die niedrigeren Quoten nach dem modifizierten Armutskonzept belegt: diese Armutsquote ist um einen Punkt gefallen. Bei Berücksichtigung gesamtdeutscher Armutsschwellen wird noch deutlicher, dass viele Haushalte die Armut hinter sich gelassen haben: diese Quote ist um drei Punkte von 21% auf 18% gefallen (Zeilen 9 und 20 in Spalte E).

Tabelle 22: Einkommensarmutsquoten in Thüringen nach verschiedenen Definitionen 1993 und 1998

Bezugsgröße ...ist kleiner als ... %	relatives Armutskonzept				modifiziertes Konzept
	Äquivalenzeinkommen				Äquivalenzeink.
	50% Median A	50% Mittelw. B	60% Median C	60% Mittelw. D	60% Median von 1993 E
<b>Armutsschwellen 1993</b>					
<b>ost-west-spezifische Armutsschwellen</b>					
Armutsschwellen*					
früheres Bundesgebiet	1	652	744	782	782
neue Länder**	2	492	527	591	591
Armutsschwellen					
früheres Bundesgebiet	3	8%	12%	14%	21%
neue Länder (mit Ostberlin)	4	2%	3%	7%	10%
neue Länder (ohne Ostberlin)	4a	2%	3%	7%	10%
Thüringen	5	2%	4%	7%	10%
<b>Gesamtdeutsche Armutsschwellen</b>					
Armutsschwellen*	6	600	693	720	832
Armutsschwellen					
früheres Bundesgebiet	7	5%	9%	11%	17%
neue Länder (mit Ostberlin)	8	8%	15%	18%	31%
neue Länder (ohne Ostberlin)	8a	8%	16%	18%	32%
Thüringen	9	8%	17%	21%	36%
insgesamt	10	6%	11%	12%	20%
<b>Armutsschwellen 1998</b>					
<b>ost-west-spezifische Armutsschwellen</b>					
Armutsschwellen*					
früheres Bundesgebiet	11	693	818	831	982
neue Länder**	12	570	629	684	755
Armutsschwellen					
früheres Bundesgebiet	14	6%	13%	14%	22%
neue Länder (mit Ostberlin)	15	3%	5%	8%	14%
neue Länder (ohne Ostberlin)	15a	3%	5%	9%	14%
Thüringen	16	3%	6%	9%	16%
<b>Gesamtdeutsche Armutsschwellen</b>					
Armutsschwellen*	17	663	783	796	940
Armutsschwellen					
früheres Bundesgebiet	18	5%	11%	12%	20%
neue Länder (mit Ostberlin)	19	7%	16%	17%	30%
neue Länder (ohne Ostberlin)	19a	7%	16%	17%	31%
Thüringen	20	7%	18%	19%	31%
insgesamt	21	6%	12%	13%	22%

\* Einkommensschwellen in € pro Monat \*\*neue Länder incl. Ost-Berlin

**Lesebeispiel (Spalte A, Zeilen 16 und 20):** Definiert man eine Armutsschwelle als Unterschreitung des mittleren Äquivalenzeinkommen um mehr als 50%, dann sind im Jahr 1998 unter Berücksichtigung ost-west-spezifischer Armutsgrenzen in Thüringen 3% aller Haushalte als einkommensarm zu bezeichnen und unter Berücksichtigung gesamtdeutscher Armutsgrenzen 7% aller Haushalte. Bei ost-west-spezifischen Armutsgrenzen werden für Ost- und Westdeutschland die Armutsgrenzen getrennt ermittelt, bei gesamtdeutscher Armutsgrenzen wird für alle Haushalte aus dem gesamten Bundesgebiet eine einheitliche Armutsgrenze bestimmt. Setzt man die „Meßlatte“ für eine Armutsgrenze höher (z.B. 60% vom Mittelwert statt 50% vom Mittelwert des Äquivalenzeinkommens), dann werden auch mehr Haushalte als einkommensarm eingestuft. Da das Medianeinkommen in aller Regel kleiner ist als der Mittelwert der Einkommen, liegt die Armutsquote höher, wenn zur Berechnung einer Armutsschwelle der Mittelwert herangezogen wird.

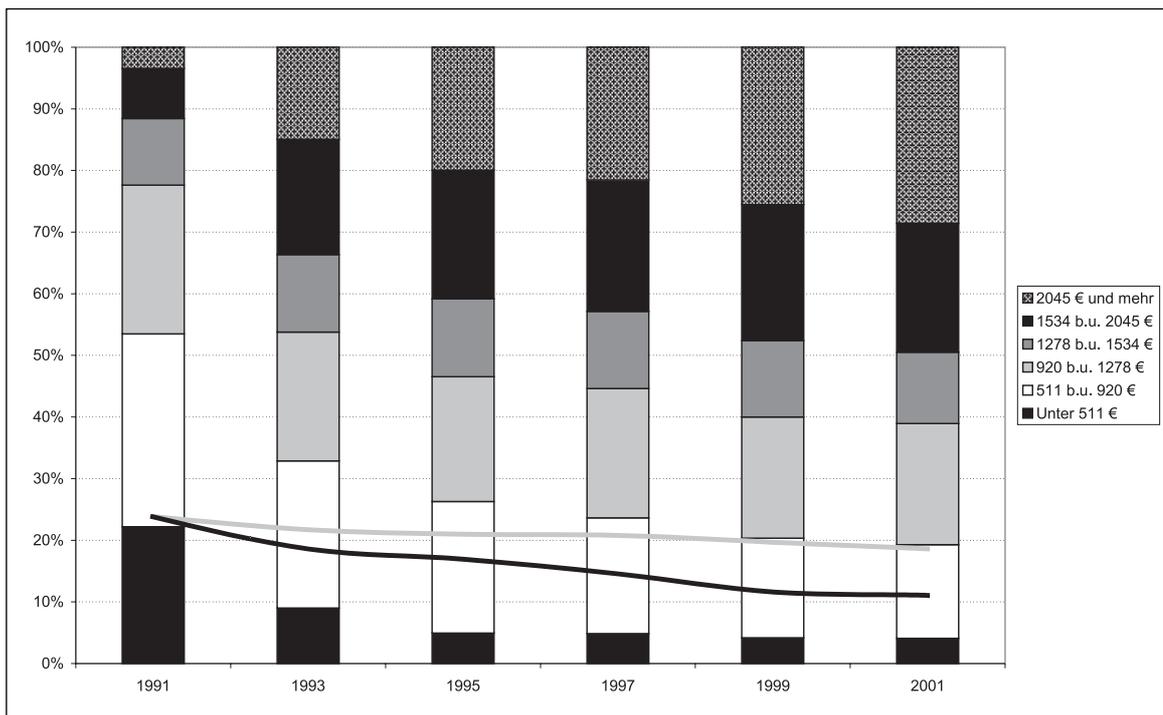
Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

### Entwicklung der Einkommensarmut anhand der Selbsteinschätzung im Mikrozensus

Zur Analyse der Einkommensarmut ist die Einkommens- und Verbrauchstichprobe besser geeignet als der Mikrozensus, weil die Einkommen und deren Verteilung damit sehr differenziert dargestellt werden können. Der Nachteil besteht jedoch in der geringen Erhebungsfrequenz dieser Daten – nur alle fünf Jahre liegt ein neuer Datensatz bereit. Demgegenüber wird der Mikrozensus zwar jährlich erhoben, die erfassten Haushaltsnettoeinkommen sind jedoch Selbsteinschätzungen der Haushalte. Außerdem liegen die Einkommensangaben nur in klassierter Form vor, so dass eine Standardisierung auf Äquivalenzeinkommen nicht möglich ist. Die folgende Analyse ist deswegen unter diesen Einschränkungen zu sehen.

**Abbildung 47: Entwicklung der Einkommensverteilung und Armutsquoten in Thüringen 1991–2001**



**Definition relatives Armutskonzept (graue Linie):** die Armutsschwellen werden anhand der Verteilung der Selbsteinschätzung des Haushaltsnettoeinkommens in Thüringen (<60% Median) für jedes Jahr neu ermittelt.

**Definition modifiziertes Armutskonzept (schwarze Linie):** die Armutsschwellen werden anhand der Verteilung der Selbsteinschätzung des Haushaltsnettoeinkommens in Thüringen (<60% Median) für die Jahre ab 1993 lediglich als Fortschreibung der Armutsschwelle von 1991 ermittelt, indem diese mit dem Preisindex für die private Lebensführung in Sachsen-Anhalt fortgeschrieben wird.

**Quelle:** TLS und eigene Berechnungen aus Mikrozensus

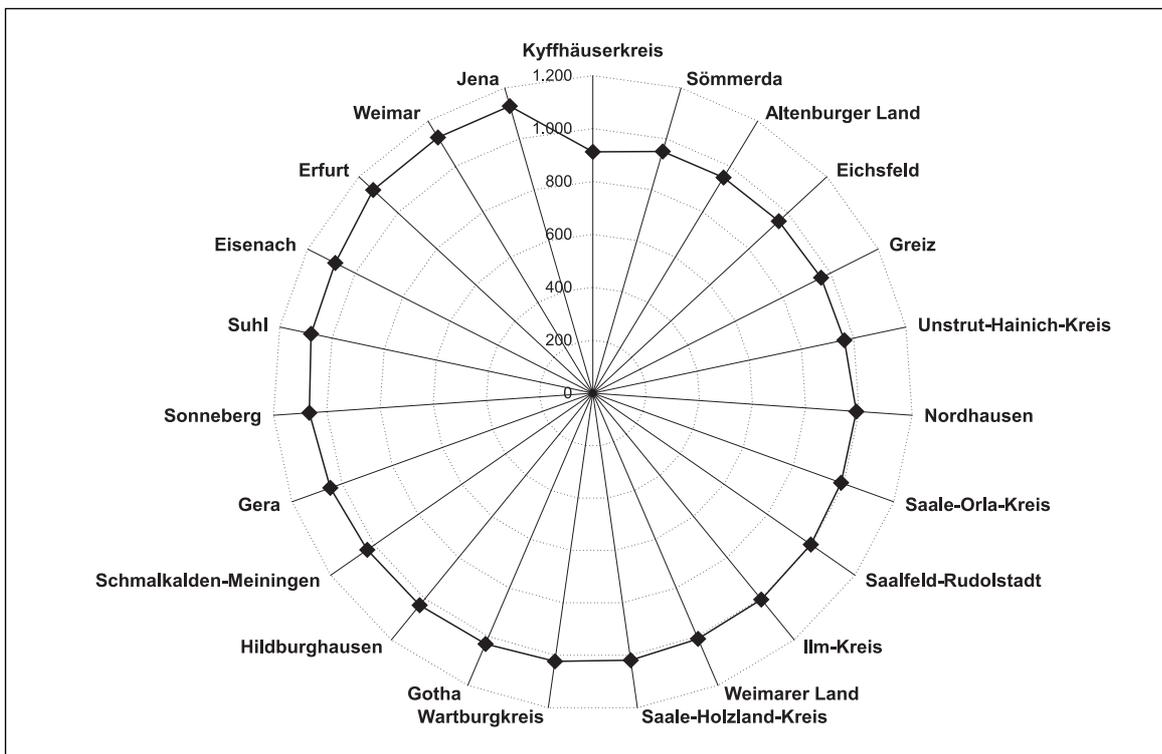
**empirica**

*Leicht steigende Einkommensungleichheit bei steigendem allgemeinen Lebensstandard.* Die Entwicklung der Einkommensarmut nach dem relativen Armutskonzept zeigt vor allem zwischen den Jahren 1991 und 1993 eine leicht abwärtsgerichtete Entwicklung. Dies lässt auf eine Abnahme der Einkommensungleichheit schließen. Insgesamt weist die langfristige Entwicklung einen leicht fallenden Trend auf, so dass die Einkommensarmut in Thüringen eher rückläufig ist. Demgegenüber weist die langfristige Entwicklung der Einkommensarmut nach dem modifizierten Armutskonzept einen eindeutig fallenden Trend auf. Dies spiegelt den insgesamt steigenden Lebensstandard der Haushalte in Thüringen wider.

#### 4.1.7 Regionale Differenzierung

Die Einkommen sind regional sehr unterschiedlich verteilt. Dabei wird deutlich, dass vor allem die kreisfreien Städte eine überdurchschnittliche Kaufkraft aufweisen (Jena, Weimar, Erfurt, Eisenach, Suhl). Das selbe gilt auch für die Gemeinden in unmittelbarer Nachbarschaft zum früheren Bundesgebiet (Sonnenberg, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen). Unterdurchschnittliche Werte für die Kaufkraft verzeichnen dagegen die Gemeinden mit starkem Abbau der industriellen Arbeitsplätze (Eichsfeld, Unstrut-Hainich-Kreis, Nordhausen).

Abbildung 48: Kaufkraft in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens



Anmerkung: Angaben in €/Monat pro Einwohner

Quelle: INKAR 2000 und GFK 2000

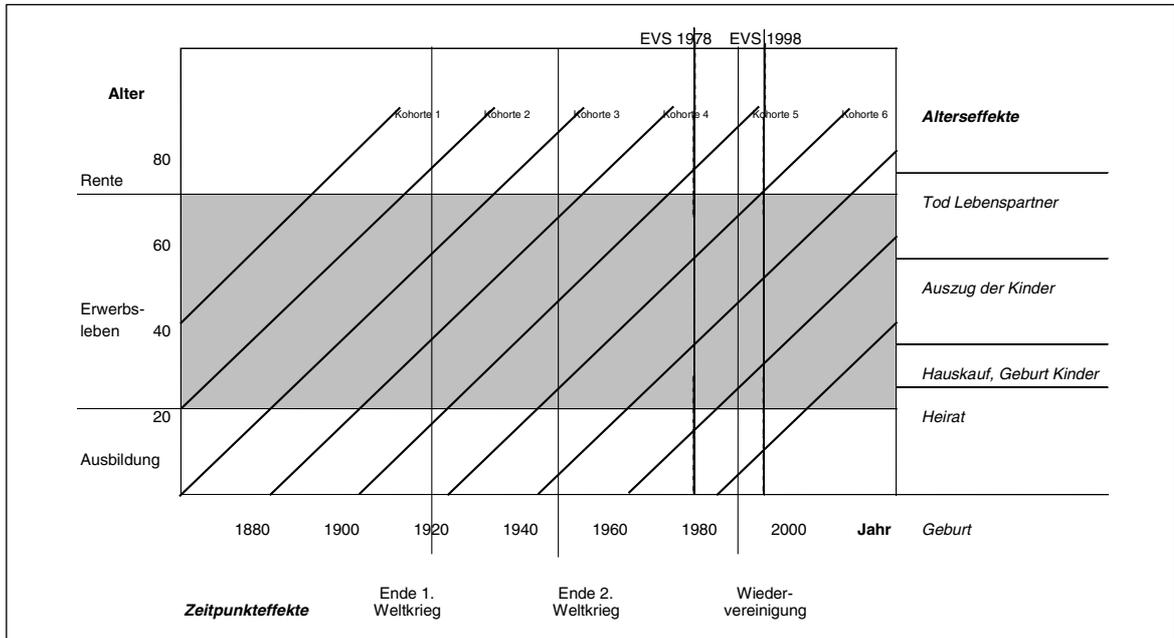
empirica

Man darf sich jedoch von den regionalen Unterschieden in der Kaufkraft nicht dazu verleiten lassen, einen direkten Zusammenhang von Einkommen und Konsummöglichkeiten herzustellen. Denn insbesondere die Belastung mit Wohnkosten einzelner Familientypen korrelieren mit den regionalen Unterschieden in den Einkommen. Auch andere Preise weisen regionale Unterschiede auf, die Variationen in der regionalen Kaufkraft relativieren. Vor allem die Preise für alle lokalen Dienstleistungen sind eng an die ortsüblichen Löhne gekoppelt und damit automatisch dort niedriger, wo die Löhne und damit die Kaufkraft niedriger ist.

## 4.2 Vermögen

### 4.2.1 Vorbemerkungen zur Vermögensbildung im Lebenszyklus privater Haushalte

Vermögensbildung ist in der Regel kein gradliniger Prozess. Sparmotive und Vermögensverwendungen sind überaus zahlreich und führen zu zyklischen Schwankungen im Sparverhalten. Langfristige Vermögenspläne – etwa für die Altersvorsorge – werden überlagert durch kurzfristige Zwecksparprozesse für langlebige Konsumgüter und unerwartete Einkommensschocks durch Arbeitslosigkeit, Krankheit u.ä. Deswegen lassen sich aus einer statischen Vermögensbetrachtung zu einem Zeitpunkt (Querschnittsbetrachtung) nur bedingt Aussagen über das mittel- und langfristige private Vorsorgeverhalten ableiten (Längsschnittsbetrachtung). Zudem sind Momentaufnahmen verzerrt durch verschiedene *Zeitpunkteffekte* wie etwa Niedrigzinsphasen. Sie können zu verstärkter Kreditnachfrage führen und die kurzfristige Nettovermögensbildung nach unten verzerren. Weiterhin ergeben sich Sondereinflüsse, wenn z.B. vereinigungsbedingte *Kohorteneffekte* unterschiedliche Einkommens- und Vermögensprofile im Lebenszyklus verschiedener Generationen verursachen.

**Abbildung 49: Stilisierte Alters-, Kohorten- und Zeitpunkteffekte**

**Anmerkung:** Diese Abbildung hat rein didaktischen Charakter und stellt keine empirischen Ergebnisse dar.

**Quelle:** Braun (2000)

empirica

Abbildung 49 stellt idealtypisch die verschiedenen Einflussfaktoren durch Alters-, Kohorten- und Zeitpunkteffekte dar. So wurde z. B. die Ausbildungsphase der in den 20er Jahren Geborenen (Kohorte 6) durch den Zweiten Weltkrieg beeinträchtigt. Durch Zeitpunkteffekte – wie etwa die Wiedervereinigung im Jahr 1990 mit zeitweise hohen Inflationsraten – wird dagegen die Vermögensbildung aller lebenden Haushalte beeinflusst, unabhängig von Geburtsjahr oder aktuellem Alter. Reine Alterseffekte (Geburt von Kindern, Familienbildung) schließlich finden überwiegend gleichartig im Lebenszyklus statt, werden aber durch Kohorteneffekte wie verändertes Ausbildungsverhalten oder Zeitpunkteffekte wie die Wiedervereinigung verschoben.

### Langwierige Anpassung der Lebenszyklusprofile in den neuen Ländern

Die Vermögensbestände der Haushalte im früheren Bundesgebiet folgen seit Generationen einem typischen Lebenszyklusprofil, dem sich die Haushalte der neuen Länder in den letzten Jahren immer weiter anpassen. Gleichwohl wird es vielen älteren Haushalten nicht mehr gelingen, die westdeutschen Absicherungsniveaus zu erreichen. Ihre Vermögensbildungspfade werden weitgehend von denen sonst vergleichbarer Haushalte im früheren Bundesgebiet abweichen (Kohorteneffekt). Erst im Ablauf der Jahrzehnte werden sich deswegen die Vermögensstrukturen in beiden Teilen Deutschlands vollständig angleichen. Bis dahin werden zunächst nur für die jüngeren Haushalte, die bereits im frühen Erwerbsleben unter vergleichbaren ökonomischen Rahmenbedingungen aufgewachsen sind wie im früheren Bundesgebiet, dieselben Pfade der Vermögensbildung beobachtet werden, wie die nachfolgend beschriebenen Strukturen bei Haushalten im früheren Bundesgebiet.

### Lebenszyklusprofile der Vermögensbildung im früheren Bundesgebiet

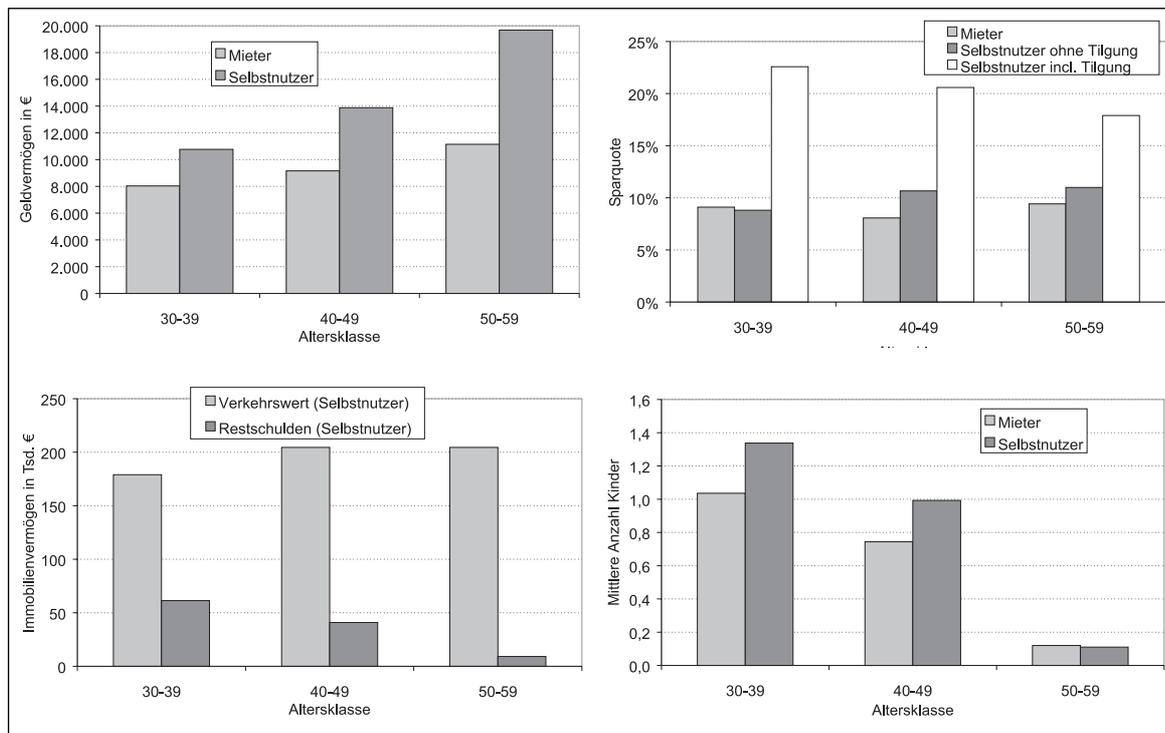
*Geringe Vermögensbestände in der Haushaltsbildungsphase der unter 30-Jährigen.* Haushalte mit junger, unter 30-jähriger Bezugsperson beziehen im früheren Bundesgebiet noch vergleichsweise geringe Erwerbseinkommen, aus denen im Zuge der Haushaltsbildung hohe Konsumausgaben im Rahmen des sporadischen Erwerbs von langlebigen Konsumgüter (Möbel, größere Haushaltsgeräte, PKW) zu finanzieren sind. Deswegen wird ein Großteil der vorhandenen Geldvermögen mittelfristig wieder konsumiert,<sup>49</sup> so dass die Vermögensbildung in dieser Altersklasse noch keine spezifischen Konturen annimmt. Wichtige Weichen-

<sup>49</sup> Vgl. Braun (2000)

stellungen mit Einfluss auf das Sparverhalten werden meist bei den Haushalten mit 30-bis 39-jähriger Bezugsperson vorgenommen, wenn Heirat, Familiengründung und der Erwerb von Wohneigentum entscheidenden Einfluss auf die Vermögensbildung ausüben.<sup>50</sup>

### Abbildung 50: Querschnitt der Geldvermögen, Immobilienvermögen, Sparquoten und Kinderzahl während des Erwerbslebens 1998

**Auswahl:** jeweils Haushalte aus der mittleren Oberschicht im früheren Bundesgebiet



**Definition:** Geldvermögen (hier) ohne Rückkaufwert der Lebensversicherungen

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

*Wichtige Weichenstellungen in der Familiengründungsphase der unter 30- bis 39-Jährigen.* Das Leben der Haushalte im Alter 30 bis 39 Jahre ist geprägt durch karrierebedingt deutlich steigende Erwerbseinkommen, die einhergehen mit anschwellenden Ausgaben für den Basiskonsum als Folge der Familienvergrößerung. Parallel verringern sich die Einkommen des Lebenspartners allmählich mit der Anzahl Kinder im Haushalt. Für Alleinerziehende kommt eine verminderte Erwerbsbeteiligung dagegen aus finanziellen Gründen meist nicht in Frage – entsprechend höher ist die Doppelbelastung aus Erwerbstätigkeit und Erziehung. Außerdem unterscheiden sich jetzt Mieter und Selbstnutzerhaushalte immer deutlicher in ihrem Sparverhalten – selbst Haushalte derselben Einkommenskategorie (vgl. Abbildung 50): lässt man die Tilgung beiseite, legen zwar Mieter und Selbstnutzer eine gleich hohe Sparquote an den Tag, anhand der Tilgungsleistungen wird jedoch der doppelte Konsumverzicht sichtbar, den junge Selbstnutzerhaushalte aufgrund der oft simultanen Entscheidung für Wohneigentum und Familiengründung leisten; nicht ohne Grund haben Familien im Wohneigentum mehr Kinder als Mieterhaushalte.

<sup>50</sup> Den Zusammenhang zwischen Kindern, Eheschließung und Eigentumsbildung haben bereits viele Studien offengelegt. Wagner und Mulder (2000) zeigen im Rahmen einer Auswertung von Lebensverlaufsdaten durch so genannte Überlebensanalysen (damit ist der Verbleib in einer Mietwohnung gemeint), „dass die zeitliche Kopplung von Heirat und erster Geburt in besonderem Ausmaß mit dem Wechsel ins Hauseigentum verknüpft ist“. Haurin, Hendershott und Wachter (1996)<sup>50</sup> untersuchten 20-33-jährige amerikanische Haushalte im Beobachtungszeitraum 1985-90 (Daten aus National Longitudinal Survey of Youth). Dabei stellten sie fest, dass pro Jahr einer von 16 der betrachteten Mieterhaushalte ein zusätzliches Kind geboren hat. Ganz anders fiel das Ergebnis bei Selbstnutzern aus: dort lag dieser Wert bei 1:12 und bei aktuellen Erwerbern sogar bei 1:6.

*Beschleunigte Vermögensbildung nach dem Auszug der Kinder.* Dieses Bild ändert sich langsam, wenn in der Phase „40plus“ allmählich weniger Kinder zu versorgen sind und das Tilgungssparen geringer ausfällt. Spätestens in der dritten Phase, im Alter von 50 bis 60 Jahren, wird ein Großteil der laufenden Ersparnisse in Form von Geldvermögen angelegt und sind die Bauschulden weitgehend getilgt. Gleichzeitig sinken die Konsumausgaben, weil die Kinder den Haushalt verlassen, und der Lebenspartner wieder häufiger einer eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen kann.<sup>51</sup> Nur noch etwa 10% der vorhandenen Geldvermögen werden jetzt mittelfristig für langlebige Konsumgüter wieder konsumiert.

*Vermögensvorsprung der Wohneigentümer am Vorabend des Ruhestandes.* Gegen Ende des Erwerbslebens können die Selbstnutzer im früheren Bundesgebiet des Jahres 1998 schließlich auf ein Immobilienvermögen von durchschnittlich 200 Tsd. € zurückblicken. Daneben haben sie zusätzlich Geldvermögen zusammengetragen, die fast doppelt so groß sind wie bei vergleichbaren Mieterhaushalten. Das ist möglich, weil sie nach Begleichung der Wohnkosten über höhere verfügbare Einkommen verfügen. Darüber hinaus dürfte aber die Geldvermögensbildung der Selbstnutzer auch längerfristig angelegt sein als die der Mieter. Insbesondere haben diese Haushalte beispielsweise einen zusätzlichen Sparanreiz, wenn sie gegen drohende Reparaturen am Eigenheim im Rentenalter abgesichert sein wollen.

*Keine signifikanten Entsparprozesse im Ruhestand.* Aufgrund der bisher großzügigen Leistungen der gesetzlichen Alterssicherungssysteme mussten Rentner und Pensionäre bisher zur Bestreitung ihres täglichen Lebensunterhalts nicht auf ihr Vermögen zurückgreifen. Vielmehr werden die Vermögen meist nur angefasst, wenn unregelmäßige Ausgaben für langlebige Konsumgüter anstehen.<sup>52</sup> Der Anteil der Haushalte mit negativen Sparquoten fällt im Altersquerschnitt bei allen Haushaltstypen jedoch deutlich ab. Die Ursache dafür dürfte einmal in den abschmelzenden Vermögensbeständen und den – verglichen mit den jungen Alten – niedrigen sparfähigen Einkommen der Alten zu finden sein, die ein weiteres Entsparen rein technisch verhindern. Zum anderen spielen aber sicherlich auch eingeschränkte Konsummöglichkeiten durch Gebrechlichkeit und Verschlechterung des Gesundheitszustandes sowie Rücklagen für gewollte Erbschaften. Die im Altersquerschnitt oft zu beobachtenden niedrigeren Vermögensbestände der älteren Haushalte resultieren deswegen kaum aus Vermögensauflösungen; vielmehr hatten diese Geburtsjahrgänge aufgrund anderer ökonomischer Rahmenbedingungen schon immer weniger Vermögen angesammelt als später Geborene (Kohorteneffekt).

#### 4.2.2 Streuung der Vermögensbestände

*In Thüringen fehlen vor allem die vermögensreichen Haushalte.* Ohne Berücksichtigung von Lebensversicherungen besitzen die vermögensärmsten 10% aller Haushalte keinerlei Geldvermögen.<sup>53</sup> Ganz im Gegenteil ist die Geldvermögensbilanz der vermögensärmsten 5% aller Haushalte nach Abzug von Konsumenkrediten sogar negativ. Diese Aussagen gelten für das frühere Bundesgebiet genauso wie auch für die neuen Länder und für Thüringen (vgl. Tabelle 23). Unter Berücksichtigung des aktuellen Rückkaufswertes von Lebensversicherungen reduziert sich allerdings der Anteil geldvermögensloser Haushalte in allen Teilen Deutschlands. Insgesamt unterscheiden sich die vermögensärmsten 25% aller Haushalte nur wenig im Ost-West-Vergleich und besitzen sie netto und ohne Lebensversicherungen jeweils etwa 1.000 €. Gleichwohl besitzen die Haushalte in Thüringen hier mit knapp 600 € deutlich geringere Vermögen. Schon etwas größer fallen die Unterschiede auf, wenn man die Medianhaushalte (50%-Perzentil) vergleicht oder die Rückkaufswerte von Lebensversicherungen berücksichtigt. Die geldvermögensreichsten 10% aller Haushalte im früheren Bundesgebiet besitzen dann ohne Lebensversicherungen rund 60 Tsd. €, mit Lebensversicherungen fast 90 Tsd. €. Damit besitzen Haushalte in Thüringen mit knapp 35 bzw. knapp 40 Tsd. € nur halb so hohe Geldvermögen. Ähnliche Relationen gelten auch für die Gesamtvermögen aus Geldvermögen und Immobilien.

<sup>51</sup> Dieser Lebenszykluseffekt tritt vorwiegend im früheren Bundesgebiet auf, während die Frauen in den neuen Ländern meist auch während der Kindererziehungsphase einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

<sup>52</sup> Vgl. Braun (2000).

<sup>53</sup> Bestände auf Girokonten bleiben in dieser Analyse unberücksichtigt.

**Tabelle 23: Vermögensverteilung in Deutschland 1998**

Perzentile	Geldvermögen				Immobilien		Gesamtvermögen	
	ohne Lebensversicherungen		mit Lebensversicherungen		netto €	brutto €	netto €	brutto €
	netto €	brutto €	netto €	brutto €				
<b>A) Früheres Bundesgebiet</b>								
5%	-3.869	0	-1.229	0	0	0	-256	0
10%	0	0	0	155	0	0	0	516
25%	1.023	1.931	3.087	4.169	0	0	6.238	7.540
50%	8.692	9.459	15.674	16.692	0	0	55.755	74.400
75%	27.512	27.918	42.450	43.240	153.388	187.685	195.265	230.573
90%	61.483	62.020	86.977	88.044	255.646	306.775	328.590	368.326
95%	96.692	97.288	130.194	131.020	357.904	404.943	445.693	501.526
<b>B) Neue Länder u. Berlin-Ost</b>								
5%	-3.119	0	-1.380	0	0	0	-444	0
10%	0	0	0	328	0	0	0	619
25%	922	1.735	2.290	3.110	0	0	3.397	4.274
50%	6.391	7.260	8.948	9.990	0	0	15.324	16.477
75%	17.153	17.895	21.091	21.735	25.820	45.556	55.782	70.653
90%	33.737	34.318	38.297	39.173	117.597	153.388	139.967	171.511
95%	47.214	48.113	52.970	54.354	163.097	204.517	190.118	224.118
<b>C) Thüringen</b>								
5%	-3.401	0	-1.711	0	0	0	-869	0
10%	0	0	0	0	0	0	0	152
25%	577	1.347	1.473	2.556	0	0	2.736	4.083
50%	6.545	7.295	8.570	9.604	0	0	16.832	18.125
75%	17.153	17.766	20.974	21.269	50.618	76.694	69.951	91.343
90%	32.416	33.234	38.018	38.953	137.706	153.388	155.384	190.825
95%	44.250	44.482	50.764	50.764	164.636	204.517	197.870	243.459
<b>Vergleich B zu A</b>								
5%	81%	-	112%	-	-	-	174%	-
10%	-	-	-	212%	-	-	-	120%
25%	90%	90%	74%	75%	-	-	54%	57%
50%	74%	77%	57%	60%	-	-	27%	22%
75%	62%	64%	50%	50%	17%	24%	29%	31%
90%	55%	55%	44%	44%	46%	50%	43%	47%
95%	49%	49%	41%	41%	46%	51%	43%	45%
<b>Vergleich C zu A</b>								
5%	88%	-	139%	-	-	-	340%	-
10%	-	-	-	0%	-	-	-	29%
25%	56%	70%	48%	61%	-	-	44%	54%
50%	75%	77%	55%	58%	-	-	30%	24%
75%	62%	64%	49%	49%	33%	41%	36%	40%
90%	53%	54%	44%	44%	54%	50%	47%	52%
95%	46%	46%	39%	39%	46%	51%	44%	49%

**Lesebeispiel (Kategorie Gesamtvermögen, alle Haushalte, brutto):** Das Bruttogesamtvermögen der vermögensschwächsten 10% aller Haushalte im früheren Bundesgebiet beträgt 516 €, das Bruttogesamtvermögen der vermögensschwächsten 95% (=die vermögensstärksten 5%) beträgt 501.526 €. Die Zeilen unterhalb der Überschrift „Vergleich B zu A“ stellen die die entsprechenden Werte für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder ins Verhältnis usw.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

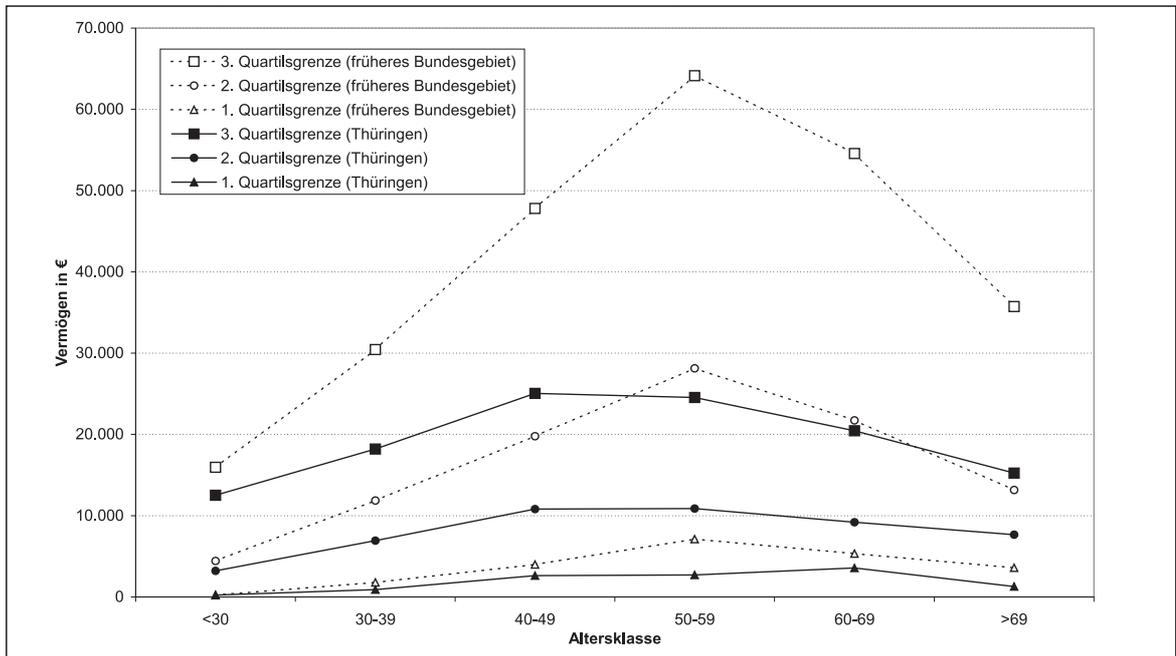
empirica

Die Höhe typischer Geldvermögen schwanken in einzelnen Lebensphasen erheblich. Vermögensbestände müssen genauso wie die Haushaltseinkommen immer im Kontext der Lebensphase beurteilt werden, in der sich ein Haushalt gerade befindet. So gehört ein Haushalt in Thüringen mit einem Nettogeldvermögen von beispielsweise 10.000 € zu den vermögensreichsten 50% seiner Altersklasse, wenn er unter 30 Jahre alt ist (vgl. Abbildung 51 oben). Dagegen muss ein Haushalt zwischen 40 und 49 Jahren mit demselben Vermögen eher den untersten 50% aller Haushalte gerechnet werden.

Abbildung 51: Streuung der Nettogeldvermögen im Altersquerschnitt 1998

## a) Quartilsgrenzen der Vermögensbestände

„Die 25/50/75% vermögensschwächsten besitzen maximal ein Geldvermögen von ...€“

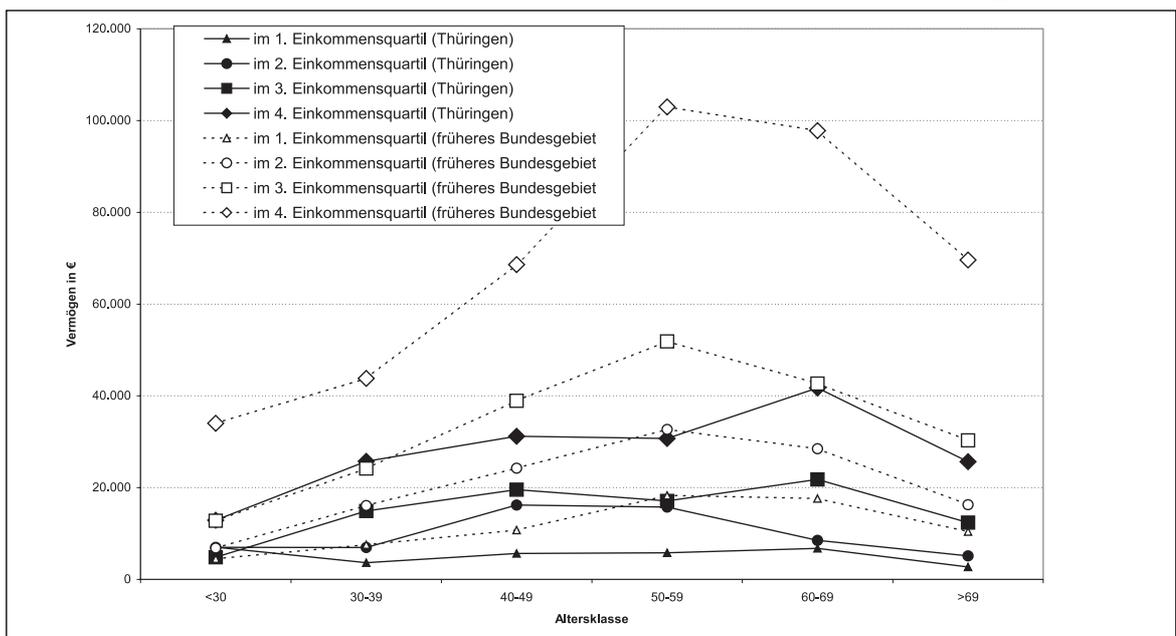


**Anmerkung:** 75% aller Haushalte haben ein Nettogeldvermögen oberhalb der 1. Quartilsgrenze, 25% darunter; die 2. Quartilsgrenze ist gleich dem Median; 25% aller Beobachtungen liegen oberhalb der 3. Quartilsgrenze, 75% unterhalb.

**Lesebeispiel (Kategorie Altersklasse 30-39 Jahre, Thüringen):** Ein Viertel der Haushalte mit 30- bis 39-jährigen Bezugspersonen in Thüringen besitzt ein Nettogeldvermögen von höchstens 900 € (Linie mit schwarzen Dreiecken), Haushalte des vermögensstärksten Viertels dieser Altersklasse besitzen mehr als 18.000 € (Linie mit schwarzen Quadraten).

## b) Mittlere Vermögensbestände nach Einkommensquartilen (vgl. Abbildung 35)

„Die einkommensschwächsten unteren/mittleren/oberen 25% der Haushalte besitzen ein mittleres Geldvermögen von ...€“



**Anmerkung:** die Einkommensquartile wurden für die alten und neuen Länder sowie für einzelne Altersklassen getrennt berechnet.

**Lesebeispiel (Kategorie Altersklasse 30-39 Jahre, Thüringen):** Haushalte mit 30- bis 39-jährigen Bezugspersonen in Thüringen im ersten Einkommensquartil (die 25% einkommensschwächsten Haushalte) besitzen im Durchschnitt ein Nettogeldvermögen von rund 3.600 € (Linie mit schwarzen Dreiecken), Haushalte im vierten Einkommensquartil (die 25% einkommensstärksten Haushalte) dieser Altersklasse besitzen im Durchschnitt gut 24.000 € (Linie mit schwarzen Rauten).

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

*Selbst die einkommensstarken Haushalte in Thüringen besitzen nur geringe Geldvermögen.* Neben dem Alter spielt aber auch das Einkommen eine wichtige Rolle für die Höhe der Vermögensbestände. Denn egal ob man für die eigene Altersvorsorge, zur Eigenkapitalbildung für eine Immobilie oder für den Kauf langlebiger Konsumgüter anspart, immer richten sich die Wünsche und der Sparbedarf nach dem persönlichen Einkommen. Ein Vergleich der Vermögensbestände in verschiedenen nominalen Einkommensklassen ist jedoch schwierig, weil auch das Einkommen sehr altersabhängig ist und ein Vergleich z.B. der Haushalte mit einem Monatseinkommen von 1.500-2.000 € eher die einkommensstarken jungen Alleinlebenden mit normalverdienenden Familienhaushalten mittleren Alters in einen Topf wirft. Deswegen sollen an dieser Stelle die mittleren Geldvermögensbestände von Haushalten derselben Einkommenschicht betrachtet werden, wobei diese Schichten getrennt für verschiedene Altersklassen sowie getrennt für die neuen Länder und das frühere Bundesgebiet definiert sind (vgl. Abbildung 35 in Abschnitt 4.1). Während die 25% vermögensärmsten Haushalte im früheren Bundesgebiet kaum höhere Geldvermögen vorweisen können als in den neuen Ländern (vgl. Abbildung 51 oben), haben die 25% Einkommensärmsten im früheren Bundesgebiet bereits deutlich höhere Geldvermögen angespart als Gleichaltrige in den neuen Ländern (vgl. Abbildung 51 unten). Dies zeigt, dass Einkommensarmut und Vermögensarmut nicht notwendig dasselbe sind. Offensichtlich konnte die breite Masse der Haushalte in den neuen Ländern noch nicht soviel Geldvermögen ansparen wie im früheren Bundesgebiet. Dies betrifft aber nicht alle Arten der Geldvermögen gleichartig (vgl. Abschnitt 4.2.3).

*Immobilienvermögen sind in Thüringen noch ungleicher verteilt als im früheren Bundesgebiet.* Mehr als die Hälfte aller Haushalte besitzt keine Immobilien (vgl. Tabelle 23). Da der Wert von Immobilien aber meist ein Vielfaches der typischen Ausstattung mit Geldvermögen ausmacht, ergeben sich sehr große Ungleichheiten zwischen Immobilienbesitzern und anderen Haushalten. Die meisten Immobilien in der Hand privater Haushalte sind selbstgenutzte Wohnimmobilien, so dass sich die ungleich höheren Vermögensbestände der Immobilienbesitzer insbesondere zwischen Mietern und Selbstnutzern niederschlagen. Da aber Selbstnutzer auch bei identischen Haushaltseinkommen wie gleichaltrige Mieterhaushalte höhere Vermögen ansammeln, ist diese Ungleichheit sozial unbedenklich, sie stellt eine Ergebnisungleichheit dar und resultiert nicht aus einer Chancenungleichheit. Außerdem zeigt der schnelle Anstieg der Wohneigentumsquote in den neuen Ländern, dass diese Ungleichheiten sehr schnell verringert werden. Gleichwohl wird sich die Wohneigentumsquote bei den Haushalten in Thüringen mit älteren, über 50-jährigen Bezugspersonen nicht mehr an das höhere Niveau im früheren Bundesgebiet anpassen können. Hier bleibt ganzen Generationen von Mietern in Thüringen der Weg in die eigenen vier Wände für immer versagt (vgl. dazu auch Kapitel III.8).

### **Exkurs: Besonderheiten der Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum**

*Selbstnutzer sind nicht immer die Einkommensstärkeren.* Zuweilen wird konstatiert, dass nur die so genannten Spitzenverdiener in der Lage sind, die Vorzüge der „eigenen vier Wände“ zu genießen. Diese Aussage ist natürlich angesichts der hohen Baukosten in Deutschland auf den ersten Blick plausibel. Der Umkehrschluss, dass Selbstnutzer immer die „Reicheren“ sind, muss jedoch sehr differenziert gezogen werden.

*In Selbstnutzerhaushalten sind öfter beide Lebenspartner erwerbstätig.* Tatsächlich liegen die Haushaltseinkommen der Selbstnutzer im Mittel immer über denen gleichaltriger Mieterhaushalte. Allerdings ist diese Beobachtung zum Teil auch Resultat und nicht nur Voraussetzung des Immobilienerwerbes. So können viele Haushalte nur dadurch die hohen anfänglichen Zins- und Tilgungsleistungen tragen, dass der Ehe- oder Lebenspartner ebenfalls eine Erwerbstätigkeit aufnimmt. Im Ergebnis sind in 75% aller Familienhaushalte in Thüringen mit zwei Elternteilen beide Partner erwerbstätig, wenn Wohneigentum vorhanden ist, bei Mieterhaushalten aber nur in 60% aller Familien. Insofern stehen hinter den überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen auch andere Lebensplanungen als bei Mieterhaushalten.<sup>54</sup>

<sup>54</sup> Die Möglichkeit einer höheren Erwerbsbeteiligung wird natürlich immer auch von der Qualifikation des Lebens-/Ehepartners und von der Lage am Arbeitsmarkt abhängig sein.

### 4.2.3 Entwicklung der Geldvermögensbestände und -strukturen

*Aufholprozess zum früheren Bundesgebiet wird gebremst durch Mangel an Einkommensstarken*“. Die mittleren Bestände der Nettogeldvermögen sind in Thüringen zwischen 1993 und 1998 von 10 auf 15 Tsd. € um 45% angestiegen; mit 14.860 liegen die Haushalte in Thüringen dabei auf Platz zwei nach Sachsen. Dagegen konnten die Geldvermögen der Haushalte im früheren Bundesgebiet im selben Zeitraum nur um 8% auf knapp 35 Tsd. € zulegen (vgl. Tabelle 24). An Gewicht gewonnen haben in den neuen Ländern dabei insbesondere Lebensversicherungen aber auch Wertpapiere. Demgegenüber sind Bauspar- und Sparguthaben weniger stark angestiegen, so dass deren Portfoliogewichte gefallen sind. Insbesondere ältere Erwerbstätige verfügen in den neuen Ländern zwar nicht seltener, aber über geringere Vorsorgeniveaus im Rahmen von Lebensversicherungen, weil diese in der ehemaligen DDR nicht abgeschlossen werden konnten. Im Gegensatz zu anderen Geldanlagen werden Lebensversicherungen außerdem sehr langfristig angespart, wodurch die Höhe der aktuellen Rückkaufwerte stark lebenszyklusabhängig sind. Bausparguthaben sind in den neuen Ländern vor allem bei älteren Haushalten geringer und seltener zu finden, weil seltener Wohneigentum vorhanden ist. Im Ergebnis sind Anpassungen an das westdeutsche Niveau bei Lebensversicherungen und Bausparguthaben erst nach einer sehr langen Übergangsphase zu erzielen. Im Gegensatz dazu werden andere Geldvermögen überwiegend kurzfristig akkumuliert, so dass sich die Unterschiede auch aufgrund des geringeren Anteils an Einkommensstarken in den neuen Ländern und nicht nur historisch bedingt erklären lassen (vgl. Kapitel 4.1).

**Tabelle 24: Struktur der Geldvermögensbestände 1993 und 1998**

Altersklasse	Lebensversicherungen	Wertpapiere	Bausparguthaben	Sparguthaben	Restschuld Konsumentenkredite	Bruttogeldvermögen	Nettogeldvermögen
<b>1998</b>							
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
<30	3.358	5.062	2.793	4.257	1.288	15.713	14.425
30-39	7.270	8.637	3.356	5.394	1.967	24.942	22.975
40-49	15.809	11.386	3.401	6.953	2.188	37.926	35.737
50-59	22.284	17.856	3.191	8.934	1.439	52.888	51.450
>59	6.783	19.383	1.418	10.350	393	38.853	38.460
Insgesamt	10.965	14.025	2.640	7.853	1.332	36.053	34.721
<b>Neue Länder</b>							
<30	1.321	2.465	1.189	2.775	1.410	7.793	6.382
30-39	2.912	4.420	2.147	4.157	2.051	13.777	11.726
40-49	4.261	6.693	2.390	5.331	1.854	18.961	17.108
50-59	4.605	9.079	2.000	6.035	1.193	22.034	20.842
>59	1.268	6.617	711	6.555	289	15.472	15.183
Insgesamt	2.819	6.312	1.613	5.436	1.213	16.435	15.222
<i>darunter:</i>							
Brandenburg	3.281	5.238	1.705	5.635	1.302	16.112	14.810
Meckl.-Vorp.	2.718	5.568	1.293	5.500	1.237	15.315	14.078
Sachsen	2.677	7.529	1.663	5.625	1.022	17.779	16.757
Sachsen-Anhalt	2.578	5.075	1.642	5.098	1.099	14.571	13.472
Thüringen	2.617	6.017	1.774	5.314	1.133	15.994	14.860
<b>1993</b>							
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
<30	1.813	4.085	2.332	2.742	1.248	12.741	11.493
30-39	7.157	6.318	3.595	3.934	1.612	23.859	22.247
40-49	18.295	9.250	3.404	5.514	1.663	40.795	39.132
50-59	22.774	12.012	2.889	6.520	1.109	48.245	47.136
>59	6.523	14.486	1.073	7.440	232	33.163	32.932
Insgesamt	11.105	10.374	2.445	5.730	1.023	33.125	32.103
<b>Neue Länder</b>							
<30	483	1.652	1.268	1.726	1.103	6.140	5.037
30-39	1.004	2.816	1.629	2.901	1.194	10.668	9.474
40-49	1.561	3.545	1.686	3.737	1.155	13.434	12.280
50-59	1.531	4.336	1.417	4.302	562	14.757	14.195
>59	690	3.130	388	4.817	197	11.234	11.037
Insgesamt	1.076	3.248	1.204	3.781	758	11.756	10.998
<i>darunter:</i>							
Brandenburg	1.300	3.863	1.192	3.635	1.006	12.816	11.810
Meckl.-Vorp.	1.176	2.615	1.100	3.979	655	11.290	10.635
Sachsen	997	3.854	1.464	3.922	684	12.993	12.308
Sachsen-Anhalt	1.018	2.257	1.009	3.635	871	9.962	9.091
Thüringen	1.197	2.546	1.271	3.741	672	10.931	10.258

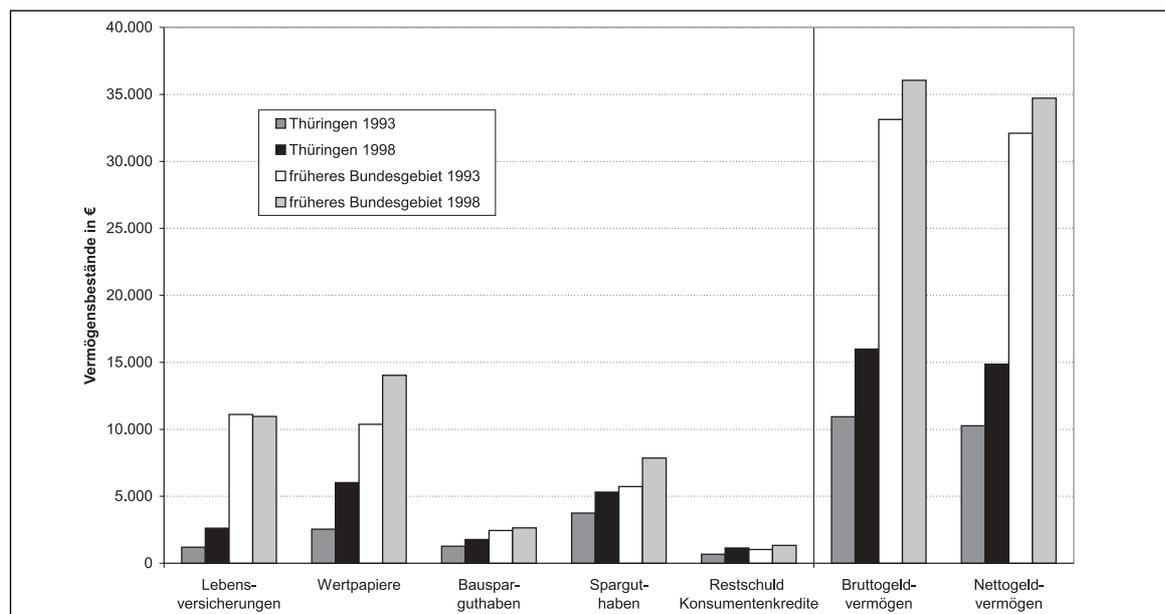
Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

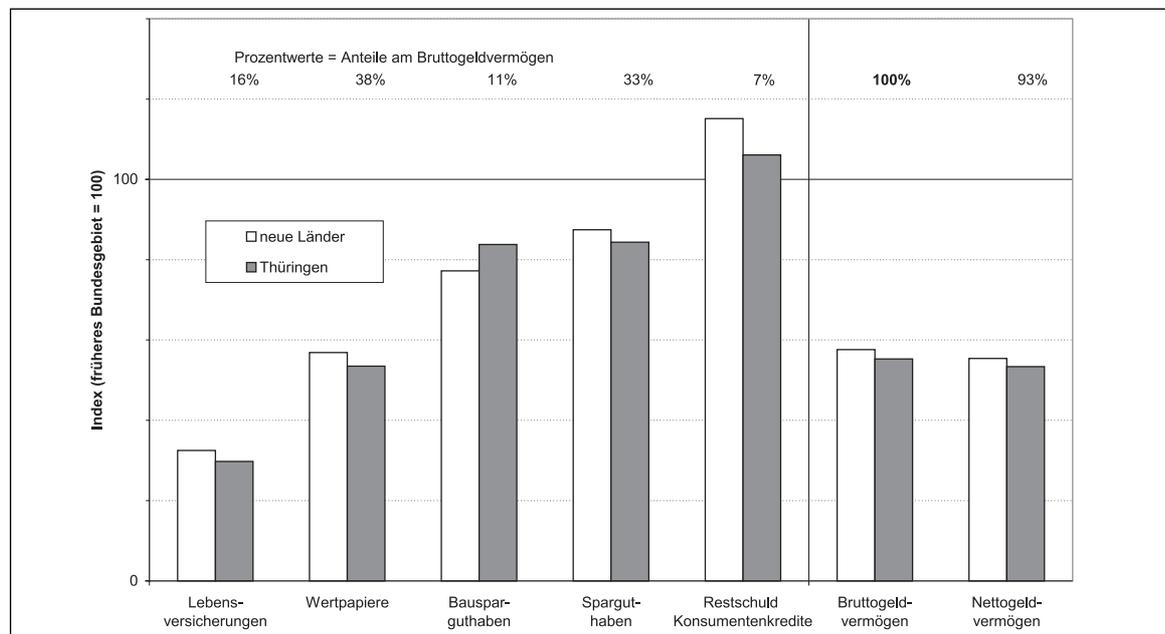
Große Ost-West-Unterschiede vor allem bei Lebensversicherungen und Bausparverträgen. Eine Analyse der Teilportfolii unterschiedlicher Vermögensarten verdeutlicht die Präferenzen der Anleger: (festverzinsliche) Wertpapiere und Sparguthaben stehen in der Anlagegunst am höchsten (vgl. Abbildung 52 oben). Allerdings unterscheiden sich die Portfoliogewichte über die Altersklassen aufgrund der beschriebenen Sonderrolle der Lebensversicherungen sowie wegen der Lebenszyklusabhängigkeit von Lebensversicherungen und Bausparverträgen (vgl. Tabelle 24).

**Abbildung 52: Portfoliostrukturen im Zeitvergleich 1993 und 1998**

a) Nominale Vermögensbestände 1993 und 1998



b) Index der Vermögensbestände 1998 (Relationen zum früheren Bundesgebiet, korrigiert um Einkommensunterschiede)



**Definition:** Index = Relation der Vermögensbestände in den neuen Länder zum früheren Bundesgebiet, Vermögensbestände werden als Vielfaches des Haushaltsnettoeinkommens gemessen, um Einkommensunterschiede zu korrigieren.

**Lesebeispiel (graue Säulen):** Gemessen an ihrem Einkommen haben thüringische Haushalte weniger Ansprüche an Lebensversicherungen, im Vergleich zum früheren Bundesgebiet erreichen sie nur ein Niveau von etwa 30% (Indexwert=30). Die thüringischen Haushalte verfügen auch über geringere Bausparguthaben, im Vergleich zum früheren Bundesgebiet erreichen sie nur ein Niveau von knapp 84% (Indexwert=84).

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

*Anlageverhalten der Haushalte in Thüringen reflektiert geringere Vermögensbestände.* Insgesamt offenbaren die Unterschiede der Portfoliostrukturen zwischen Thüringen und dem früheren Bundesgebiet sehr plastisch die Diskrepanzen im Anlageverhalten bei ungleichen Vermögensbeständen. Wenn ein kleineres Vermögen angelegt werden soll und deswegen ein größerer Anteil liquide sein muss, um etwa den Erwerb langlebiger Konsumgüter zu finanzieren, dann muss weniger renditeträchtig und damit kurzfristiger und weniger risikoreich angelegt werden. Deswegen haben die Haushalte in Thüringen – zumindest in Relation zu ihrem Einkommen<sup>55</sup> – ähnlich hohe Sparguthaben angesammelt wie Haushalte im früheren Bundesgebiet (vgl. Abbildung 52b). Demgegenüber wird die Relation zwischen den mittleren Anlagebeträgen im Ost-West-Vergleich umso kleiner, je riskanter (Wertpapiere) bzw. je langfristiger (Bausparverträge und Lebensversicherungen) die Anlageformen angelegt sind; der jeweilige Index liegt dann deutlich niedriger. Diese Besonderheiten im Anlageverhalten der Haushalte in Thüringen würden aber verschwinden, sobald weite Bevölkerungskreise Einkommen erzielen, die mit denen im früheren Bundesgebiet vergleichbar sind. Bei den jüngeren Haushalten und den Rentnern hat hier bereits eine deutliche Annäherung stattgefunden (vgl. Kapitel 4.1). Wenn andere Altersklassen folgen sollen, bedingt dies aber auch, dass es in Thüringen mehr einkommensstarke Haushalte geben muss als es heute der Fall ist.

#### 4.2.4 Vermögensarmut und -reichtum

*Fast jeder siebte Haushalt in Thüringen ist vermögenslos oder hat Schulden, bei jungen Haushalten sogar gut jeder fünfte.* In Thüringen besitzen die Haushalte im Mittel ein Gesamtvermögen aus Geldvermögen und Immobilien in Höhe von 17 Tsd. € (Medianvermögen, vgl. Tabelle 23). Demgegenüber haben mehr als die Hälfte der Haushalte aus dem früheren Bundesgebiet ein Gesamtvermögen von mindestens 55 Tsd. € angespart und sind deswegen weitaus vermögensreicher als der Durchschnittshaushalt in Thüringen. Da selbst unterhalb einer Schwelle von 60% des Medians noch gut 40% aller Haushalte anzutreffen sind (vgl. Tabelle 25), scheint es nicht sinnvoll, diese Schwelle, die beim Einkommen als Armutsmaß herangezogen wurde, analog auf die Messung von Vermögensarmut anzuwenden. Vermögen streuen eben viel stärker als Einkommen, so dass „strengere“ Maßstäbe angelegt werden müssen, um die wirklich vermögensarmen Haushalte herauszufiltern. Deswegen werden im Folgenden diejenigen Haushalte als vermögensarm eingestuft, die nach Abzug von Krediten aller Art (Konsumenten- und Baukredite) ein negatives Gesamtvermögen aufweisen.<sup>56</sup> Zu dieser Gruppe gehören im früheren Bundesgebiet 13% und in Thüringen 15% aller Haushalte. Die höchste Armutsquote ist in beiden Landesteilen mit rund 20% bei den jungen Haushalten zu finden. Junge Haushalte haben eben erst kleine Vermögen aufgebaut und kaufen öfter als ältere Haushalte langlebige Konsumgüter auf Kredit.

*Zwei von hundert Haushalten in Thüringen besitzen mehr als eine viertel Million Euro.* Auch zur Messung von Vermögensreichtum können wieder sowohl Schwellen in Form von absoluten Geldbeträgen als auch relativ zum jeweiligen<sup>57</sup> Medianvermögen in Betracht gezogen. Aufgrund der hohen Spannweite der Vermögensbestände besitzt aber jeweils ein gutes Drittel aller Haushalte immer noch mehr als das Doppelte des jeweiligen Medianhaushalts; etwa ein Viertel besitzt sogar mehr als das Dreifache des Medians, in Thüringen fast jeder Dritte. Die unterschiedlichen Vermögensverteilungen kommen deswegen erst dann zum Vorschein, wenn man absolute Schwellen anstelle von Relationen zum jeweiligen Medianvermögen betrachtet. So summiert sich das Gesamtvermögen bei über 40% der Haushalte im früheren Bundesgebiet, aber nur bei jedem fünften Haushalt in Thüringen auf mehr als 100 Tsd. €. Immerhin noch gut jeder sechste westdeut-

<sup>55</sup> Einkommensunterschiede werden korrigiert, indem die Vermögensbestände als Vielfaches des Haushaltsnettoeinkommens gemessen werden.

<sup>56</sup> Soweit mit diesen Krediten langlebige Konsumgüter finanziert wurden, stehen den negativen Vermögen natürlich die entsprechenden Sachwerte gegenüber (Informationen über den Zeitwert dieser Sachvermögen liegen jedoch nicht vor). Gleichwohl besitzt der betroffene Haushalt kein liquides „Finanzpolster“ mehr, auf das er im Falle unerwarteter Ausgaben oder im Falle von Verdienstaussfällen zurückgreifen könnte.

<sup>57</sup> „Jeweilig“ bedeutet hier, dass die Reichtumsschwellen getrennt für Ost und West sowie getrennt für vier verschiedene Altersklassen berechnet wurden. Eine Berechnung über alle Altersklassen würde ansonsten immer „nur“ den Effekt haben, dass die ganz jungen und ganz alten Haushalte vermögensarm sind, weil die jungen Haushalte in ihrem bisher kurzen Erwerbsleben noch keine großen Vermögen aufbauen konnten (Alterseffekt) und weil die alten Haushalte – bedingt durch andere ökonomische Rahmenbedingungen während ihres Erwerbslebens – ihre Vermögensbildung auf einem niedrigeren Niveau vonstatten ging (Kohorteneffekt).

**Tabelle 25: Armut und Reichtum: Nettogesamtvermögen 1998**

Definition anhand unterschiedlicher Schwellenwerte für die alten und neuen Länder, sowie getrennt für vier Altersklassen

**Anteil Haushalte mit Nettogesamtvermögen...**

	<0 €	>100.000 €	>250.000 €	>500.000 €	<60% vom Median	>200% Median	>300% Median
<b>Deutschland</b>							
<35	11%	15%	4%	1%	42%	38%	32%
35-49	7%	38%	13%	2%	43%	37%	25%
50-64	3%	52%	24%	6%	39%	24%	13%
>64	1%	38%	14%	3%	43%	38%	26%
<b>Insgesamt</b>	<b>5%</b>	<b>37%</b>	<b>15%</b>	<b>3%</b>	<b>42%</b>	<b>34%</b>	<b>23%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
<35	11%	16%	5%	1%	42%	38%	32%
35-49	7%	42%	16%	3%	43%	36%	24%
50-64	3%	59%	29%	7%	39%	22%	10%
>64	1%	44%	17%	4%	44%	40%	27%
<b>Insgesamt</b>	<b>5%</b>	<b>42%</b>	<b>17%</b>	<b>4%</b>	<b>42%</b>	<b>34%</b>	<b>23%</b>
<b>Neue Länder</b>							
<35	12%	8%	1%	0%	42%	38%	31%
35-49	8%	22%	3%	0%	41%	38%	31%
50-64	2%	20%	3%	1%	38%	33%	26%
>64	1%	8%	1%	0%	38%	30%	21%
<b>Insgesamt</b>	<b>6%</b>	<b>16%</b>	<b>2%</b>	<b>0%</b>	<b>40%</b>	<b>35%</b>	<b>27%</b>
<b>Thüringen</b>							
<35	12%	12%	2%	0%	32%	49%	43%
35-49	6%	27%	2%	0%	39%	43%	37%
50-64	6%	22%	4%	0%	41%	32%	26%
>64	3%	9%	0%	0%	43%	33%	25%
<b>Insgesamt</b>	<b>7%</b>	<b>19%</b>	<b>2%</b>	<b>0%</b>	<b>39%</b>	<b>39%</b>	<b>32%</b>

**Anmerkung:** Die Armut- bzw. Reichtumsschwellen wurden für die aufgeführten Alterklassen getrennt berechnet. Eine Berechnung über alle Altersklassen würde ansonsten immer „nur“ den Effekt haben, dass die ganz jungen und ganz alten Haushalte vermögensarm sind, weil die jungen Haushalte in ihrem bisher kurzen Erwerbsleben noch keine großen Vermögen aufbauen konnten (Alterseffekt) und weil die alten Haushalte – bedingt durch andere ökonomische Rahmenbedingungen während ihres Erwerbslebens – ihre Vermögensbildung auf einem niedrigeren Niveau vorstatten ging (Kohorteneffekt).

**Lesebeispiel (Deutschland, insgesamt):** bei 5% aller Haushalte belaufen sich die ausstehenden Schulden (Konsumenten- und Baukredite) auf einen größeren Betrag als das gesamte vorhandene Vermögen aus Geldanlagen und Immobilien, sie besitzen ein negatives Gesamtvermögen. 37% aller Haushalte (15% bzw. 3%) besitzen nach Abzug von Krediten mehr als 100.000 € (250.000 € bzw. 500.000 €). Das Nettogesamtvermögen von 42% aller Haushalte liegt unter einer Schwelle von 60% des Medianvermögens, das Nettogesamtvermögen von 34% (23%) aller Haushalte liegt über einer Schwelle von 200% (300%) des Medianvermögens.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

sche, aber nur zwei von hundert der Haushalte in Thüringen besitzt mehr als eine viertel Million Euro. Vermögensmillionäre sind aufgrund der Restriktionen der EVS kaum noch nachzuweisen.<sup>58</sup>

*Die Vermögensverteilung junger Haushalte unterscheidet sich kaum im Ost-West-Vergleich.* So unterschiedlich die Vermögensverteilungen in den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet auch sein mögen, sind diese Ungleichheiten nicht gleichermaßen in allen Altersklassen anzutreffen (vgl. Abbildung 53). Insbesondere Haushalte mit unter 35-jähriger Bezugsperson unterscheiden sich nur marginal. In den neuen Ländern sind diese Haushalte häufiger verschuldet und fehlen die „superreichen“ mit mehr als 250.000 € Gesamtvermögen. Dafür ist das Mittelfeld (1 bis 12.500 €) stärker besetzt. Erst bei den älteren Haushalten mit 35- bis 64-jähriger Bezugsperson zeigen sich größer Unterschiede in der Vermögensverteilung – insbesondere im Bereich bis 50 Tsd. € und über 250 Tsd. €. Analog zur Einkommensverteilung kann also

<sup>58</sup> Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 35.000 DM werden nicht erfasst.

**Tabelle 26: Armut und Reichtum: Nettogeldvermögen 1998**

Definition anhand unterschiedlicher Schwellenwerte für die alten und neuen Länder, sowie getrennt für vier Altersklassen

**Anteil Haushalte mit Nettogeldvermögen...**

Alter Haushaltsvorstand	<0 €	>100.000 €	>250.000 €	>500.000 €	<60% vom Median	>200% Median	>300% Median
<b>Deutschland</b>							
<35	20%	2%	0%	0%	42%	34%	25%
35-49	15%	6%	1%	0%	39%	31%	20%
50-64	10%	12%	2%	0%	37%	29%	18%
>64	9%	6%	1%	0%	38%	31%	21%
<b>Insgesamt</b>	<b>13%</b>	<b>7%</b>	<b>1%</b>	<b>0%</b>	<b>39%</b>	<b>31%</b>	<b>21%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
<35	20%	2%	0%	0%	42%	34%	25%
35-49	15%	7%	1%	0%	39%	31%	20%
50-64	10%	14%	3%	0%	38%	30%	18%
>64	9%	8%	1%	0%	38%	33%	22%
<b>Insgesamt</b>	<b>13%</b>	<b>8%</b>	<b>1%</b>	<b>0%</b>	<b>39%</b>	<b>32%</b>	<b>21%</b>
<b>Neue Länder</b>							
<35	22%	0%	0%	0%	42%	34%	25%
35-49	14%	1%	0%	0%	38%	31%	19%
50-64	9%	2%	0%	0%	35%	27%	15%
>64	9%	1%	0%	0%	36%	25%	14%
<b>Insgesamt</b>	<b>13%</b>	<b>1%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>38%</b>	<b>29%</b>	<b>18%</b>
<b>Thüringen</b>							
<35	18%	0%	0%	0%	36%	44%	36%
35-49	15%	1%	0%	0%	39%	32%	20%
50-64	11%	2%	0%	0%	37%	21%	11%
>64	18%	1%	0%	0%	43%	22%	15%
<b>Insgesamt</b>	<b>15%</b>	<b>1%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>39%</b>	<b>29%</b>	<b>19%</b>

**Anmerkung:** Die Armut- bzw. Reichtumsschwellen wurden für die aufgeführten Altersklassen getrennt berechnet. Eine Berechnung über alle Altersklassen würde ansonsten immer „nur“ den Effekt haben, dass die ganz jungen und ganz alten Haushalte vermögensarm sind, weil die jungen Haushalte in ihrem bisher kurzen Erwerbsleben noch keine großen Vermögen aufbauen konnten (Alterseffekt) und weil die alten Haushalte – bedingt durch andere ökonomische Rahmenbedingungen während ihres Erwerbslebens – ihre Vermögensbildung auf einem niedrigeren Niveau vonstatten ging (Kohorteneffekt).

**Lesebeispiel (Deutschland, insgesamt):** bei 13% aller Haushalte belaufen sich die ausstehenden Konsumentenkredite auf einen größeren Betrag als die gesamten vorhandenen Geldanlagen, sie besitzen ein negatives Geldvermögen. 7% aller Haushalte (1% bzw. etwa 0%) besitzen nach Abzug von Konsumentenkrediten Geldanlagen von mehr 100.000 € (250.000 € bzw. 500.000 €). Das Nettogeldvermögen von 39% aller Haushalte liegt unter einer Schwelle von 60% des Median-Nettogeldvermögens, das Nettogeldvermögen von 31% (21%) aller Haushalte liegt über einer Schwelle von 200% (300%) des Median-Nettogeldvermögens.

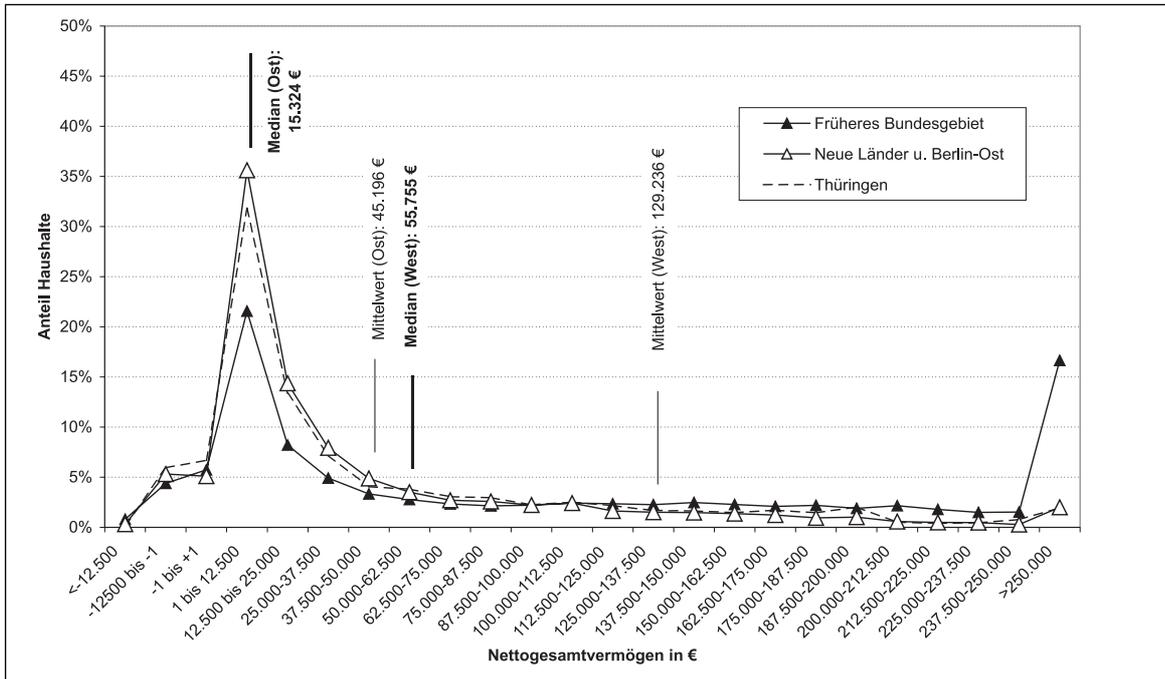
**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

**empirica**

bei den jungen Haushalten eine deutliche Annäherung an das Niveau im früheren Bundesgebiet beobachtet werden, während die Vermögensbildung der älteren unter der höheren Arbeitslosigkeit leiden muss. Insbesondere die im Jahr 1998 50- bis 64-Jährigen hatten geringe Chancen, ihre „entwerteten“ Qualifikationen nach der Wiedervereinigung wieder aufzuwerten.

*Hohe Vermögensansprüche der Ruheständler in den neuen Ländern kompensieren weitgehend die niedrigeren Geldvermögen.* Die Verteilung der Gesamtvermögen von Ruheständlern in den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet sind wiederum sehr ähnlich (vgl. Abbildung 53 unten rechts). Hier spielt nicht zuletzt eine wichtige Rolle, dass in den neuen Ländern mehr Haushalte zwei eigenständige Rentenansprüche haben, weil Frauen länger und öfter als im früheren Bundesgebiet erwerbstätig waren (vgl. Kapitel 4.1). Dennoch verbleiben deutliche Unterschiede in der Verteilung, die sich vor allem bei den hohen Vermögen bemerkbar machen und nicht zuletzt auf die niedrige Wohneigentumsquote der neuen Länder zurückzuführen sind. Immobilien sind eben ein Vielfaches der typischen Geldvermögen privater Haushalte wert. Berücksichtigt man demnach die geschätzten Renten-/Pensionsansprüche, dann erreichen die

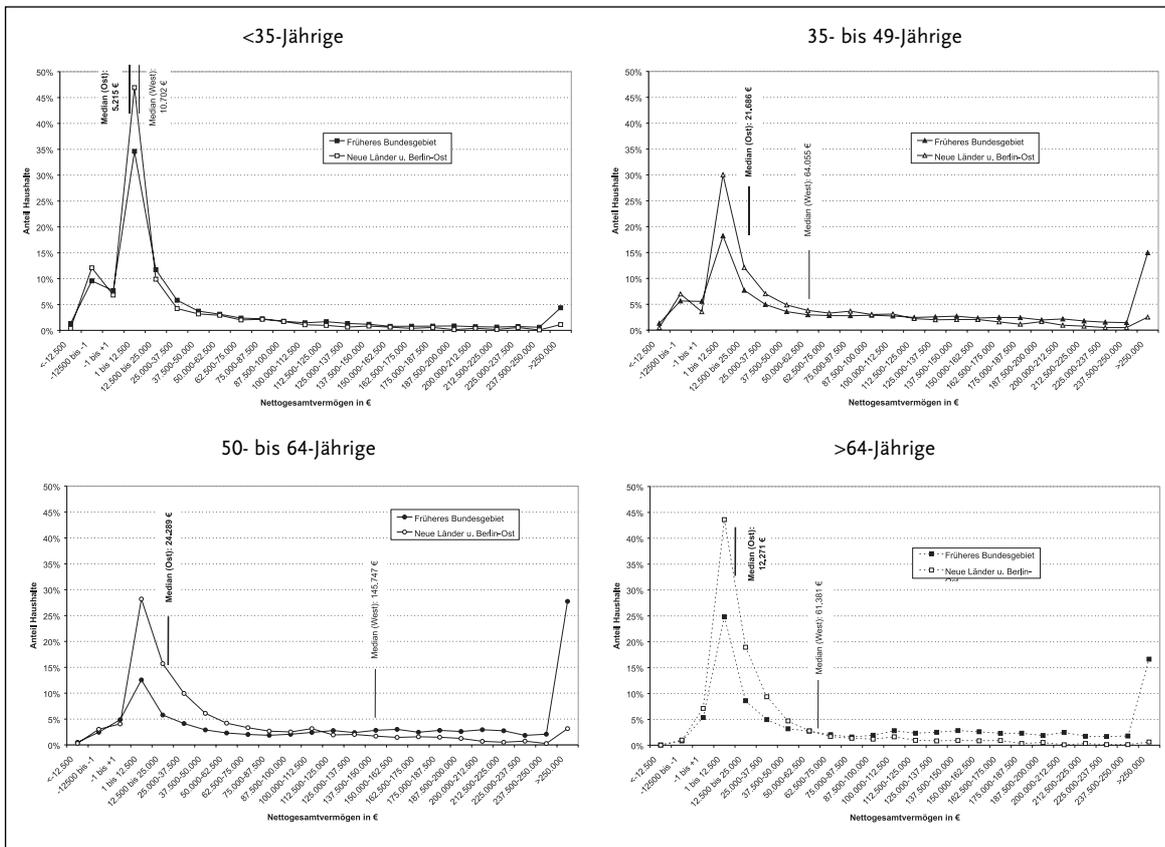
Abbildung 53: Verteilung des Nettogesamtvermögens 1998 (Geldvermögen und Immobilien)



Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

Abbildung 54: Verteilung des Nettogesamtvermögens (Geldvermögen und Immobilien) in verschiedenen Altersklassen 1998

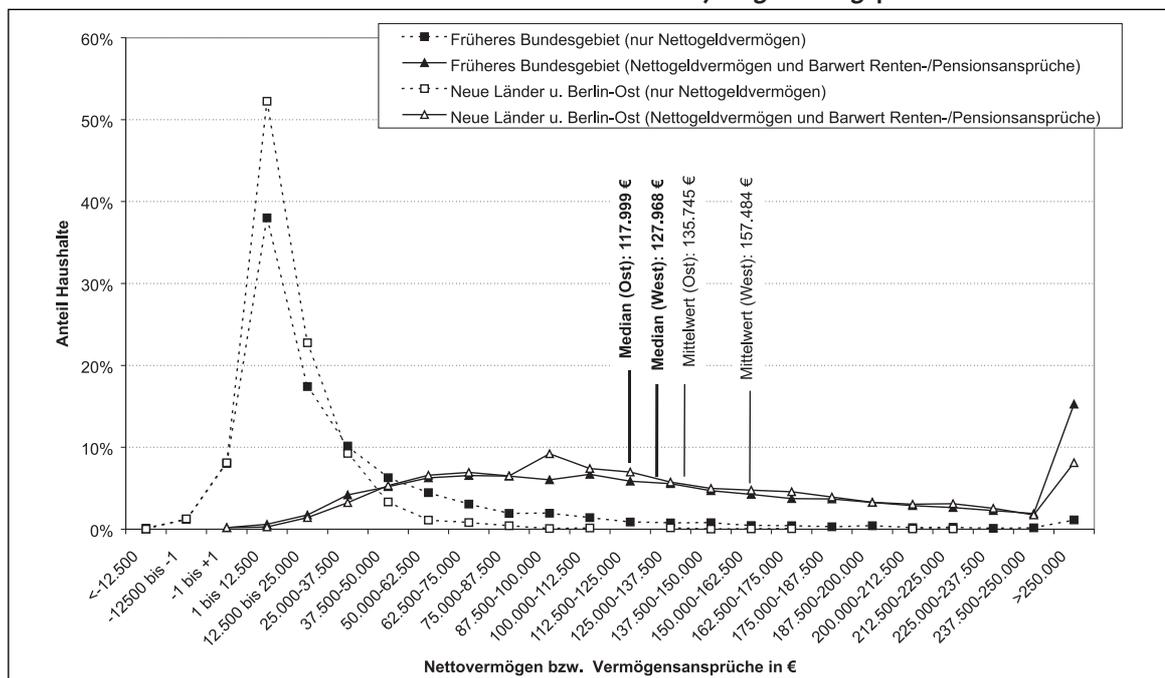


Anmerkung: Fallzahlen für gesonderte Analyse in Thüringen zu gering.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

**Abbildung 55: Verteilung des Nettogeldvermögens und der Vermögensansprüche an Renten- und Pensionskassen von Haushalten mit über 64-jähriger Bezugsperson 1998**



**Annahmen:** die derzeitigen Renten und Pensionen werden in konstanter Höhe über die im Mittel verbleibende Lebenserwartung ausbezahlt, länger lebende Partner bekommen 70% Witwen-/Witwerrente.

**Anmerkung:** Fallzahlen für gesonderte Analyse in Thüringen zu gering.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

resultierenden Verteilungen eine recht hohe Deckungsgleichheit (vgl. Abbildung 55). Nach wie vor finden sich Haushalte aus dem früheren Bundesgebiet allerdings etwas häufiger bei den Spitzenvermögen und Haushalte aus den neuen Ländern öfter im Mittelfeld (jetzt bei 87.500 bis 125.000 €), insgesamt fehlen aber mal wieder „nur“ die ganz Reichen. Die Mediane liegen mit 128 bzw. 118 Tsd. € nur 8% auseinander<sup>59</sup> und selbst die Mittelwerte, die sehr stark auf Ungleichheiten reagieren, liegen mit 157 und 136 Tsd. € auch nur 16% auseinander.<sup>60</sup>

#### 4.2.5 Schulden und Überschuldung

*Bei der Kreditaufnahme hat Thüringen bereits mit dem früheren Bundesgebiet gleichgezogen.* Haushalte in den neuen Ländern bzw. in Thüringen waren 1998 etwas häufiger zu Konsumzwecken verschuldet als Haushalte aus dem früheren Bundesgebiet. Absolut betrachtet wie auch gemessen an ihrem niedrigeren Einkommen sind die Haushalte in den neuen Ländern mit durchschnittlich 2,4 Monatseinkommen aber weniger stark verschuldet als Haushalte im früheren Bundesgebiet mit rund 3 Monatseinkommen. Haushalte in Thüringen liegen mit 2,2 Monatseinkommen sogar noch unter dem Mittelwert der neuen Länder. Die hohe Quote von Haushalten mit Restschulden muss im Zusammenhang mit dem Nachholbedarf an langlebigen Konsumgütern gesehen werden, deren Anschaffung oftmals nur auf Kredit möglich war. Neben den Krediten für langlebige Konsumgüter beansprucht aber auch die große Anzahl neu erworbener Eigenheime das Budget vieler Haushalte in den neuen Ländern (vgl. Kapitel III.8).

*Insbesondere Mieterhaushalte sind nicht nur überschuldet, sondern auch vermögenslos.* Das Vorhandensein von Schulden ist an sich noch kein Indikator für finanzielle Schwierigkeiten. Erst wenn das verbleibende Einkommen nach Bedienung der Zins- und Tilgungsforderungen zu klein wird, ergeben sich Hinweise für eine Überlastung der betroffenen Haushalte. Insgesamt verbleibt mit 12% gut jedem zehnten Haushalt in Thüringen nach Abzug von Zins- und Tilgungsleistungen weniger als der doppelte Sozialhilfesatz zur

<sup>59</sup> Zum Vergleich: Der Median der Nettogeldvermögen liegt im früheren Bundesgebiet 57% höher.

<sup>60</sup> Zum Vergleich: Der Mittelwert der Nettogeldvermögen liegt im früheren Bundesgebiet 150% höher.

Tabelle 27: Verschuldungsquote und Restschulden 1998

Alter Haushaltsvorstand	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Thüringen	...darunter: weibl. HHV
<b>Anteil Haushalte mit Konsumentenkrediten</b>					
< 35	26%	25%	31%	35%	32%
35–49	26%	24%	32%	29%	22%
50–64	15%	14%	18%	21%	15%
> 64	4%	4%	6%	6%	–/–
<b>Insgesamt</b>	<b>18%</b>	<b>17%</b>	<b>22%</b>	<b>22%</b>	<b>17%</b>
<b>nur Haushalte mit Schulden</b>					
<b>Restschulden in €</b>					
<35	6.700	6.823	6.195	5.274	4.581
35–49	7.891	8.568	5.770	5.717	4.887
50–64	7.680	8.379	5.310	4.509	5.787
> 64	6.028	6.860	3.556	3.345	–/–
<b>Insgesamt</b>	<b>7.404</b>	<b>7.926</b>	<b>5.621</b>	<b>5.180</b>	<b>4.799</b>
<b>monatliches Haushaltsnettoeinkommen in €</b>					
< 35	2.237	2.280	2.059	2.273	1.897
35–49	2.787	2.857	2.567	2.506	2.562
50–64	2.796	2.984	2.159	2.212	2.452
> 64	1.986	2.091	1.674	1.261	–/–
<b>Insgesamt</b>	<b>2.589</b>	<b>2.675</b>	<b>2.295</b>	<b>2.305</b>	<b>2.286</b>
<b>Relation: Schulden zu Einkommen</b>					
< 35	3,0	3,0	3,0	2,3	2,4
35–49	2,8	3,0	2,2	2,3	1,9
50–64	2,7	2,8	2,5	2,0	2,4
> 64	3,0	3,3	2,1	2,7	–/–
<b>Insgesamt</b>	<b>2,9</b>	<b>3,0</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>	<b>2,1</b>

Anmerkung: HHV = Haushaltsvorstand; –/– bedeutet Fallzahlen zu gering

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

Tabelle 28: Überschuldete Haushalte 1998

nach Bedienung ... weniger als Sozialhilfesatz übrig

	Konsumenten- kredite (KK)	Baukredite (BK)	Bau- und Konsumentenkredite	überschuldet (KK und BK) und vermögensarm*
<b>Thüringen</b>				
Insg.	9%	10%	12%	–/–
<b>Neue Länder</b>				
Mieter	8%	7%	8%	3%
Selbstnutzer	6%	12%	14%	0%
Insg.	8%	8%	10%	3%
<b>Deutschland</b>				
Mieter	8%	7%	8%	4%
Selbstnutzer	5%	11%	12%	1%
Insg.	7%	9%	10%	3%

Definition: nach Abzug von Zins- und Tilgung verbleibt als Einkommen weniger als der **doppelte** Sozialhilfesatz

\*Nettogesamtvermögen <0

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

freien Verfügung (vgl. Tabelle 28). Diese Überschuldungsquoten unterscheiden sich kaum von den Zuständen in Deutschland insgesamt. Selbstnutzer sind jeweils häufiger durch hohe Schuldendienste belastet als Mieterhaushalte. Gleichwohl liegt bei diesen Wohneigentümern eine ganz andere Qualität von Verschuldung vor, weil Baukredite im Rahmen von Investitionen in die Zukunft aufgenommen werden und Wohneigentümer deutlich seltener wegen Konsumentenkrediten überschuldet sind. Diese Unterschiede zwischen Mietern und Selbstnutzern machen sich auch noch in anderer Hinsicht bemerkbar: etwa jeder drit-

te Mieter, der im hier definierten Sinne überschuldet ist, muss gleichzeitig auch als vermögensarm eingestuft werden, weil sein Gesamtvermögen aus Immobilien und Geldanlagen negativ ist. Bei Wohneigentümern kommt diese Kombination dagegen so gut wie nie vor.

*Anzahl der überschuldeten Haushalte wird von den Statistiken unterschätzt.* Aus anderen Untersuchungen ist bekannt, dass die häufigste Ursache für Überschuldung die Aufnahme von Krediten darstellt. Daneben gibt es aber auch andere Quellen für finanzielle Probleme der Haushalte, die mit den hier analysierten Datensätzen der EVS nicht erfasst werden: dazu gehören vor allem offene Zahlungsverpflichtungen an Behörden und Lieferanten. Daneben stehen Verschuldungsprobleme auch oft im Zusammenhang mit Dienstleistungen, Steuerzahlungen, Versicherungen, Telefongesellschaften, Versandhäusern und Anwälten. Geschlechterspezifische Unterschiede sind dabei kaum auszumachen. Als Gründe für die Überschuldung wird in vielen Fällen eine ehemalige Selbständigkeit genannt, an zweiter Stelle steht ein zu geringes Einkommen, gefolgt von Arbeitslosigkeit, eigenem unwirtschaftlichem Verhalten und Trennung/Scheidung.

### 4.3 Regionale Differenzierung

*Einkommens- und Vermögensarmut sind in Thüringen auch Kleinstadtphänomene.* Grundsätzlich ist Armut eher in größeren Städten zu finden als auf dem Lande (vgl. Tabelle 29 und Tabelle 30). Hier besteht ein enger Zusammenhang mit dem höheren Anteil an Alleinlebenden bzw. dem geringeren Anteil an Familien (vgl. Tabelle 41). So sind Einkommens- und Vermögensarmut im früheren Bundesgebiet in den Städten

**Tabelle 29: Einkommensarmut in verschiedenen Gemeindegrößen 1998**

**a) gesamtdeutsche Schwellenwerte**

Einwohnerzahl	Deutschland	früheres Bundesgebiet		
		neue Länder	Thüringen	
unter 5.000	12%	11%	13%	16%
5.000 bis unter 20.000	11%	10%	19%	21%
20.000 bis unter 100.000	12%	10%	19%	20%
100.000 bis unter 500.000	13%	12%	15%	15%
500.000 und mehr	12%	12%	11%	–
<b>Insgesamt</b>	<b>12%</b>	<b>11%</b>	<b>16%</b>	<b>18%</b>

**b) ost-west-spezifische Schwellenwerte**

Einwohnerzahl	Deutschland	früheres Bundesgebiet		
		neue Länder	Thüringen	
unter 5.000	12%	15%	6%	6%
5.000 bis unter 20.000	12%	13%	5%	8%
20.000 bis unter 100.000	13%	14%	7%	8%
100.000 bis unter 500.000	14%	17%	6%	5%
500.000 und mehr	15%	17%	3%	–
<b>Insgesamt</b>	<b>13%</b>	<b>15%</b>	<b>6%</b>	<b>6%</b>

**Definition:** modifiziertes Armutskonzept (<60% Median inflationiertes Äquivalenzeinkommen von 1993)

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

**Tabelle 30: Vermögensarmut in verschiedenen Gemeindegrößen 1998**

Einwohnerzahl	Deutschland	früheres Bundesgebiet		
		neue Länder	Thüringen	
unter 5.000	10%	9%	11%	11%
5.000 bis unter 20.000	11%	11%	12%	15%
20.000 bis unter 100.000	13%	13%	14%	19%
100.000 bis unter 500.000	16%	17%	13%	15%
500.000 und mehr	17%	18%	15%	–
<b>Insgesamt</b>	<b>13%</b>	<b>13%</b>	<b>13%</b>	<b>15%</b>

**Definition:** Nettogesamtvermögen <0

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

über 100 Tsd. Einwohnern am häufigsten zu finden. Demgegenüber kommt insbesondere Einkommensarmut in den neuen Ländern und speziell in Thüringen am häufigsten in Mittel- und Kleinstädten zwischen 5 und 100 Tausend Einwohnern vor. Dies mag mit der Wirtschaftsstruktur und den regionalen Arbeitslosenquoten zusammenhängen: gegenüber dem früheren Bundesgebiet sind Arbeitslosengeld- oder -hilfeempfänger in den neuen Ländern häufiger in Haushalten anzutreffen, die in kleineren Gemeinden wohnen (vgl. Tabelle 11).

## 5. Sozialhilfe

Das Bundessozialhilfegesetz unterscheidet Leistungen der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (HLU) und der „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (HbL). Die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ soll vorrangig durch Geldleistungen die Einkommensarmut beheben und den Bedarf an laufenden Ausgaben für Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Hausrat und auch persönliche Bedürfnisse decken. Diese Hilfe greift immer dann, wenn die Betroffenen nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten und keine (ausreichenden) Ansprüche gegenüber Dritten bestehen. Leistungen für Personen in Privathaushalten werden nach Regelsätzen bemessen, wobei der Haushaltsvorstand bei Bedarf den vollen Regelsatz von derzeit 274 €/Monat erhält und weitere Haushaltsmitglieder je nach Alter nur einen Anspruch auf 50-90% des Regelsatzes haben (vgl. Tabelle 31). Im Unterschied zur „Hilfe zum Lebensunterhalt“ zielt die „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ vorwiegend auf Eingliederungshilfe für Behinderte und Suchtabhängige sowie auf die Kranken- und Pflegehilfe.

**Tabelle 31: Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt in Thüringen**

	€/Monat	Relation zum Eckregelsatz
Haushaltsvorstand(Eckregelsatz)	279	100%
unter 8-Jährige	140	50%
... bei Alleinerziehenden	153	55%
8- bis unter 15-Jährige	181	65%
15- bis unter 19-Jährige	251	90%
19-Jährige und älter	223	80%

Stand: Juli 2002

Der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger in Thüringen bezieht laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU), im Mittel werden jährlich pro Fall rund 3.000 € ausbezahlt (vgl. Tabelle 32). Demgegenüber sind die Pro-Kopf-Ausgaben bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen mit rund 10.000 € im Jahr mehr als dreimal so hoch. Dieser Unterschied resultiert vor allem aus den hohen Hilfeleistungen zur Eingliederungshilfe für Behinderte, während z.B. die jährlichen Ausgaben für die Krankenhilfe pro Fall sogar geringer sind als bei der Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Hilfe zur Pflege nimmt heutzutage nur noch einen geringen Anteil an allen Fällen ein. Dies ist auf die Einführung der Pflegeversicherung zurückzuführen. Seither sind Leistungen der Sozialhilfe für versicherte Personen i. d. R. nur noch erforderlich, wenn die Höchstgrenzen im Leistungsumfang der Pflegeversicherung überschritten werden.

**Tabelle 32: Sozialhilfeempfänger in Thüringen nach Hilfearten 2001**

	Anzahl Personen	Ausgaben insg. Tsd. €	€/Pers.
lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)	50.514	146.837	2.907
Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL)	26.528	266.868	10.060
<i>darunter:</i>			
Eingliederungshilfe	14.613	220.441	15.085
Krankenhilfe	7.133	11.880	1.665
Hilfe zur Pflege	4.602	30.709	6.674

**Anmerkung:** Hilfeempfänger innerhalb und außerhalb von Einrichtungen; Mehrfachzählungen nur insoweit ausgeschlossen, als sie erkennbar waren; Angaben beziehen sich auf das Berichtsjahr (Ausnahme: „lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt“ Angabe zum 31.12.).

Quelle: TLS

empirica

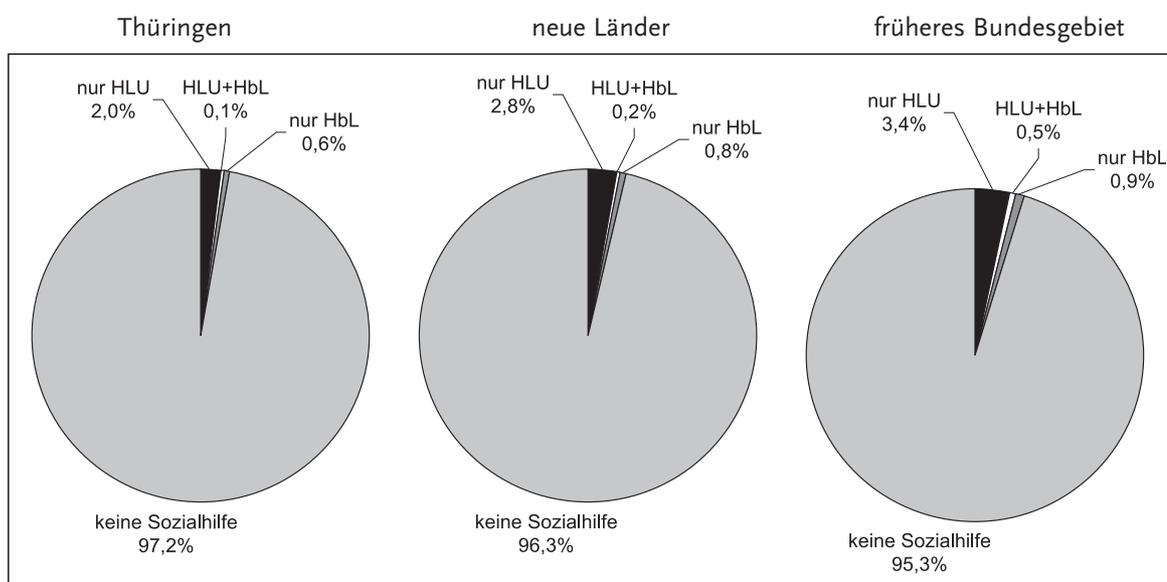
Die hohen Leistungen der Hilfe in besonderen Lebenslagen zeigen, dass die Sozialhilfe auch Haushalte aus der Mittelschicht unterstützt, wenn diese sich in besonderen Schwierigkeiten befinden. Dies betrifft vor allem Behinderte und Suchtkranke im Rahmen von heilpädagogischen Maßnahmen und der Eingliederungshilfe, vorzugsweise in Form einer Beschäftigung in entsprechenden Werkstätten.

### 5.1 Anteil der Sozialhilfebezieher an der Gesamtbevölkerung

Die Auswertungen in diesem Unterabschnitt beziehen sich auf das Jahr 2000, weil ab dem Jahr 2001 keine getrennten Werte für Ost- und Westberlin mehr ausgewiesen werden, so dass eine Unterscheidung „neue Länder“ und „früheres Bundesgebiet“ nicht mehr möglich wäre.

In und außerhalb von Einrichtungen haben am 31.12.2000 insgesamt 48.049 Thüringer „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ und 18.884 „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ empfangen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung von 2,4 Millionen entspricht dies einem Anteil von nur 2% reinen HLU-Empfängern und 0,6% reinen HbL-Empfängern; rund dreieinhalb Tausend oder 0,1% der Bevölkerung haben sowohl HLU als auch HbL bezogen (vgl. Abbildung 56).

**Abbildung 56: Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2000**



**Anmerkung:** Hilfeempfänger innerhalb und außerhalb von Einrichtungen; Angaben beziehen sich auf den Stichtag zum 31.12.; ab 2001 wird Ost- und West-Berlin nicht mehr getrennt erfasst, wodurch eine konsistente Unterteilung in „neue Länder“ und „früheres Bundesgebiet“ nicht mehr möglich ist.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt

**empirica**

*Deutlich geringere Sozialhilfebedürftigkeit als im früheren Bundesgebiet.* Insgesamt gibt es in den neuen Ländern pro Einwohner weniger Sozialhilfeempfänger als im früheren Bundesgebiet (vgl. Abbildung 56). Dies muss im Zusammenhang mit der höheren Erwerbsbeteiligung und damit zusammen mit der höheren Anzahl an Personen gesehen werden, die Arbeitslosengeld- oder -hilfe beziehen und deswegen nicht auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind.<sup>61</sup> Außerdem haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Vorruhestandsregelungen zu einer erheblichen sozialpolitischen Abfederung beigetragen. Davon betroffen sind auch Familien, weswegen der Bevölkerungsanteil minderjähriger Hilfeempfänger in den neuen Ländern seltener sind als im früheren Bundesgebiet (vgl. Tabelle 33). Schließlich leben anteilmäßig vor allem in Thüringen weitaus weniger Senioren von „laufender Hilfe zum Lebensunterhalt“ als im früheren Bundesgebiet, weil die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen in der ehemaligen DDR vielen Haushalten zwei vollwertige Rentenansprüche garantiert (vgl. Abschnitt III.6.3).

<sup>61</sup> Allenfalls die so genannten Wartefälle sind auf die Sozialhilfe angewiesen, d.h. Arbeitslose, die auf ihren Bescheid vom Arbeitsamt zum Bezug von Arbeitslosengeld warten. Entsprechend stellten Olk und Rentzsch (1997) für eine Mehrheit von 44% aller ehemaligen Sozialhilfeempfänger als Ursache für die Beendigung des HLU-Bezuges das „Einsetzen vorrangiger sozialer Leistungen“ fest (Datenbasis 10%-Stichprob aus der Zugangskohorte zur Sozialhilfe 1991 in Halle).

**Tabelle 33: Anteil der Sozialhilfebezieher an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2000****a) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt**

Anzahl der Empfänger von HLU außerhalb  
und in Einrichtungen zum 31.12.2000  
nach Altersklassen

Altersklasse	<18	18–64	>64	insg	<18	>64	<18	18–64	>64
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil an HLU-Empfängern		pro Tsd. Einwohner		
Berlin (Ost)	23.535	43.663	2.030	69.228	34%	3%	–	–	–
Brandenburg	21.852	34.471	2.255	58.578	37%	4%	47	20	6
Mecklenburg-Vorpommern	18.740	31.197	2.401	52.338	36%	5%	57	26	9
Sachsen	44.122	63.001	3.866	110.989	40%	3%	61	22	5
Sachsen-Anhalt	32.983	50.761	2.764	86.508	38%	3%	74	30	6
Thüringen	19.283	27.099	1.667	48.049	40%	3%	46	17	4
neue Bundesländer	160.515	250.192	14.983	425.690	38%	4%	59	25	6
früheres Bundesgebiet	832.251	1.254.733	180.853	2.267.837	37%	8%	64	29	17

**b) Hilfe in besonderen Lebenslagen**

Anzahl der Empfänger von HbL außerhalb  
und in Einrichtungen zum 31.12.2000  
nach Altersklassen

Altersklasse	<18	18–64	>64	insg	<18	>64	<18	18–64	>64
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil an HLU-Empfängern		pro Tsd. Einwohner		
Berlin (Ost)	2.045	9.343	4.004	15.392	13%	61%	–	–	–
Brandenburg	5.164	15.838	4.316	25.318	20%	63%	11	9	11
Mecklenburg-Vorpommern	3.356	12.782	2.406	18.544	18%	69%	10	11	9
Sachsen	11.226	20.716	6.624	38.566	29%	54%	15	7	8
Sachsen-Anhalt	3.464	17.410	3.903	24.777	14%	70%	8	10	9
Thüringen	3.982	12.121	2.781	18.884	21%	64%	10	8	7
neue Bundesländer	29.237	88.210	24.034	141.481	21%	62%	11	9	10
früheres Bundesgebiet	168.562	491.048	233.551	893.161	19%	55%	13	11	21

**Anmerkung:** Hilfeempfänger innerhalb und außerhalb von Einrichtungen; Angaben beziehen sich auf den Stichtag zum 31.12.

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

**5.2 Entwicklung der Anzahl Sozialhilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen**

*Anstieg der HLU-Bezieher nach zwei Jahren rückläufiger Tendenz.* Die Zahl der außerhalb von Einrichtungen lebenden HLU-Empfänger ist im Zeitraum 1994 bis 1998 kontinuierlich angestiegen. Daran schloss sich ein Rückgang um 5% auf knapp 48.000 bis zum Jahr 2000 an (Tabelle 34).<sup>62</sup> Im Jahr 2001 wurde dieser

**Tabelle 34: Zeitvergleich der HLU-Empfänger in Thüringen 1994–2001**

Jahr	Summe	darunter (1):		darunter (1):		
		Männer	Frauen		Ausländer	
	1	2	3	3 a	4	4 a
	Anz. Pers.	Anz. Pers.	Anz. Pers.	Anteil	Anz. Pers.	Anteil
1994	30.613	13.220	17.393	57%	617	2%
1995	37.691	16.823	20.868	55%	1 406	4%
1996	39.349	17.666	21.683	55%	2 126	5%
1997	48.839	21.937	26.902	55%	2 449	5%
1998	50.342	22.426	27.916	55%	2 659	5%
1999	48.960	21.714	27.246	56%	2 825	6%
2000	47.724	21.040	26.684	56%	2 410	5%
2001	50.240	22.236	28.004	56%	2 881	6%

**Anmerkung:** nur Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen; wegen Einführung des Stichtagsprinzips im Jahr 1994 keine Vergleichbarkeit mit den Jahren vor 1994.

Quelle: TLS

empirica

<sup>62</sup> Seit 1994 gilt das Stichtagsprinzip, zuvor wurden sämtliche Empfänger innerhalb eines Jahres gezählt. Dadurch ist allerdings kaum noch eine Aussage zum Umfang der Betroffenheit im Jahresverlauf möglich.

Trend gebrochen, die Zahl der HLU-Empfänger entspricht jetzt mit 50.240 wieder in etwa dem Niveau von 1998. Dieser Anstieg der Sozialhilfequote dürfte durch die schlechte Konjunkturentwicklung verursacht sein und stellt deswegen kein spezifisches Problem Thüringens dar. Die Geschlechteranteile der HLU-Empfänger sind in den letzten Jahren in etwa konstant geblieben.

**Tabelle 35: Zeitvergleich der Altersverteilung der HLU-Empfänger in Thüringen 1994–2001**

Altersklasse der Empfänger									
Jahr	<18	18–30	30–50	50–65	>65	insg.	<18	>65	
	Anz. Pers.	Anteil	Anteil						
1994	14.459	7 382	6 834	1.497	441	30.613	47%	1,4%	
1995	16.652	9 093	9 273	1.927	746	37.691	44%	2,0%	
1996	16.316	9 645	10 064	2.432	892	39.349	41%	2,3%	
1997	19.404	12 092	12 832	3.187	1.324	48.839	40%	2,7%	
1998	20.562	12 484	12 740	3.287	1.269	50.342	41%	2,5%	
1999	19.882	12 174	12 175	3.400	1.329	48.960	41%	2,7%	
2000	19.277	12 304	11 423	3.287	1.433	47.724	40%	3,0%	
2001	20.150	13 098	11 806	3.631	1.555	50.240	40%	3,1%	

**Anmerkung:** nur Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen; Angaben beziehen sich auf den Stichtag zum 31.12.

Quelle: TLS

empirica

*Überdurchschnittliche Quote bei ausländischen Mitbürgern.* Die Gruppe der ausländischen Sozialhilfeempfänger ist nach 1999 ebenfalls geschrumpft und verharrt damit seit 5 Jahren um einen Anteil von rund 5%. Bei einem Bevölkerungsanteil von 1,5% empfangen Ausländer damit gut dreimal so oft Sozialhilfe wie der Durchschnitt. Vermutlich haben Ausländer – insbesondere Zuwanderer ohne Arbeitserlaubnis – seltener bzw. geringere Ansprüche auf Lohnersatzleistungen, so dass sich Arbeitslosigkeit hier schneller in hohen Sozialhilfequoten niederschlägt.

**Tabelle 36: Zeitvergleich der HbL-Empfänger in Thüringen 1995–2001**

Jahr	Summe	darunter (1):		darunter (1):	
		Männer	Frauen		
	1	2	3	3a	
	Anz. Pers.	Anz. Pers.	Anz. Pers.	Anteil	
1995	30.309	11.834	18.475	61%	
1996	26.394	11.638	14.756	56%	
1997	23.379	11.598	11.781	50%	
1998	23.911	12.327	11.584	48%	
1999	23.698	12.460	11.238	47%	
2000	24.526	13.140	11.386	46%	
2001	26.528	14.432	12.096	46%	

**Anmerkung:** nur Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen; wegen Einführung des Stichtagsprinzips im Jahr 1994 keine Vergleichbarkeit mit den Jahren vor 1994; Angaben beziehen sich auf das Berichtsjahr (nicht auf den Stichtag 31.12.).

Quelle: TLS

empirica

*Steigende Anzahl sozialhilfebedürftiger Senioren.* Die Anzahl der unter 18-jährigen HLU-Empfänger außerhalb von Einrichtungen war bis zum Jahr 2000 rückläufig (vgl. Tabelle 35) und mit 46 pro 1.000 Minderjährigen unterhalb dem Mittelwert der neuen Länder von 59 (vgl. Tabelle 33). Trotzdem liegt deren Anteil an allen Empfängern konstant um 40% – die Anzahl der erwerbsfähigen Hilfeempfänger fällt eben noch schneller. Immer mehr Senioren sind in Thüringen auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen, die entsprechenden Fallzahlen steigen von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau im Jahr 1994 fast kontinuierlich an. In der Folge hat sich auch deren Anteil an allen Empfängern seit 1994 von 1,4% auf 3,1% im Jahr 2001 in etwa verdoppelt. In den neuen Ländern insgesamt ist die HLU-Empfängerquote unter den Senioren im Vergleich zu Thüringen um die Hälfte höher, im früheren Bundesgebiet sogar viermal so hoch (vgl. Tabelle 33).

*Seit zwei Jahren steigende Anzahl HbL-Bezieher.* Die Zahl der außerhalb von Einrichtungen lebenden HbL-Empfänger ist nach Einführung der Pflegeversicherung deutlich gefallen und pendelte Ende der 90er Jahre knapp über 23.000 Fällen. Seither ist die Anzahl der HbL-Empfänger bis zum Jahr 2001 auf 26.528 ange-

stiegen, das entspricht einem Zuwachs um 12% in zwei Jahren. Der Frauenanteil unter den HBL-Empfängern ist Mitte der 90er Jahre von 61 % auf mittlerweile unter 50% gefallen. Offenbar bekommen vor allem Frauen jetzt öfter Leistungen der Pflegeversicherung.

### 5.3 Einkommensquellen und Haushaltstypus der HLU-Empfänger

Die Mehrheit der Bedarfsgemeinschaften lebt ausschließlich von Transfers. Gerade einmal knapp 2.000 Bedarfsgemeinschaften (BDG) – das sind weniger als 10% – geben als überwiegende Einkommensart Einkünfte aus Erwerbstätigkeit an. Nur gut jede zehnte Bedarfsgemeinschaft (gegenüber jeder fünften BDG oder 19% im Jahr 1995) bezieht im Jahr 2001 sonst keine weiteren Einkommen (vgl. Tabelle 37). Offensichtlich ergänzt die Sozialhilfe in Thüringen wie auch in anderen Ländern im Zeitablauf immer öfter andere Transferzahlungen – zumeist Kinder- oder Wohngeld. Im Jahr 2000 betraf dies bereits vier von fünf Gemeinschaften (80%), während es fünf Jahre zuvor noch 73% waren.

**Tabelle 37: Überwiegende Einkommensart der HLU-Empfänger in Thüringen 1995, 2000 und 2001**

	1995		2.000		2001	
	Anzahl BDG	Anteil	Anzahl BDG	Anteil	Anzahl BDG	Anteil
<b>Haupteinkommensart</b>						
unselbständige Arbeit	1.248	7%	1.951	8%	1.909	8%
selbständige Arbeit	34	0%	28	0%	26	0%
Erwerbs-/Berufsunfähigkeitsrente	224	1%	749	3%	786	3%
Altersrente	212	1%	916	4%	934	4%
Hinterbliebenenrente	129	1%	230	1%	226	1%
Versorgungsbezüge	9	0%	1	0%	2	0%
betriebliche Altersrente	4	0%	2	0%	1%	0%
Leistungen der GKV	116	1%	147	1%	138	1%
Arbeitslosengeld	1.567	9%	1.070	4%	1.209	5%
Arbeitslosenhilfe	1.790	11%	2.518	11%	2.947	12%
Unterhalt	978	6%	33	0%	86	0%
Kindergeld	2.263	13%	7.336	31%	6.651	26%
Wohngeld	2.532	15%	4.878	20%	5.143	20%
Private Unterhaltsleistungen	1.330	8%	589	2%	1.138	5%
sonstiges	1.318	8%	936	4%	961	4%
kein Einkommen	3.238	19%	2.544	11%	3.056	12%
<b>BDG insgesamt</b>	<b>16.992</b>	<b>100%</b>	<b>23.928</b>	<b>100%</b>	<b>25.213</b>	<b>100%</b>

**Anmerkung:** nur Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen; Angaben beziehen sich auf den Stichtag zum 31.12.

Quelle: TLS

empirica

*Rückläufiger Anteil „besonderer sozialer Situationen“.* Die Statistik der „besonderen sozialen Situationen“ belegt einen Anstieg der Fallzahlen mit „Geburt eines Kindes“ und „Trennung/Scheidung“ zwischen 1995 und 2001 (vgl. Tabelle 38). Gleichwohl nimmt die relative Bedeutung solcher besonderen sozialen Situationen tendenziell ab. Dies könnte ein Anzeichen dafür sein, dass Sozialhilfe häufiger von Personen in Anspruch genommen wird, die sich nicht nur temporär in Notsituationen befinden. Allerdings darf der Zeitvergleich zwischen 1995 und 2001 nicht überbewertet werden, weil die beiden Jahre von gegenläufigen Trends geprägt sind, nachdem im Jahr 1999 eine Trendwende in der Hilfebedürftigkeit eingesetzt hat.

**Tabelle 38: Hauptursachen der HLU-Gewährung in Thüringen 1995, 2000 und 2001**

	1995		2000		2001	
	Anz. Pers.	Anteil	Anz. Pers.	Anteil	Anz. Pers.	Anteil
Geburt eines Kindes	5.520	15%	6.358	13%	7.175	14%
Trennung/Scheidung	3.381	9%	3.430	7%	3.593	7%
ohne eigenen Wohnraum	3.360	9%	1.334	3%	1.457	3%
Überschuldung	799	2%	743	2%	821	2%
insgesamt	37.691	100%	47.724	100%	50.240	100%

**Anmerkung:** nur Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen; Angaben beziehen sich auf den Stichtag zum 31.12.

Quelle: TLS

empirica

Tabelle 39: Haushaltstypus der HLU-Empfänger in Thüringen 1995, 2000 und 2001

	Anzahl BDG (Bedarfsgemeinschaften)			Struktur der BDG nur BDG mit HHV zusammen		
	1995	2000	2001	1995	2000	2001
<b>Einzel nachgewiesene HHV</b>	<b>4 607</b>	<b>8 010</b>	<b>8 422</b>	<b>32%</b>	<b>40%</b>	<b>40%</b>
<b>Ehepaare o. Kinder unter 18 Jahren</b>	<b>724</b>	<b>1 054</b>	<b>1 144</b>	<b>5%</b>	<b>5%</b>	<b>5%</b>
<b>Nichtehel.Lebensgem. o. Kind unter 18 Jahren</b>	<b>298</b>	<b>547</b>	<b>537</b>	<b>2%</b>	<b>3%</b>	<b>3%</b>
<b>Ehepaare m. Kindern unter 18 Jahren</b>	<b>2 289</b>	<b>1 809</b>	<b>1 860</b>	<b>16%</b>	<b>9%</b>	<b>9%</b>
mit 1 Kind unter 18 Jahren	770	771	809	5%	4%	4%
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	879	603	609	6%	3%	3%
mit 3 u. mehr Kind. unter 18 Jahren	640	435	422	5%	2%	2%
<b>Nichtehel.Lebensgem. m. Kind unter 18 Jahren</b>	<b>811</b>	<b>1 356</b>	<b>1 514</b>	<b>6%</b>	<b>7%</b>	<b>7%</b>
mit 1 Kind unter 18 Jahren	439	744	820	3%	4%	4%
mit 2 Kinder unter 18 Jahren	236	372	409	2%	2%	2%
mit 3 u. mehr Kind. unter 18 Jahren	136	240	285	1%	1%	1%
<b>HHV männlich mit Kindern unter 18 Jahren</b>	<b>136</b>	<b>170</b>	<b>187</b>	<b>1%</b>	<b>1%</b>	<b>1%</b>
mit 1 Kind unter 18 Jahren	87	108	120	1%	1%	1%
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	34	49	49	0%	0%	0%
mit 3 u. mehr Kind. unter 18 Jahren	15	13	18	0%	0%	0%
<b>HHV weiblich mit Kindern unter 18 Jahren</b>	<b>5 343</b>	<b>7 116</b>	<b>7 534</b>	<b>38%</b>	<b>35%</b>	<b>36%</b>
mit 1 Kind unter 18 Jahren	2 908	4 206	4 544	20%	21%	21%
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	1 667	2 008	2 087	12%	10%	10%
mit 3 u. mehr Kind. unter 18 Jahren	768	902	903	5%	4%	4%
<b>BDG mit HHV zusammen</b>	<b>14 208</b>	<b>20 062</b>	<b>21 198</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>BDG ohne HHV zusammen</b>	<b>2 226</b>	<b>3 090</b>	<b>3 198</b>			
Anderweitig nicht erfasste BDG	558	776	817			
<b>BDG insgesamt</b>	<b>16 992</b>	<b>23 928</b>	<b>25 213</b>			

**Anmerkung:** nur Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen; HHV = Haushaltsvorstand; Angaben beziehen sich auf den Stichtag zum 31.12.

Quelle: TLS

empirica

*Rückläufiger Anteil sozialhilfebedürftiger Familien.* Die Entwicklung der Haushaltsstrukturen der Hilfeempfänger liefert Ergebnisse, die im Unterschied zur Statistik der „besonderen sozialen Situationen“ auf einen Anstieg der temporären Hilfebedürftigen hinweist. Im Zeitvergleich der Jahre 1995 und 2001 erhalten mehr Alleinerziehende und (nichteheliche) Paare mit Kindern Sozialhilfe (zusammen 11.095 BDG im Jahr 2001). Die Bezugsdauer bei diesen Haushaltstypen war zumindest in der Vergangenheit eher von langer Dauer<sup>63</sup> und Einkommensverbesserungen eher unterdurchschnittlich häufig zu beobachten.<sup>64</sup> Deren relativer Anteil an allen Hilfeempfängern ist jedoch von 60% auf 52% um acht Prozentpunkte gefallen. Diesem Rückgang steht ein gestiegener Anteil an kinderlosen Haushalten von 40% auf nunmehr 48% gegenüber, darunter insbesondere Alleinlebende. Diese Haushaltstypen waren bisher eher kürzer als ein Jahr von der Sozialhilfe abhängig.

#### 5.4 Regionale Differenzierung

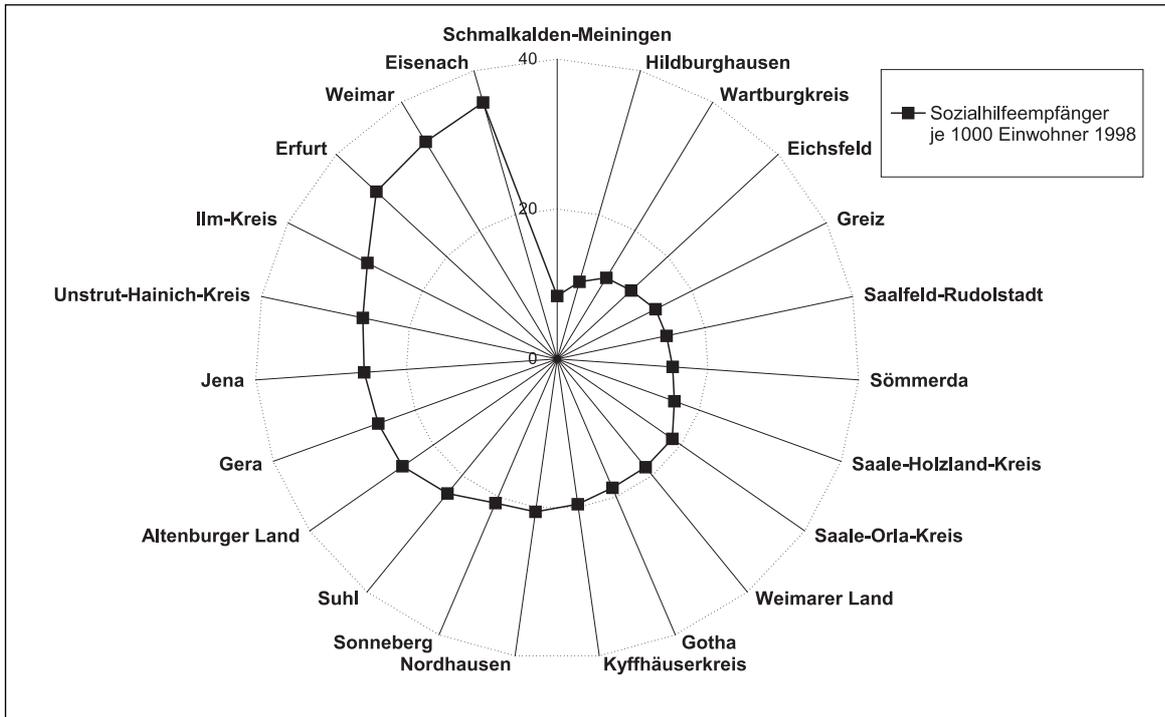
*Hohe Sozialhilfequoten in Großstädten und strukturschwachen Regionen, geringe Quoten in Suburbanisierungsgebieten.* Die regionale Struktur der HLU-Empfänger wird durch eine Vielzahl von Indikatoren geprägt. So zeigen die Analysen, dass Alleinlebende und Alleinerziehende überdurchschnittlich oft Sozialhilfe empfangen. Dasselbe trifft für Ausländer zu: weniger als zwei von Hundert Einwohnern, aber sieben von Hundert Sozialhilfeempfängern sind Ausländer. Alle drei demographischen Charakteristika sind vorwiegend in den größeren Städten sowie in deren Umland zu finden. Daneben ist ein Zusammenhang der Sozialhilfequoten mit hohen Langzeitarbeitslosenquoten zu erwarten. Dies dürfte die hohen Empfängerquoten im Unstrut-Hainich-Kreis, Gera, Nordhausen und Kyffhäuserkreis erklären. In Suburbanisierungsgebieten und in Gemeinden nahe der Grenze zu Niedersachsen, Hessen und Bayern dagegen ist die Kaufkraft überdurchschnittlich hoch und sind Sozialhilfeempfänger seltener zu finden (Schmalkalden-Meinungen, Hildburghausen, Wartburgkreis, Eichsfeld, Greiz etc.).

<sup>63</sup> Vgl. Olk und Rentzsch (1997).

<sup>64</sup> Vgl. Auswertungen des Niedrigeinkommenspanel (NIEP) von Kortmann und Sopp (2001).

**Abbildung 57: HLU-Empfänger in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens**

Anmerkung: Mittelwert Thüringen = 20 Empfänger pro 1.000 Haushalte (Bundesrepublik = 35)



Anmerkung: nur Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen.  
Quelle: INKAR 2000

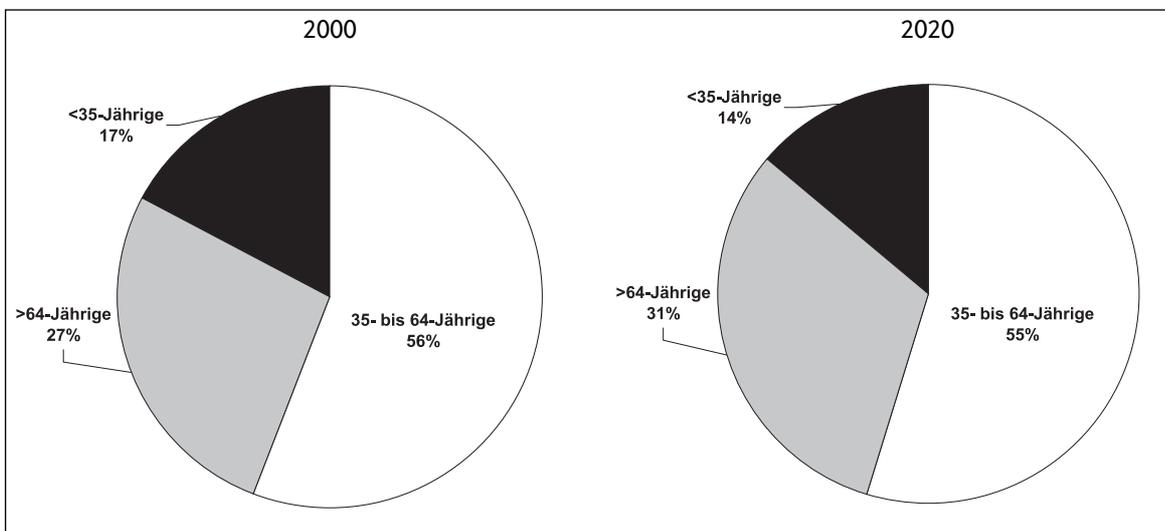
empirica

## 6. Haushalte in unterschiedlichen Lebensphasen

### 6.1 Entwicklung der finanziellen Lage im Altersquerschnitt der Bevölkerung

Im Jahr 2000 war die Bezugsperson in etwa jedem sechsten Haushalt in Thüringen (17%) unter 35 Jahre alt, in gut jedem vierten Haushalt jedoch 65 Jahre und älter. Geburtenschwache Jahrgänge, steigende Lebenserwartung und verändertes Haushaltsbildungsverhalten werden diese Relationen in den nächsten Jahren verschieben. In der Folge wird bis zum Jahr 2020 nur noch jeder siebte Haushaltsvorstand unter 35 Jahren und fast jeder Dritte schon 65 Jahre oder älter sein.

**Abbildung 58: Altersverteilung der Haushalte in den Jahren 2000 und 2020**



Quelle: TLS und eigene Berechnungen mit PROFAMY (Trendvariante)

empirica

**Tabelle 40: Einkommens- und Vermögensverhältnisse 1993 und 1998**

Einkommen	Einkommensarmut			Vermögen			Vermögensarmut	
	Haushaltsnetto- einkommen €/Monat	Äquivalenz- einkommen €/Monat	ost-west- spezif. Armuts- schwelle Anteil Haushalte	gesamt- deutsche Armuts- schwelle Anteil Haushalte	Nettogeld- vermögen €	Netto- immobilien €	Gesamt- vermögen <0 € Anteil Haushalte	Geld- vermögen <0 € Anteil Haushalte
<b>1993</b>								
<b>Thüringen</b>								
<35	1.682	1.007	12%	21%	8.097	37.296	9%	10%
35–49	1.948	1.060	7%	20%	10.627	37.049	9%	10%
50–64	1.626	1.076	2%	16%	13.047	41.148	1%	3%
>64	1.083	873	8%	26%	8.337	19.810	2%	2%
<b>insgesamt</b>	<b>1.599</b>	<b>1.017</b>	<b>7%</b>	<b>21%</b>	<b>10.258</b>	<b>34.190</b>	<b>5%</b>	<b>6%</b>
<b>neue Bundesländer</b>								
<35	1.615	985	11%	22%	6.665	18.358	13%	14%
35–49	2.033	1.104	7%	17%	11.679	32.191	7%	9%
50–64	1.717	1.152	4%	13%	13.740	27.287	2%	3%
>64	1.145	909	8%	22%	10.383	15.272	1%	2%
<b>insgesamt</b>	<b>1.673</b>	<b>1.055</b>	<b>7%</b>	<b>18%</b>	<b>10.998</b>	<b>24.464</b>	<b>5%</b>	<b>7%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
<35	1.905	1.310	18%	14%	15.062	31.710	9%	10%
35–49	2.938	1.646	9%	7%	34.138	105.197	5%	6%
50–64	2.701	1.677	9%	7%	46.868	136.549	2%	3%
>64	1.663	1.283	20%	15%	29.135	96.894	1%	1%
<b>insgesamt</b>	<b>2.325</b>	<b>1.497</b>	<b>14%</b>	<b>11%</b>	<b>32.103</b>	<b>95.672</b>	<b>4%</b>	<b>5%</b>
<b>1998</b>								
<b>Thüringen</b>								
<35	2.075	1.311	7%	16%	10.484	22.902	12%	20%
35–49	2.387	1.292	4%	14%	16.229	49.328	6%	15%
50–64	1.915	1.271	7%	20%	17.380	39.836	6%	11%
>64	1.385	1.085	10%	22%	13.440	17.761	3%	18%
<b>insgesamt</b>	<b>1.992</b>	<b>1.248</b>	<b>6%</b>	<b>18%</b>	<b>14.985</b>	<b>35.649</b>	<b>7%</b>	<b>15%</b>
<b>neue Bundesländer</b>								
<35	1.853	1.205	9%	19%	8.316	19.008	12%	22%
35–49	2.419	1.314	4%	14%	15.731	40.323	8%	14%
50–64	1.996	1.349	5%	15%	20.163	37.059	3%	9%
>64	1.407	1.120	8%	18%	13.710	15.793	1%	9%
<b>insgesamt</b>	<b>1.965</b>	<b>1.265</b>	<b>6%</b>	<b>16%</b>	<b>15.222</b>	<b>29.974</b>	<b>6%</b>	<b>13%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
<35	2.219	1.518	16%	12%	17.210	33.391	11%	20%
35–49	2.905	1.699	11%	8%	32.201	89.428	7%	15%
50–64	2.837	1.840	13%	10%	51.142	143.222	3%	10%
>64	1.811	1.440	20%	15%	34.221	97.420	1%	9%
<b>insgesamt</b>	<b>2.483</b>	<b>1.640</b>	<b>15%</b>	<b>11%</b>	<b>34.721</b>	<b>94.515</b>	<b>5%</b>	<b>13%</b>
<b>Prozentuale Veränderung 1993–98</b>								
<b>Thüringen</b>								
<35	123%	130%	56%	76%	129%	61%	133%	208%
35–49	123%	122%	54%	69%	153%	133%	75%	150%
50–64	118%	118%	281%	127%	133%	97%	746%	335%
>64	128%	124%	130%	85%	161%	90%	213%	1127%
<b>insgesamt</b>	<b>125%</b>	<b>123%</b>	<b>92%</b>	<b>86%</b>	<b>146%</b>	<b>104%</b>	<b>136%</b>	<b>256%</b>
<b>neue Bundesländer</b>								
<35	115%	122%	81%	85%	125%	104%	100%	151%
35–49	119%	119%	66%	82%	135%	125%	108%	167%
50–64	116%	117%	110%	116%	147%	136%	157%	275%
>64	123%	123%	91%	81%	132%	103%	106%	542%
<b>insgesamt</b>	<b>117%</b>	<b>120%</b>	<b>84%</b>	<b>90%</b>	<b>138%</b>	<b>123%</b>	<b>103%</b>	<b>189%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>								
<35	117%	116%	88%	85%	114%	105%	117%	197%
35–49	99%	103%	134%	127%	94%	85%	137%	230%
50–64	105%	110%	142%	134%	109%	105%	144%	355%
>64	109%	112%	99%	97%	117%	101%	165%	828%
<b>insgesamt</b>	<b>107%</b>	<b>110%</b>	<b>108%</b>	<b>104%</b>	<b>108%</b>	<b>99%</b>	<b>129%</b>	<b>271%</b>

**Definition:** modifiziertes Armutskonzept (<60% Median inflationiertes Äquivalenzeinkommen von 1993)

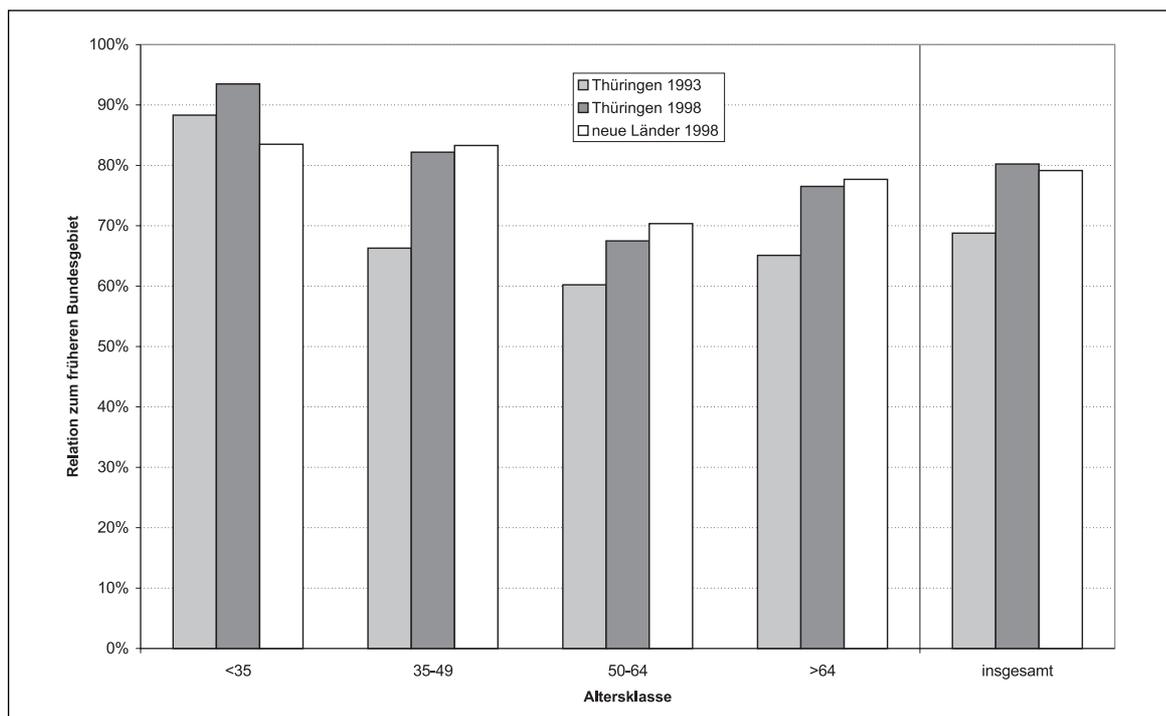
**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

*Steigende Haushaltseinkommen verhindern zunehmend Einkommensarmut, vor allem unter den jüngeren Haushalten.* Im Zeitraum von 1993 bis 1998 ist das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in Thüringen von monatlich 1.599 auf 1.992 € gestiegen; bereinigt um die Haushaltsgrößen sind die so genannten Äquivalenzeinkommen im selben Zeitraum von 1.017 €/Monat auf 1.248 €/Monat angewachsen. Parallel dazu ist die Einkommensarmut – gemessen an einer gesamtdeutschen Armutsschwelle – von 21% auf 18% gefallen. Legt man die niedrigeren Einkommensniveaus der neuen Länder zugrunde, dann ist in Thüringen mit 6% nur noch jeder sechzehnte Haushalte als einkommensarm einzustufen (vgl. Tabelle 40). Unabhängig vom Niveau haben sich die Strukturen der Einkommensarmut in beiden Teilen Deutschlands leicht unterschiedlich entwickelt. So ist die Einkommensarmut im früheren Bundesgebiet vor allem bei den Haushalten mit 35- bis 64-jährigen Bezugspersonen gestiegen und bei Haushalten mit jüngeren Bezugspersonen gefallen, während in Thüringen vor allem die 50- bis 64-Jährigen öfter einkommensarm sind als noch zu Beginn der 90er Jahre. Dagegen sind mittlerweile alle Haushalte mit unter 49-jährigen Bezugspersonen in Thüringen seltener einkommensarm. Diese Entwicklung spiegelt die steigende Armut der Familien im früheren Bundesgebiet sowie die steigenden Erwerbschancen der Haushalte mit jüngeren und die schlechten Erwerbschancen der Haushalte mit älteren Bezugspersonen in Thüringen wider.

*Vor allem die Einkommen der Haushalte mit jungen Bezugspersonen in Thüringen haben sich weitgehend an das Niveau im früheren Bundesgebiet angepasst.* Die höchsten Haushaltseinkommen sind bei den Haushalten mit 35- bis 49-jährigen Bezugspersonen zu finden, die niedrigsten bei den Haushalten mit über 64-jährigen Bezugspersonen, gefolgt von denen mit unter 35-jährigen Bezugspersonen. Diese Strukturen im Altersquerschnitt sind so auch im früheren Bundesgebiet zu finden. Allerdings bleiben die Einkommen der Haushalte mit 50- bis 64-jährigen Bezugspersonen in Thüringen – im Unterschied zum früheren Bundesgebiet – mit einem Abstand von fast 500 € deutlicher hinter den Einkommen der 35- bis 49-Jährigen zurück. Dieser Effekt steht offensichtlich im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosenquote der 50- bis 64-Jährigen. Haushalte, die jetzt kurz vor dem Ruhestand stehen, haben von der Wiedervereinigung insofern weniger profitiert als heutige Rentner und jüngere Haushalte. Während die Einkommen der Haushalte mit unter 35-jährigen Bezugspersonen bereits weit über 90% des Niveaus im früheren Bundesgebiet erreichen, liegen die 50- bis 64-Jährigen mit einer Anpassungsquote von unter 70% weiter zurück (vgl. Abbildung 59a). Ein Standortvorteil für junge Thüringer besteht zudem darin, dass deren Anpassungsquote deutlich höher liegt als im Mittel der neuen Länder.

**Abbildung 59: Relation der Haushaltsnettoeinkommen zum früheren Bundesgebiet**



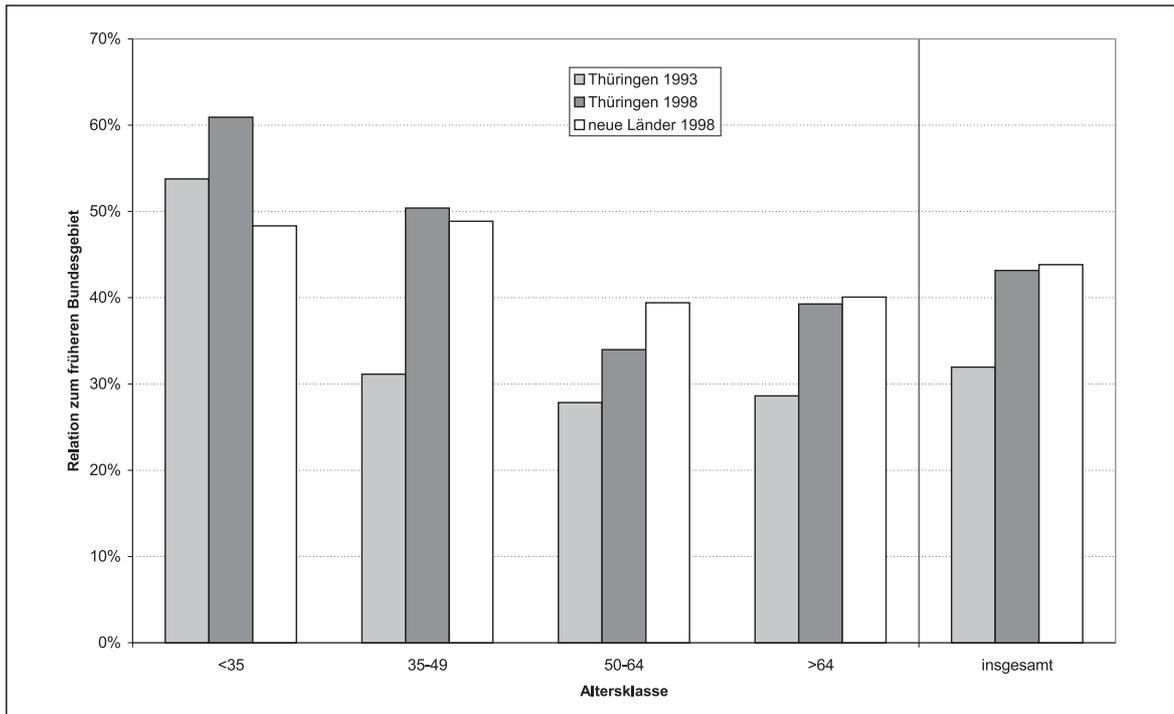
Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

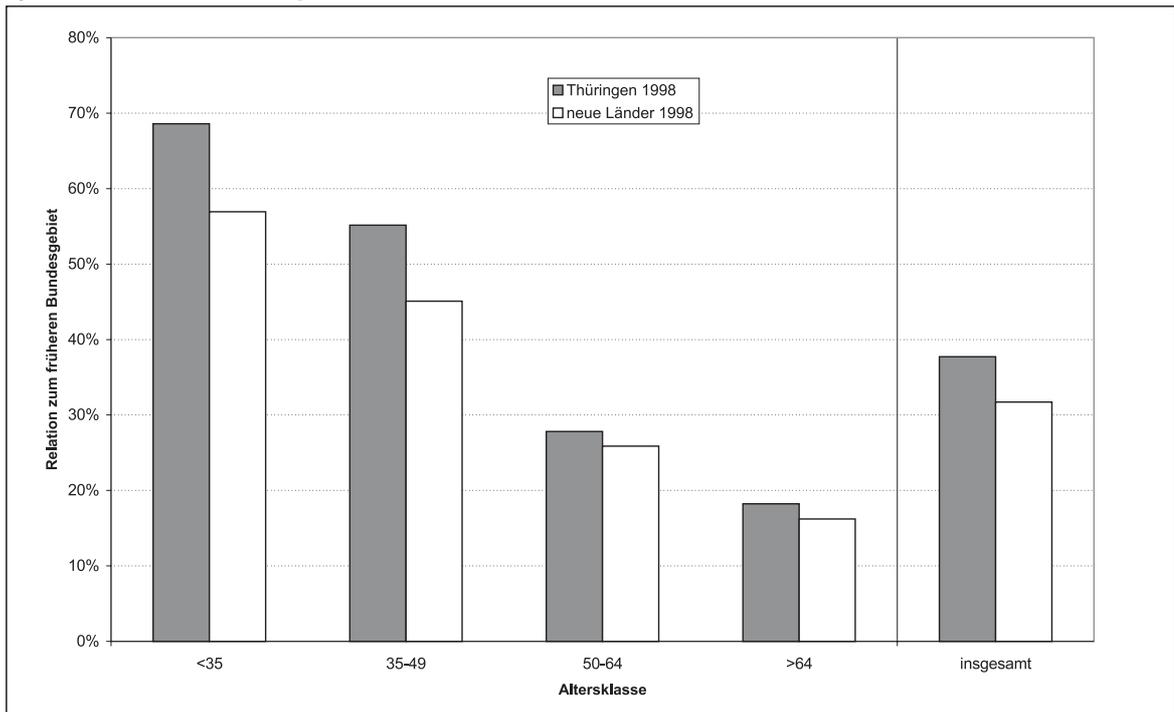
*Immer noch große Unterschiede bei der Vermögensausstattung der Älteren, aber deutliche Annäherung bei den jungen Haushalten. Im Unterschied zum Einkommen handelt es sich beim Vermögen um eine Bestandsgröße, die erst im Zeitablauf angespart wird. Außerdem verschuldet sich der Durchschnittshaushalt vorwiegend in jungen Jahren – typischerweise im Rahmen des Erwerbs langlebiger Konsumgüter. Deswegen verfügen in den neuen Ländern wie auch im früheren Bundesgebiet erst die Haushalte mit 50-bis 64-jäh-*

**Abbildung 60: Relation der Vermögen zum früheren Bundesgebiet**

**a) Nettogeldvermögen**



**b) Nettoimmobilienvermögen**



Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

riger Bezugsperson über die höchsten Geldvermögen. Im Unterschied zum früheren Bundesgebiet konnten Haushalte in der ehemaligen DDR seltener Wohneigentum erwerben. Deswegen haben ältere thüringische Haushalte nur geringe Immobilienvermögen und Haushalte mit 36- bis 49-jähriger Bezugsperson die höchsten Immobilienvermögen. In der Folge haben sich die Vermögensbestände bei den jüngeren Haushalten am deutlichsten an das Niveau im früheren Bundesgebiet angepasst. Rentner dagegen haben nur bezogen auf das Geldvermögen – analog zu den Strukturen beim Einkommen – eine höhere Anpassungsquote als die 50- bis 64-Jährigen (vgl. Abbildung 59b); bei Betrachtung der Immobilienvermögen liegt deren Anpassungsquote aufgrund der historisch bedingt geringen Verbreitung von Wohneigentum jedoch niedriger als bei den 50- bis 64-Jährigen.

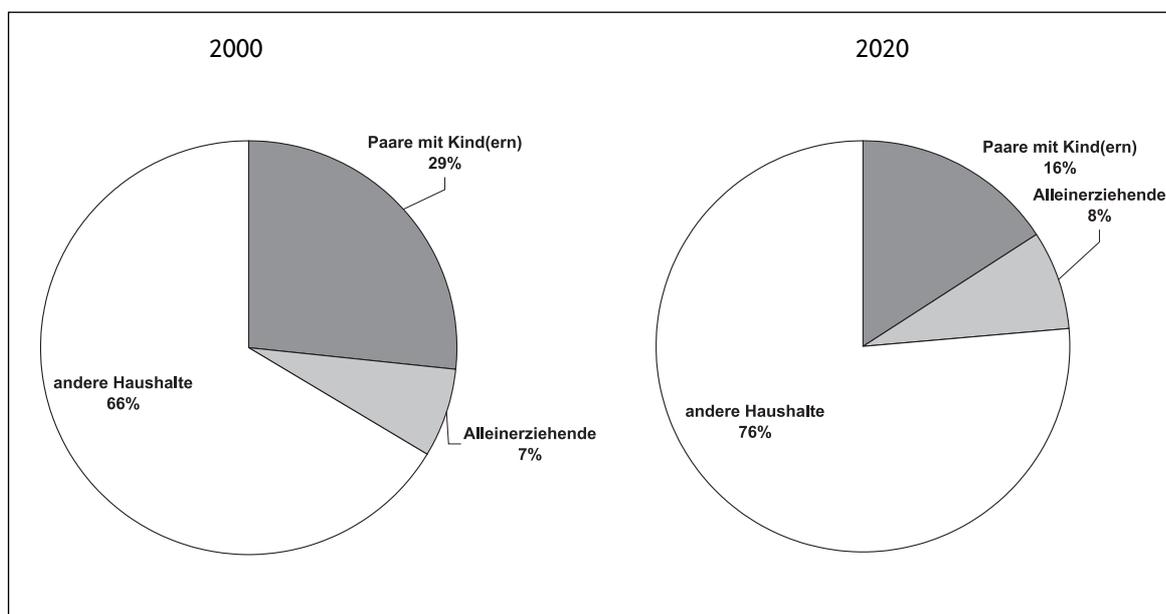
*Relativer Rückgang der Verschuldung junger Thüringer bei bundesweit zunehmender Vermögensarmut.* Im Unterschied zur Einkommensarmut offenbaren sich keine größeren Ost-West-Unterschiede in den gewählten Maßen der Vermögensarmut (vgl. Tabelle 40 bzw. Abschnitt III.4.2.4): Bei 15% aller Haushalte in Thüringen überwiegen die ausstehenden Konsumentenkredite das vorhandene Geldvermögen, rund jeder 15. Haushalt ist sogar unter Berücksichtigung seines Immobilienvermögens netto noch verschuldet. Bezogen auf das Geldvermögen haben sich diese Quoten in ganz Deutschland während der 90er Jahre in etwa verdoppelt. Gleichzeitig hat sich aber auch die Ost-West-Relation der Armutsquoten verschoben: während im Jahr 1993 die Vermögensarmut in den unteren Altersklassen der Haushalte in den neuen Ländern ausgeprägter war als im früheren Bundesgebiet, sind diese Unterschiede mittlerweile weitgehend verschwunden. Diese Entwicklung spiegelt die hohe Verschuldung zu Konsumzwecken infolge des Nachholbedarfs bei langlebigen Konsumgütern nach der Wiedervereinigung wider. Mittlerweile ist dieser Einmal-effekt ausgeglichen.

## 6.2 Die finanzielle Lage von Familien und Alleinerziehenden

Im Jahr 2000 war jeder dritte Haushalt (34%) ein Familienhaushalt. In vier von fünf Familienhaushalten gab es zwei Elternteile, in jedem fünften Familienhaushalt lebten Alleinerziehende – das sind 7% aller Haushalte.

Diese Haushaltsstrukturen werden sich in den nächsten Jahren bis 2020 erheblich verschieben. Zukünftig werden in Thüringen noch mehr Alleinlebende und kinderlose Paare wohnen, während der Anteil der Familien drastisch auf 24% zurückgeht. Zudem wird der Anteil Alleinerziehender unter den Familienhaushalten immer größer: bis 2020 wird jede Dritte Familie alleinerziehend sein.

**Abbildung 61: Anteil Familienhaushalte in den Jahren 2000 und 2020**



Quelle: TLS und eigene Berechnungen mit PROFAMY (Trendvariante)

empirica

### 6.2.1 Unterschiede zwischen den Haushaltstypen

Vor allem weibliche Alleinlebende sind in Thüringen und anderswo häufig einkommensschwach. Mit durchschnittlich weniger als 1.000 € im Monat verfügen die weiblichen Alleinlebenden über die niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen. Diese Situation ändert sich nur wenig, wenn man statt der nominalen Einkommen die Äquivalenzeinkommen betrachtet. Folglich finden sich auch mit 17% überdurchschnittlich viele weibliche Alleinlebende unterhalb der Armutsschwelle wieder. Die höchsten Einkommen sind bei Familien mit zwei Elternteilen zu finden. Berücksichtigt man dagegen die unterschiedlichen Haushaltsgrößen in Form der Äquivalenzeinkommen, dann zeigt sich, dass die kinderlosen Paare in besseren Verhältnissen leben als die Familien. Konsequenterweise ist der Anteil einkommensarmer kinderloser Paare auch nur halb so groß wie im Durchschnitt aller Haushalte in Thüringen. Die Armutsquoten in Thüringen sind teilweise höher als in den neuen Ländern insgesamt. Dies resultiert jedoch vorwiegend aus Verzerrungen durch Berliner Haushalte: so liegen zum einen die Einkommen in Berlin-Ost näher am Niveau des früheren Bundesgebietes, zum anderen verzerren Berliner Haushalte, die im Umland Wohneigentum gebildet haben, die Mittelwerte Brandenburgs nach oben.

**Tabelle 41: Einkommen und Einkommensarmut bei verschiedenen Haushaltstypen 1998**

#### a) Haushaltsnettoeinkommen (in €/Monat)

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Brandenburg	Mecklenb.-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Berlin (Ost)
1 F	1.346	1.408	1.057	1.116	992	1.033	1.055	960	1.216
1 M	1.646	1.716	1.248	1.217	1.265	1.336	1.095	1.219	1.279
2,E	2.661	2.795	2.086	2.116	2.034	2.096	2.009	2.026	2.328
2,ExK	3.097	3.198	2.629	2.688	2.519	2.551	2.598	2.644	3.021
1ExK	1.656	1.725	1.446	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
darunter (1ExK):									
ledig	1.452	1.501	1.355	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
geschieden	1.742	1.817	1.493	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
getrennt lebend	1.669	1.694	1.552	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
Insgesamt	2.387	2.483	1.965	2.046	1.905	1.925	1.934	1.992	2.039

#### b) Äquivalenzeinkommen (in €/Monat)

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Brandenburg	Mecklenb.-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Berlin (Ost)
1 F	1.346	1.408	1.057	1.116	992	1.033	1.055	960	1.216
1 M	1.646	1.716	1.248	1.217	1.265	1.336	1.095	1.219	1.279
2,E	1.774	1.863	1.390	1.411	1.356	1.398	1.339	1.350	1.552
2,ExK	1.523	1.567	1.319	1.350	1.271	1.277	1.298	1.322	1.537
1ExK	1.167	1.212	1.030	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
darunter (1ExK):									
ledig	1.077	1.115	1.002	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
geschieden	1.220	1.272	1.046	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
getrennt lebend	1.114	1.128	1.048	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
Insgesamt	1.167	1.212	1.030	1.290	1.224	1.250	1.236	1.248	1.398

#### c) Einkommensarmutsquoten

**Definition:** modifiziertes Armutskonzept (<60% Median inflationiertes Äquivalenzeinkommen von 1993) ost-west-spezifische Armutsschwellen

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Brandenburg	Mecklenb.-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Berlin (Ost)
1 F	21 %	22%	14%	9%	17%	16%	16%	17%	6%
1 M	18 %	20%	7%	1%	9%	4%	20%	10%	4%
2,E	9 %	10%	3%	3%	3%	2%	2%	3%	2%
2,ExK	9 %	10%	4%	2%	5%	3%	5%	5%	2%
1ExK	24 %	29%	9%	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
darunter (1ExK):									
ledig	24 %	32%	8%	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
geschieden	23 %	28%	8%	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
getrennt lebend	27 %	30%	15%	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
Insgesamt	13 %	15%	6%	4%	7%	6%	8%	6%	3%

**Anmerkung:** 1 F = weibliche Alleinlebende, 1 M = männlicher Alleinlebender, 2E = 2 Erwachsene; -/- bedeutet Fallzahlen zu gering

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

**empirica**

*Demographische Veränderungen lassen zukünftig höhere Einkommensarmut bei jungen Haushalten erwarten.* Die – rein demographisch bedingte (!) – Entwicklung der Einkommensarmut in der Zukunft kann man anhand der vorhandenen Informationen qualitativ abschätzen, indem die bekannten typen- und altersspezifischen Armutsquoten einer typen- und altersspezifischen Haushaltsprognose gegenübergestellt werden.<sup>65</sup> Im Ergebnis wird die Einkommensarmut bei den Haushalten mit unter 50-jähriger Bezugsperson ansteigen, weil hier der Anteil Alleinlebender und Alleinerziehender zunimmt; diese Haushaltstypen sind ohnehin überdurchschnittlich häufig einkommensarm. Bei den Haushalten mit 50- bis 64-jähriger Bezugsperson könnte ein Anstieg der Einkommensarmut durch die Zunahme der weiblichen Alleinlebenden kompensiert werden durch eine gleichzeitige Zunahme der männlichen Alleinlebenden; letztere sind weitaus seltener einkommensarm. Bei den Seniorenhaushalten schließlich wirken alle demographischen Veränderungen in Richtung rückläufiger Einkommensarmut: es gibt weniger (einkommensarme) weibliche Alleinlebende und mehr (selten einkommensarme) männliche Alleinlebende. Insbesondere in dieser Altersklasse muss die hier durchgeführte Partialbetrachtung der demographischen Veränderungen jedoch mit Vorsicht interpretiert werden, da zukünftige Veränderungen bei den Rentenansprüchen eher dazu führen, dass eine neue Seniorenarmut aufkeimen wird (vgl. Abschnitt III.6.3).

*Alleinlebende sind nicht „dümmer“ als Bezugspersonen in anderen Haushalten!* Die unterdurchschnittlichen Einkommen der Einpersonenhaushalte haben verschiedene Ursachen: junge Alleinlebende befinden sich zum Teil noch in der Ausbildung, ältere Alleinlebende – insbesondere Frauen – haben geringere Rentenansprüche als Paare. Daneben macht sich der Familienstand aber auch in einer höheren Steuerlast bzw. geringeren Transferbezügen bemerkbar (kein Ehegattensplitting, kein Kinderfreibetrag; vgl. Kapitel III.4.1.4). Nicht zuletzt kann bei einem Alleinlebenden per definitionem nur ein Haushaltsmitglied ein Einkommen erwirtschaften; dieses liegt bei Frauen zudem meist niedriger als bei Männern (vgl. Kapitel III.6.2.1). Die bedeutendste Ursache für die niedrigen Einkommen der Alleinlebenden dürfte jedoch in

**Tabelle 42: Nettogeldvermögen und Vermögensarmut bei verschiedenen Haushaltstypen 1998**

**a) Nettogeldvermögen (in €)**

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Brandenburg	Mecklenb.-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Berlin (Ost)
1 F	16.823	18.603	8.559	9.852	7.289	9.010	7.798	5.966	10.961
1 M	24.280	27.180	7.925	6.962	10.277	9.436	6.029	6.964	7.367
2E	41.236	46.005	20.622	20.132	21.367	22.554	17.731	19.591	21.731
2ExK	30.173	33.452	15.058	15.594	10.472	15.324	13.377	16.844	20.748
1ExK	8.788	9.859	5.539	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
<i>darunter (1ExK):</i>									
ledig	5.545	5.605	5.428	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
geschieden	9.225	10.458	5.111	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
getrennt lebend	7.710	8.440	4.399	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
Insgesamt	31.102	34.721	15.222	15.154	13.946	16.480	13.755	14.985	15.982

**b) Vermögensarmutsquoten**

**Definition:** Geldvermögen nach Abzug von Konsumentenkrediten negativ

	Deutschland	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Brandenburg	Mecklenb.-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Berlin (Ost)
1 F	16%	16%	15%	12%	13%	14%	14%	22%	15%
1 M	24%	24%	24%	32%	25%	17%	31%	23%	25%
2E	8%	8%	7%	5%	9%	5%	8%	10%	9%
2ExK	12%	12%	15%	13%	17%	14%	17%	15%	17%
1ExK	28%	29%	26%	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
<i>darunter (1ExK):</i>									
ledig	27%	30%	22%	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
geschieden	27%	27%	26%	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
getrennt lebend	37%	37%	37%	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
Insgesamt	13%	13%	13%	12%	14%	11%	14%	15%	15%

**Anmerkung:** 1Ew = weibliche Alleinlebende, 1Em = männlicher Alleinlebender, 2E = 2 Erwachsene; -/- bedeutet Fallzahlen zu gering

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

**empirica**

<sup>65</sup> Dazu ist allerdings die zusätzliche Annahme erforderlich, dass sich die Armutsquoten einzelner Haushaltstypen in verschiedenen Altersklassen nicht strukturell verändern.

ihrer geringen Erwerbsbeteiligung zu finden sein: nur drei von vier männlichen Alleinlebenden bzw. sechs von zehn weiblichen Alleinlebenden im Alter 35 bis 49 Jahre sind erwerbstätig. Demgegenüber lebt in mehr als 90% aller Paarhaushalte mit Kindern mindestens ein Erwerbstätiger.

*Vermögensarmut ist vorwiegend bei Alleinerziehenden und männlichen Alleinlebenden zu beobachten.* Analog zur Einkommensarmut sind Alleinlebende – bezogen auf das Geldvermögen – auch öfter vermögensarm (vgl. Tabelle 42). Darüber hinaus ergeben sich abweichend von den Strukturen der Einkommensarmut allerdings gewichtige Unterschiede: trotz höherer Einkommen sind es eher die männlichen Alleinlebenden, die vermögensarm sind. Auch Alleinerziehende können den hohen Konsumbedarf im Rahmen der Kindererziehung häufig nicht durch die laufenden Einnahmen abdecken. In der Folge sind deren Geldvermögensbilanzen doppelt so oft negativ wie beim Durchschnittshaushalt. Familien mit zwei Elternteilen und vor allem kinderlose Paare wiederum sind deutlich seltener vermögensarm als der Durchschnitt.<sup>66</sup>

### 6.2.2 Entwicklung der Kinderarmut

*Rückläufige Kinderarmut in den neuen Ländern.* Gemessen am Einkommensniveau im früheren Bundesgebiet – so schätzt das DIW (2002) anhand der Daten des SOEP – lebte Anfang der 90er Jahre fast die Hälfte aller Kinder in den neuen Ländern in Einkommensarmut.<sup>67</sup> Inzwischen ist die Kinderarmut in den neuen Ländern um mehr als die Hälfte zurückgegangen (vgl. Tabelle 43). Nach wie vor sind aber Kinder überall häufiger einkommensarm als die Bevölkerung insgesamt.

**Tabelle 43: Entwicklung der Einkommensarmut von Kindern in Deutschland 1992 bis 1998**

Index: 1992 = 100

Jahr	insgesamt	früheres Bundesgebiet	neue Länder
1992	100	100	100
1993	97	120	63
1994	80	97	55
1995	95	125	52
1996	95	127	48
1997	77	100	43
1998	83	110	43

Quellen: DIW (2002), Auswertungen aus SOEP

empirica

*Deutlich höher ist das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und deren Kindern.* Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden sind öfter einkommensarm als in Haushalten mit zwei Elternteilen. Darüber hinaus haben einkommensarme Kinder von Alleinerziehenden – so das DIW (2002) – in den neuen Ländern eine weniger als halb so große Wahrscheinlichkeit, der Armut zu entfliehen als Kinder verheirateter und zusammenlebender Eltern. Etwa die Hälfte der Kinder entkommt der Armut allerdings, wenn der alleinerziehende Elternteil einen Partner findet. Darüber hinaus stellt das DIW auch einen engen Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit fest, allerdings ist die Erwerbstätigkeit für diejenigen, die arm waren, oftmals nicht von Dauer.

<sup>66</sup> Eine Analyse der Vermögensarmut unter Berücksichtigung der Immobilienvermögen ist schwer zu interpretieren, da z. B. junge Familien zwar öfter Wohneigentümer sind als gleichaltrige Alleinlebende, gleichzeitig aber altersbedingt auch noch höhere Bauschulden haben. Aufgrund dieser verzerrenden Überlagerung von typenspezifischen Wohneigentumsquoten und altersspezifischen Beständen an Restschulden wird an dieser Stelle nicht vorgenommen.

<sup>67</sup> Diese Größenordnung offenbart die Fragwürdigkeit einer relativen Einkommensarmut, wie sie der Armutsdiskussion üblicherweise zugrunde gelegt wird.

**Tabelle 44: Kinderarmut bei verschiedenen Definitionen von Armut 1998**

**Definition:** modifiziertes Armutskonzept (<60% Median inflationiertes Äquivalenzeinkommen von 1993); Kinder sind alle unter 18-jährigen Personen

Armutsschwelle	ost-west-spezifisch		gesamtdeutsch	
	Tsd. Kinder	Anteil Kinder	Tsd. Kinder	Anteil Kinder
früheres Bundesgebiet	1.646	13%	1.195	9%
neue Länder	126	5%	419	15%
Thüringen	17	4%	58	14%
<b>Deutschland</b>	<b>1.772</b>	<b>12%</b>	<b>1.614</b>	<b>11%</b>
<b>Modellrechnung:</b> Armutsquoten, wenn arbeitslose Bezugspersonen erwerbstätig wären				
früheres Bundesgebiet	1.322	10%	919	7%
neue Länder	76	3%	289	11%
Thüringen	9	2%	41	10%
<b>Deutschland</b>	<b>1.398</b>	<b>9%</b>	<b>1.208</b>	<b>8%</b>
<b>... prozentuale Verbesserung gegenüber Status quo</b>				
früheres Bundesgebiet	20%	–	23%	–
neue Länder	40%	–	31%	–
Thüringen	45%	–	29%	–
<b>Deutschland</b>	<b>21%</b>	–	<b>25%</b>	–

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 1998

empirica

*Aufnahme einer Erwerbstätigkeit alleine reicht für Absenkung der Kinderarmut nicht immer aus.* In Thüringen lebten Ende der 90er Jahre rund 80 Tsd. Kinder in einkommensarmen Haushalten – das ist jedes sechste Kind. Gemessen am niedrigeren Einkommensniveau der Haushalte in den neuen Ländern leben immerhin noch 17 Tsd. oder 4% aller Kinder in einkommensarmen Verhältnissen.<sup>68</sup> Damit ist Kinderarmut in Thüringen jeweils seltener verbreitet als im Durchschnitt aller neuen Länder. Würden die arbeitslosen Haushaltsbezugspersonen eine ihren Qualifikationen entsprechende Erwerbstätigkeit aufnehmen, wäre die Anzahl in Einkommensarmut lebender Kinder in Thüringen deutlich geringer.<sup>69</sup> Weil in den neuen Ländern eine höhere Arbeitslosigkeit herrscht, würde eine Absenkung der Arbeitslosenquote rein quantitativ sogar mehr als im früheren Bundesgebiet bewirken. Je nach Berechnung der Armutsschwelle müssten aber 9 Tsd. Kinder nach wie vor in Armut leben.<sup>70</sup> Aber nicht alle Kinder, die einkommensarm sind, haben arbeitslose Eltern. Zwar sind Kinder in einem Arbeitslosenhaushalt überdurchschnittlich häufig einkommensarm,<sup>71</sup> aber 20% aller armen Kinder lebt in Haushalten mit erwerbstätiger Bezugsperson.<sup>72</sup>

### 6.3 Die finanzielle Lage der Seniorenhaushalte

Im Jahr 2000 war in etwa jedem vierten Haushalt (27%) die Bezugsperson 65 Jahre oder älter. Gut die Hälfte dieser Haushalte waren Alleinlebende, in vier von zehn Seniorenhaushalten lebten Paare. Die Bevölkerung Thüringens wird jedoch in den nächsten Jahren bis 2020 erheblich altern. Deswegen werden in Thüringen mehr Seniorenhaushalte leben, deren Anteil steigt bis 2020 auf ein knappes Drittel (31%).

<sup>68</sup> Die Verwendung der ost-west-spezifischen Armutsgrenzen führt zu einem Prozentsatz der Kinder in einkommensschwachen Haushalten, der unterhalb der Quote minderjähriger Sozialhilfeempfänger liegt (vgl. Tabelle 33 in Abschnitt III.5.1). Dies reflektiert einen methodischen Unterschied: einigen Sozialhilfeempfängern steht ein Einkommen zur Verfügung, das oberhalb 60 % des ost-west-spezifischen Median-Äquivalenzeinkommens liegt. Insofern schließt sich auch nicht aus, dass eine Armutsquote kleiner sein kann als eine Sozialhilfequote.

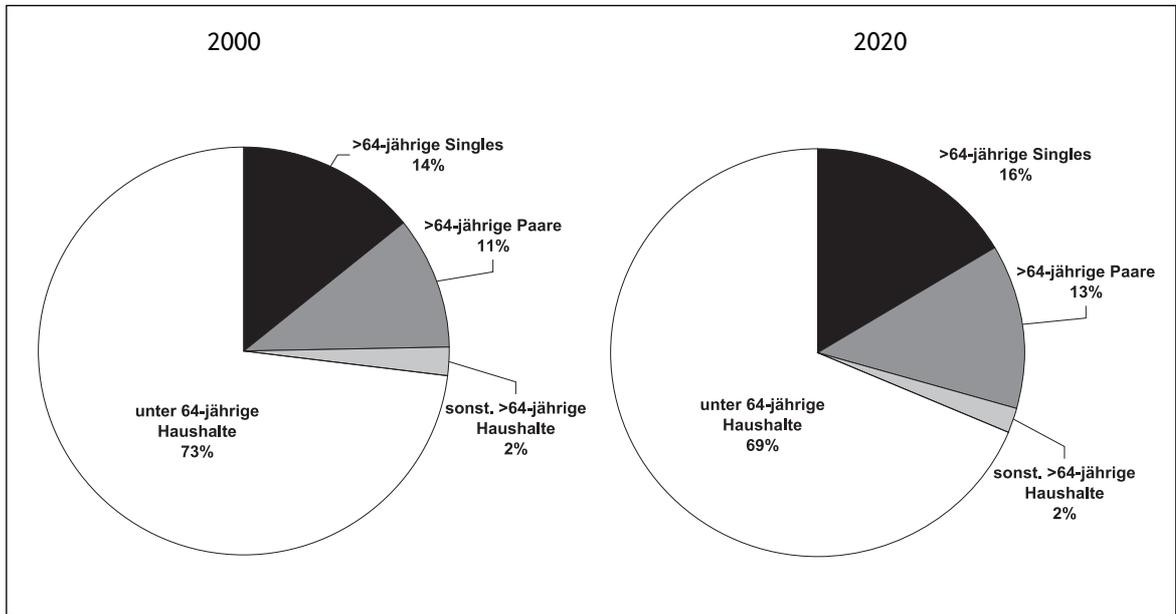
<sup>69</sup> Zur Schätzung der potentiellen Erwerbseinkommen arbeitsloser Haushaltsvorstände wurde ein Regressionsmodell angewandt, das die Lohnhöhe der vollzeiterwerbstätigen Arbeiter und Angestellten auf die Einflussgrößen Ausbildung, Geschlecht, Alter, Gemeindegröße, Familienstand und Region zerlegt.

<sup>70</sup> Bei gesamtdeutschen Armutsschwellen verblieben 41 Tsd. Kinder in Armut – aufgrund der weiter gefassten Armutsgrenzung sind hier jeweils mehr Kinder einkommensarm.

<sup>71</sup> 24% aller thüringischen Kinder in Arbeitslosenhaushalten sind unter Berücksichtigung ost-west-spezifischer Armutsschwellen einkommensarm; das sind sechsmal so viele Kinder wie im Durchschnitt aller Haushalte. Bei gesamtdeutschen Armutsschwellen ist die Hälfte aller Kinder einkommensarm; das sind knapp viermal so viele Kinder wie im Durchschnitt aller Haushalte.

<sup>72</sup> Bei gesamtdeutschen Armutsschwellen wohnen sogar 52% aller einkommensarmen Kinder in Haushalten mit erwerbstätiger Bezugsperson – aufgrund der weiter gefassten Armutsgrenzung befinden sich unter den einkommensarmen Haushalten mehr Erwerbstätige als bei der engeren Abgrenzung mittels ost-west-spezifischer Armutsschwellen.

**Abbildung 62: Anteil Seniorenhaushalte in den Jahren 2000 und 2020**



Quelle: TLS und eigene Berechnungen mit PROFAMY (Trendvariante)

empirica

Zudem werden nach dem Aussterben der Kriegsgenerationen unter den Seniorenhaushalten mehr männliche Alleinlebende und mehr Paare zu finden sein.

*Niedrige Haushaltseinkommen insbesondere bei alleinlebenden weiblichen Senioren.* Die Haushaltseinkommen der Senioren in den neuen Ländern sind in den 90er Jahren deutlich stärker gestiegen als bei anderen Haushalten aus den neuen Ländern bzw. als bei Seniorenhaushalten im früheren Bundesgebiet (vgl.

**Tabelle 45: Einkommen und Einkommensarmut bei Senioren**

	Haushaltsnettoeinkommen				Anteil einkommensarmer Haushalte				nachrichtl.: gesamt- deutsche Armuts- schwelle
	1Em	1Ew	2E	Insgesamt	1Em	1Ew	2E	Insgesamt	
<b>1998</b>									
neue Länder	1.223	991	1.852	1.407	4%	14%	1%	8%	18%
früheres Bundesgebiet	1.663	1.306	2.278	1.811	19%	25%	15%	20%	15%
Deutschland insgesamt	1.596	1.245	2.201	1.737	17%	23%	13%	18%	15%
<i>neue Bundesländer im Einzelnen:</i>									
Brandenburg	-/-	1.069	1.881	1.405	-/-	7%	0%	3%	14%
Meckl.-Vorpommern	-/-	934	1.823	1.375	-/-	22%	0%	11%	26%
Sachsen	-/-	975	1.976	1.418	-/-	13%	0%	7%	15%
Sachsen-Anhalt	-/-	982	1.692	1.387	-/-	19%	4%	10%	24%
Thüringen	-/-	943	1.809	1.385	-/-	17%	1%	10%	22%
Berlin-Ost	-/-	1.083	1.885	1.491	-/-	7%	3%	4%	9%
<b>1993</b>									
neue Länder	914	831	1.479	1.145	10%	15%	1%	8%	22%
früheres Bundesgebiet	1.456	1.095	2.156	1.663	18%	27%	15%	20%	15%
Deutschland insgesamt	1.345	1.046	2.014	1.565	16%	25%	12%	18%	17%

**Auswahl:** alle Haushalte mit Bezugsperson älter als 64 Jahre

**Definition:** modifiziertes Armutskonzept (<60% Median inflationiertes Äquivalenzeinkommen von 1993), ost-west-spezifische Armutsschwellen

**Anmerkung:** 1Ew = weibliche Alleinlebende, 1Em = männlicher Alleinlebender, 2E = 2 Erwachsene; -/- bedeutet: zu wenig Beobachtungen.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

Kapitel III.4.1.3). Dennoch ist in den neuen Ländern fast jeder dreizehnte Seniorenhaushalt einkommensarm, in Thüringen sogar jeder zehnte. Davon betroffen sind fast ausschließlich weibliche, alleinlebende Senioren, die mit durchschnittlich 943 €/Monat gut 30% unter dem mittleren Haushaltsnettoeinkommen aller Seniorenhaushalte liegen. Die demographischen Veränderungen werden zwar bewirken, dass es zukünftig weniger weibliche Alleinlebende und mehr Seniorenpaare geben wird (vgl. Abbildung 13); dies betrifft jedoch nur zukünftige Seniorenhaushalte.

*Mittelfristig keine umfassende Annäherung der Haushaltsnettoeinkommen an das Westniveau zu erwarten.* Rentner in den neuen Ländern verfügen über geringe Haushaltsnettoeinkommen, weil sie stärker auf öffentliche Transfers angewiesen sind (vgl. Tabelle 46). Deswegen liegt deren Einkommensarmut bei Berücksichtigung gesamtdeutscher Armutsschwellen auch höher als im früheren Bundesgebiet. Während sich die öffentlichen Renten dem Betrag nach aber kaum unterscheiden, sind es vor allem Werksrenten und private Renten, die auch in Thüringen seltener sind und im Einzelfall weitaus geringer ausfallen als im früheren Bundesgebiet (vgl. Tabelle 47). Darüber hinaus können Senioren im früheren Bundesgebiet viel öfter als Senioren in den neuen Ländern positive Vermögenseinnahmen verbuchen – vorwiegend in Form der ersparten Miete bei Selbstnutzern (vgl. Kapitel III.8). Seniorenpaare verfügen zwar in beiden Teilen Deutschlands zusätzlich über gewisse Einkünfte aus Erwerbstätigkeit; diese fallen im früheren Bundesgebiet jedoch gut dreimal höher aus als in den neuen Ländern. Solange diese Lücken in Thüringen nicht geschlossen werden, sind (künftige) Rentner in höherem Maße von der gesetzlichen Rentenversicherung abhängig als im früheren Bundesgebiet. Gleichwertige Ansprüche an Betriebs-/Werksrenten und an private Rentenversicherungen dürften jedoch erst langfristig zu erwarten sein. Demgegenüber könnte die in den 90er Jahren zu beobachtende vergleichsweise hohe Wohneigentumsbildung bei älteren Haushalten schon mittelfristig dazu führen, dass zumindest die jüngeren Senioren in Thüringen höhere Vermögenseinnahmen verbuchen können als ihre Vorgänger.

**Tabelle 46: Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens verschiedener Seniorenhaushalte 1998**

Haushaltstyp	Anteil Haushalte mit Bezug von Einkommen aus...				Bruttobetrag je Bezieher				gewichtete Summe €/Monat
	Erwerbs-tätigkeit	Vermögen	öffentl. Transfers	priv. Transfers	Erwerbs-tätigkeit €/Monat	Vermögen €/Monat	öffentl. Transfers €/Monat	priv. Transfers €/Monat	
<b>Thüringen</b>									
1Em	1%	32%	100%	–/–	5	79	1.126	–/–	1.152
1Ew	1%	20%	100%	19%	39	184	983	113	1.042
2E	20%	70%	100%	20%	259	334	1.751	164	2.070
<b>Insgesamt</b>	<b>10%</b>	<b>45%</b>	<b>100%</b>	<b>19%</b>	<b>320</b>	<b>297</b>	<b>1.376</b>	<b>154</b>	<b>1.571</b>
<b>neue Länder</b>									
1Em	3%	40%	100%	19%	234	141	1.275	74	1.354
1Ew	5%	25%	100%	17%	240	227	1.014	121	1.103
2E	19%	64%	100%	21%	192	265	1.837	147	2.073
<b>Insgesamt</b>	<b>12%</b>	<b>43%</b>	<b>100%</b>	<b>19%</b>	<b>314</b>	<b>255</b>	<b>1.405</b>	<b>130</b>	<b>1.575</b>
<b>früheres Bundesgebiet</b>									
1Em	16%	57%	100%	45%	559	776	1.349	339	2.033
1Ew	9%	48%	100%	44%	356	562	1.142	284	1.561
2E	20%	75%	100%	55%	634	808	1.852	406	2.797
<b>Insgesamt</b>	<b>16%</b>	<b>61%</b>	<b>100%</b>	<b>49%</b>	<b>629</b>	<b>729</b>	<b>1.495</b>	<b>354</b>	<b>2.209</b>
<b>Deutschland insgesamt</b>									
1Em	14%	55%	100%	41%	548	705	1.338	320	1.930
1Ew	8%	43%	100%	39%	342	524	1.117	270	1.472
2E	20%	73%	100%	48%	557	723	1.849	386	2.667
<b>Insgesamt</b>	<b>15%</b>	<b>58%</b>	<b>100%</b>	<b>43%</b>	<b>585</b>	<b>665</b>	<b>1.478</b>	<b>336</b>	<b>2.094</b>

**Auswahl:** alle Haushalte mit über 64-jähriger Bezugsperson

**Anmerkung:** 1Ew = weibliche Alleinlebende, 1Em = männlicher Alleinlebender, 2E = 2 Erwachsene; –/– bedeutet Fallzahlen zu gering.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

**Tabelle 47: Zusammensetzung spezieller Alterseinkünfte verschiedener Seniorenhaushalte 1998**

	Anteil Haushalte mit Bezug von				Bruttobetrag je Bezieher				ge- wichte Summe €/Monat
	öff. Renten und Pensionen aus... eigenen abgeleiteten ...Ansprüchen		Werksrenten	private Renten	öff. Renten und Pensionen aus... eigenen abgeleiteten ...Ansprüchen		Werksrenten	private Renten	
	€/Monat	€/Monat			€/Monat	€/Monat			
<b>Thüringen</b>									
1Em	100%	50%	-/-	-/-	926	223	-/-	-/-	1.037
1Ew	100%	39%	4%	-/-	724	604	118	-/-	962
2E	100%	1%	3%	-/-	1.650	396	46	-/-	1.654
<b>Insgesamt</b>	<b>100%</b>	<b>22%</b>	<b>4%</b>	<b>-/-</b>	<b>1.193</b>	<b>507</b>	<b>111</b>	<b>-/-</b>	<b>1.306</b>
<b>neue Länder</b>									
1Em	100%	40%	4%	1%	1.121	225	35	37	1.213
1Ew	99%	37%	2%	1%	772	602	58	155	990
2E	100%	1%	2%	0%	1.772	629	71	27	1.771
<b>Insgesamt</b>	<b>100%</b>	<b>22%</b>	<b>2%</b>	<b>0%</b>	<b>1.230</b>	<b>542</b>	<b>67</b>	<b>115</b>	<b>1.346</b>
<b>früheres Bundesgebiet</b>									
1Em	98%	16%	23%	6%	1.215	360	318	328	1.345
1Ew	93%	58%	20%	2%	703	733	169	175	1.115
2E	99%	1%	30%	3%	1.752	699	375	476	1.873
<b>Insgesamt</b>	<b>96%</b>	<b>28%</b>	<b>25%</b>	<b>3%</b>	<b>1.238</b>	<b>713</b>	<b>302</b>	<b>366</b>	<b>1.480</b>
<b>Deutschland insgesamt</b>									
1Em	99%	20%	20%	5%	1.200	319	310	323	1.325
1Ew	94%	54%	16%	2%	717	715	167	173	1.091
2E	99%	1%	25%	3%	1.756	681	371	469	1.855
<b>Insgesamt</b>	<b>97%</b>	<b>27%</b>	<b>20%</b>	<b>3%</b>	<b>1.237</b>	<b>688</b>	<b>298</b>	<b>358</b>	<b>1.455</b>

**Auswahl:** alle Haushalte mit über 64-jähriger Bezugsperson

**Anmerkung:** 1Ew = weibliche Alleinlebende, 1Em = männlicher Alleinlebender, 2E = 2 Erwachsene; -/- bedeutet Fallzahlen zu gering.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

**empirica**

Auch langfristig hohe eigene Ansprüche der Frauen an die gesetzliche Rentenversicherung zu erwarten. Die vergleichsweise hohe Absicherung weiblicher Alleinlebender ist in den neuen Ländern vorwiegend auf deren weit verbreiteten eigenen Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung und damit auf eine hohe Erwerbsbeteiligung in früheren Jahren zurückzuführen. Trotz hoher Arbeitslosigkeit setzt sich diese Entwicklung auch in der jüngeren Vergangenheit fort (vgl. Tabelle 48 und Kapitel III.3.3). Unabhängig von der Kinderzahl ist die Erwerbsbeteiligung der Lebenspartner eines vollzeiterwerbstätigen, 30- bis 39-jährigen Haushaltsvorstandes in den neuen Ländern in etwa doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Ein Großteil dieser Mütter mit Doppelbelastung aus Erziehung und Erwerbstätigkeit ist in den neuen Ländern zudem sogar vollzeiterwerbstätig.

**Tabelle 48: Erwerbsbeteiligung junger Mütter 1998**

	überwiegender Lebensunterhalt der 2. Person im Haushalte					
	Erwerbstätigkeit insgesamt	dar.: vollzeit	durch Lebensgefährte	durch ALG	sonstiges	Summe
<b>neue Länder</b>						
2E1K	68%	42%	9%	14%	8%	100%
2E2K	65%	40%	10%	14%	11%	100%
2E3K+	41%	21%	19%	20%	20%	100%
<b>früheres Bundesgebiet</b>						
2E1K	35%	7%	57%	4%	4%	100%
2E2K	25%	3%	69%	2%	4%	100%
2E3K+	20%	2%	73%	1%	6%	100%

**Auswahl:** alle Haushalte mit über 30- bis 39-jähriger Bezugsperson mit vollzeiterwerbstätigem Haushaltsvorstand

**Anmerkung:** Für eine spezielle Analyse der Haushalte in Thüringen sind die Fallzahlen zu gering; 2ExK = 2 Erwachsene mit x Kind(ern).

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

**empirica**

*Mittelfristig rückläufige Rentenansprüche beim männlichen Rentenzugang zu erwarten.* Tatsächlich können in den neuen Ländern Frauen, die seit 1993 in Rente gegangen sind, gut 50% mehr Versicherungsjahre und im Mittel etwa 10% höhere Entgeltpunkte pro Versicherungsjahr vorweisen als die Frauen im früheren Bundesgebiet (vgl. Tabelle 49).<sup>73</sup> Im Ergebnis würden die Frauen in den neuen Ländern rund 70% höhere Renten beziehen als im früheren Bundesgebiet, wenn dieselben Rentenwerte gelten würden.<sup>74</sup> Etwas anders sieht es bei den Männern aus. Zwar kann der männliche Rentenzugang der letzten Jahre in den neuen Ländern auf mehr Beitragsjahre in seine Rentenversicherung verweisen, dieser Trend ist jedoch im Zeichen von Frühverrentung und Arbeitslosigkeit deutlich rückläufig. Bei etwa identischer Anzahl mittlerer Entgeltpunkte pro Versicherungsjahr hat der männliche Rentenzugang der neuen Länder gegenüber dem früheren Bundesgebiet deswegen seinen Vorsprung bei den aufsummierten Entgeltpunkten von 18% im Jahr 1993 auf nur noch 7% im Jahr 2000 abgebaut. Diese Entwicklung wurde in der Vergangenheit noch durch die schnellere Rentenerhöhung im Rahmen der Anpassung an die Rentenwerte im früheren Bundesgebiet kaschiert. In der nahen Zukunft dürften angesichts der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit – insbesondere auch bei den über 50-Jährigen – die mittleren Rentenversicherungsansprüche der Männer in den neuen Ländern deutlich geringer ausfallen als in der Vergangenheit. Dann aber könnte eine bisher wichtige Stütze für die Annäherung an das westdeutsche Niveau langsam schwächer werden. Insbesondere bei älteren Arbeitslosen kann man zudem nicht erwarten, dass diese zusätzliche Lücke durch private Transfers oder Vermögenseinkünfte kompensiert werden kann.

**Tabelle 49: Entwicklung der Rentenansprüche neuer Rentner 1993-2000**

West	Männer			West	Frauen	
	Ost	Verhältnis	3=2:1		Ost	Verhältnis
	1	2		4	5	6=5:4
<b>Mittlere Anzahl Entgeltpunkte</b>						
1993	41,8	49,5	118%	17,4	29,8	171%
1994	41,9	48,6	116%	18,3	31,2	170%
1995	41,8	48,7	116%	19,2	32,4	169%
1996	42,5	46,1	109%	19,7	32,8	167%
1997	42,1	45,9	109%	18,6	32,3	174%
1998	41,9	44,4	106%	19,4	32,6	168%
1999	41,6	44,5	107%	19,9	32,1	162%
2000	41,6	44,6	107%	19,5	34,1	174%
<b>Mittlere Anzahl Versicherungsjahre</b>						
1993	39,5	46,4	117%	24,7	38,0	154%
1994	39,6	45,5	115%	25,5	38,7	152%
1995	39,6	45,3	114%	26,2	39,8	152%
1996	39,9	44,0	110%	26,4	40,2	152%
1997	40,0	43,6	109%	26,3	40,1	152%
1998	40,0	43,4	109%	26,6	40,2	151%
1999	39,8	43,6	110%	26,2	40,0	153%
2000	39,7	43,7	110%	25,5	40,6	159%
<b>Mittlere Anzahl Entgeltpunkte je Versicherungsjahr</b>						
1993	1,06	1,07	101%	0,71	0,78	111%
1994	1,06	1,07	101%	0,72	0,81	112%
1995	1,06	1,08	102%	0,73	0,81	111%
1996	1,06	1,05	98%	0,75	0,82	109%
1997	1,05	1,05	100%	0,71	0,81	114%
1998	1,05	1,02	98%	0,73	0,81	111%
1999	1,05	1,02	98%	0,76	0,80	106%
2000	1,05	1,02	97%	0,77	0,84	110%

Quelle: VDR

empirica

<sup>73</sup> Zahlen für Thüringen liegen nicht vor.

<sup>74</sup> Tatsächlich entsprach im Jahr 2001 ein Entgeltpunkt im Osten aber 22,06 € gegenüber 25,31 € im Westen.

#### 6.4 Konsumgewohnheiten und Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern

*Schnelle Annäherung bei der Ausstattung mit Pkws und bei der Reiselust.* Im Zeitvergleich der Jahre 1993 und 1998 hat sich die Konsumlandschaft in Thüringen teils drastisch verbessert (vgl. Tabelle 50). Während 1993 jeder zweite Haushalt kein Telefon hatte, fehlt dieses Konsumgut mittlerweile nur noch in jedem 25. Haushalt. Auch die Ausstattung mit Videorecordern – zunächst noch deutlich schlechter als im früheren Bundesgebiet – hat sich von 30% auf fast 60% nahezu verdoppelt. Noch schneller hat sich der Ausstattungsgrad mit Pkws angeglichen: hier konnte bereits 1993 kaum noch ein Ost-West-Unterschied ausgemacht werden. Abgesehen von der Pkw-Ausstattung kam vor der „Konsumwelle“ in Form größerer Anschaffungen aber erst noch die „Reisewelle“. So waren die Konsumgewohnheiten in Bezug auf „Übernachtungen außer Haus“ bereits 1993 nicht mehr vom Niveau im früheren Bundesgebiet zu unterscheiden.

**Tabelle 50: Langlebige Konsumgüter und luxuriöse Konsumgewohnheiten 1993 und 1998**

Folgende Konsumgüter habe ich / leiste ich mir...

	Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder		Thüringen	
	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998
<b>Definition 1: langlebige Konsumgüter</b>								
Kühlschrank	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Waschmaschine	98%	99%	98%	99%	99%	99%	99%	99%
Gefrierschrank	96%	96%	96%	96%	96%	97%	95%	97%
Mikrowelle	89%	92%	90%	92%	86%	90%	85%	90%
Geschirrspülmaschine	88%	91%	90%	92%	84%	88%	84%	88%
Wäschetrockner	87%	88%	87%	89%	84%	85%	84%	86%
Telefon	88%	98%	98%	98%	55%	96%	50%	96%
TV-Gerät	96%	96%	95%	96%	97%	98%	97%	98%
Radio-/HiFi-Gerät	95%	96%	95%	96%	95%	96%	95%	96%
Fotoapparat	81%	87%	82%	87%	78%	86%	74%	87%
Pkw	73%	76%	75%	77%	69%	71%	64%	74%
Videorecorder	46%	63%	48%	63%	37%	61%	30%	58%
Computer	22%	39%	24%	40%	17%	35%	14%	36%
<b>Definition 2: luxuriöse Konsumgewohnheiten</b>								
Restaurantbesuch**	64%	65%	67%	68%	54%	55%	56%	55%
Übernachtungen ausser Haus***	68%	41%	68%	41%	68%	42%	65%	40%
Friseur/Kosmetikbehandlungen*	–	84%	–	84%	–	85%	–	85%
Reinigung/Reparatur Bekleidung*	–	36%	–	37%	–	31%	–	34%
nichtärztl. Gesundheitsdienstl.*	–	14%	–	14%	–	15%	–	13%

\*Ausgaben >0 DM p.a.

\*\*mehr als 25 DM pro Monat und HH-Mitglied

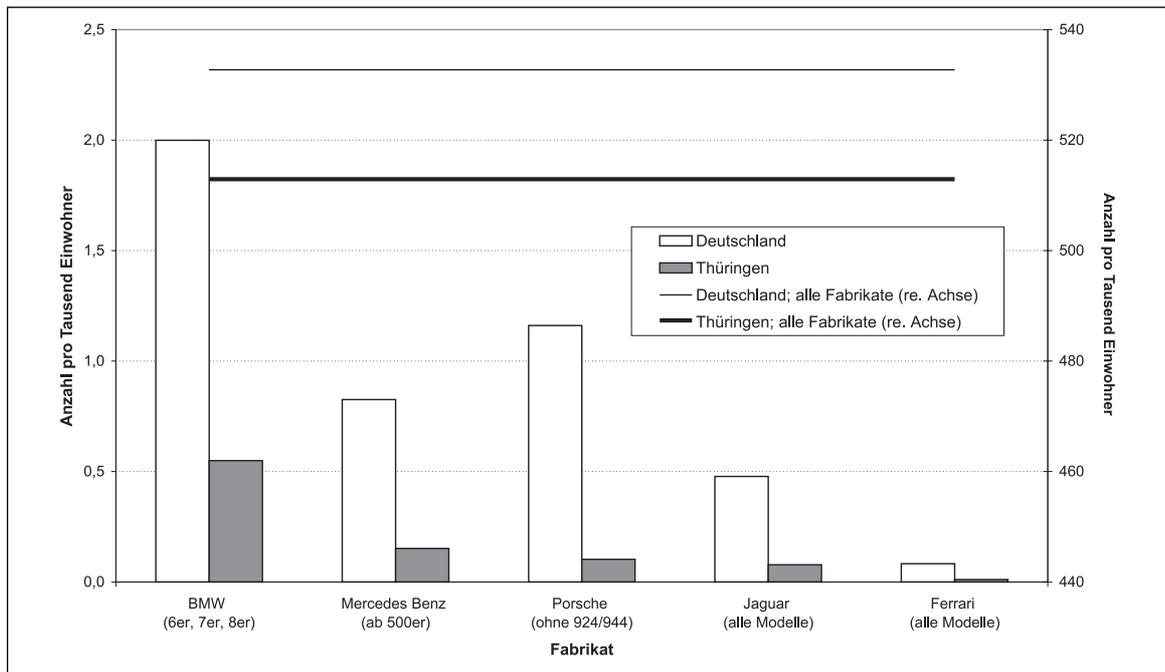
\*\*\*Ausgaben für Pauschalreisen, Hotel etc. >0 DM p.a. (1998 nur quartalsweise erfasst, deshalb kein Zeitvergleich möglich)

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

*Nachholbedarf bei den Konsumgewohnheiten noch nicht ganz aufgeholt.* Zwar hat sich die Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern und das Ausmaß „luxuriöser Konsumgewohnheiten“ in Thüringen im Laufe der 90er Jahre weitgehend an die Verhältnisse im früheren Bundesgebiet angepasst. Dennoch sind Kücheneinrichtungen wie Mikrowellengeräte, Geschirrspülmaschinen und Wäschetrockner in Haushalten in Thüringen immer noch etwas seltener anzutreffen als im früheren Bundesgebiet. Kühlschränke, Waschmaschinen und Gefrierschänke finden sich dagegen in fast jedem Haushalt. Demgegenüber fällt der Ausstattungsgrad mit Pkws, Videorecordern und Computern – trotz schneller Annäherung – in Thüringen noch deutlich geringer aus als im früheren Bundesgebiet: nur drei von vier Haushalten in Thüringen besitzen einen Pkw, nur knapp sechs von zehn einen Videorecorder und nur gut einer von drei Haushalten einen Computer. Während Übernachtungen außer Haus sowie Friseurbesuche und Kosmetikbehandlungen ähnlich oft wie im früheren Bundesgebiet zu beobachten sind, werden andere luxuriöse Konsumgewohnheiten wie Restaurantbesuche oder spezielle Dienstleistungen (z.B. Reinigung und Reparatur von Bekleidungsstücken) in Thüringen auch mehr als zehn Jahre nach der Wiedervereinigung noch vergleichsweise selten wahrgenommen.

Abbildung 63: Pkw pro Tausend Einwohner 2001



Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt 2001

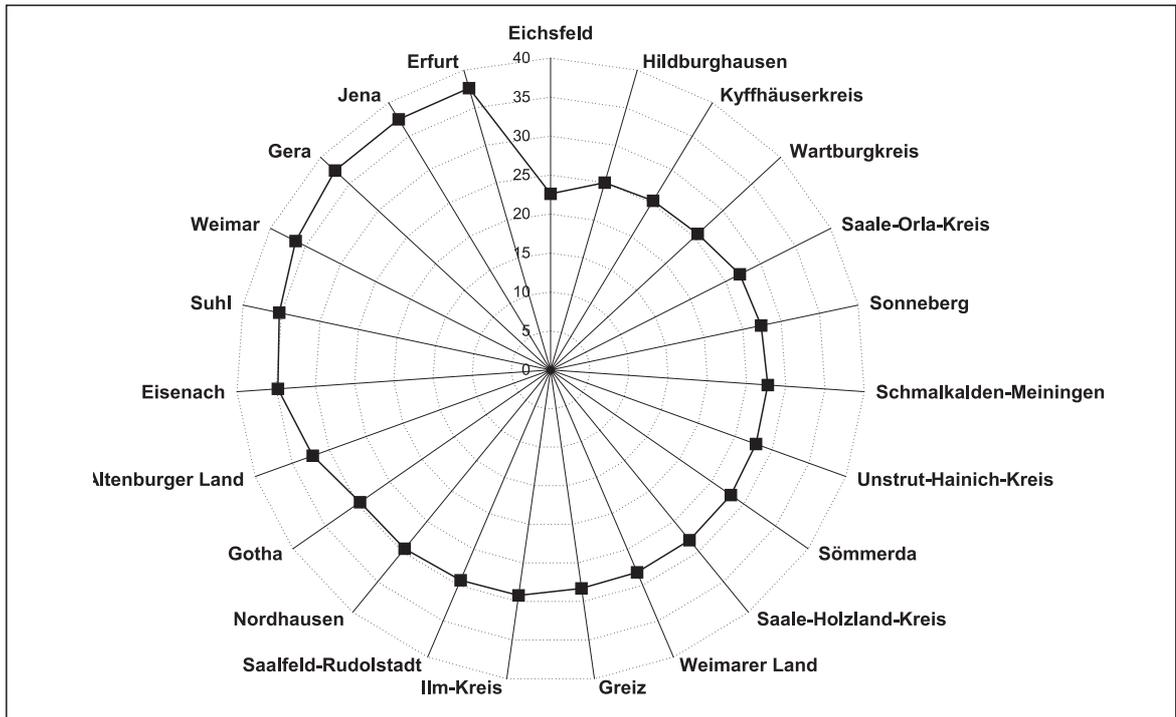
empirica

Vor allem in der Luxusklasse noch keine vollständige Anpassung der Motorisierung an das West-Niveau. Eine immer noch etwas geringere Ausstattung mit Pkws in Thüringen ist auf eine unterdurchschnittliche Ausstattung bei Alleinlebenden, insbesondere weibliche über 50-Jährige, sowie bei älteren Paaren zurückzuführen. Demgegenüber besitzen jüngere männliche Alleinlebende in den neuen Ländern etwas öfter einen Pkw als ihre Altersgenossen im früheren Bundesgebiet. Insgesamt erreicht die Pkw-Quote mit 513 pro Tsd. Einwohner 96% des deutschlandweiten Niveaus von 533 pro Tsd. Einwohner. Bei den Luxuswagen dagegen liegt die Angleichung an das bundesdeutsche Niveau weit niedriger: 27% bei großen BMWs (ab 6er), 18% bei großen Mercedes (ab 500er), 16% bei Jaguar, 9% bei Porsche und 14% bei Ferrari (vgl. Abbildung 63).

## 6.5 Regionale Differenzierung

*Alleinlebende konzentrieren sich in den Großstädten.* Alleinlebende sind überwiegend in den untersten und den obersten Altersklassen zu finden. Bei den älteren Alleinlebenden handelt es sich meist um Witwen, die „unfreiwillig“, biometrisch bedingt alleine leben, während die jungen Alleinlebenden (noch) keine Familie gründen wollen und insofern verhaltensbedingt alleine wohnen. Diese Verhaltensform ist insbesondere in größeren Städten zu beobachten und führt dort zu einem geringen Anteil von Paaren mit Kindern. Demgegenüber hängt die Anzahl älterer Alleinlebender in den einzelnen Kreisen von der regionalen Altersstruktur ab. Der Anteil Alleinlebender in den Kreisen und kreisfreien Städten folgt deswegen sowohl einem Stadt-Land Gefälle als auch der ungleichen Altersverteilung.

Abbildung 64: Anteil Alleinlebender in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens 1998



Quelle: INKAR 2000

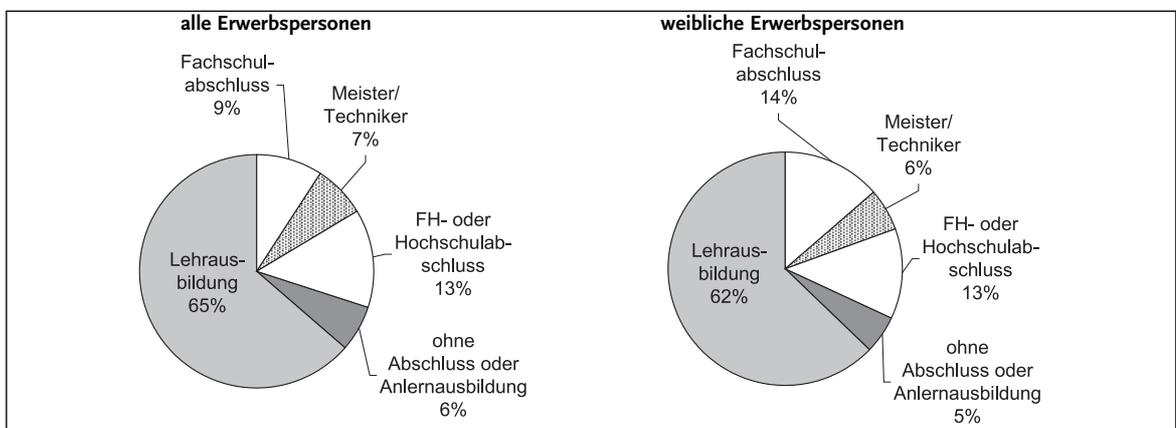
empirica

## 7. Bildung und Humankapital

### 7.1 Qualifikationsstrukturen heutiger Erwerbspersonen

Zwei Drittel der Erwerbspersonen in Thüringen besitzen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Jede achte Erwerbsperson oder 13% haben eine akademische Prüfung absolviert, jede sechzehnte oder 6% kann dagegen keinen Abschluss vorweisen bzw. wurde durch eine Anlernausbildung qualifiziert. Unter den weiblichen Erwerbspersonen liegt der Anteil mit abgeschlossener Berufsausbildung mit 62% etwas niedriger als bei den Erwerbspersonen insgesamt. Stattdessen können unter den Erwerbspersonen mehr Frauen als Männer einen Fachschulabschluss vorweisen.

Abbildung 65: Struktur der beruflichen Ausbildung der Erwerbspersonen in Thüringen 2001



Auswahl: nur Personen mit Angaben zur beruflichen Ausbildung

Definition: Erwerbspersonen = Erwerbstätige + Erwerbslose

Quelle: TLS

empirica

Die Qualität der schulischen und der beruflichen Ausbildung bestimmen die Arbeitsmarktchancen der Erwerbspersonen. In der Summe aller Beschäftigten entscheiden sie aber auch über die Wachstumschancen einer Region und damit über die Zukunftsperspektiven des Landes. Investitionen in das so genannte Humankapital erhöhen demnach nicht nur die individuellen Verdienstmöglichkeiten, sondern auch die gesellschaftlichen Wohlfahrts- und Wachstumspotentiale.

**Tabelle 51: Erwerbslosenquoten und höchster beruflicher Ausbildungsabschluß in Thüringen 2001**

		mit abgeschlossener Ausbildung								ohne Angabe des Ab- schlusses
Insgesamt		ohne Angabe zum Abschluss	ohne Abschluss	Anlernaus- bildung	Lehraus- bildung	Fachschul abschluss	Meister/ Techniker	FH-Ab- schluss	Hochschul abschluss	
<b>Anzahl Erwerbslose</b>										
insgesamt	202	12	16,9	7	133,7	11,6	7	/	/	/
Frauen	106	6	10	/	69,3	7	/	/	/	/
<b>Anzahl Erwerbstätige</b>										
insgesamt	1.079	44	34	13	582	92	77	51	99	24
Frauen	480	19	15	/	251	62	29	23	39	10
<b>Anzahl Erwerbspersonen (Erwerbstätige+Erwerbslose)</b>										
insgesamt	1.282	56	51	20	716	103	84	52	100	25
Frauen	586	25	25	2	320	69	30	24	40	11
<b>Anteil Erwerbslose</b>										
insgesamt	16%	21%	33%	36%	19%	11%	8%	(2%)	(1%)	(4%)
Frauen	18%	25%	39%	(50%)	22%	10%	(3%)	(4%)	(3%)	(9%)

**Anmerkung:** Für Zellen mit „/“ stehen zu wenig Beobachtungen zur Verfügung; Werte in Klammer sind aufgrund geringer Fallzahlen nur eingeschränkt aussagekräftig.

**Definition:** Anteil Erwerbslose = Erwerbslose / Erwerbspersonen

**Quelle:** TLS

empirica

*Je besser die Ausbildung desto geringer die Erwerbslosigkeit.* Insgesamt waren im Jahr 2001 16% aller Erwerbspersonen in Thüringen erwerbslos. Ja nach Art des beruflichen Ausbildungsabschlusses zeigen sich jedoch enorme Unterschiede (vgl. Tabelle 51). So liegt die Erwerbslosenquote bei angelernten Erwerbspersonen mit 36% mehr als doppelt so hoch wie der Mittelwert. Demgegenüber sind Meister/Techniker nur halb so oft erwerbslos; bei Hochschulabsolventen ist die Erwerbslosenquote sogar nahezu vernachlässigbar gering. Frauen sind zwar öfter erwerbslos als Männer, dennoch gelten für sie ganz ähnliche Relationen auf den einzelnen Ausbildungsstufen. Insbesondere gilt auch hier, dass die Erwerbslosenquote von Angelernten mehr als doppelt so groß ist wie im Durchschnitt aller weiblichen Erwerbspersonen.

*Wissen und Qualifikationen von Arbeitslosen drohen zu veralten.* Das Humankapital kann durch lebenslanges Lernen stetig verbessert werden. Explizites Lernen durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gehört dazu genauso wie implizites Lernen durch „training on the job“. Allerdings profitieren fast ausschließlich die Erwerbstätigen von diesen Lernformen. Demgegenüber besteht bei Erwerbslosen die Gefahr, dass sie einmal erlangte Qualifikationen wieder verlernen und ihr Wissen veraltet.<sup>75</sup> Diese Form von Humankapitalverlusten ist umso ausgeprägter, je höher die Arbeitslosenquote steigt und je mehr der Anteil der Langzeitarbeitslosen anwächst.

<sup>75</sup> Arbeitslose können durch Weiterbildungsmaßnahmen ebenfalls eine höhere Qualifikation erlangen, dennoch bleibt im Unterschied zum „training on the job“ dann immer fraglich, inwieweit die entsprechenden Kenntnisse am Arbeitsmarkt auch nachgefragt werden.

**Tabelle 52: Qualifikationsstrukturen der Erwerbstätigen 2001**

	geringe	mittlere	hohe
Brandenburg	24%	67%	9%
Mecklenburg-Vorpommern	23%	68%	8%
Sachsen	19%	69%	12%
Sachsen-Anhalt	20%	72%	8%
Thüringen	18%	72%	10%
Berlin	36%	52%	12%
Neue Länder (incl. Ost-Berlin)	24%	66%	10%
Früheres Bundesgebiet	30%	62%	8%

**Anmerkung:** Geringe Qualifikation = Arbeitnehmer mit Volksschule, jedoch ohne mittlere Reife, Abitur oder abgeschlossener Berufsausbildung; Hohe Qualifikation = Abschluss an höherer Fachschule, Fachhochschule, Hochschule oder Universität.

**Quelle:** INKAR 2001

empirica

*Vergleichsweise viele hochqualifizierte Erwerbstätige in Thüringen.* Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten hat nicht nur Auswirkungen auf die Erwerbchancen der Betroffenen. Sie gibt auch Auskunft über die Beschaffenheit der vorhandenen Arbeitsplätze. Außerdem stellen die Beschäftigten und ihre Qualifikationen das primäre Humankapitalreservoir dar, weswegen ihnen ein erheblicher Einfluss auf Unternehmensgründungen und -ansiedlungen zukommt. Verglichen mit anderen Ländern zeigt die Qualifikationsstruktur in Thüringen eine erfreulich hohe Quote im Bereich der mittleren Qualifikationen (vgl. Tabelle 52). Auf der anderen Seite scheinen auch Hochqualifizierte mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und damit die potentiellen Spitzenverdiener überdurchschnittlich häufig vertreten zu sein. Gleichwohl ist bei diesem rein formalen Vergleich der Hochschulabschlüsse zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet Vorsicht geboten, wenn ein Abschluss vor 1990 erworben wurde. Die mit einem solchen Abschluss verbundene tatsächliche Qualität der Ausbildung hängt in diesen Fällen stark von der jeweiligen Fachrichtung ab.<sup>76</sup>

**Tabelle 53: Schlüsselqualifikationen**

	DV-Fachleute	Ingenieure	Führungskräfte
Sachsen-Anhalt	16	64	54
Brandenburg	19	71	58
Mecklenburg-Vorpommern	17	64	62
Sachsen	28	88	64
Thüringen	20	72	59
Neue Länder (incl. Ost-Berlin)	21	74	60
Früheres Bundesgebiet	50	80	60

Anzahl der Gruppen je 10.000 Einwohner

**Quelle:** IWH (2001), S. 96

empirica

*Gemessen an den anderen neuen Flächenländern ist die Ausstattung mit Schlüsselqualifikationen in Thüringen überdurchschnittlich.* Weiteren Aufschluss über die qualitative Struktur des beschäftigten Humankapitals liefert eine Betrachtung von Schlüsselqualifikationen. Entsprechend der Abgrenzung des IWH werden diese anhand der Berufsgruppen „Ingenieure, DV-Fachkräfte und Führungskräfte“ identifiziert (vgl. Tabelle 53). Demnach haben die neuen Länder das Niveau des früheren Bundesgebietes lediglich bei den Führungskräften erreicht. Besonders deutlich werden die Unterschiede dagegen bei DV-Fachleuten, von denen

<sup>76</sup> Beispielsweise dürfte das in einem wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Studium vor 1990 in den neuen Ländern erworbene Humankapital nach der Wende erheblich entwertet worden sein, während dies für naturwissenschaftliche oder Ingenieurstudiengänge weniger der Fall ist.

die neuen Länder je 10.000 Einwohner weniger als halb so viele aufweisen können wie das frühere Bundesgebiet. Thüringen liegt in den Kategorien „DV-Fachleute“ und „Ingenieure“ auf Platz zwei nach Sachsen. Lediglich in der Kategorie „Führungskräfte“ wird es von Mecklenburg-Vorpommern auf Platz drei verwiesen.

## 7.2 Qualifikationsstrukturen künftiger Erwerbspersonen

Das Qualifikationsniveau nachwachsender Erwerbspersonen prägt in besonderem Maße die künftige Entwicklung des Humankapitalbestandes eines Landes. Während sich ältere Erwerbsgenerationen durch ein hohes Maß an Berufserfahrung auszeichnen, besitzen jüngere Generationen aktuellere Kenntnisse über die neuesten Technologien und Methoden. Insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Verwerfungen, die in den nächsten beiden Dekaden eintreten werden, ist deshalb die Qualität der Ausbildung im Sinne einer Vermittlung des zeitgemäßen *know hows* von erheblicher Bedeutung. Konkret geht es um die Frage, in welchem Maße Thüringen in der Lage ist, die vorhandenen Humanressourcen zu nutzen und durch qualifizierte Ausbildung die Grundlage für die notwendige zukünftige Innovationsdynamik zu schaffen. Wichtige Indikatoren für diese Fähigkeit stellen die Absolventenquoten verschiedener Ausbildungsabschlüsse bzw. der Anteil Hochschulzugangsberechtigter an der gleichaltrigen Bevölkerung dar (vgl. Tabelle 54).

**Tabelle 54: Struktur der Schulausbildung in verschiedenen Ländern**

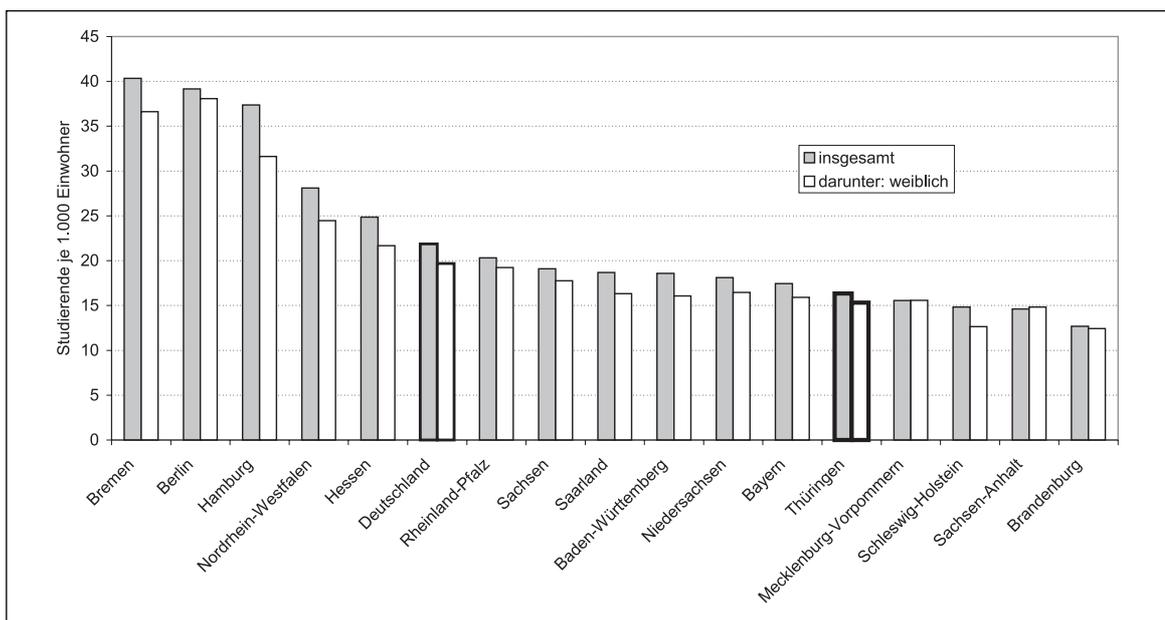
	früheres Bundesgebiet	neue Länder	Brandenburg	Mecklenburg- Vorpommern*	Sachsen	Sachsen- Anhalt*	Thüringen**
<b>A) Struktur der Schulabsolventen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2000/01 (insgesamt)</b>							
Ohne Hauptschulabschluss	65.600	22.856	3.359	3.123	6.801	4.704	4.413
Mit Hauptschulabschluss	205.106	30.848	7.331	5.851	6.736	4.513	6.449
Mit Realschulabschluss	280.564	96.448	16.375	12.904	32.781	18.900	15.335
Mit Fachhochschulreife	10.953	329	–	426	–	610	–
Mit allgemeiner Hochschulreife	177.727	36.280	10.643	6.425	15.629	9.387	9.296
<b>Insgesamt</b>	<b>739.950</b>	<b>186.761</b>	<b>37.708</b>	<b>28.729</b>	<b>61.947</b>	<b>38.114</b>	<b>35.493</b>
Ohne Hauptschulabschluss	9%	12%	9%	11%	11%	12%	12%
Mit Hauptschulabschluss	28%	17%	19%	20%	11%	12%	18%
Mit Realschulabschluss	38%	52%	43%	45%	53%	50%	43%
Mit Fachhochschulreife	1%	0%	–	1%	–	2%	–
Mit allgemeiner Hochschulreife	24%	19%	28%	22%	25%	25%	26%
<b>Insgesamt</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>B) Struktur der Schulabsolventen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2000/01 (weiblich)</b>							
Ohne Hauptschulabschluss	24.309	7.655	997	923	2.319	1.435	1.649
Mit Hauptschulabschluss	88.785	12.012	2.877	2.406	2.455	1.776	2.422
Mit Realschulabschluss	145.157	49.504	8.462	6.837	16.720	9.506	7.983
Mit Fachhochschulreife	5.870	201	–	239	–	316	–
Mit allgemeiner Hochschulreife	98.146	21.807	6.463	3.910	9.368	5.556	5.597
<b>Insgesamt</b>	<b>362.267</b>	<b>91.179</b>	<b>18.799</b>	<b>14.315</b>	<b>30.862</b>	<b>18.589</b>	<b>17.651</b>
Ohne Hauptschulabschluss	7%	8%	5%	6%	8%	8%	9%
Mit Hauptschulabschluss	25%	13%	15%	17%	8%	10%	14%
Mit Realschulabschluss	40%	54%	45%	48%	54%	51%	45%
Mit Fachhochschulreife	2%	0%	–	2%	–	2%	–
Mit allgemeiner Hochschulreife	27%	24%	34%	27%	30%	30%	32%
<b>Insgesamt</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>C) Anteil der Hochschulzugangsberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung im Jahr 2000</b>							
Fachhochschulreife	11%	5%	5%	4%	4%	6%	5%
allgemeine Hochschulreife	27%	29%	31%	25%	28%	27%	30%
<b>Gesamt</b>	<b>38%</b>	<b>34%</b>	<b>36%</b>	<b>30%</b>	<b>33%</b>	<b>33%</b>	<b>35%</b>

\*Wegen Einführung der 13. Schulklasse an Gymnasien wird für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Struktur der Schulabsolventen im Schuljahr 1999/2000 angegeben.

\*\*In Thüringen wurde bisher bei bestandener Realschulabschluss oder Abitur kein Haupt- oder Realschulabschluss vergeben. In anderen Bundesländern wird dagegen nach erfolgreicher Beendigung der 10. Klasse die mittlere Reife anerkannt. Nach Abzug der Schüler aus Klasse 10 und höher, ergibt sich für Absolventen ohne Hauptschulabschluss in Thüringen im Jahr 2000/01 eine Quote von 9,97%.

*Zu viele Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss.* Thüringen weist im Vergleich zum früheren Bundesgebiet gegenwärtig sehr hohe Absolventenquoten auf. Dieser Umstand ist auf eine demographische Besonderheit der neuen Länder zurückzuführen, namentlich auf den Geburtenanstieg Ende der 70er bis Anfang der 80er Jahre. Aber etwa jeder zehnte aller Schulabsolventen des Jahres 2000/01 haben ihre Schulbildung ohne Hauptschulabschluss beendet (vgl. Anmerkung unter Tabelle 54). Im Durchschnitt der neuen Länder verlassen 11% und im früheren Bundesgebiet nur 9% die Schule ohne Abschluss. Auf der anderen Seite weist Thüringen – nach Brandenburg – den zweithöchsten Anteil Hochschulzugangsberechtigter an der gleichaltrigen Bevölkerung auf und liegt mit 35% nur 3 Prozentpunkte unter der Quote im früheren Bundesgebiet. Offen bleibt, ob dieses Potential genutzt wird. Sollte dies der Fall sein, müsste sich dies in entsprechenden Studierendenzahlen niederschlagen (vgl. Abbildung 66).

**Abbildung 66: Studierendenquoten im Wintersemester 2000/2001**



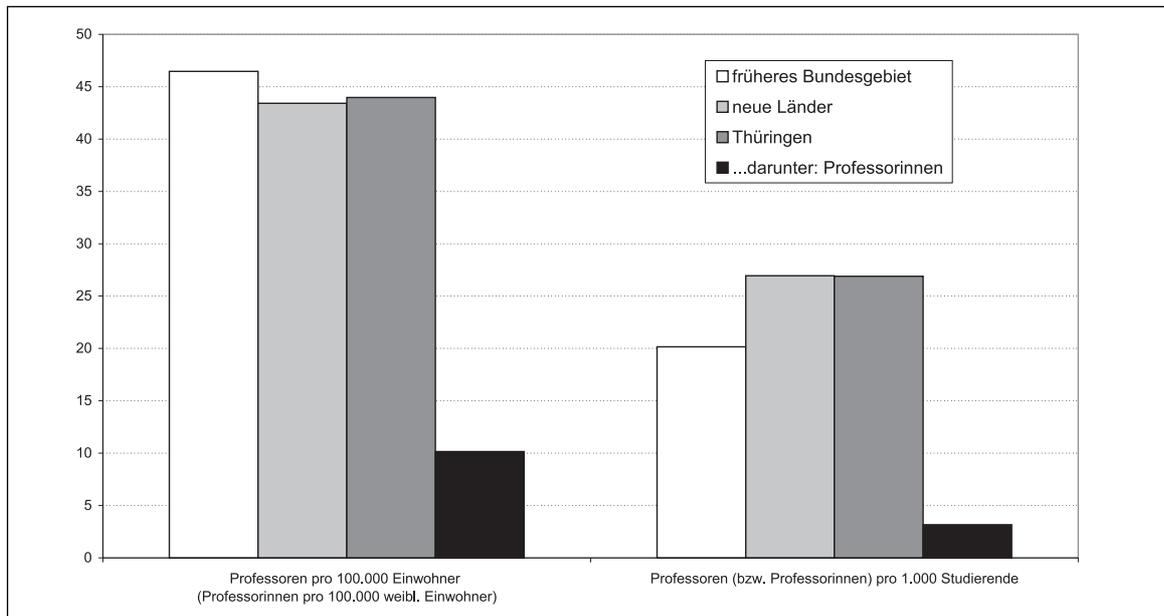
Anzahl der (weiblichen) Studierenden je 1.000 (weibliche) Einwohner

Quelle: Statistische Landesamt

empirica

*Positive Entwicklung bei der Verbleibe-Quote der Studierenden mit Thüringer Hochschulzugangsberechtigung.* Zwar liegt die Studierendenquote in Thüringen trotz hoher Abiturientenquote unter dem Bundesdurchschnitt. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Studierenden in Thüringen eine kürzere Studierendauer aufweisen als im früheren Bundesgebiet.<sup>77</sup> Zudem ist festzustellen, dass sich gerade in den letzten Jahren – auch aufgrund der Attraktivität des Angebots der Thüringer Hochschulen – die Zahl der Studierenden insgesamt sowie die Zahl der Studierenden, die in Thüringen ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, stets erhöht hat. Thüringen gelingt es demnach in zunehmendem Maße, das vorhandene Potential an Hochschulzugangsberechtigten zu nutzen und im Lande auszubilden.

<sup>77</sup> So waren in Thüringen im Wintersemester 2000/2001 lediglich 2,7% der Studierenden im 15. oder einem höheren Fachsemester, im gesamten Bundesgebiet jedoch 10,5% (Quelle: Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst).

**Abbildung 67: Professoren pro Einwohner und pro Studierenden im Wintersemester 2000/2001**

Quelle: Statistische Landesamt

empirica

*Ausgezeichnete Studienbedingungen wegen geringer Studierendenzahlen im Lande.* Die geringe Studierendquote in Thüringen ist keineswegs auf schlechte Studienbedingungen zurückzuführen. Zwar hat die Zahl der Professoren gemessen an der Bevölkerung in den neuen Ländern noch nicht das Niveau des früheren Bundesgebietes erreicht. Bezogen auf die Einwohnerzahl verfügen lediglich Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern über eine Ausstattung mit Professoren, die über dem Bundesdurchschnitt liegt. Allerdings wird dieser Indikator relativiert, wenn man die kürzere Studiendauer und die geringen Studierendenzahlen berücksichtigt (vgl. Abbildung 67). Dann weist Thüringen ziemlich genau die gleiche Betreuungsrelation auf wie der Durchschnitt der neuen Länder. Damit liegt auch die Betreuungsquote in Thüringen erheblich über dem Niveau im früheren Bundesgebiet.<sup>78</sup> Zwar lag die Verbleibensquote im Jahr 1993 noch bei 52% und studieren im Jahr 2000 schon 58% mit einer in Thüringen erworbenen Hochschulzugangsberechtigung im eigenen Land,<sup>79</sup> dennoch sollte es möglich sein, angesichts der beschriebenen Vorteile, noch mehr eigene Abiturienten und Studierende aus anderen Ländern für ein Studium in Thüringen zu gewinnen.

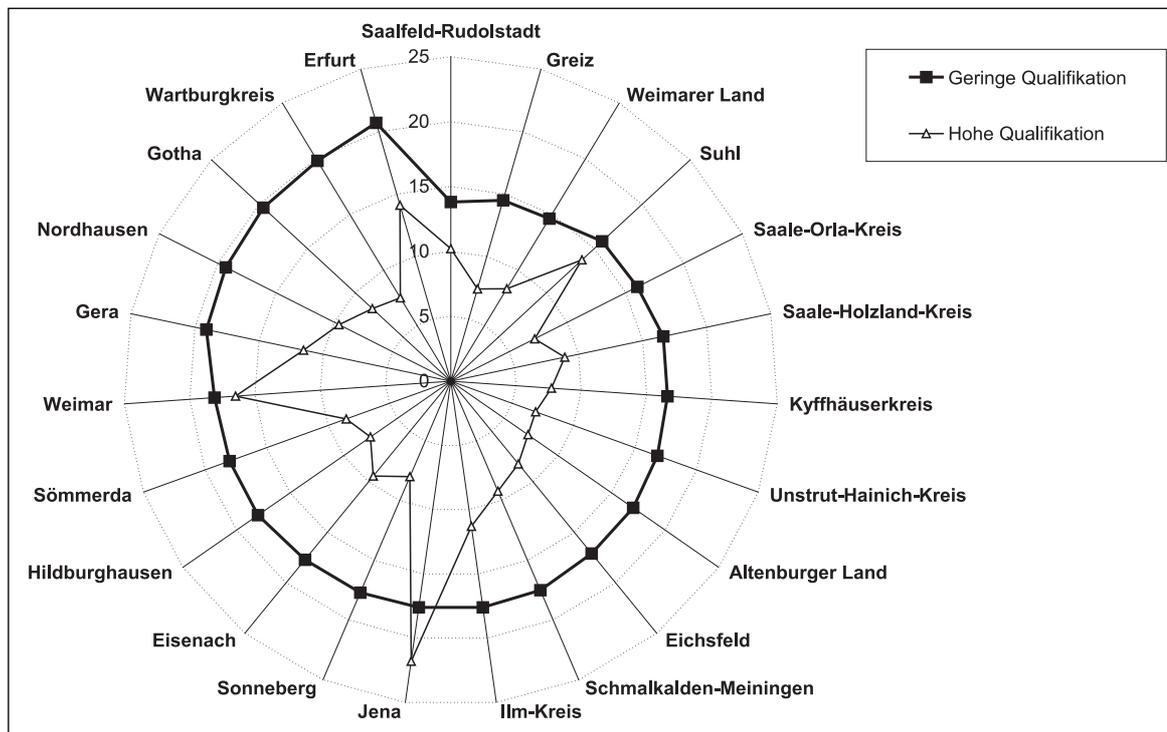
### 7.3 Regionale Differenzierung

Determinanten der regionalen Qualifikationsstrukturen ergeben sich vor allem aus demografischen und infrastrukturellen Unterschieden. Hohe Qualifikationen sind eher in Ober- und Mittelzentren zu finden, weil diese dort für öffentliche und privatwirtschaftliche Verwaltungstätigkeiten nachgefragt werden. Darüber hinaus erhöht das wissenschaftliche Personal in den Universitätsstädten das Bildungsniveau der Bevölkerung. Geringe Qualifikationen sind dagegen eher in Regionen mit hohem Altenquotienten anzutreffen, weil die Ausbildungsqualität sich im Zeitablauf der vergangenen Jahrzehnte verbessert hat.

<sup>78</sup> Gleichwohl könnte sich dieses Verhältnis mittelfristig verschlechtern, wenn bis zum Jahr 2008 keine neuen Professorenstellen eingerichtet werden. Denn bis dahin wird aufgrund der Altersschichtung der Bevölkerung in Thüringen eine Erhöhung der Studierendenzahlen um 20% erwartet (vgl. Landeshochschulplan, S. 36).

<sup>79</sup> Damit liegt die Verbleibensquote nur knapp unter dem Durchschnitt der neuen Länder (59%), ist aber höher als z.B. die von Niedersachsen (56%) oder Rheinland-Pfalz (49%). Außerdem exportieren selbst Länder mit einer hohen Vielfalt an Hochschulen wie Baden-Württemberg oder Niedersachsen Studenten.

**Abbildung 68: Qualifikationsstrukturen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens**



**Anmerkung:** Geringe Qualifikation = Arbeitnehmer mit Volksschule, mittlerer Reife oder Abitur und abgeschlossener Berufsausbildung; Hohe Qualifikation = Abschluss an höherer Fachschule, Fachhochschule, Hochschule oder Universität.

Quelle: INKAR 2000

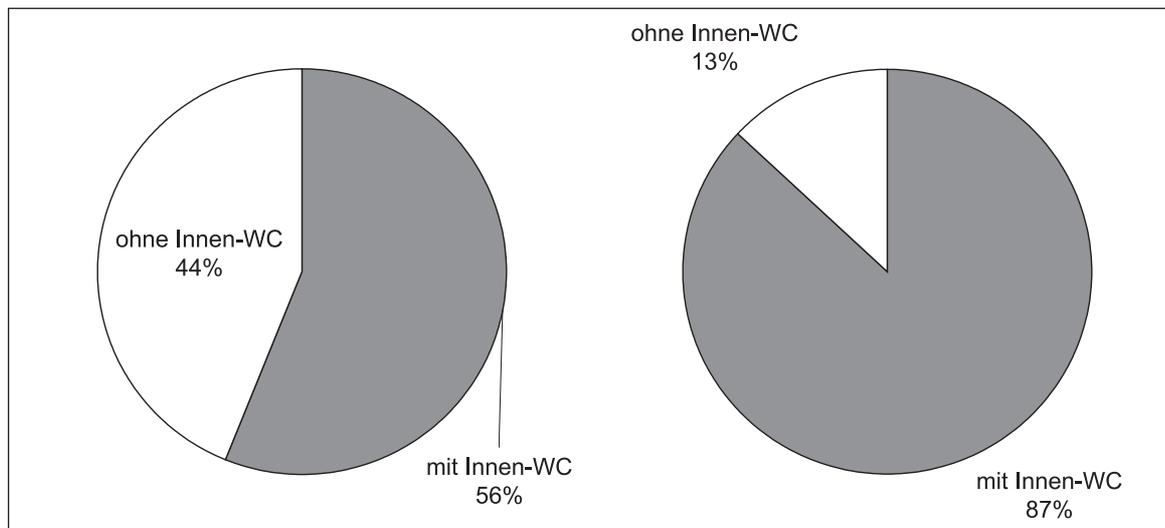
empirica

## 8. Wohnverhältnisse

Die Wohnungsversorgung Thüringens ist unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten weitgehend gelöst. Der Bevölkerung steht bzgl. Wohnungszahl, Wohnfläche, Bauzustand und differenzierter Mietpreisstruktur mehr und qualitativ besserer Wohnraum zur Verfügung als je zuvor. Allerdings können Nachfragen nach spezifischen Wohnformen, beispielsweise für behinderte oder ältere Menschen, lokal noch nicht vollumfänglich abgedeckt werden.

### 8.1 Wohnungsbestand und Wohnungsqualität

*Mehr Wohnraum und höherer Wohnkomfort.* Der Qualitätsstandard der Wohnungen in Thüringen wurde in den letzten Jahren deutlich erhöht. Dies macht sich sowohl in einer verbesserten Wohnungsausstattung als auch in einer Zunahme der Wohnungen und Wohnräume pro Einwohner bemerkbar (vgl. Abbildung 69). Mitte der 90er Jahre waren knapp neun von zehn Wohnungen mit Innen-WC und Bad oder Dusche ausgestattet – das ist ein Anstieg um über 50% im Vergleich zu 1981.

**Abbildung 69: Anteil der Wohnungen mit Innen-WC in Thüringen**

Quelle: Statistisches Jahrbuch Thüringen

empirica

Der Anteil Wohnungen mit modernem Heizsystem hat sich im Zeitraum 1981 bis 1995 sogar verdoppelt (vgl. Tabelle 55). Im statistischen Mittel müssen heute in jeder Wohnung nur 2,1 Personen leben, denen jeweils 2 Räume zur Verfügung stehen. 1981 waren es noch 2,6 Personen und 1,5 Räume je Einwohner. Hinter diesen Mittelwerten verbergen sich allerdings erhebliche Streuungen. Außerdem ergeben sich Verzerrungen durch leer stehende Wohnungen.

**Tabelle 55: Strukturdaten zum Wohnungsbestand in Thüringen**

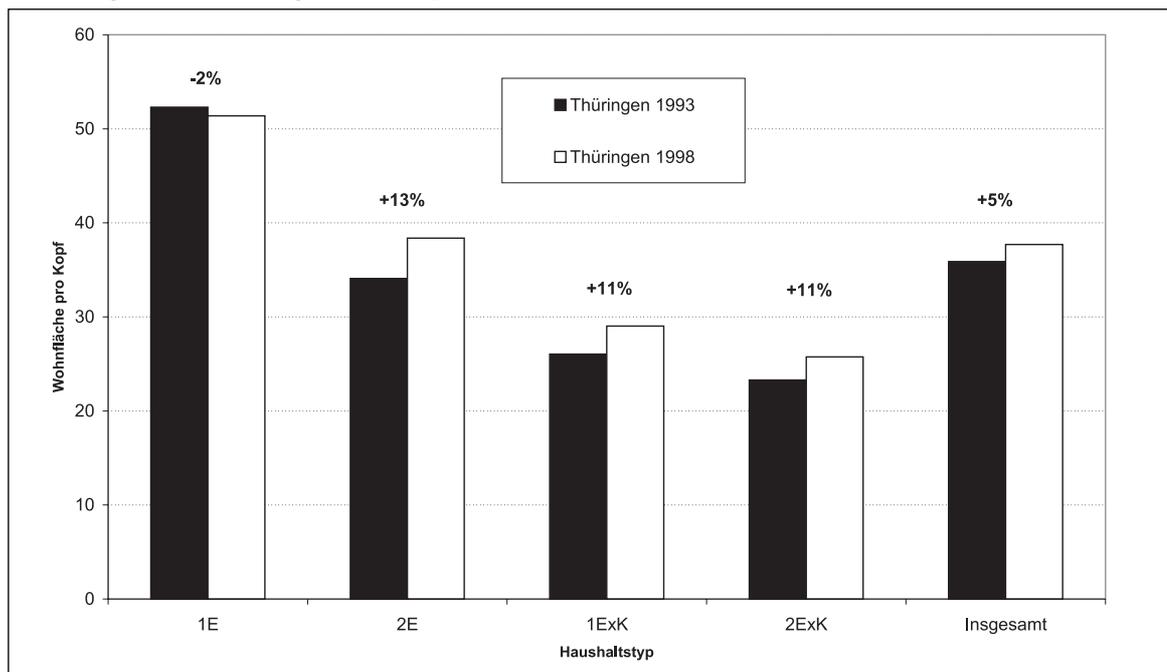
Jahr		1981	1990	1995	1999	2000
<b>Wohnungen</b>						
insgesamt	Anzahl	1.034.981	1.100.048	1.094.029	1.160.362	1.170.111
je 1.000 Einwohner	Anzahl	379	421	436	474	479
Einwohner je Wohnung	Anzahl	2,6	2,4	2,3	2,1	2,1
<b>Wohnräume</b>						
insgesamt	Anzahl	4.134.481	4.461.243	4.547.609	4.851.571	4.901.224
je Einwohner	Anzahl	1,5	1,7	1,8	2,0	2,0
Einwohner je Raum	Anzahl	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
<b>Von 100 Wohnungen waren ausgestattet mit</b>						
Innen-WC	Anteil	56	75	87	–	–
Bad oder Dusche	Anteil	70	84	91	–	–
modernem Heizsystem	Anteil	35	45	69	–	–

Quelle: Statistisches Jahrbuch Thüringen

empirica

*Vor allem Paare mit Kindern steht mehr Wohnfläche zur Verfügung.* Betrachtet man alleine die bewohnten Wohnungen, dann sind in Thüringen allein im Zeitraum zwischen 1993 bis 1998 die mittleren Wohnflächen pro Kopf von 36qm auf 38qm um 5% gestiegen (vgl. Abbildung 70). Mit einem Zuwachs um 11% hat sich der Wohnkonsum von Familien weit überdurchschnittlich erhöht; demgegenüber ist bei Alleinlebenden sogar ein Rückgang um 2% festzustellen. Dieser betrifft vor allem die älteren Haushalte (vgl. vgl. Tabelle 56).

**Abbildung 70: Entwicklung der Pro-Kopf-Wohnflächen 1993 bis 1998**



**Anmerkung:** 1E = Alleinlebende, 2E = 2 Erwachsene, 2ExK = 2 Erwachsene mit Kind(ern), 1ExK = 1 Erwachsener mit Kind(ern).

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

*Vor allem jüngeren und mobileren Haushalten steht mehr Wohnfläche zur Verfügung.* Eine altersbezogene Auswertung zeigt, dass vorwiegend die jüngeren Haushalte mit unter 50-jähriger Bezugsperson in größere Wohnungen gezogen sind. Während hier Zuwächse von 4qm pro Person zu beobachten sind, blieben die Pro-Kopf-Wohnflächen der älteren Haushalte im betrachteten Zeitraum von 1993 bis 1998 nahezu konstant (vgl. Tabelle 56). Ältere Haushalte sind meist in ihren bisherigen Wohnungen geblieben, weil ein Umzug nicht mehr in Frage kam. Gleichwohl profitieren auch diese weniger mobilen Haushalte vom verbesserten Ausstattungsniveau ihrer Wohnung.

Tabelle 56: Pro-Kopf-Wohnflächen 1993 und 1998

Alle Angaben in qm

1998	1E	2E	1ExK	2ExK	Insgesamt	darunter:	1993	1E	2E	1ExK	2ExK	Insgesamt	darunter:
						weiblicher HHV							weiblicher HHV
<b>früheres Bundesgebiet</b>							<b>früheres Bundesgebiet</b>						
<35	51	40	31	28	40	44	<35	47	37	31	27	38	41
35-49	63	48	36	30	42	49	35-49	63	49	37	30	40	48
50-64	74	54	-/-	-/-	56	67	50-64	72	51	-/-	-/-	51	63
>64	76	51	-/-	-/-	64	73	>64	72	48	-/-	-/-	61	69
<b>Insgesamt</b>	<b>68</b>	<b>50</b>	<b>35</b>	<b>30</b>	<b>51</b>	<b>60</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>65</b>	<b>47</b>	<b>38</b>	<b>31</b>	<b>48</b>	<b>58</b>
<b>neue Länder</b>							<b>neue Länder</b>						
<35	45	31	27	25	33	33	<35	42	26	27	21	28	29
35-49	54	39	30	26	33	34	35-49	50	34	26	22	28	31
50-64	56	37	-/-	-/-	41	46	50-64	56	35	-/-	-/-	39	44
>64	53	36	-/-	-/-	45	52	>64	53	35	-/-	-/-	45	49
<b>Insgesamt</b>	<b>53</b>	<b>36</b>	<b>29</b>	<b>25</b>	<b>38</b>	<b>42</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>51</b>	<b>34</b>	<b>28</b>	<b>22</b>	<b>34</b>	<b>39</b>
<b>Brandenburg</b>							<b>Brandenburg</b>						
bis 50	54	36	27	26	32	31	bis 50	49	32	26	23	28	30
ab 50	57	38	-/-	-/-	45	52	ab 50	58	35	-/-	-/-	41	46
<b>Insgesamt</b>	<b>56</b>	<b>38</b>	<b>27</b>	<b>27</b>	<b>39</b>	<b>43</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>55</b>	<b>34</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>35</b>	<b>39</b>
<b>Meckl.-Vorpommern</b>							<b>Meckl.-Vorpommern</b>						
bis 50	46	32	29	25	31	31	bis 50	42	26	24	20	26	26
ab 50	51	36	-/-	-/-	41	48	ab 50	50	33	-/-	-/-	39	44
<b>Insgesamt</b>	<b>50</b>	<b>35</b>	<b>29</b>	<b>25</b>	<b>36</b>	<b>40</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>47</b>	<b>32</b>	<b>25</b>	<b>20</b>	<b>32</b>	<b>37</b>
<b>Sachsen</b>							<b>Sachsen</b>						
bis 50	52	36	29	24	33	34	bis 50	46	30	27	21	26	29
ab 50	52	35	-/-	-/-	41	47	ab 50	53	35	-/-	-/-	40	46
<b>Insgesamt</b>	<b>52</b>	<b>35</b>	<b>29</b>	<b>24</b>	<b>38</b>	<b>42</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>51</b>	<b>34</b>	<b>29</b>	<b>22</b>	<b>33</b>	<b>38</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>							<b>Sachsen-Anhalt</b>						
bis 50	46	35	30	27	33	34	bis 50	42	33	27	22	27	30
ab 50	59	37	-/-	-/-	44	52	ab 50	53	37	-/-	-/-	43	47
<b>Insgesamt</b>	<b>54</b>	<b>36</b>	<b>31</b>	<b>27</b>	<b>39</b>	<b>43</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>50</b>	<b>36</b>	<b>29</b>	<b>23</b>	<b>36</b>	<b>41</b>
<b>Thüringen</b>							<b>Thüringen</b>						
bis 50	50	40	29	26	34	33	bis 50	49	31	26	22	29	33
ab 50	52	38	-/-	-/-	42	49	ab 50	54	35	-/-	-/-	42	46
<b>Insgesamt</b>	<b>51</b>	<b>38</b>	<b>29</b>	<b>26</b>	<b>38</b>	<b>41</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>52</b>	<b>34</b>	<b>26</b>	<b>23</b>	<b>36</b>	<b>40</b>
<b>Berlin (Ost)</b>							<b>Berlin (Ost)</b>						
bis 50	48	31	30	23	34	36	bis 50	46	30	29	21	34	34
ab 50	54	34	-/-	-/-	43	49	ab 50	57	34	-/-	-/-	44	47
<b>Insgesamt</b>	<b>51</b>	<b>33</b>	<b>30</b>	<b>23</b>	<b>38</b>	<b>42</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>51</b>	<b>32</b>	<b>29</b>	<b>22</b>	<b>38</b>	<b>41</b>

Anmerkung: 1E = Alleinlebende, 2E = 2 Erwachsene, 2ExK = 2 Erwachsene mit Kind(ern), 1ExK = 1 Erwachsener mit Kind(ern); -/- bedeutet Fallzahlen zu gering.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

Im Ländervergleich liegt Thüringen genau auf dem durchschnittlichen Versorgungsniveau der neuen Länder. Differenziert man diese Analyse nach verschiedenen Haushaltstypen, dann trifft dies aber vorwiegend auf Alleinlebende zu (51qm in Thüringen gegenüber 53qm in den neuen Ländern insgesamt). Sowohl Paaren mit Kindern als auch kinderlosen Paaren steht in Thüringen pro Person mehr Wohnfläche zur Verfügung als in den neuen Ländern insgesamt (26qm bzw. 38qm in Thüringen gegenüber 25qm bzw. 36qm in den neuen Ländern insgesamt).

## 8.2 Mietbelastung der Mieterhaushalte

*Höherer Wohnkomfort bedingt höhere Mietbelastungen.* Die Verbesserungen der Wohnungsqualität (Ausstattung und Wohnfläche) blieben nicht ohne Folgen für die Mietbelastung der Haushalte. Anfang der 90er Jahre mussten die Mieter in Thüringen nur etwa ein Achtel ihres Einkommens für die Miete ausgeben, Ende der 90er Jahre bereits fast ein Viertel. Trotzdem sind die resultierenden Mietbelastungen insbesondere bei Haushalten mit über 50-jähriger Bezugsperson immer noch niedriger als im früheren Bundesgebiet. Das trifft auch für die einkommensarmen Mieter zu; gleichwohl stellt dies für die Betroffenen nur einen schwachen Trost dar, weil deren Belastungen im Mittel mit teilweise über 40% einen großen Teil des verfügbaren Einkommens verzehren.

**Tabelle 57: Entwicklung der Mietbelastung 1993 und 1998**

**Definition:** Schwellenwerte für Einkommensarmut getrennt für die alten und neuen Länder; modifiziertes Armutskonzept (<60% Median inflationiertes Äquivalenzeinkommen von 1993)

	alle Mieter		einkommensarme Mieter	
	1993	1998	1993	1998
<b>Früheres Bundesgebiet</b>				
<35	19%	22%	28%	31%
35–49	17%	23%	29%	35%
50–64	18%	25%	30%	37%
>64	23%	28%	33%	38%
Insgesamt	19%	24%	30%	35%
<b>Neue Länder u. Berlin-Ost</b>				
<35	12%	20%	19%	30%
35–49	11%	20%	21%	32%
50–64	13%	21%	24%	36%
>64	15%	24%	21%	33%
Insgesamt	13%	21%	21%	32%
<b>Thüringen</b>				
<35	12%	19%	22%	25%
35–49	12%	22%	19%	43%
50–64	13%	22%	13%	33%
>64	16%	25%	17%	34%
Insgesamt	13%	22%	19%	34%

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

*Vor allem einkommensarme Haushalte haben hohe Mietbelastungen zu tragen.* Insgesamt müssen 19% oder fast jeder fünfte Mieterhaushalt in Thüringen eine Mietbelastung von mehr als 30% ihres Einkommens tragen. Unter den Einkommensschwachen liegt diese Quote noch höher: 53% oder gut jeder zweite einkommensarme Haushalt hat eine Mietbelastung von über 30%. Zum Vergleich: im früheren Bundesgebiet fallen sechs von zehn einkommensarmen Haushalten in diese Kategorie höchster Mietbelastung. Nach der Wohngeldreform, die zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, könnte sich diese Situation zuungunsten der Mieter in Thüringen verschlechtert haben. Denn davon haben vorwiegend die westdeutschen Mieter profitiert, während ostdeutsche Haushalte bis dahin einen Wohngeldanspruch hatten, der oberhalb des Westniveaus lag. Allerdings stellt eine besondere Schutzklausel bis Ende 2004 sicher, dass partielle Anspruchsminderungen den Betrag von 5 € nicht überschreiten.

**Tabelle 58: Streuung der Mietbelastung 1998**

**Definition:** Schwellenwerte für Einkommensarmut getrennt für die alten und neuen Länder; modifiziertes Armutskonzept (<60% Median inflationiertes Äquivalenzeinkommen von 1993)

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost	Thüringen
<b>alle Mieterhaushalte</b>			
<5%	1%	1%	1%
5–10%	6%	8%	8%
10–15%	16%	21%	22%
15–20%	20%	23%	19%
20–25%	18%	18%	17%
25–30%	14%	13%	13%
30–35%	9%	8%	9%
>35%	16%	9%	10%
Insgesamt	100%	100%	100%
<b>einkommensarme Mieterhaushalte</b>			
<5%	0%	1%	3%
5–10%	1%	2%	0%
10–15%	2%	3%	1%
15–20%	7%	7%	6%
20–25%	13%	12%	11%
25–30%	16%	21%	25%
30–35%	17%	22%	20%
>35%	44%	31%	33%
Insgesamt	100%	100%	100%

**Lesebeispiel (letzte Spalte):** 1% aller Mieterhaushalte in Thüringen muss für die Miete weniger als 5% des Haushaltsnettoeinkommens ausgeben, 8% aller Mieterhaushalte dagegen 5-10% und jeder zehnte Mieter sogar mehr als 35% des Haushaltsnettoeinkommens.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1998

**empirica**

*Zahl der Wohngeldempfänger im Laufe der 90er Jahre rückläufig.* Durch die Sozialleistung Wohngeld sind auch einkommensschwache Haushalte in der Lage die für sie anteilig hohen Mietbelastungen zu tragen. Das seit 1991 aufgrund von Sonderregelungen in den neuen Ländern bestehende hohe Wohngeldniveau konnte im Durchschnitt auch nach der am 1.1.2001 in Kraft getretenen Wohngeldnovelle gehalten werden. In den letzten beiden Jahren waren konjunkturell bedingt wieder etwas mehr Haushalte auf Wohngeld angewiesen (vgl. Tabelle 58). Dennoch liegt deren Anzahl mit rund 105 Tausend, das entspricht etwa jedem zehnten Haushalt in Thüringen, deutlich niedriger als zu Beginn der 90er Jahre. So musste 1991 noch jeder vierte Haushalt zu den Empfängern gezählt werden. Dieser Rückgang ist auch auf niedrigere Wohngeldtabellenwerte, aber insbesondere auf die gestiegenen Einkommen zurückzuführen. Im Umkehrschluss ergibt sich aus der schrumpfenden Anzahl von Empfängern eine Konzentration der Wohngeldzahlungen auf die ärmeren Haushalte. Zuletzt war bereits jeder zehnte begünstigte Haushalt gleichzeitig ein Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge (pauschaliertes Wohngeld). Der Großteil der Wohngeldzahlungen wird jedoch spitz berechnet (Tabellenwohngeld), wobei gut jeder zehnte Empfänger ein Wohneigentümer war (Lastenzuschuss). Allerdings ist die Anzahl geförderter Wohnungseigentümer im Zeitablauf seit 1991 auf ein gutes Sechstel des Anfangsniveaus geschrumpft, ihr Anteil an allen Empfängern von Tabellenwohngeld hat sich in etwa halbiert.

**Tabelle 59: Wohngeldempfänger und mittlere Ansprüche in Thüringen 1991-2002**

	insgesamt 1=2+3 Anz. Pers.	darunter (1): pauschaliertes WoG		Tabellen WoG 3 Anz. Pers.	darunter (3): Lastenzuschuss	
		2 Anz. Pers.	2a=2/1 Anteil		4 Anz. Pers.	4a=4/3 Anteil
1991	266.771	1.800	1%	264.971	54.686	21%
1992	323.380	3.323	1%	320.057	79.849	25%
1993	218.208	4.005	2%	214.203	45.383	21%
1994	124.657	4.761	4%	119.896	22.970	19%
1995	105.781	5.886	6%	99.895	16.265	16%
1996	94.559	6.243	7%	88.316	12.325	14%
1997	94.663	8.495	9%	86.168	11.552	13%
1998	95.967	6.928	7%	89.039	10.959	12%
1999	94.494	10.984	12%	83.510	9.582	11%
2000	96.987	11.864	12%	85.123	9.712	11%
2001	104.697	11.063*	11%	93.634	11.139	12%
2002*	104.677	10.528	10%	94.149	9.411	10%

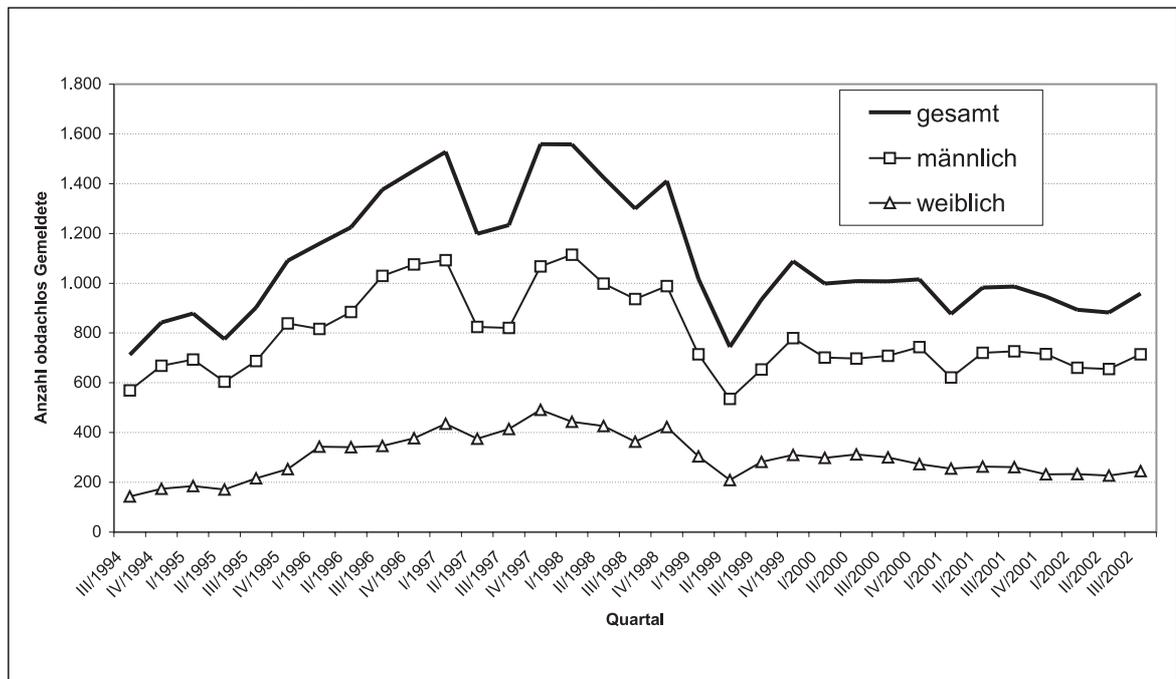
Quelle: TLS

\* vorläufige Zahlen

empirica

### 8.3 Mietschulden und Obdachlosigkeit

Manche Mieter sind durch die regelmäßig anfallenden Mietzahlungen überlastet und stellen deswegen die Zahlungen ein. Dabei wird oft verdrängt, welche gravierenden Konsequenzen solche Verhaltensweisen nach sich ziehen können. Vor allem wenn Mahnungen der Vermieter verdrängt und unbeantwortet beiseite gelegt werden, kann schnell eine Situation entstehen, in der die immer weiter ansteigenden Mietschulden nicht mehr bezahlt werden können. Schuldnerberatungsstellen werden oft erst um Rat gefragt, wenn eine Räumungsklage droht. Im Extremfall kann eine nicht mehr zu verhindernde Zwangsräumung dann direkt in die Obdachlosigkeit führen.

**Abbildung 71: Entwicklung der Obdachlosigkeit in Thüringen 1994 bis 2002**

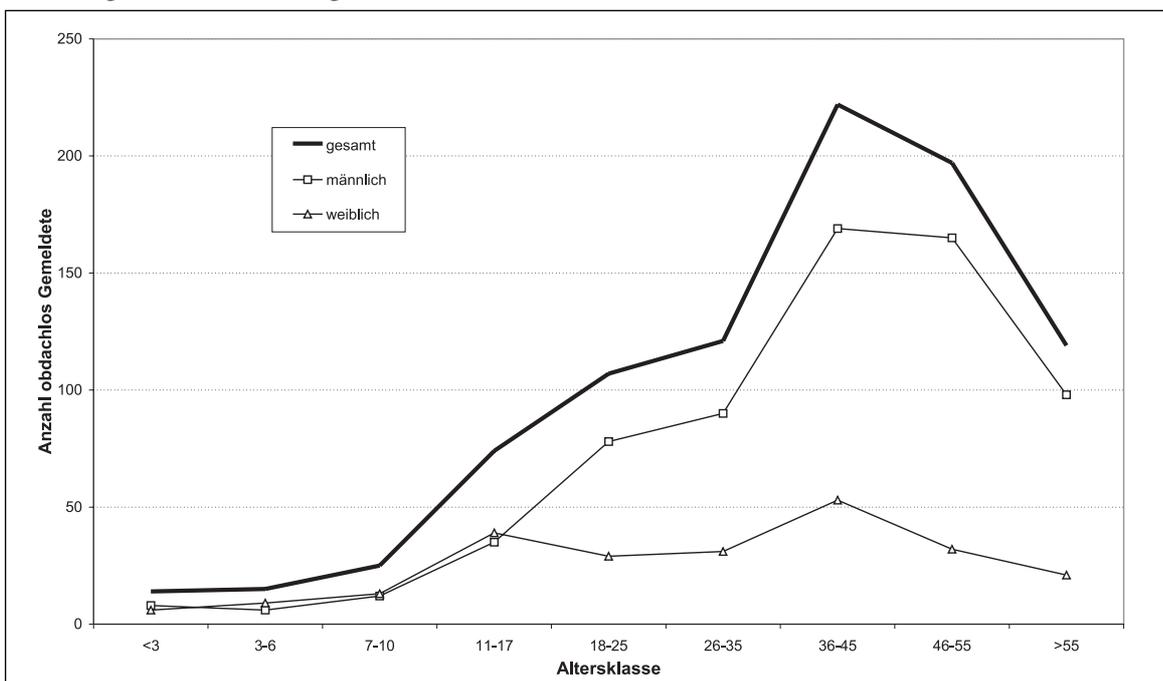
Anmerkung: Stichtag für die Meldungen ist das Quartalsende

Quelle: TMSFG

empirica

Im Rahmen eines freiwilligen Meldeverfahrens wird die Anzahl und die Struktur der Obdachlosen in Thüringen vierteljährlich erhoben.<sup>80</sup> Demnach waren im ersten Quartal 2002 in Thüringen 893 Menschen als obdachlos gemeldet, darunter befanden sich 233 Frauen (vgl. Abbildung 71). Vom dritten Quartal 1994 bis zum ersten Quartal 1997 hat sich die Zahl der obdachlos Gemeldeten von 712 auf 1528 verdoppelt. Anschließend verharrte die Zahl bis Ende 1998 unter Schwankungen auf einem relativ konstanten Niveau von rund 1.400 Menschen. Seither schwankt sie um eine Größenordnung von rund 1.000 Betroffenen. Mit dem Anstieg zwischen 1994 und 1997 hat auch der Frauenanteil unter den gemeldeten Obdachlosen von 20% auf rund 30% zugenommen und zeigt erst seit etwa einem Jahr einen leicht fallenden Trend. Derzeit ist etwa jeder vierte Obdachlose weiblich.

**Abbildung 72: Altersverteilung der obdachlos Gemeldeten 2002**



**Anmerkung:** Stichtag für die Meldungen war der 31.03.2002

Quelle: TMSFG

empirica

Zum Ende des ersten Quartals des Jahres 2002 waren 128 der 893 obdachlos Gemeldeten minderjährig. Das sind 14% oder jeder siebte Gemeldete. In diesen Altersklassen sind männliche und weibliche Obdachlose noch gleich häufig vertreten. Unter den erwachsenen Obdachlosen steigt jedoch mit zunehmendem Alter der Anteil der Männer von zunächst 73% bei den 18- bis 25-Jährigen auf 82% bei den über 55-Jährigen an. Insgesamt waren Anfang des Jahres 2002 74 Paare mit zusammen 137 Kindern sowie 32 Alleinerziehende mit zusammen 58 Kindern obdachlos gemeldet. In der Summe lebten also 375 Personen oder 42% aller obdachlos Gemeldeten in Familien.

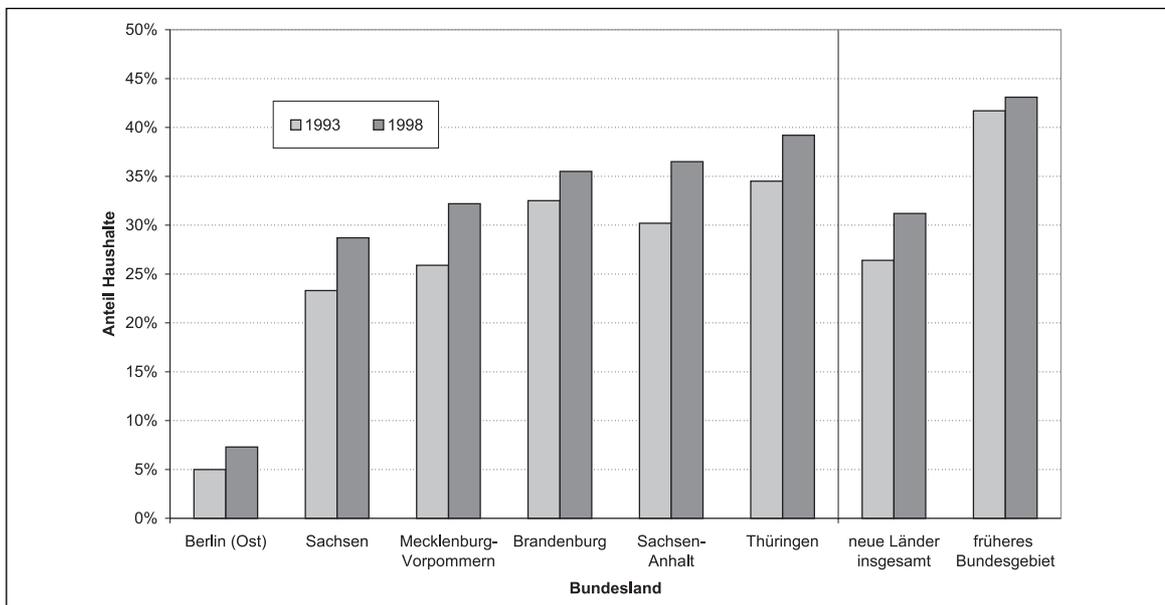
#### 8.4 Wohneigentümer

Der Anteil Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum ist seit der Wiedervereinigung deutlich gestiegen. Im Jahr 1993 lebten noch 65% aller Haushalte in Thüringen zur Miete; bereits fünf Jahre später woh-

<sup>80</sup> Bei diesem freiwilligen Meldeverfahren der Landkreise und kreisfreien Städte kommt es allerdings teilweise zu unvollständigen Meldungen. Zudem werden nur gemeldete Obdachlose erfasst, die Anzahl der nicht gemeldeten bleibt unbekannt.

nen laut Mikrozensus nur noch 60% in einer Mietwohnung, aber bereits 40% aller Haushalte in den eigenen vier Wänden. Damit nimmt Thüringen innerhalb der neuen Länder seit Jahren einen Spitzenplatz ein (vgl. Abbildung 73).<sup>81</sup>

**Abbildung 73: Wohneigentumsquoten im Vergleich der neuen Länder 1993 und 1998**



Quelle: Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 und Mikrozensus 1998

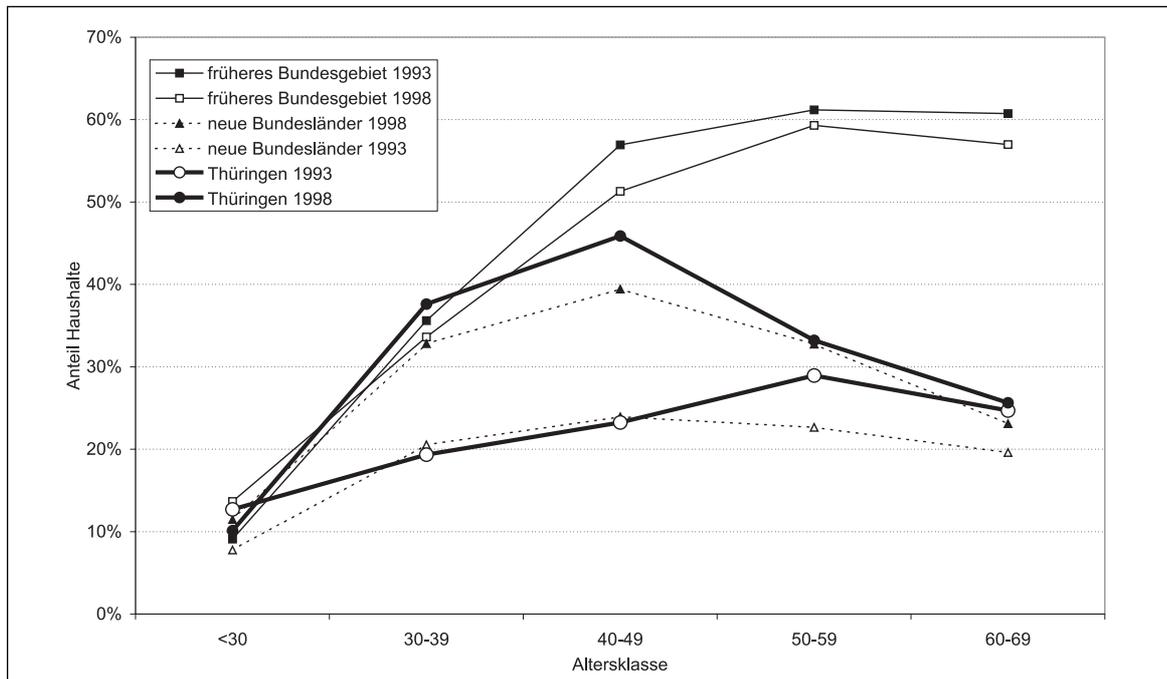
empirica

Haushalte mit jungen Bezugspersonen haben bei der Eigentumbildung mit dem früheren Bundesgebiet gleichgezogen. An dieser erfreulichen Entwicklung nehmen allerdings nicht alle Altersklassen in gleichem Maße teil. Tatsächlich resultiert der Anstieg in der Wohneigentumsquote aus den hohen Immobilienerwerbsquoten der jungen Haushalte. So unterscheiden sich die Wohneigentumsquoten bei den Haushalten mit 30- bis 39-jährigen Bezugspersonen nur noch marginal von denen im früheren Bundesgebiet. In der Altersklasse der 40- bis 49-jährigen wohnt bereits fast jeder zweite Haushalt in Thüringen in den eigenen „vier Wänden“ (vgl. Abbildung 74).<sup>82</sup> Dagegen sind in Thüringen mehr als doppelt so viele Haushalte mit über

<sup>81</sup> Die Wohneigentumsquote wird hier anhand der Gebäude- und Wohnungsstichprobe (GWS) bzw. des Mikrozensus (MZ) ermittelt; diese Werte weisen im Niveau – nicht aber in der (Alters-)Struktur – Abweichungen gegenüber den EVS-Stichproben auf; die aus den verschiedenen Stichprobendesigns und Stichprobenumfängen resultieren. So werden beispielsweise in der Gebäude- und Wohnungsstichprobe (GWS) Wohneinheiten nach ihrer Nutzung (vermietet oder vom Eigentümer selbstbewohnt) gezählt, während die EVS die Haushalte nach ihrem Wohnstatus (Mieter oder Selbstnutzer) erfasst. Darüber hinaus beträgt der Stichprobenumfang bei der GWS 1% aller Wohnungen, in der EVS aber nur 0,4% aller Haushalte.

<sup>82</sup> Die Wohneigentumsquoten werden hier im Unterschied zu Abbildung 73 nicht mit dem Mikrozensus, sondern anhand der EVS ermittelt; diese Werte weisen im Niveau – nicht aber in der (Alters-)Struktur – Abweichungen gegenüber anderen Stichproben auf; diese Unterschiede resultieren aus den verschiedenen Stichprobendesigns und Stichprobenumfängen.

Abbildung 74: Wohneigentumsquoten im Altersquerschnitt 1993 und 1998



Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 98

empirica

50-jährigen Bezugspersonen wie im früheren Bundesgebiet auf eine Mietwohnung angewiesen. *Selbstgenutztes Wohneigentum sichert den Lebensstandard im Ruhestand.* Gerade im Hinblick auf die zunehmend an Bedeutung gewinnende private Altersvorsorge bietet die selbstbewohnte Immobilie Vorteile. Empirische Untersuchungen bestätigen immer wieder, dass die Haushalte für keine andere Langfristinvestition zu ähnlich hohem Konsumverzicht bereit sind. Im Ergebnis verfügen die Selbstnutzer am Vorabend des Ruhestandes selbst bei identischen Einkommen nahezu doppelt so hohe Geldvermögen wie Mieterhaushalte. Daneben garantiert ihnen das weitgehend entschuldete Eigenheim geringe Wohnkosten

Tabelle 60: Wohnflächen für Kinder und Jugendliche 1998

Auswahl: Haushalte mit 30- bis 39-jähriger Bezugsperson

	Wohnfläche pro Kind			Haushalte ohne eigenes Zimmer für jede Person		
	Mieter	Selbstnutzer	Insgesamt	Mieter	Selbstnutzer	Insgesamt
früheres Bundesgebiet	12	15	13	14%	9%	12%
neue Länder	11	16	13	19%	10%	17%
<i>nachrichtl.:</i>						
Brandenburg	11	17	13	21%	6%	17%
Meckl.-Vorp.	12	15	13	19%	10%	16%
Sachsen	11	13	12	22%	16%	20%
Sachsen-Anhalt	11	17	13	14%	10%	13%
Thüringen	11	17	14	19%	7%	15%
Berlin (Ost)	12	13	12	18%	15%	18%

Definition: Kinder und Jugendliche sind alle unter 18-jährigen.

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1998

empirica

83 (Vgl. Braun et al., 2001).

und Sicherheit vor Mieterhöhungen im Rentenalter.<sup>83</sup>

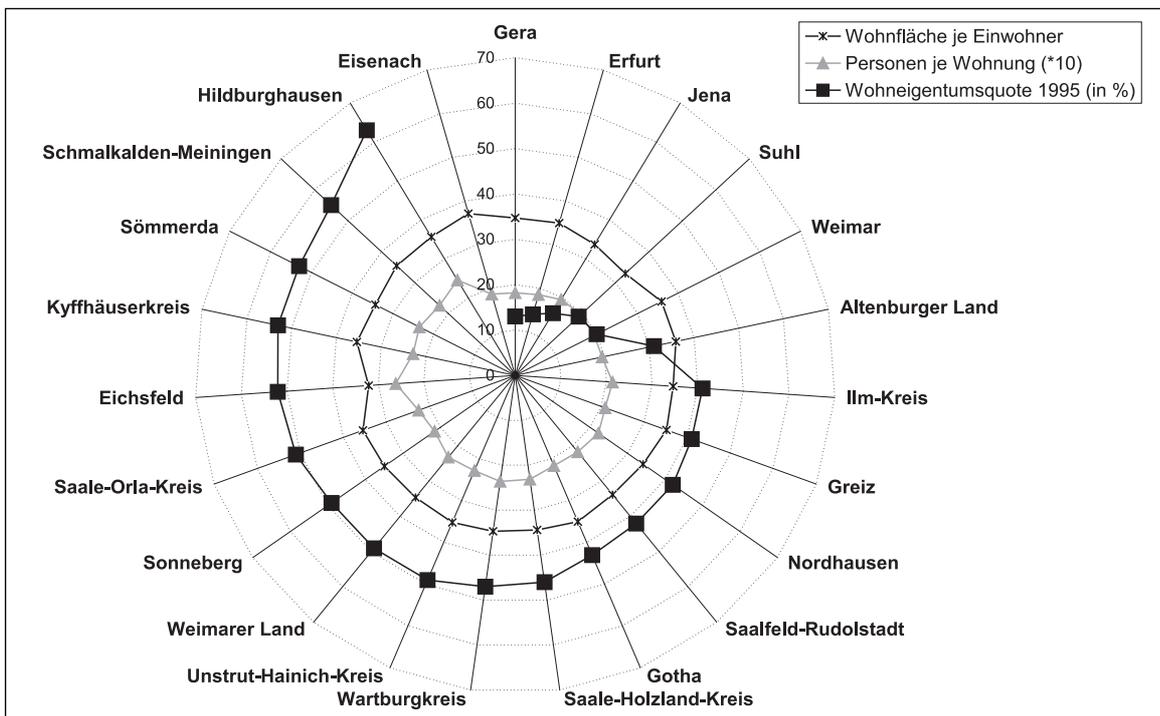
*Wohneigentümer leben familiengerechter.* Der Erwerb von Wohneigentum stellt eine wichtige Weichenstellungen im Leben dar und steht deswegen auch in einem engen Zusammenhang mit der Familiengründung: Haushalte im Wohneigentum haben mehr Kinder als Mieterhaushalte. Im statistischen Mittel leben in Selbstnutzerhaushalten, deren Vorstand zwischen 30 und 39 Jahren alt ist, knapp eineinhalb Kinder, während gleichaltrige Mieterhaushalte nur gut ein Kind haben. Im früheren Bundesgebiet fällt das Verhältnis mit 1,2 zu 0,6 Kindern sogar noch deutlicher aus.<sup>84</sup> Wohneigentümer sind aber nicht nur kinderreicher, ihre Wohnsituation ist auch familienfreundlicher, weil deren Kindern eine größere Wohnfläche zur Verfügung steht. Der Unterschied zwischen Mietern und Wohnungseigentümern beträgt bei Haushalten mit 30- bis 39-jährigen Bezugspersonen in Thüringen immerhin 6qm pro Kind (vgl. Tabelle 60). Nur jeder vierzehnte Haushalt oder 7% aller Haushalte, die in Thüringen in den eigenen „vier Wänden“ wohnen, bietet nicht für jedes Haushaltsmitglied ein eigenes Zimmer. Unter Mietern trifft dies mit 19% auf fast jeden fünften Haushalt zu.

### 8.5 Regionale Differenzierung

*Hohe Wohneigentumsquote und große Haushalte in ländliche Kreisen und Suburbanisierungskreisen.* Die Wohneigentumsquote weist sehr große regionale Unterschiede auf. Aufgrund geringerer Grundstückspreise und einschlägiger Bauvorschriften werden Eigenheime bevorzugt vor den Toren der Städte und auf dem Land errichtet. Auch als Folge der Bautätigkeit in den Industriestandorten zu DDR-Zeiten weisen deswegen die großen Städte Erfurt und Gera sehr geringe Wohneigentumsquoten auf. Im Unterschied dazu haben die Kreise Sömmerda und Weimarer Land als typische Suburbanisierungsgebiete genauso wie die eher ländlichen, Richtung Westen gelegenen Kreise Hildburghausen, Schmalkalden-Meiningen, Eichsfeld, Saale-Orla-Kreis und Sonneberg hohe Wohneigentumsquoten. Die Determinanten der Haushaltsbildung und der Wohneigentumsbildung sind sehr ähnlich. Große Haushalte sind deswegen vorwiegend in länd-

<sup>84</sup> Den Zusammenhang zwischen Kindern, Eheschließung und Eigentumsbildung haben bereits viele Studien offengelegt. Wagner und Mulder (2000) zeigen im Rahmen einer Auswertung von Lebensverlaufsdaten durch so genannte Überlebensanalysen (damit ist der Verbleib in einer Mietwohnung gemeint), „dass die zeitliche Kopplung von Heirat und erster Geburt in besonderem Ausmaß mit dem Wechsel ins Hauseigentum verknüpft ist“. Haurin, Hendershott und Wachter (1996)<sup>84</sup> untersuchten 20-33-jährige amerikanische Haushalte im Beobachtungszeitraum 1985-90 (Daten aus National Longitudinal Survey of Youth). Dabei stellten sie fest, dass pro Jahr einer von 16 der betrachteten Mieterhaushalte ein zusätzliches Kind geboren hat. Ganz anders fiel das Ergebnis bei Selbstnutzern aus: dort lag dieser Wert bei 1:12 und bei aktuellen Erwerberrn sogar bei 1:6.

Abbildung 75: Wohnverhältnisse in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens



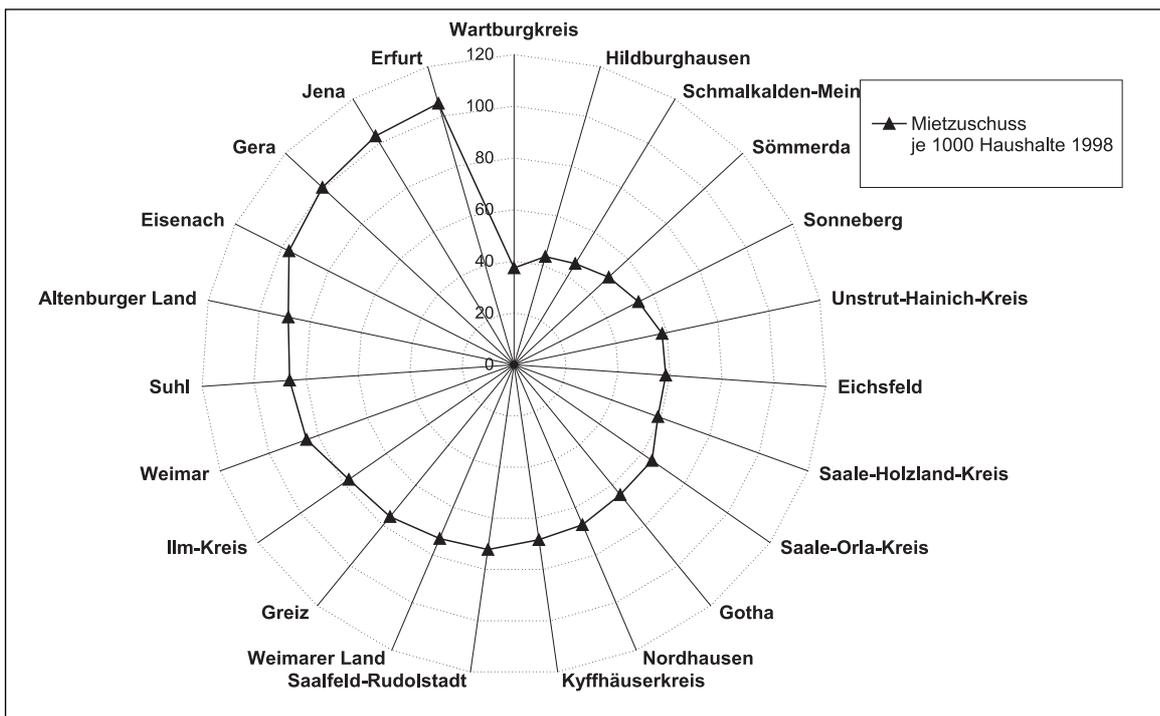
Anmerkung: Eisenach war 1995 noch keine kreisfreie Stadt (zählte zum Landkreis Wartburg); deswegen ist keine Wohneigentumsquote aus der GWZ 1995 verfügbar.

Quelle: GWZ 1995 und INKAR 2000

empirica

Abbildung 76: Wohngeldempfänger (Mieter) mit in den Kreisen und kreisfreien Städten Thüringens

Anmerkung: Mittelwert Thüringen = 72 Empfänger pro 1.000 Haushalte (Bundesrepublik = 39)



Quelle: INKAR 2000

empirica

lichen Gemeinden und in Suburbanisierungsgebieten zu finden.

## 9. Gesundheit

Zur umfassenden Beschreibung von Lebenslagen existiert kein verbindliches oder endgültiges Indikatoren-system. Darauf wurde bereits in der Einleitung hingewiesen. Dieses Manko sticht bei der Beschreibung gesundheitsrelevanter Lebenslagen besonders hervor, weil nicht einmal die Beschreibung des Gesundheitszustandes selbst anhand objektiver Kriterien standardisiert ist. Umso schwieriger ist es, Indikatoren zur Beschreibung gesundheitsrelevanter Lebensumstände zu benennen. Mehr noch als bei anderen Lebensbereichen orientiert sich die Auswahl entsprechender Indikatoren deswegen allein an der Verfügbarkeit entsprechender Daten.<sup>85</sup>

### 9.1 Behinderte und Pflegebedürftige

*Kontinuierlicher Anstieg der Lebenserwartung seit der Wiedervereinigung.* Der Gesundheitszustand der Bevölkerung Thüringens hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Beispielsweise sind die so genannten vermeidbaren Sterbefälle, die Säuglingssterblichkeit oder die Anzahl der an Brustkrebs Gestorbenen seit einigen Jahren deutlich rückläufig.<sup>86</sup> Die durchschnittliche Lebenserwartung für neugeborene Jungen ist im Zeitraum 1991/93 bis 1998/00 von 70,5 auf 73,5 um 4 Jahre angestiegen, für neugeborene Mädchen beträgt der Zuwachs 3,3 Jahre auf nunmehr 80,1 Jahre. Somit hat sich der Unterschied zum früheren Bundesgebiet deutlich verkleinert und beträgt jetzt nur noch ein Jahr statt zweieinhalb Jahre bei Männern und ein halbes statt mehr als 2 Jahre bei Frauen.<sup>87</sup> Ausgehend von diesem kontinuierlichen Anstieg erwartet das Statistische Landesamt auch für die kommenden Jahre eine Zunahme. Dabei wird davon ausgegangen, dass bis 2005 eine Angleichung an die jetzt im früheren Bundesgebiet erreichte Lebenserwartung eintritt und im Jahre 2025 bei neugeborenen Jungen mit 76,2 Jahren, bei neugeborenen Mädchen mit 82,6 Jahren in den alten und neuen Ländern dieselbe Lebenserwartung anzutreffen sein wird.

*Höhere Pflegequote bei Frauen wegen längerer Lebenserwartung.* Nicht nur die Lebenserwartung Neugeborener ist gestiegen, auch die fernere Lebenserwartung älterer Menschen hat zugenommen. Dadurch steigt der Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung. Spiegelbildlich dazu gibt es immer mehr pflegebedürftige Menschen. In Thüringen waren im Jahr 1999 rund vier Prozent der Bevölkerung pflegebedürftig – 6% der Frauen und 3% der Männer. Mit dem Alter steigt die Pflegebedürftigkeit an, so dass mehr als jeder Dritte über 74-jährige Thüringer pflegebedürftig ist – 41% der Frauen und 28% der Männer. Die höhere Pflegequote bei den Frauen gegenüber den Männern muss im Zusammenhang mit deren höheren Lebenserwartung gesehen werden: Pflegebedürftigkeit ist eben in erster Linie eine Alterserscheinung. Seit Einführung der Pflegeversicherung sind weitaus weniger Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen. In der Folge erhalten im Jahr 2000 nur noch knapp 5 Tausend oder rund 5% aller Pflegebedürftigen im Rah-

<sup>85</sup> Darüber hinaus wird auf die Ergebnisse des 3. Gesundheitsberichtes der Landesregierung verwiesen. Auch dort konnten keine empirischen Zusammenhänge zwischen Gesundheitszustand und Sozialstruktur herausgearbeitet werden.

<sup>86</sup> Vgl. 3. Gesundheitsbericht des Freistaates Thüringen.

<sup>87</sup> Die überwiegende Todesursache bei unter 30-jährigen Personen sind (unfall-)Verletzungen und Vergiftungen. Bei älteren Personen steigt dagegen der Anteil Todesfälle durch Neubildungen (Krebs) und durch Herz-Kreislauf-Krankheiten. Während Neubildungen jedoch ab den über 60-jährigen immer seltener als Todesursache eine Rolle spielen, steigen Herz-Kreislauf-Krankheiten als Todesursachen stetig an und verursachen bei den über 80-jährigen 69% aller Todesfälle (Vgl. 3. Gesundheitsbericht des Freistaates Thüringen, S. 55f.).

**Tabelle 61: Pflegebedürftige in Thüringen 1999**

	Anzahl in Tsd.*	Bevölkerungs- anteil	...darunter (1) Frauen	Anteil an weibl. Bevölkerung
	1	2	3	4
unter 15	/	1%	/	2%
15–44	6,8	1%	/	1%
45–64	11,7	2%	6,7	2%
65–74	18,1	7%	12,2	9%
75 und älter	62,3	37%	49,3	41%
Gesamt	102,3	4%	72,4	6%
darunter:				
Pflegestufe I	33,4	33%	23,7	33%
Pflegestufe II	24,3	24%	15,7	22%
Pflegestufe III	12,4	12%	9,3	13%
Gesamt	102,3	100%	72,4	100%

Quelle: TLS

empirica

men der „Hilfe zur Pflege“ Unterstützung aus der Sozialhilfe; im Jahr 1995 waren noch rund 17 Tausend Pflegebedürftige von der Sozialhilfe abhängig (vgl. Kapitel III.5).

*Oft sind die Angehörigen mit der Pflege überfordert.* Zur Versorgung der Pflegebedürftigen stehen in Thüringen laut Landespflegeplan 234 Einrichtungen mit insgesamt über 15.000 Plätzen zur Verfügung. Das durchschnittliche Alter der Bewohner ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und lag in der vollstationären Pflege zuletzt bei 79 Jahren. In der Kurzzeitpflege liegt das Durchschnittsalter um etwa ein Jahr höher, in der Tagespflege rund ein Jahr niedriger.<sup>88</sup> Etwa die Hälfte der Einrichtungen führt Wartelisten; eine Auswertung dieser Listen zeigt, dass der Bedarf an Heimpflege insbesondere wegen Überforderung

**Tabelle 62: Behinderte in Thüringen 2001**

Auswahl: Schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50%

	Anzahl in Tsd.	Bevölkerungs- anteil	...darunter (1) Frauen	Anteil weiblicher Behinderter	...darunter (1) mind. 90%	darunter (5) Frauen
	1	2	3	4	5	6
unter 35	15	2%	6	42%	0	0
35–54	35	5%	17	49%	1	1
55–65	40	11%	19	47%	2	1
65 und älter	93	22%	48	51%	7	3
Gesamt	183	7%	90	49%	10	5

Quelle: TLS

empirica

der Angehörigen ansteigt: fast zwei Drittel der Wartenden werden aktuell durch Angehörige gepflegt, aber nur jeder fünfte wohnt auch bei diesen.<sup>89</sup>

*Mit zunehmendem Alter werden die Menschen nicht nur pflegebedürftig, sondern leiden mit höherer Wahrscheinlichkeit auch an Behinderungen.* Ältere Personen sind öfter schwerbehindert. Dies stellt zum einen eine Folge der physischen Alterung dar, folgt aber auch aus einem Kumulationseffekt verschiedenster Lebensrisiken, die insbesondere vom (ehemals) ausgeübten Beruf abhängig sind. Im Jahr 2001 waren in Thüringen insgesamt 183 Tausend oder 7% aller Einwohner schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50%, davon 10 Tausend sogar mit einem Grad der Behinderung von 90% und mehr (vgl. Tabelle 62). Während der Behindertenanteil bei den jungen Einwohnern gering ist, steigt er mit zunehmendem Alter rapide an; zudem erhöht sich der Anteil behinderter Frauen im Altersquerschnitt von

<sup>88</sup> Vgl. 4. Thüringer Landespflegeplan, S. 814f.

<sup>89</sup> Vgl. 4. Thüringer Landespflegeplan, S. 816.

rund 40% bei den unter 35-Jährigen auf gut die Hälfte bei den über 54-Jährigen.

## 9.2 Gesundheitsschädliche Verhaltensweisen

*Mangelndes Gesundheitsbewusstsein: insbesondere die jüngere Bevölkerung pflegt gesundheitsschädliche Verhaltensweisen.* Im Unterschied zu Pflegebedürftigkeit und Behinderungen nehmen die meisten gesundheitsschädlichen Verhaltensweisen im Alter nicht zu. Eine Ausnahme stellen falsche Ernährungsgewohnheiten dar, die insbesondere bei über 50-Jährigen Frauen häufig für ein erhebliches Übergewicht verantwortlich sind.<sup>90</sup> Demgegenüber folgt z.B. einem Anstieg des Tabak- und Alkoholkonsums in jungen Jahren ein Rückgang im Alter – dasselbe gilt für den Konsum illegaler Drogen und Verkehrsunfälle. Insgesamt wird in Thüringen etwa gleich oft geraucht wie im früheren Bundesgebiet. Die höchsten Raucherquoten weisen in Thüringen die 35- bis 39-Jährigen auf, wobei Frauen deutlich seltener rauchen. Allerdings zeigten sich

**Tabelle 63: Entwicklung der Raucher in Thüringen 1995 und 1999**

	Insgesamt			Männer			Frauen		
	Anzahl Raucher Tsd. Personen	Anteil Raucher Prozent	Entwicklung seit 1995 Prozentpunkte	Anzahl Raucher Tsd. Personen	Anteil Raucher Prozent	Entwicklung seit 1995 Prozentpunkte	Anzahl Raucher Tsd. Personen	Anteil Raucher Prozent	Entwicklung seit 1995 Prozentpunkte
15–19	42	29%	9,8%	24	32%	10,9%	18	25%	10,7%
20–24	41	37%	-2,7%	25	40%	-6,0%	16	33%	5,2%
25–29	45	42%	-1,2%	27	48%	0,8%	18	36%	-2,4%
30–34	62	43%	-1,3%	40	52%	2,5%	22	33%	-8,0%
35–39	76	44%	1,3%	46	54%	1,5%	30	35%	-0,4%
40–44	68	42%	6,6%	39	46%	3,9%	29	37%	8,8%
45–49	46	29%	3,5%	29	35%	-2,6%	17	22%	7,4%
50–54	22	20%	-1,1%	16	28%	-6,2%	6	12%	k.A.
55–59	32	18%	-1,1%	22	27%	-3,1%	10	11%	-1,1%
60–64	25	16%	-0,9%	18	24%	-7,2%	7	9%	-1,4%
über 64	27	7%	-1,6%	19	14%	-5,0%	8	3%	0,0%
Gesamt	486	27%	0,2%	305	35%	-1,4%	181	19%	3,0%
<i>nachrichtl.</i>									
neue Bundesländer	3.384	27%	0,8%	2.104	34%	-0,1%	1.280	20%	1,6%
früheres Bundesgebiet	13.634	27%	-0,2%	7.984	32%	-1,0%	5.640	21%	0,5%

Quelle: TLS und eigene Berechnungen aus Mikrozensus 1995

empirica

in den 90er Jahren eher steigende Raucherquoten unter den Frauen – trotz leichtem Rückgang unter den Männern.<sup>91</sup>

*Gesundheitsschädliche Verhaltensweisen als Verursacher von Armut.* Die allgemeine Krankenversicherungspflicht in Deutschland garantiert jedem eine ausreichende gesundheitliche Versorgung. Trotzdem stehen Gesundheit und wirtschaftliche Armut unter einem wechselseitigen Einfluss. Zusammenhänge zwischen Gesundheit und ungünstigen materiellen Lebensbedingungen ergeben sich auf vielfältige Weise: Geringverdiener sind z.B. öfter einseitigen körperlichen Belastungen ausgesetzt, verhalten und ernähren sich weniger gesundheitsbewusst oder wohnen in schlechteren Wohnungen, die häufiger emissions- und immissionsbelastet sind als der Durchschnitt. Aber auch Rauchen oder übermäßiger Alkoholkonsum führen zu einer selbstverschuldeten Armut an gesundheitsfördernden Lebensumständen und erhöhen langfristig die Morbidität und die Mortalität. Wenn gesundheitsschädliche Verhaltensweisen das Ausmaß einer Suchtkrankheit annehmen, dann drohen sogar eine eingeschränkte Arbeitsfähigkeit oder der Verlust des Arbeitsplatzes und der Wohnung. Zur Armut an gesundheitsfördernden Lebensumständen kommt dann

<sup>90</sup> 21% der erwachsenen Frauen und 18% der erwachsenen Männer leiden unter erheblichem Übergewicht. Während bei den unter 30-Jährigen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede zu beobachten sind (jeweils 8%), nimmt der Anteil übergewichtiger Frauen ab einem Alter von 50 Jahren zu (vgl. 3. Gesundheitsbericht des Freistaates Thüringen, S. 95)

<sup>91</sup> Vgl. 3. Gesundheitsbericht des Freistaates Thüringen, S. 101f.

<sup>92</sup> Vgl. 3. Gesundheitsbericht des Freistaates Thüringen, S. 98.

die wirtschaftliche Armut hinzu. Insbesondere die alkoholbedingte Sterberate ist in den neuen Ländern rund doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Die alkoholbedingte Sterblichkeit in Thüringen steigt sogar seit Jahren an.<sup>92</sup>

## 10. Ranking der neuen Länder untereinander und mit dem früheren Bundesgebiet

Genauso wie im früheren Bundesgebiet bestehen auch innerhalb der neuen Länder teilweise sehr große Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Folgenden werden die Lage auf den regionalen Arbeitsmärkten, die jeweilige ökonomische Situation der Haushalte sowie das Qualifikationsniveau der Bevölkerung gegenüber gestellt. Dabei werden Ungleichheiten zwischen den einzelnen Ländern sichtbar, die zum Teil historische Ursachen haben (Industriepolitik der DDR, geographische Lage und Begebenheiten), zum Teil aber auch aus der jüngeren Entwicklung resultieren (Unternehmensansiedlungen, Infrastrukturmaßnahmen). Eine Interpretation unterschiedlicher Indikatorenwerte in den einzelnen Ländern gestaltet sich allerdings für das Land Brandenburg und für Ost-Berlin als sehr schwierig. Beide Regionen profitieren in hohem Maße von der ökonomischen und infrastrukturellen Ausstrahlung Berlins. Durch Zuwanderung von Haushalten aus dem früheren Bundesgebiet und aus West-Berlin nach Berlin-Mitte oder Prenzlauer Berg werden die Indikatoren für Ost-Berlin erheblich verzerrt. In Brandenburg führt die Suburbanisierung durch (gutverdienende) Berliner Haushalte, die im unmittelbaren Umland Wohneigentum erwerben, zu Verzerrungen. Beide Effekte sind nicht ohne weiteres herauszufiltern. Darüber hinaus werden viele Indikatoren nicht mehr für Ost-Berlin ausgewiesen, sondern nur noch für Berlin insgesamt.

**Tabelle 64: Ranking der Arbeitsmarktsituation 2001**

	Brandenburg	Berlin (insg.)	Mecklenb.-Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Rang Thüringen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
<b>Arbeitslose</b>									
Arbeitslosenquote*	17%	18%	18%	18%	20%	15%		7%	18%
Index neue Länder = 100	99	102	105	100	113	87	1	42	100
4-Jahres-Trend (Prozentpunkte)	-2%	1%	-2%	-1%	-1%	-3%	1	-2%	-1%
Anteil Langzeitarbeitslose (>1 Jahr)	37%	k.A.	34%	37%	38%	32%		33%	35%
Index neue Länder = 100	104	-	96	105	108	91	1	92	100
<b>Erwerbslose</b>									
Erwerbslosenquote	19%	k.A.	20%	19%	21%	16%		7%	19%
Index neue Länder = 100	101	-	108	100	114	84	1	37	100
...darunter: Frauen	21%	k.A.	21%	19%	24%	18%		7%	20%
Index neue Länder = 100	104	-	106	97	119	90	1	33	100
<b>Erwerbstätige</b>									
pro 100 Erwerbsfähige	62	k.A.	60	62	60	64		67	62
Index neue Länder = 100	100	-	96	100	96	103	1	108	100
...darunter: Frauen	59	k.A.	56	59	55	59		59	58
Index neue Länder = 100	101	-	96	101	95	101	1,5	102	100
<b>Mittlerer Rang</b>							<b>1,1</b>		

\*bezogen auf alle zivilen Beschäftigten

**Definition:** Rang Thüringen ermittelt ohne Berlin und Brandenburg; neue Länder jeweils incl. Ost-Berlin.

**Quelle:** TLS und eigene Berechnungen

empirica

Aus diesem Grund werden die Indikatoren für Ost-Berlin und Brandenburg soweit verfügbar vorgestellt, das Ranking beschränkt sich jedoch auf die vier Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Thüringen hat unter den neuen Ländern die geringste Arbeitslosenquote, die wenigsten Langzeitarbeitslosen und die meisten Erwerbstätigen. Die Arbeitslosenquote liegt in den neuen Ländern mit 18% mehr als doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Trotz eines leichten Rückgang innerhalb der letzten vier Jahre hat Sachsen-Anhalt nach wie vor mit 20% die höchste Quote vorzuweisen. Demgegenüber liegt die Quote in

Thüringen nicht nur niedriger als in allen anderen neuen Ländern, sie kann mit einem Rückgang von drei Prozentpunkten seit 1997 auch die günstigste Tendenz vorweisen. Analog zur Arbeitslosenquote insgesamt sind in Sachsen-Anhalt auch anteilmäßig die meisten Langzeitarbeitslosen zu finden. In Thüringen dagegen sind mit einem Anteil von 32% sogar weniger Arbeitslose länger als ein Jahr gemeldet als im früheren Bundesgebiet. Umgekehrt haben in Thüringen 64 von 100 Erwerbsfähigen einen Arbeitsplatz. In Sachsen und Brandenburg sind dies nur 62, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern nur 60.

**Tabelle 65: Ranking der Einkommenssituation 1998**

**Definition:** Einkommensarmut nach dem modifizierten Armutskonzept (<60% Median inflationiertes Äquivalenzeinkommen von 1993)

	Brandenburg	Berlin (insg.)	Mecklenb.-Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Rang Thüringen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
<b>Einkommen</b>									
Haushaltsnettoeinkommen (€/Monat)	2.046	2.039	1.905	1.925	1.934	1.992		2.483	1.965
Index neue Länder = 100	104	104	97	98	98	101	1	126	100
5-Jahres-Trend	13%	27%	16%	14%	20%	25%		7%	17%
Äquivalenzeinkommen (€/Monat)	1.284	1.392	1.218	1.245	1.236	1.248		1.640	1.265
Index neue Länder = 100	102	110	96	98	98	99	1	130	100
5-Jahres-Trend	13%	22%	19%	21%	20%	23%		10%	19%
<b>Einkommensarmut</b>									
ost-west-spezifische Armutsschwelle	4%	3%	7%	6%	8%	6%		15%	6%
Index neue Länder = 100	72	51	119	103	127	109	2	251	100
Index früheres Bundesgebiet = 100	29	20	48	41	51	44		100	40
5-Jahres-Trend (Prozentpunkte)	-1%	-3%	-3%	0%	-1%	-1%		1%	-1%
gesamtdeutsche Armutsschwelle	14%	11%	19%	16%	18%	18%		11%	16%
Index neue Länder = 100	84	66	121	99	113	110	2	69	100
5-Jahres-Trend (Prozentpunkte)	0%	-5%	-3%	-1%	-3%	-3%		0%	-2%
<b>Mittlerer Rang</b>							<b>1,5</b>		

**Definition:** Rang Thüringen ermittelt ohne Berlin und Brandenburg; neue Länder jeweils incl. Ost-Berlin.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 1998

**empirica**

Ähnlich sieht es bei der Erwerbstätigenstatistik der Frauen aus: 59 von 100 erwerbsfähigen Frauen gehen in Thüringen einer Erwerbstätigkeit nach. Das sind genau so viele wie im früheren Bundesgebiet auch.

*Thüringen belegt im Einkommensranking Platz 1.* Im Vergleich zu den neuen Ländern steht den Haushalten im früheren Bundesgebiet ein Nettoeinkommen zur Verfügung, das rund ein Viertel oder 26% höher ausfällt. Der Mittelwert des Haushaltsnettoeinkommens von 1.965 €/Monat in den neuen Ländern wird vor allem in Brandenburg und in Ost-Berlin, aber auch in Thüringen überschritten. Die geringsten Haushaltsnettoeinkommen stehen den Haushalten in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung – im Mittel müssen diese mit 1.905 €/Monat auskommen. Für den individuellen Lebensstandard haben jedoch die gewichteten Pro-Kopf-Einkommen, die so genannten Äquivalenzeinkommen, eine größere Bedeutung. Diese liegen im früheren Bundesgebiet sogar 30% über dem Mittelwert der neuen Länder. Wiederum können die Haushalte in Brandenburg und in Ost-Berlin überdurchschnittliche Werte aufweisen. Thüringen führt mit 1.248 €/Monat die Rangfolge der verbleibenden vier Flächenländer an.

*Thüringen hat die zweitniedrigste Einkommensarmutsquote.* Innerhalb des Fünfjahreszeitraumes 1993 bis 1998 sind die Äquivalenzeinkommen im früheren Bundesgebiet nominal um 10% gestiegen, während der Aufholprozess in den neuen Ländern den Haushalten dort einen Zuwachs von 19% bescherte. In Thüringen sind die Äquivalenzeinkommen mit 23% stärker als in allen anderen neuen Ländern gestiegen. Als Folge dieser Entwicklung ist die Einkommensarmut in den neuen Ländern – gemessen am Lebensstandard von 1993 – erheblich zurückgegangen. Gemessen an einer gesamtdeutschen Armutsschwelle sind im früheren Bundesgebiet nach wie vor 11% aller Haushalte einkommensarm, während in den neuen Ländern ein Rückgang um zwei Prozentpunkte auf nunmehr 16% zu verbuchen ist. Gemessen an ost-west-

spezifischen Armutsschwellen ist die Einkommensarmut im früheren Bundesgebiet mit 15% aufgrund der höheren Einkommensungleichheit sogar höher als in den neuen Ländern. Innerhalb der vier Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es in Sachsen die wenigsten

**Tabelle 66: Ranking der Vermögenssituation 1998**

	Brandenburg	Berlin (insg.)	Mecklenb.-Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Rang Thüringen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
<b>Vermögen</b>									
Nettogeldvermögen (in €)	15.154	15.982	13.946	16.480	13.755	14.985		34.721	15.222
Index neue Länder = 100	100	105	92	108	90	98	2	228	100
5-Jahres-Trend	28%	70%	31%	34%	51%	46%		8%	38%
Nettoimmobilienvermögen (in €)	36.767	14.108	25.666	28.845	31.881	35.649		94.515	29.974
Index neue Länder = 100	123	47	86	96	106	119	1	315	100
5-Jahres-Trend	41%	-18%	62%	10%	33%	4%		-1%	23%
Wohneigentumsquote	36%	7%	32%	29%	37%	39%		43%	31%
Index neue Länder = 100	114	23	103	92	117	126	1	138	100
5-Jahres-Trend (Prozentpunkte)	3%	2%	6%	5%	6%	5%		1%	5%
<b>Vermögensarmut</b>									
Gesamtvermögen <0 €	5%	7%	6%	5%	5%	7%		5%	6%
Index neue Länder = 100	96	128	113	82	96	116	4	92	100
5-Jahres-Trend (Prozentpunkte)	-1%	1%	1%	0%	-1%	2%		1%	0%
Geldvermögen <0 €	12%	15%	14%	11%	14%	15%		13%	13%
Index neue Länder = 100	95	117	107	82	106	118	4	104	100
5-Jahres-Trend (Prozentpunkte)	4%	8%	7%	5%	6%	9%		8%	6%
<b>Mittlerer Rang</b>							<b>2,4</b>		

**Definition:** Rang Thüringen ermittelt ohne Berlin und Brandenburg; neue Länder jeweils incl. Ost-Berlin.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen aus EVS 1993 und 1998

**empirica**

einkommensarmen Haushalte, gefolgt von Thüringen. Mit Ausnahme Berlins fiel der Rückgang der Einkommensarmut in denjenigen Ländern größer aus, in denen Armut zunächst stärker verbreitet war.

*Im Ranking der höchsten Geldvermögen belegt Thüringen Platz 2, bei den Immobilien sogar Platz 1.* Das durchschnittliche Geldvermögen der Haushalte im früheren Bundesgebiet beläuft sich abzüglich ausstehender Konsumentenkredite auf rund 35 Tsd. €. Gegenüber den neuen Ländern sind die Haushalte demnach mit etwa 2,3-mal mehr Geldvermögen ausgestattet. Abweichend vom Einkommensvergleich führt hier das Land Sachsen vor Ost-Berlin und Brandenburg die Rangliste der neuen Länder an. Auf Platz vier folgt Thüringen mit knapp 15 Tsd. €. Im Vergleich der Jahre 1993 und 1998 sind die Nettogeldvermögen der Haushalte im früheren Bundesgebiet um 8% gestiegen. Wiederum wird dieser Trend vom Aufholprozess in den neuen Ländern geschlagen: dort sind die Geldvermögen um fast 40% angestiegen. Am stärksten konnten die Ost-Berliner Haushalte ihre Geldvermögen steigern. Für diesen Anstieg dürften aber weitgehend die Sparkonten der Hinzugezogenen verantwortlich sein. Auch die sachsen-anhaltinischen Haushalte konnten ihre Ersparnisse – wenn auch von sehr geringem Niveau aus – erheblich steigern. An dritter Stelle folgen die Haushalte in Thüringen, die von einem vergleichsweise hohem Niveau aus deutliche Zuwächse von 46% zu verzeichnen haben. Während die Immobilienvermögen nach Abzug ausstehender Bauschulden im früheren Bundesgebiet eher stagnieren, sind die mittleren Bestände der Haushalte in den neuen Ländern im Laufe der 90er Jahre fühlbar angestiegen. Haushalte in Thüringen besitzen nach den brandenburgischen im Mittel die größten Immobilienvermögen. In engem Zusammenhang damit sind die regionalen Unterschiede in der Wohneigentumsquote zu sehen: hier liegt Thüringen mit 39% fast gleichauf mit dem früheren Bundesgebiet, während Sachsen mit 29% weit hinter den anderen Flächenländern hinterherhinkt.

*In Thüringen leben anteilmäßig die meisten vermögensarmen Haushalte.* 5% aller Haushalte im früheren Bundesgebiet stehen nach Abzug ausstehender Kredite einer negativen Bilanz aus Geld- und Immobilien-

vermögen gegenüber. In den neuen Ländern liegt diese Quote mit 6% leicht höher. Überdurchschnittlich häufig ist diese Form von Vermögensarmut in Ost-Berlin, gefolgt von Thüringen anzutreffen. Demgegenüber sind die sächsischen Haushalte am solidesten. Betrachtet man ausschließlich die Geldvermögen, dann ändert sich die Rangfolge nur unwesentlich, allerdings ist dann sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern fast jeder achte Haushalt vermögensarm. Im Unterschied zur Vermögensarmut bzgl. des Gesamtvermögens aus Immobilien und Geldanlagen ist der Anteil geldvermögensarmer Haushalte in den

**Tabelle 67: Ranking der Sozialhilfestatistik 2000**

	Branden- burg	Berlin (insg.)	Mecklenb.- Vorp.	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Rang Thüringen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
<b>Sozialhilfeempfänger</b>									
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt									
pro 1.000 <18-Jährige	47	k.A.	57	61	74	46		64	59
pro 1.000 18- bis 64-Jährige	20	k.A.	26	22	30	17		29	25
pro 1.000 > 64-Jährige	6	k.A.	9	5	6	4		17	6
pro 1.000 Einwohner insgesamt	23	k.A.	29	25	33	20		34	28
Index neue Länder = 100	80	-	105	90	118	71	1	121	100
Hilfe in besondere Lebenslagen									
pro 1.000 <18-Jährige	11	k.A.	10	15	8	10		13	11
pro 1.000 18- bis 64-Jährige	9	k.A.	11	7	10	8		11	9
pro 1.000 > 64-Jährige	11	k.A.	9	8	9	7		21	10
pro 1.000 Einwohner insgesamt	10	k.A.	10	9	9	8		13	9
Index neue Länder = 100	108	-	116	97	105	86	1	144	100
<b>Mittlerer Rang</b>							<b>1,0</b>		

**Definition:** Rang Thüringen ermittelt ohne Berlin und Brandenburg; neue Länder jeweils incl. Ost-Berlin.

**Quelle:** TLS und eigene Berechnungen

empirica

90er Jahren zudem stark angestiegen. Die höchsten Zuwächse ergeben sich von niedrigem Niveau aus für Thüringen, die niedrigsten von hohem Niveau aus für Brandenburg.

*In Thüringen leben anteilmäßig die wenigsten Sozialhilfeempfänger.* In den neuen Ländern erhalten 28 von Tausend Einwohner laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU), 9 von Tausend beziehen Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL). Abweichend von diesen Relationen ist der Empfängerkreis von Sozialhilfe im früheren Bundesgebiet bei der HLU gut 20%, bei der HbL sogar 44% größer. Für beide Sozialhilfekate-

**Tabelle 68: Ranking der Bildungssituation 2000**

	Branden- burg	Berlin (insg.)	Mecklenb.- Vorp.	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Rang Thüringen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
<b>Schulabgänger</b>									
ohne Hauptschulabschluss	9%	11%	11%	12%	12%	13%		9%	11%
Index neue Länder = 100	78	100	95	105	108	111	4	76	100
<b>Hochschulbedingungen</b>									
Studierende je 1.000 Einwohner	13	k.A.	16	19	15	16		23	16
Index neue Länder = 100	79	-	97	119	91	101	2	143	100
Professoren je 100.000 Einwohner	28	k.A.	48	51	42	44		46	43
Professoren je 1.000 Studierende	22	k.A.	31	27	29	27		20	27
Index neue Länder = 100	83	-	115	99	108	100	3	75	100
<b>Schlüsselqualifikationen</b>									
DV-Fachleute	19	k.A.	17	28	16	20		50	21
Index neue Länder = 100	90	-	81	133	76	95	2	238	100
Ingenieure	71	k.A.	64	88	64	72		80	74
Index neue Länder = 100	96	-	86	119	86	97	2	108	100
Führungskräfte	58	k.A.	62	64	54	59		60	60
Index neue Länder = 100	97	-	103	107	90	98	3	100	100
<b>Mittlerer Rang</b>							<b>2,7</b>		

\*In Thüringen wurde bisher bei bestandem Realschulabschluss oder Abitur kein Haupt- oder Realschulabschluss vergeben. In anderen Bundesländern wird dagegen nach erfolgreicher Beendigung der 10. Klasse die mittlere Reife anerkannt. Nach Abzug der Schüler aus Klasse 10 und höher, ergibt sich für Absolventen ohne Hauptschulabschluss in Thüringen im Jahr 2000/01 eine Quote von 9,97%.

**Definition:** Rang Thüringen ermittelt ohne Berlin und Brandenburg; neue Länder jeweils incl. Ost-Berlin.

**Quelle:** TLS und eigene Berechnungen

empirica

gorien ergeben sich in Thüringen die niedrigsten Empfängerquoten, am schlechtesten schneidet bei der HLU Sachsen-Anhalt ab, bei der HBL ist es Mecklenburg-Vorpommern.

*Thüringen entlässt anteilmäßig die meisten Schüler ohne Hauptschulabschluss, aber weist eine überdurchschnittliche Studierendenquote auf.* Die künftigen Wachstumschancen einzelner Regionen hängen in hohem Maße vom Ausbildungsniveau der Erwerbsfähigen und der (Hoch-) Schulabsolventen ab. Betrachtete man den Anteil Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss als Hemmnis für eine günstige Wirtschaftsentwicklung, dann stehen die neuen Länder mit einer Quote von 11% schlechter da als das frühere Bundesgebiet mit 9%. Innerhalb der neuen Länder schneidet Brandenburg bei diesem Indikator am besten ab, das Schlusslicht bildet das Land Thüringen, wobei hier auch Schüler, die das Gymnasium ohne bestandene Abiturprüfung verlassen, in die Kategorie „ohne Hauptschulabschluss“ fallen.<sup>93</sup> Eine große Anzahl Studierender an der Gesamtbevölkerung kann demgegenüber als notwendig oder doch zumindest als günstig für die künftige Wirtschaftsentwicklung interpretiert werden. Aber auch hier schneiden die neuen Länder schlechter ab als das frühere Bundesgebiet. Die besten Quoten erreichen Sachsen gefolgt von Thüringen. Da es in den neuen Ländern auf die Einwohner umgerechnet nicht weniger Professoren gibt, dürften die Studienbedingungen zumindest in puncto Betreuung besser sein als im früheren Bundesgebiet. Dies macht sich in entsprechend günstigen Verhältnissen von Professoren zu Studierenden bemerkbar. Gleichwohl müssen die ungünstigen Werte für Brandenburg im Zusammenhang mit dem Lehrangebot in Berlin gesehen werden. Darüber hinaus darf vor allem in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern die hohe Abwanderungsquote junger Einwohner nicht vernachlässigt werden: eine günstige Betreuungsrelation für Studierende ist eben nur ein Angebotsfaktor, die entsprechende Nachfrage scheint aber eher auszubleiben.

*Thüringen belegt in den Kategorien „DV-Fachleute“ und „Ingenieure“ Platz zwei.* Aufschluss über die Qualifikationsstruktur der Erwerbsfähigen liefert eine Analyse von Schlüsselqualifikationen. Entsprechend der Abgrenzung des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) werden diese anhand der Berufsgruppen „Ingenieure, DV-Fachkräfte und Führungskräfte“ identifiziert. Demnach haben die neuen Länder das Niveau des früheren Bundesgebietes lediglich bei den Führungskräften erreicht. Besonders deutlich werden die Unterschiede dagegen bei DV-Fachleuten, von denen die neuen Länder je Einwohner weniger als halb so viele aufweisen können wie das frühere Bundesgebiet. Thüringen liegt in den Kategorien „DV-Fach-

<sup>93</sup> In anderen Bundesländern wird dagegen nach erfolgreicher Beendigung der 10. Klasse die mittlere Reife anerkannt.

leute“ und „Ingenieure“ auf Platz zwei nach Sachsen. Lediglich in der Kategorie „Führungskräfte“ wird es von Mecklenburg-Vorpommern auf Platz drei verwiesen.

#### **IV. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN**

Der Transformationsprozess in Thüringen und den anderen neuen Ländern folgt einem typischen Muster. Unmittelbar nach der Wende kam es zu einem dramatischen Arbeitsplatzabbau als Folge eines z.T. überbesetzten Staatssektors, als Folge sprunghaft gestiegener Lohnkosten, wegfallender Märkte im osteuropäischen Ausland und nicht wettbewerbsfähiger Produkte auf westeuropäischen Märkten. Die Modernisierung und der Neuaufbau industrieller Arbeitsplätze benötigte mehr Zeit als erwartet und ist bis heute nicht abgeschlossen. Die dramatischen Strukturbrüche erzeugten eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, deren soziale Folgen durch hohe Transfers aus dem früheren Bundesgebiet abgefedert werden konnten. Allerdings führten die hohen Folgekosten der Vereinigung zu einem enormen Anstieg der Staatsverschuldung, wobei ein großer Teil der Zahlungen für konsumptive Zwecke bereitgestellt wurde.

In nicht wenigen Fällen wurde durch die raschen Tariflohnsteigerungen die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen drastisch beeinträchtigt. Die zwangsläufige Folge war zum einen, dass im Laufe der neunziger Jahre die Tarifverträge in großen Teilen der ostdeutschen Wirtschaft immer mehr an Bedeutung verloren haben – und zwar durch massenhafte Tarifflicht. Zum anderen kam es zu einer erheblichen Verminderung der Arbeitsstellen und dementsprechend zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus erfüllen aber auch viele Erwerbspersonen nicht die neuen Anforderungen, weil ihre berufliche Ausbildung auf die schrumpfenden Branchen ausgerichtet war.

##### **Demographische Entwicklung bietet Chancen**

Gleichwohl muss Ostdeutschland nicht auf Dauer ein Niedriglohngebiet bleiben. Eine stärkere Lohnspreizung wird mit zunehmender Qualifizierung und Spezialisierung der Beschäftigten – vor allem der nachwachsenden Generationen – und mit dem Abbau hemmender Regulierungen einhergehen, sobald sich entsprechende Produktionsstrukturen herausgebildet haben. Die demografische Entwicklung wird zudem dafür sorgen, dass noch mehr als heute Knappheiten auf der Arbeitsangebotsseite qualifizierter Fachkräfte entstehen. Im Fortschrittsbericht wissenschaftlicher Institute<sup>94</sup> wird deswegen u.a. vorgeschlagen, in Tarifverträgen niedrige Grundlöhne zu vereinbaren, die je nach Knappheit der benötigten Fachkräfte durch Zulagen ergänzt werden.

Derzeit stellt die hohe Erwerbsorientierung der Bevölkerung Thüringens wegen der fehlenden Arbeitsplätze zwar noch ein Problem dar, weil daraus eine hohe Arbeitslosigkeit resultiert. Langfristig stellt dieser Umstand jedoch einen Standortvorteil des Freistaats Thüringen dar. Demgegenüber ist im früheren Bundesgebiet bereits in etwa 15 Jahren mit einem rein quantitativen Arbeitskräftemangel zu rechnen, dem wirtschaftspolitisch u.a. mit Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsorientierung zu begegnen sein wird. Zur Erhaltung des Standortvorteils in Thüringen ist es jedoch wichtig, heutige Maßnahmen, die faktisch die Erwerbsorientierung senken sollen (z.B. Frühverrentungen), in der Öffentlichkeit deutlich als vorübergehende Maßnahmen darzustellen, bevor sich zu viele Erwerbsfähige in ihrem Verhalten auf ein Ausscheiden aus dem Erwerbsleben mit 60 Jahren eingestellt haben. Es wird eine der schwierigen Aufgaben der Politik sein, den heute unter 40-Jährigen im früheren Bundesgebiet zu vermitteln, dass sie nicht, wie ihre Väter, bereits mit 60 Jahren und jünger aus dem Erwerbsleben ausscheiden können.

##### **Mehr in Bildung investieren**

Eine ganz andere Frage ist jedoch, ob die Qualifikation der Personen, die dem Arbeitsmarkt künftig zur Verfügung stehen, richtig und ausreichend ist. Unangemessene schulische und berufliche Ausbildung führt oft dazu, dass nur minimale Einkommen, die für einen angemessenen Lebensunterhalt nicht ausreichen, selber erwirtschaftet werden können. Folglich würden die Verdienstmöglichkeiten verbessert wer-

<sup>94</sup> Vgl. DIW et al. (2002).

den, wenn die schulischen Ausbildungssysteme ein höheres Bildungsniveau garantieren könnten. Stattdessen schaffen in Thüringen 10% der Schulabgänger keinen Hauptschulabschluss (vgl. Tabelle 54).

Derzeit verfügt Thüringen über eine große Zahl von gut ausgebildeten jungen Erwerbstätigen. Das Land sollte seine Attraktivität für junge Erwerbstätige verbessern, damit diese Personen auch zukünftig zur Verfügung stehen und damit einem drohenden Fachkräftemangel rechtzeitig entgegengesteuert wird. Auch wenn derzeit viele Akademiker für das frühere Bundesgebiet ausgebildet werden, ist diese Ausbildung eine wichtige Zukunftsinvestition. Man kann erwarten, dass Studierende an den Hochschulen Thüringens anschließend zu einem hohen Teil in Thüringen bleiben. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Mangel an jungen Erwerbstätigen auch in Thüringen steigt und die Aussicht auf Aufstiegschancen sich in Thüringen für junge Akademiker verbessern.

Von besonderer Bedeutung ist deswegen der Aufbau und die Pflege eines positiven Image der Hochschulen Thüringens, besonders im früheren Bundesgebiet. Ein offensives Universitätsmarketing, das die Standortvorteile der Städte und Hochschulen in Thüringen herausstellt (niedrige Lebenshaltungskosten, günstige Mieten, günstige Betreuungsverhältnisse), kann dazu beitragen. Darüber hinaus sollten die heutigen Abwanderer vom Arbeitsamt möglichst nach Qualifikationsstruktur erfasst werden, um bei entstehendem Facharbeitermangel eine gezielte Rückholaktion starten zu können. Derzeit scheint eine solche Investition unsinnig, da die Arbeitsämter eher Stellen in die andere Richtung vermitteln. Der Mangel könnte aber in manchen Berufen sehr schnell zur Realität werden. Für einen Aufbau einer solchen Datei wäre es dann zu spät.

Darüber hinaus muss man auch sehen, dass die derzeit hohe Abwanderung junger Leute aus Thüringen auch eine Folge der geburtenstarken Jahrgänge Ende der 70er bis in die der 80er Jahre darstellt. Auch diese Verhältnisse werden sich nach 2005 ändern, wenn die schwach besetzten Geburtsjahrgänge der 90er Jahre nachrücken. Dann dürfte nicht nur die Abwanderung spürbar zurückgehen, sondern auch der Lehrstellenmangel an Bedeutung verlieren. Gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit einer Weiterbeschäftigung nach dem Ausbildungsabschluss.

In den USA gibt es seit langem eine intensive Diskussion über die Frage, ob durch Dezentralisierung und Wettbewerb zwischen den Schulen die Ausbildung verbessert werden könnte. Hoxby (1994) hat gezeigt, dass die lokale öffentliche Schulausbildung in den USA sich vor allem dort verbessert hat, wo es mehrere Schulen gibt, die sich in einem Wettbewerb um Schüler befinden, und wo es eine größere Verfügbarkeit von Privatschulen gibt. Diese Erkenntnis hat das Interesse an der Einführung von Gutscheinen verstärkt. Diese Gutscheine berechtigen Schüler oder Studenten an der Unterrichtsteilnahme – sowohl an staatlichen als auch an (sonst kostenpflichtigen) privaten Schulen. Jeder Schüler bzw. Student kommt damit in den Genuss einer Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Lehrinrichtungen und erhöht durch seinen Besuch direkt das Budget der gewählten Schule oder Hochschule. In Deutschland werden seit der Veröffentlichung der so genannten PISA-Studie ebenfalls zahlreiche Maßnahmen diskutiert. Auf die darauf aufbauenden Veröffentlichungen und Diskussionen wird verwiesen.

### **Qualifikationen der Arbeitslosen drohen zu veralten**

Trotz günstiger Zukunftsperspektiven darf man aber auch die heutigen Probleme der Arbeitslosen nicht aus den Augen verlieren. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden ursprünglich eingeführt, um denjenigen ein Mindesteinkommen zu sichern, die unverschuldet in Not geraten sind. Man ging davon aus, dass es sich dabei um eine kurzfristige, vorübergehende Unterstützung handelt. Mittlerweile kommt es vermehrt zu unerwünschten Nebenwirkungen, weil diese Transfers häufig die Arbeitsaufnahme erschweren: z.T. wird für jeden selbstverdienten Euro die Hilfeleistung um eben diesen Euro gekürzt. In der Konsequenz lohnt sich Arbeiten dann für viele nicht mehr.<sup>95</sup> Betroffen sind vor allem diejenigen, die nicht ausreichend qualifiziert sind oder auch Alleinerziehende, die nur Teilzeitarbeit annehmen können

<sup>95</sup> Dies trifft jedoch nicht auf alle Empfänger zu. Der hohe Anteil an Kindern und Jugendlichen sowie Alleinerziehende und ältere Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, verdeutlichen dies. Hier kann das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe nicht angewandt werden.

und deswegen kein Einkommen erwirtschaften können, das deutlich oberhalb der Sozialtransfers liegt. So wird aus Arbeitslosigkeit Langzeitarbeitslosigkeit.

Gerade die zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit führt aber dazu, dass die Qualifikation der Arbeitslosen leidet. Die Anforderungen an die Qualifikationen steigen immer weiter an. Deswegen wird Lernen durch Fort- und Weiterbildung immer wichtiger. Für Arbeitslose werden zwar Qualifizierungsmaßnahmen vom Arbeitsamt angeboten, gleichwohl ist nicht garantiert, dass die erlernten Fähigkeiten am Markt auch nachgefragt werden. In der Praxis werden viele Fähigkeiten außerdem durch „training on the job“ erworben und erneuert. Aber genau dieses Lernen kommt für Arbeitslose nicht in Frage. Deswegen besteht hier die Gefahr, dass sie einmal erlangte Qualifikationen wieder verlernen und ihr Wissen veraltet. Diese Form von Humankapitalverlusten ist umso ausgeprägter, je höher die Arbeitslosenquote steigt und je mehr der Anteil der Langzeitarbeitslosen anwächst.

### **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren**

Ein Großteil der Unterstützung von Arbeitslosen ist in Deutschland an die Arbeitslosigkeit gekoppelt: Arbeitslosengeld (ALG) und Arbeitslosenhilfe (ALHi) ersetzen vorheriges Arbeitseinkommen. Das ist plausibel, weil Arbeitseinkommen die wichtigste Finanzierungsquelle für den täglichen Konsum darstellt. Gleichwohl gilt es zu bedenken, dass die Arbeitslosenquote von den gesetzlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Transfers, die an Arbeitslosigkeit geknüpft werden, stellen einen impliziten Mindestlohn dar. Wenn die angebotenen Löhne potentieller Arbeitgeber diese Schwelle nicht überschreiten, dann bestehen wenig Anreize, eine Arbeit aufzunehmen. Besonders prekär wird die Lage, wenn der Arbeitslose (aufgrund seiner Ausbildung etc.) am Markt überhaupt nicht in der Lage ist, einen Job zu finden, der einen Lohn oberhalb des ALG-/ALHi-Niveaus bietet. Diese Situation dürfte sich angesichts hoher Schulabgängerquoten ohne Hauptschulabschluss auch in der Zukunft eher verschärfen. Besser wäre deswegen ein System des „Ergänzens“ anstelle eines Systems des „Ersetzens“. Wer *trotz* aller Anstrengungen keine Arbeit findet bzw. nur eine Arbeit findet, die ihm keinen Minimum-Lebensstandard garantiert, sollte eine Lohnergänzung erhalten, damit sein Einkommen deutlich höher ist als bei Arbeitslosigkeit.

### **Armutsbekämpfung muss zielgerichtet sein...**

Jeder Mensch sollte möglichst gleiche Chancen haben, ein hohes Einkommen zu erwirtschaften. Deswegen muss die Politik vor allem darauf ausgerichtet sein, adäquate Startchancen zu sichern. Diese Grundvoraussetzung wird insbesondere durch die Bildungs- und die Ausbildungspolitik geschaffen. Auch Vermögensungleichheiten reflektieren nicht immer „soziale Ungerechtigkeit“. Denn ungleiche Vermögen dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Sie müssen andere Faktoren wie die Alters- oder Einkommensverteilung und vor allem die individuelle Lebensplanung berücksichtigen. Tatsächlich gibt es mehrere Ursachen für unterschiedliche Vermögensausstattungen, die nicht notwendig alle auf Chancenungleichheit zurückzuführen sind (z.B. sparsame gegenüber konsumfreudigen Haushalten oder Selbständige mit ausschließlich privater Altersvorsorge gegenüber abhängig Beschäftigten mit Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung).

Vor allem in einer Gesellschaft, die durch hohen Strukturwandel geprägt ist, zeigt sich, dass Einkommens- oder Vermögensarmut zyklische, langfristige und dynamische Eigenschaften in sich birgt. Die Einkommensarmut einzelner Gruppen kann – wenn dies politisch gewollt ist – durch eine gezielte Förderung beseitigt werden. Aber auch in einem Wohlfahrtsstaat muss staatliche Umverteilung effizient organisiert werden. Nicht alle ledigen Alleinerziehenden oder alle kinderreichen Familien sind einkommensarm; nicht alle Haushalte mit niedrigen Einkommen sind vermögensarm. Vor allem in einer Übergangsgesellschaft darf Einkommensarmut deswegen nicht an der sozialen Stellung (z.B. „Arbeitsloser“ oder „Rentner“) oder am Familienstand festgemacht werden. Außerdem ändern sich diese Charakteristika und damit korrelierende Benachteiligungen (z.B. erschwerte Erwerbsbeteiligung bei Müttern) im Zeitablauf u.U. sogar sehr

schnell.

### **...und trotzdem transparent bleiben**

Auf der anderen Seite nimmt nicht jeder, der anspruchsberechtigt ist, die Sozialhilfe in Anspruch. Die Dunkelziffer wurde vielfach in empirischen Untersuchungen quantifiziert.<sup>96</sup> Als Gründe werden administrative Schwellen (Antragsverfahren, Kontrolle, Mitwirkungs- und Beibringungspflicht, örtliche Entfernung) genannt, aber auch gesellschaftliche Schwellen wie Schamgefühle oder Diskriminierung als Versager.<sup>97</sup> Es gibt zwar Hinweise darauf, dass Scham und Unkenntnis heutzutage eine untergeordnete Rolle spielen, weil nicht mehr vorwiegend die älteren Menschen potentielle Leistungsempfänger sind, sondern Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose. Diese wiederum haben ein besseres Wissen über ihre Rechtsansprüche und ein anderes Einstellungsmuster als ältere Menschen.<sup>98</sup> Gleichwohl zeigen einschlägige Untersuchungen auch, dass Unkenntnis weiterhin verbreitet ist, insbesondere wenn es um spezielle Hilfen wie die Ergänzung niedriger Erwerbseinkommen oder Lohnersatzleistungen geht.<sup>99</sup>

### **Künftig droht ein Anstieg der Sozialhilfebedürftigkeit**

Die im Vergleich zum früheren Bundesgebiet niedrigen Sozialhilfequoten in Thüringen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich diese Verhältnisse in den letzten Jahren bereits verschlechtert haben und künftig vermutlich weiter verschlechtern werden. So werden verschiedene Sondermaßnahmen auslaufen und werden sich die hohen Arbeitslosenquote von heute in geringen zukünftigen Rentenbezügen widerspiegeln. In der Folge wird immer häufiger die Sozialhilfe soziale Schief lagen ausgleichen müssen. Thüringen wird dann – wie alle anderen neuen Länder auch – seine derzeit günstigen Sozialhilfequoten vor allem bei den Senioren vermutlich nicht halten können.

### **Familien und Kinderarmut**

Einkommensarmut war zu Beginn des Transformationsprozesses in Thüringen weit verbreitet. Betroffen waren fast alle Bevölkerungsschichten. Künftig werden diese Übergangsphänomene weiter zurückgehen. In der Folge wird sich das Armutsproblem immer mehr auf Gruppen zuspitzen, die auch im früheren Bundesgebiet durch das Netz der sozialpolitischen Maßnahmen nicht genügend gestützt werden: weibliche Alleinlebende und Kinder – letztere vor allem in Haushalten von Alleinerziehenden.

Zur Bekämpfung von Kinderarmut sind Strategien zur Vermeidung und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in Familien notwendig aber nicht hinreichend. Auch Arbeitsmarktreformen und den Erhalt adäquater Kinderbetreuung zur Schaffung der Voraussetzungen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sind notwendig, vor allem bei Alleinerziehenden aber oft nicht hinreichend. Die Doppelbelastung durch Erwerbsarbeit und Kindererziehung erlaubt vielen nur ein reduziertes Arbeitsangebot und erschwert die Ausführung hochqualifizierter Tätigkeiten. Will man die Einkommensarmut dieser Haushalte wirklich bekämpfen, muss deswegen der Familienleistungsausgleich deutlich verbessert werden. Die (bisherige) Erhöhung des Kindergeldes reicht dazu nicht aus. Deswegen müssen weitere finanzielle Mittel für zusätzliche Familien-

<sup>96</sup> Demnach kommt in etwa auf jeden Sozialhilfeempfänger (HLU) ein weiterer Berechtigter, der seine Ansprüche nicht wahrnimmt (vgl. Bujard und Lange, 1978, oder Hauser et al., 1981). Allerdings dürfte es sich dabei überwiegend um geringfügige Ansprüche handeln. Denn Haushalte mit hohen Ansprüchen können sich einen Verzicht auf die Unterstützung oft gar nicht leisten. Damit neigen auch eher diejenigen Haushalte zu einem Verzicht, „die den Abstieg aus einem homogenen Umfeld vermeiden wollen, während extrembelastete Bevölkerungsgruppen diese Schwelle bereits überwunden haben und auch eher Kontakt zu Hilfeinstitutionen (...) haben“ (vgl. Engels und Sellin, 2001, S. 54).

<sup>97</sup> Daneben spielt eine nicht unerhebliche Rolle, dass der Anspruchsberechtigte selbst aktiv werden muss, dazu muss er aber auch seine Rechte kennen und anmelden (vgl. Hanesch, 1994).

<sup>98</sup> Ältere Menschen empfinden die staatliche Hilfe eher als unwürdig und befürchten Rückgriffe auf die Einkommen ihrer Kinder (vgl. Engels und Sellin, 2001).

<sup>99</sup> Vgl. Riphahn (2000) oder Kayser und Frick (2000).

transfers erschlossen werden.

### **Fazit**

Thüringen hat trotz seiner für die neuen Länder typischen Probleme gute Zukunftschancen. Für eine positive Entwicklung bedarf es höherer gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten. Diese sind zu erreichen, wenn sich die Investitionsbedingungen verbessern, die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter erhöhen und sich der dämpfende Einfluss der Bauwirtschaft auf das Wachstum verringert. Die Unterbeschäftigung ist zwar niedriger als in den anderen neuen Ländern, dennoch wirkt sie belastend und ist sie mitverantwortlich für den Wiederanstieg der Abwanderung. Die Sorge, dass damit vermehrt junge Menschen auf Dauer abwandern könnten, ist zwar kurzfristig berechtigt. Aus Sicht der jungen Menschen ist es aber allemal besser, im Westen eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten, als im Osten eine nicht bedarfsgerechte Ausbildung zu absolvieren oder gar arbeitslos zu sein. Aber langfristig gibt es durchaus Chancen, bei zunehmendem Fachkräftemangel und verbesserter Wirtschaftslage in den neuen Ländern, eine Rückwanderung herbeizuführen. Diese Chance besteht vor allem dann, wenn neben der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in Thüringen die Lebenshaltungskosten günstig bleiben – insbesondere die Möglichkeiten, Wohneigentum zu erwerben – und wenn man in Thüringen einen höheren Lebensstandard erreichen kann als in den Hochlohnregionen Süddeutschlands.

Gleichwohl kann die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die eine Rückkehr der heutigen Migranten erleichtert und die Thüringen auch für „Außenstehende“ noch attraktiver macht. Dazu gehört jedoch nicht die Kompensation von Standortschwächen durch Subventionen. Zur Vorbereitung auf die künftigen Entwicklungen hilft es wenig, wenn man heute unproduktive Arbeitsplätze durch Subventionen am Leben erhält, mit der Folge, dass morgen die neuen Techniken und Qualifikationen fehlen, die dann am Markt nachgefragt werden. Vielmehr gilt es, Standortvorteile zu wahren, zu schaffen und vor allem aktiv zu bewerben. Hilfreich sind dabei der Ausbau der Infrastruktur, die Qualifizierung der Beschäftigten – vor allem der nachwachsenden Generationen –, der Erhalt von Arbeitskostenvorteilen, hoher Erwerbsorien-

tierung und des Standards der Kinderbetreuung.

## V. LITERATURVERZEICHNIS

- ANDRESS, H.-J. UND LIPSMEIER, G. (2001), Armut und Lebensstandart, in: Lebenslagen in Deutschland, Hrsg.: BMA.
- BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE, FRAUEN UND GESUNDHEIT (1998), Bericht der Landesregierung zur sozialen Lage in Bayern.
- BLANK, R.M. UND ELLWOOD, D.T. (2001), The Clinton Legacy For America's Poor, NBER Working Paper No. 8437.
- BMA (2001), Lebenslagen in Deutschland, Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.
- BÖHNKE, UND DELHEY, J. (1999), Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland, Working Paper des WZB, BERLIN.
- BÖHNKE, UND DELHEY, J. (1999), Poverty in a Multidimensional Perspective, Great Britain and Germany in Comparison, Working Paper des WZB, Berlin.
- BOSKIN, M., DULBERGER, E., GORDON, R., GRILICHES, Z. UND JORGENSON, D. (1996), Toward a More Accurate Measure of the Cost of Living: Final Report to the Senate Finance Committee, Washington D.C., US Government Printing Office, for the US Senate Committee on Finance, December 1996.
- BRAUN, R. (1998), Konsum- und Vermögensstrukturen der Erwerber von Wohneigentum, empirica-Studie im Auftrag der Schwäbisch-Hall Stiftung, Schwäbisch Hall (Preprint)
- BRAUN, R. (2000), Vermögensbildung privater Haushalte – empirische Auswertungen und Modellrechnungen, Frankfurt am Main.
- BRAUN, R. UND PFEIFFER, U. (2002), Erben in Deutschland, empirica-Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln.
- BRAUN, R., MIEGEL, M. UND PFEIFFER, U. (2000), Vermögensbildung unter neuen Rahmenbedingungen, empirica-Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln.
- BRAUN, R., MÖHLENKAMP, R., PFEIFFER, U. UND SIMONS, H. (2001), Vermögensbildung in Deutschland, empirica-Studie im Auftrag der LBS, Bonn/Berlin.
- BREUER W. (1999), Konzept- und Umsetzungsstudie zur Vorbereitung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, Forschungsbericht, Sozialforschung Nr. 278, Hrsg.: BMA.
- BREUER W. (1999), Tagungsdokumentation, Armut und Reichtum in Deutschland, Forum zur Berichterstattung der Bundesregierung, Forschungsbericht, Sozialforschung Nr. 279, Hrsg.: BMA.
- BRÜNNER, M. (1998), Sozialhilfe in Bremen im Juni 1998, in: Sozialhilfe aktuell ...,Hrsg.: Senator für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz.
- BRÜNNER, M. UND MEYER-HENTZE, C. (2002) Endbericht „Senkung der Sozialhilfedichte“, Senat für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen.
- BUCHER, H.-J. UND SCHLÖMER, C. (1999), Die privaten Haushalte in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland – eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11.12/1999, Hrsg.: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG, Bonn, S. 773-793.
- BUJARD UND LANGE (1978), Armut im Alter, Weinheim und Basel.
- BUSCH-GEERTSEMA, V. UND RUHSTRAT E.-U. (1997), Wohnungslosigkeit in Sachsen-Anhalt, Bielefeld 1997.
- CESifo Special (2002), Welfare to Work.
- CHRISTENSEN, B. (2002), Reservation Wages, Offered Wages, and Unemployment Duration – New Empirical Evidence, Kiel Working Paper Nr. 1095, Kiel 2002.
- CLAUS, TH. (2001) Studie zur Situation von Familien und Kindern in Sachsen-Anhalt unter besonderer

- Berücksichtigung regionaler familienrelevanter Daten und der Gesundheit von Kindern, Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.
- COSTA, D. (1998), *The Wage and the Length of the Work Day: From the 1890's to 1991*, NBER Working Paper Nr. 6504, Cambridge, USA.
- DANN, S., KIRCHMANN, A., SPERMANN, A. UND VOLKERT, J. (2001) *Einstiegsgeld in Baden-Württemberg*, Hrsg.: Sozialministerium Baden-Württemberg.
- DATENREPORT 1999, in: *Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung*, Band 365, S. 587f., Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Bonn, 2000.
- DEATON, A. UND PAXSON, C. (2001), *Mortality, Income, and Income Inequality Over Time in Britain and the United States*, NBER Working Paper Nr. 8534.
- DICKENS, R UND ELLWOOD, D.T. (2001), *Whither Poverty in Great Britain and the United States?*, NBER Working Paper Nr. 8253.
- DIW ET AL. (2002), *Fortschrittsbericht wissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland*, Forschungsauftrag des Bundesministeriums der Finanzen.
- DIW-WOCHENBERICHT (2000), *EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten*, DIW-Wochenbericht 21/2000.
- DIW-WOCHENBERICHT (2001), *Erwerbsverhalten von Frauen: Trotz Annäherung immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West*, DIW-Wochenbericht Nr. 42/2001.
- DIW-WOCHENBERICHT (2001), *Löhne in Ostdeutschland – Anpassung an das westdeutsche Niveau erst auf lange Sicht möglich*, DIW-Wochenbericht Nr. 24/2001.
- DIW-WOCHENBERICHT (2001), *Private Internet-Nutzung: Bildung und Einkommen auch bei Jugendlichen von großer Bedeutung*, DIW-Wochenbericht Nr. 40/2001.
- DIW-WOCHENBERICHT (2001), *Zur Wohnsituation in West- und Ostdeutschland – Anstieg der Mieten zum Stillstand gekommen*, DIW-Wochenbericht Nr. 41/2001.
- DIW-WOCHENBERICHT (2002), *Einkommensarmut von Kindern – ein deutsch-britischer Vergleich für die 90er Jahre*, DIW-Wochenbericht Nr. 5/2002.
- DIW-WOCHENBERICHT (2002), *Ostdeutsche Industrie gewinnt an Boden*, DIW-Wochenbericht Nr. 3/2002.
- DRV-SCHRIFTEN (2001), *Rentenversicherung in Zeitreihen*, Juli 2001, Hrsg.: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt a.M.
- ENGELS D. UND SELLIN C. (2001), *Vorstudie zur Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen*, in: *Lebenslagen in Deutschland*, Hrsg. BMA.
- ENGELS, W., SABLOTNY, H. UND ZICKLER, D. (1974), *Das Volksvermögen, Seine verteilungs- und wohlstandspolitische Bedeutung*, Frankfurt/M.
- FELDSTEIN, M. (1998), *Income Inequality and Poverty*, NBER Working Paper Nr. 6770.
- FRANZ, P. (2001), *Leerstände in ostdeutschen Städten: Keineswegs nur ein wohnungspolitisches Problem*, in: *Wirtschaft im Wandel*, 2/2001.
- GEIGER, M. (1996), *Armut und Armutsvermeidung im Saarland*, Eine Studie im Auftrag der Arbeitskammer des Saarlandes, Saarbrücken.
- GILBERT, R., HESS, D. UND SCHRÖDER, H. (2001), *Struktur der Arbeitslosigkeit im Frühjahr 2000 Suchverhalten und Eingliederungschancen*, Studie im Auftrag des IAB.
- GROSS, D. UND SOULELES, N. (2001), *An empirical analysis of personal bankruptcy and delinquency*, NBER Working Paper Nr. 8409.
- GUDE, S., DEUTZ, L., HÄFELINGER, M. UND HOORN, A. (2001), *Einkommens- und Armutsbericht Berlin*, Topos Stadtforschung, Berlin.

- HAMMES, W. (2001), Ergebnisse des Mikrozensus 2000, in: *Wirtschaft und Statistik* 6/2001, S. 437-443.
- HANESCH ET AL. (1994), *Armut in Deutschland*, Reinbeck.
- HANESCH, W. (2001), Einkommenslage bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, in: *Lebenslagen in Deutschland*, Hrsg.: BMA.
- HANESCH, W., KRAUSE, P. UND BÄCKER, G. (2000), *Armut und Ungleichheit in Deutschland*, Hamburg.
- HAURIN, D.R., HENDERSHOTT, P.H. UND WACHTER, S.M. (1996), Wealth Accumulation and Housing Choices of Young Households: An Exploratory Investigation, *Journal of Housing Research*, 7, S. 33–58.
- HAUSER, CREMER-SCHÄFER UND NUOVERTNE (1981), *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt.
- HAUSER, R. UND BECKER, I. (2001), Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973–1998, in: *Lebenslagen in Deutschland*, Hrsg.: BMA.
- HOXBY, C.M. (1994), Does Competition among Public Schools Benefit Students and Taxpayers? NBER Working Paper Nr. 4979, Cambridge, USA.
- HULLEN, G. (1999), Projections of Living Arrangements, Household and Family Structures, in: *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Themenheft „Projection of Living Arrangements, Household and Family Structures“*, Hrsg.: BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG, mimeo.
- HUSTER, E.-U. UND EIBEL D. (2001), Reichtumsgrenzen für empirische Analysen der Vermögensverteilung, Instrumente für den staatlichen Umgang mit großen Vermögen, ökonomische, soziologische und ethische Beurteilung großer Vermögen, in: *Lebenslagen in Deutschland*, Hrsg.: BMA.
- IAB KURZBERICHT (2002), Teil 1: Was beeinflusst den Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit?, Teil 2: Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen? IAB Kurzbericht Nr. 1 und Nr. 2 vom 21.1.2002.
- IAB WERKSTATTBERICHT (2002), Arbeitsplatzmobilität nach Ende der Berufsausbildung, Ausgabe 3 vom 18.04.2002.
- IAB WERKSTATTBERICHT (4/2002), Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten – reale Entwicklung oder statistisches Artefakt? IAB Werkstattbericht Nr. 4 vom 23.4.2002.
- INFORMATIONSDIENST SOZIALE INDIKATOREN (2002), Auszug aus dem Elternhaus, Heirat und Elternschaft werden zunehmend aufgeschoben, Verlaufsdatenanalyse zu Ereignissen des Familienzyklus in Deutschland. ISI Ausgabe 27, Januar 2002, S. 12
- IWH (2001), Regionale Wirtschaftsstrukturen in der zweiten Phase der ostdeutschen Transformation: Sachsen-Anhalt 1995–1999, IWH Sonderheft 1/2001.
- IWH HALLE (2001), Neuer Trend in der Bildungsstruktur der Ost-West-Wanderung, *Aktuelle Trends*, 9/2001.
- JENKINS, S., SCHLUTER, C. UND WAGNER, G. (2001), Child poverty in Britain and Germany, DIW Research Notes No. 9.
- KAYSER, H. UND FRICK, J.R. (2000), Take it or Leave it: (Non-)Take-Up Behaviour of Social Assistance in Germany, DIW Discussion Paper Nr. 210, Berlin.
- KIRCHMANN, A. UND KLEE, G. (1999), Hilfe zur Arbeit in Baden-Württemberg, Bestandsaufnahme und Bewertung von kommunalen Beschäftigungsmaßnahmen nach dem BSHG, Hrsg.: Sozialministerium Baden-Württemberg.
- KORCZAK, D. (1997), Marktverhalten, Verschuldung und Überschuldung privater Haushalte in den neuen Ländern, Schriftenreihe des BMFSFJ, Band 145.
- KORTMANN, K. UND SOPP, P. (2001), Die Bevölkerung im unteren Einkommensbereich. Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsdynamik, in: *Lebenslagen in Deutschland*, Hrsg.: BMA.
- KULMIZ, L. (2001), Lohndiskriminierung von Frauen, Eine Analyse mit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990, in: *Wirtschaft und Statistik* 5/2001, S. 406–415.

- KURZ, K. (2000), Soziale Ungleichheiten beim Übergang zu Wohneigentum, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 29, Heft 1, S.27–43.
- LANDESSOZIALAMT HAMBURG (1998), Beiträge zur Sozialberichterstattung, Armut in Hamburg II.
- LANDTAG BRANDENBURG (1998), Drucksache 2/5818 Große Anfrage Nr. 57 „Ausmaß und Auswirkung von Armut in Brandenburg“, Antwort der Landesregierung.
- LOHMANN, H. (2001), Äquivalenzskalen und haushaltsspezifisches Armutsrisiko, Bedarfsmessung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, in: Wirtschaft und Statistik 6/2001, S. 483–493.
- MERZ J. (2001), Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung, in: Lebenslagen in Deutschland, Hrsg.: BMA.
- MERZ J. UND ZWICK M. (2001), Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik, Ein methodische Erläuterung zum Gutachten „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung“ zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: Wirtschaft und Statistik 7/2001, S. 513–523.
- MERZ, J. (2001), Was fehlt in der EVS? – Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, Universität Lüneburg.
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, FRAUEN, GESUNDHEIT UND SOZIALES DES LANDES SACHSEN-ANHALT (1997) Arbeitsmarkt- und Sozialbericht des Landes Sachsen-Anhalt 1996/97.
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES UND GESUNDHEIT DES LANDES RHEINLAND-PFALZ (1998), Bericht 1998, Armut in Rheinland-Pfalz.
- MÜNNICH M. UND ILLGEN M. (2001), Zur materiellen Ausstattung der Haushalte von Niedrigeinkommensbezieher, in: Lebenslagen in Deutschland, Hrsg.: BMA.
- MÜNNICH, M. (2000), Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 1, in: Wirtschaft und Statistik 9/2000, S. 679–689.
- MÜNNICH, M. (2001), Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2, in: Wirtschaft und Statistik 2/2001, S. 121–137.
- MÜNNICH, M. (2001), Haushalte von Arbeitslosen – ihre wirtschaftliche Lage im Spiegel der Statistik, in: Wirtschaft und Statistik 11/2001, S. 936–944.
- MÜNNICH, M. (2001), Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten, in: Wirtschaft und Statistik 7/2001, S. 546–571.
- MÜNNICH, M. UND ILLGEN, M. (2000), Einkommen und Einnahmen privater Haushalte in Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik 2/2000, S. 125–137.
- OLK, T. UND RENTZSCH, D. (1996), Kommunale Armutspolitik in Ostdeutschland – Armutslagen und Strategien ihrer Bekämpfung in ausgewählten Kommunen im Land Sachsen-Anhalt, in: HÄUBERMANN, H./NEEF, R. (HG.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland – Soziale und räumliche Tendenzen, Opladen: Westdeutscher-Verlag, 1996, S. 219–248
- OLK, T. UND RENTZSCH, D. (1997), Armutsverläufe – erste Ergebnisse einer Kohortenanalyse Hallenser Sozialhilfeempfänger(innen), in: I. Becker / R. Hauser (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut in Deutschland. Frankfurt/M., 1997.
- PFEIFFER U., SIMONS H., WEIMANN, J. UND WELLISCH, D. (2001), Analyse über mögliche Auswirkungen einer alternden und abnehmenden Bevölkerung Sachsens-Anhalts für die Entwicklungsperspektiven der heimischen Wirtschaft, empirica Studie im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt, Bonn/Berlin.
- RIPHAHN, R.T. (2000), Rational Poverty or Poor Rationality? The take-up of Social Assistance Benefits, IZA Discussion Paper Nr. 124.
- ROMER, C. UND ROMER, D. (1998), How Does Monetary Policy Affect the Distribution of Income?, Federal reserve Bank of Kansas City Symposium, Jackson Hole, Wyoming, August 1998.

- SCHÄFER, C. (2000), Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut? – Die Verteilungsentwicklung in 1999 und den Vorjahren, in: WSI Mitteilungen 11/2000, S.744–764.
- SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG (1999), Drucksache 14/2276, Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein.
- SCHMÄHL W. UND FACHINGER U. (1999), Armut und Reichtum. Einkommen und Konsumverhalten älterer Menschen, in: Funkkolleg Altern 2, Hrsg.: Niederfranke, A., Naegle, G. und Frahm, E..
- SCHWARZ, K. (2000), Das Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder im früheren Bundesgebiet, in: BiB-Mitteilungen – Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt, Heft 3/2000, S. 22–27.
- SEEWALD, H. (2001), Umfang, Strukturen und Gründe von Sozialhilfebedürftigkeit, in: Lebenslagen in Deutschland, Hrsg.: BMA.
- SOZIALBERICHT 1998, für das Land Nordrhein-Westfalen.
- THÜRINGER MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT (1998), Zweiter Sozialbericht.
- THÜRINGER MINISTERIUM FÜR SOZIALES, FAMILIE UND GESUNDHEIT (2000), Dritter Gesundheitsbericht.
- WAGNER G. UND KRAUSE P. (2001), Einkommensverteilung und Einkommensmobilität, in: Lebenslagen in Deutschland, Hrsg.: BMA.
- WAGNER, M. UND MULDER, C.H. (2000), Wohneigentum im Lebenslauf – Kohortendynamik, Familiengründung und sozioökonomische Ressourcen, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 29, Heft 1, S.44–59.
- WINKELMANN, L. UND WINKELMANN, R. (1995), Happiness and Unemployment: A Panel Data Analysis für Germany, Konjunkturpolitik 41, S. 293–307.

## VI. ANHÄNGE

### 1. Glossar

Äquivalenzeinkommen	→ s. Standardisiertes Einkommen.
Altersabhängige Einkommensquartile	Zerlegen einer Stichprobe in fünf Teilmengen mit gleich vielen Beobachtungen, wobei in der ersten Teilmenge die 25% niedrigsten, in der zweiten die 25% nächsthöheren und in der fünften die 25% höchsten Merkmalsausprägungen (hier: Einkommen) in der jeweiligen Altersklasse zu finden sind. Im Unterschied zur Betrachtung „normaler“ Einkommensquartile fallen hier nicht quasi automatisch alle Studenten, Auszubildenden und Rentnerhaushalte in das erste bzw. die unteren Einkommensquartile. Beispiel: Rentner beziehen oft nur gemessen am Einkommen <i>aller</i> Haushalte ein geringes Haushaltsnettoeinkommen; gemessen am Einkommen <i>aller</i> Haushalte in <i>ihrer</i> Altersklasse können sie aber durchaus auch in einer der oberen Einkommensschichten angesiedelt sein.  Die Grenzen der Teilmengen zur Abgrenzung der vier altersabhängigen Einkommensquartile werden für Ost- und Westdeutschland getrennt berechnet.
Altersabhängige Vermögensquartile	s. altersabhängige Einkommensquartile.
Alterseffekt	Bezeichnet (abweichende) Verhaltensweisen, die nur Mitglieder einer oder mehrerer spezieller Altersklassen aufweisen (unabhängig vom Geburtsjahrgang). → Zeiteffekte.
Altersklasse	Die Altersangaben beziehen sich – soweit nicht anders angegeben – immer auf den Haushaltsvorstand.
Alterslängsschnitt	In einem Alterslängsschnitt wird das Verhalten (alternativ: Ausgaben oder Einnahmen) eines Geburtsjahrganges in seinem Lebenszyklus zu verschiedenen Zeitpunkten betrachtet. Im Gegensatz dazu stellt ein „Altersquerschnitt“ das Verhalten (alternativ: Ausgaben oder Einnahmen) unterschiedlicher Geburtsjahrgänge zu einem Zeitpunkt dar. Diese unterschiedliche Darstellung ist wichtig, um z.B. Wachstumseffekte von Alterseffekten zu unterscheiden: beispielsweise steigt das Erwerbseinkommen der meisten Haushalte mit zunehmendem Alter (im Alterslängsschnitt!) bis zur Pensionierung an. Infolge des Wirtschaftswachstums liegen die „Längsschnitte“ früherer Geburtskohorten niedriger. Dadurch kann es in einer Querschnittsbetrachtung zu einem bestimmten Zeitpunkt zu dem irreführenden Ergebnis kommen, dass die Einkommen der Haushalte im Alter fallen. Tatsächlich haben die älteren Haushalte aber schon immer weniger verdient.
Altersquerschnitt	→ Alterslängsschnitt.
Bruttogeldvermögen	Guthaben auf Sparbüchern und Bausparkonten sowie Bestand an Wertpapieren; ohne Rückkaufwert von Lebensversicherungen und ohne Guthaben auf Girokonten.
Einkommenskomponenten	<b>Erwerbseinkommen:</b> Bruttoeinkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit;

	<p><b>Kapitaleinkommen:</b> Einnahmen aus Geld- und Realvermögen (Zinsen, Dividenden, Ausschüttungen und laufende Einnahmen aus Kapitalversicherungen, Mieten abzüglich Zinsen, Mietwert der Eigentümerwohnung);</p> <p><b>Renteneinkommen:</b> Grundrenten der gesetzlichen Renten- und der Unfallversicherung, Kriegsopferversorgung, öffentliche Pensionen, Renten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes;</p> <p><b>Weitere Öffentliche Transfers:</b> laufende Übertragungen der Gebietskörperschaften (Kindergeld etc., BAFöG, Sozial- und Arbeitslosenhilfe) sowie einmalige und unregelmäßige Übertragungen der gesetzlichen und privaten Versicherungen und Kassen, Steuerrückerstattungen, Transfers von Organisationen ohne Erwerbszweck, in EVS 1978 auch einmalige Übertragungen anderer privater Haushalte;</p> <p><b>Private Transfers:</b> laufende Übertragungen von anderen privaten Haushalten, Einnahmen aus Verkauf von gebrauchten oder im Haushalt erzeugten Waren, Krankengeld und Renten von privaten Versicherungen und Organisationen ohne Erwerbszweck;</p> <p><b>Steuern und Sozialabgaben:</b> Pflichtbeiträge Sozialversicherung, Lohn-/Einkommen-/Kirchensteuer, Vermögenssteuer.</p>
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.
HH	Haushalt(e).
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
Kohorten	Kohortenbildung im Rahmen einer Serie von Querschnittserhebungen mit unterschiedlichen Haushalten. Annahme: wenn einzelne Altersklassen in vergleichbaren Stichproben (ähnliche Verzerrungen in den relevanten Variablen) stark genug besetzt sind, können die Charakteristika der Haushalte in Altersklasse A in der Erhebung des Jahres J im Aggregat als Fortsetzung der Charakteristika der Haushalte in Altersklasse (A-n) in der Erhebung im Jahr (J-n) interpretiert werden. Da es sich in den einzelnen Erhebungen nicht um identische Haushalte handelt, spricht man von Quasi- oder Pseudokohorten. <sup>100</sup>
Kohorteneffekt	Bezeichnet (abweichende) Verhaltensweisen, die nur Mitglieder einer oder mehrerer spezieller Geburtsjahrgänge aufweisen (unabhängig vom aktuellen Alter). → Zeiteffekte.
Median	Zerlegt die Stichprobe in zwei Teilmengen mit gleich vielen Beobachtungen, wobei in einer Teilmenge die 50% niedrigsten und in der anderen die 50% höchsten Merkmalsausprägungen zu finden sind (50% aller Beobachtungen sind größer, 50% sind kleiner als der Median).
Mietbelastung	Bruttokaltmiete / Haushaltsnettoeinkommen.
Mietwert	Kalkulatorische Mietzahlung für eine selbstgenutzte Eigentümerwohnung.
Mittelwert	arithmetischer Mittelwert.
MZ	Mikrozensus.

<sup>100</sup> Die Rechtfertigung der Verwendung von Pseudo-Panels geht zurück auf Browning, Deaton und Irish (1985) und wird wegen der Verluste im Rahmen der Aggregation über Individuen oft als second-best Alternative zu echten Panels bezeichnet. Die Aggregation reduziert jedoch Messfehler und die typischen Panelprobleme (Zermürbung etc.) treten nicht auf.

Nettogeldvermögen	Bruttogeldvermögen abzgl. Konsumentenkredite.
Nettorealvermögen	Immobilienvermögen abzgl. ausstehender Realkredite.
Quartile	Zerlegen die Stichprobe in vier Teilmengen mit gleich vielen Beobachtungen, wobei in der ersten Teilmenge die 25% niedrigsten, in der zweiten die 25% nächsthöheren, in der dritten die wiederum nächsthöheren 25% und in der vierten die 25% höchsten Merkmalsausprägungen zu finden sind (75% aller Beobachtungen sind größer als das 1. Quartil, 25% sind kleiner; das 2. Quartil ist gleich dem Median; 25% aller Beobachtungen sind größer als das 3. Quartil, 75% sind kleiner; das 4. Quartil ist das Maximum). → s. auch altersabhängige Einkommensquartile.
Standardisierte Einkommen	Einkommen, das um die Haushaltsgröße bzw. um die Haushaltszusammensetzung korrigiert wurde. Im Unterschied zum Pro-Kopf-Einkommen wird nicht jedes Haushaltsmitglied mit einem Gewicht von „1“ berücksichtigt, sondern lediglich der Haushaltsvorstand. Weitere Haushaltsmitglieder erhalten dagegen nur ein Gewicht von 0,5, unter 16-jährige Haushaltsmitglieder ein Gewicht von 0,3. Das nominale Einkommen wird schließlich durch Division mit der Summe der entsprechenden Gewichte der Haushaltsmitglieder zum standardisierten oder Äquivalenzeinkommen.
SVP	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
TLS	Thüringer Landesamt für Statistik
TMSFG	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
Zeiteffekte	Es sind drei Arten von <i>Zeiteffekten</i> zu unterscheiden: Alters-, Zeitpunkt- und Kohorteneffekte. <i>Alterseffekte</i> beschreiben Verhaltensweisen, die bestimmte Altersklassen <b>immer</b> aufweisen (z.B.: jüngere Personen sind seltener verheiratet als ältere). <i>Zeitpunkteffekte</i> beschreiben Verhaltensweisen, die ein Großteil aller Haushalte in <b>einem bestimmten Jahr</b> aufweisen (z.B.: der Konsum wird kleiner, wenn Steuern erhöht werden). <i>Kohorteneffekte</i> beschreiben Verhaltensweisen, die Personen eines bestimmten <b>Geburtsjahrgangs</b> unabhängig vom Alter und von aktuellen Ereignissen aufweisen (z.B.: die Lebenserwartung der in den 90er Jahren Geborenen ist höher als die der früheren Generationen).
Zeitpunkteffekt	Bezeichnet (abweichende) Verhaltensweisen, die alle Haushalte nur zu einem oder mehreren speziellen Zeitpunkten aufweisen (unabhängig vom Geburtsjahrgang und vom aktuellen Alter). → Zeiteffekte.

## 2. Haushaltsprognosemodell PROFAMY

Im Makrosimulationsmodell PROFAMY – entwickelt u.a. vom Max-Planck-Institut für Demographie und vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – wird eine Vielzahl von Bestimmungsgrößen in Form von Wahrscheinlichkeiten zur Simulation der Anzahl Haushalte verwendet, unter anderem sind dies:

- die Scheidungswahrscheinlichkeiten von Männern und Frauen verschiedener Altersklassen;
- die Wiederverheiratungswahrscheinlichkeit geschiedener Männer und Frauen mit x Kindern;
- die Gebärwahrscheinlichkeit von Frauen verschiedener Altersklassen;
- die Sterbewahrscheinlichkeiten von Männern und Frauen verschiedener Altersklassen.

Demgegenüber wurde in den bislang in Deutschland üblichen Haushaltsprognosen das so genannte Quotenverfahren eingesetzt. Dabei wird lediglich ermittelt, welcher Anteil der Männer und Frauen einzelner Altersklasse historisch einem Ein-, Zwei-, Drei- oder Vierpersonenhaushalt vorstanden (Haushaltvorsstandsquoten). Die historische Entwicklung dieser Quoten wurde für die Prognose direkt extrapoliert. Damit werden jedoch die Ursachen, warum z.B. Person Y einem 2-Personen-Haushalt vorsteht, nicht modelliert. Er kann sowohl verheiratet ohne Kinder, geschieden mit einem Kind, mit seiner Mutter zusammenlebend oder mit einem Familienfremden zusammenlebend sein. Die unterschiedlichen Ursachen und Dynamiken, warum die Anzahl von Zweipersonenhaushalten zulasten von Dreipersonenhaushalten zunimmt, wird nicht berücksichtigt. Gerade dies leistet aber das verwendete PROFAMY-Modell.<sup>101</sup>

Die Anwendung von Quotenverfahren führt in der Tendenz zu einer Verlängerung der Entwicklungen und Erfahrungen aus der Vergangenheit. Nach einer jüngst veröffentlichten Haushaltsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung mit Basisjahr 1996 sollte in Ostdeutschland die Zahl der Haushalte nach 1996 nicht weiter steigen. Stattdessen ist allein zwischen 1996 und 1999 die Zahl der Haushalte in Ostdeutschland um 2,5% gewachsen. PROFAMY prognostizierte exakt diesen Anstieg.

Ein weiterer Vorteil von PROFAMY ist die simultane Berechnung der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose zum fortwährenden Abgleich der Nebenbedingungen. So muss z.B. in jedem Prognosejahr die Zahl der verheirateten Männer gleich der Zahl der verheirateten Frauen sein oder die Zahl der Kinder, die mit ihren Eltern zusammenwohnen gleich der Zahl der Eltern, die mit ihren Kindern zusammen wohnen.

Die Nachteile von PROFAMY liegen einerseits in dem enormen Datenbedarf (z.B. wird jede Veränderung in der Haushaltszusammensetzung wie etwa das Haushaltsbildungsalter nicht nur über ein mittleres Alter, sondern über eine spezifische Verteilung modelliert), der dazu führt, dass – wie in Simulationen üblich – nicht jeder Schritt unmittelbar nachvollziehbar ist. Der zweite Nachteil liegt in der Datenverfügbarkeit, unterhalb der Bundeslandebene ist eine Anwendung von PROFAMY i.d.R. nicht möglich.

<sup>101</sup> Für eine detaillierte Darstellung von PROFAMY vgl. Hullen (1999) oder die Kurzdarstellung von Bucher und Schlömer (1999).

### 3. Datensatzbeschreibungen

Der Sozialbericht beruht auf der Auswertung von sekundärstatistischen Datenquellen. Diese Auswertungen dienen dazu, die typischen strukturellen Merkmale und das quantitative Ausmaß von Armut und Reichtum in Thüringen darzustellen. Im Folgenden werden die wichtigsten Datenquellen kurz vorgestellt. Dazu gehören: die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), der Mikrozensus (MZ) und der Bundesgesundheitssurvey (BGS).

#### 3.1 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern seit 1962/63 alle 5 Jahre erhoben. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig. 1998 nahmen mehr als 62.000 Haushalte teil (in Westdeutschland ca. 49.000, in Ostdeutschland ca. 13.000). Erreicht werden soll ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft. Das Hauptaugenmerk liegt auf der sozialen Lage der Haushalte, die von der Einkommensentstehung und -verwendung beleuchtet wird. Von der Befragung ausgeschlossen sind allerdings die 2% einkommensstärksten Haushalte – im Jahr 1998 waren dies Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr – sowie Personen in Anstalten oder Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungslose.<sup>102</sup>

Für den vorliegenden Bericht stehen die beiden für Gesamtdeutschland verfügbaren Datensätze aus den Jahre 1993 und 1998 zur Verfügung. Dies ermöglicht neben statischen Vergleichen des Einflusses einzelner Haushaltscharakteristika auf die Vermögensbildung auch die Darstellung von Veränderungen, die sich innerhalb einzelner Geburtskohorten für diesen Zeitraum ergeben. Die Quantität der Stichprobe ermöglicht es – auch bei tiefergehenden Betrachtungen sozioökonomischer Charakteristika – weitgehend repräsentative Schlüsse für Deutschland insgesamt bzw. für die neuen Länder zu ziehen. Bei bundeslandbezogenen Auswertungen für spezielle Untergruppen von Haushalten können jedoch – trotz des großen Stichprobenumfangs von bundesweit rund 50 Tausend Haushalten – im Einzelfall zu geringe Beobachtungszahlen die Repräsentativität einschränken. In diesen Fällen werden dann die Ergebnisse einzelner Teilgruppen nicht gesondert ausgewiesen und Hilfsweise die Werte für Ostdeutschland insgesamt vorgestellt.

Die teilnehmenden Haushalte werden in der EVS nach einem Quotenplan ausgewählt, der auf Basis des vorangegangenen Mikrozensus erstellt wird. Darüber hinaus werden Hochrechnungsfaktoren für die letztendlich in den öffentlich zugänglichen Datensätzen enthaltenen Haushalte bereitgestellt, die aus dem Mikrozensus des jeweiligen Vorjahres abgeleitet werden. Dies soll sicherstellen, dass die teilnehmenden Haushalte jedes Bundeslandes bezüglich der Quotierungsmerkmale „soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers“, „Haushaltstyp“ und „Haushaltseinkommen“ die Grundgesamtheit repräsentativ vertreten.<sup>103</sup> Der Erhebungszeitraum pro Haushalt erstreckte sich bis 1993 auf ein Jahr, bei der EVS 1998 wurde die Dauer erstmals auf ein Quartal beschränkt.

#### Probleme mit dem Datensatz

Die Teilnahmebereitschaft einzelner Bevölkerungsgruppen ist unterschiedlich. Insbesondere Landwirte, Selbständige und Arbeiter, sowie Einpersonenhaushalte und Haushalte mit sehr hohen bzw. sehr niedrigen Einkommen sind nur unterdurchschnittlich zur Teilnahme bereit. Ein weiteres Problem bereitet die Abbruchquote, die in den 90ern um die 10 Prozent liegt.<sup>104</sup> Aufgrund des seit 1998 erstmalig verkürzten Erfassungszeitraumes auf nur ein Quartal je Haushalt verringert sich die Datenbasis für unregelmäßige Ausgaben (Urlaubskosten, Autokauf) oder nur einmal im Jahr anfallende Beträge (Zinsgutschriften zum Jahreswechsel, Weihnachtsgeld) auf ein viertel aller befragten Haushalte. Damit ergeben sich erstmals saisonale Verzerrungen zwischen den Ausgaben und den Einnahmen der teilnehmenden Haushalte:

<sup>102</sup> Die EVSen für die Jahre vor 1993 erfassen zudem die Bevölkerung in Haushalten mit einer Bezugsperson ausländischer Nationalität nicht, die EVSen 1993 und 1998 erfassen diese Bevölkerungsgruppe nur eingeschränkt.

<sup>103</sup> Vgl. Chlumsky und Ehling (1997) und Faik (2000).

<sup>104</sup> Vgl. Münnich und Illgen (2000).

- **Vermögensbestände** schwanken im Jahresverlauf. Aktienkurse waren 1998 sehr volatil, so dass sich innerhalb des Jahres starke Veränderung der Kurswerte bei identischen Portfolii ergeben hätten. Bau-sparguthaben können auch schwanken, wenn kurz vor Jahresende größere Summen eingezahlt werden, um die vermögenswirksamen Leistungen zu sichern. Gutschriften von Zinsen, Dividenden und Ausschüttungen, die kurzfristig nicht abgehoben/entspart werden, erhöhen die Vermögensbestände im 1. und 4. Quartal.
- **Vermögenseinnahmen, Weihnachtsgeld und Urlaubsausgaben** unterliegen starken saisonalen Schwankungen; Zinsen, Dividenden und Ausschüttungen sind i.d.R. im Januar oder Dezember fällig, Weihnachtsgeld im 4. Quartal und Urlaubsausgaben haben im 2./3. Quartal einen Peak. Haushalte in den „typischen“ Quartalen haben deswegen überdurchschnittliche Werte. Dadurch ergeben sich unkorrigierbare Verzerrungen im Rahmen von Verteilungs- oder Regressionsrechnungen.
- Die überdurchschnittlichen Einnahmen im 4. Quartal (Weihnachtsgeld, Vermögenseinnahmen) und die überdurchschnittlichen Ausgaben in den „Reisequartalen“ verzerren die **Sparquoten** zugunsten des 4. Quartals. Auch dadurch ergeben sich unkorrigierbare Verzerrungen im Rahmen von Verteilungs- oder Regressionsrechnungen. Da die privaten Haushalte insbesondere im Rahmen des Erwerbs langlebiger Konsumgüter Ersparnisse auflösen, ergeben sich in diesen Fällen z.T. deutlich negative Sparquoten. Früher wurden diese überdurchschnittlichen Ausgaben bzw. Vermögensauflösungen durch „normale“ Ausgabenhöhe bzw. positive Ersparnisse in den anderen Quartalen stärker kompensiert als dies innerhalb eines einzigen Quartals möglich ist. Dieser Fehler wird selbst bei der Betrachtung von Aggregaten (z.B. bei Multiplikation mit 4 und Mittelwertbildung über alle Haushalte) nicht korrigiert, weil es bei der Betrachtung von individuellen Sparquoten (Quotienten!) darauf ankommt, welcher Haushalt (mit welchem Einkommen) welche Ersparnis bildet:  $\Sigma S_i / \Sigma Y_i \neq 1/n \Sigma (S_i / Y_i)$ . Im Ergebnis kann der arithmetische Mittelwert der individuellen Haushaltssparquoten – definiert als  $1/n \Sigma (S_i / Y_i)$  – nicht mehr mit den Ergebnissen früherer EVSen verglichen werden, weil die größere Anzahl Extremwerte (negative Sparquoten) zu Verzerrungen der Sparquote nach unten führt.
- Ausgaben für einzelne **langlebige Konsumgüter** wurden bisher über das ganze Jahr hinweg erfasst (insbesondere Ausgaben für Hausbau, Pkw, Möbel, Haushaltsgeräte). Wenn diese Ausgaben seit 1998 nur noch über ein Quartal hinweg erfasst werden, bleibt bei Haushalten ohne entsprechende Ausgaben im erfassten Quartal unbekannt, ob sie über das ganze Jahr hier keine Ausgaben zu verzeichnen hatten oder nur im betreffenden Quartal. Entsprechend werden die mittleren Ausgaben bzw. der Anteil Haushalte mit entsprechenden Ausgaben unterschätzt und verzerrt.

### Probleme mit Selbsteinschätzung, Ehrlichkeit und Untererfassung

Neben den neuen saisonalen Verzerrungen treten in den EVS-Datensätzen schon immer Messfehler auf, die auf den Selbsteinschätzungen der befragten Haushalte basieren. So zeigt ein Vergleich der Angaben aus dem Einführungsinterview (Selbsteinschätzung des Haushaltseinkommens) mit den Daten aus dem Anschreibbuch (tatsächliche Einkommen im Erhebungsquartal), dass sich die Haushalte bezüglich ihres Nettoeinkommens eher unter- als überschätzen. Nur 15% der Haushalte lagen mit der Selbsteinschätzung richtig, fast 80% erzielten höhere Einnahmen als im Einführungsinterview geschätzt – von diesen verschätzten sich 37% sogar um drei oder mehr Einkommensklassen<sup>105</sup>. Im vorliegenden Bericht wurde aus diesem Grund weitgehend auf die Auswertung von Daten, die auf einer Selbsteinschätzung beruhen, verzichtet.

<sup>105</sup> Vgl. Münnich (2000).

**Tabelle 69: Ausmaß der Untererfassung in der EVS – Vergleich mit anderen Datenquellen**

Anmerkung: Alle Angaben in Mrd. €

Jahr	Haushaltsnettoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung			Spareinlagen (incl. Bausparen)			Aktien		
	EVS	VGR	Erfassung in EVS	EVS	Bundesbank	Erfassung in EVS	EVS	Bundesbank	Erfassung in EVS
1993	706	767	92%	265	510	52%	46	172	27%
1998	787	821	96%	362	703	52%	100	340	29%

Quelle: VGR, Deutsche Bundesbank und eigene Berechnungen aus EVS

empirica

Ein weiteres Problem bereitet die „Vergesslichkeit“ der Haushalte bei manchen Angaben, sei es absichtlich oder unbewusst (z.B. Sparsbücher der Kinder, Geldvermögen im Ausland). Bei Landwirten und Selbständigen ist es zudem oftmals schwierig, eine saubere Trennung von Privat- und Unternehmensvermögen zu ziehen. Hinzu kommt das Gewicht, das die 2% einkommensstärksten Haushalte anteilig in Bezug auf die Gesamtbevölkerung mit in die Wagschale werfen. So kommt es im Vergleich mit anderen Datenquellen zu einer tendenziellen Untererfassung einzelner Einkommenskomponenten und Vermögensbestände. In der EVS 1998 ergibt sich für die Haushaltsnettoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung eine Erfassung von 96%.

### Untererfassung der Geldvermögen privater Haushalte

Auch die Vermögensbestände der Haushalte werden in der EVS unterschätzt. 1993 repräsentierte das in der EVS ausgewiesene Geldvermögen lediglich 55,9% des Bestands, der von der Deutschen Bundesbank ermittelt wurde<sup>106</sup>. Auch 1998 ist das Geldvermögen in der EVS im Vergleich mit den Angaben der Deutschen Bundesbank deutlich geringer. Während die Spareinlagen zu 52% erfasst sind, liegt dieser Wert bei den Aktien mit 29% wesentlich niedriger.<sup>107</sup> Auch dies ist nicht zuletzt eine Folge des Ausschlusses der Spitzenverdiener mit den 2% höchsten Haushaltseinkommen. Die Untererfassung im Vergleich zur Bundesbank wird von Schußler et al. (2000) jedoch relativiert; die Autoren weisen darauf hin, dass die Bundesbank-Daten zwar auf institutionelle Daten der Finanzintermediäre beruhen und deswegen zuverlässiger seien als die freiwilligen Angaben privater Haushalte. Gleichwohl basiert die sektorale Aufteilung der Bundesbank auf Schätzungen, wobei die Kategorie „private Haushalte“ als Restgröße ermittelt werde und deswegen alle Fehler aus den anderen Kategorien enthält. Außerdem sind in dieser Kategorie auch die Vermögen der Organisationen ohne Erwerbszweck sowie die Unternehmensaktivitäten der Selbständigen und Freiberufler enthalten, so dass die Finanzierungsrechnungen der Bundesbank die Geldvermögen der privaten Haushalte tendenziell überschätzen. Alles in allem dürfte die „wahre“ Unterschätzung der Geldvermögen in der EVS deswegen weitaus geringer sein als oben dargestellt.

### 3.2 Der Mikrozensus

Der Mikrozensus wird als repräsentative Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und das Erwerbsleben seit 1957 jährlich erhoben. Er erfasst 1 % der Bevölkerung und damit etwa 820.000 Personen. Die derzeitigen Hochrechnungsfaktoren der Stichprobe auf die Gesamtbevölkerung werden aus der Volkszählung von 1987 entwickelt. Die Befragung findet jeweils innerhalb einer festgelegten Berichtswoche im April oder Mai statt und wird von den statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Erhebung erfolgt normalerweise mündlich und die Auskunft ist obligatorisch.

Die von empirica verwendeten Datensätze beziehen sich teilweise auf so genannte Scientific-Use-Files. Diese Einzeldatensätze werden erst seit wenigen Jahren und bisher ausschließlich für die Mikrozensus der Jahre 1989, 1991, 1993, 1995, 1996 und 1997 herausgegeben. Im Unterschied zu – bereits bisher mög-

<sup>106</sup> Vgl. Guttman (1995), S. 392.

<sup>107</sup> Ein Vergleich weiterer Komponenten des Bruttogeldvermögens kann aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen und Definitionen in der Bundesbankstatistik nicht angestellt werden

lichen – Sonderauswertungen durch die Statistischen Ämter ermöglichen diese Datensätze der Wissenschaft eine preiswertere und effizientere Datenanalyse. Gleichwohl werden die Scientific-Use-Files vom statistischen Bundesamt mit einer zeitlichen Verzögerung herausgegeben und repräsentieren lediglich eine Unterstichprobe bestehend aus 70 % oder rund 510.000 Fällen der Gesamtstichprobe. Dadurch können sich bei Verwendung dieser Unterstichprobe Abweichungen von bis zu 1 % von den amtlichen Daten ergeben. Aus diesem Grund sind Auswertungen, die von anderen als den Statistischen Ämtern durchgeführt wurden, mit der Angabe „eigene Berechnungen aus Mikrozensus“ zu kennzeichnen.

Hauptaugenmerk der Mikrozensus-Befragung liegt in der Erhebung allgemeiner demographischer Entwicklungen sowie in der Beschaffung arbeitsmarktrelevanter Informationen. Neben den Angaben über die Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur werden deswegen auch Fragen zur schulischen und beruflichen Ausbildung gestellt. Daneben werden Erwerbstätige zu den Bedingungen ihrer Tätigkeit befragt (Arbeitszeit, Branche, Befristung, Stellung im Beruf, Ausbildung usw.) und Erwerbslose zu den Bedingungen ihrer Arbeitssuche (Grund für Arbeitssuche, Dauer, Methode der Suche, beim Arbeitsamt gemeldet oder nicht usw.). Daneben werden in loser Reihenfolge spezielle Fragen zur Gesundheit gestellt – zuletzt in den Jahren 1995 und 1999.

Im Unterschied zur EVS ermöglicht der weitaus größere Stichprobenumfang des Mikrozensus differenziertere Auswertungen. Davon profitieren insbesondere Regionalanalysen oder Untersuchungen kleinerer Teilpopulationen wie z.B. den Alleinerziehenden. Allerdings liefert der Mikrozensus keine Angaben zu den Vermögensverhältnissen und nur grobe Angaben zu den Einkommensverhältnissen. Die Einkommen werden lediglich als so genannte Selbsteinschätzung erfasst.<sup>108</sup> Deswegen wurde der Mikrozensus in der vorliegenden Studie vorwiegend für die Analysen des Arbeitsmarktes und der Erwerbsbeteiligung sowie für die Kapitel „Gesundheit“ und „Bildung“ herangezogen. Einkommens- und Vermögensanalysen wurden dagegen fast ausschließlich mit EVS-Auswertungen durchgeführt.

### 3.3 Der Bundesgesundheitsurvey (BGS)

Das Robert-Koch-Institut hat 1998 zum fünften Mal eine Umfrage zum Gesundheitszustand der Bevölkerung durchgeführt. Dazu wurden insgesamt 7.200 erwachsene Personen zu gesundheitsrelevanten Themen befragt und einer medizinischen Untersuchung unterzogen. Insgesamt 2.400 Personen oder ein Drittel der gesamten Stichprobe stammen aus Ostdeutschland.

Das vorrangige Ziel des Survey besteht im Aufbau einer Datenbank für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes und für den Vergleich im europäischen Rahmen. Darüber hinaus lassen sich durch Zeitvergleiche mittels verschiedener, älterer Datensätze des BGS Trendaussagen zur Entwicklung des Gesundheitsrisikos bzw. der Krankheitsverbreitung in der Bevölkerung ableiten. Zusätzlich wird der BGS sehr häufig, wie auch in dieser Studie, für Studien mit verwandten Themen als Vergleichsdatensatz verwendet.

Zur Grundgesamtheit des Bundesgesundheitsurvey 1998 gehören alle Erwachsenen im Alter von 18-79 Jahren, die während des Befragungs- und Untersuchungszeitraumes in der Bundesrepublik Deutschland lebten und in den Einwohnermelderegistern mit Hauptwohnsitz gemeldet waren. Ausgeschlossen wurden Personen in Kasernen, Altenheimen, Krankenhäusern sowie in Heil- und Pflegestätten. Neben der Deutschen Bevölkerung wurde 1998 erstmals auch die ausländische Bevölkerung mit Hauptwohnsitz in Deutschland einbezogen. Die Zielgruppe für den Survey waren aber ausschließlich Personen, die ausreichend gut Deutsch sprachen.

Im BGS 1998 kamen die folgenden Erhebungsinstrumente zum Einsatz:

- Fragebogen zu Leben und Gesundheit des Probanden;
- Ein ärztliches Interview;
- medizinisch-physikalische und labormedizinische Untersuchungen.

Der Fragebogen des BGS 1998 war als Selbstausfüllbogen mit folgenden Fragekomplexen konzipiert.

<sup>108</sup> Diese Erhebungstechnik führt jedoch typischerweise zu einer Untererfassung, weil unregelmäßige Einnahmequellen vernachlässigt werden (z.B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Steuerrückerstattungen, Vermögensübertragungen).

**Tabelle 70: Fragekomplexe des BGS-Fragebogens**

	Anzahl Fragen	Anzahl Variable
Angaben zur Person	2	5
Krankheiten und Beschwerden	9	123
Allgemeiner Gesundheitszustand	20	69
Inanspruchnahme medizinischer Leistungen	17	138
Rauchen	8	33
Ernährung	9	66
Körperliche Aktivität	4	17
Umwelt	9	44
Zufriedenheit, soziale Kontakte	4	15
Kindheit und Jugend	3	7
Ausbildung, Beschäftigung	10	29
Allgemeine Angaben	12	33
Fernreisen	6	68

Quelle: Eigene Berechnungen aus BGS 1998

empirica

Der BGS 1998 kann getrennt für Ost- und Westdeutschland ausgewertet werden. Eine weitere Regionalisierung ist jedoch auf Grund des geringen Stichprobenumfangs nicht möglich. Um auch für Ostdeutschland repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurde eine disproportionale Stichprobe zu Gunsten Ostdeutschlands verwendet.

## 4. Tabellenanhang

### 4.1 Haushaltsstrukturen

**Anmerkung:** Haushalte sind alle privaten Haushalte ohne Personen in Heimen (Bevölkerung in Privathaushalten)

Tabelle 71: Haushaltsstruktur 1991

	Alter des Haushaltsvorstandes						Gesamt	Alter des Haushaltsvorstandes						75+ Gesamt	
	15-24 25-34 35-44 45-54 55-64 65-74							15-24 25-34 35-44 45-54 55-64 65-74							
	Bundesrepublik Deutschland							Bundesrepublik Deutschland							
Single männlich	570.179	1.333.924	694.266	657.242	442.693	284.782	4.378.896	31%	21%	11%	10%	8%	6%	10%	12%
Single weiblich	585.927	836.501	370.197	574.516	959.917	1.813.222	7.480.612	32%	13%	6%	9%	17%	40%	59%	21%
Paar	377.986	1.186.513	683.908	1.716.082	2.583.702	1.870.916	9.476.455	21%	18%	11%	26%	45%	42%	26%	27%
Paar mit 1 Kind	166.514	1.226.006	1.221.066	1.489.286	854.259	215.774	5.333.1	9%	19%	20%	22%	15%	5%	1%	15%
Paar mit 2 Kindern	38.373	1.134.725	1.793.374	1.078.382	303.470	41.152	4.394.976	2%	18%	30%	16%	5%	1%	0%	12%
Paar mit 3 Kindern	7.219	273.974	630.970	391.453	106.288	8.700	1.419.265	0%	4%	10%	6%	2%	0%	0%	4%
Alleinerziehende	66.359	388.311	475.877	417.567	250.203	136.981	1.825.124	4%	6%	8%	6%	4%	3%	2%	5%
Sonstige	26.450	92.573	177.941	318.396	281.084	107.359	1.054.042	1%	1%	3%	5%	5%	2%	1%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>1.839.007</b>	<b>6.472.527</b>	<b>6.047.599</b>	<b>6.642.924</b>	<b>5.781.616</b>	<b>4.478.886</b>	<b>35.255.606</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>															
Single männlich	82.403	149.055	90.061	87.253	61.467	38.552	585.344	24%	12%	8%	7%	5%	5%	11%	9%
Single weiblich	62.634	52.087	32.213	114.408	210.503	357.508	1.253.023	18%	4%	3%	9%	19%	46%	59%	19%
Paar	76.766	93.200	73.639	454.782	614.321	321.695	1.819.433	22%	8%	6%	36%	55%	41%	26%	27%
Paar mit 1 Kind	76.081	325.389	282.693	319.644	120.987	20.284	6.328	22%	26%	24%	25%	11%	3%	1%	17%
Paar mit 2 Kindern	16.607	398.139	455.052	136.496	19.825	1.690	1.028.116	5%	32%	38%	11%	2%	0%	0%	15%
Paar mit 3 Kindern	2.493	76.899	104.333	25.690	6.401	306	216.276	1%	6%	9%	2%	1%	0%	0%	3%
Alleinerziehende	26.199	126.306	120.932	76.114	40.285	23.420	13.989	8%	10%	10%	6%	4%	3%	2%	6%
Sonstige	5.180	15.012	31.791	61.823	51.956	16.227	190.485	1%	1%	3%	5%	5%	2%	1%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>348.363</b>	<b>1.236.087</b>	<b>1.190.714</b>	<b>1.276.210</b>	<b>1.125.745</b>	<b>779.682</b>	<b>6.671.328</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>															
Single männlich	487.776	1.184.869	604.205	569.989	381.226	246.230	3.793.552	33%	23%	12%	11%	8%	7%	10%	13%
Single weiblich	523.293	784.414	337.984	460.108	749.414	1.455.714	6.227.589	35%	15%	7%	9%	16%	39%	58%	22%
Paar	301.220	1.093.313	610.269	1.261.300	1.969.381	1.549.221	7.657.022	20%	21%	13%	24%	42%	42%	27%	27%
Paar mit 1 Kind	90.433	900.617	938.373	1.169.642	733.272	195.490	4.074.830	6%	17%	19%	22%	16%	5%	1%	14%
Paar mit 2 Kindern	21.766	736.586	1.338.322	941.886	283.645	39.462	5.193	1%	14%	28%	18%	6%	1%	0%	12%
Paar mit 3 Kindern	4.726	197.075	526.637	365.763	99.887	8.394	3.366.860	0%	4%	5%	7%	2%	0%	0%	4%
Alleinerziehende	40.160	262.005	354.945	341.453	209.918	113.561	1.202.989	3%	5%	7%	6%	5%	3%	2%	5%
Sonstige	21.270	77.561	146.150	256.573	229.128	91.132	863.557	1%	1%	3%	5%	5%	2%	1%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>1.490.644</b>	<b>5.236.440</b>	<b>4.856.885</b>	<b>5.366.714</b>	<b>4.655.871</b>	<b>3.699.204</b>	<b>28.584.278</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Thüringen</b>															
Single männlich	10.423	18.835	11.261	9.881	8.130	5.468	76.686	21%	10%	6%	5%	4%	4%	11%	7%
Single weiblich	7.045	7.183	4.411	14.955	35.431	54.790	182.927	14%	4%	2%	8%	19%	43%	54%	17%
Paar	11.913	14.332	11.058	66.575	99.321	56.753	293.426	24%	7%	6%	34%	52%	45%	30%	28%
Paar mit 1 Kind	11.912	55.215	45.273	50.350	23.400	4.103	190.716	24%	28%	24%	26%	12%	3%	0%	18%
Paar mit 2 Kindern	2.798	63.456	77.247	23.436	4.797	301	172.035	6%	33%	41%	12%	3%	0%	0%	16%
Paar mit 3 Kindern	610	11.332	15.605	4.618	1.064	154	33.383	1%	6%	8%	2%	1%	0%	0%	3%
Alleinerziehende	3.383	21.175	18.252	12.057	5.131	2.453	65.550	7%	11%	10%	6%	3%	2%	3%	6%
Sonstige	1.266	2.897	6.269	12.583	11.972	3.535	39.910	3%	1%	3%	6%	6%	3%	1%	4%
<b>Gesamt</b>	<b>49.350</b>	<b>194.425</b>	<b>189.376</b>	<b>194.455</b>	<b>189.246</b>	<b>127.405</b>	<b>1.054.633</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

Quelle: Eigene Berechnungen aus Mikrozensus 1991

empirica

Tabelle 72: Haushaltsstruktur 1993

	Alter des Haushaltsvorstandes							Gesamt	Alter des Haushaltsvorstandes							75+ Gesamt
	15-24 25-34 35-44 45-54 55-64 65-74 75+								15-24 25-34 35-44 45-54 55-64 65-74 75+							
	Bundesrepublik Deutschland								Bundesrepublik Deutschland							
Single männlich	528.990	1.470.000	803.606	647.221	516.565	323.903	391.970	4.682.255	32%	22%	13%	10%	8%	7%	10%	13%
Single weiblich	555.437	937.060	420.358	570.485	981.544	1.929.313	2.299.708	7.693.905	33%	14%	7%	9%	16%	39%	59%	21%
Paar	331.333	1.242.109	717.147	1.714.240	2.799.915	2.157.514	990.991	9.953.249	20%	18%	11%	27%	45%	43%	26%	27%
Paar mit 1 Kind	140.531	1.229.200	1.189.960	1.421.352	922.156	249.188	44.469	5.196.856	8%	18%	19%	22%	15%	5%	1%	14%
Paar mit 2 Kindern	30.386	1.090.903	1.856.427	1.023.655	307.062	41.022	4.744	4.354.199	2%	16%	29%	16%	5%	1%	0%	12%
Paar mit 3 Kindern	5.999	273.290	669.185	376.468	94.167	10.112	324	1.429.549	0%	4%	11%	6%	2%	0%	4%	
Alleinerziehende	59.617	402.877	524.414	409.473	267.907	151.624	88.297	1.904.205	4%	6%	8%	6%	4%	3%	2%	5%
Sonstige	25.566	92.289	171.250	282.401	277.925	113.468	48.403	1.011.302	2%	1%	3%	4%	5%	2%	1%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>1.677.859</b>	<b>6.737.728</b>	<b>6.352.347</b>	<b>6.445.295</b>	<b>6.167.241</b>	<b>4.976.144</b>	<b>3.868.906</b>	<b>36.225.520</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>																
Single männlich	86.253	190.014	117.066	87.010	75.968	42.795	71.778	670.884	30%	15%	9%	7%	6%	5%	11%	10%
Single weiblich	61.815	63.724	37.183	99.166	229.353	385.341	422.056	1.298.638	21%	5%	3%	9%	19%	43%	62%	19%
Paar	58.371	115.868	73.876	413.704	669.380	390.915	1.55.092	1.877.206	20%	9%	6%	36%	54%	44%	23%	28%
Paar mit 1 Kind	47.053	328.103	281.453	288.668	137.758	25.978	3.528	1.112.541	16%	27%	22%	25%	11%	3%	1%	17%
Paar mit 2 Kindern	9.207	331.496	478.124	131.057	24.030	2.481	454	976.849	3%	27%	38%	11%	2%	0%	0%	15%
Paar mit 3 Kindern	1.831	60.670	108.295	25.180	4.586	302	200.864	1%	5%	9%	2%	0%	0%	0%	0%	3%
Alleinerziehende	20.433	126.994	130.894	69.638	39.809	27.998	12.569	428.335	7%	10%	10%	6%	3%	3%	2%	6%
Sonstige	3.561	12.065	25.274	50.271	47.448	15.671	9.813	164.103	1%	1%	2%	4%	4%	2%	1%	2%
<b>Gesamt</b>	<b>288.524</b>	<b>1.228.934</b>	<b>1.252.165</b>	<b>1.164.694</b>	<b>1.228.332</b>	<b>891.481</b>	<b>675.290</b>	<b>6.729.420</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>																
Single männlich	442.737	1.279.986	686.540	560.211	440.597	281.108	320.192	4.011.371	32%	23%	13%	11%	9%	7%	10%	14%
Single weiblich	493.622	873.336	383.175	471.319	752.191	1.543.972	1.877.652	6.395.267	36%	16%	8%	9%	15%	38%	59%	22%
Paar	272.962	1.126.241	643.271	1.300.536	2.130.535	1.766.599	835.899	8.076.043	20%	20%	13%	25%	43%	43%	26%	27%
Paar mit 1 Kind	93.478	901.097	908.507	1.132.684	784.398	223.210	40.941	4.084.315	7%	16%	18%	21%	16%	5%	1%	14%
Paar mit 2 Kindern	21.179	759.407	1.378.303	892.598	283.032	38.541	4.290	3.377.350	2%	14%	27%	17%	6%	1%	0%	11%
Paar mit 3 Kindern	4.168	212.620	560.890	351.288	89.581	9.810	324	1.228.681	0%	4%	11%	7%	2%	0%	0%	4%
Alleinerziehende	39.184	275.883	393.520	339.835	228.098	123.626	75.728	1.475.874	3%	5%	8%	6%	5%	3%	2%	5%
Sonstige	22.005	80.224	145.976	232.130	230.477	97.797	38.590	847.199	2%	1%	3%	4%	5%	2%	1%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>1.389.335</b>	<b>5.508.794</b>	<b>5.100.182</b>	<b>5.280.601</b>	<b>4.938.909</b>	<b>4.084.663</b>	<b>3.193.616</b>	<b>29.496.100</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Thüringen</b>																
Single männlich	10.512	23.505	14.236	10.695	8.725	5.605	12.513	85.791	27%	13%	7%	6%	5%	4%	11%	8%
Single weiblich	8.560	7.969	4.924	10.855	36.191	59.878	64.429	192.806	22%	4%	2%	6%	6%	19%	59%	18%
Paar	6.928	16.415	11.495	66.948	100.172	68.722	28.230	298.910	18%	9%	6%	36%	52%	47%	26%	28%
Paar mit 1 Kind	8.632	54.193	47.183	47.005	25.736	4.743	148	187.640	22%	29%	23%	25%	13%	3%	0%	18%
Paar mit 2 Kindern	1.050	54.111	83.380	23.529	4.636	772	150	167.628	3%	29%	41%	13%	2%	1%	0%	16%
Paar mit 3 Kindern	7.922	7.922	17.384	3.864	900	151	30.221	30.221	0%	4%	9%	2%	0%	0%	0%	3%
Alleinerziehende	2.909	18.039	19.119	11.768	7.289	3.981	1.979	65.084	7%	10%	9%	6%	4%	3%	2%	6%
Sonstige	296	2.047	4.155	9.880	9.222	2.665	1.975	30.240	1%	1%	2%	5%	5%	2%	2%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>38.887</b>	<b>184.201</b>	<b>201.876</b>	<b>184.544</b>	<b>192.871</b>	<b>146.517</b>	<b>109.424</b>	<b>1.058.320</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

Quelle: Eigene Berechnungen aus Mikrozensus 1993

empirica

Tabelle 73: Haushaltsstruktur 1995

	Alter des Haushaltsvorstandes					Gesamt	Alter des Haushaltsvorstandes					Gesamt				
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64		65-74	75+	15-24	25-34	35-44		45-54	55-64	65-74	75+
	Bundesrepublik Deutschland															
Single männlich	502.359	1.590.930	916.241	653.833	601.529	403.562	403.230	5.071.684	32%	23%	14%	11%	9%	8%	10%	14%
Single weiblich	532.036	968.777	445.287	571.085	1.036.798	1.941.230	2.325.261	7.820.474	34%	14%	7%	9%	16%	37%	59%	21%
Paar	315.086	1.291.679	741.678	1.585.342	3.076.201	2.392.029	1.016.888	10.418.903	20%	19%	11%	26%	47%	45%	26%	28%
Paar mit 1 Kind	108.445	1.192.413	1.187.600	1.314.876	934.944	251.436	42.324	5.032.038	7%	17%	18%	21%	14%	5%	1%	14%
Paar mit 2 Kindern	25.547	996.783	1.878.767	1.009.850	317.405	40.706	3.859	4.272.917	2%	15%	29%	17%	5%	1%	0%	12%
Paar mit 3 Kindern	4.061	263.618	687.054	377.076	86.533	12.653	813	1.431.808	0%	4%	10%	6%	1%	0%	0%	4%
Alleinerziehende	62.979	433.349	572.193	370.858	270.036	158.443	78.417	1.946.275	4%	6%	9%	6%	4%	3%	2%	5%
Sonstige	26.924	92.217	163.017	236.544	272.378	110.506	42.388	943.974	2%	1%	2%	4%	2%	1%	3%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>1.577.437</b>	<b>6.829.766</b>	<b>6.591.837</b>	<b>6.119.464</b>	<b>6.595.824</b>	<b>5.310.565</b>	<b>3.913.180</b>	<b>36.938.073</b>	<b>100%</b>							
<b>Neue Bundesländer</b>																
Single männlich	79.193	218.276	137.300	92.319	89.902	60.952	62.132	740.074	30%	18%	11%	8%	7%	6%	9%	11%
Single weiblich	64.635	80.362	33.547	99.372	227.644	399.334	419.814	1.324.708	25%	7%	3%	9%	17%	41%	63%	19%
Paar	60.928	136.251	72.625	332.333	718.048	435.171	160.437	1.915.793	23%	11%	6%	30%	55%	45%	24%	28%
Paar mit 1 Kind	29.932	306.950	302.175	283.405	141.825	31.573	3.852	1.099.712	11%	26%	23%	26%	11%	3%	1%	16%
Paar mit 2 Kindern	5.416	259.434	473.347	142.574	29.459	3.563	454	914.247	2%	22%	37%	13%	2%	0%	0%	13%
Paar mit 3 Kindern	470	47.745	103.828	31.142	5.184	777	189.146	189.146	0%	4%	8%	3%	0%	0%	0%	3%
Alleinerziehende	20.385	130.469	144.654	69.713	49.265	25.173	11.269	450.928	8%	11%	11%	6%	4%	3%	2%	7%
Sonstige	2.453	11.589	28.294	41.196	50.034	18.778	7.322	159.666	1%	1%	2%	4%	4%	2%	1%	2%
<b>Gesamt</b>	<b>263.412</b>	<b>1.191.076</b>	<b>1.295.770</b>	<b>1.092.054</b>	<b>1.311.361</b>	<b>975.321</b>	<b>665.280</b>	<b>6.794.274</b>	<b>100%</b>							
<b>Früheres Bundesgebiet</b>																
Single männlich	423.166	1.372.654	778.941	561.514	511.627	342.610	341.098	4.331.610	32%	24%	15%	11%	10%	8%	11%	14%
Single weiblich	467.401	888.415	411.740	471.713	809.154	1.541.896	1.905.447	6.495.766	36%	16%	8%	9%	15%	36%	59%	22%
Paar	254.158	1.155.428	669.053	1.253.009	2.358.153	1.956.858	856.451	8.503.110	19%	20%	13%	25%	45%	45%	26%	28%
Paar mit 1 Kind	78.513	885.463	885.425	1.031.471	793.119	219.863	38.472	3.932.326	6%	16%	17%	21%	15%	5%	1%	13%
Paar mit 2 Kindern	20.131	737.349	1.405.420	867.276	287.946	37.143	3.405	3.358.670	2%	13%	27%	17%	5%	1%	0%	11%
Paar mit 3 Kindern	3.591	215.873	583.226	345.934	81.349	11.876	813	1.242.662	0%	4%	11%	7%	2%	0%	0%	4%
Alleinerziehende	42.594	302.880	427.539	301.145	220.771	133.270	67.148	1.495.347	3%	5%	8%	6%	4%	3%	2%	5%
Sonstige	24.471	80.628	134.723	195.348	222.344	91.728	35.066	784.308	2%	1%	3%	4%	4%	2%	1%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>1.314.025</b>	<b>5.638.690</b>	<b>5.296.067</b>	<b>5.027.410</b>	<b>5.284.463</b>	<b>4.335.244</b>	<b>3.247.900</b>	<b>30.143.799</b>	<b>100%</b>							
<b>Thüringen</b>																
Single männlich	9.127	25.712	15.846	12.794	11.813	10.509	13.741	99.542	27%	14%	8%	7%	6%	6%	12%	9%
Single weiblich	8.456	10.463	4.168	13.433	32.142	66.028	69.875	204.565	25%	6%	2%	7%	16%	41%	61%	19%
Paar	7.096	16.082	9.151	54.702	114.992	73.510	25.974	301.507	21%	9%	5%	30%	56%	45%	23%	28%
Paar mit 1 Kind	5.092	53.851	51.856	50.920	24.059	4.969	303	191.050	15%	30%	26%	28%	12%	3%	0%	18%
Paar mit 2 Kindern	1.235	45.479	73.932	26.132	4.958	1.389	153	153.278	4%	25%	37%	14%	2%	1%	0%	14%
Paar mit 3 Kindern		6.300	17.488	5.692	614			30.094	0%	4%	9%	3%	0%	0%	0%	3%
Alleinerziehende	2.933	18.293	22.117	11.534	6.802	3.245	2.310	67.234	9%	10%	11%	6%	3%	2%	2%	6%
Sonstige	153	2.466	3.908	8.023	10.156	2.778	1.526	29.010	0%	1%	2%	4%	5%	2%	1%	3%
<b>Gesamt</b>	<b>34.092</b>	<b>178.646</b>	<b>198.466</b>	<b>183.230</b>	<b>205.536</b>	<b>162.428</b>	<b>113.882</b>	<b>1.076.280</b>	<b>100%</b>							

Quelle: Eigene Berechnungen aus Mikrozensus 1995

empirica

Tabelle 74: Haushaltsstruktur 1997

	Alter des Haushaltsvorstandes							Gesamt	Alter des Haushaltsvorstandes							75+ Gesamt
	15-24 25-34 35-44 45-54 55-64 65-74 75+								15-24 25-34 35-44 45-54 55-64 65-74 75+							
	Bundesrepublik Deutschland								Bundesrepublik Deutschland							
Single männlich	483.511	1.684.547	1.024.350	686.020	685.264	440.460	414.111	5.418.263	32%	25%	15%	11%	10%	8%	10%	14%
Single weiblich	513.036	987.894	510.016	562.872	1.095.097	1.768.006	2.404.302	7.841.223	34%	15%	7%	9%	16%	33%	59%	21%
Paar	290.836	1.314.072	794.455	1.471.596	3.304.975	2.525.388	1.101.580	10.802.902	20%	20%	11%	24%	48%	48%	27%	29%
Paar mit 1 Kind	92.787	1.104.581	1.193.152	1.248.943	919.548	252.929	50.648	4.862.588	6%	16%	17%	21%	13%	5%	1%	13%
Paar mit 2 Kindern	24.978	868.413	1.894.379	1.051.513	303.807	42.431	4.338	4.189.859	2%	13%	27%	17%	4%	1%	0%	11%
Paar mit 3 Kindern	2.181	231.715	707.915	376.127	88.478	11.030	1.213	1.418.659	0%	3%	10%	6%	1%	0%	0%	4%
Alleinerziehende	58.424	428.136	631.305	396.567	258.001	147.170	82.880	2.002.483	4%	6%	9%	7%	4%	3%	2%	5%
Sonstige	23.846	90.682	166.657	215.998	269.870	113.988	43.585	924.626	2%	1%	2%	4%	4%	2%	1%	2%
<b>Gesamt</b>	<b>1.489.599</b>	<b>6.710.040</b>	<b>6.922.229</b>	<b>6.009.636</b>	<b>6.925.040</b>	<b>5.301.402</b>	<b>4.102.657</b>	<b>37.460.603</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>																
Single männlich	85.609	244.911	160.977	94.476	96.204	67.729	74.520	824.426	34%	22%	12%	9%	7%	7%	10%	12%
Single weiblich	64.431	89.429	44.585	85.744	226.509	352.479	447.073	1.310.250	26%	8%	3%	8%	17%	36%	61%	19%
Paar	60.182	150.551	80.471	304.438	737.234	489.702	187.151	2.009.729	24%	14%	6%	28%	55%	49%	25%	29%
Paar mit 1 Kind	18.535	264.866	300.127	283.361	157.086	34.756	5.028	1.063.759	7%	24%	22%	26%	12%	4%	1%	16%
Paar mit 2 Kindern	3.710	188.540	458.331	159.579	29.768	2.967	506	843.401	1%	17%	34%	15%	2%	0%	0%	12%
Paar mit 3 Kindern	32.855	108.892	108.892	34.606	4.604	637	181.594	181.594	0%	3%	8%	3%	0%	0%	0%	3%
Alleinerziehende	16.360	122.433	158.767	70.106	44.208	25.263	14.366	451.503	6%	11%	12%	7%	3%	3%	2%	7%
Sonstige	3.401	14.256	31.894	37.977	53.615	19.162	5.691	165.996	1%	1%	2%	4%	4%	2%	1%	2%
<b>Gesamt</b>	<b>252.228</b>	<b>1.107.841</b>	<b>1.344.044</b>	<b>1.070.287</b>	<b>1.349.228</b>	<b>992.695</b>	<b>734.335</b>	<b>6.850.658</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>																
Single männlich	397.902	1.439.636	863.373	591.544	589.060	372.731	339.591	4.593.837	32%	26%	15%	12%	11%	9%	10%	15%
Single weiblich	448.605	898.465	465.431	477.128	868.588	1.415.527	1.957.229	6.530.973	36%	16%	8%	10%	16%	33%	58%	21%
Paar	230.654	1.163.521	713.984	1.167.158	2.567.741	2.035.686	914.429	8.793.173	19%	21%	13%	24%	46%	47%	27%	29%
Paar mit 1 Kind	74.252	839.715	893.025	965.582	762.462	218.173	45.620	3.798.829	6%	15%	16%	20%	14%	5%	1%	12%
Paar mit 2 Kindern	21.268	679.873	1.436.048	891.934	274.039	39.464	3.832	3.346.458	2%	12%	26%	18%	5%	1%	0%	11%
Paar mit 3 Kindern	2.181	198.860	599.023	341.521	83.874	10.393	1.213	1.237.065	0%	4%	11%	7%	2%	0%	0%	4%
Alleinerziehende	42.064	305.703	472.538	326.461	213.793	121.907	68.514	1.550.980	3%	5%	8%	7%	4%	3%	2%	5%
Sonstige	20.445	76.426	134.763	178.021	216.255	94.826	37.894	758.630	2%	1%	2%	4%	4%	2%	1%	2%
<b>Gesamt</b>	<b>1.237.371</b>	<b>5.602.199</b>	<b>5.578.185</b>	<b>4.939.349</b>	<b>5.575.812</b>	<b>4.308.707</b>	<b>3.368.322</b>	<b>30.609.945</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>
<b>Thüringen</b>																
Single männlich	10.991	32.184	22.818	14.695	14.559	11.808	16.367	123.422	37%	20%	10%	8%	7%	7%	13%	11%
Single weiblich	7.629	9.686	7.150	14.187	26.608	61.822	76.410	203.492	26%	6%	3%	8%	13%	38%	60%	19%
Paar	7.228	20.515	9.912	50.626	115.459	74.358	29.417	307.515	24%	12%	5%	29%	56%	46%	23%	28%
Paar mit 1 Kind	1.712	43.093	56.552	43.996	27.826	6.723	1.101	181.003	6%	26%	26%	25%	13%	4%	1%	17%
Paar mit 2 Kindern		31.698	75.922	28.301	6.500		142.421		0%	19%	35%	16%	3%	0%	0%	13%
Paar mit 3 Kindern		4.080	17.530	6.733	464	153	28.960		0%	2%	8%	4%	0%	0%	0%	3%
Alleinerziehende	1.901	20.947	23.220	10.968	7.097	3.789	1.885	69.807	6%	13%	11%	6%	3%	2%	1%	6%
Sonstige	307	2.495	5.657	6.618	8.458	2.040	1.429	27.004	1%	2%	3%	4%	4%	1%	1%	2%
<b>Gesamt</b>	<b>29.768</b>	<b>164.698</b>	<b>218.761</b>	<b>176.124</b>	<b>206.971</b>	<b>160.693</b>	<b>126.609</b>	<b>1.083.624</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

Quelle: Eigene Berechnungen aus Mikrozensus 1997

empirica

Tabelle 75 Haushaltsstruktur 2001

	Alter des Haushaltsvorstandes						Gesamt	Alter des Haushaltsvorstandes						Gesamt										
	15-24			25-34				35-44			45-54				55-64			65-74			75+			75+ Gesamt
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65-74		75+	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64		65-74	75+	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65-74	75+	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>																								
Single männlich	588	1.526	1.337	828	751	522	5.992	35%	26%	17%	13%	11%	9%	10%	16%									
Single weiblich	602	908	600	642	1.117	1.648	8.065	36%	16%	8%	10%	17%	30%	57%	21%									
Paar	258	1.097	863	1.480	3.318	2.777	11.033	15%	19%	11%	23%	49%	50%	28%	29%									
Paar mit 1 Kind	79	884	1.278	1.289	767	264	4.617	5%	15%	17%	20%	11%	5%	1%	12%									
Paar mit 2 Kindern	20	665	1.898	1.126	265	46	4.026	1%	11%	25%	17%	4%	1%	0%	10%									
Paar mit 3 Kindern	/	184	712	392	77	7	1.376	/	3%	9%	6%	1%	0%	/	4%									
Alleinerziehende	68	402	770	497	226	152	2.221	4%	7%	10%	8%	3%	3%	2%	6%									
Sonstige	76	135	202	263	231	134	1.126	4%	2%	3%	4%	3%	2%	2%	3%									
<b>Gesamt</b>	<b>1.694</b>	<b>5.801</b>	<b>7.659</b>	<b>6.516</b>	<b>6.752</b>	<b>5.549</b>	<b>38.456</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>									
<b>Neue Bundesländer</b>																								
Single männlich	134	268	239	148	123	91	1.077	36%	28%	17%	12%	10%	8%	9%	15%									
Single weiblich	122	114	64	99	219	356	1.460	33%	12%	5%	8%	17%	32%	61%	20%									
Paar	54	131	96	319	715	551	2.063	15%	14%	7%	26%	55%	50%	25%	29%									
Paar mit 1 Kind	20	188	322	304	129	40	1.010	5%	20%	23%	25%	10%	4%	1%	14%									
Paar mit 2 Kindern	/	110	371	185	24	/	699	/	11%	26%	15%	2%	/	/	10%									
Paar mit 3 Kindern	/	23	81	36	/	/	143	/	2%	6%	3%	/	/	/	2%									
Alleinerziehende	21	107	194	100	39	29	507	6%	11%	14%	8%	3%	3%	2%	7%									
Sonstige	16	20	34	49	40	25	198	4%	2%	2%	4%	3%	2%	2%	3%									
<b>Gesamt</b>	<b>371</b>	<b>959</b>	<b>1.403</b>	<b>1.239</b>	<b>1.293</b>	<b>1.097</b>	<b>7.156</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>									
<b>Früheres Bundesgebiet</b>																								
Single männlich	454	1.258	1.097	680	628	431	4.914	34%	26%	18%	13%	12%	10%	10%	16%									
Single weiblich	480	795	536	543	898	1.291	6.604	36%	16%	9%	10%	16%	29%	56%	21%									
Paar	204	966	767	1.161	2.603	2.226	8.970	15%	20%	12%	22%	48%	50%	28%	29%									
Paar mit 1 Kind	59	696	955	984	637	224	3.608	4%	14%	15%	19%	12%	5%	1%	12%									
Paar mit 2 Kindern	17	556	1.527	940	241	41	3.328	1%	11%	24%	18%	4%	1%	0%	11%									
Paar mit 3 Kindern	/	161	631	356	74	6	1.232	/	3%	10%	7%	1%	0%	/	4%									
Alleinerziehende	47	295	576	397	187	123	1.714	4%	6%	9%	8%	3%	3%	2%	5%									
Sonstige	60	115	167	215	191	110	929	5%	2%	3%	4%	3%	2%	2%	3%									
<b>Gesamt</b>	<b>1.323</b>	<b>4.842</b>	<b>6.257</b>	<b>5.277</b>	<b>5.459</b>	<b>4.452</b>	<b>31.300</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>									
<b>Thüringen</b>																								
Single männlich	15	34	30	23	15	14	142	34%	25%	14%	11%	8%	8%	9%	13%									
Single weiblich	14	15	9	13	31	58	218	32%	11%	4%	6%	16%	32%	60%	20%									
Paar	7	18	14	45	108	87	312	16%	13%	6%	22%	55%	49%	25%	28%									
Paar mit 1 Kind	/	30	56	50	26	8	174	/	22%	26%	25%	13%	4%	/	16%									
Paar mit 2 Kindern	/	18	62	38	/	/	124	/	13%	28%	19%	/	/	/	11%									
Paar mit 3 Kindern	/	/	14	7	/	/	25	/	/	6%	3%	/	/	/	2%									
Alleinerziehende	/	14	28	15	/	/	72	/	10%	13%	7%	/	/	/	7%									
Sonstige	/	/	6	10	8	/	36	/	/	3%	5%	4%	/	/	3%									
<b>Gesamt</b>	<b>44</b>	<b>136</b>	<b>219</b>	<b>201</b>	<b>197</b>	<b>179</b>	<b>1.104</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>									

Alle Angaben in 1.000 Haushalten

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

## 4.2 Arbeitsmarkt

**Anmerkung:** Haushalte sind hier im Unterschied zu II.4.1 alle privaten Haushalte inkl. Personen in Heimen (Bevölkerung am Hauptwohnsitz).

**Tabelle 76: Struktur aller Erwerbspersonen 2001**

Anzahl Erwerbspersonen absolute sowie Anteil an allen Personen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64		15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>												
Single männlich	434	1.387	1.272	747	403	4.242	74%	91%	95%	90%	54%	84%
Single Weiblich	435	829	564	549	438	2.814	72%	91%	94%	86%	39%	73%
Paar	583	2.109	1.636	2.871	2.792	9.990	86%	94%	94%	84%	41%	67%
Paar mit 1 Kind	978	2.104	2.514	2.251	708	8.555	53%	84%	90%	86%	54%	77%
Paar mit 2 Kindern	1.126	1.508	3.441	1.715	256	8.045	43%	76%	88%	88%	66%	74%
Paar mit 3 Kindern	544	388	1.162	535	69	2.697	40%	65%	78%	83%	68%	64%
Alleinerziehende	469	530	829	493	122	2.443	44%	80%	89%	86%	48%	70%
Sonstige	341	405	441	446	196	1.829	58%	84%	88%	83%	43%	71%
<b>Gesamt</b>	<b>4.909</b>	<b>9.259</b>	<b>11.857</b>	<b>9.608</b>	<b>4.982</b>	<b>40.615</b>	<b>52%</b>	<b>85%</b>	<b>89%</b>	<b>86%</b>	<b>45%</b>	<b>73%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>												
Single männlich	110	249	228	135	61	782	82%	93%	95%	91%	50%	86%
Single Weiblich	89	102	59	88	75	414	73%	89%	92%	89%	34%	67%
Paar	118	242	192	665	648	1.865	89%	94%	96%	92%	45%	68%
Paar mit 1 Kind	260	480	673	566	128	2.107	55%	92%	97%	95%	58%	84%
Paar mit 2 Kindern	277	282	748	298	24	1.628	45%	89%	96%	96%	67%	79%
Paar mit 3 Kindern	69	48	153	52	/	324	41%	74%	91%	93%	/	70%
Alleinerziehende	122	136	212	104	18	592	45%	89%	94%	91%	42%	73%
Sonstige	63	66	80	89	35	332	57%	89%	95%	89%	46%	75%
<b>Gesamt</b>	<b>1.107</b>	<b>1.605</b>	<b>2.344</b>	<b>1.998</b>	<b>990</b>	<b>8.044</b>	<b>54%</b>	<b>91%</b>	<b>96%</b>	<b>93%</b>	<b>46%</b>	<b>76%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>												
Single männlich	324	1.138	1.044	612	342	3.461	71%	90%	95%	90%	54%	84%
Single Weiblich	346	726	505	461	363	2.400	72%	91%	94%	85%	40%	74%
Paar	465	1.867	1.444	2.206	2.144	8.126	86%	94%	94%	82%	40%	67%
Paar mit 1 Kind	718	1.624	1.841	1.685	580	6.448	53%	82%	88%	83%	53%	75%
Paar mit 2 Kindern	849	1.226	2.692	1.417	232	6.417	42%	74%	85%	86%	66%	73%
Paar mit 3 Kindern	475	339	1.009	483	66	2.373	40%	63%	76%	82%	67%	63%
Alleinerziehende	347	394	616	389	104	1.851	43%	77%	88%	85%	50%	69%
Sonstige	278	339	362	357	161	1.497	58%	83%	87%	82%	43%	71%
<b>Gesamt</b>	<b>3.802</b>	<b>7.654</b>	<b>9.513</b>	<b>7.610</b>	<b>3.992</b>	<b>32.571</b>	<b>52%</b>	<b>84%</b>	<b>88%</b>	<b>84%</b>	<b>44%</b>	<b>72%</b>
<b>Brandenburg</b>												
Single männlich	16	34	37	24	9	119	89%	97%	95%	92%	43%	86%
Single Weiblich	12	15	9	15	11	62	86%	100%	90%	88%	31%	68%
Paar	21	41	39	113	111	323	88%	95%	98%	92%	47%	69%
Paar mit 1 Kind	44	91	128	103	20	386	52%	93%	97%	94%	57%	84%
Paar mit 2 Kindern	43	52	137	52	5	288	40%	91%	97%	96%	71%	79%
Paar mit 3 Kindern	11	8	26	7	/	53	41%	80%	93%	88%	/	72%
Alleinerziehende	25	25	42	20	/	115	46%	93%	95%	87%	/	74%
Sonstige	11	13	18	21	8	70	52%	93%	95%	91%	44%	74%
<b>Gesamt</b>	<b>183</b>	<b>277</b>	<b>435</b>	<b>354</b>	<b>166</b>	<b>1.416</b>	<b>52%</b>	<b>93%</b>	<b>96%</b>	<b>93%</b>	<b>46%</b>	<b>77%</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>												
Single männlich	16	26	30	16	7	95	80%	90%	97%	94%	47%	84%
Single Weiblich	13	11	7	10	7	47	68%	92%	88%	100%	26%	63%
Paar	17	25	23	73	66	203	94%	96%	96%	88%	40%	64%
Paar mit 1 Kind	33	51	63	63	12	221	63%	91%	95%	93%	46%	83%
Paar mit 2 Kindern	40	36	93	32	/	204	51%	88%	96%	94%	/	80%
Paar mit 3 Kindern	12	6	23	8	/	49	44%	75%	92%	89%	/	71%
Alleinerziehende	15	16	24	11	/	68	45%	94%	89%	92%	/	72%
Sonstige	10	8	13	13	5	49	67%	89%	93%	87%	42%	77%
<b>Gesamt</b>	<b>156</b>	<b>180</b>	<b>275</b>	<b>225</b>	<b>101</b>	<b>935</b>	<b>60%</b>	<b>91%</b>	<b>95%</b>	<b>91%</b>	<b>39%</b>	<b>75%</b>
<b>Sachsen</b>												
Single männlich	30	75	58	31	18	212	83%	95%	95%	89%	55%	87%
Single Weiblich	26	26	14	27	24	117	68%	93%	88%	93%	38%	67%
Paar	34	70	49	209	208	569	89%	96%	96%	93%	47%	69%
Paar mit 1 Kind	80	136	192	175	44	627	55%	91%	97%	96%	63%	84%
Paar mit 2 Kindern	80	81	219	88	6	475	45%	87%	96%	97%	67%	79%
Paar mit 3 Kindern	22	13	44	17	/	98	44%	68%	92%	94%	/	72%
Alleinerziehende	34	40	54	29	7	164	47%	89%	93%	91%	50%	74%
Sonstige	13	13	13	16	8	62	59%	93%	93%	94%	53%	76%
<b>Gesamt</b>	<b>319</b>	<b>452</b>	<b>643</b>	<b>593</b>	<b>316</b>	<b>2.323</b>	<b>55%</b>	<b>90%</b>	<b>96%</b>	<b>94%</b>	<b>49%</b>	<b>77%</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>												
Single männlich	17	34	32	22	9	113	89%	94%	97%	92%	43%	85%
Single Weiblich	11	13	9	15	12	59	69%	93%	90%	94%	32%	64%
Paar	18	36	33	121	117	325	95%	95%	97%	92%	44%	67%
Paar mit 1 Kind	42	95	126	95	21	378	53%	95%	98%	94%	62%	85%
Paar mit 2 Kindern	45	46	123	46	5	265	44%	90%	98%	96%	71%	79%
Paar mit 3 Kindern	8	9	24	8	/	49	32%	75%	92%	100%	/	68%
Alleinerziehende	18	24	35	17	/	98	42%	92%	95%	94%	/	73%
Sonstige	10	13	15	18	6	62	53%	87%	100%	86%	50%	76%
<b>Gesamt</b>	<b>168</b>	<b>270</b>	<b>396</b>	<b>341</b>	<b>174</b>	<b>1.349</b>	<b>52%</b>	<b>92%</b>	<b>97%</b>	<b>93%</b>	<b>45%</b>	<b>76%</b>
<b>Thüringen</b>												
Single männlich	11	31	29	20	7	98	73%	91%	97%	87%	47%	84%
Single Weiblich	11	13	9	11	10	54	79%	87%	100%	85%	32%	66%
Paar	15	33	28	97	89	262	83%	94%	97%	93%	41%	65%
Paar mit 1 Kind	44	83	116	97	24	362	54%	92%	97%	96%	55%	83%
Paar mit 2 Kindern	55	51	129	62	/	300	48%	88%	97%	97%	/	80%
Paar mit 3 Kindern	14	9	27	10	/	60	41%	82%	93%	91%	/	70%
Alleinerziehende	19	20	31	15	/	87	50%	87%	94%	88%	/	76%
Sonstige	11	14	15	18	6	63	58%	93%	94%	90%	43%	75%
<b>Gesamt</b>	<b>179</b>	<b>252</b>	<b>382</b>	<b>330</b>	<b>142</b>	<b>1.286</b>	<b>54%</b>	<b>90%</b>	<b>96%</b>	<b>94%</b>	<b>42%</b>	<b>76%</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

**Tabelle 77: Struktur der männlichen Erwerbspersonen 2001**

Anzahl Erwerbspersonen absolute sowie Anteil an allen Personen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64		15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>												
Single männlich	434	1.387	1.272	747	403	4.242	74%	91%	95%	90%	54%	84%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	194	1.067	867	1.349	1.676	5.152	90%	96%	98%	93%	50%	74%
Paar mit 1 Kind	583	1.182	1.372	1.250	504	4.891	60%	93%	97%	95%	64%	85%
Paar mit 2 Kindern	669	812	1.886	1.109	203	4.679	48%	93%	98%	97%	75%	83%
Paar mit 3 Kindern	333	230	690	380	60	1.693	45%	91%	97%	95%	76%	77%
Alleinerziehende	260	176	206	148	43	833	48%	85%	92%	88%	58%	69%
Sonstige	183	240	245	245	118	1.032	63%	90%	95%	90%	52%	79%
<b>Gesamt</b>	<b>2.657</b>	<b>5.095</b>	<b>6.537</b>	<b>5.226</b>	<b>3.007</b>	<b>22.522</b>	<b>56%</b>	<b>92%</b>	<b>97%</b>	<b>94%</b>	<b>55%</b>	<b>80%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>												
Single männlich	110	249	228	135	61	782	82%	93%	95%	91%	50%	86%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	41	130	97	292	359	919	91%	95%	97%	94%	50%	70%
Paar mit 1 Kind	159	251	342	299	87	1.138	63%	94%	98%	96%	64%	87%
Paar mit 2 Kindern	170	134	369	187	17	877	51%	94%	98%	97%	68%	82%
Paar mit 3 Kindern	46	25	78	36	/	188	46%	89%	98%	97%	/	76%
Alleinerziehende	67	38	48	28	5	186	49%	90%	92%	88%	45%	68%
Sonstige	34	39	46	45	21	184	61%	95%	96%	90%	55%	79%
<b>Gesamt</b>	<b>627</b>	<b>865</b>	<b>1.207</b>	<b>1.022</b>	<b>551</b>	<b>4.273</b>	<b>59%</b>	<b>94%</b>	<b>97%</b>	<b>95%</b>	<b>53%</b>	<b>80%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>												
Single männlich	324	1.138	1.044	612	342	3.461	71%	90%	95%	90%	54%	84%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	153	937	769	1.057	1.317	4.233	90%	96%	98%	92%	51%	74%
Paar mit 1 Kind	425	931	1.029	951	418	3.753	60%	93%	97%	95%	64%	85%
Paar mit 2 Kindern	499	678	1.517	922	186	3.803	47%	93%	98%	97%	76%	84%
Paar mit 3 Kindern	287	205	612	344	57	1.505	44%	90%	97%	95%	75%	77%
Alleinerziehende	193	138	158	120	38	647	48%	84%	91%	88%	59%	69%
Sonstige	149	202	199	200	97	847	64%	90%	95%	90%	52%	79%
<b>Gesamt</b>	<b>2.030</b>	<b>4.229</b>	<b>5.330</b>	<b>4.205</b>	<b>2.456</b>	<b>18.249</b>	<b>55%</b>	<b>92%</b>	<b>97%</b>	<b>93%</b>	<b>55%</b>	<b>80%</b>
<b>Brandenburg</b>												
Single männlich	16	34	37	24	9	119	89%	97%	95%	92%	43%	86%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	7	21	20	49	64	161	88%	91%	100%	94%	54%	73%
Paar mit 1 Kind	26	46	66	57	13	207	55%	94%	99%	97%	65%	86%
Paar mit 2 Kindern	27	23	68	33	/	153	46%	96%	99%	97%	/	80%
Paar mit 3 Kindern	7	5	13	5	/	30	44%	100%	93%	100%	/	75%
Alleinerziehende	15	8	8	5	/	36	52%	100%	89%	83%	/	68%
Sonstige	7	7	10	11	5	39	58%	88%	100%	92%	56%	78%
<b>Gesamt</b>	<b>105</b>	<b>143</b>	<b>221</b>	<b>182</b>	<b>96</b>	<b>746</b>	<b>56%</b>	<b>95%</b>	<b>97%</b>	<b>94%</b>	<b>55%</b>	<b>80%</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>												
Single männlich	16	26	30	16	7	95	80%	90%	97%	94%	47%	84%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	6	13	12	33	36	100	86%	93%	100%	89%	44%	66%
Paar mit 1 Kind	20	28	32	34	8	121	74%	93%	97%	97%	53%	86%
Paar mit 2 Kindern	22	18	45	21	/	108	55%	95%	98%	95%	/	83%
Paar mit 3 Kindern	8	/	12	6	/	28	50%	/	100%	100%	/	74%
Alleinerziehende	8	/	6	/	/	21	53%	/	86%	/	/	68%
Sonstige	5	/	8	7	/	28	63%	/	89%	88%	/	80%
<b>Gesamt</b>	<b>86</b>	<b>95</b>	<b>144</b>	<b>120</b>	<b>57</b>	<b>502</b>	<b>65%</b>	<b>92%</b>	<b>97%</b>	<b>93%</b>	<b>47%</b>	<b>79%</b>
<b>Sachsen</b>												
Single männlich	30	75	58	31	18	212	83%	95%	95%	89%	55%	87%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	12	38	24	89	115	279	92%	97%	96%	95%	52%	71%
Paar mit 1 Kind	49	71	97	92	31	340	63%	95%	99%	97%	69%	87%
Paar mit 2 Kindern	48	39	109	54	/	254	49%	95%	98%	96%	/	82%
Paar mit 3 Kindern	15	7	23	12	/	57	54%	88%	100%	100%	/	79%
Alleinerziehende	19	12	13	8	/	54	50%	92%	87%	89%	/	69%
Sonstige	7	7	8	7	/	33	70%	88%	100%	88%	/	80%
<b>Gesamt</b>	<b>180</b>	<b>249</b>	<b>331</b>	<b>293</b>	<b>176</b>	<b>1.228</b>	<b>60%</b>	<b>95%</b>	<b>97%</b>	<b>95%</b>	<b>56%</b>	<b>80%</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>												
Single männlich	17	34	32	22	9	113	89%	94%	97%	92%	43%	85%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	7	20	16	54	63	160	100%	95%	100%	95%	48%	69%
Paar mit 1 Kind	27	49	63	50	13	202	63%	96%	98%	96%	62%	87%
Paar mit 2 Kindern	28	23	60	29	/	143	52%	96%	100%	97%	/	82%
Paar mit 3 Kindern	5	5	13	5	/	28	33%	100%	100%	83%	/	72%
Alleinerziehende	10	7	9	5	/	32	43%	88%	90%	83%	/	65%
Sonstige	6	7	8	10	/	35	67%	88%	100%	91%	/	83%
<b>Gesamt</b>	<b>98</b>	<b>145</b>	<b>201</b>	<b>175</b>	<b>95</b>	<b>713</b>	<b>58%</b>	<b>95%</b>	<b>98%</b>	<b>94%</b>	<b>51%</b>	<b>79%</b>
<b>Thüringen</b>												
Single männlich	11	31	29	20	7	98	73%	91%	97%	87%	47%	84%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	5	17	15	43	50	128	83%	94%	100%	98%	46%	67%
Paar mit 1 Kind	26	45	59	50	16	197	62%	94%	98%	98%	59%	86%
Paar mit 2 Kindern	36	26	62	39	/	166	57%	93%	98%	98%	/	84%
Paar mit 3 Kindern	10	/	13	7	/	35	53%	/	93%	100%	/	78%
Alleinerziehende	10	7	8	/	/	30	53%	88%	89%	/	/	73%
Sonstige	5	9	8	10	/	35	56%	100%	89%	100%	/	80%
<b>Gesamt</b>	<b>104</b>	<b>139</b>	<b>194</b>	<b>172</b>	<b>80</b>	<b>689</b>	<b>60%</b>	<b>93%</b>	<b>97%</b>	<b>96%</b>	<b>49%</b>	<b>80%</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

**Tabelle 78: Struktur der weiblichen Erwerbspersonen 2001**

Anzahl Erwerbspersonen absolute sowie Anteil an allen Personen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64		15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	435	829	564	549	438	2.814	72%	91%	94%	86%	39%	73%
Paar	389	1.042	769	1.522	1.116	4.838	85%	92%	90%	78%	32%	62%
Paar mit 1 Kind	395	922	1.142	1.002	203	3.664	46%	75%	83%	77%	38%	69%
Paar mit 2 Kindern	457	696	1.555	606	52	3.366	37%	63%	77%	75%	44%	64%
Paar mit 3 Kindern	211	157	472	155	9	1.004	34%	46%	60%	63%	41%	50%
Alleinerziehende	209	354	623	346	79	1.610	39%	78%	89%	86%	44%	71%
Sonstige	157	165	196	201	78	797	52%	76%	80%	75%	34%	63%
<b>Gesamt</b>	<b>2.252</b>	<b>4.165</b>	<b>5.320</b>	<b>4.381</b>	<b>1.975</b>	<b>18.093</b>	<b>49%</b>	<b>77%</b>	<b>81%</b>	<b>78%</b>	<b>35%</b>	<b>65%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	89	102	59	88	75	414	73%	89%	92%	89%	34%	67%
Paar	77	113	95	373	288	946	89%	93%	94%	91%	40%	65%
Paar mit 1 Kind	101	229	331	267	41	969	46%	89%	96%	94%	48%	81%
Paar mit 2 Kindern	107	148	380	111	6	752	38%	85%	95%	94%	55%	76%
Paar mit 3 Kindern	22	24	75	16	/	137	31%	65%	85%	84%	/	64%
Alleinerziehende	55	97	165	76	13	406	41%	87%	95%	93%	41%	76%
Sonstige	29	27	34	44	14	148	54%	82%	92%	88%	37%	70%
<b>Gesamt</b>	<b>479</b>	<b>740</b>	<b>1.137</b>	<b>976</b>	<b>439</b>	<b>3.771</b>	<b>49%</b>	<b>87%</b>	<b>94%</b>	<b>92%</b>	<b>39%</b>	<b>72%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	346	726	505	461	363	2.400	72%	91%	94%	85%	40%	74%
Paar	312	930	674	1.149	827	3.893	84%	92%	90%	74%	30%	61%
Paar mit 1 Kind	294	693	811	735	162	2.695	46%	72%	79%	72%	36%	66%
Paar mit 2 Kindern	350	548	1.176	495	46	2.615	37%	59%	73%	71%	43%	61%
Paar mit 3 Kindern	189	134	397	139	9	867	34%	44%	57%	61%	43%	48%
Alleinerziehende	154	256	458	270	66	1.203	38%	74%	86%	84%	45%	69%
Sonstige	129	138	162	157	64	649	52%	75%	78%	72%	34%	62%
<b>Gesamt</b>	<b>1.773</b>	<b>3.425</b>	<b>4.183</b>	<b>3.405</b>	<b>1.537</b>	<b>14.322</b>	<b>49%</b>	<b>75%</b>	<b>78%</b>	<b>74%</b>	<b>34%</b>	<b>63%</b>
<b>Brandenburg</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	12	15	9	15	11	62	86%	100%	90%	88%	31%	68%
Paar	14	19	19	64	46	162	88%	95%	95%	90%	39%	66%
Paar mit 1 Kind	18	45	63	47	7	179	47%	92%	97%	94%	47%	83%
Paar mit 2 Kindern	16	29	69	19	/	134	33%	88%	96%	95%	/	76%
Paar mit 3 Kindern	/	/	13	/	/	23	/	/	87%	/	/	68%
Alleinerziehende	11	17	34	15	/	78	42%	89%	97%	88%	/	76%
Sonstige	5	5	9	10	/	32	56%	71%	100%	91%	/	73%
<b>Gesamt</b>	<b>79</b>	<b>134</b>	<b>215</b>	<b>172</b>	<b>70</b>	<b>670</b>	<b>49%</b>	<b>91%</b>	<b>95%</b>	<b>91%</b>	<b>38%</b>	<b>74%</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	13	11	7	10	7	47	68%	92%	88%	100%	26%	63%
Paar	11	11	11	40	30	103	92%	92%	92%	87%	35%	62%
Paar mit 1 Kind	12	24	31	29	/	100	48%	92%	94%	91%	/	79%
Paar mit 2 Kindern	18	19	47	11	/	95	47%	86%	94%	92%	/	77%
Paar mit 3 Kindern	/	/	12	/	/	21	/	/	92%	/	/	68%
Alleinerziehende	8	13	19	7	/	47	44%	93%	95%	88%	/	75%
Sonstige	/	/	5	6	/	21	/	/	83%	86%	/	70%
<b>Gesamt</b>	<b>70</b>	<b>84</b>	<b>131</b>	<b>105</b>	<b>44</b>	<b>434</b>	<b>55%</b>	<b>88%</b>	<b>93%</b>	<b>89%</b>	<b>33%</b>	<b>70%</b>
<b>Sachsen</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	26	26	14	27	24	117	68%	93%	88%	93%	38%	67%
Paar	21	32	25	120	93	290	84%	94%	96%	92%	42%	66%
Paar mit 1 Kind	31	64	95	84	13	287	46%	86%	96%	95%	52%	81%
Paar mit 2 Kindern	32	43	111	34	/	221	39%	83%	95%	97%	/	77%
Paar mit 3 Kindern	8	6	21	6	/	41	36%	55%	84%	100%	/	63%
Alleinerziehende	15	28	41	21	5	110	43%	88%	95%	91%	45%	76%
Sonstige	6	5	5	9	/	29	50%	83%	83%	90%	/	71%
<b>Gesamt</b>	<b>140</b>	<b>203</b>	<b>312</b>	<b>300</b>	<b>141</b>	<b>1.095</b>	<b>50%</b>	<b>85%</b>	<b>94%</b>	<b>93%</b>	<b>42%</b>	<b>73%</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	11	13	9	15	12	59	69%	93%	90%	94%	32%	64%
Paar	12	16	17	67	54	165	92%	89%	94%	92%	40%	64%
Paar mit 1 Kind	15	46	63	45	8	176	42%	94%	97%	94%	62%	83%
Paar mit 2 Kindern	17	23	63	17	/	122	36%	85%	95%	94%	/	76%
Paar mit 3 Kindern	/	/	11	/	/	21	/	/	85%	/	/	64%
Alleinerziehende	8	17	26	12	/	66	38%	94%	96%	92%	/	77%
Sonstige	/	6	7	8	/	27	/	86%	100%	80%	/	68%
<b>Gesamt</b>	<b>70</b>	<b>125</b>	<b>196</b>	<b>166</b>	<b>80</b>	<b>636</b>	<b>46%</b>	<b>89%</b>	<b>95%</b>	<b>91%</b>	<b>40%</b>	<b>72%</b>
<b>Thüringen</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	11	13	9	11	10	54	79%	87%	100%	85%	32%	66%
Paar	11	16	13	55	39	134	85%	94%	93%	92%	35%	63%
Paar mit 1 Kind	17	37	57	47	7	165	44%	88%	97%	96%	41%	80%
Paar mit 2 Kindern	19	24	67	23	/	134	37%	80%	96%	96%	/	76%
Paar mit 3 Kindern	/	5	13	/	/	25	/	83%	81%	/	/	63%
Alleinerziehende	9	13	23	11	/	57	47%	87%	96%	92%	/	76%
Sonstige	5	5	7	9	/	28	50%	83%	100%	90%	/	70%
<b>Gesamt</b>	<b>76</b>	<b>113</b>	<b>188</b>	<b>158</b>	<b>62</b>	<b>597</b>	<b>48%</b>	<b>86%</b>	<b>94%</b>	<b>91%</b>	<b>36%</b>	<b>71%</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

**Tabelle 79: Struktur der aller Erwerbstätigen 2001**

Anzahl Erwerbstätigen absolute sowie Anteil an allen Erwerbsfähigen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64		15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>												
Single männlich	385	1.256	1.096	608	316	3.661	65%	82%	82%	73%	42%	73%
Single Weiblich	403	780	513	482	368	2.546	67%	86%	86%	75%	33%	66%
Paar	530	2.007	1.543	2.621	2.374	9.075	78%	89%	89%	77%	35%	61%
Paar mit 1 Kind	885	1.950	2.350	2.080	621	7.885	48%	78%	85%	79%	47%	71%
Paar mit 2 Kindern	1.049	1.383	3.249	1.623	231	7.535	40%	70%	83%	83%	59%	69%
Paar mit 3 Kindern	496	342	1.071	503	60	2.471	36%	57%	71%	78%	59%	59%
Alleinerziehende	401	431	703	425	104	2.063	37%	65%	76%	74%	41%	59%
Sonstige	311	363	399	399	166	1.638	53%	75%	79%	74%	37%	64%
<b>Gesamt</b>	<b>4.460</b>	<b>8.512</b>	<b>10.922</b>	<b>8.740</b>	<b>4.239</b>	<b>36.874</b>	<b>48%</b>	<b>78%</b>	<b>82%</b>	<b>78%</b>	<b>38%</b>	<b>66%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>												
Single männlich	89	204	168	91	37	589	66%	76%	70%	61%	30%	65%
Single Weiblich	75	90	44	67	51	327	61%	79%	69%	68%	23%	53%
Paar	100	215	161	548	455	1.478	75%	83%	80%	76%	32%	54%
Paar mit 1 Kind	223	413	587	475	95	1.793	47%	79%	85%	80%	43%	72%
Paar mit 2 Kindern	247	233	655	257	17	1.407	40%	73%	84%	83%	47%	68%
Paar mit 3 Kindern	59	34	118	43	/	256	35%	52%	70%	77%	/	55%
Alleinerziehende	98	95	157	73	11	435	36%	63%	70%	64%	26%	54%
Sonstige	55	51	61	71	24	262	50%	69%	73%	71%	32%	59%
<b>Gesamt</b>	<b>946</b>	<b>1.334</b>	<b>1.951</b>	<b>1.623</b>	<b>693</b>	<b>6.546</b>	<b>47%</b>	<b>75%</b>	<b>80%</b>	<b>76%</b>	<b>32%</b>	<b>62%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>												
Single männlich	295	1.053	928	517	280	3.073	65%	84%	85%	76%	45%	75%
Single Weiblich	327	690	470	415	316	2.219	68%	87%	88%	76%	35%	68%
Paar	431	1.792	1.382	2.073	1.919	7.597	79%	90%	90%	77%	36%	63%
Paar mit 1 Kind	662	1.537	1.763	1.605	526	6.092	49%	78%	85%	79%	48%	71%
Paar mit 2 Kindern	802	1.151	2.594	1.367	214	6.128	40%	69%	82%	83%	60%	69%
Paar mit 3 Kindern	437	308	952	460	58	2.216	36%	58%	72%	78%	59%	59%
Alleinerziehende	303	336	545	352	92	1.629	38%	66%	77%	77%	44%	61%
Sonstige	256	312	337	328	142	1.376	53%	76%	81%	75%	38%	65%
<b>Gesamt</b>	<b>3.514</b>	<b>7.179</b>	<b>8.971</b>	<b>7.117</b>	<b>3.547</b>	<b>30.328</b>	<b>48%</b>	<b>79%</b>	<b>83%</b>	<b>78%</b>	<b>39%</b>	<b>67%</b>
<b>Brandenburg</b>												
Single männlich	13	27	26	16	5	86	72%	77%	67%	62%	24%	62%
Single Weiblich	10	13	7	11	7	48	71%	87%	70%	65%	20%	53%
Paar	17	36	32	92	80	257	71%	84%	80%	75%	34%	55%
Paar mit 1 Kind	36	78	111	87	15	327	42%	80%	84%	80%	43%	71%
Paar mit 2 Kindern	38	43	121	45	/	250	35%	75%	86%	83%	/	68%
Paar mit 3 Kindern	9	6	20	6	/	40	33%	60%	71%	75%	/	54%
Alleinerziehende	20	17	30	15	/	84	37%	63%	68%	65%	/	54%
Sonstige	10	9	14	17	/	55	48%	64%	74%	74%	/	59%
<b>Gesamt</b>	<b>154</b>	<b>229</b>	<b>360</b>	<b>289</b>	<b>117</b>	<b>1.148</b>	<b>44%</b>	<b>77%</b>	<b>80%</b>	<b>76%</b>	<b>33%</b>	<b>62%</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>												
Single männlich	13	21	22	10	/	70	65%	72%	71%	59%	/	62%
Single Weiblich	11	9	/	7	/	37	58%	75%	/	70%	/	49%
Paar	15	22	19	59	47	161	83%	85%	79%	71%	28%	51%
Paar mit 1 Kind	28	42	53	52	9	183	54%	75%	80%	76%	35%	69%
Paar mit 2 Kindern	36	29	80	25	/	172	46%	71%	82%	74%	/	68%
Paar mit 3 Kindern	10	/	18	6	/	36	37%	/	72%	67%	/	52%
Alleinerziehende	13	11	17	7	/	49	39%	65%	63%	58%	/	52%
Sonstige	8	6	9	10	/	37	53%	67%	64%	67%	/	58%
<b>Gesamt</b>	<b>133</b>	<b>144</b>	<b>221</b>	<b>176</b>	<b>72</b>	<b>747</b>	<b>51%</b>	<b>73%</b>	<b>76%</b>	<b>71%</b>	<b>28%</b>	<b>60%</b>
<b>Sachsen</b>												
Single männlich	25	60	42	21	10	159	69%	76%	69%	60%	30%	65%
Single Weiblich	22	23	11	21	17	93	58%	82%	69%	72%	27%	53%
Paar	29	62	42	172	142	446	76%	85%	82%	76%	32%	54%
Paar mit 1 Kind	70	116	167	146	33	532	48%	77%	85%	80%	47%	71%
Paar mit 2 Kindern	72	70	191	77	/	414	40%	75%	84%	85%	/	69%
Paar mit 3 Kindern	20	10	35	15	/	80	40%	53%	73%	83%	/	59%
Alleinerziehende	26	28	41	21	/	120	36%	62%	71%	66%	/	54%
Sonstige	11	9	9	13	5	47	50%	64%	64%	76%	33%	57%
<b>Gesamt</b>	<b>273</b>	<b>378</b>	<b>539</b>	<b>484</b>	<b>217</b>	<b>1.890</b>	<b>47%</b>	<b>75%</b>	<b>80%</b>	<b>77%</b>	<b>33%</b>	<b>62%</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>												
Single männlich	12	27	21	13	/	77	63%	75%	64%	54%	/	58%
Single Weiblich	9	11	5	10	8	43	56%	79%	50%	63%	22%	47%
Paar	16	31	27	97	78	248	84%	82%	79%	74%	29%	51%
Paar mit 1 Kind	37	81	112	77	14	321	47%	81%	87%	76%	41%	72%
Paar mit 2 Kindern	40	35	104	39	/	222	39%	69%	83%	81%	/	66%
Paar mit 3 Kindern	7	6	17	6	/	36	28%	50%	65%	75%	/	50%
Alleinerziehende	15	16	24	10	/	68	35%	62%	65%	56%	/	51%
Sonstige	9	9	11	13	/	46	47%	60%	73%	62%	/	56%
<b>Gesamt</b>	<b>145</b>	<b>216</b>	<b>321</b>	<b>264</b>	<b>115</b>	<b>1.060</b>	<b>45%</b>	<b>74%</b>	<b>78%</b>	<b>72%</b>	<b>30%</b>	<b>60%</b>
<b>Thüringen</b>												
Single männlich	10	26	23	15	/	78	67%	76%	77%	65%	/	67%
Single Weiblich	9	12	7	8	6	43	64%	80%	78%	62%	19%	52%
Paar	13	29	24	84	65	214	72%	83%	83%	81%	30%	53%
Paar mit 1 Kind	38	73	100	84	18	314	47%	81%	83%	83%	41%	72%
Paar mit 2 Kindern	49	43	115	54	/	264	43%	74%	86%	84%	/	70%
Paar mit 3 Kindern	13	6	22	9	/	50	38%	55%	76%	82%	/	58%
Alleinerziehende	15	15	24	11	/	66	39%	65%	73%	65%	/	57%
Sonstige	10	12	12	15	5	54	53%	80%	75%	75%	36%	64%
<b>Gesamt</b>	<b>156</b>	<b>216</b>	<b>327</b>	<b>280</b>	<b>103</b>	<b>1.083</b>	<b>47%</b>	<b>77%</b>	<b>82%</b>	<b>80%</b>	<b>31%</b>	<b>64%</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

**Tabelle 80: Struktur der männlichen Erwerbstätigen 2001**

Anzahl Erwerbstätige absolut sowie Anteil an allen Erwerbsfähigen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64		15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>												
Single männlich	385	1.256	1.096	608	316	3.661	65%	82%	82%	73%	42%	73%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	175	1.009	820	1.240	1.453	4.698	81%	91%	92%	85%	44%	67%
Paar mit 1 Kind	525	1.099	1.290	1.165	443	4.522	54%	86%	91%	89%	56%	79%
Paar mit 2 Kindern	619	755	1.805	1.054	184	4.416	44%	86%	94%	92%	68%	79%
Paar mit 3 Kindern	302	205	645	356	52	1.559	40%	81%	91%	89%	66%	71%
Alleinerziehende	224	148	174	127	36	709	42%	71%	77%	75%	49%	58%
Sonstige	166	215	219	218	100	917	57%	81%	85%	80%	44%	70%
<b>Gesamt</b>	<b>2.395</b>	<b>4.688</b>	<b>6.049</b>	<b>4.768</b>	<b>2.583</b>	<b>20.483</b>	<b>50%</b>	<b>85%</b>	<b>90%</b>	<b>85%</b>	<b>47%</b>	<b>73%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>												
Single männlich	89	204	168	91	37	589	66%	76%	70%	61%	30%	65%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	34	114	83	245	268	744	76%	83%	83%	79%	38%	57%
Paar mit 1 Kind	135	218	301	259	68	982	53%	82%	86%	83%	50%	75%
Paar mit 2 Kindern	150	115	332	164	13	774	45%	80%	89%	85%	52%	72%
Paar mit 3 Kindern	39	20	66	30	/	156	39%	71%	83%	81%	/	63%
Alleinerziehende	54	28	36	20	/	141	39%	67%	69%	63%	/	51%
Sonstige	29	31	34	36	15	145	52%	76%	71%	72%	39%	63%
<b>Gesamt</b>	<b>531</b>	<b>730</b>	<b>1.019</b>	<b>845</b>	<b>406</b>	<b>3.530</b>	<b>50%</b>	<b>79%</b>	<b>82%</b>	<b>78%</b>	<b>39%</b>	<b>66%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>												
Single männlich	295	1.053	928	517	280	3.073	65%	84%	85%	76%	45%	75%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	141	895	738	995	1.185	3.954	83%	92%	94%	87%	45%	70%
Paar mit 1 Kind	390	881	990	906	375	3.541	55%	88%	93%	90%	58%	80%
Paar mit 2 Kindern	469	640	1.473	890	171	3.642	44%	88%	95%	93%	70%	80%
Paar mit 3 Kindern	263	186	579	325	50	1.403	41%	82%	92%	90%	66%	72%
Alleinerziehende	169	120	139	108	33	569	42%	73%	80%	79%	52%	61%
Sonstige	137	184	185	182	85	772	59%	82%	88%	82%	45%	72%
<b>Gesamt</b>	<b>1.864</b>	<b>3.959</b>	<b>5.030</b>	<b>3.923</b>	<b>2.177</b>	<b>16.953</b>	<b>51%</b>	<b>86%</b>	<b>91%</b>	<b>87%</b>	<b>49%</b>	<b>75%</b>
<b>Brandenburg</b>												
Single männlich	13	27	26	16	5	86	72%	77%	67%	62%	24%	62%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	6	19	16	41	51	133	75%	83%	80%	79%	43%	60%
Paar mit 1 Kind	21	41	57	50	11	179	45%	84%	85%	85%	55%	74%
Paar mit 2 Kindern	23	20	62	29	/	136	39%	83%	90%	85%	/	71%
Paar mit 3 Kindern	6	/	11	/	/	25	38%	/	79%	/	/	63%
Alleinerziehende	11	5	6	/	/	28	38%	63%	67%	/	/	53%
Sonstige	6	6	8	8	/	31	50%	75%	80%	67%	/	62%
<b>Gesamt</b>	<b>86</b>	<b>121</b>	<b>185</b>	<b>152</b>	<b>73</b>	<b>617</b>	<b>46%</b>	<b>80%</b>	<b>81%</b>	<b>79%</b>	<b>41%</b>	<b>66%</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>												
Single männlich	13	21	22	10	/	70	65%	72%	71%	59%	/	62%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	5	12	10	27	28	82	71%	86%	83%	73%	35%	54%
Paar mit 1 Kind	17	23	27	28	6	101	63%	77%	82%	80%	40%	72%
Paar mit 2 Kindern	20	14	40	17	/	94	50%	74%	87%	77%	/	72%
Paar mit 3 Kindern	6	/	9	/	/	22	38%	/	75%	/	/	58%
Alleinerziehende	6	/	/	/	/	15	40%	/	/	/	/	48%
Sonstige	/	/	6	6	/	21	/	/	67%	75%	/	60%
<b>Gesamt</b>	<b>73</b>	<b>77</b>	<b>117</b>	<b>95</b>	<b>43</b>	<b>405</b>	<b>55%</b>	<b>75%</b>	<b>79%</b>	<b>74%</b>	<b>35%</b>	<b>64%</b>
<b>Sachsen</b>												
Single männlich	25	60	42	21	10	159	69%	76%	69%	60%	30%	65%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	11	33	21	75	82	222	85%	85%	84%	80%	37%	57%
Paar mit 1 Kind	42	60	85	79	24	289	54%	80%	87%	83%	53%	74%
Paar mit 2 Kindern	43	34	97	47	/	224	44%	83%	87%	84%	/	72%
Paar mit 3 Kindern	13	6	20	10	/	48	46%	75%	87%	83%	/	67%
Alleinerziehende	15	8	10	5	/	40	39%	62%	67%	56%	/	51%
Sonstige	5	6	5	6	/	25	50%	75%	63%	75%	/	61%
<b>Gesamt</b>	<b>153</b>	<b>207</b>	<b>280</b>	<b>243</b>	<b>125</b>	<b>1.007</b>	<b>51%</b>	<b>79%</b>	<b>82%</b>	<b>79%</b>	<b>39%</b>	<b>66%</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>												
Single männlich	12	27	21	13	/	77	63%	75%	64%	54%	/	58%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	6	18	13	44	45	125	86%	86%	81%	77%	34%	54%
Paar mit 1 Kind	23	43	57	43	10	175	53%	84%	89%	83%	48%	75%
Paar mit 2 Kindern	25	18	53	25	/	125	46%	75%	88%	83%	/	72%
Paar mit 3 Kindern	/	/	10	/	/	23	/	/	77%	/	/	59%
Alleinerziehende	8	5	6	/	/	23	35%	63%	60%	/	/	47%
Sonstige	5	6	6	7	/	27	56%	75%	75%	64%	/	64%
<b>Gesamt</b>	<b>84</b>	<b>119</b>	<b>167</b>	<b>139</b>	<b>66</b>	<b>575</b>	<b>49%</b>	<b>78%</b>	<b>81%</b>	<b>75%</b>	<b>35%</b>	<b>64%</b>
<b>Thüringen</b>												
Single männlich	10	26	23	15	/	78	67%	76%	77%	65%	/	67%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	/	15	13	38	38	107	/	83%	87%	86%	35%	56%
Paar mit 1 Kind	24	41	52	45	13	173	57%	85%	87%	88%	48%	76%
Paar mit 2 Kindern	32	23	57	35	/	150	51%	82%	90%	88%	/	76%
Paar mit 3 Kindern	9	/	11	6	/	31	47%	/	79%	86%	/	69%
Alleinerziehende	9	6	7	/	/	25	47%	75%	78%	/	/	61%
Sonstige	/	8	7	8	/	30	/	89%	78%	80%	/	68%
<b>Gesamt</b>	<b>90</b>	<b>122</b>	<b>170</b>	<b>150</b>	<b>61</b>	<b>593</b>	<b>52%</b>	<b>82%</b>	<b>85%</b>	<b>83%</b>	<b>37%</b>	<b>69%</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

**Tabelle 81: Struktur der weiblichen Erwerbstätigen 2001**

Anzahl Erwerbstätige absolut sowie Anteil an allen Erwerbsfähigen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64		15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	403	780	513	482	368	2.546	67%	86%	86%	75%	33%	66%
Paar	355	998	722	1.380	921	4.377	77%	88%	85%	70%	27%	56%
Paar mit 1 Kind	360	851	1.059	915	178	3.363	42%	69%	77%	70%	34%	64%
Paar mit 2 Kindern	430	628	1.444	569	47	3.119	35%	57%	72%	70%	39%	59%
Paar mit 3 Kindern	195	137	426	147	8	912	31%	40%	54%	60%	36%	45%
Alleinerziehende	178	282	528	298	68	1.354	33%	62%	75%	74%	38%	59%
Sonstige	145	148	180	181	66	720	48%	68%	74%	68%	29%	57%
<b>Gesamt</b>	<b>2.065</b>	<b>3.824</b>	<b>4.873</b>	<b>3.972</b>	<b>1.656</b>	<b>16.391</b>	<b>45%</b>	<b>71%</b>	<b>74%</b>	<b>70%</b>	<b>29%</b>	<b>59%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	75	90	44	67	51	327	61%	79%	69%	68%	23%	53%
Paar	66	101	78	303	187	734	76%	83%	77%	74%	26%	51%
Paar mit 1 Kind	88	195	286	216	27	812	40%	76%	83%	76%	32%	68%
Paar mit 2 Kindern	97	117	323	93	/	634	34%	67%	81%	79%	/	64%
Paar mit 3 Kindern	20	14	53	12	/	100	28%	38%	60%	63%	/	47%
Alleinerziehende	44	67	122	53	8	294	33%	60%	71%	65%	25%	55%
Sonstige	26	20	27	35	9	117	48%	61%	73%	70%	24%	55%
<b>Gesamt</b>	<b>415</b>	<b>604</b>	<b>932</b>	<b>779</b>	<b>287</b>	<b>3.016</b>	<b>43%</b>	<b>71%</b>	<b>77%</b>	<b>73%</b>	<b>26%</b>	<b>58%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	327	690	470	415	316	2.219	68%	87%	88%	76%	35%	68%
Paar	289	897	644	1.078	735	3.643	77%	88%	86%	70%	27%	57%
Paar mit 1 Kind	272	655	773	699	151	2.551	42%	68%	76%	68%	34%	62%
Paar mit 2 Kindern	333	511	1.122	477	43	2.486	35%	55%	70%	69%	40%	58%
Paar mit 3 Kindern	175	123	373	135	8	813	32%	40%	53%	59%	38%	45%
Alleinerziehende	134	215	407	245	60	1.060	33%	62%	77%	76%	41%	61%
Sonstige	120	128	153	146	57	604	48%	70%	74%	67%	30%	58%
<b>Gesamt</b>	<b>1.651</b>	<b>3.220</b>	<b>3.941</b>	<b>3.194</b>	<b>1.370</b>	<b>13.375</b>	<b>45%</b>	<b>71%</b>	<b>74%</b>	<b>70%</b>	<b>30%</b>	<b>59%</b>
<b>Brandenburg</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	10	13	7	11	7	48	71%	87%	70%	65%	20%	53%
Paar	12	17	16	52	29	125	75%	85%	80%	73%	25%	51%
Paar mit 1 Kind	15	37	55	37	/	148	39%	76%	85%	74%	/	69%
Paar mit 2 Kindern	15	23	59	16	/	114	31%	70%	82%	80%	/	65%
Paar mit 3 Kindern	/	/	9	/	/	16	/	/	60%	/	/	47%
Alleinerziehende	9	12	24	11	/	56	35%	63%	69%	65%	/	55%
Sonstige	/	/	7	9	/	25	/	/	78%	82%	/	57%
<b>Gesamt</b>	<b>68</b>	<b>108</b>	<b>175</b>	<b>137</b>	<b>44</b>	<b>531</b>	<b>42%</b>	<b>73%</b>	<b>77%</b>	<b>73%</b>	<b>24%</b>	<b>59%</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	11	9	/	7	/	37	58%	75%	/	70%	/	49%
Paar	9	10	9	31	19	79	75%	83%	75%	67%	22%	48%
Paar mit 1 Kind	11	19	26	23	/	82	44%	73%	79%	72%	/	65%
Paar mit 2 Kindern	16	14	39	8	/	78	42%	64%	78%	67%	/	63%
Paar mit 3 Kindern	/	/	8	/	/	15	/	/	62%	/	/	48%
Alleinerziehende	6	9	13	5	/	34	33%	64%	65%	63%	/	54%
Sonstige	/	/	/	/	/	17	/	/	/	/	/	57%
<b>Gesamt</b>	<b>61</b>	<b>67</b>	<b>104</b>	<b>81</b>	<b>30</b>	<b>342</b>	<b>48%</b>	<b>71%</b>	<b>74%</b>	<b>69%</b>	<b>22%</b>	<b>56%</b>
<b>Sachsen</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	22	23	11	21	17	93	58%	82%	69%	72%	27%	53%
Paar	18	29	21	97	60	224	72%	85%	81%	74%	27%	51%
Paar mit 1 Kind	28	56	82	68	9	243	42%	76%	83%	77%	36%	69%
Paar mit 2 Kindern	29	36	94	30	/	190	35%	69%	80%	86%	/	66%
Paar mit 3 Kindern	7	/	16	/	/	32	32%	/	64%	/	/	49%
Alleinerziehende	11	20	31	15	/	80	31%	63%	72%	65%	/	55%
Sonstige	6	/	/	7	/	22	50%	/	/	70%	/	54%
<b>Gesamt</b>	<b>120</b>	<b>171</b>	<b>259</b>	<b>241</b>	<b>92</b>	<b>883</b>	<b>43%</b>	<b>72%</b>	<b>78%</b>	<b>75%</b>	<b>28%</b>	<b>59%</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	9	11	5	10	8	43	56%	79%	50%	63%	22%	47%
Paar	11	14	13	52	33	122	85%	78%	72%	71%	24%	47%
Paar mit 1 Kind	14	39	55	34	/	146	39%	80%	85%	71%	/	69%
Paar mit 2 Kindern	15	17	51	14	/	97	32%	63%	77%	78%	/	61%
Paar mit 3 Kindern	/	/	7	/	/	13	/	/	54%	/	/	39%
Alleinerziehende	6	11	18	8	/	44	29%	61%	67%	62%	/	51%
Sonstige	/	/	5	5	/	19	/	/	71%	50%	/	48%
<b>Gesamt</b>	<b>61</b>	<b>96</b>	<b>155</b>	<b>124</b>	<b>49</b>	<b>485</b>	<b>40%</b>	<b>69%</b>	<b>75%</b>	<b>68%</b>	<b>25%</b>	<b>55%</b>
<b>Thüringen</b>												
Single männlich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Single Weiblich	9	12	7	8	6	43	64%	80%	78%	62%	19%	52%
Paar	9	14	11	46	27	107	69%	82%	79%	77%	25%	50%
Paar mit 1 Kind	15	33	48	40	5	140	38%	79%	81%	82%	29%	68%
Paar mit 2 Kindern	17	19	58	19	/	114	33%	63%	83%	79%	/	64%
Paar mit 3 Kindern	/	/	10	/	/	19	/	/	63%	/	/	48%
Alleinerziehende	7	9	17	8	/	41	37%	60%	71%	67%	/	55%
Sonstige	5	/	6	7	/	24	50%	/	86%	70%	/	60%
<b>Gesamt</b>	<b>66</b>	<b>94</b>	<b>157</b>	<b>131</b>	<b>42</b>	<b>489</b>	<b>41%</b>	<b>72%</b>	<b>79%</b>	<b>76%</b>	<b>24%</b>	<b>59%</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

**Tabelle 82: Struktur aller Erwerbslosen 2001**

Anzahl Erwerbslose absolut sowie Anteil an allen Erwerbspersonen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt	Gesamt
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64		15-24	25-34	35-44	45-54	55-64		
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>													
Single männlich	49	130	176	139	86	581	11%	9%	14%	19%	21%	14%	
Single Weiblich	32	49	50	67	70	268	7%	6%	9%	12%	16%	10%	
Paar	52	102	93	251	417	915	9%	5%	6%	9%	15%	9%	
Paar mit 1 Kind	93	154	164	172	87	670	10%	7%	7%	8%	12%	8%	
Paar mit 2 Kindern	77	125	192	92	25	511	7%	8%	6%	5%	10%	6%	
Paar mit 3 Kindern	48	46	91	32	9	225	9%	12%	8%	6%	13%	8%	
Alleinerziehende	68	99	126	68	19	380	14%	19%	15%	14%	16%	16%	
Sonstige	30	42	43	47	30	191	9%	10%	10%	11%	15%	10%	
<b>Gesamt</b>	<b>449</b>	<b>747</b>	<b>935</b>	<b>867</b>	<b>743</b>	<b>3.741</b>	<b>9%</b>	<b>8%</b>	<b>8%</b>	<b>9%</b>	<b>15%</b>	<b>9%</b>	
<b>Neue Bundesländer</b>													
Single männlich	20	45	60	44	24	193	18%	18%	26%	33%	39%	25%	
Single Weiblich	13	13	16	22	24	87	15%	13%	27%	25%	32%	21%	
Paar	18	27	31	117	192	386	15%	11%	16%	18%	30%	21%	
Paar mit 1 Kind	37	67	86	91	33	314	14%	14%	13%	16%	26%	15%	
Paar mit 2 Kindern	30	49	94	42	6	221	11%	17%	13%	14%	25%	14%	
Paar mit 3 Kindern	10	15	34	9	/	69	14%	31%	22%	17%	/	21%	
Alleinerziehende	24	41	55	31	7	158	20%	30%	26%	30%	39%	27%	
Sonstige	8	15	18	18	11	71	13%	23%	23%	20%	31%	21%	
<b>Gesamt</b>	<b>161</b>	<b>272</b>	<b>394</b>	<b>374</b>	<b>297</b>	<b>1.498</b>	<b>15%</b>	<b>17%</b>	<b>17%</b>	<b>19%</b>	<b>30%</b>	<b>19%</b>	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>													
Single männlich	29	85	117	95	63	388	9%	7%	11%	16%	18%	11%	
Single Weiblich	19	36	35	45	46	181	5%	5%	7%	10%	13%	8%	
Paar	34	75	62	133	225	529	7%	4%	4%	6%	10%	7%	
Paar mit 1 Kind	56	87	78	80	54	356	8%	5%	4%	5%	9%	6%	
Paar mit 2 Kindern	47	76	98	50	19	290	6%	6%	4%	4%	8%	5%	
Paar mit 3 Kindern	38	31	57	23	8	157	8%	9%	6%	5%	12%	7%	
Alleinerziehende	43	59	71	37	12	222	12%	15%	12%	10%	12%	12%	
Sonstige	22	27	24	29	19	121	8%	8%	7%	8%	12%	8%	
<b>Gesamt</b>	<b>288</b>	<b>475</b>	<b>542</b>	<b>493</b>	<b>446</b>	<b>2.243</b>	<b>8%</b>	<b>6%</b>	<b>6%</b>	<b>6%</b>	<b>11%</b>	<b>7%</b>	
<b>Brandenburg</b>													
Single männlich	/	7	11	8	/	33	/	21%	30%	33%	/	28%	
Single Weiblich	/	/	/	/	/	14	/	/	/	/	/	23%	
Paar	/	/	7	20	31	66	/	/	18%	18%	28%	20%	
Paar mit 1 Kind	8	13	17	16	5	60	18%	14%	13%	16%	25%	16%	
Paar mit 2 Kindern	/	9	16	7	/	38	/	17%	12%	13%	/	13%	
Paar mit 3 Kindern	/	/	6	/	/	12	/	/	23%	/	/	23%	
Alleinerziehende	5	8	12	6	/	31	20%	32%	29%	30%	/	27%	
Sonstige	/	/	/	/	/	15	/	/	/	/	/	21%	
<b>Gesamt</b>	<b>30</b>	<b>48</b>	<b>75</b>	<b>65</b>	<b>50</b>	<b>268</b>	<b>16%</b>	<b>17%</b>	<b>17%</b>	<b>18%</b>	<b>30%</b>	<b>19%</b>	
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>													
Single männlich	/	5	8	6	/	25	/	19%	27%	38%	/	26%	
Single Weiblich	/	/	/	/	/	10	/	/	/	/	/	21%	
Paar	/	/	/	14	18	42	/	/	/	19%	27%	21%	
Paar mit 1 Kind	/	9	10	11	/	38	/	18%	16%	17%	/	17%	
Paar mit 2 Kindern	/	8	13	7	/	32	/	22%	14%	22%	/	16%	
Paar mit 3 Kindern	/	/	6	/	/	12	/	/	26%	/	/	24%	
Alleinerziehende	/	/	7	/	/	19	/	/	29%	/	/	28%	
Sonstige	/	/	/	/	/	11	/	/	/	/	/	22%	
<b>Gesamt</b>	<b>23</b>	<b>36</b>	<b>54</b>	<b>48</b>	<b>29</b>	<b>188</b>	<b>15%</b>	<b>20%</b>	<b>20%</b>	<b>21%</b>	<b>29%</b>	<b>20%</b>	
<b>Sachsen</b>													
Single männlich	5	15	15	10	8	53	17%	20%	26%	32%	44%	25%	
Single Weiblich	/	/	/	6	7	24	/	/	/	22%	29%	21%	
Paar	5	7	7	38	66	123	15%	10%	14%	18%	32%	22%	
Paar mit 1 Kind	10	19	25	29	12	95	13%	14%	13%	17%	27%	15%	
Paar mit 2 Kindern	9	11	29	11	/	61	11%	14%	13%	13%	/	13%	
Paar mit 3 Kindern	/	/	9	/	/	18	/	/	20%	/	/	18%	
Alleinerziehende	8	12	13	9	/	44	24%	30%	24%	31%	/	27%	
Sonstige	/	/	/	/	/	15	/	/	/	/	/	24%	
<b>Gesamt</b>	<b>46</b>	<b>74</b>	<b>104</b>	<b>109</b>	<b>99</b>	<b>433</b>	<b>14%</b>	<b>16%</b>	<b>16%</b>	<b>18%</b>	<b>31%</b>	<b>19%</b>	
<b>Sachsen-Anhalt</b>													
Single männlich	/	7	11	9	/	36	/	21%	34%	41%	/	32%	
Single Weiblich	/	/	/	/	/	16	/	/	/	/	/	27%	
Paar	/	5	6	25	39	78	/	14%	18%	21%	33%	24%	
Paar mit 1 Kind	5	14	14	18	6	57	12%	15%	11%	19%	29%	15%	
Paar mit 2 Kindern	/	11	19	8	/	43	/	24%	15%	17%	/	16%	
Paar mit 3 Kindern	/	/	7	/	/	13	/	/	29%	/	/	27%	
Alleinerziehende	/	8	11	6	/	31	/	33%	31%	35%	/	32%	
Sonstige	/	/	/	6	/	16	/	/	/	33%	/	26%	
<b>Gesamt</b>	<b>23</b>	<b>54</b>	<b>75</b>	<b>78</b>	<b>60</b>	<b>289</b>	<b>14%</b>	<b>20%</b>	<b>19%</b>	<b>23%</b>	<b>34%</b>	<b>21%</b>	
<b>Thüringen</b>													
Single männlich	/	/	6	5	/	20	/	/	21%	25%	/	20%	
Single Weiblich	/	/	/	/	/	11	/	/	/	/	/	20%	
Paar	/	/	/	14	24	48	/	/	/	14%	27%	18%	
Paar mit 1 Kind	5	9	16	13	6	49	11%	11%	14%	13%	25%	14%	
Paar mit 2 Kindern	6	8	13	8	/	36	11%	16%	10%	13%	/	12%	
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	10	/	/	/	/	/	17%	
Alleinerziehende	/	5	7	/	/	20	/	25%	23%	/	/	23%	
Sonstige	/	/	/	/	/	9	/	/	/	/	/	14%	
<b>Gesamt</b>	<b>23</b>	<b>36</b>	<b>55</b>	<b>50</b>	<b>39</b>	<b>203</b>	<b>13%</b>	<b>14%</b>	<b>14%</b>	<b>15%</b>	<b>27%</b>	<b>16%</b>	

**Tabelle 83: Struktur der männlichen Erwerbslosen 2001**

Anzahl Erwerbslose absolut sowie Anteil an allen Erwerbspersonen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64		15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>												
Single männlich	49	130	176	139	86	581	11%	9%	14%	19%	21%	14%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	19	58	46	108	223	454	10%	5%	5%	8%	13%	9%
Paar mit 1 Kind	58	83	81	84	62	368	10%	7%	6%	7%	12%	8%
Paar mit 2 Kindern	50	57	81	55	20	264	7%	7%	4%	5%	10%	6%
Paar mit 3 Kindern	31	25	46	24	8	134	9%	11%	7%	6%	13%	8%
Alleinerziehende	37	28	32	20	7	124	14%	16%	16%	14%	16%	15%
Sonstige	17	25	26	27	18	114	9%	10%	11%	11%	15%	11%
<b>Gesamt</b>	<b>262</b>	<b>406</b>	<b>488</b>	<b>458</b>	<b>424</b>	<b>2.039</b>	<b>10%</b>	<b>8%</b>	<b>7%</b>	<b>9%</b>	<b>14%</b>	<b>9%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>												
Single männlich	20	45	60	44	24	193	18%	18%	26%	33%	39%	25%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	7	16	15	47	91	175	17%	12%	15%	16%	25%	19%
Paar mit 1 Kind	23	33	41	40	19	156	14%	13%	12%	13%	22%	14%
Paar mit 2 Kindern	20	19	37	23	/	103	12%	14%	10%	12%	/	12%
Paar mit 3 Kindern	8	5	13	6	/	31	17%	20%	17%	17%	/	16%
Alleinerziehende	13	10	12	8	/	45	19%	26%	25%	29%	/	24%
Sonstige	5	7	11	9	6	39	15%	18%	24%	20%	29%	21%
<b>Gesamt</b>	<b>96</b>	<b>136</b>	<b>188</b>	<b>177</b>	<b>145</b>	<b>743</b>	<b>15%</b>	<b>16%</b>	<b>16%</b>	<b>17%</b>	<b>26%</b>	<b>17%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>												
Single männlich	29	85	117	95	63	388	9%	7%	11%	16%	18%	11%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	12	42	32	62	132	279	8%	4%	4%	6%	10%	7%
Paar mit 1 Kind	35	49	40	45	43	212	8%	5%	4%	5%	10%	6%
Paar mit 2 Kindern	30	39	44	32	16	161	6%	6%	3%	3%	9%	4%
Paar mit 3 Kindern	24	20	33	18	8	102	8%	10%	5%	5%	14%	7%
Alleinerziehende	24	18	20	12	5	78	12%	13%	13%	10%	13%	12%
Sonstige	12	18	15	18	12	75	8%	9%	8%	9%	12%	9%
<b>Gesamt</b>	<b>166</b>	<b>270</b>	<b>300</b>	<b>281</b>	<b>279</b>	<b>1.296</b>	<b>8%</b>	<b>6%</b>	<b>6%</b>	<b>7%</b>	<b>11%</b>	<b>7%</b>
<b>Brandenburg</b>												
Single männlich	/	7	11	8	/	33	/	21%	30%	33%	/	28%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	/	/	/	8	14	29	/	/	/	16%	22%	18%
Paar mit 1 Kind	5	5	9	7	/	28	19%	11%	14%	12%	/	14%
Paar mit 2 Kindern	/	/	6	/	/	17	/	/	9%	/	/	11%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	5	/	/	/	/	/	17%
Alleinerziehende	/	/	/	/	/	8	/	/	/	/	/	22%
Sonstige	/	/	/	/	/	8	/	/	/	/	/	21%
<b>Gesamt</b>	<b>19</b>	<b>22</b>	<b>35</b>	<b>30</b>	<b>23</b>	<b>129</b>	<b>18%</b>	<b>15%</b>	<b>16%</b>	<b>16%</b>	<b>24%</b>	<b>17%</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>												
Single männlich	/	5	8	6	/	25	/	19%	27%	38%	/	26%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	/	/	/	6	8	18	/	/	/	18%	22%	18%
Paar mit 1 Kind	/	/	5	6	/	20	/	/	16%	18%	/	17%
Paar mit 2 Kindern	/	/	/	/	/	15	/	/	/	/	/	14%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	6	/	/	/	/	/	21%
Alleinerziehende	/	/	/	/	/	6	/	/	/	/	/	29%
Sonstige	/	/	/	/	/	7	/	/	/	/	/	25%
<b>Gesamt</b>	<b>13</b>	<b>18</b>	<b>26</b>	<b>25</b>	<b>14</b>	<b>97</b>	<b>15%</b>	<b>19%</b>	<b>18%</b>	<b>21%</b>	<b>25%</b>	<b>19%</b>
<b>Sachsen</b>												
Single männlich	5	15	15	10	8	53	17%	20%	26%	32%	44%	25%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	/	/	/	14	33	57	/	/	/	16%	29%	20%
Paar mit 1 Kind	7	11	12	13	7	51	14%	15%	12%	14%	23%	15%
Paar mit 2 Kindern	6	/	12	7	/	30	13%	/	11%	13%	/	12%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	8	/	/	/	/	/	14%
Alleinerziehende	/	/	/	/	/	14	/	/	/	/	/	26%
Sonstige	/	/	/	/	/	8	/	/	/	/	/	24%
<b>Gesamt</b>	<b>27</b>	<b>42</b>	<b>51</b>	<b>50</b>	<b>51</b>	<b>221</b>	<b>15%</b>	<b>17%</b>	<b>15%</b>	<b>17%</b>	<b>29%</b>	<b>18%</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>												
Single männlich	/	7	11	9	/	36	/	21%	34%	41%	/	32%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	/	/	/	10	18	35	/	/	/	19%	29%	22%
Paar mit 1 Kind	/	7	6	7	/	27	/	14%	10%	14%	/	13%
Paar mit 2 Kindern	/	/	7	/	/	19	/	/	12%	/	/	13%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	5	/	/	/	/	/	18%
Alleinerziehende	/	/	/	/	/	9	/	/	/	/	/	28%
Sonstige	/	/	/	/	/	8	/	/	/	/	/	23%
<b>Gesamt</b>	<b>15</b>	<b>25</b>	<b>34</b>	<b>36</b>	<b>29</b>	<b>138</b>	<b>15%</b>	<b>17%</b>	<b>17%</b>	<b>21%</b>	<b>31%</b>	<b>19%</b>
<b>Thüringen</b>												
Single männlich	/	/	6	5	/	20	/	/	21%	25%	/	20%
Single Weiblich	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Paar	/	/	/	5	12	22	/	/	/	12%	24%	17%
Paar mit 1 Kind	/	/	7	6	/	24	/	/	12%	12%	/	12%
Paar mit 2 Kindern	/	/	/	/	/	16	/	/	/	/	/	10%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	5	/	/	/	/	/	17%
Alleinerziehende	/	/	/	/	/	5	/	/	/	/	/	17%
Sonstige	/	/	/	/	/	5	/	/	/	/	/	17%
<b>Gesamt</b>	<b>13</b>	<b>16</b>	<b>24</b>	<b>23</b>	<b>19</b>	<b>95</b>	<b>13%</b>	<b>12%</b>	<b>12%</b>	<b>13%</b>	<b>24%</b>	<b>14%</b>

**Tabelle 84: Struktur der weiblichen Erwerbslosen 2001**

Anzahl Erwerbslose absolut sowie Anteil an allen Erwerbspersonen (Angaben in Tsd. Personen)

	Altersklasse					Gesamt	Altersklasse					Gesamt	Gesamt
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64		15-24	25-34	35-44	45-54	55-64		
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>													
Single männlich						70	268	7%	6%	9%	12%	16%	10%
Single Weiblich	32	49	50	67	70	70	268	7%	6%	9%	12%	16%	10%
Paar	34	44	47	142	195	195	461	9%	4%	6%	9%	17%	10%
Paar mit 1 Kind	35	71	83	87	25	25	301	9%	8%	7%	9%	12%	8%
Paar mit 2 Kindern	27	68	111	37	5	5	247	6%	10%	7%	6%	10%	7%
Paar mit 3 Kindern	16	21	46	8	/	/	92	8%	13%	10%	5%	/	9%
Alleinerziehende	31	71	94	48	12	12	256	15%	20%	15%	14%	15%	16%
Sonstige	12	17	17	20	11	11	77	8%	10%	9%	10%	14%	10%
<b>Gesamt</b>	<b>187</b>	<b>341</b>	<b>447</b>	<b>409</b>	<b>319</b>	<b>319</b>	<b>1.703</b>	<b>8%</b>	<b>8%</b>	<b>8%</b>	<b>9%</b>	<b>16%</b>	<b>9%</b>
<b>Neue Bundesländer</b>													
Single männlich						24	87	15%	13%	27%	25%	32%	21%
Single Weiblich	13	13	16	22	24	24	87	15%	13%	27%	25%	32%	21%
Paar	11	12	17	71	102	102	212	14%	11%	18%	19%	35%	22%
Paar mit 1 Kind	13	33	45	52	14	14	157	13%	14%	14%	19%	34%	16%
Paar mit 2 Kindern	10	31	57	19	/	/	118	9%	21%	15%	17%	/	16%
Paar mit 3 Kindern	/	10	22	/	/	/	37	/	42%	29%	/	/	27%
Alleinerziehende	12	30	43	23	5	5	112	22%	31%	26%	30%	38%	28%
Sonstige	/	8	7	9	/	/	32	/	30%	21%	20%	/	22%
<b>Gesamt</b>	<b>65</b>	<b>136</b>	<b>206</b>	<b>197</b>	<b>152</b>	<b>152</b>	<b>755</b>	<b>14%</b>	<b>18%</b>	<b>18%</b>	<b>20%</b>	<b>35%</b>	<b>20%</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>													
Single männlich						46	181	5%	5%	7%	10%	13%	8%
Single Weiblich	19	36	35	45	46	46	181	5%	5%	7%	10%	13%	8%
Paar	23	33	30	72	93	93	250	7%	4%	4%	6%	11%	6%
Paar mit 1 Kind	21	38	38	36	11	11	144	7%	5%	5%	5%	7%	5%
Paar mit 2 Kindern	17	37	54	18	/	/	129	5%	7%	5%	4%	/	5%
Paar mit 3 Kindern	14	11	24	/	/	/	54	7%	8%	6%	/	/	6%
Alleinerziehende	19	41	51	25	7	7	144	12%	16%	11%	9%	11%	12%
Sonstige	9	9	9	11	6	6	46	7%	7%	6%	7%	9%	7%
<b>Gesamt</b>	<b>122</b>	<b>205</b>	<b>242</b>	<b>212</b>	<b>167</b>	<b>167</b>	<b>948</b>	<b>7%</b>	<b>6%</b>	<b>6%</b>	<b>6%</b>	<b>11%</b>	<b>7%</b>
<b>Brandenburg</b>													
Single männlich						14	14	/	/	/	/	/	23%
Single Weiblich	/	/	/	/	/	14	14	/	/	/	/	/	23%
Paar	/	/	/	12	17	17	37	/	/	/	19%	37%	23%
Paar mit 1 Kind	/	8	8	10	/	/	32	/	18%	13%	21%	/	18%
Paar mit 2 Kindern	/	6	10	/	/	/	21	/	21%	14%	/	/	16%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	/	7	/	/	/	/	-	30%
Alleinerziehende	/	6	10	/	/	/	22	/	35%	29%	/	/	28%
Sonstige	/	/	/	/	/	/	7	/	/	/	/	/	22%
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>	<b>27</b>	<b>40</b>	<b>35</b>	<b>27</b>	<b>27</b>	<b>139</b>	<b>14%</b>	<b>20%</b>	<b>19%</b>	<b>20%</b>	<b>39%</b>	<b>21%</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>													
Single männlich						10	10	/	/	/	/	/	21%
Single Weiblich	/	/	/	/	/	10	10	/	/	/	/	/	21%
Paar	/	/	/	8	10	10	24	/	/	/	20%	33%	23%
Paar mit 1 Kind	/	/	/	6	/	/	18	/	/	/	21%	/	18%
Paar mit 2 Kindern	/	/	8	/	/	/	17	/	/	17%	/	-	18%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	/	6	/	/	/	/	/	29%
Alleinerziehende	/	/	5	/	/	/	13	/	/	26%	/	/	28%
Sonstige	/	/	/	/	/	/	7	/	/	/	/	/	22%
<b>Gesamt</b>	<b>9</b>	<b>18</b>	<b>27</b>	<b>23</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>92</b>	<b>13%</b>	<b>21%</b>	<b>21%</b>	<b>22%</b>	<b>34%</b>	<b>21%</b>
<b>Sachsen</b>													
Single männlich				6	7	7	24	/	/	/	22%	29%	21%
Single Weiblich	/	/	/	6	7	7	24	/	/	/	22%	29%	21%
Paar	/	/	/	24	33	33	66	/	/	/	20%	35%	23%
Paar mit 1 Kind	/	8	13	16	/	/	45	/	13%	14%	19%	/	16%
Paar mit 2 Kindern	/	7	16	/	/	/	31	/	16%	14%	/	/	14%
Paar mit 3 Kindern	/	/	6	/	/	/	9	/	29%	29%	/	/	22%
Alleinerziehende	/	8	10	6	/	/	30	/	29%	24%	29%	/	27%
Sonstige	/	/	/	/	/	/	7	/	/	/	/	/	24%
<b>Gesamt</b>	<b>19</b>	<b>32</b>	<b>53</b>	<b>59</b>	<b>49</b>	<b>49</b>	<b>212</b>	<b>14%</b>	<b>16%</b>	<b>17%</b>	<b>20%</b>	<b>35%</b>	<b>19%</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>													
Single männlich				/	/	/	16	/	/	/	/	/	27%
Single Weiblich	/	/	/	/	/	/	16	/	/	/	/	/	27%
Paar	/	/	/	15	21	21	43	/	/	/	22%	39%	26%
Paar mit 1 Kind	/	7	8	11	/	/	31	/	15%	13%	24%	/	18%
Paar mit 2 Kindern	/	6	12	/	/	/	24	/	26%	19%	/	/	20%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	/	7	/	/	/	/	-	33%
Alleinerziehende	/	6	8	/	/	/	21	/	35%	31%	/	/	32%
Sonstige	/	/	/	/	/	/	8	/	/	/	/	/	30%
<b>Gesamt</b>	<b>9</b>	<b>29</b>	<b>41</b>	<b>42</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>151</b>	<b>13%</b>	<b>23%</b>	<b>21%</b>	<b>25%</b>	<b>39%</b>	<b>24%</b>
<b>Thüringen</b>													
Single männlich				/	/	/	11	/	/	/	/	/	20%
Single Weiblich	/	/	/	/	/	/	11	/	/	/	/	/	20%
Paar	/	/	/	9	13	13	27	/	/	/	16%	33%	20%
Paar mit 1 Kind	/	/	8	7	/	/	25	/	/	14%	15%	/	15%
Paar mit 2 Kindern	/	5	9	/	/	/	20	/	21%	13%	/	/	15%
Paar mit 3 Kindern	/	/	/	/	/	/	6	/	/	/	/	/	24%
Alleinerziehende	/	/	6	/	/	/	15	/	/	26%	/	/	26%
Sonstige	/	/	/	/	/	/	7	/	/	/	/	/	24%
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>	<b>20</b>	<b>31</b>	<b>28</b>	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>108</b>	<b>13%</b>	<b>18%</b>	<b>16%</b>	<b>18%</b>	<b>32%</b>	<b>18%</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

empirica

Tabelle 85: Struktur der Arbeitslosigkeit

	Arbeitslose insgesamt		...nach Geschlecht		ausländische Arbeitslose		Arbeitslose nach Altersklassen			
	Summe	Quote*	Männer	Frauen	Summe	Quote	<20	20–24	25–55	>55
	Anz. Pers.	%	Anz. Pers.	Anz. Pers.	Anz. Pers.	%	Anz. Pers.	Anz. Pers.	Anz. Pers.	Anz. Pers.
<b>Deutschland</b>										
1991	2.602.203	–	1.280.554	1.321.649	221.884	–	95.800	299.939	2.206.464	
1992	2.978.570	7,7%	1.411.894	1.566.676	269.772	–	88.215	325.538	2.564.817	
1993	3.419.141	8,9%	1.691.560	1.727.581	359.449	–	90.015	363.743	2.965.383	
1994	3.698.057	9,6%	1.863.085	1.834.972	420.903	–	92.415	373.707	2.593.860	638.075
1995	3.611.921	9,4%	1.850.610	1.761.311	436.261	–	95.222	335.881	2.446.064	734.754
1996	3.965.064	10,4%	2.111.546	1.853.518	495.956	–	107.297	368.289	2.640.704	848.774
1997	4.384.456	11,4%	2.342.383	2.042.073	547.816	–	113.538	387.867	2.946.592	936.459
1998	4.279.288	11,1%	2.272.655	2.006.633	534.698	–	108.423	363.286	2.857.548	950.031
1999	4.099.209	10,5%	2.159.776	1.939.433	510.168	–	101.181	328.127	2.721.396	948.505
2000	3.888.652	9,6%	2.052.846	1.835.806	470.994	–	101.293	327.005	2.618.314	842.040
2001	3.851.637	9,4%	2.063.368	1.788.269	464.739	–	100.663	343.225	2.693.703	714.046
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
1991	1.689.365	5,7%	897.677	791.688	208.094	–	54.233	190.171	1.444.961	
1992	1.808.310	5,9%	982.778	825.531	254.201	–	57.895	204.350	1.546.065	
1993	2.270.349	7,3%	1.277.088	993.261	344.840	–	67.452	253.769	1.949.128	
1994	2.555.967	8,2%	1.461.639	1.094.328	409.110	–	73.114	267.863	1.694.595	520.395
1995	2.564.906	8,3%	1.463.673	1.101.233	424.461	–	75.436	245.697	1.666.826	576.947
1996	2.796.243	9,1%	1.616.501	1.179.742	481.715	–	82.551	272.375	1.812.196	629.121
1997	3.020.900	9,8%	1.740.717	1.280.183	521.597	–	81.541	280.838	1.989.475	669.046
1998	2.904.339	9,4%	1.640.797	1.263.543	505.158	–	75.363	252.413	1.908.651	667.912
1999	2.755.527	8,8%	1.535.525	1.220.002	477.728	–	69.523	222.194	1.805.892	657.918
2000	2.529.374	7,8%	1.398.119	1.131.256	436.788	–	67.212	205.430	1.672.835	583.897
2001	2.477.955	7,4%	1.378.804	1.099.151	428.610	–	67.703	216.825	1.699.933	493.494
<b>Neue Bundesländer</b>										
1991	912.838	–	382.877	529.961	13.790	–	41.567	109.768	761.503	
1992	1.170.261	15,4%	429.116	741.145	15.571	–	30.320	121.188	1.018.753	
1993	1.148.792	15,1%	414.472	734.320	14.609	–	22.562	109.974	1.016.256	
1994	1.142.090	15,2%	401.446	740.644	11.793	–	19.300	105.845	899.264	117.681
1995	1.047.016	14,0%	386.937	660.079	11.800	–	19.785	90.186	779.238	157.807
1996	1.168.821	15,7%	495.045	673.776	14.241	–	24.746	95.915	828.508	219.652
1997	1.363.556	18,1%	601.666	761.890	26.219	–	31.996	107.030	957.118	267.412
1998	1.374.948	18,2%	631.858	743.090	29.541	–	33.059	110.875	948.895	282.119
1999	1.343.682	17,6%	624.252	719.430	32.440	–	31.657	105.934	915.504	290.587
2000	1.359.278	17,4%	654.728	704.550	34.206	–	34.081	121.575	945.478	258.144
2001	1.373.682	17,5%	684.564	689.118	36.129	–	32.960	126.400	993.770	220.552
<b>Thüringen</b>										
1991	147.963	–	55.892	92.072	2.100	–	6.830	18.295	122.838	
1992	192.748	–	65.195	127.553	2.348	–	4.648	20.435	167.665	
1993	192.939	–	66.315	126.624	1.949	–	3.506	19.083	170.350	
1994	190.405	–	64.842	125.562	1.562	–	3.165	17.948	151.649	17.643
1995	172.149	14,1%	62.262	109.887	1.546	–	3.413	14.920	129.042	24.774
1996	191.013	15,6%	80.723	110.290	1.788	–	4.560	15.963	135.596	34.894
1997	217.675	17,8%	94.416	123.259	2.183	–	5.252	17.030	152.781	42.612
1998	209.225	17,1%	93.936	115.288	2.398	34,6%	5.319	15.910	144.317	43.679
1999	189.387	15,4%	84.450	104.937	2.463	34,3%	4.830	14.063	127.787	42.707
2000	193.610	15,4%	88.506	105.104	2.569	32,6%	5.358	16.671	134.505	37.076
2001	194.078	15,3%	91.915	102.164	2.716	k.A.	5.458	17.541	171.079	

\*bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

Tabelle 86: Struktur der Arbeitslosigkeit in Thüringen nach Empfängerarten

Jahr	Anzahl Fälle	
	1995	2000
Arbeitslosengeldempfänger	93.379	100.980
Arbeitslosenhilfeempfänger	50.134	81.181
ABM-Maßnahmen	34.501	22.879
Weiterbildungsmaßnahmen	-	22.846
Kurzarbeiter	11.985	3.875

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

**Tabelle 87: Struktur der Arbeitslosigkeit insgesamt in Thüringen 1999–2001**

Merkmal	Bestand an Arbeitslosen			Veränderung zu	
	2001	Ende September 2000	1999	absolut	in %
	1	2	3	9	10
<b>Personengruppen</b>					
Insgesamt	185.309	183.526	186.587	1.783	1,0
Angestellte	70.702	70.907	73.789	-205	-0,3
Arbeiter	114.607	112.619	112.798	1.988	1,8
<b>Berufsausbildung</b>					
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	35.427	36.176	34.951	-749	-2,1
– ohne Hpt.-Abschluss	8.427	8.182	8.331	245	3,0
– mit Hpt.-Abschluss	27.000	27.994	26.620	-994	-3,6
mit abgeschlossener Berufsausbildung	149.882	147.350	151.636	2.532	1,7
– Betriebliche Ausbildung	134.194	130.828	132.486	3.366	2,6
– Berufsfach-/Fachschule	1.567	1.709	2.034	-142	-8,3
– Fachschule	7.654	8.167	9.961	-513	-6,3
– Fachhochschule	2.159	2.058	2.008	101	4,9
– Universität/Hochschule	4.308	4.588	5.147	-280	-6,1
<b>Stellung im Beruf</b>					
Facharbeiter	73.577	70.179	68.522	3.398	4,8
Angestellter mit gehobener Tätigkeit	59.042	60.894	62.724	-1.852	-3,0
Nichtfacharbeiter	17.466	17.706	17.194	-240	-1,4
Angestellter mit einfacher Tätigkeit	35.224	34.747	38.147	477	1,4
<b>Erwerbstätigkeit vor Alos-Meldung</b>					
Abhängiges Arbeitsverhältnis	87.351	89.523	92.810	-2.172	-2,4
– Nichtfacharbeiter	41.830	43.588	46.389	-1.758	-4,0
– Facharbeiter	31.682	30.924	29.566	758	2,5
– Angestellter mit einfacher Tätigkeit	11.970	12.350	12.711	-380	-3,1
– Angestellter mit gehobener Tätigkeit	1.869	2.661	4.144	-792	-29,8
Betriebl./sonst.Ausbildungsverhältnis	5.631	6.113	5.299	-482	-7,9
sonstige Erwerbstätigkeit	4.409	4.424	4.189	-15	-0,3
Erwerbstätigkeit unterbrochen	82.090	77.836	78.020	4.254	5,5
keine Erwerbstätigkeit	2.784	2.966	3.594	-182	-6,1
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	3.044	2.664	2.675	380	14,3
<b>Altersgruppen</b>					
unter 20 Jahre	7.357	7.739	7.232	-382	-4,9
20 bis unter 25 Jahre	18.029	17.522	14.716	507	2,9
25 bis unter 30 Jahre	14.415	14.677	14.746	-262	-1,8
30 bis unter 35 Jahre	19.644	19.501	19.573	143	0,7
35 bis unter 40 Jahre	24.361	23.550	23.073	811	3,4
40 bis unter 45 Jahre	24.593	22.828	21.770	1.765	7,7
45 bis unter 50 Jahre	26.007	24.408	23.765	1.599	6,6
50 bis unter 55 Jahre	22.766	19.825	19.354	2.941	14,8
55 bis unter 60 Jahre	23.659	29.145	38.111	-5.486	-18,8
60 Jahre und älter	4.478	4.331	4.247	147	3,4
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit</b>					
unter 1 Monat	20.928	21.386	22.446	-458	-2,1
1 bis unter 3 Monate	32.934	34.705	38.705	-1.771	-5,1
3 bis unter 6 Monate	31.316	29.712	37.731	1.604	5,4
6 Monate bis unter 1 Jahr	40.175	39.309	37.280	866	2,2
1 Jahr bis unter 2 Jahre	31.976	35.281	25.099	-3.305	-9,4
2 Jahre und länger	27.980	23.133	25.326	4.847	21,0
Durchschnittliche Dauer in Tagen	381	363	347	18	4,9
<b>Gesundheitliche Einschränkungen</b>					
gesundheitliche Einschränkungen	45.590	42.541	40.340	3.049	7,2
– darunter: Schwerbehinderte	5.965	5.730	5.665	235	4,1
keine gesundheitlichen Einschränkungen	139.719	140.985	146.247	-1.266	-0,9
<b>Familienstand</b>					
verheiratet	95.740	98.341	106.404	-2.601	-2,6
alleinstehend	89.569	85.185	80.183	4.384	5,1
<b>Abgeschl. Massnahme vor Alos-Meldung</b>					
– Keine	116.556	114.708	110.525	1.848	1,6
– FbW-Massnahme	42.100	41.825	29.756	275	0,7
– Arbeitsbeschaffungsmassnahme	24.781	25.279	31.774	-498	-2,0
– Uebrigere Massnahmen	1.872	1.714	14.532	158	9,2

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

Tabelle 88: Struktur der arbeitslosen Frauen in Thüringen 1999–2001

Merkmal	Bestand an Arbeitslosen Ende September			Veränderung zum September 2000	
	2001 1	2000 2	1999 3	absolut 9	in % 10
<b>Personengruppen</b>					
Insgesamt	102.072	103.373	108.958	-1.301	-1,3
Angestellte	54.583	54.988	57.028	-405	-0,7
Arbeiter	47.489	48.385	51.930	-896	-1,9
<b>Berufsausbildung</b>					
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	18.061	19.028	19.101	-967	-5,1
– ohne Hpt.-Abschluss	3.532	3.655	3.958	-123	-3,4
– mit Hpt.-Abschluss	14.529	15.373	15.143	-844	-5,5
mit abgeschlossener Berufsausbildung	84.011	84.345	89.857	-334	-0,4
– Betriebliche Ausbildung	74.971	74.885	78.892	86	0,1
– Berufsfach-/Fachschule	1.210	1.344	1.622	-134	-10,0
– Fachschule	5.090	5.275	6.398	-185	-3,5
– Fachhochschule	811	814	742	-3	-0,4
– Universität/Hochschule	1.929	2.027	2.203	-98	-4,8
<b>Stellung im Beruf</b>					
Facharbeiter	32.381	31.731	33.108	650	2,0
Angestellter mit gehobener Tätigkeit	30.119	32.110	34.363	-1.991	-6,2
Nichtfacharbeiter	12.205	12.426	12.001	-221	-1,8
Angestellter mit einfacher Tätigkeit	27.367	27.106	29.486	261	1,0
<b>Erwerbstätigkeit vor Alos-Meldung</b>					
Abhängiges Arbeitsverhältnis	46.071	48.644	52.638	-2.573	-5,3
– Nichtfacharbeiter	22.291	23.911	26.267	-1.620	-6,8
– Facharbeiter	14.253	14.350	14.731	-97	-0,7
– Angestellter mit einfacher Tätigkeit	8.484	8.818	9.160	-334	-3,8
– Angestellter mit gehobener Tätigkeit	1.043	1.565	2.480	-522	-33,4
Betriebl./sonst.Ausbildungsverhältnis	3.004	3.324	3.005	-320	-9,6
sonstige Erwerbstätigkeit	975	928	1.066	47	5,1
Erwerbstätigkeit unterbrochen	48.764	47.281	48.798	1.483	3,1
keine Erwerbstätigkeit	1.457	1.662	1.973	-205	-12,3
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	1.801	1.534	1.478	267	17,4
<b>Altersgruppen</b>					
unter 20 Jahre	3.332	3.454	3.207	-122	-3,5
20 bis unter 25 Jahre	7.432	7.398	6.539	34	0,5
25 bis unter 30 Jahre	6.857	7.370	8.093	-513	-7,0
30 bis unter 35 Jahre	11.518	11.724	12.317	-206	-1,8
35 bis unter 40 Jahre	14.486	14.287	14.581	199	1,4
40 bis unter 45 Jahre	14.392	13.629	13.469	763	5,6
45 bis unter 50 Jahre	15.018	14.538	14.636	480	3,3
50 bis unter 55 Jahre	13.379	12.116	12.105	1.263	10,4
55 bis unter 60 Jahre	14.098	17.564	22.805	-3.466	-19,7
60 Jahre und älter	1.560	1.293	1.206	267	20,6
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit</b>					
unter 1 Monat	9.600	9.831	10.935	-231	-2,3
1 bis unter 3 Monate	15.878	17.169	20.494	-1.291	-7,5
3 bis unter 6 Monate	16.167	15.776	21.678	391	2,5
6 Monate bis unter 1 Jahr	21.066	21.240	21.320	-174	-0,8
1 Jahr bis unter 2 Jahre	19.441	22.470	15.532	-3.029	-13,5
2 Jahre und länger	19.920	16.887	18.999	3.033	18,0
Durchschnittliche Dauer in Tagen	455	434	410	21	4,7
<b>Gesundheitliche Einschränkungen</b>					
gesundheitliche Einschränkungen	21.555	20.862	19.801	693	3,3
– darunter: Schwerbehinderte	2.654	2.693	2.584	-39	-1,4
keine gesundheitlichen Einschränkungen	80.517	82.511	89.157	-1.994	-2,4
<b>Familienstand</b>					
verheiratet	61.195	63.605	69.810	-2.410	-3,8
alleinstehend	40.877	39.768	39.148	1.109	2,8
<b>Abgeschl. Massnahme vor Alos Meldung</b>					
– Keine	59.170	59.445	59.758	-275	-0,5
– FbW-Massnahme	26.479	26.863	20.728	-384	-1,4
– Arbeitsbeschaffungsmassnahme	15.714	16.406	20.518	-692	-4,2
– Uebrige Massnahmen	709	659	7.954	50	7,6

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

**Tabelle 89: Struktur der Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen und Arbeitsämtern Sept. 2001**

Merkmal	Altenburg 1	Erfurt 2	Gera 3	Gotha 4	Jena 5	„Nordhausen“ 6	Suhl 7	Thüringen 9
<b>Personengruppen</b>								
Insgesamt	11.102	42.052	22.848	24.094	26.906	27.137	31.170	185.309
Männer	4.748	20.582	10.316	10.439	12.166	11.698	13.288	83.237
Frauen	6.354	21.470	12.532	13.655	14.740	15.439	17.882	102.072
Angestellte	3.873	16.634	9.145	8.558	11.051	9.806	11.635	70.702
Arbeiter	7.229	25.418	13.703	15.536	15.855	17.331	19.535	114.607
<b>Berufsausbildung</b>								
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	2.053	9.097	3.856	4.728	5.046	4.804	5.843	35.427
– ohne Hpt.-Abschluss	506	2.209	806	1.658	1.120	1.245	883	8.427
– mit Hpt.-Abschluss	1.547	6.888	3.050	3.070	3.926	3.559	4.960	27.000
mit abgeschlossener Berufsausbildung	9.049	32.955	18.992	19.366	21.860	22.333	25.327	149.882
– Betriebliche Ausbildung	8.378	28.810	17.046	17.736	19.087	20.590	22.547	134.194
– Berufsfach-/Fachschule	80	290	297	141	220	196	343	1.567
– Fachschule	389	1.844	926	873	1.205	891	1.526	7.654
– Fachhochschule	70	694	229	224	412	286	244	2.159
– Universität/Hochschule	132	1.317	494	392	936	370	667	4.308
<b>Stellung im Beruf</b>								
Facharbeiter	4.547	14.189	9.993	9.754	11.285	11.007	12.802	73.577
Angestellter mit gehobener Tätigkeit	3.707	13.330	6.352	8.439	7.655	9.618	9.941	59.042
Nichtfacharbeiter	844	6.329	1.792	1.750	2.493	1.724	2.534	17.466
Angestellter mit einfacher Tätigkeit	2.004	8.204	4.711	4.151	5.473	4.788	5.893	35.224
<b>Erwerbstätigkeit vor Alo-Meldung</b>								
Abhängiges Arbeitsverhältnis	5.558	20.637	9.863	11.462	12.400	13.515	13.916	87.351
– Nichtfacharbeiter	2.743	8.825	4.474	6.134	5.259	7.403	6.992	41.830
– Facharbeiter	2.000	6.082	4.295	4.071	5.316	4.834	5.084	31.682
– Angestellter mit einfacher Tätigkeit	601	4.954	988	1.164	1.540	985	1.738	11.970
– Angestellter mit gehobener Tätigkeit	214	776	106	93	285	293	102	1.869
Betriebl./sonst.Ausbildungsverhältnis	256	1.053	811	608	671	1.357	875	5.631
sonstige Erwerbstätigkeit	209	1.129	567	511	675	570	748	4.409
Erwerbstätigkeit unterbrochen	4.727	17.383	10.999	10.648	12.321	11.111	14.901	82.090
keine Erwerbstätigkeit	96	1.080	427	193	371	232	385	2.784
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	256	770	181	672	468	352	345	3.044
<b>Altersgruppen</b>								
unter 20 Jahre	327	1.625	968	907	1.214	949	1.367	7.357
20 bis unter 25 Jahre	812	4.343	2.302	2.248	2.530	2.687	3.107	18.029
25 bis unter 30 Jahre	788	3.481	1.692	1.869	2.117	2.149	2.319	14.415
30 bis unter 35 Jahre	1.255	4.462	2.297	2.532	2.909	2.890	3.299	19.644
35 bis unter 40 Jahre	1.520	5.315	2.924	3.162	3.548	3.765	4.127	24.361
40 bis unter 45 Jahre	1.471	5.404	3.041	3.240	3.567	3.707	4.163	24.593
45 bis unter 50 Jahre	1.723	5.653	3.364	3.450	3.710	3.811	4.296	26.007
50 bis unter 55 Jahre	1.444	5.374	2.683	2.976	3.167	3.225	3.897	22.766
55 bis unter 60 Jahre	1.545	5.336	2.956	3.130	3.502	3.333	3.857	23.659
60 Jahre und älter	217	1.059	621	580	642	621	738	4.478
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit</b>								
unter 1 Monat	954	4.462	2.701	3.176	3.260	2.699	3.676	20.928
1 bis unter 3 Monate	1.653	7.227	3.811	4.610	5.154	4.541	5.938	32.934
3 bis unter 6 Monate	1.824	6.627	4.207	4.394	4.727	4.405	5.132	31.316
6 Monate bis unter 1 Jahr	2.401	9.560	5.034	5.152	5.793	5.902	6.333	40.175
1 Jahr bis unter 2 Jahre	2.133	7.100	3.805	3.709	4.699	5.503	5.027	31.976
2 Jahre und länger	2.137	7.076	3.290	3.053	3.273	4.087	5.064	27.980
Durchschnittliche Dauer in Tagen	466	410	381	340	334	381	384	381
<b>Gesundheitliche Einschränkungen</b>								
gesundheitliche Einschränkungen	3.021	9.516	6.161	6.846	6.234	6.356	7.456	45.590
– darunter: Schwerbehinderte	409	1.362	764	831	767	773	1.059	5.965
keine gesundheitlichen Einschränkungen	8.081	32.536	16.687	17.248	20.672	20.781	23.714	139.719
<b>Familienstand</b>								
verheiratet	6.113	19.998	11.450	12.817	13.184	15.433	16.745	95.740
alleinstehend	4.989	22.054	11.398	11.277	13.722	11.704	14.425	89.569
<b>Abgeschl. Massnahme vor Alos Meldung</b>								
– Keine	6.285	28.424	14.147	15.284	16.861	15.225	20.330	116.556
– FbW-Massnahme	2.835	8.332	5.355	5.576	6.481	6.818	6.703	42.100
– Arbeitsbeschaffungsmassnahme	1.870	4.860	3.210	2.990	3.096	4.791	3.964	24.781
– Uebrige Massnahmen	112	436	136	244	468	303	173	1.872

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

**Tabelle 90: Struktur der Arbeitslose nach Altersgruppen, Arbeitslosigkeit länger als ein Jahr und gesundheitliche Einschränkungen in Thüringen Sept. 2001**

Altersgruppen	"Arbeitslose insgesamt"	darunter		darunter	
		"Arbeitslose mit gesundh. Einschränkungen"		"länger als 1 Jahr arbeitslos"	
		absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5
unter 20 Jahre	7.357	562	7,6	85	1,2
20 bis unter 25 Jahre	18.029	2.940	16,3	1.162	6,4
25 bis unter 30 Jahre	14.415	2.597	18,0	3.075	21,3
30 bis unter 35 Jahre	19.644	3.374	17,2	5.924	30,2
35 bis unter 40 Jahre	24.361	5.099	20,9	8.281	34,0
40 bis unter 45 Jahre	24.593	6.260	25,5	8.837	35,9
45 bis unter 50 Jahre	26.007	7.478	28,8	9.847	37,9
50 bis unter 55 Jahre	22.766	7.525	33,1	8.776	38,5
55 bis unter 60 Jahre	23.659	8.416	35,6	11.704	49,5
60 und älter	4.478	1.339	29,9	2.265	50,6
Arbeitslose insgesamt	185.309	45.590	24,6	59.956	32,4

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

**Tabelle 91: Struktur der Arbeitslose nach Altersgruppen und der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit in Thüringen Sept. 2001**

Altersgruppen	Arbeitslose insgesamt	davon in Arbeitslosigkeit seit						Durchschn. Dauer in Tagen 2001	Durchschn. Dauer in Tagen 2000
		unter 1 Monat	1 bis unter 3 Monate	3 bis unter 6 Monate	6 bis unter 12 Monate	1 bis unter 2 Jahre	2 Jahre und mehr		
		1	2	3	4	5	6		
<b>Frauen</b>									
unter 20 Jahre	3.332	732	1.831	547	175	46	1	79	70
20 bis unter 25 Jahre	7.432	1.700	2.698	1.464	1.064	451	55	123	119
25 bis unter 30 Jahre	6.857	874	1.380	1.353	1.492	1.210	548	267	247
30 bis unter 35 Jahre	11.518	1.029	1.771	1.916	2.744	2.401	1.657	363	330
35 bis unter 40 Jahre	14.486	1.240	1.899	2.371	3.284	3.158	2.534	414	383
40 bis unter 45 Jahre	14.392	1.137	1.780	2.294	3.247	3.136	2.798	454	409
45 bis unter 50 Jahre	15.018	1.104	1.781	2.256	3.339	3.265	3.273	491	461
50 bis unter 55 Jahre	13.379	922	1.428	2.117	2.953	2.709	3.250	556	536
55 bis unter 60 Jahre	14.098	794	1.204	1.695	2.528	2.684	5.193	752	729
davon									
55 Jahre	2.105	131	205	298	472	442	557	609	616
56 Jahre	2.543	127	228	350	518	560	760	675	643
57 Jahre	3.752	225	324	420	653	733	1.397	708	725
58 Jahre	2.848	175	247	342	487	455	1.142	799	783
59 Jahre	2.850	136	200	285	398	494	1.337	939	821
60 Jahre und älter	1.560	68	106	154	240	381	611	819	813
davon									
60 Jahre	1.081	50	83	113	194	265	376	723	759
61 Jahre	270	11	12	16	30	83	118	898	891
62 Jahre	106	3	5	13	7	15	63	1.216	1.072
63 Jahre	61	2	4	5	5	12	33	1.242	1.092
64 Jahre	42	2	2	7	4	6	21	1.182	802
Insgesamt	102.072	9.600	15.878	16.167	21.066	19.441	19.920	455	434
<b>insgesamt</b>									
unter 20 Jahre	7.357	1.813	3.874	1.154	431	83	2	77	69
20 bis unter 25 Jahre	18.029	4.287	6.303	3.422	2.855	1.047	115	124	117
25 bis unter 30 Jahre	14.415	2.072	3.158	2.865	3.245	2.224	851	238	216
30 bis unter 35 Jahre	19.644	2.110	3.347	3.474	4.789	3.719	2.205	321	288
35 bis unter 40 Jahre	24.361	2.415	3.650	4.204	5.811	4.904	3.377	364	334
40 bis unter 45 Jahre	24.593	2.327	3.473	4.159	5.797	4.967	3.870	397	358
45 bis unter 50 Jahre	26.007	2.242	3.474	4.229	6.215	5.289	4.558	426	402
50 bis unter 55 Jahre	22.766	1.838	2.871	3.881	5.400	4.341	4.435	471	452
55 bis unter 60 Jahre	23.659	1.526	2.359	3.357	4.713	4.365	7.339	634	621
davon									
55 Jahre	3.404	255	412	552	782	671	732	518	514
56 Jahre	4.227	273	420	658	940	927	1.009	564	552
57 Jahre	6.262	409	615	824	1.193	1.175	2.046	617	623
58 Jahre	4.759	302	456	671	926	741	1.663	676	657
59 Jahre	5.007	287	456	652	872	851	1.889	753	703
60 Jahre und älter	4.478	298	425	571	919	1.037	1.228	583	553
davon									
60 Jahre	2.642	192	261	372	570	560	687	554	560
61 Jahre	1.000	58	95	112	214	255	266	571	496
62 Jahre	497	28	43	51	90	129	156	656	555
63 Jahre	246	14	22	29	32	70	79	671	785
64 Jahre	93	6	4	7	13	23	40	938	624
Insgesamt	185.309	20.928	32.934	31.316	40.175	31.976	27.980	381	363

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica

**Tabelle 92: Struktur der Arbeitslose nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit und gesundheitlichen Einschränkungen in Thüringen Sept. 2001**

Arbeitslos seit	Arbeitslose insgesamt	davon (Spalte 1)						
		ohne gesundheitliche Einschränkungen		Schwerbehinderte		GdB 30 bis u. 50 nicht gleichgestellt	übrige gesundheitliche Einschränkungen	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Männer</b>								
unter 1 Monat	11.328	9.011	15,2	328	9,9	117	1.872	9,7
1 bis 3 Monate	17.056	13.583	22,9	513	15,5	180	2.780	14,4
3 Monate bis unter 1/2 Jahr	15.149	11.163	18,9	552	16,7	230	3.204	16,6
1/2 Jahr bis unter 1 Jahr	19.109	13.520	22,8	733	22,1	316	4.540	23,5
1 Jahr bis unter 2 Jahren	12.535	7.773	13,1	618	18,7	309	3.835	19,9
2 Jahre und länger	8.060	4.152	7,0	567	17,1	264	3.077	15,9
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>83.237</b>	<b>59.202</b>	<b>100,0</b>	<b>3.311</b>	<b>100,0</b>	<b>1.416</b>	<b>19.308</b>	<b>100,0</b>
durchschn. Dauer in ...Tagen	290	248		402		436	391	
<b>Frauen</b>								
unter 1 Monat	9.600	8.055	10,0	224	8,4	88	1.233	7,0
1 bis 3 Monate	15.878	13.282	16,5	396	14,9	128	2.072	11,7
3 Monate bis unter 1/2 Jahr	16.167	12.955	16,1	443	16,7	195	2.574	14,6
1/2 Jahr bis unter 1 Jahr	21.066	16.690	20,7	560	21,1	263	3.553	20,1
1 Jahr bis unter 2 Jahren	19.441	14.853	18,4	532	20,0	283	3.773	21,3
2 Jahre und länger	19.920	14.682	18,2	499	18,8	271	4.468	25,3
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>102.072</b>	<b>80.517</b>	<b>100,0</b>	<b>2.654</b>	<b>100,0</b>	<b>1.228</b>	<b>17.673</b>	<b>100,0</b>
durchschn. Dauer in ...Tagen	455	433		446		519	552	
<b>Insgesamt</b>								
unter 1 Monat	20.928	17.066	12,2	552	9,3	205	3.105	8,4
1 bis 3 Monate	32.934	26.865	19,2	909	15,2	308	4.852	13,1
3 Monate bis unter 1/2 Jahr	31.316	24.118	17,3	995	16,7	425	5.778	15,6
1/2 Jahr bis unter 1 Jahr	40.175	30.210	21,6	1.293	21,7	579	8.093	21,9
1 Jahr bis unter 2 Jahren	31.976	22.626	16,2	1.150	19,3	592	7.608	20,6
2 Jahre und länger	27.980	18.834	13,5	1.066	17,9	535	7.545	20,4
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>185.309</b>	<b>139.719</b>	<b>100,0</b>	<b>5.965</b>	<b>100,0</b>	<b>2.644</b>	<b>36.981</b>	<b>100,0</b>
durchschn. Dauer in ...Tagen	381	354		422		475	468	

Quelle: Arbeitslosenstatistik

empirica